Markus Steinbrecher · Evelyn Bytzek
Ulrich Rosar · Sigrid Roßteutscher (Hrsg.)

Europa, europäische Integration und Eurokrise

Öffentliche Meinung, politische Einstellungen und politisches Verhalten im Mehrebenensystem der Europäischen Union

ZfVP
ZEITSCHRIFT FÜR
VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT

COMPARATIVE GOVERNANCE AND POLITICS
SPECIAL ISSUE 5 | 2014



Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft
Comparative Governance and Politics
Supplement 2 | 2014
Special Issue 5 | 2014

Markus Steinbrecher • Evelyn Bytzek •
Ulrich Rosar • Sigrid Roßteutscher (Hrsg.)

Europa, europäische Integration und Eurokrise

Öffentliche Meinung, politische Einstellungen und politisches Verhalten im Mehrebenensystem der Europäischen Union



Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft. Comparative Governance and Politics (ZfVP)

www.zfvp.de

2007 gegründet von Hans-Joachim Lauth
8. Jahrgang · Special Issue 5 · November 2014

Kontaktadresse der Redaktion: Christoph Mohamad-Klotzbach M.A., Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Universität Würzburg, Institut für Politikwissenschaft und Soziologie, Wittelsbacherplatz 1, 97074 Würzburg.
E-Mail: zfvp@uni-wuerzburg.de; Tel.: (0931) 31-80095, Fax: (0931) 31-84893.

Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH
Abraham-Lincoln-Straße 46 | 65189 Wiesbaden
www.zfvp.de
Amtsgericht Wiesbaden, HRB 9754, USt-IdNr. DE811148419

Geschäftsführer: Armin Gross, Peter Hendriks, Joachim Krieger
Editorial Director Social Sciences & Humanities: Dr. Andreas Beierwaltes
Gesamtleitung Anzeigen und Märkte: Armin Gross
Gesamtleitung Marketing: Rolf-Günther Hobbeling
Gesamtleitung Produktion: Olga Chiarcos

Abonnentenbetreuung
Springer Customer Service Center GmbH
Springer VS-Service, Haberstr. 7, D-69126 Heidelberg
Tel.: (06221) 345-4303; Fax: (06221) 345-4229; Montag-Freitag 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr
E-Mail: springervs-service@springer.com

Marketing
Ronald Schmidt-Serrière, M.A., Telefon (06 11) 78 78-2 80; Telefax (06 11) 78 78-4 40;
E-Mail: Ronald.Schmidt-Serriere@vs-verlag.de
Anzeigenleitung: Yvonne Guderjahn, Telefon (06 11) 78 78-155; Telefax (06 11) 78 78-4 30;
E-Mail: Yvonne.Guderjahn@springer.com
Anzeigendisposition: Monika Dannenberger, Telefon (06 11) 78 78-148; Telefax (06 11) 78 78-4 43;
E-Mail: Monika.Dannenberger@springer.com

Es gelten die Mediadaten ab 01.01.2014

Produktion: Marina Litterer, Tel.: (06221) 48 78-755;
E-Mail: marina.litterer@springer.com

Den Bezugspreis können Sie beim Kundenservice Zeitschriften erfragen: Jährlich können Sonderhefte erscheinen, die nach Umfang berechnet und den Abonnenten des laufenden Jahrgangs mit einem Nachlass von 25% des jeweiligen Ladenpreises geliefert werden. Bei Nichtgefallen können die Sonderhefte innerhalb einer Frist von 3 Wochen zurückgegeben werden.

E-Mail: subscriptions@springer.com

Satz: Crest Premedia Solutions, Pune, India

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

ISBN 978-3-658-05381-9

Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft

8. Jahrgang Supplement 2 Special Issue 5 November 2014

Editorial

Markus Steinbrecher/Evelyn Bytzek/Ulrich Rosar/Sigrid Roßteutscher
Europa in der Krise? Vorwort zum Sonderheft 5 der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 1

Die Erklärung von Unterstützung für die europäische Integration und Institutionen der EU im Kontext der Krise

Aufsätze

Nicola Bücker/Tuuli-Marja Kleiner
Cues oder Performanz? Quellen des Vertrauens in die Europäische Union 5

Toni Sebastian Schell
Krisenzeichen in Krisenzeiten? Ein Vergleich der Determinanten zweier Einstellungsdimensionen zur EU vor und zu Beginn der Eurokrise 35

Philipp Runge
Nationale und europäische Identitäten und politische Unterstützung der Europäischen Union im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise 55

Kai Theißen
Krisenperzeption und Unterstützung der Europäischen Union 79

Fabian Endres
Die Deutschen und der Euro. Einstellungen zur gemeinsamen Währung in Zeiten der Schuldenkrise 101

Zum Verhältnis zwischen Eliten und Bevölkerungseinstellungen zur europäischen Integration

Aiko Wagner/Heiko Giebler
It's the responsibility, stupid! Determinanten der Verantwortlichkeitszuschreibung zwischen Europäischer Union und nationaler Regierung für die wirtschaftliche Lage 123

Norma Osterberg-Kaufmann
Die Wahrnehmung zur Legitimität in der EU: Kongruenz oder Inkongruenz der politischen Kultur von Eliten und Bürgern? 143

Politisches Verhalten im europäischen Kontext

Reinhard Heinisch/Bernd Schlipphak
Wenn Europa zum Problem wird – die Effekte der Finanzkrise auf Euroskeptizismus und nationales Wahlverhalten in Mittel- und Osteuropa **177**

Ulrich Rosar/Markus Klein
The physical attractiveness of front-runners and electoral success. An empirical analysis of the 2004 European Parliament elections **197**

Markus Steinbrecher
Europaspezifische Einstellungen und Wahlbeteiligung bei Europawahlen 1979–2009 . . . . . . **211**

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:1–4
DOI 10.1007/s12286-014-0211-z

EDITORIAL



Europa in der Krise? Vorwort zum Sonderheft 5 der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft

Markus Steinbrecher · Evelyn Bytzek · Ulrich Rosar · Sigrid Roßteutscher

Online publiziert: 20. September 2014

Niedrige Beteiligungsraten bei Europawahlen, Stimmengewinne für europaskeptische Parteien bei Wahlen auf nationaler und europäischer Ebene, das Aufbrechen längst vergessen geglaubter Vorurteile und Konflikte zwischen europäischen Partnern, inkonsistente Bevölkerungseinstellungen zu den Euro-Rettungsmaßnahmen und wachsende Skepsis gegenüber der Europäischen Zentralbank und anderen europäischen Institutionen sind nur einige der Symptome der als „Eurokrise" oder „Staatsschuldenkrise" bezeichneten Krise der letzten Jahre in Europa, die sich auch bei der

Dr. M. Steinbrecher (✉)
Fakultät für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für Vergleichende Politische Verhaltensforschung,
Universität Mannheim,
A 5,6,
68131 Mannheim, Deutschland
E-Mail: markus.steinbrecher@uni-mannheim.de

Dr. E. Bytzek
Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politikwissenschaft,
Universität Koblenz-Landau, Kaufhausgasse 9,
76829 Landau in der Pfalz, Deutschland
E-Mail: bytzek@uni-landau.de

Prof. Dr. U. Rosar
Philosphische Fakultät, Institut für Sozialwissenschaften Abteilung Soziologie, Universität
Düsseldorf,
Universitätsstr. 1, Gebäude 23.31,
40225 Düsseldorf, Deutschland
E-Mail: ulrich.rosar@uni-duesseldorf.de

Prof. Dr. S. Roßteutscher
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Institut für Soziologie und Institut für
Politikwissenschaft, Schwerpunkt soziale Konflikte und sozialer Wandel,
Goethe-Universität Frankfurt am Main,
Grüneburgplatz 1– Hauspostfach 15,
60323 Frankfurt am Main, Deutschland
E-Mail: rossteutscher@soz.uni-frankfurt.de



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_1, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Europawahl 2014 deutlich gezeigt haben. Die Geschwindigkeit der Krisengipfel, die Komplexität der ökonomischen und politischen Zusammenhänge sowie die teilweise zweifelhafte rechtsstaatliche und demokratische Legitimation der Rettungsmaßnahmen machen es nicht nur der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern schwer, den Ereignissen zu folgen und sie zu verstehen. Daraus ergeben sich auch zahlreiche Herausforderungen für die vergleichende Wahl- und Einstellungsforschung.

So stellt sich beispielsweise die Frage, ob sich die durch Massendemonstrationen in vielen europäischen Ländern und in den Ergebnissen verschiedener Umfragen sichtbar werdende, wachsende euroskeptische Stimmung in dauerhaften Veränderungen des Niveaus politischer Unterstützung für die europäische Integration und die Institutionen der EU niederschlägt. Damit verbunden ist ein großes Forschungsinteresse daran, ob hergebrachte Erklärungsmuster und theoretische Modelle wie der utilitaristische Ansatz, kognitive Mobilisierung sowie der Politisierungsansatz (Gabel 1998; Gabel und Palmer 1995) die Unzufriedenheit, die zeitliche Entwicklung politischer Unterstützung und länderspezifische Unterschiede im Niveau europafreundlicher und -skeptischer Einstellungen (immer noch) erklären können.

Politische Systeme sind generell auf ein Mindestmaß an Unterstützung durch ihre Bürgerinnen und Bürger angewiesen (Almond und Verba 1965; Easton 1965, 1975). Für ein immer noch relativ junges politisches System wie das der EU ist die politische Befürwortung durch seine Bürgerinnen und Bürger von größerer Bedeutung als für andere politischen Ebenen oder Einheiten. Gründe dafür sind das Fehlen klassischer Eigenschaften politischer Staatlichkeit (McCormick 2008), die geringere wahrgenommene Wichtigkeit der europäischen im Vergleich zur nationalen oder subnationalen Ebene (Decker et al. 2013, S. 42) sowie das immer noch existierende demokratische Defizit der EU. Hinzu kommt, dass die europäische Einigung weitgehend ein Projekt der politischen Eliten geblieben ist. Das Verblassen des bis in die 1990er Jahre vorherrschenden permissiven Konsenses zwischen Eliten und Bevölkerung (Lindberg und Scheingold 1970) zeigt sich immer wieder in integrationshemmenden Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger in Referenden oder Wahlen.

Dieses Sonderheft untersucht daher Positionen, Meinungen, Einstellungen und politisches Verhalten der Bürgerinnen und Bürger im Kontext der EU und der europäischen Integration aus verschiedenen Perspektiven. Besonders im Mittelpunkt stehen dabei in vielen Beiträgen die möglichen Folgen der Eurokrise. Die Mehrheit der hier versammelten Aufsätze ist im Kontext der Jahrestagung des Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen" der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) in Mannheim im Juni 2013 entstanden. Zusätzlich wurden weitere Beiträge über eine offene Ausschreibung eingeworben.

Im ersten Teil des Sonderheftes konzentrieren sich die Autorinnen und Autoren auf die Erklärung der Unterstützung für die europäische Integration und Institutionen der EU im Kontext der Krise. So können *Nicola Bücker* und *Tuuli-Marja Kleiner* zeigen, dass Vertrauen für die Institutionen der EU sowohl auf der Basis der Leistungen europäischer Institutionen und des wahrgenommenen Nutzens der europäischen Integration entsteht, gleichzeitig aber auch eine Übertragung von Vertrauen vom nationalen politischen System auf die europäische Ebene stattfindet. *Toni Schell* untersucht, ob sich ökonomische Einflussfaktoren während der Eurokrise stärker auf instrumentelle Einschätzungen und Einstellungen zur Vertiefung der europäischen Integration

auswirken. Seine Ergebnisse zeigen, dass die europäischen Bürger nicht in besonderer Weise auf die Krise zu reagieren scheinen, denn ökonomische Indikatoren wie Veränderungen der Arbeitslosenrate oder des Bruttoinlandsprodukts werden während der Krise als Determinanten europaspezifischer Einstellungen nicht wichtiger. Auch *Philipp Runge* kann verdeutlichen, dass die Krise nicht zu einer systematischen Verschlechterung der Wahrnehmung der europäischen Integration durch die Bürger führt. Er konzentriert sich vor allem auf die Bedeutung von Identität für die Unterstützung der europäischen Integration und zeigt, dass europäische und nationale Identitäten zwischen 2006 und 2009 stärker werden, ihre Wirkung auf die Unterstützung der EU sich aber nur wenig verändert. *Kai Theißen* beschäftigt sich mit der Wahrnehmung der Krise durch die Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten der EU. Wenig überraschend zeigen sich sehr unterschiedliche Bewertungen zwischen den von der Krise besonders betroffenen und den eher nicht betroffenen Ländern. Obwohl diese unterschiedlichen Bewertungen nicht zu einer kurzfristigen Abnahme der Unterstützung für die europäische Integration führen, sei langfristig aber nach Theißen mit einer möglichen Schwächung der Legitimationsgrundlage der EU zu rechnen. *Fabian Endres* untersucht die Einstellungen der Deutschen zum Euro während der Krise. Dies ist besonders relevant, da die Deutschen der gemeinsamen Währung von Beginn an skeptisch gegenüberstanden und ihnen bei den Rettungsmaßnahmen für die Krisenstaaten eine besondere Rolle zukommt. Endres‘ Ergebnisse zeigen, dass die Krise bisher nicht zu einer massiven Verschlechterung der Bewertung des Euro in Deutschland geführt hat. Er kann aber deutlich machen, dass insbesondere der weitere Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und Europa sowie die Signale und das Handeln der politischen Eliten von großer Relevanz für die Einschätzungen der gemeinsamen Währung in Deutschland sind.

Der Beitrag von Endres bildet die Schnittstelle zum zweiten Teil des Sonderhefts, in dem es besonders um das Verhältnis zwischen Eliten und Bürgern geht. *Aiko Wagner* und *Heiko Giebler* untersuchen, ob eher die EU oder die nationale Regierung für die allgemeine wirtschaftliche Lage verantwortlich gemacht wird. Sie arbeiten dabei die besondere Bedeutung von Parteipräferenzen und EU-spezifischen Einstellungen heraus und können zeigen, dass gerade bei schlechter wirtschaftlicher Lage Anhänger der Regierungsparteien oder Menschen mit stark pro-europäischen Attitüden die jeweils andere politische Ebene in der Verantwortung sehen – ein demokratietheoretisch höchst relevanter Befund. *Norma Osterberg-Kaufmann* beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Kongruenz der politischen Kultur zwischen Bürgern und Eliten. Ihr Beitrag ist sowohl aus inhaltlicher wie aus methodischer Sicht interessant: Sie nutzt Repertory Grids als innovative Methode zur Verschränkung qualitativer und quantitativer Forschungsansätze. Zudem kann sie zeigen, wie heterogen die Vorstellungen der Bürger zur Legitimität der EU und ihrer Institutionen sind.

Die Artikel im dritten Teil des Sonderhefts wechseln die Perspektive und konzentrieren sich auf die Erklärung politischen Verhaltens im europäischen Kontext. *Reinhard Heinisch und Bernd Schlipphak* analysieren die Effekte der Krise auf Euroskeptizismus und Wahlverhalten für euroskeptische Parteien in Ungarn und der Slowakei. Sie können für beide Länder eine leichte nationalistische Gegenreaktion auf die Krise und die europäische Integration feststellen, die zu größerem Skeptizismus führt. Der Beitrag von *Ulrich Rosar* und *Markus Klein* zeigt erstmals für Europawah-

len die Bedeutung physischer Attraktivität von Kandidatinnen und Kandidaten. Bei der Europawahl 2004 hatten gut aussehende Kandidatinnen und Kandidaten größere Chancen auf einen Einzug ins Europaparlament. Zuletzt kann *Markus Steinbrecher* die Bedeutung europaspezifischer Einstellungen für die Wahlbeteiligung bei Europawahlen zwischen 1979 und 2009 nachweisen. Euroskeptische Länder weisen eine niedrigere Wahlbeteiligung auf, genauso wie es für europaskeptische Bürger wahrscheinlicher ist, nicht an einer Europawahl teilzunehmen. Allerdings sind europabezogene Perzeptionen nur eine Determinante der Wahlbeteiligung unter vielen und können alleine nicht die niedrige Teilnahmebereitschaft bei Europawahlen erklären.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Beiträge in diesem Sonderheft, dass die Krise das Denken und Verhalten der Bürger im europäischen Kontext beeinflusst, aber nicht tiefgreifend verändert hat und dass Anhänger der europäischen Idee sich keine großen Sorgen über Stabilität und Erfolg des Einigungsprojekts machen müssen. Es ist allerdings anzumerken, dass die hier zusammengestellten Aufsätze und ihre Ergebnisse nur eine Momentaufnahme sein können. Die meisten Beiträge beziehen sich auf Umfragen oder Daten vor 2012, bieten also eher Informationen zu Einstellungen, Wahrnehmungen und Erklärungsmustern zu Beginn der Krise und beziehen die Europawahl 2014 nicht mit ein. Da die jüngsten Ergebnisse der Eurobarometer deutlich geringere Zustimmung zur europäischen Integration und sinkendes Vertrauen in europäische Institutionen zeigen (Europäische Kommission 2013) und die Europawahl 2014 in vielen Ländern zu Stimmengewinnen für Europaskeptiker und -gegner geführt hat, ergibt sich die Notwendigkeit und zusätzliches Potential für weitergehende Forschung zu politischen Einstellungen und Verhalten im Kontext der EU und der europäischen Einigung.

Literatur

Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1965 [1963]. *The Civic culture – political attitudes and democracy in five nations*. Boston: Sage.

Decker, Frank, Marcel Lewandowsky, und Marcel Solar. 2013. *Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation*. Bonn: Dietz.

Easton, David. 1965. *A systems analysis of political life*. New York: Wiley.

Easton, David. 1975. A re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science* 5:435–457.

Europäische Kommission. 2013. *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Bericht Standard Eurobarometer 80*. Brüssel: Europäische Kommission.

Gabel, Matthew. 1998. Public support for European integration: An empirical test of five theories. *The Journal of Politics* 60:333–354.

Gabel, Matthew J., und Harvey D. Palmer. 1995. Understanding variation in public support for European integration. *European Journal of Political Research* 27:3–19.

Lindberg, Leon N., und Stuart A. Scheingold. 1970. Europe's would-be polity: Patterns of change in the European community. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.

McCormick, John. 2008. *Understanding the European union. A concise introduction*. 4. Aufl. Houndsmills: Palgrave Macmillan.

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:5–33
DOI 10.1007/s12286-014-0212-y

AUFSÄTZE

ZEITSCHRIFT FÜR VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT

Cues oder Performanz?

Quellen des Vertrauens in die Europäische Union

Nicola Bücker · Tuuli-Marja Kleiner

Online publiziert: 14. Oktober 2014

Zusammenfassung Nach gegenwärtigem Forschungsstand basiert das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union vor allem auf einer Übertragung von nationalem politischem Vertrauen auf die europäische Ebene. In unserem Beitrag überprüfen wir, inwieweit dieser Cueing-Ansatz tatsächlich erklärungskräftiger ist als das konkurrierende Modell der Performanzzuschreibungen. Anhand von Daten des Eurobarometer (2010) zeigen wir, dass beide Faktoren einen nahezu gleich großen Einfluss auf das EU-Vertrauen ausüben, wobei der Einfluss von wahrgenommenen Leistungen sogar etwas stärker zu sein scheint als der des Cueings. Dieses Ergebnis widerspricht den Befunden früherer Studien und deutet darauf hin, dass die EU nicht nur vermittelt durch das nationale politische System, sondern auch als eigenständiger politischer Akteur wahrgenommen und beurteilt wird.

Schlüsselwörter Vertrauen · Europäische Union · Cueing · Performanz

Für wertvolle Hinweise danken wir den beiden anonymen Gutachtern sowie den Teilnehmern der Jahrestagung des AK-Wahlen und politische Einstellungen der DVPW im Juni 2013.

Dr. N. Bücker (✉)
Comenius-Institut Münster,
Schreiberstraße 12,
48149 Münster, Deutschland
E-Mail: buecker@comenius.de

Dr. T.-M. Kleiner
LG Politikwissenschaft I, FernUniversität in Hagen,
58084 Hagen, Deutschland
E-Mail: tuuli-marja.kleiner@fernuni-hagen.de



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_2, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Cues or performance?
Sources of trust in the European Union

Abstract Most studies on trust in the European Union claim that the latter is based mainly on citizens' national political trust, which is transferred to the European level. In our paper, we test the degree to which this cueing approach is more explanatory than the competing model of performance attributions. Using Eurobarometer data (2010), we demonstrate that both factors affect trust in the EU almost equally, with performance appearing slightly more influential than national cues. This result contradicts earlier studies as it shows that citizens not only perceive and rate the EU via their own national political system, but they also perceive and rate the EU directly as a political actor on its own.

Keywords Trust · European Union · Cueing · Performance

1 Einleitung

Seit Beginn der 1990er Jahre ist ein deutlicher Rückgang in der Unterstützung der Bürger für das politische System der Europäischen Union (EU) festzustellen (Kaina 2009; Knelangen 2012). Dieser sogenannte „post-Maastricht Blues" (Eichenberg und Dalton 2007), der im Zuge der Gründung der EU durch den Vertrag von Maastricht einsetzte, hat zu einem verstärkten wissenschaftlichen Interesse an den Ursachen für positive und negative Einstellungen gegenüber der Union geführt, die je nach theoretischem Hintergrund unterschiedlich erklärt werden. Hierbei konkurriert der utilitaristische Ansatz, der ökonomische und politische Kosten-Nutzen-Kalküle hervorhebt, mit Theorien, die nicht-rationale Faktoren wie soziale Identitäten oder kognitive Heuristiken als mögliche Ursachen von EU-Einstellungen in den Mittelpunkt ihrer Erklärung stellen (Hooghe und Marks 2005). Insbesondere in der EU-Vertrauensforschung spielt dabei der sogenannte Cueing-Ansatz eine wichtige Rolle. Dieser geht davon aus, dass Hinweise oder „Cues" aus dem nationalen politischen System die Basis für den entscheidenden Mechanismus zur Generierung von EU-Vertrauen darstellen da diese Heuristik die Komplexität des Mehrebenensystems der Union reduziert und dadurch ihre Beurteilung wesentlich erleichtert (z. B. Armingeon und Ceka 2013; Muñoz et al. 2011).

In unserem Beitrag gehen wir der Frage nach, aus welchen Quellen sich das EU-Vertrauen der Bürger speist, und analysieren konkret den Einfluss von Leistungsbeurteilungen der EU einerseits und nationalen Cues andererseits. Die Beantwortung dieser Frage ist zum einen relevant, weil Vertrauen in die Europäische Union eine Mischform von spezifischer und diffuser politischer Unterstützung darstellt und somit für die Persistenz der Union wichtig ist. Zum anderen liefert die Kenntnis über die Grundlagen von EU-Vertrauen Hinweise darauf, inwiefern die Union neben nationalen Institutionen und Amtsinhabern von den Menschen als eigenständiger politischer Akteur wahrgenommen und bewertet wird. Dass die EU mittlerweile in vielen Bereichen einen weitreichenden und genuinen Einfluss auf die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung ausübt, ist unter Beobachtern weitgehend unumstritten und u. a.

Anlass intensiver Diskussionen über ein mögliches Legitimitäts- bzw. Demokratiedefizit der Union (z. B. Hurrelmann 2007; Kielmannsegg 2009). Inwieweit die Bürger diese Entwicklung nachvollzogen haben und die Union tatsächlich anhand ihres politischen Handelns beurteilen, ist demgegenüber noch weitgehend ungeklärt. Die bisherigen Ergebnisse aus der EU-Vertrauensforschung legen nahe, dass die EU vor allem vermittelt über Einstellungen zum nationalen politischen System beurteilt wird: „We have little evidence to suggest that most citizens form their opinion of the EU on the basis of information and knowledge about the EU" (Armingeon und Ceka 2013, S. 23). Trifft diese Beobachtung zu, muss davon ausgegangen werden, dass die EU selbst wenig dazu beitragen kann, die öffentliche Meinung ihr gegenüber zu beeinflussen und beispielsweise das seit Beginn der „Eurokrise" stark gesunkene Vertrauen in sie zurückzugewinnen (Armingeon und Ceka 2013).

Im Folgenden diskutieren wir zunächst das Konzept der politischen Unterstützung von David Easton und dessen Anwendung in der EU-Einstellungsforschung und zeigen, warum das Konzept des EU-Vertrauens eine angemessene Kategorie zur Erfassung von EU-Unterstützung darstellt. Anschließend präsentieren wir die wichtigsten Ansätze zur Erklärung von Vertrauen in die Union, indem wir sowohl Theorien aus der EU-Einstellungsforschung als auch solche aus der national orientierten Vertrauensforschung heranziehen. Im dritten Teil unseres Beitrags testen wir die alternativen Erklärungsansätze anhand von Daten des Eurobarometer (2010). Die Ergebnisse zeigen, dass Cueing-Prozesse und Performanzzuschreibungen einen nahezu gleich großen Einfluss auf das EU-Vertrauen ausüben, wobei der Einfluss von wahrgenommenen Performanzen etwas stärker zu sein scheint. Dieses Ergebnis widerspricht den Befunden früherer Studien und zeigt, dass die EU durchaus auch als eigenständiger politischer Akteur wahrgenommen und beurteilt wird.

2 EU-Unterstützung und EU-Vertrauen: Konzeptualisierungen

Im Bereich der europäischen Integrationsforschung stellt David Eastons mehrdimensionales Konzept der politischen Unterstützung nach wie vor die einflussreichste theoretische Grundlage für die Untersuchung von Einstellungen dar, wobei insbesondere seine analytische Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung aufgegriffen wird (z. B. Boomgaarden et al. 2011; Kaina 2009; Lindberg und Scheingold 1970; Niedermayer und Westle 1998; Weßels 2007). Spezifische Unterstützung umfasst die positive Bewertung konkreter ökonomischer oder politischer Outputs, während diffuse Unterstützung eine generelle Zustimmung zum System bzw. zu dessen Objekten „an sich" widerspiegelt: „(…) diffuse support (…) refers to evaluations of what an object is or represents – to the general meaning it has for a person – not of what it does" (Easton 1975, S. 444).

Für die Persistenz eines politischen Systems ist vor allem dessen diffuse Unterstützung durch die Bevölkerung relevant, da diese als relativ stabil gilt und anders als ihr spezifisches Pendant nicht ausschließlich von der kurzfristigen Erfüllung politischer Präferenzen abhängt (Easton 1965, 1975). Nach Easton können unterschiedliche Dimensionen diffuser Unterstützung in Abhängigkeit von den politischen Objekten, auf die sie sich beziehen, unterschieden werden. Die diffuse Unterstützung des Regi-

mes (verstanden als institutionelle Struktur und Werteordnung) und der politischen Autoritäten unterteilt Easton jeweils in „Vertrauen" und „Legitimitätsglauben", während sich die diffuse Unterstützung der politischen Gemeinschaft in Zugehörigkeitsgefühlen zu der Gemeinschaft zeigt (Easton 1975).[1]

Die EU-Einstellungsforschung hat diese unterschiedlichen Konzepte von diffuser Unterstützung bislang nur in Teilen berücksichtigt und sich vor allem auf die Untersuchung von Zugehörigkeitsgefühlen zur europäischen Gemeinschaft konzentriert (z. B. Deutsch 2006; Fuchs 2011; Herrmann und Brewer 2004; Kaina und Karolewski 2009; Risse 2004, 2010; Weßels 2007).[2] Dieser starke Fokus auf die (theoretischen und empirischen) Voraussetzungen und Auswirkungen einer europäischen Identität ist angesichts deren Bedeutung innerhalb der Diskussionen um das Demokratie- bzw. Legitimitätsdefizit der EU zwar verständlich (z. B. Cerutti 2008; Fuchs 2011), wirft aber gleichzeitig einige Probleme auf. Zum einen ist das Konzept selbst äußerst vielschichtig und umfasst unterschiedliche Kollektivbezüge (EU versus Europa), Arten von Zugehörigkeitsgefühlen (Selbstbeschreibung versus Identifikation) sowie Bezugspunkte von Gemeinschaft (geographisch, kulturell oder politisch) (vgl. Cram 2012; Fuß und Grosser 2006; Risse 2004). Eine Gleichsetzung von europäischer Identität mit EU-Unterstützung ist vor diesem Hintergrund problematisch (Bücker 2012). Zum anderen kann die Konzentration auf europäische Zugehörigkeitsgefühle dazu führen, dass die Bedeutung anderer Formen von EU-Unterstützung in den Hintergrund rückt. Beispielsweise betont Kaina (2009), dass erst das Vertrauen der Bürger in gemeinsam geteilte Institutionen „Vertrauen zwischen Fremden" (Kaina 2009, S. 203) und damit die Entwicklung eines kollektiven Gemeinschaftsgefühls in großen Gemeinwesen ermögliche (grundlegend Lepsius 1995, 1997). Folgt man dieser Überlegung, erscheint das Vertrauen in die EU als eine zentrale Kategorie, die bei der Untersuchung von EU-Einstellungen auf jeden Fall berücksichtigt werden sollte.

In den vergangenen Jahren hat sich die EU-Einstellungsforschung tatsächlich verstärkt der Analyse des Vertrauens der Menschen in die Europäische Union zugewandt, zumeist jedoch ohne das Vertrauenskonzept an sich weiter zu reflektieren.[3] Anders sieht die Situation in der national orientierten politischen Einstellungsforschung aus. Hier gilt das politische Institutionenvertrauen als Teildimension politi-

---

[1] Im Gegensatz zu diffuser Unterstützung bezieht sich spezifische Unterstützung in Eastons Modell ausschließlich auf die politischen Autoritäten (Easton 1965).

[2] Viele empirische Untersuchungen zur EU-Unterstützung verzichten ganz auf eine theoretische Diskussion des Konzepts (z. B. Anderson und Kaltenthaler 1996; Brinegar und Jolly 2005; Eichenberg und Dalton 1993; Garry und Tilley 2009; Maier et al. 2012), was u. a. zur Folge hat, dass die Operationalisierung von EU-Einstellungen eher willkürlich und teilweise widersprüchlich erfolgt. So wird beispielsweise die Beurteilung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes sowohl als Indikator für spezifische als auch für diffuse EU-Unterstützung herangezogen (Scheuer 2005). Auch in der aktuellen EU-Vertrauensforschung fehlt überwiegend eine theoretische Einordnung des Vertrauenskonzepts, die über dessen bloße Klassifizierung als „diffuse Unterstützungsform" hinausgeht (z. B. Armingeon und Ceka 2013; Harteveld et al. 2013; Muñoz et al. 2011).

[3] Die Verwendung von EU-Vertrauen als eigenständiger Indikator für EU-Unterstützung wird auch durch neuere empirische Untersuchungen gestützt. So zeigen Fuchs et al. (2009), dass das Vertrauen in die EU und ihre einzelnen Institutionen neben Identifikationsgefühlen, der Bewertung der Leistungen der EU sowie der allgemeinen Beurteilung der EU und deren Prinzipien einen eigenständigen Faktor bildet. Weßels (2007) kommt zu vergleichbaren Ergebnissen (aber siehe Boomgaarden et al. 2011).

scher Unterstützung seit langem als für die Stabilität von demokratischen politischen Systemen und für effektives Regierungshandeln unentbehrlich (z. B. Gamson 1968; Mishler und Rose 1999). Dabei wird das Vertrauen in die Institutionen politischer Systeme seit einiger Zeit nicht mehr – wie noch von Easton angenommen – als rein diffuse Form der politischen Unterstützung konzeptualisiert. Bereits Easton selbst (1975) weist darauf hin, dass politisches Vertrauen, im Unterschied zur kurzfristigen Ergebnisbewertung der spezifischen Unterstützung, u. a. aus einer generalisierten Zufriedenheit mit den Outputs des politischen Systems resultieren könne. Ohne diese Annahme selbst zu bestreiten, merken viele Autoren an, dass durch sie die eindeutige Trennung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung obsolet wird (z. B. Fuchs 1989; Westle 1989). Aus diesem Grund bietet es sich an, die Dichotomie beider Unterstützungsformen durch ein Kontinuum zu ersetzen, auf dem politisches Vertrauen aufgrund seiner Abhängigkeit von Leistungsbewertungen häufig stärker dem spezifischen als dem diffusen Ende zugeordnet wird (z. B. Fuchs 1999; Norris 2011). Die Vermutung, dass politisches Vertrauen sowohl diffuse als auch spezifische Elemente umfasst, wird auch durch empirische Untersuchungen bestätigt (z. B. Brunner und Walz 2000; Kleiner 2008; Norris 2011). Entsprechend wird politisches Vertrauen als Mischform von diffuser und spezifischer Unterstützung verstanden und kann definiert werden als „(…) die Überzeugung, dass das Handeln der Regierenden und der politischen Institutionen den Interessen der Regierten selbst dann entspricht, wenn diese darauf verzichten, die Entscheidungsträger durch permanenten Druck zu responsivem Handeln zu zwingen. Dies schließt die Erwartung ein, dass sich die politischen Akteure im Allgemeinen fair, gerecht, unparteiisch und gemeinwohlorientiert verhalten und ihr Handeln im Normalfall an gesellschaftlich akzeptierten normativen Standards ausrichten.“ (Gabriel 1999, S. 202).

Übertragen auf die europäische Ebene definieren wir Vertrauen in die Europäische Union entsprechend als Glauben daran, dass die politischen Akteure und Institutionen der EU selbst ohne permanente Kontrolle durch ihre Bürger in deren Interesse handeln. Dabei werden vom EU-Vertrauen (wie auch von nationalem politischem Vertrauen) positive Folgen für das politische System erwartet: Es soll den politisch Verantwortlichen einen gewissen Handlungsspielraum ermöglichen, die Stabilität der Union erhöhen sowie die Qualität ihrer Funktionsweise verbessern (McLaren 2012). Da umgekehrt auch ein ausreichendes Maß an Wachsamkeit und Misstrauen gegenüber den politisch Handelnden für den Erhalt gerade von demokratischen Systemen wichtig ist, bisher aber noch keine (empirisch prüfbare) Theorie über das systemfunktionale Niveau von Vertrauen entwickelt wurde (Gabriel und Kunz 2002, S. 255), kann keine seriöse Aussage darüber getroffen werden, welches Ausmaß an EU-Vertrauen letztlich wünschenswert ist. Es darf jedoch davon ausgegangen werden, dass ein weitverbreiteter Mangel an politischem Vertrauen auf Dauer die Stabilität der Union gefährden kann.

3 Quellen von EU-Vertrauen

Um die Ursachen von Vertrauen in die Europäische Union zu klären, kann man sowohl auf Ansätze aus der EU-Einstellungsforschung als auch der national orien-

tierten politischen Vertrauensforschung zurückgreifen (Kleiner und Bücker 2014). Dabei geht der *institutionalistische Ansatz* der Vertrauensforschung ähnlich wie Easton davon aus, dass die Bürger aufgrund rationaler Erwägungen denjenigen politischen Institutionen und Autoritäten vertrauen, die ihre Erwartungen erfüllen und die gewünschten Leistungen bereitstellen. Vertreter dieses Ansatzes nehmen an, dass sich die Performanzzuschreibungen auf ökonomische oder politische Leistungen beziehen können, die entweder objektiv gegeben sind oder subjektiv wahrgenommen werden (z. B. Miller und Listhaug 1999; van der Meer und Dekker 2011). Vergleichbar argumentiert der *utilitaristische Ansatz* aus der EU-Einstellungsforschung, der davon ausgeht, dass die Bürger die EU vor allem aufgrund des (wahrgenommenen) Nutzens für sie persönlich beziehungsweise für ihr Land beurteilen (z. B. Eichenberg und Dalton 2007; Gabel 2001; Lubbers und Scheepers 2010).

Die EU-Vertrauensforschung hat dieses Erklärungsmodell aufgegriffen und empirisch überprüft. Die Ergebnisse zeigen, dass positive Beurteilungen der von der EU erbrachten Leistungen tatsächlich das Vertrauen der Menschen in sie erhöhen (z. B. Armingeon und Ceka 2013; Harteveld et al. 2013; Torcal et al. 2012). Objektive Leistungen, wie die finanzielle Unterstützung von Mitgliedsstaaten über die Struktur- und Kohäsionsfonds, spielen demgegenüber für die Generierung von EU-Vertrauen eine weitaus geringere Rolle (Armingeon und Ceka 2013; Muñoz et al. 2011). Diese Ergebnisse entsprechen denen der national orientierten Vertrauensforschung und bestätigen theoretische Überlegungen, wonach objektive Systemleistungen für das politische Vertrauen vor allem vermittelt über subjektive Wahrnehmungen relevant werden (van der Meer und Dekker 2011).

Performanzansätze gehen (meist implizit) davon aus, dass die Bürger die Leistungen des politischen Systems bewusst wahrnehmen und diese dem System bzw. dessen politischen Akteuren und Institutionen auch zuordnen. Während diese Annahme für nationale politische Systeme mit ihren Mediendiskursen und der daraus resultierenden Öffentlichkeit relativ unproblematisch ist, kann sie für die Europäische Union angesichts der lange Zeit vorherrschenden Zweitrangigkeit von europapolitischen Themen nicht unhinterfragt vorausgesetzt werden (Risse 2010). Wenn allerdings eine grundlegende Informations- und Wissensbasis über die Union und deren politisches Handeln fehlt, stellt sich die Frage, inwiefern eine rationale Abwägung der ökonomischen und politischen Kosten und Nutzen der europäischen Integration überhaupt möglich ist: „(H)ow can mass publics be simultaneously ignorant about integration and act in a self-interested rational fashion when it comes to economic benefits to be secured from the integration process?" (Anderson 1998, S. 573).

An dieser Stelle setzt der sogenannte *Cueing-Ansatz* der EU-Einstellungsforschung an (zusammenfassend Hooghe und Marks 2005). Dieser Ansatz, der seine Wurzeln in der Sozialpsychologie hat und erstmals von Anderson (1998)[4] auf die Erklärung von EU-Einstellungen angewendet wurde, geht davon aus, dass eine gründliche Abwägung der unterschiedlichen Vor- und Nachteile der EU als Basis ihrer Beurteilung für die meisten Menschen viel zu aufwendig und angesichts ihres häufig geringen Interesses an der Union eher unwahrscheinlich sei. Stattdessen würden die Bürger

[4] Anderson verwendet den Begriff „proxies" und grenzt diesen von verwandten Konzepten wie Heuristiken bzw. „shortcuts" ab.

sogenannte „Hinweise“ oder „Cues“ aus ihrem nationalen politischen Umfeld verwenden, um sich eine Meinung über die EU zu bilden. „Cues“ können dabei von politischen Parteien übernommen oder aus allgemeinen politischen Ideologien abgeleitet werden (Hooghe und Marks 2005). Darüber hinaus können die Menschen ihre Einstellungen zum nationalen politischen System auf die europäische Ebene übertragen, wie beispielsweise die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land oder die Zustimmung zu den regierenden Parteien (z. B. Anderson 1998; Rohrschneider 2002). Die genaue Art der Verbindung zwischen nationalen und EU-Einstellungen bleibt jedoch umstritten: Während Anderson (1998) eine positive Beziehung annimmt, weisen andere Autoren darauf hin, dass nationale und europäische politische Unterstützung auch negativ miteinander zusammenhängen können. Zum einen kann die Unzufriedenheit mit dem nationalen System die Hoffnung auf Verbesserungen durch die EU stärken; zum anderen ist es möglich, dass eine starke Befürwortung der nationalen Strukturen die Ablehnung einer Einflussnahme seitens der EU begünstigt (Kritzinger 2003; ähnlich Sánchez-Cuenca 2000; Rohrschneider 2002).

Der Cueing-Ansatz spielt in der EU-Vertrauensforschung eine wichtige Rolle. Insbesondere der Einfluss von nationalem politischem Vertrauen auf das Vertrauen der Menschen in die Union erweist sich in den vorliegenden empirischen Untersuchungen regelmäßig mit großem Abstand als einflussreichste Quelle von EU-Vertrauen. (Armingeon und Ceka 2013; Harteveld et al. 2013; Muñoz et al. 2011; Torcal et al. 2012). Darüber hinaus scheint in Bezug auf politisches Vertrauen auch das Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Ebene geklärt. Alle Studien weisen übereinstimmend eine positive Beziehung zwischen nationalem und EU-Vertrauen auf Individualebene nach und bestätigen damit die Wirksamkeit des „Kongruenzmodells“ (Muñoz et al. 2011), während Muñoz et al. (2011) zusätzlich auf der Makroebene einen negativen Zusammenhang zwischen beiden Vertrauensarten und damit die Gültigkeit des „Kompensationsmodells“ zeigen.[5]

Insgesamt deuten sowohl theoretische Überlegungen als auch empirische Ergebnisse darauf hin, dass erstens direkte Bewertungen der von der EU erbrachten Leistungen und zweitens indirekte nationale Cues wichtige Quellen des EU-Vertrauens darstellen, wobei letztere nach bisherigem Wissensstand den deutlich größeren Einfluss ausüben. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der hier angenommene kausale Zusammenhang zwischen Performanzbewertungen bzw. nationalen „Hinweisen“ einerseits und dem daraus resultierenden EU-Vertrauen andererseits zwar theoretisch plausibel ist, aufgrund der ausschließlichen Verwendung von Querschnittsdaten empirisch bislang jedoch nicht eindeutig nachgewiesen werden kann. Denkbar wäre auch eine umgekehrte Beziehung, in der das allgemeine EU-Vertrauen die Beurteilung konkreter EU-Performanzen bzw. das nationale Vertrauen beeinflusst. Sollten diese kausalen Zusammenhänge gültig sein, müsste allerdings schlüssig geklärt werden, woher das Vertrauen in die EU als Ursache für andere politische Einstellungen stammt. In der Literatur werden als alternative Quelle politischen Vertrauens vor allem Sozialisationserfahrungen genannt (Almond und Verba 1963;

[5] Die Autoren erklären diesen negativen Zusammenhang damit, dass großes nationales Vertrauen auf der Makroebene einen hohen „Vertrauensstandard“ etabliere, an dem sich die EU messen lassen müsse und der zu geringeren Vertrauenswerten in die Union führe.

Easton 1965, 1975). Diese Überlegung ist aber in Bezug auf die EU wenig überzeugend, die im Lebensalltag der Bürger immer noch deutlich weniger präsent ist als nationale Akteure bzw. nationale politische Symbole und Rituale. Der Einfluss von Performanzbewertungen auf EU-Vertrauen scheint im Vergleich dazu plausibler, da die ökonomischen und politischen Errungenschaften und Defizite der EU seit den 1990er Jahren in den öffentlichen Diskursen verstärkt thematisiert werden und somit eine mögliche Basis zur Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit der Union liefern (Risse 2010). Ebenso ist ein Einfluss von europäischem auf nationales Vertrauen nur wenig schlüssig, weil davon ausgegangen werden muss, dass das nationale politische System für die meisten Menschen immer noch bedeutsamer und leichter zugänglich ist als die EU und somit eher als „Cue-Geber" fungieren kann als letztere.[6]

Schwerer wiegt ein zweiter Einwand gegen den Cueing-Mechanismus, der postuliert, dass sowohl nationales als auch europäisches politisches Vertrauen auf ein allgemeines „Vertrauenssyndrom" zurückzuführen seien und daher keine bzw. nur eine eingeschränkte Übertragung von einer politischen Ebene auf die andere stattfände (z. B. Harteveld et al. 2013; Muñoz et al. 2011). Ähnlich argumentieren Kritiker, die davon ausgehen, dass politisches Vertrauen allgemein mit sozialem Vertrauen, also mit dem Vertrauen einer Person in ihre Mitmenschen, zusammenhänge und mit diesem ein gemeinsames Persönlichkeitsmerkmal bilde – was ebenfalls dafür spräche, dass der Cueing-Mechanismus weniger einflussreich wäre als häufig angenommen (Luhmann 1988; Uslaner 2002). Diese Überlegungen sind theoretisch plausibel, müssen jedoch empirisch überprüft werden. Die vorliegenden Ergebnisse zur Rolle von sozialem Vertrauen deuten bislang darauf hin, dass dieses die Extrapolation von nationalem Vertrauen auf die EU nicht wesentlich beeinflusst. So zeigen die Analysen von Muñoz et al. (2011) und Torcal et al. (2012), dass der Einfluss von nationalem auf EU-Vertrauen signifikant bleibt und alle übrigen Faktoren dominiert, während soziales Vertrauen selbst keinen substantiellen Erklärungsbeitrag leistet. Der mögliche Einfluss einer generellen Vertrauensdisposition wurde demgegenüber nur vereinzelt empirisch getestet (z. B. Kumlin 2009). Gleichwohl stützen die Ergebnisse ebenso wie die nachgewiesene Kontextabhängigkeit der Beziehung zwischen nationalem und europäischem Vertrauen die Annahme, dass diese Beziehung zumindest nicht ausschließlich auf allgemeines politisches Vertrauen zurückzuführen ist und dass der Cueing-Mechanismus tatsächlich wirkt (aber siehe Harteveld et al. 2013).[7]

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass politisches Vertrauen mehr ist als ein generelles Persönlichkeitsmerkmal und dass EU-Vertrauen entsprechend auf mehr als einer individuellen Neigung beruht. Gemäß den theoretischen Ausführungen kann demnach angenommen werden, dass es sowohl aus einer positiven Beurteilung von EU-Leistungen als auch aus nationalen Heuristiken generiert werden kann. Auf Grundlage dieser Überlegungen formulieren wir folgende Hypothesen:

[6] Eine konträre Position vertreten Chiru und Gherghina (2012). Für eine empirische Überprüfung des kausalen Zusammenhangs zwischen nationalem und europäischem Vertrauen siehe Armingeon und Ceka (2013).

[7] Torcal et al. (2012) demonstrieren, dass die Stärke des Zusammenhangs zwischen nationalem und europäischem Vertrauen beispielsweise mit der Regierungsqualität eines Landes variiert. Ähnlich weisen Muñoz et al. (2011) nach, dass auf der Makroebene nationales Vertrauen seinen Einfluss auf EU-Vertrauen verliert, wenn gleichzeitig das Ausmaß an nationaler Korruption berücksichtigt wird.

H1: Personen, die der EU eine positive ökonomische oder politische Performanz zuschreiben, vertrauen der EU eher als Personen, die der EU diese Performanz nicht zuschreiben.

H2: Personen, die ihrer nationalen Regierung und ihrem nationalen Parlament vertrauen, vertrauen der EU eher als Personen, die dieses nationale politische Vertrauen nicht zeigen.

Neben Performanzzuschreibungen und Cueing-Mechanismus gibt es weitere Erklärungsansätze, die auf die Entstehung von EU-Vertrauen angewendet werden können. So hebt das sogenannte kulturalistische Erklärungsmodell der national orientierten Vertrauensforschung ähnlich wie der Cueing-Ansatz unter anderem die Bedeutung von politischen Ideologien hervor (z. B. Rose und Mishler 2011).[8] In der EU-Vertrauensforschung haben sich diese bislang allerdings nur in einzelnen Modellen als bedeutend herausgestellt, wobei eine „rechte" Selbsteinstufung mit größerem EU-Vertrauen einhergeht als eine „linke" Selbsteinschätzung (Muñoz et al. 2011; Torcal et al. 2012). Aus der EU-Einstellungsforschung stammt die kognitive Mobilisierungstheorie von Inglehart (1977), die annimmt, dass größeres politisches Interesse und Wissen mit einer stärkeren EU-Unterstützung einhergehen. Ebenso wie die politische Ideologie zeigen beide Faktoren nur vereinzelt Effekte auf das Unionsvertrauen, dann allerdings in erwarteter positiver Weise (Harteveld et al. 2013; Muñoz et al. 2011; Torcal et al. 2012). Schließlich gilt die europäische Identität einer Person als entscheidende Quelle für ihre EU-Unterstützung (Hooghe und Marks 2005; McLaren 2006), eine Annahme, die auch für das Vertrauen der Menschen in die Union bestätigt wird (Harteveld et al. 2013; Torcal et al. 2012).

In unseren empirischen Analysen berücksichtigen wir die ideologische Orientierung der Befragten sowie ihr politisches Interesse an der EU und ihr Zugehörigkeitsgefühl zur Union, auch wenn der kausale Zusammenhang zwischen europäischer Identität und EU-Vertrauen nicht eindeutig zu bestimmen ist (s. o.). Darüber hinaus berücksichtigen wir auch individuelle soziodemographische Merkmale wie den Bildungsstand der Befragten. Dies ist aus theoretischer Perspektive sinnvoll, da insbesondere der institutionalistische bzw. der utilitaristische Ansatz davon ausgeht, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen in unterschiedlichem Maße von der EU profitieren und ihre Leistungen entsprechend unterschiedlich beurteilen. Folgerichtig sollten Personen mit einem formal höheren Bildungsstand die EU positiver beurteilen und ihr stärker vertrauen als Personen mit einer niedrigeren formalen Bildung (Gabel 2001). Ein höherer Bildungsgrad sollte darüber hinaus auch die kognitive Mobilisierung einer Person stärken, was wiederum zu einer positiveren EU-Einstellung und möglicherweise zu stärkerem EU-Vertrauen führen sollte (Inglehart 1977).

[8] Dabei unterscheiden sich allerdings die angenommenen Wirkungsweisen beider Ansätze: Während der Cueing-Ansatz vor allem die heuristische Funktion von Wertvorstellungen und Ideologien angesichts des mangelnden Wissens der meisten Menschen über die EU betont, spielt dieser Aspekt in dem kulturalistischen Ansatz der Vertrauensforschung keine Rolle. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass unterschiedliche Wertesysteme zu unterschiedlichen Vertrauensnormen führen, die sich auf die Stärke von Vertrauen in verschiedene politische Akteure und Institutionen auswirken (Braithwaite 1998).

4 Empirische Analysen

4.1 Daten und Operationalisierung

Die für die empirischen Analysen herangezogenen Umfragedaten entstammen dem im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführten Eurobarometer (EB) 73.4 aus dem Jahr 2010.[9] Alle folgenden Analysen basieren auf Angaben der Befragten aus den damals 27 EU-Mitgliedstaaten und behandeln Mikrozusammenhänge.[10]

Das Vertrauen der Unionsbürger in die EU wurde mittels einer dichotom kodierten Variablen erhoben. Gefragt wurde in folgendem Wortlaut: „Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. […] Wie ist es mit der Europäischen Union?“[11]

Um den Einfluss des Cueing-Effekts zu prüfen, wird aus zwei dichotomen Items für das Vertrauen der Befragten in ihr nationales Parlament sowie in ihre nationale Regierung ein additiver Index gebildet, wobei jeweils ein ungültiger Antwortwert zugelassen wird.[12] Die Erhebung der Performanzen, die der Europäischen Union zugeschrieben werden, erfolgt folgendermaßen: Den Befragten wird zunächst eine Filterfrage gestellt, wonach sie einschätzen sollen, ob das eigene Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert oder nicht. Sowohl den Befragten, die meinen, dass ihr Land davon profitiert, als auch denjenigen, die dies bestreiten, wird anschließend eine Liste mit möglichen politischen wie ökonomischen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft vorgelegt, wobei die inhaltlichen Dimensionen je nach Beantwortung der vorhergehenden Filterfrage positiv oder negativ formuliert sind. In Tab. 1 sind die entsprechenden positiven wie negativen Auswirkungen wiedergegeben, aus denen die Befragten maximal drei auswählen können.

Aus diesen Items plus der vorausgegangenen Filterfrage wird ein Performanzfaktor gebildet, welcher das Ausmaß der positiven Leistungszuschreibung bzw. Befürchtung abbildet. Dazu werden zunächst alle Befragten, die die Filterfrage mit „Weiß nicht/keine Angabe“ beantwortet haben, auf null gesetzt. Diejenigen, die der Meinung sind, dass ihr Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert, dabei jedoch keinen Performanzbereich benennen, erhalten den Wert 1; jene, die geantwortet haben, dass dies nicht der Fall sei, dabei jedoch ebenfalls keinen Performanzbereich genannt haben, werden mit −1 kodiert. Für jede genannte Leistungszuschreibung bzw. Befürchtung steigt bzw. sinkt der Wert um eine Einheit, so dass der Indikator einen Wertebereich von −4 bis +4 aufweist. Ein Wert von −3 gibt beispielsweise an, dass der Befragte die Unionsmitgliedschaft als nicht vorteilhaft

[9] Die Verantwortung für die Analysen tragen selbstverständlich allein die Autorinnen dieses Beitrags.

[10] Es wurde pro Land jeweils ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahren befragt. Die Zahlen für die gesamte EU-27 sind gemäß der Bevölkerung gewichtet.

[11] Alternativ hätte man nach dem Vertrauen der Menschen in die einzelnen Institutionen der Europäischen Union fragen können. Empirische Analysen zeigen jedoch, dass das generelle Vertrauen in die Union und das Vertrauen in einzelne EU-Institutionen ein gemeinsames Konstrukt bilden (Fuchs et al. 2009).

[12] Da 5,7 % bzw. 4,6 % der Befragten keine gültige Antwort auf die Frage nach dem Vertrauen ins nationale Parlament bzw. in die eigene Regierung gegeben haben, bekommen Befragte, die nur auf eine der beiden Vertrauensfragen geantwortet haben, den Wert 1 zugewiesen.

Tab. 1 Zugeschriebene Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft für das eigene Land (Quelle: EB 73.4 (2010), Länderfragebogen Deutschland)

Welche der folgenden sind die Hauptgründe dafür, dass Deutschland Ihrer Meinung nach davon profitiert hat/nicht davon profitiert hat, dass es Mitglied der Europäischen Union ist? [IA: Liste zeigen – rotieren – maximal 3 Nennungen]
Die EU trägt zur Demokratie in Deutschland bei/hat negative Auswirkungen auf die Demokratie in Deutschland
Die EU trägt dazu bei, dass Frieden und Sicherheit gewahrt werden/hat negative Auswirkungen auf die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit
Die Europäische Union trägt zum Wirtschaftswachstum in Deutschland bei/hat negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland
Einige Themen, die den Menschen in Deutschland wichtig sind, können am besten auf europäischer Ebene/auf nationaler Ebene behandelt werden
Die Mitgliedschaft in der EU verbessert die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und anderen Staaten/sorgt für Spannungen zwischen Deutschland und anderen Ländern
Deutsche haben gewichtigen/sehr wenig Einfluss auf Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden
Die EU stärkt die Rolle Deutschlands in der Welt/Die Rolle Deutschlands in der Welt wird durch die Mitgliedschaft in der EU geschwächt
Die EU verbessert/senkt den Lebensstandard der Deutschen
Die EU hilft den Deutschen, mit den Herausforderungen der Globalisierung fertig zu werden/Die Mitgliedschaft in der EU macht Deutschland anfälliger für die negativen Auswirkungen der Globalisierung
Die EU verschafft den Deutschen neue Arbeitsplatzmöglichkeiten/gefährdet die Arbeitsplätze der Deutschen
Spontan: Sonstiges

betrachtet und dabei zusätzlich zwei Bereiche nennt, für welche er negative Auswirkungen für sein Land sieht.

Zur Überprüfung der Effekte von individuellen Eigenschaften und politischen Orientierungen auf die abhängige Variable ziehen wir das Geschlecht und das Alter der Befragten, das Bildungsniveau, die Links-Rechts-Selbsteinstufung, das politische Interesse der Befragten in Bezug auf europäische Themen sowie deren europäische Identität heran. Dabei erzeugen wir aus der Bildungsvariable einen zusätzlichen Dummy, der den Ausbildungsstatus markiert. Der genaue Zusammenhang zwischen der politischen Orientierung und der EU-Unterstützung ist, wie oben erwähnt, bislang noch nicht eindeutig geklärt. Um den genauen Effekt der politischen Orientierung auf das EU-Vertrauen zu prüfen, ist es aus unserer Sicht daher sinnvoll, die Dimension der ideologischen Selbsteinstufung in zwei Variablen aufzuteilen, die jeweils nur eine der beiden politischen Ausrichtungen repräsentieren. Zu diesem Zweck werden für die erste Variable der „Linksorientierung" alle Ausprägungen auf null gesetzt, die eine rechte Orientierung widerspiegeln. Außerdem werden alle ungültigen Antworten mit null kodiert.[13] Durch dieses Vorgehen werden alle, die sich

[13] Hintergrund ist, dass 20,6 % der Befragten auf die Frage nach ihrer politischen Links-Rechts-Orientierung keine gültige Antwort gegeben haben. Was genau sich hinter einer ungültigen Antwort verbirgt, ist jedoch unklar. So ist es durchaus möglich, dass in diese Gruppe auch viele jener fallen, die sich politisch eigentlich in der Mitte sehen oder unentschlossen sind. Um diese Befragten nicht aus den Analysen auszuschließen und keine Verzerrungen für die uns eigentlich interessierenden Effekte zu provozieren, wurden die ungültigen Antworten daher auf null gesetzt. So sind alle Befragten jeweils in beiden Variablen enthalten.

im rechten politischen Lager sehen oder keine gültige Antwort gegeben haben, zur Referenz für diejenigen, die eine linke politische Orientierung bekunden. Für die „Rechtsorientierung" wird analog verfahren, hier werden die Linksorientierten und jene ohne gültige Antwort als Referenz herangezogen. Beide Variablen sind positiv kodiert, das heißt ein steigender Wert entspricht einer steigenden Orientierung in die entsprechende politische Richtung und erleichtert so die Interpretation möglicher Zusammenhänge. Das politische Interesse wird über die Häufigkeit der Teilnahme an Diskussionen über europäische politische Angelegenheiten erhoben. Schließlich wird die europäische Identität über die Frage operationalisiert, in welchem Ausmaß sich die Befragten als EU-Bürger fühlen. Die erwarteten Einflüsse der unterschiedlichen Kontrollvariablen wurden oben diskutiert.[14]

4.2 Univariate Verteilungen

In Abb. 1 sind die EU-Vertrauensniveaus der einzelnen Mitgliedsländer im Vergleich dargestellt. Wie man der Graphik entnehmen kann, zeigen vor allem die Esten und die Bulgaren mit Werten von über 70 % sowie die Slowaken mit knapp 70 % vergleichsweise viel Vertrauen in die Europäische Union. In zahlreichen weiteren Ländern der EU geben immerhin mehr Befragte an, der Union zu vertrauen, als angeben, ihr „eher nicht" zu vertrauen.[15] In einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten überwiegt im Jahre 2010 das Vertrauen in die Union. Mit 52,5 % aller Befragten gibt insgesamt noch knapp über die Hälfte aller Unionsbürger an, der EU „eher" zu vertrauen.[16] Allerdings sind 2010 die Anteile derer, die der EU „eher nicht" vertrauen, bereits groß. Dies gilt vor allem für Großbritannien; lediglich knapp 23 % der Briten vertrauen der EU, während 77 % angeben, dies eher nicht zu tun. Insgesamt existieren also deutliche Unterschiede im nationalen Ausmaß an politischem Vertrauen in die Europäische Union.

Für die Häufigkeiten der beiden Dimensionen, die dem Cueing-Faktor zugrunde liegen, gilt, dass insgesamt 34,5 % der Befragten angeben, sie würden dem Parlament ihres Landes vertrauen, während 65,5 % dies nicht tun. 34,5 % der Unionsbürger bringen ihrer nationalen Regierung Vertrauen entgegen, während 65,6 % ihr nicht vertrauen. In Abb. 2 sind die Anteile im internationalen Vergleich dargestellt.

Ohne auf die einzelnen Länder detailliert einzugehen, kann festgestellt werden, dass sowohl das Niveau an nationalem Vertrauen in die eigene Regierung als auch jenes ins eigene Parlament zwischen den EU-Mitgliedstaaten deutlich variiert. Während die Letten, Litauer und Rumänen ihren nationalen Institutionen kaum Vertrauen entgegenbringen und auch die Südeuropäer gegenüber ihren eigenen parteistaatlichen Institutionen ebenfalls Werte unter 30 % aufweisen, zeigen die nordeuropäischen und vermögenden Nationen vergleichsweise viel Vertrauen in ihr eigenes System.

Wie Abb. 1 und 2 verdeutlichen, unterscheiden sich die allgemeinen Vertrauensniveaus der EU-Mitgliedsstaaten sowohl in Bezug auf das nationale als auch auf das

[14] Eine Liste des genauen Wortlauts der unabhängigen Variablen findet sich im Anhang.

[15] Eine Tabelle mit genauen Prozentangaben ist dem Anhang beigefügt.

[16] Inzwischen hat sich die Situation geändert. Im Mai 2013 geben knapp 59 % der EU-Bürger an, der Europäischen Union eher nicht zu vertrauen, während ihr lediglich 31 % vertrauen (EB 79.3).

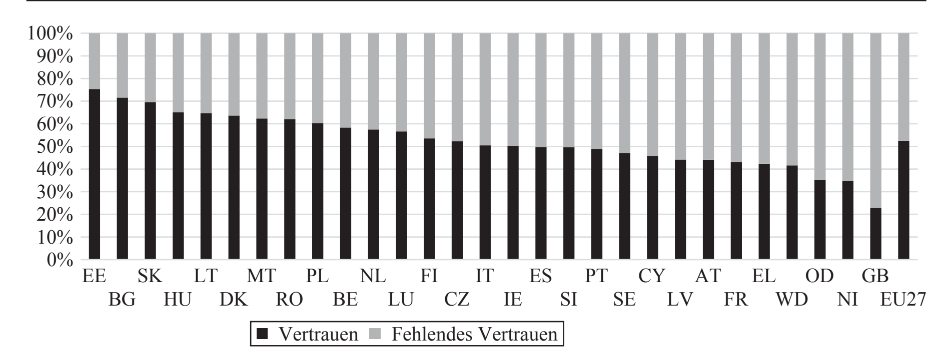


Abb. 1 Anteile an Vertrauen und an fehlendem Vertrauen in die Europäische Union (Quelle: EB 73.4 (2010). Eigene Berechnungen). (Anmerkung: Relative Anteile an Befragten pro Mitgliedsland, die der EU ihr Vertrauen aussprechen, dargestellt in gültigen Prozent. Die Länderabkürzungen entsprechen weitgehend den Vorgaben der EU (http://publications.europa.eu/code/de/de-5000600.htm). *WD* Westdeutschland, *OD* Ostdeutschland, *NI* Nordirland)

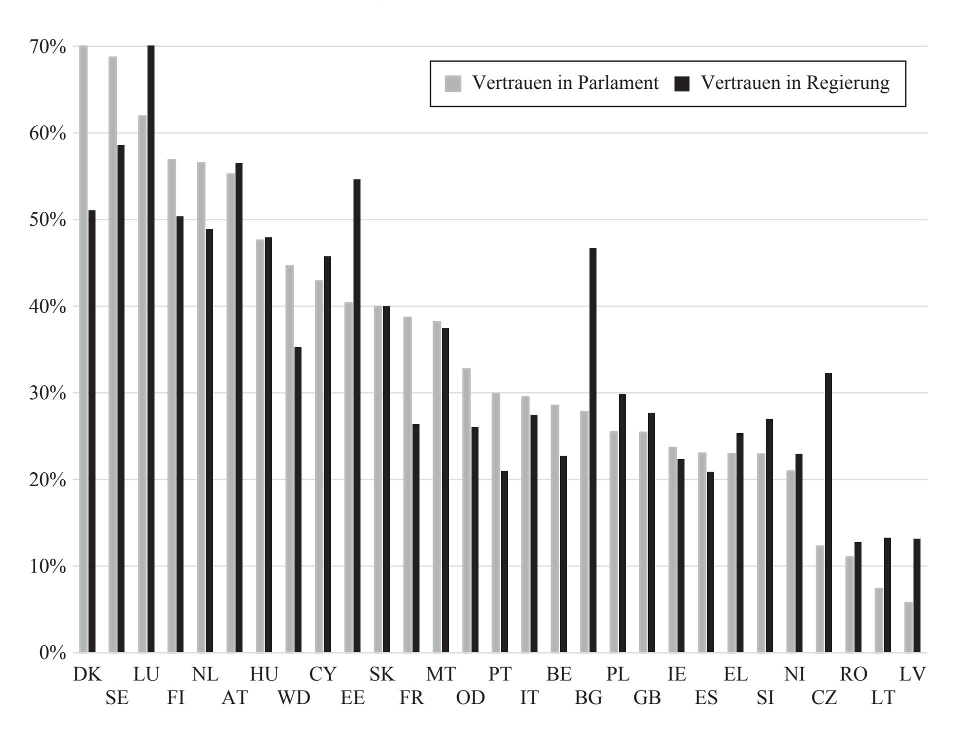


Abb. 2 Anteile an Vertrauen ins nationale Parlament und in die nationale Regierung im Ländervergleich (Quelle: EB 73.4 (2010). Eigene Berechnungen). (Anmerkung: Häufigkeiten in gültigen Prozent. Die Länderabkürzungen entsprechen weitgehend den Vorgaben der EU (http://publications.europa.eu/code/de/de-5000600.htm). *WD* Westdeutschland, *OD* Ostdeutschland, *NI* Nordirland)

europäische politische System deutlich voneinander. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern der nationale Kontext die Cueing-Prozesse auf Individualebene beeinflusst und zu länderspezifischen Besonderheiten führt. Wir werden weiter unten auf diese Frage zurückkommen.



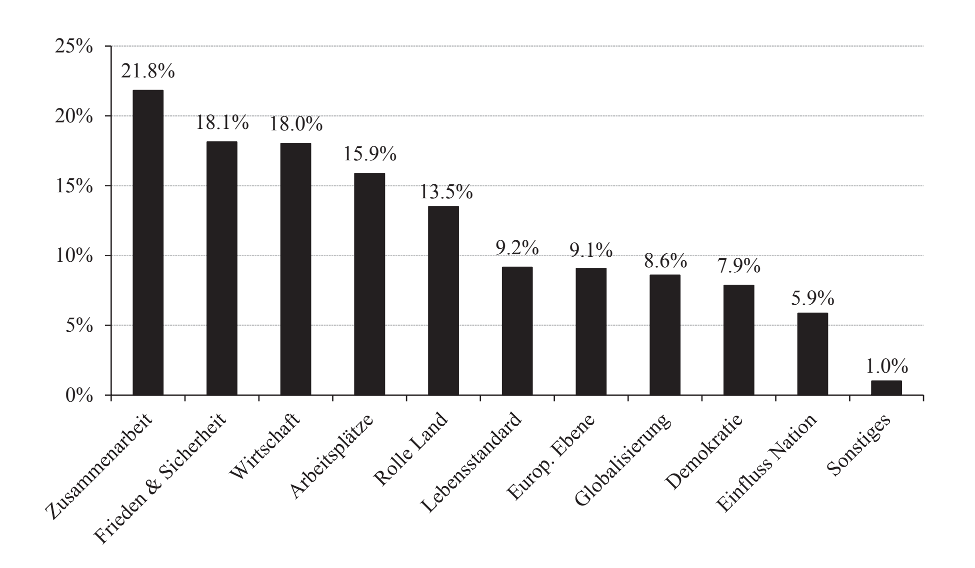


Abb. 3 Relative Häufigkeiten der Performanzen, die der Europäischen Union zugeschrieben werden (Quelle: EB 73.4 (2010). Eigene Berechnungen). (Anmerkung: Häufigkeiten in gültigen Prozent)

Schließlich ist die Zuschreibung der unterschiedlichen Auswirkungen der Unionsmitgliedschaft auf das eigene Land keineswegs gleichmäßig verteilt, so dass die Häufigkeitsdarstellung einen Eindruck davon vermittelt, welche Dimensionen sich hinter den bewerteten Zuschreibungen hauptsächlich verbergen. In Abb. 3 sind jene Performanzzuschreibungen dargestellt, denen eine positive Beurteilung der EU-Mitgliedschaft vorausgegangen ist.

Am häufigsten wird von den Befragten die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit zwischen dem eigenen Land und anderen Mitgliedern der Europäischen Union genannt (21,8 %).[17] Ebenfalls von vielen genannt wird der Beitrag der EU zu Frieden und Sicherheit (18,1 %) bzw. ihre positive Auswirkung auf das nationale Wirtschaftswachstum (18,0 %). Die Arbeitsplatzsituation im eigenen Land wird von 15,9 % der Befragten als positive Auswirkung der Unionsmitgliedschaft genannt; eine gestärkte Rolle ihres Landes in der Welt nennen 13,5 % der Befragten. Ein verbesserter Lebensstandard, ein gewichtiger Einfluss des eigenen Landes auf europäischer Ebene sowie eine Stärkung des Landes gegenüber Globalisierungsauswirkungen werden vergleichsweise selten erwähnt.

4.3 Multivariate Analysen

In nächsten Schritt soll versucht werden, (1.) den Cueing-Mechanismus einerseits und den Performanzansatz andererseits jeweils im Hinblick auf ihre Erklärungskraft empirisch zu prüfen und (2.) herauszufinden, welcher der beiden Ansätze

[17] Die Prozentangaben basieren auf allen Befragten. Da diesen Zuschreibungen der oben beschriebene Filter vorausgeht, fallen die Anteile entsprechend kleiner aus.

den größeren Beitrag zur Erklärung des Vertrauens der Bürger in die EU leistet. Zu diesem Zweck berechnen wir unterschiedliche Modelle, wobei wir zunächst die im Mittelpunkt stehenden Einflussfaktoren aufnehmen und anschließend die diskutierten Kontrollvariablen hinzufügen, um die Robustheit der zentralen Effekte auf die abhängige Variable zu prüfen. Da die abhängige Variable dichotom ist, werden logistische Regressionen durchgeführt. Dem Vorschlag von Best und Wolf (2010) folgend, werden für alle Modelle unstandardisierte und standardisierte Logit-Koeffizienten berechnet. Da der Logit-Koeffizient jedoch leicht zu dem intuitiven Schluss verleiten könnte, dass sich die Chance auf EU-Vertrauen mit einem Ansteigen/Sinken des Wertes der unabhängigen Variablen signifikant verändert, werden für die interessierenden Variablen zusätzlich durchschnittliche marginale Effekte (AME) angegeben.

Im ersten Modell werden zunächst die Cueingvariable und der Performanzfaktor aufgenommen. Wie man Tab. 2 (Modell 1) entnehmen kann, zeigen beide Dimensionen einen eigenen unabhängigen Effekt auf das Vertrauen in die Europäische Union. Der signifikant positive Koeffizient der Performanzvariablen zeigt an, dass die Wahrscheinlichkeit auf EU-Vertrauen mit stärkerer Leistungszuschreibung höher ausfällt als bei schwächerer Performanzzuschreibung. Mit einem standardisierten Koeffizienten von 2,33 ist der Effekt in diesem Modell sogar etwas größer als der ebenfalls positive Effekt der Cueing-Heuristik, der die Wirksamkeit des Kongruenzmodells auf Individualebene bestätigt. Die mit 0,27*** untereinander korrelierenden Einflussfaktoren scheinen einen vergleichbar starken Einfluss auf die abhängige Variable zu haben und lassen deren Ausgangsvarianz um 32 % sinken.[18] Weitere Gütekriterien deuten ebenfalls darauf hin, dass es sich bei dem vorliegenden Schätzmodell bereits um einen akzeptablen Fit handelt.

Der Wert des Akaikeschen Informationskriteriums (AIC) (bzw. des Bayesschen Informationskriteriums (BIC)) fällt von ursprünglich 31.532 (31.540) auf 21.470 (21.495). Die Modellschätzung verbessert sich gegenüber dem „Nullmodell“ also deutlich.

Das nächste Modell (Modell 2) dient der Prüfung, inwiefern die identifizierten Effekte stabil bleiben, wenn man sie um weitere mögliche Einflussfaktoren kontrolliert. Dazu werden erstens die oben diskutierten Kontrollvariablen mit aufgenommen. Zweitens wird für jedes Mitgliedsland der Union ein Länderdummy in die Regression eingegeben, um Effekte zu kontrollieren, die auf nationalen Traditionen beruhen und sich möglicherweise auf die Unterstützung der Europäischen Union auswirken (ähnlich Gabel 1998; Ray 2003).[19] Die beiden Koeffizienten des Cueing und der Performanz weisen abermals jeweils bedeutende Effekte auf. Es fällt auf, dass der Performanzfaktor gegenüber dem ersten Modell an Einfluss eingebüßt hat. Unter Kontrolle einer Reihe weiterer Faktoren fallen sowohl der unstandardisierte als auch der standardisierte Koeffizient bei derselben Befragtengruppe deutlich niedriger

[18] Pseudo-R^2 wurde nach McFadden berechnet.

[19] Da wir uns in diesem Beitrag nicht für die jeweiligen Ländereffekte interessieren, sondern diese lediglich kontrollieren wollen, sind die nationalen Einflüsse aus Darstellungsgründen im Anhang ausgewiesen (Tab. 4).

Tab. 2 Einflussfaktoren auf das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union (Quelle: EB 73.4 (2010). Eigene Berechnungen)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		ame
	or	beta	or	beta	or	beta	
Cueing	1,20 (−0,04)	2,03***	1,36 (−0,04)	2,29***	1,04 (−0,05)	1,75***	0,14 (0,01)
Performanz	0,37 (−0,01)	2,33***	0,31 (−0,01)	1,97***	0,31 (−0,01)	1,92***	0,04 (0,00)
Geschlecht			−0,08 (−0,06)	−0,08	−0,08 (−0,06)	−0,08	
Alter			0,00 (−0,00)	−0,04	0,00 (−0,00)	−0,07	
Bildung			0,01 (−0,01)	0,10	0,01 (−0,01)	0,10	
Ausbildung			0,48 (−0,19)	0,28*	0,43 (−0,20)	0,25*	
Linke Orientierung			0,02 (−0,02)	0,06	0,02 (−0,02)	0,07	
Rechte Orientierung			0,02 (−0,02)	0,05	0,01 (−0,02)	0,04	
Politisches Interesse			0,02 (−0,05)	0,02	0,00 (−0,05)	−0,01	
EU-Identität			0,52 (−0,04)	0,98***	0,51 (−0,04)	0,95***	
Vertrauen in Parteien und lokale Behörden					0,77 (−0,05)	1,15***	
Konstante	−2,67*** (−0,06)		−4,25*** (−0,22)		−4,52*** (−0,23)		
Länderdummies			(siehe Anhang)		(siehe Anhang)		
Pseudo R^2	0,32		0,38		0,40		
Befragte	23.165		23.165		21.798		
LL_0	−15.765		−15.765		−14.761		
LL	−10.732		−9.736		−8.849		
AIC	21.470		19.550		17.778		
BIC	21.495		19.864		18.098		

Logistische Regressionen, Standardfehler in Klammern, gewichtet auf Basis der EU-27. Eine Fortsetzung der Tabelle mit Kontexteffekten ist im Anhang zu finden.

*$p<0,05$; **$p<0,01$; ***$p<0,001$

aus.[20] Umgekehrt scheint der Cueing-Mechanismus an relativer Bedeutung gewonnen zu haben. Darüber hinaus zeigt die europäische Identität der Befragten einen positiven Effekt auf ihr Unionsvertrauen, wenn auch die Assoziation mit der abhängigen Variable deutlich geringer ausfällt. Wer sich also mit der EU persönlich identifiziert, für den ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass er der Union Vertrauen entgegenbringt. Die Einflüsse der anderen Kontrollfaktoren bleiben demgegenüber auffallend über-

[20] Dies liegt u. a. daran, dass der Performanzfaktor mit der EU-Identität relativ hoch korreliert ($r=0,39$***) und sein Einfluss daher nach unten „korrigiert" wird. Nichtsdestotrotz handelt es sich hierbei um zwei unabhängig voneinander wirkende Mechanismen, beide Effekte sind hochsignifikant und ein VIF-Test lässt nicht auf Multikollinearität schließen.

schaubar. Weder Geschlecht noch Alter, Bildung oder politische Orientierung üben einen vergleichbaren Einfluss wie Cueing, Performanzzuschreibung oder EU-Identifikation aus. Auch mit der Häufigkeit politischer Diskussionen über europäische Angelegenheiten steigt die Wahrscheinlichkeit für Unionsvertrauen nicht an. Lediglich für Befragte, die sich (noch) in Ausbildung befinden, ist die Wahrscheinlichkeit auf ein positives EU-Vertrauensurteil etwas höher als für jene, die sich nicht in Ausbildung befinden. Der Anteil an zusätzlich gebundener Varianz gegenüber dem ersten Modell (Modell 1) beträgt 6 Prozentpunkte, der AIC sinkt um weitere 6 und der BIC um 5 Prozentpunkte.

Betrachtet man demgegenüber die einzelnen Ländereffekte (Tab. 4, Modell 2), erkennt man, dass es für das EU-Vertrauen häufig durchaus eine Rolle spielt, aus welchem Land eine Person kommt. Dabei scheint die Herkunft aus einem südeuropäischen Land wie Italien, Spanien, Portugal und auch Griechenland oder aus einem osteuropäischen Land (Rumänien, Bulgarien, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Litauen, Lettland, Slowakei, Estland, Slowenien) die Vertrauenswahrscheinlichkeit tendenziell zu erhöhen, während die Herkunft aus einem mittel- (Westdeutschland, Österreich, Luxemburg, nicht jedoch Belgien) und deutlicher noch nordeuropäischen Land (Schweden, Dänemark) die Chance auf ein positives Vertrauensurteil verschlechtert. Für Niederländer, Iren, Nordiren, Ostdeutsche, Finnen sowie Zyprioten verändert sich die Wahrscheinlichkeit auf EU-Vertrauen aufgrund ihres Herkunftslandes nicht.

Aus erhebungstechnischer Perspektive ergibt sich für den Cueing-Indikator ein doppeltes Messproblem, welches sich auf das Analyseergebnis auswirken und den Einfluss des Cueing-Mechanismus in zweifacher Hinsicht überschätzen kann. Zum einen stellt sich die Frage, wie die oben bereits diskutierte generelle Vertrauensdisposition einer Person bei der Analyse von EU-Vertrauen und dessen Beziehung zu nationalem Vertrauen kontrolliert werden kann (Uslaner 2002, S. 18–26). Eine solche Disposition kann dann „herausgerechnet" werden, wenn man eine entsprechend skalierte Fragebatterie zur Verfügung hat, die es erlaubt, den individuellen Antwortbias von den tatsächlich gegebenen Antworten zu subtrahieren, wie es beispielsweise Schwartz bei der Verwendung seiner Human Values-Skala vorschlägt (Schwartz 2002). Da das Vertrauen dichotom abgefragt wird, steht uns keine ausreichend hohe Skalierung zur Verfügung, um dieses Verfahren anzuwenden. Zum anderen erhebt das Eurobarometer das Vertrauen in nationale Institutionen regelmäßig in identischer Form und in derselben Fragebatterie wie das EU-Vertrauen, also wie die abhängige Variable. Im Hinblick auf das Antwortverhalten der Befragten kann dies bedeuten, dass die Wahl gleicher Antwortkategorien für unterschiedliche Vertrauensobjekte provoziert und so der Einfluss des Cueingfaktors auf die abhängige Variable überschätzt wird (Harteveld et al. 2013). Um diese beiden möglichen Verzerrungen ein Stück weit zu kontrollieren, wird ein additiver Index aus weiteren Items derselben Fragebatterie (Vertrauen in politische Parteien, Vertrauen in regionale und lokale Behörden) gebildet und als Kontrollvariable in die Regression mit aufgenommen. Die Ergebnisse zeigen, dass der Effekt der Cueingvariablen durch die Kontrolle des Vertrauens in weitere politische Objekte kleiner wird und der Mechanismus der individuellen Extrapolation in den Modellen 1 und 2 tatsächlich zunächst überschätzt wurde. So sinkt der standardisierte Cueing-Koeffizient des Vollmodells von 2,29*** (Modell 2) auf 1,75*** (Modell 3), während der standardisierte Biaskoeffizient einen Wert von 1,15*** (Modell 3) erreicht. Wor-

auf genau der Antwortbias im Einzelnen basiert (einer sozialisationsbedingten Disposition oder durch das Messinstrument provoziert), kann an dieser Stelle nicht genau nachvollzogen werden. Es ist jedoch trotz der unterschiedlichen Stichprobengrößen der Modelle 2 und 3 gerechtfertigt, die Bedeutung der Unterschiede zwischen den Effektgrößen herauszustreichen. Während sowohl der unstandardisierte als auch der standardisierte Performanzwert sich kaum verändert haben, scheint die Wahrscheinlichkeit auf EU-Vertrauen aufgrund der Extrapolation von nationalem Vertrauen nicht mehr so ausgeprägt zu sein, wie es zunächst den Anschein hatte. Wer allgemein den Parteien und seinen regionalen und lokalen Behörden Vertrauen entgegenbringt, wird mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auch der Europäischen Union sein Vertrauen aussprechen. Die Effekte der anderen Kontrollvariablen hingegen verändern sich so gut wie nicht.

Hinsichtlich der nationalen Kontexteinflüsse sind die Ergebnisse jenen aus Modell 2 ausgesprochen ähnlich (Tab. 4, Modell 3). Die Koeffizienten verändern sich kaum, für die Italiener und die Rumänen spielt die Herkunft eine noch größere Rolle für das EU-Vertrauen als im Modell zuvor. Ansonsten sind die Effekte weitestgehend vergleichbar.

Der Anteil an gebundener Varianz für dieses Modell (Tab. 2, Modell 3) beträgt 40 % der Ausgangsvarianz der abhängigen Variablen. Der AIC sinkt von ursprünglich 29.524 auf 17.778 und der BIC von 29.532 auf 18.098. Der gesunkene AIC zeigt an, dass das Modell besser an die Daten angepasst ist, was eine komplexere Parametrisierung zu rechtfertigen scheint (Best und Wolf 2010, S. 846). Allerdings sinkt der BIC nicht in gleicher Weise, was andeutet, dass die höhere Parameterzahl doch „bestraft" wird.[21]

Der um die Antwortneigung bzw. die allgemeine Vertrauensdisposition der Befragten korrigierte Cueingeffekt ist also nicht nur deutlich gesunken, sondern dem Einfluss des Performanzfaktors sogar etwas unterlegen. Allerdings ist, wie erwähnt, zu bedenken, dass der Logit-Koeffizient nicht über seine Richtung und statistische Signifikanz hinaus interpretierbar ist (Best und Wolf 2012, S. 380). Ob die intuitive Interpretation also zutrifft, dass die Chance auf EU-Vertrauen mit zunehmender Performanzzuschreibung bzw. Nutzung des Cueings sich jeweils tatsächlich verbessert, zeigen erst die marginalen Effekte. Sie erlauben eine Antwort auf die Frage, welchen substantiellen Beitrag die Einflussfaktoren über Vorzeichen und Signifikanz hinaus zur Erklärung des EU-Vertrauens leisten können. Aus diesem Grund sind im dritten Modell zusätzlich die durchschnittlichen Marginaleffekte (Average Marginal Effects, AME) der beiden interessierenden Heuristiken ausgewiesen. Der durchschnittliche marginale Effekt hat den Vorteil, dass er nicht von unkorrelierter unbeobachteter Heterogenität verzerrt wird (Wooldridge 2002, S. 470) und dass er eine intuitive Interpretation ermöglicht (Best und Wolf 2012, S. 383). Wie man dem AME-Wert der Cueingvariablen in Modell 3 (Tab. 2) entnehmen kann, steigt die Wahrscheinlichkeit auf EU-Vertrauen um durchschnittlich 0,14 Punkte an, wenn der Cueing-Wert um eine Einheit steigt. Dieser Wert ist geringer als jener für Modell 2 (AME = 0,19, tabellarisch nicht ausgewiesen). Für die Performanzzuschreibung gilt analog, dass wenn der Wert dieser Variablen um eine Einheit anwächst (8er-Skala), die Wahr-

[21] Während der AIC von der Stichprobengröße unabhängig ist und Modelle mit vielen Parametern tendenziell vorteilhaft erscheinen lässt, wird der BIC für Stichprobengröße und Parameterzahl „korrigiert" (Gernard 2009).

scheinlichkeit auf das Vertrauen in die Europäische Union um 0,04 Punkte steigt (Modell 3).[22] Beide Vertrauensheuristiken liefern also einen eigenen substantiellen Beitrag zur Erklärung des individuellen EU-Vertrauens.

Es muss allerdings bedacht werden, dass es sich bei logistischen Regressionen um eine nicht-lineare Funktion handelt und die Steigung der Wahrscheinlichkeitskurve nicht konstant ist, sondern der marginale Effekt von X_j sowohl mit den Ausprägungen von X_j als auch mit den Ausprägungen der anderen unabhängigen Variablen variiert (Best und Wolf 2010, S. 839). So wird nicht nur der nichtlineare Verlauf der Wahrscheinlichkeitskurve durch die Angabe eines globalen Durchschnittseffekts ignoriert (Best und Wolf 2010, S. 838), auch können die marginalen Effekte des Cueing und der Performanzzuschreibung aufgrund unterschiedlicher X_j-Ausprägungen nicht direkt miteinander verglichen werden. Daher bietet sich zur besseren Interpretation beispielsweise eine Darstellung der nichtlinearen Zusammenhänge mittels graphischer Mittel an, bei welchen der Einfluss der unabhängigen Variablen auf die Erfolgswahrscheinlichkeit für jedes Niveau der unabhängigen Variablen dargestellt werden kann.

Wie man Abb. 4 (linke Seite) entnehmen kann, liegt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit auf ein positives Vertrauensurteil für einen Befragten, der seinen eigenen nationalen Institutionen kein Vertrauen entgegenbringt, bei ca. 42,2 %. Mit dem Anstieg des Vertrauens in die eigenen parteipolitischen Institutionen um eine Einheit steigt diese Wahrscheinlichkeit um 18,9 Prozentpunkte auf 61,1 % an. Dies ist aus statistischer Sicht ein signifikanter Zuwachs. Die höchste Wahrscheinlichkeit auf EU-Vertrauen mit 70,2 % haben Befragte, die sowohl ihrer eigenen Regierung als auch ihrem nationalen Parlament Vertrauen entgegenbringen.

Auf der rechten Seite von Abb. 4 sind die marginalen Effekte für die einzelnen Niveaus des Performanzindikators dargestellt.[23] Die Graphik zeigt, dass Befragte, die der Europäischen Union drei negative Leistungen zuschreiben, mit einer Wahrscheinlichkeit von 28,9 % der EU ihr Vertrauen aussprechen. Mit abnehmender negativer Beurteilung bzw. steigender positiver Performanzzuschreibung wächst dieser Wert stetig und für so gut wie alle Ausprägungen auch in signifikanter Weise an. Die Wahrscheinlichkeit auf EU-Vertrauen liegt für Befragte, die meinen, dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert und der EU dabei noch drei positiv besetzte Leistungen zuschreiben, bei knapp 70 % und ebenso für Befragte, die ihrem Parlament und ihrer Regierung vertrauen.

Insgesamt gilt für beide Vertrauensheuristiken gleichermaßen, dass ein ansteigendes Niveau der unabhängigen Variablen jeweils mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit auf eine positive Vertrauensäußerung einhergeht. Welcher Faktor hier klar „die Nase vorne" hat, kann jedoch kaum entschieden werden. Die standardisierten Koeffizienten deuten darauf hin, dass der Performanzfaktor einen größeren Einfluss auf das EU-Vertrauen hat, die marginalen Effekte hingegen halten dieser Annahme nicht stand. Es scheint also so zu sein, dass beide Mechanismen einen nahezu vergleichbaren Einfluss auf das EU-Vertrauen ausüben. Einen weiteren Hinweis auf den jeweiligen Ein-

[22] Der marginale Effekt der Performanzvariablen verändert sich gegenüber dem Modell 2 kaum (nicht ausgewiesen).

[23] Der Wertebereich wurde um 4 Einheiten nach „rechts" verschoben, so dass eine positiv bewertete Performanzzuschreibung nun mit der Ausprägung 5 beginnt.

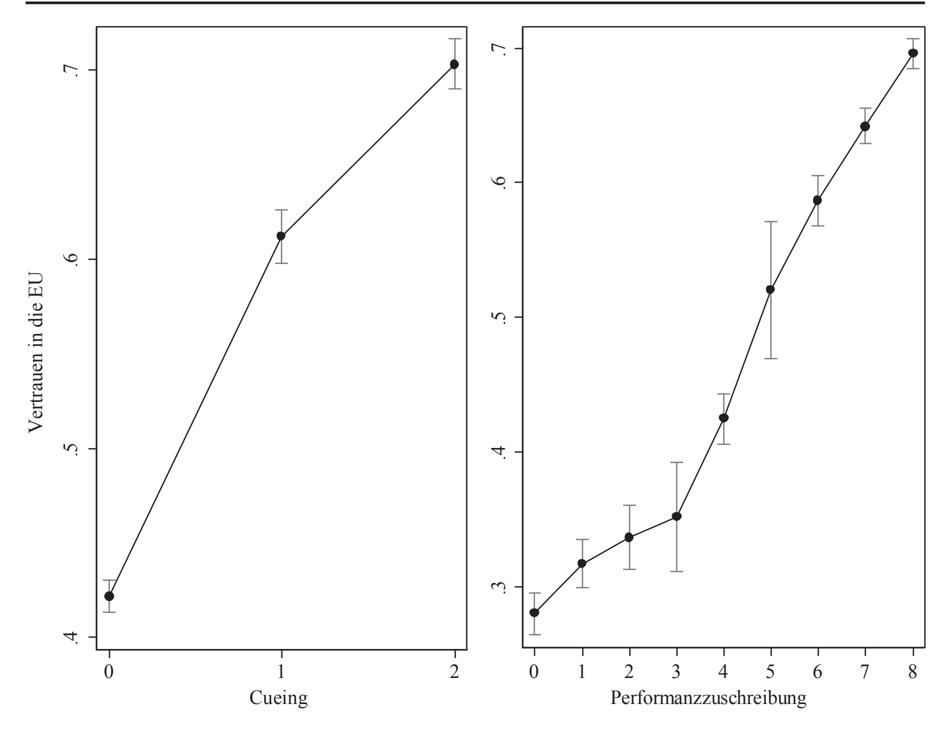


Abb. 4 Marginale Effekte des Cueings und der Performanzzuschreibung auf das EU-Vertrauen (Quelle: EB 73.3 (2010). Eigene Berechnungen). (Anmerkung: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten für EU-Vertrauen für die einzelnen Ausprägungen des Cueingfaktors und der Performanzvariablen mit Konfidenzintervallen auf dem 95 %-Niveau, gewichtet auf Basis der EU-27)

fluss beider Faktoren erhält man, wenn man prüft, ob und inwiefern sich der Anstieg der gebundenen Varianz mit der Reihenfolge der aufgenommenen Faktoren verändert. Zu diesem Zweck werden nochmals Regressionsmodelle berechnet, wobei das zweite Vollmodell der Tab. 2 (Modell 3) in der Weise variiert wird, dass in einem ersten Schritt zunächst der Cueingfaktor aufgenommen und anschließend umgekehrt verfahren wird. Ein Vergleich der jeweiligen Modellgüte ist in Tab. 3 dargestellt.

Sieht man sich den Anstieg der Varianzaufklärung bei schrittweiser Aufnahme der beiden zentralen Faktoren im Vergleich an, erkennt man, dass die zusätzliche Varianzaufklärung durch das Hinzufügen der jeweils zweiten Variablen nur gering ausfällt und sich zwischen beiden Variablen nur wenig unterscheidet. Fügt man dem Regressionsmodell mit allen Kontrollfaktoren, dem Faktor zur Kontrolle der Antwortneigung und der Cueingvariablen zusätzlich die Performanzvariable hinzu, so steigt der Anteil an gebundener Varianz um weitere 7,3 Prozentpunkte; umgekehrt liefert der Cueingfaktor zusätzliche 4,7 Prozentpunkte. Demnach scheint der Cueing-Mechanismus im direkten Vergleich einen etwas geringeren Beitrag zur Entstehung des EU-Vertrauens der Bürger zu leisten.

Insgesamt lassen die empirischen Ergebnisse den Schluss zu, dass sowohl die Cueing-Heuristik als auch die Zuschreibung von Performanzen genuine Quellen des Vertrauens in die Europäische Union darstellen. Welcher der beiden Faktoren dem anderen als Quelle des EU-Vertrauens überlegen ist, kann letztlich nicht eindeutig

Tab. 3 Anstieg der Varianzaufklärung bei schrittweiser Aufnahme der beiden Mechanismen im Vergleich (analog zu Tab. 2, Modell 3) (Quelle: EB 73.4 (2010). Eigene Berechnungen)

	Pseudo-R^2	Delta (in PP)		Pseudo-R^2	Delta (in PP)
Cueing	0,33	32,71	Performanz	0,35	35,35
+ Performanz	0,40	7,34	+ Cueing	0,40	4,70
N	21.798		*N*	21.798	

Güte logistischer Regressionen nach McFadden, gewichtet auf Basis der EU-27

bestimmt werden. Die Ergebnisse deuten jedoch insgesamt darauf hin, dass die Performanzzuschreibungen das Vertrauen in die Europäische Union etwas stärker beeinflussen als nationale Einstellungscues.

Abschließend soll auf mögliche nationale Unterschiede des Cueing-Mechanismus eingegangen werden. Wie die deskriptiven Analysen gezeigt haben, unterscheiden sich die nationalen Vertrauensniveaus hinsichtlich der EU sowie der nationalen politischen Institutionen zum Teil deutlich zwischen den einzelnen Ländern. Diese unterschiedlichen Kontextfaktoren wirken sich möglicherweise auch auf das Cueing-Verhalten der Individuen aus. Zum Beispiel können die Bürger in Ländern wie Litauen mit einem allgemein eher niedrigen Vertrauenslevel fehlendes Vertrauen in ihr politisches System mit Vertrauen in eine andere Ebene kompensieren, während sich in Ländern mit einem allgemein hohen Vertrauensniveau das Vertrauen in verschiedene politische Systeme gegenseitig verstärkt. Anders ausgedrückt ist es möglich, dass länderabhängig entweder das Kompensations- oder das Kongruenzmodell auf Individualebene gültig ist.

Um die Wirksamkeit von länderspezifischen Cueing-Mechanismen zu überprüfen, wurde das Modell 3 der Tab. 2 abermals, nun aber für jedes EU-Mitgliedsland einzeln geschätzt. In Tab. 7 (Anhang) sind die standardisierten Koeffizienten der Cueing-Heuristik und zusätzlich die Effekte der Performanzvariablen pro Land dargestellt. Wenn man sich die Effekte vergleichend anschaut, fällt zunächst auf, dass alle Assoziationen ausnahmslos positiv sind. Die Frage, ob das Kongruenzmodell auf der Mikroebene in allen Ländern wirkt, kann also mit „ja" beantwortet werden. Da es sich um jeweils andere Personengruppen handelt, können die Koeffizienten nicht miteinander vergleichen werden. Es ist jedoch möglich, sich über den Vergleich des Cueingeffekts mit dem Einfluss der Performanzvariablen einen Eindruck davon zu verschaffen, wie sich Cueing und Performanzzuschreibungen zueinander verhalten. Der Einfluss des Cueings ist insgesamt in lediglich 10 von 29 Fällen stärker als der der Performanzzuschreibung und dann auch nicht in derselben Deutlichkeit, wie es umgekehrt der Fall ist (z. B. Dänemark, Großbritannien, Ungarn, Ausnahme: Spanien). Dieses Ergebnis deutet also tendenziell wieder auf eine Überlegenheit der Leistungszuschreibungen gegenüber der Cueing-Heuristik hin.

5 Zusammenfassung und Fazit

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stand die Frage, von welchen Faktoren das Vertrauen der EU-Bevölkerung in die Europäische Union abhängt. Insbesondere haben wir untersucht, inwiefern direkte Leistungszuschreibungen einerseits und indirekte „Hinweise" aus dem nationalen politischen System andererseits das EU-Vertrauen beein-

flussen. Für die Ableitung unserer theoretischen Annahmen haben wir zum einen den institutionalistischen bzw. utilitaristischen Erklärungsansatz und zum anderen den Cueing-Ansatz herangezogen.

Empirisch erweisen sich sowohl die Extrapolation von nationalem Vertrauen auf die EU als auch die Zuschreibung von Performanzen als je eigenständige und bedeutsame Quelle von EU-Vertrauen. Die Frage, welche von beiden den stärkeren Einfluss auf das EU-Vertrauen ausübt, konnte hier jedoch nicht eindeutig beantwortet werden. Zwar deuten die Analysen auf eine leichte Dominanz der Performanzzuschreibung hin. Allerdings darf man diese so nah beieinander liegenden Effekte in ihrem relativen Gewicht nicht überbewerten, handelt es sich doch um eine Momentaufnahme. Auch konnte letztlich empirisch nicht gezeigt werden, dass es sich hierbei tatsächlich um kausale Effekte handelt, da die Ergebnisse auf Querschnittsanalysen beruhen. Die Annahme, dass Leistungsbewertungen und nationales Vertrauen eine Auswirkung auf das EU-Vertrauen der Bürger haben und nicht umgekehrt, kann an dieser Stelle zwar nur theoretisch begründet bleiben, erscheint angesichts der oben ausgeführten Überlegungen jedoch als die plausibelste Interpretation der identifizierten Zusammenhänge.

Der Befund, dass Leistungszuschreibungen und nationale Cues einen vergleichbaren Einfluss auf EU-Vertrauen ausüben, widerspricht bisherigen Studien, die übereinstimmend nationales Vertrauen als dominierenden Faktor herausstellen. Dieses Resultat hat erstens Konsequenzen für die Einschätzung der Handlungsfähigkeit der EU, zum Beispiel hinsichtlich der Rückgewinnung von im Zuge der „Eurokrise" verlorenem Vertrauen. Anders als Armingeon und Ceka (2013) annehmen, kann die EU offenbar durchaus durch eigenes Agieren dazu beitragen, dass die Menschen sie als vertrauenswürdigen politischen Akteur wahrnehmen und muss dies nicht ausschließlich den nationalen Regierungen überlassen. Zweitens ist das Ergebnis für die Frage nach der Legitimität der Union bedeutsam. Wenn die Bürger die Union vor allem indirekt über die Unterstützung der nationalen politischen Systeme legitimieren und somit die Entwicklung der EU von einem intergouvernementalen zu einem zunehmend supranationalen System nicht nachvollziehen, spiegelt diese indirekte Legitimation die politische Realität nicht mehr angemessen wider. Dies kann letztlich sowohl die empirische Legitimität der EU als auch die nationaler Demokratien untergraben, da beiden Ebenen ihre jeweiligen politischen Verantwortlichkeiten und die Ergebnisse ihres Handelns nicht angemessen zugeschrieben werden (Hurrelmann 2007). Demgegenüber deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass in der Bevölkerung neben einer indirekten auch eine direkte Legitimationsbasis für die Union besteht, was dafür spricht, dass die angesprochenen Probleme zumindest nicht so gravierend sind, wie die Befunde früherer Studien mit ihrem starken Fokus auf nationale Cueing-Effekte nahelegen.

Ob der deutliche Einfluss von Performanzbeurteilungen auf die verstärkte öffentliche Diskussion über die EU und deren politisches Agieren im Zuge der gegenwärtigen europäischen Staatsschuldenkrise zurückgeht, kann an dieser Stelle nicht entschieden werden. Zukünftige Forschung sollte diese Entwicklung daher verfolgen und insbesondere hinsichtlich der möglichen (veränderten) Zusammenhänge zwischen EU-Vertrauen und subjektivem und objektivem politischen Wissen, Cueing-Effekten und zugeschriebenen Performanzen analysieren. Nur so kann die Verflechtung der verschiedenen Unterstützungs- und Legitimationsformen im Mehrebenensystem der EU adäquat erfasst und erklärt werden.

Anhang

Tab. 4 Fortsetzung der Regressionsmodelle (Tab. 2), nationale Kontrollfaktoren (Quelle: EB 73.4 (2010). Eigene Berechnungen)

	Modell 2		Modell 3	
	b	beta	b	beta
Belgien (Dummy)	0,77 (−0,13)	0,23***	0,79 (−0,13)	0,25***
Niederlande (Dummy)	−0,09 (−0,14)	−0,03	−0,20 (−0,15)	−0,07
Westdeutschland (Dummy)	−0,51 (−0,15)	−0,34***	−0,49 (−0,16)	−0,33**
Italien (Dummy)	0,62 (−0,13)	0,39***	0,89 (−0,14)	0,55***
Luxemburg (Dummy)	−0,88 (−0,18)	−0,06***	−1,01 (−0,19)	−0,06***
Dänemark (Dummy)	−0,35 (−0,14)	−0,08**	−0,47 (−0,14)	−0,11**
Irland (Dummy)	0,07 (−0,13)	0,01	0,23 (−0,14)	0,04
Großbritannien (Dummy)	−0,88 (−0,15)	−0,57***	−0,91 (−0,15)	−0,60***
Nordirland (Dummy)	0,01 (−0,22)	0,00	0,12 (−0,23)	0,01
Griechenland (Dummy)	0,26 (−0,13)	0,08*	0,51 (−0,13)	0,16***
Spanien (Dummy)	0,33 (−0,13)	0,20**	0,48 (−0,13)	0,29***
Portugal (Dummy)	0,60 (−0,13)	0,17***	0,71 (−0,13)	0,20***
Ostdeutschland (Dummy)	−0,24 (−0,19)	−0,09	−0,23 (−0,20)	−0,09
Finnland (Dummy)	−0,25 (−0,14)	−0,05	−0,21 (−0,15)	−0,05
Schweden (Dummy)	−0,97 (−0,16)	−0,27***	−0,93 (−0,16)	−0,26***
Österreich (Dummy)	−0,41 (−0,14)	−0,11**	−0,52 (−0,15)	−0,14***
Republik Zypern (Dummy)	0,04 (−0,16)	0,00	0,12 (−0,17)	0,01
Tschechische Rep. (Dummy)	0,81 (−0,12)	0,25***	0,87 (−0,13)	0,27***
Estland (Dummy)	1,22 (−0,14)	0,12***	1,23 (−0,15)	0,12***
Ungarn (Dummy)	1,10 (−0,14)	0,30***	1,10 (−0,15)	0,29***
Lettland (Dummy)	1,18 (−0,13)	0,14***	1,23 (−0,14)	0,15***
Litauen (Dummy)	1,54 (−0,13)	0,25***	1,74 (−0,14)	0,28***
Malta (Dummy)	0,84 (−0,18)	0,05***	0,94 (−0,20)	0,05***

Tab. 4 (Fortsetzung)

	Modell 2		Modell 3	
	B	beta	b	beta
Polen (Dummy)	0,63 (−0,14)	0,33***	0,71 (−0,14)	0,37***
Slowakei (Dummy)	0,75 (−0,13)	0,16***	0,90 (−0,14)	0,20***
Slowenien (Dummy)	0,52 (−0,13)	0,07***	0,66 (−0,13)	0,09***
Bulgarien (Dummy)	1,88 (−0,14)	0,46***	2,05 (−0,15)	0,47***
Rumänien (Dummy)	1,58 (−0,13)	0,65***	1,72 (−0,13)	0,71***
Pseudo R^2	0,38		0,40	
Befragte	23.165		21.798	
LL_0	−15.765		−14.761	
LL	−9.736		−8.849	
AIC	19.550		17.778	
BIC	19.864		18.098	

Referenzkategorie ist Frankreich. Die Analysen sind gewichtet auf Basis der EU-27

*$p<0{,}05$; **$p<0{,}01$; ***$p<0{,}001$. Standardfehler in Klammern.

Tab. 5 Darstellung weiterer verwendeter Einflussfaktoren auf das EU-Vertrauen (Quelle: EB 73.4. (2010). Deutscher Fragebogen)

Dimension	Operationalisierung	Wertebereich
Vertrauen in die nationale Regierung	Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit der [nationalen] Regierung?	[0;1]
Vertrauen in das nationale Parlament	Wie ist es mit dem [nationalen] Parlament?	[0;1]
EU-Identität	Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. Sie fühlen Sich als Bürger der EU	[0;3]
Politisches Interesse an europäischen Themen	Wenn Sie mit Freunden oder Verwandten zusammen sind, würden Sie sagen, Sie diskutieren häufig, gelegentlich oder niemals über europäische politische Angelegenheiten?	[0;3]
Links-Rechts-Orientierung	In der Politik spricht man von „links“ und „rechts“. Wie würden Sie persönlich Ihren politischen Standpunkt auf dieser Liste einordnen?	[0;10]
Filter: Einschätzung EU-Mitgliedschaft	Hat Ihrer Meinung nach Deutschland insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?	[0;1]
Alter	Darf ich fragen, wie alt Sie sind?	[15;97]
Bildung	Wie alt waren Sie, als Sie mit Ihrer Schul- bzw. Universitätsausbildung aufgehört haben?	[2;73]
Geschlecht	*IA: Geschlecht eintragen*	[0;1]

Tab. 6 Anteile an EU-Vertrauen, an fehlendem Vertrauen in die EU und der Differenz zwischen beiden Werten im Ländervergleich (Quelle: EB 73.4 (2010). Eigene Berechnungen)

Land	Vertrauen	fehlendes Vertrauen	Differenz
Belgien	58,3	41,7	16,7
Bulgarien	71,5	28,5	43,1
Dänemark	63,7	36,3	27,3
Deutschland-O	35,3	64,7	−29,5
Deutschland-W	41,6	58,4	−16,8
Estland	75,4	24,6	50,7
Finnland	53,5	46,5	7,1
Frankreich	43,0	57,0	−14,0
Griechenland	42,4	57,6	−15,3
Großbritannien	22,8	77,2	−54,3
Irland	50,2	49,8	0,5
Italien	50,5	49,5	0,9
Lettland	44,2	55,8	−11,6
Litauen	64,6	35,4	29,3
Luxemburg	56,6	43,4	13,2
Malta	62,4	37,6	24,7
Niederlande	57,5	42,5	15,0
Nordirland	34,8	65,2	−30,5
Österreich	44,2	55,8	−11,7
Polen	60,3	39,7	20,6
Portugal	48,9	51,1	−2,2
Rumänien	62,0	38,0	24,0
Schweden	47,1	52,9	−5,8
Slowakei	69,6	30,4	39,2
Slowenien	49,6	50,4	−0,8
Spanien	49,7	50,3	−0,5
Tschech. Republik	52,2	47,8	4,5
Ungarn	65,0	35,0	30,1
Zypern (Rep.)	45,8	54,2	−8,4

Relative Häufigkeiten pro Mitgliedsland in gültigen Prozent, gewichtet auf Basis der EU-27

Tab. 7 Effekte des Cueings und der Performanzzuschreibung im Ländervergleich (Quelle: EB 73.4 (2010). Eigene Berechnungen)

Land	Cueing	Performanz	Pseudo-R^2	N
Frankreich	1,78***	1,75***	0,40	853
Belgien	1,71***	1,76***	0,37	920
Niederlande	1,42***	1,82***	0,34	864
Deutschland-W.	1,73***	1,66***	0,40	845
Italien	1,99***	2,08***	0,42	712
Luxemburg	1,16***	1,14***	0,25	418
Dänemark	1,59***	2,07***	0,33	928
Irland	1,20***	1,7***	0,34	792
Großbritannien	2,08***	3,20***	0,48	821
Nordirland	1,93***	2,98***	0,47	227
Griechenland	2,10***	2,85***	0,45	963
Spanien	2,50***	1,46***	0,37	823
Portugal	2,09***	2,13***	0,46	804
Deutschland-O.	2,51***	2,28***	0,48	423
Finnland	1,81***	1,88***	0,40	863
Schweden	1,43***	1,26***	0,31	900
Österreich	2,31***	2,65***	0,57	825
Zypern (Rep.)	1,38***	2,62***	0,47	443
Tschech. Rep.	1,36***	2,75***	0,46	908
Estland	1,72***	1,67***	0,30	822
Ungarn	2,16***	3,79***	0,50	723
Lettland	0,80***	1,32***	0,23	854
Litauen	0,71*	1,49***	0,20	755
Malta	2,18***	1,85***	0,45	323
Polen	1,91***	1,63***	0,32	694
Slowakei	1,63***	2,11***	0,34	899
Slowenien	1,62***	1,49***	0,41	913
Bulgarien	1,85***	2,24***	0,45	665
Rumänien	1,06**	1,73***	0,27	818

Beta-Koeffizienten. Länderspezifische Vollmodelle analog zu Modell 3 (m3) in Abschn. 4.3. Dargestellt sind die standardisierten Effekte des Cueings und der Zuschreibung von Performanz pro EU-Nation.

$^{*}p<0{,}05$; $^{**}p<0{,}01$; $^{***}p<0.001$

Literatur

Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1963. *The civic culture. Political attitudes and democracy in five nations; an analytic study*. Princeton: Princeton University Press.

Anderson, Christopher J. 1998. When in doubt, use proxies: Attitudes toward domestic politics and support for European integration. *Comparative Political Studies* 31 (5): 569–601.

Anderson, Christopher J., und Karl C. Kaltenthaler. 1996. The dynamics of public opinion toward European integration, 1973–93. *European Journal of International Relations* 2 (2): 175–99.

Armingeon, Klaus, und Besir Ceka. 2013. The loss of trust in the European Union during the great recession since 2007: The role of heuristics from the national political system. *European Union Politics*. doi:10.1177/1465116513495595.

Best, Henning, und Christof Wolf. 2010. Logistische Regression. In *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Hrsg. Henning Best und Christof Wolf, 827–854. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Best, Henning, und Christof Wolf. 2012. Modellvergleich und Ergebnisinterpretation in Logit- und Probit-Regressionen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64:377–395.

Boomgaarden, Hajo G., Andreas R. T. Schuck, Matthijs Elenbaas, und Claes H. de Vreese. 2011. Mapping EU attitudes: Conceptual and empirical dimensions of Euroscepticism and EU support. *European Union politics* 12 (2): 241–266.

Braithwaite, Valerie. 1998. Communal and exchange trust norms: Their value base and relevance to institutional trust. In *Trust and governance*, Hrsg. Margaret Braithwaite und Margaret Levi, 46–74. New York: Russell Sage Foundation.

Brinegar, Adam P., und Seth Jolly. 2005. Location, location, location: National contextual factors and public support for European integration. *European Union Politics* 6 (2): 155–189.

Brunner, Wolfram, und Dieter Walz. 2000. Das politische Institutionenvertrauen in den 90er Jahren. In *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Hrsg. Jürgen Falter und Oscar W. Gabriel, 176–208. Opladen: Leske + Budrich.

Bücker, Nicola. 2012. *Europe bottom-up. How Eastern Germans and Poles frame the European Union*. Baden-Baden: Nomos.

Cerutti, Furio. 2008. *The search for a European identity – values, policies and legitimacy of the European Union*. London: Routledge.

Chiru, Mihail, und Sergiu Gherghina. 2012. Does the confidence in the EU spill over to the national level? A longitudinal analysis of political trust in central Europe. *Perspectives on European Politics and Society* 13 (2): 226–245.

Cram, Laura. 2012. Does the EU need a navel? Implicit and explicit identification with the European Union. *Journal of Common Market Studies* 50 (1): 71–86.

Deutsch, Franziska. 2006. European identity. Theoretical perspectives and empirical insights. In *Legitimacy and identity in the European Union: empirical findings from the old member states*, Hrsg. Ireneusz Pawel Karolewski und Viktoria Kaina, 149–178. Berlin: LIT Verlag.

Easton, David. 1965. *A systems analysis of political life*. New York: Wiley.

Easton, David. 1975. A re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science* 5:435–457.

Eichenberg, Richard C., und Russell J. Dalton. 1993. Europeans and the European Community: The dynamics of public support for European integration. *International Organization* 47 (4): 507–34.

Eichenberg, Richard C., und Russell J. Dalton. 2007. Post-maastricht blues: The transformation of citizen support for European integration 1973–2004. *Acta Politica* 42:128–152.

Fuchs, Dieter. 1989. *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdt. Verl.

Fuchs, Dieter. 1999. Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften. In *Soziale Integration. Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Hrsg. Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski, 147–178. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Fuchs, Dieter. 2011. Cultural diversity, European identity and legitimacy of the EU: A theoretical framework. In *Cultural diversity, european identity and the legitimacy of the EU*, Hrsg. Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann, 27–57. Cheltenham: Elgar.

Fuchs, Dieter, Antoine Roger, und Raul Magni-Berton. 2009. European cleavage, Euroscepticism and support of the EU: A conceptual discussion. In *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Hrsg. Dieter Fuchs, Raul Magni-Berton, und Antoine Roger, 9–32. Opladen: Barbara Budrich.

Fuß, Daniel, und Marita A. Grosser. 2006. What makes young Europeans feel European? Results from a cross-national research project. In *European Identity. Theoretical Perspectives and Empirical Insights*, Hrsg. Ireneusz Pawel Karolewski, und Viktoria Kaina, 209–241. Berlin: Lit-Verlag.

Gabel, Matthew. 1998. Public support for European integration: An empirical test of five theories. *The Journal of Politics* 60 (2): 333–354.

Gabel, Matthew. 2001. *Interests and integration market liberalization, public opinion, and European Union*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.

Gabriel, Oscar W. 1999. Integration durch Institutionenvertrauen. In *Soziale Integration*, Hrsg. Jürgen Friedrichs und Wolfgang Jagodzinski, 199–233 (Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 39). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gabriel, Oscar W., und Volker Kunz. 2002. Die Bedeutung des Sozialkapital-Ansatzes für die Erklärung politischen Vertrauens. In *Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation*, Hrsg. Rainer Schmalz-Bruns und Reinhard Zintl, 255–274. Baden-Baden: Nomos.

Gamson, William A. 1968. *Power and discontent*. Illinois: Dorsey Press.

Garry, John, und James Tilley. 2009. The macroeconomic factors conditioning the impact of identity on attitudes towards the EU. *European Union Politics* 10 (3): 361–379.

Gernard, Lukas. 2009. *Understanding AIC and BIC in Model Selection. Handreichung zum Vortrag am Institut für Statistik der LMU vom 20. Mai 2009*. http://www.statistik.lmu.de/institut/lehrstuhl/semwiso/seminare/modellwahl_modelldiagnose_SoSe09/downloads/GERNAND-Folien.pdf. Zugegriffen: 11. Dez. 2012.

Harteveld, Eelco, Tom van der Meer, und Catherine De Vries. 2013. In Europe we trust? Exploring three logics of trust in the European Union. *European Union Politics*. doi:10.1177/1465116513491018.

Herrmann, Richard K., und Marilynn B. Brewer. 2004. Identities and institutions: Becoming European in the EU. In *Transnational identities: Becoming European in the EU*, Hrsg. Richard K. Herrmann, Thomas Risse, und Marilynn B. Brewer, 1–22. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers Inc.

Hooghe, Liesbet, und Gary Marks. 2005. Calculation, community and cues: Public opinion on European integration. *European Union Politics* 6 (4): 419–43.

Hurrelmann, Achim. 2007. Multilevel legitimacy: Conceptualizing legitimacy relationships between the EU and national democracies. In *Democratic dilemmas of multilevel governance. Legitimacy, representation and accountability in the European Union*, Hrsg. John DeBardeleben und Achim Hurrelmann, 17–37. Basingstoke: Palgrave MacMillan.

Inglehart, Ronald. 1977. *The silent revolution: Changing values and political styles among western publics*. Princeton: Princeton University Press.

Kaina, Viktoria. 2009. *Wir in Europa: Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kaina, Viktoria, und Ireneusz Pawel Karolewski. 2009. EU governance and European identity. *Living Reviews in European Governance* 4 (2). http://www.livingreviews.org/lreg-2009-2. Zugegriffen: 29. Jan. 2014.

Kielmannsegg, Peter Graf. 2009. Lässt sich die Europäische Union demokratisch verfassen? In *Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts*, Hrsg. Frank Decker und Marcus Höreth, 219–236. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kleiner, Tuuli-Marja. 2008. *Das Vertrauen zu den politischen Entscheidungsinstitutionen junger Demokratien Mitteleuropas. Kulturalistische und institutionalistische Ansätze zur Erklärung politischen Vertrauens im Vergleich*. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlagsgruppe.

Kleiner, Tuuli-Marja, und Nicola Bücker. 2014. Kulturelle Grundlagen der EU-Unterstützung – der Einfluss von Wertzuschreibungen auf supranationales politisches Vertrauen. *Politische Vierteljahresschrift*. (im Erscheinen).

Knelangen, Wilhelm. 2012. Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (4): 32–40.

Kritzinger, Sylvia. 2003. The influence of the nation-state on individual support for the European Union. *European Union Politics* 4 (2): 219–241.

Kumlin, Staffan. 2009. Blaming Europe? Exploring the variable impact of national public service dissatisfaction on EU trust. *Journal of European Social Policy* 19 (5): 408–20.

Lepsius, M. Rainer. 1995. Institutionenanalyse und Institutionenpolitik. In *Politische Institutionen im Wandel*, Hrsg. Birgitta Nedelmann, 392–403 (Sonderheft 35 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Köln: Westdeutscher Verlag.

Lepsius, M. Rainer. 1997. Vertrauen zu Institutionen. In *Differenzen und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996*, Hrsg. Stefan Hradil, 283–293. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

Lindberg, Leon N., und Stuart A. Scheingold. 1970. *Europe's would-be polity. Patterns of change in the European Community*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall, Inc.

Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2010. Divergent trends of euroscepticism in countries and regions of the European Union. *European Journal of Political Research* 49:787–817.

Luhmann, Niklas. 1988. Familiarity, confidence, trust: Problems and alternatives. In *Trust. Making and breaking cooperative relations*, Hrsg. Diego Gambetta, 94–107. Oxford: Basil Blackwell Ltd.

Maier, Michaela, Silke Adam, und Jürgen Maier. 2012. The impact of identity and economic cues on citizens EU support: An experimental study on the effects of party communication in the run-up to the 2009 European Parliament elections. *European Union Politics* 13 (4): 580–603.

McLaren, Lauren. 2006. *Identity, interests and attitudes to European integration*. Houndsmills: Palgrave Macmillan.

McLaren, Lauren. 2012. The cultural divide in Europe: Migration, multiculturalism, and political trust. *World politics* 64 (2): 199–241.

Miller, Arthur, und Ola Listhaug. 1999. Political performance and institutional trust. In *Critical citizens: Global support for democratic government*, Hrsg. Pippa Norris, 204–216. Oxford: Oxford University Press.
Mishler, William, und Richard Rose. 1999. Five years after the fall: Trajectories of support for democracy in post-communist Europe. In *Critical citizens. Global support for democratic government*, Hrsg. Pippa Norris, 78–102. Oxford: Oxford University Press.
Muñoz, Jordi, Mariano Torcal, und Eduard Bonet. 2011. Institutional trust and multilevel government in the European Union: Congruence or compensation? *European Union Politics* 12 (4): 551–574.
Niedermayer, Oskar, und Bettina Westle. 1998. A typology of orientations. In *Public opinion and internationalized governance*, Hrsg. Oskar Niedermayer und Richard Sinnott, 33–50. Oxford: Oxford University Press.
Norris, Pippa. 2011. *Democratic deficit. Critical citizens revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.
Ray, Leonard. 2003. When parties matter: The conditional influence of party positions on voter opinions about European integration. *The Journal of Politics* 65 (4): 978–994.
Risse, Thomas. 2004. European institutions and identity change: What have we learned? In *Transnational identities: Becoming European in the EU*, Hrsg. Richard K. Herrmann, Thomas Risse, und Marilynn B. Brewer 247–271. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers, Inc.
Risse, Thomas. 2010. *A community of Europeans? Transnational identities and public spheres*. Ithaca: Cornell University Press.
Rohrschneider, Robert. 2002. The democratic deficit and mass support for an EU-Wide government. *American Journal of Political Science* 46 (2): 463–475.
Rose, Richard, und William Mishler. 2011. Political trust and distrust in post-authoritarian contexts. In *Political trust: Why context matters*, Hrsg. Marc Hooghe und Sonja Zmerli, 117–140. Colchester: ECPR Press.
Sánchez-Cuenca, Ignacio. 2000. The political basis of support for European integration. *European Union Politics* 1 (2): 147–71.
Scheuer, Angelika. 2005. *Structure and dynamics of European legitimacy beliefs*. Amsterdam: University of Amsterdam.
Schwartz, Shalom. 2002. *Computing Scores for the 10 Human Values. Dokumentationsbeitrag für den ESS 1*. http://www.europeansocialsurvey.org/docs/methodology/ESS1_human_values_scale.pdf. Zugegriffen: 02. Feb. 2014.
Torcal, Marino, Eduard Bonet, und Marina Costa Lobo. 2012. Institutional trust and responsiveness in the EU. In *The Europeanization of national polities? Citizenship and support in a post-enlargement union*, Hrsg. David Sanders, Paolo Bellucci, Gábor Tóka, und Mariano Torcal, 91–112. Oxford: Oxford University Press.
Uslaner, Eric M. 2002. *The moral foundations of trust*. Cambridge: Cambridge University Press.
Van der Meer, Tom, und Paul Dekker. 2011. Trustworthy states, trusting citizens? A multilevel study into objective and subjective determinants of political trust. In *Political trust: Why context matters*, Hrsg. Sonja Zmerli und Marc Hooghe, 95–116. Colchester: ECPR Press.
Weßels, Bernhard. 2007. Discontent and european identity: Three types of Euroscepticism. *Acta Politica* 42:287–306.
Westle, Bettina. 1989. *Politische Legitimität – Theorien, Konzepte, empirische Befunde*. Baden-Baden: Nomos.
Wooldridge, Jeffrey M. 2002. *Econometric analysis of cross section and panel data*. 2. Aufl. MIT Press.

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:35–54
DOI 10.1007/s12286-014-0208-7

AUFSÄTZE



Krisenzeichen in Krisenzeiten?

Ein Vergleich der Determinanten zweier Einstellungsdimensionen zur EU vor und zu Beginn der Eurokrise

Toni Sebastian Schell

Online publiziert: 3. Oktober 2014

Zusammenfassung In diesem Artikel werden mit einer instrumentellen und einer Vertiefungsdimension zwei Einstellungsdimensionen untersucht, die die Haltung gegenüber der EU erfassen. Verglichen wird dabei, wie sich insbesondere ökonomische Einflussfaktoren vor und zu Beginn der Eurokrise auswirken und bezüglich der beiden Dimensionen unterscheiden. Die Analyse erfolgt primär anhand von Mehrebenenmodellen mit Eurobarometerdaten und länderspezifischen Kontextfaktoren. Entgegen der Erwartung gewinnen ökonomische Bewertungen und die ökonomische Entwicklung in der Krise nicht an Einfluss. Lediglich der Nettozahlerstatus bewährt sich als Determinante der instrumentellen Einstellungsdimension.

Schlüsselwörter Eurokrise · Öffentliche Meinung · Mehrebenenanalyse

Attitudes towards the EU in times of crisis: a comparison of the determinants of two dimensions of attitudes before and at the start of the euro crisis

Abstract This article analyses two dimensions of attitudes towards the EU: an instrumental and a strengthening dimension. The focus is mainly on the economic attitudes and developments before and at the start of the euro crisis, and how these attitudes and developments affect both dimensions. The results are based primarily on multilevel models, using Eurobarometer data and country-specific context factors. Contrary to expectations, results show no increasing influence of economic

T. S. Schell, M.A. (✉)
Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,
Universitätsstraße 1,
40225 Düsseldorf, Deutschland
E-Mail: ToniSebastian.Schell@uni-duesseldorf.de



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_3, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

factors. Only net contribution to the EU budget proves to be a significant predictor of instrumental attitudes towards the EU.

Keywords Euro crisis · Public opinion · Multilevel analysis

1 Einleitung

Die Einstellungen der Bürger gegenüber der EU sind in den vergangenen Jahren intensiv erforscht worden. Ein Grund für das gestiegene Interesse sind der „Post-Maastricht Blues" (Eichenberg und Dalton 2007, S. 128), der auf die Vertiefung der Integration durch den Maastricht-Vertrag folgte, und die ablehnenden Referenden in mehreren Mitgliedstaaten in den 2000er Jahren. Sie haben deutlich gemacht, dass der lange vorherrschende „permissive consensus" (Lindberg und Scheingold 1970), der eine grundsätzliche Zustimmung der Bürger zur EU und ihrer weiteren Integration bedeutet hat, an seine Grenzen gestoßen ist. Die kritische Perspektive der Bevölkerung hat begrifflich Eingang in die Forschung gehalten. Auch hier wird teilweise der populäre Begriff „Euroskeptizismus" gebraucht, der in der britischen Medienberichterstattung bereits seit den 1980er Jahren Verwendung findet. Dort wurde er als ablehnende Haltung gegenüber der Mitgliedschaft in oder der weiteren Integration der Europäischen Gemeinschaften aufgefasst (Harmsen und Spiering 2005, S. 15–16). Diesem Verständnis folgen auch viele empirische Forschungsarbeiten, wobei die zuvor vorherrschende positive Perspektive, die auf den „EU Support" der Bürger gerichtet war, häufig einfach umgedreht wird (Boomgaarden et al. 2011, S. 242).

Studien, die die Einstellungen der Bürger zwischen den EU-Ländern vergleichen, ziehen häufig die Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes heran, die in den Eurobarometerdaten regelmäßig abgefragt werden. Arbeiten, die sich theoretisch mit Einstellungen gegenüber der EU beschäftigen, betonen allerdings, dass diese aus mehreren unterschiedlichen Dimensionen bestehen. In einer aktuellen Untersuchung verdeutlichen Boomgaarden et al. (2011) diese theoretische Mehrdimensionalität auch empirisch. Außerdem finden sie Hinweise dafür, dass die verschiedenen Einstellungsdimensionen von unterschiedlichen Determinanten unterschiedlich gut erklärt werden können (Lubbers und Scheepers 2007).

Im vorliegenden Artikel werden daher zwei Einstellungsdimensionen gegenüber der EU genauer untersucht. Zum einen eine als instrumentell bezeichnete Dimension, die sich auf den wahrgenommenen Nutzen der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes bezieht. Zum anderen eine Vertiefungsdimension, die als Befürwortung bzw. Ablehnung von Kompetenztransfers an die EU in unterschiedlichen Politikbereichen verstanden wird. Im Fokus des Artikels steht die Frage, ob die beiden Dimensionen unterschiedlich auf die globale Wirtschaftskrise und beginnende Eurokrise reagieren, insbesondere ob ihre Determinanten sich in ihrem Einfluss zwischen den beiden Zeitpunkten unterscheiden. Denn gerade ökonomische Faktoren, die als ein wichtiger Erklärungsfaktor insbesondere von instrumentellen Einstellungen gelten, sollten im Zuge der Krise an Bedeutung gewonnen haben. Um dies zu prüfen, werden Umfragedaten zu zwei Untersuchungszeitpunkten herangezogen: Der erste liegt vor dem Beginn der globalen Wirtschaftskrise, der andere während der Wirtschafts- und

zu Beginn der Eurokrise. Zu Beginn der Analyse soll ein Vergleich der Ländermittelwerte beider Einstellungsformen zeigen, ob sich wie erwartet eine Verschlechterung der durchschnittlichen Einstellungen im Jahr 2010 in den EU-Ländern zeigt. Darauf folgen für die beiden Dimensionen und beide Jahre Analysen mit Mehrebenenmodellen, anhand derer die individuellen Einstellungen über individuelle und (länder-)kontextspezifische Merkmale erklärt werden. Zunächst wird allerdings auf die untersuchten Einstellungsdimensionen gegenüber der EU genauer eingegangen. Es folgt eine Darstellung der verwendeten theoretischen Ansätze zur Erklärung der Einstellungen und bisheriger Forschungsergebnisse, auf deren Grundlage die Forschungshypothesen abgeleitet werden. Im anschließenden Abschnitt zu Daten und Operationalisierung werden auch die Analysemodelle genauer beschrieben. Darauf folgt die Präsentation der eigenen Analyseergebnisse, die abschließend diskutiert werden.

2 Die Einstellungen zur Europäischen Union: Ein mehrdimensionales Konstrukt

Unter Rückgriff auf das „Concept of Political Support“ von Easton (1967, 1975) wurden in der Forschung zahlreiche Konzepte zur Differenzierung der Einstellungen gegenüber der Europäischen Union entwickelt. Dabei wird grundsätzlich wie bei Easton zwischen unterschiedlichen Objekten und unterschiedlichen Formen der Unterstützung differenziert. In einer Adaption des Easton-Konzepts und unter Bezug auf frühere Arbeiten, die das Konzept auf internationale Governance übertragen haben (Niedermayer und Westle 1995), differenzieren Boomgaarden et al. (2011) zwischen zwei politischen Objekten – in ihrem Fall sind dies das Regime und die politische Gemeinschaft – sowie zwischen zwei Arten von Unterstützung: einerseits spezifischer, utilitaristischer, output-orientierter Unterstützung und andererseits diffuser, affektiver, input-orientierter Unterstützung (Boomgaarden et al. 2011, S. 244–246). In dieses theoretische Raster ordnen die Autoren im Rahmen der Analyse von Einstellungen gegenüber der EU bzw. ihrer Integration häufig untersuchte Variablen ein und überprüfen auf Grundlage einer eigenen Umfrage, ob und wie diese sich zu unterscheidbaren Dimensionen zusammenfassen lassen. Ihr Ergebnis zeigt fünf Faktoren, die sie als „negative affection“, „identity“, „performance“, „utilitarianism and idealism“ sowie „strengthening“ bezeichnen. Die empirisch ermittelten Faktoren spiegeln die Erwartungen des theoretischen Rasters wider: Sie enthalten überwiegend solche Variablen, die ausschließlich auf das Regime oder die politische Gemeinschaft gerichtet sind, sowie ausschließlich als spezifische, utilitaristische, output-orientierte Einstellungen oder diffuse, affektive, input-orientierte Einstellungen klassifiziert werden können (Boomgaarden et al. 2011, S. 247–251).

Im Rahmen des Artikels wird bei der Untersuchung der instrumentellen und der Vertiefungsdimension an die als „utilitarianism and idealism“ und „strengthening“ bezeichneten Dimensionen angeknüpft. Beide weisen auch Überschneidungen zu den ermittelten Dimensionen anderer Untersuchungen auf (Lubbers und Scheepers 2005, 2010). Beide Dimensionen können aufgrund der enthaltenen Variablen als auf das Regime gerichtete, spezifische Form von Einstellungen verstanden werden,

womit bei ihnen im Unterschied zur diffusen Unterstützungsdimension davon ausgegangen werden kann, dass sie auf kurzfristige Veränderungen des politischen Outputs reagieren.

3 Theoretische Ansätze zur Erklärung von Einstellungen gegenüber der EU

Um die Einstellungen der EU-Bürger gegenüber der europäischen Integration zu erklären, wurden unterschiedliche theoretische Ansätze entwickelt. Der Forschungsstand hierzu bezieht sich größtenteils auf die breiter erforschte instrumentelle Dimension. Den wohl traditionsreichsten Erklärungsstrang bildet der utilitaristische Ansatz, der als ein „major approach in literature" (Sørensen 2007, S. 79) gilt. Er stellt den ökonomischen Nutzen der Integration in das Zentrum der Erklärung. Dabei werden Erwartungen über den Einfluss des Nutzens sowohl für die Länder als auch die Bürger formuliert. Andere Theorieansätze ziehen integrationsspezifische Merkmale der Länder und Einstellungen der Bürger gegenüber dem nationalen politischen System heran. Einen weiteren Strang bilden identitätsbezogene Erklärungen (Lubbers und Scheepers 2007, S. 645), die aber nicht im Fokus der Untersuchung stehen.

3.1 Utilitaristische Erklärungsansätze

Dass ökonomische Faktoren als entscheidend für die Bewertung der Europäischen Gemeinschaft/Union[1] gelten, leitet sich aus dem Bild ab, das die Gemeinschaft von sich gezeichnet hat und das ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit lange Zeit prägte: „[I]f the EC has promised anything, it has promised the enhancement of member states' national economic welfare" (Eichenberg und Dalton 1993, S. 132). Bereits mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1951 wurde das Ziel verfolgt, die wirtschaftlichen Perspektiven der Mitgliedstaaten zu verbessern (Anderson und Kaltenthaler 1996, S. 176).

Vertreter des utilitaristischen Erklärungsansatzes gehen daher davon aus, dass sich Faktoren, die unmittelbar oder mittelbar über mit der Integration verbundene wirtschaftliche Entwicklungen Auskunft geben, auf die Haltung der Bürger der Mitgliedstaaten auswirken[2]. Studien, die den Einfluss der ökonomischen Bedingungen überprüfen, erbringen allerdings sehr unterschiedliche Ergebnisse. Untersuchungen der nur mittelbar mit der EU-Integration verbundenen Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung, gemessen über Indikatoren wie das BIP, die Arbeitslosenquote und die Inflationsrate, zeigen für die 1970er und 1980er Jahre Bestätigungen der Annahme, dass negative wirtschaftliche Entwicklungen zu schlechteren Bewertungen in der Bevölkerung führen (Anderson und Kaltenthaler 1996; Handley 1981; Marsh 1999). Für den Zeitraum seit den 1990er Jahren fallen die Ergebnisse ambivalent aus, was

[1] Europäische Gemeinschaft/Union wird im Beitrag synonym verwendet.

[2] Die Annahme, die Bürger würden ihr Urteil über die EU-Integration auf Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes fällen, nimmt theoretische Anleihen bei der Wahlforschung. Konkret bezieht sie sich auf das Konzept des „sociotropic voter" (Kinder und Kiewiet 1981, S. 132), der sich in seiner Wahlentscheidung vor allem von den wirtschaftlichen Bedingungen seines Landes leiten lässt. Dieses Konzept ist ein wichtiger Forschungsstrang in der Tradition des „Economic Voting".

auf die Vertiefung der Integration durch den Maastricht-Vertrag zurückgeführt wird: „[S]ince the Union has become far more than an economic enterprise, citizen evaluations of integration should be based on factors other than (or in addition to) economic performance“ (Eichenberg und Dalton 2007, S. 139, Klammern im Original). Auch die Ergebnisse für die unmittelbar mit der EU verknüpften wirtschaftlichen Indikatoren des Intra-EU-Handels eines Landes und der Zahlung bzw. des Erhalts von Geldern aus dem EU-Haushalt sind nicht eindeutig. So finden Mahler et al. (2000) Bestätigungen für die Annahme, dass sich mit steigendem Handel mit anderen Mitgliedsländern und steigenden finanziellen Zuwendungen aus dem EU-Haushalt Einstellungen verbessern. Ciftci (2005) kommt hingegen zu dem Ergebnis, dass der Intra-EU-Handel unter Kontrolle anderer ökonomischer und die Integrationsphasen betreffender Faktoren keinen signifikanten Effekt auf den durchschnittlichen Supportlevel besitzt (S. 486).

Neben der makroökonomischen Entwicklung wird in utilitaristischen Ansätzen auch die direkt gemessene Bewertung der wirtschaftlichen Lage der Bürger zur Erklärung der Einstellungen gegenüber der EU-Integration herangezogen. Denn es ist möglich, dass die individuelle Einschätzung und die tatsächliche Veränderung der ökonomischen Situation unterschiedlich ausfallen. Gabel und Whitten gehen davon aus, dass „objective measures of the national economy may be poor proxies for citizens’ economic sensitivities“ (1997, S. 82). Die Ergebnisse ihrer Studie zeigen, dass die subjektiven Bewertungen der wirtschaftlichen Lage des eigenen Landes im Vergleich zur objektiven wirtschaftlichen Entwicklung erklärungskräftiger sind. Positive Einschätzungen fördern die Unterstützung der europäischen Integration (Gabel und Whitten 1997, S. 92).

Die dargestellten Forschungsergebnisse beziehen sich auf Studien, deren abhängige Variablen der hier als instrumentelle Einstellungsdimension verstandenen Dimension entsprechen. Die Ergebnisse für die Vertiefungsdimension fallen etwas anders aus. Zwar finden Winter und Swyngedouw (1999) in Nettoempfängerländern eine größere Zustimmung in der Bevölkerung zur Vergemeinschaftung von Politikbereichen (S. 64). Lubbers und Scheepers kommen in einer aktuelleren Untersuchung hingegen zu dem Ergebnis, dass der finanzielle Nutzen aus der EU-Mitgliedschaft keinen Einfluss auf die Vertiefungsdimension besitzt (2007, S. 664).

Neben den bereits beschriebenen utilitaristischen Determinanten, werden in der Forschung auch sozioökonomische Merkmale der Befragten zur Erklärung von Einstellungen gegenüber der EU herangezogen. Dabei wird von einem unterschiedlichen individuellen Nutzen der Integration für verschiedene Bildungsschichten und Berufsgruppen ausgegangen. Dies wird mit der Art der Integration und ihren Konsequenzen begründet. Es wird argumentiert, dass die EU-Mitgliedschaft einem wirtschaftlichen Deregulierungsprogramm entspricht, das zur Liberalisierung der nationalen Arbeits- und Finanzmärkte geführt habe (Gabel und Palmer 1995, S. 6). Des Weiteren wird betont, dass viele Länder ihre Ausgaben – insbesondere wohlfahrtsstaatliche Ausgaben – im Zuge der Einigung reduziert und Anti-Inflationspolitik betrieben hätten, um die geforderten Konvergenzkriterien zur Einführung einer gemeinsamen Währung zu erfüllen (Eichenberg und Dalton 2007, S. 140; Gabel 1998b, S. 46–47). Die Folgen dieser Politik sollten insbesondere Menschen mit niedrigerer Bildung und niedrigeren beruflichen Fertigkeiten treffen. Für Menschen mit höherer Bildung und

höheren Fertigkeiten sollten die Folgen der Integration hingegen positiv sein, da sich ihre Kompetenzen als „more valuable and transferable in an advanced industrial economy" (Gabel und Palmer 1995, S. 7) erweisen[3]. Untersuchungen, die den Nutzen indirekt über die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Berufs- und Bildungsgruppen messen, finden Bestätigung für den erwarteten Einfluss dieser Merkmale (Gabel 1998a, S. 351; Gabel und Palmer 1995, S. 11–12).

3.2 Proxy-Ansatz und weitere Determinanten

Neben den theoretischen Ansätzen, die den Nutzen der EU-Mitgliedschaft in den Fokus der Erklärung rücken, werden auch politische Einstellungen zur Erklärung der Einstellungen gegenüber der EU-Integration herangezogen. Im Rahmen des sogenannten Proxy-Ansatzes (Anderson 1998) wird die Haltung der Bürger gegenüber der EU über deren Einstellungen zum nationalen politischen System zu erklären versucht. Aufgrund der Komplexität der EU(-Integration), so wird argumentiert (Janssen 1991, S. 467), orientierten sich die Bürger für ihre Bewertung an anderen Faktoren: „Citizens compensate for a gap in knowledge about the EU by construing a reality about it that fits their understanding of the political world. For most people, this means that they rely on what they know and think about domestic politics" (Anderson 1998, S. 576). Anderson geht davon aus, dass die eigene Haltung gegenüber dem nationalen politischen System, der nationalen Regierung und die Haltung gegenüber etablierten Parteien in Form eines Spill-Over-Effekts auf die EU übertragen wird (1998, S. 576). Kritzinger (2003) hält hingegen einen gegensätzlichen Zusammenhang von nationaler und EU-Bewertung für plausibel. So könnten negative Bewertungen des nationalen politischen Systems oder der Regierung – vor allem dann, wenn sie dauerhafter Natur sind – dazu führen, dass Bürger ihr Heil in der EU sehen, deswegen die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU besonders positiv bewerten und ihre Hoffnungen im Sinne eines „it can only get better" (Kritzinger 2003, S. 226) auf eine Vertiefung der politischen Integration setzen. Neuere Untersuchungen sprechen allerdings für einen Einstellungstransfer im Sinne eines Spill-Over-Effekts (Henjak et al. 2012, S. 195).

Neben den Bewertungen des nationalen politischen Systems werden auch die soziodemografischen Merkmale Alter und Geschlecht zur Erklärung herangezogen, da frühere Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen sind, dass Ältere und Frauen negativere Einstellungen gegenüber der EU-Integration aufweisen (Henjak et al. 2012, S. 181). Ansätze, die Einstellungen gegenüber der EU anhand der nationalen Identität der Bürger erklären, können aufgrund der eingeschränkten Variablenverfügbarkeit der ausgewählten Eurobarometerdaten nicht berücksichtigt werden[4].

[3] Allerdings ist diese ökonomische Interpretation nicht die einzig mögliche. Inglehart (1970) geht vielmehr davon aus, dass eine höhere Bildung überhaupt erst eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem komplexen Thema EU/EG und EU-Integration ermöglicht. EU-Unterstützung wird sich allerdings auch unter höher Gebildeten nur entwickeln, wenn das Thema in den Massenmedien und auch in den Bildungseinrichtungen prinzipiell positiv bewertet wird (Inglehart 1970, S. 47-48).

[4] Den Ansätzen liegt die Annahme zugrunde, dass ein fortschreitender Integrationsprozess durch den Abbau nationaler Eigenständigkeiten als Bedrohung nationaler Identitäten wahrgenommen werden könnte

4 Forschungshypothesen

Im Fokus des vorliegenden Artikels steht die Frage, inwiefern sich der Einfluss der Determinanten auf die instrumentelle und die Vertiefungsdimension im Zeichen der Wirtschafts- und Eurokrise verändert. Die vorangegangenen Abschnitte haben sich auf die Darstellung der allgemeinen theoretischen Ansätze beschränkt, die zur Erklärung von Einstellungen gegenüber der EU-Integration entwickelt wurden. Sie bilden die Basis der für die Analyse gebildeten Mehrebenenmodelle. Über die allgemeinen Wirkungsannahmen hinaus werden nun zeitpunktspezifische Hypothesen aufgestellt, die im Analyseteil überprüft werden.

Die Beschreibung des Forschungsstandes zum Einfluss der makroökonomischen Entwicklung hat bereits angedeutet, dass es unterschiedliche Phasen der Integration gibt, in denen der Einfluss ökonomischer Faktoren variiert. In der Tendenz scheint der Einfluss – insbesondere infolge des Maastricht-Vertrages – zurückgegangen zu sein. Gänzlich verschwunden ist er allerdings nicht, wie Untersuchungen der 2000er Jahre zeigen (Mikhaylov und Marsh 2009, S. 159–160). Die Entwicklungen im Zuge der globalen Wirtschafts- und der beginnenden Eurokrise könnten zu einem Bedeutungsgewinn ökonomischer Faktoren geführt haben. Denn bei der Wirtschaftskrise handelte es sich um eine „synchrone globale Rezession, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr vorgekommen war" (Dyson 2010, S. 21). Im Anschluss an den Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 kam es auch in den EU-Ländern zu einem deutlichen wirtschaftlichen Abschwung, der bereits Ende des Jahres 2008 einsetzte und der sich im Jahr 2009 in einem Rückgang von über vier Prozent für die EU-27 niederschlug (Eurostat 2013). An diese Rezession schloss sich ab Frühjahr 2010 die Eurokrise an. Zu diesem Zeitpunkt wurde offenkundig, dass der Eurostaat Griechenland seine fälligen Kredite nicht würde zurückzahlen können. Daraufhin wurde dem hochverschuldeten Land erstmals von seinen europäischen Partnern mit Krediten finanziell unter die Arme gegriffen. Im Anschluss daran folgte im Mai 2010 die Einführung eines Euro-Rettungsschirms. Diese Maßnahmen markierten für die Politik einen Wendepunkt, der die zuvor geltende „No bail out"-Klausel, also den Haftungsausschluss der Mitgliedsländer der Europäischen Union für andere Mitglieder, außer Kraft setzte. Die unterschiedlichen Krisengipfel und Entscheidungen rund um die Rettungsmaßnahmen wurden zudem von einem intensiven Medienecho begleitet (Picard und Lloyd 2013), was das Thema EU stärker als zuvor in einer vor allem ökonomischen Rahmung in den Fokus der Bürger gerückt haben sollte. Dieser Wechsel in der Politik und die Berichterstattung darüber sollten sich auch auf die Einstellungen der Bürger auswirken. Denn frühere Untersuchungen legen die Vermutung nahe, dass mögliche finanzielle Folgen aufgrund der Euromitgliedschaft negativ bewertet werden: „Budget cuts or policy reforms that appear to arise from the requirements of EMU are unlikely to escape a negative political reaction" (Eichenberg und Dalton 2007, S. 145). Euro- und Wirtschaftskrise sollten sich ähnlich negativ auf die Einstellungen der Bürger auswirken. In *Hypothese 1* wird daher angenommen, dass sich die durchschnittliche Bewertung

(McLaren 2004, S. 896–897). Mehr zum Einfluss der nationalen Identitäten auf die Einstellungen zur EU-Integration findet sich bei Runge in diesem Band.

der europäischen Integration in den EU-Staaten im Zuge der Krise verschlechtert hat. Diese Annahme lässt sich grundsätzlich für die instrumentelle und die Vertiefungsdimension treffen, da beide Dimensionen als output-sensible, spezifische Unterstützungsdimensionen gelten.

Hinter der erwarteten Veränderung der Einstellungen wird eine Bedeutungszunahme ökonomischer Erklärungsfaktoren im Zeichen der Krise vermutet. Dass ökonomische Kontextbedingungen in ökonomisch schwierigen Zeiten einen größeren Einfluss auf die Einstellungen gegenüber der EU-Integration besitzen, legen frühere Forschungsergebnisse zur Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren nahe (Eichenberg und Dalton 2007, S. 134). Die globale Wirtschaftskrise und die anschließende Eurokrise sollten daher ebenfalls zu einem stärkeren Einfluss ökonomischer Faktoren auf die Einstellungen zur EU-Integration führen. Dies wird anhand der prospektiven Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Beschäftigungslage und über die aktuelle makroökonomische Entwicklung überprüft. *Hypothese 2* lautet daher: Der Einfluss der Bewertung der wirtschaftlichen Lage steigt in der Krise an. Analog zu der Annahme zur Bewertung der wirtschaftlichen Lage wird für den Einfluss der Bewertung der Beschäftigungslage ebenfalls ein Einflusszuwachs angenommen (*Hypothese 3*). Für die objektive wirtschaftliche Entwicklung wird ebenfalls ein Anstieg des Einflusses in der Krise erwartet (*Hypothese 4*).

Zu zwei weiteren Indikatoren, die direkter Auskunft über die Betroffenheit der EU-Länder durch die Eurokrise als durch die Wirtschaftskrise geben, lassen sich ebenfalls Erwartungen krisenspezifischer Einflussveränderungen formulieren. Der Forschungsstand hat gezeigt, dass der finanzielle Nutzen bzw. die finanziellen Kosten der EU-Mitgliedschaft einen Einfluss auf die Bewertung der EU-Integration besitzen. Gerade in den Ländern, die als Nettozahler mehr in den EU-Haushalt einzahlen als sie daraus zurückbekommen, könnten sich negative Einstellungen noch verstärken, da die Eurokrise dort möglicherweise stärker als in den Nettoempfängerländern als zusätzlicher Kostenfaktor wahrgenommen wird. In *Hypothese 5* wird daher davon ausgegangen, dass der Einfluss des Nettozahlerstatus in der Krise stärker ausfällt. Mit einer unterschiedlich wahrgenommenen Betroffenheit durch die Eurokrise lässt sich für einen Unterschied zwischen Euro- und Nicht-Euroländern argumentieren: Für die Bürger der Euroländer sollte sich die stärkere Betroffenheit durch die Eurokrise aufgrund der gemeinsamen Währung zusätzlich negativ auf die Einstellungen auswirken. Zum zweiten Untersuchungszeitpunkt zu Beginn der Krise kann daher erwartet werden, dass die Euromitgliedschaft einen negativen Einfluss auf die Bewertung der EU-Integration ausübt (*Hypothese 6*).

5 Daten, Operationalisierung und Untersuchungsdesign

Um den Einfluss der Wirtschafts- und Eurokrise mittels einer vergleichenden Perspektive für die 27 EU-Staaten überprüfen zu können, werden Daten der Eurobarometer-Reihe zu zwei Untersuchungszeitpunkten ausgewählt: Der eine liegt im Mai 2010 (Eurobarometer 73.4, European Commission 2010) und damit kurz nach der Entscheidung über die erste Griechenlandhilfe und die Einrichtung eines Euro-Rettungsschirms. Der andere liegt im Frühjahr des Jahres 2008 (Eurobarometer 69.2,

European Commission 2008). Die Entscheidung für diesen zweiten Zeitpunkt erfolgt aus unterschiedlichen Gründen. Zum einen, weil sich zu Beginn des Jahres 2008 eine gesamtwirtschaftlich recht positive Situation in der EU zeigte. Damit kann im Vergleich zum Jahr der beginnenden Eurokrise 2010, das in der Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise stand und damit in wirtschaftlich eher schwierigen Zeiten, Variation erzielt werden[5]. Zum anderen wird dieser Zeitpunkt gewählt, weil hier der Vertrag von Lissabon von den Staats- und Regierungschefs bereits unterzeichnet worden ist und somit das politische System der EU zu beiden Zeitpunkten dieselben vertraglichen Grundlagen aufweist. Die Entscheidung für genau diese beiden Datensätze fiel schließlich auch aufgrund der Variablenverfügbarkeit: Nur hier finden sich alle aufgrund der theoretischen Annahmen interessierenden Variablen.

Die instrumentelle Einstellungsdimension wird als Summenscore aus zwei Variablen gebildet. Zum einen wird die Einschätzung des Nutzens des eigenen Landes durch die EU-Mitgliedschaft herangezogen, zum anderen wie oben begründet die allgemeine Bewertung der Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union (Lubbers und Scheepers 2010, S. 794)[6]. Um eine gleichgewichtige Berücksichtigung beider Variablen zu gewährleisten, werden bei der eigentlich zweistufigen Nutzen-Variable die Personen, die „weiß nicht" angeben, als Mittelkategorie berücksichtigt. Die Messung der Vertiefungsdimension erfolgt über die Bewertung der Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene. Die Befragten konnten für 20 Politikbereiche angeben, ob sie Entscheidungen darüber entweder vollständig auf der EU- oder vollständig auf der nationalen Ebene getroffen sehen möchten[7]. Hieraus wurde ein additiver Index gebildet, höhere Werte stehen für größere Zustimmung zu Kompetenztransfers auf die EU-Ebene.

Zur Erklärung der beiden Einstellungsdimensionen stehen die unabhängigen Variablen „Bewertung der Beschäftigungslage" und „Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage" aufgrund der Hypothesen im Vordergrund. Als weitere unab-

[5] Die verwendeten Kontextfaktoren stammen weitestgehend von Eurostat (2013); für weitere Quellen siehe Tab. 3 im Anhang. Die ökonomischen Daten liegen jeweils als Jahresdurchschnittswerte vor. Sie werden um ein Jahr zeitversetzt zu den Individualdaten ausgewählt. So werden den Mikrodaten des Jahres 2008 die Makrodaten von 2007 zugeordnet. Mit den Daten des zweiten Erhebungszeitpunktes wird analog verfahren. Grund hierfür ist die Annahme, dass die Makrodaten des Vorjahres die Kontextsituation zum Erhebungszeitpunkt der Individualdaten (März bis Mai (2008) bzw. Mai (2010)) besser wiedergeben. Gerade für das Jahr 2008, in dem sich die wirtschaftliche Situation in der zweiten Jahreshälfte deutlich verschlechtert hat, wäre das Heranziehen des Gesamtjahresdurchschnitts problematisch. Außerdem ist die mediale Vermittlung der wirtschaftlichen Kennzahlen, die eine entscheidende Quelle der Wahrnehmung sein dürfte, meist retrospektiv.

[6] Fragetext Nutzen-Variable: „Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?"; Antwortmöglichkeiten: „Vorteile", „Ist nicht der Fall"; Fragetext Mitgliedschaft-Variable: „Ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach -?" „Eine gute Sache", „Eine schlechte Sache", „Weder gut noch schlecht".

[7] „Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der deutschen Bundesregierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte." „Kampf gegen Kriminalität". „Steuern", „Kampf gegen Arbeitslosigkeit", „Kampf gegen Terrorismus", Verteidigung und Außenpolitik", „Einwanderung", „Das Bildungssystem", „Renten", „Umweltschutz", „Gesundheit", „Sozialwesen", „Landwirtschaft und Fischerei", „Verbraucherschutz", „Wissenschaftliche und technologische Forschung", „Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen", „Energie", „Wettbewerb", „Verkehr", „Wirtschaft", „Bekämpfung der Inflation".

hängige Variablen werden auf Grundlage des Forschungsstandes Bildung, sozioökonomische Position, Geschlecht und Alter einbezogen. Um die im Rahmen des Proxy-Ansatzes vertretene Annahme der Übertragung nationaler politischer Einstellungen auf die EU-Ebene überprüfen zu können, wird das Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen in die Analysen mit einbezogen. Als erklärende Variablen der Kontextebene werden die makroökonomischen Indikatoren BIP-Veränderung im Vergleich zum Vorjahr und Arbeitslosenrate herangezogen. Auch die direkten finanziellen Kosten bzw. der direkte finanzielle Nutzen der EU-Mitgliedschaft werden in Form des Nettozahler/-empfängerstatus berücksichtigt. Hinzu kommt die Euromitgliedschaft eines Landes. Weitere Informationen zur Operationalisierung der integrierten Variablen finden sich in Tab. 3 im Anhang. Alle Variablen wurden zu beiden Untersuchungszeitpunkten identisch gemessen.

Die Untersuchung der instrumentellen und der Vertiefungsdimension erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst werden die Ländermittelwerte der beiden Dimensionen zwischen den 27 EU-Staaten verglichen. Dann werden die weiteren Hypothesen anhand von hierarchischen Mehrebenenmodellen überprüft[8]. Dazu werden zunächst für die beiden Untersuchungszeitpunkte getrennte Modelle geschätzt. Es folgen gepoolte Modelle, die die Daten beider Untersuchungszeitpunkte umfassen. Um die Interaktionshypothesen der wirtschaftlichen Bewertungen der Individualebene und der Krise überprüfen zu können, werden Mehrebenenmodelle geschätzt, bei denen jedes Land eine Kontexteinheit bildet. Anhand eines Dummys für den Untersuchungszeitpunkt und der Integration des Interaktionseffekts mit der wirtschaftlichen Bewertung kann überprüft werden, ob eine Zunahme der wirtschaftlichen Bewertungen zum zweiten Untersuchungszeitpunkt gegeben ist.

6 Analyse

Ein Blick auf die Ländermittelwerte der instrumentellen Einstellungsdimension (Abb. 1) zeigt deutliche Unterschiede: Zum einen variiert der durchschnittliche Level zwischen den Ländern erheblich: Für Irland, das Land mit der höchsten instrumentellen Unterstützung, liegt der Wert für das Jahr 2008 bei 3,49 auf der von 0 bis 4 reichenden Einstellungsskala. Das Land mit der niedrigsten Unterstützung, Großbritannien, weist hingegen nur einen Durchschnitt von 1,75 auf. Auch im Jahr 2010 bilden die beiden Länder die Extrempole. Die Unterschiede zwischen den Ländern fallen 2008 und 2010 unterschiedlich stark aus: Während eine Varianzanalyse einen Wert für eta^2 von 0,094 für 2008 erbringt, liegt der Wert 2010 nur bei 0,071. Zudem hat sich in 22 der 27 EU-Staaten die instrumentelle Bewertung im Jahr 2010 verschlechtert. In 14 der 27 EU-Staaten fällt der Unterschied signifikant aus ($p < 0{,}01$)[9]. Für die gesamte EU zeigt sich eine signifikante Verschlechterung um 6 % auf einen Wert von 2,57. Vergleicht man die Gruppe der Länder mit und ohne signifikante Veränderung, dann zeigt sich, dass der durchschnittliche Wirtschaftsabschwung (BIP-

[8] Die Analysen erfolgen mit dem Statistikprogramm SPSS 22.

[9] Die Länder sind: Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Portugal, Zypern, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Slowenien, Rumänien

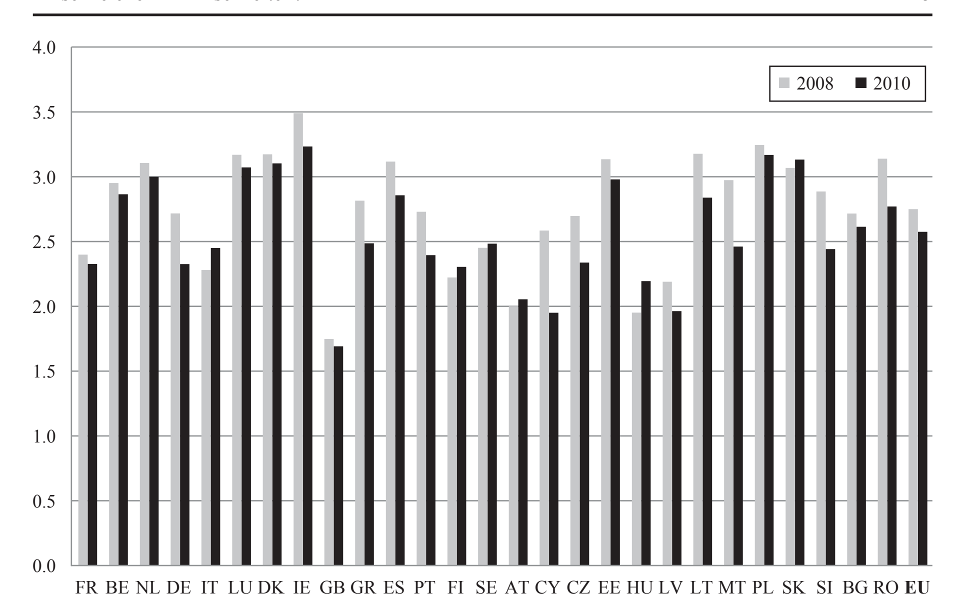


Abb. 1 Länderdurchschnitte der instrumentellen Dimension im Zeitvergleich. (Quelle: EB 69.2 & 73.4; eigene Darstellung)

Veränderung) in den Ländern mit signifikanter Verschlechterung der instrumentellen Einstellung bei 7,1 % liegt, während für die anderen Länder eine Abnahme von 4,3 % zu verzeichnen ist. Ein negativer Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung ist auf der Aggregatebene somit erkennbar.

Ein deutlich anderes Bild zeigt sich beim Blick auf die Vertiefungsdimension (Abb. 2). Eine systematische Verschlechterung der Bewertung lässt sich hier nicht feststellen. Vielmehr ergibt sich entweder kaum eine Veränderung des Bewertungslevels oder der Level steigt sogar. Signifikant verbessert haben sich die durchschnittlichen Einstellungen ($p<0{,}01$) zwischen 2008 und 2010 in Belgien, Italien, Irland, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und der Slowakei. Für die gesamte EU zeigt sich eine geringe, aber signifikante Verbesserung der Bewertung (10,99 statt 10,62). 2008 weisen die Finnen die negativsten Einstellungen auf, Zypern ist in beiden Jahren das Land mit den positivsten Einstellungen. Auch die Ergebnisse einer Varianzanalyse zeigen, dass die Unterschiede zwischen den Ländern etwas geringer sind und sich zwischen den Jahren kaum unterscheiden[10].

Für die Vertiefungsdimension widerlegt das Ergebnis die Annahme einer Verschlechterung der Einstellungen aus *Hypothese 1* klar, während es für die instrumentelle Dimension diese, wenn auch nicht für alle Länder, eher stützt. Beide Dimensionen scheinen sehr unterschiedlich auf die wirtschaftlichen Veränderungen zu reagieren: Denn gerade in den stark von einem wirtschaftlichen Abschwung betroffenen Ländern gibt es signifikant stärkere Zustimmung zu einer weiteren Vertiefung: In den acht Ländern mit verbesserten Einstellungen lag der Wirtschaftsabschwung bei −9,35 %, während hingegen im Rest der EU die Wirtschaftsleistung nur

[10] Eta^2 fällt mit 0,066 (2008) und 0,073 (2010) insgesamt geringer aus. Für beide Werte gilt: $p<0{,}001$.

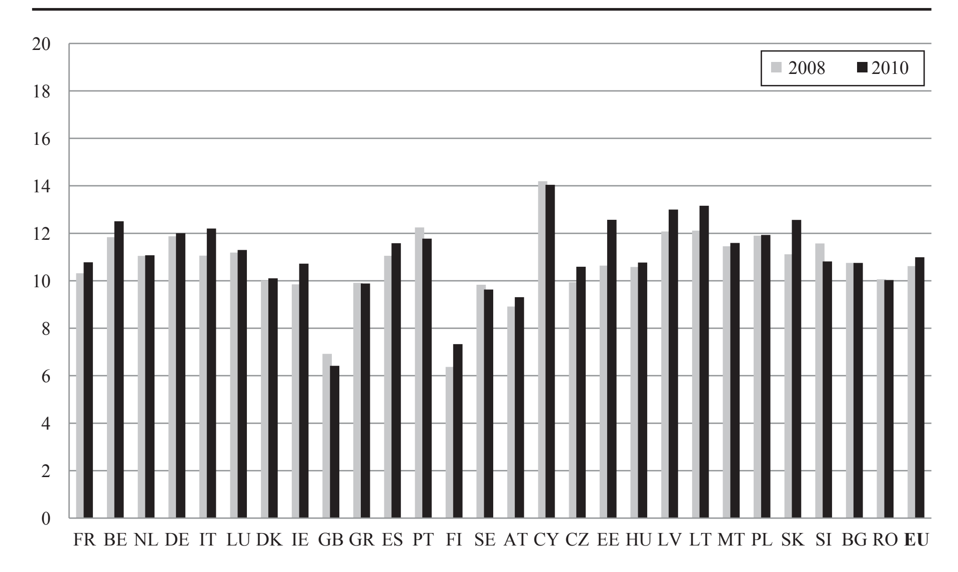


Abb. 2 Länderdurchschnitte der Vertiefungsdimension im Zeitvergleich. (Quelle: EB 69.2 & 73.4; eigene Darstellung)

um 4,22 Prozentpunkte sank. Die unterschiedliche Entwicklung verdeutlicht, dass es sich um unterschiedliche Dimensionen handelt, die somit auch eine getrennte Analyse sinnvoll erscheinen lassen[11].

6.1 Individuelle Determinanten der Bewertung der Einstellungen gegenüber der EU-Integration

In Tab. 1 sind für die beiden untersuchten Dimensionen und beide Zeitpunkte getrennte Mehrebenenmodelle dargestellt. Die Berechnung der sogenannten Nullmodelle in einem ersten Schritt hat bestätigt, was auf Grundlage der Betrachtung der Varianzanalysen der Mittelwerte bereits erkennbar war: Es gibt zu beiden Untersuchungszeitpunkten und für beide Dimensionen einen Varianzanteil von rund sieben Prozent, für die instrumentelle Dimension 2010 von zehn Prozent, der auf den Länderkontext zurückgeführt werden kann[12]. Eine Untersuchung unter Berücksichtigung von Länderkontextfaktoren erscheint daher sinnvoll. Zunächst richtet sich der Fokus allerdings auf die Einflüsse der Individualvariablen.

In *Hypothese 2* und *Hypothese 3* wurde erwartet, dass der Einfluss der Bewertung der wirtschaftlichen Lage und der Beschäftigungslage zum zweiten Untersuchungszeitpunkt in der Krise stärker ausfällt. In den Modellen der instrumentellen Dimension zeigt sich für die Bewertung der wirtschaftlichen Lage allerdings ein stabiler Effekt zwischen den Jahren. Für die Vertiefungsdimension scheint es eine leichte

[11] Auch eine Berechnung des Rangkorrelationskoeffizienten (Spearmans rho) ergibt für 2008 einen moderaten Zusammenhang von 0,289 und für 2010 einen Wert von 0,277.

[12] ICC der instrumentellen Dimension 2008/2010: 0,10/0,07; ICC der Vertiefungsdimension 2008/2010: 0,07/0,07.

Tab. 1 Mehrebenenmodelle der instrumentellen und der Vertiefungsdimension.

	Instrumentelle Dimension		Vertiefungsdimension	
	2008	2010	2008	2010
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
	b	b	b	b
Konstanter Term	3,41***	3,23***	12,07***	12,60***
Individualmerkmale				
Bildung				
Höhere Bildung (Referenz)				
Mittlere Bildung	−0,19***	−0,26***	−0,46***	−0,59***
Niedrige Bildung	−0,43***	−0,49***	−0,85***	−1,14***
Berufliche Position				
Hohe Position (Referenz)				
Mittlere Position	−0,16***	−0,17***	−0,34**	−0,30*
Niedrige Position	−0,37***	−0,33***	−0,74***	−0,75***
Schüler/Studenten	−0,03	0,04	−0,40*	−0,42*
Hausfrau/-mann	−0,30***	−0,28***	−0,54**	−0,52**
Nie erwerbstätig	−0,40***	−0,23**	−0,61	−1,38***
Nationalstaatlicher Proxy				
Politisches Vertrauen	0,41***	0,47***	0,56***	0,53***
Geschlecht				
Frau	−0,13***	−0,14*	−0,30**	−0,33***
Alter	−0,00***	−0,00***	−0,02***	−0,02***
Ökonomische Bewertungen				
Wirtschaftliche Lage positiv	0,18***	0,18***	0,19***	0,25**
Beschäftigungslage positiv	0,18***	0,12***	0,33***	0,26**
Kontextmerkmale				
Nettozahlerstatus	−0,44**	−0,37*	−0,84	−0,82
BIP-Veränderung	0,02	0,02		
Arbeitslosenrate			0,04	0,13
Varianzkomponenten				
Ebene 1	1,67	1,84	30,43	31,86
Ebene 2	0,13	0,16	2,28	2,47
R^2 Ebene 1	0,17	0,15	0,03	0,04
R^2 Ebene 2	0,40	0,03	0,03	0,06
ICC	0,07	0,08	0,07	0,07
n (Level 1)	21.288	22.148	18.923	19.722
n (Level 2)	27	27	27	27

Quelle: EB 69.2 und 73.4; $*p<0{,}05$; $**p<0{,}01$; $***p<0{,}001$; R^2 nach Snijders/Bosker (1999);

Bedeutungszunahme zu geben, wie der höhere Effekt für das Jahr 2010 zeigt. Um den beobachteten Unterschied zwischen den Jahren genauer zu überprüfen, wurde in ein gepooltes Modell (nicht dargestellt) der Individualdaten beider Jahre ein Interaktionseffekt zwischen Untersuchungsjahr und der Bewertung der wirtschaftlichen Lage integriert. Dieser weist allerdings keinen signifikanten Effekt auf. Ein krisenbedingter Anstieg der Bedeutung der wirtschaftlichen Lage lässt sich somit auch für die Vertiefungsdimension nicht nachweisen.

Bezogen auf die Bewertung der Beschäftigungslage zeigt sich entgegen der Erwartung für beide Dimensionen 2010 ein geringerer Effekt: Ob die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt positiv oder negativ eingeschätzt wird, scheint für die Einstellungen gegenüber der EU-Integration somit eher unwichtiger geworden zu sein. Auch dies wurde anhand eines gepoolten Modells überprüft. Der signifikante negative Interaktionseffekt (Modell 5 in Tab. 2) verdeutlicht, dass der Einfluss der Bewertung der Beschäftigungslage in der Krise tatsächlich etwas geringer ausfällt. Auch für die Vertiefungsdimension wurde ein entsprechendes Modell (nicht abgebildet) gerechnet. Hier zeigt sich allerdings kein signifikant veränderter Einfluss zwischen den beiden Zeitpunkten.

Die Effekte für die Bildungsvariablen zeigen, dass Personen mit mittlerer und niedriger Bildung negativere Einstellungen aufweisen als Personen mit höherer Bildung und bestätigen damit frühere Ergebnisse (Gabel und Palmer 1995, S. 11–12). Im Vergleich der Effektstärken zwischen den Jahren fällt auf, dass die Effekte tendenziell 2010 etwas stärker ausfallen als 2008. Die Überprüfung mit gepoolten Modellen ergibt allerdings für die instrumentelle Dimension nur einen signifikant stärkeren Effekt der mittleren Bildung (Modell 6 in Tab. 2). Für die Vertiefungsdimension zeigt sich, dass der negative Effekt der niedrigen Bildung 2010 deutlich stärker ausfällt. Der Vergleich des Haupteffekts der niedrigen Bildung mit dem Interaktionseffekt deutet an, dass der Effekt in der Krise um die Hälfte ansteigt (Modell 8 in Tab. 2). Für die Vertiefungsdimension deutet sich damit an, dass sich in der Krise die bestehenden Unterschiede der Bildungseinflüsse auf die Bewertung der EU-Integration verstärken.

Die Effekte der Variablen, die zur Messung der beruflichen Position herangezogen wurden, verdeutlichen, dass Personen mit niedrigerer beruflicher Stellung die EU-Integration dimensionsübergreifend negativer bewerten. Wie für die Bildung auch, bestätigt dies frühere Studien zum Einfluss des sozioökonomischen Status auf die Bewertung der EU-Integration (Gabel 1998a, S. 351), die von einem geringeren Nutzen der Integration für Menschen mit niedrigerem sozioökonomischem Status ausgehen und deshalb eine negativere Bewertung der EU-Integration annehmen. Anders als bei den Bildungseffekten deutet sich hier allerdings keine Verstärkung in der Krise an[13]. Es lässt sich für die Indikatoren des sozioökonomischen Status somit kein klares Ergebnis zeigen. Eine eindeutige stärkere Betroffenheit durch die Krise, die sich in negativere Einstellungen umsetzt, zeigt sich für Personen mit niedrigerem Status nicht.

Die Ergebnisse zum Einfluss des Vertrauens in die nationalen politischen Institutionen zeigen einen Spill-Over-Effekt, wie er von Anderson (1998, S. 576) postuliert wurde. Politisches Vertrauen im nationalen Kontext wirkt sich auf beide untersuchte Dimensionen positiv aus. Im Zeitvergleich scheint es für die instrumentelle Dimension eine leichte Bedeutungszunahme zu geben. Für die Vertiefungsdimension scheint sich der Effekt in der Tendenz hingegen eher abzuschwächen. Die Überprüfung über die Interaktion mit der Zeit zeigt für die Vertiefungsdimension keine signifikante Veränderung der Effektstärke. Für die instrumentelle Dimension bestätigt sich

[13] Auch der für die Gruppe der nie Erwerbstätigen beobachtete Unterschied zwischen den Jahren fällt bei der Prüfung mit einem gepoolten Modell insignifikant aus.

Tab. 2 Gepoolte Mehrebenenmodelle der instrumentellen und der Vertiefungsdimension 2008/10.

	Instrumentelle Dimension 2008/2010			Vertiefungsdimension 2008/2010
	Modell 5	Modell 6	Modell 7	Modell 8
	b	b	b	b
Konstanter Term	3,23***	3,22***	3,23***	11,75***
Individualmerkmale				
Bildung				
Höhere Bildung (Referenz)				
Mittlere Bildung		−0,20***		−0,46***
Niedrige Bildung		−0,46***		−0,81***
Nationalstaatlicher Proxy				
Politisches Vertrauen			0,41***	
Ökonomische Bewertungen				
Beschäftigungslage positiv	0,17***			
Jahr 2010	−0,18***	−0,15***	−0,18***	0,46***
Jahr × wirtschaftliche Lage				
Jahr × Beschäftigungslage	−0,04*			
Jahr × mittlere Bildung		−0,05*		
Jahr × niedrige Bildung				−0,38**
Jahr × politisches Vertrauen			0,05***	
Varianzkomponenten				
Ebene 1	1,76	1,76	1,76	31,24
Ebene 2	0,18	0,19	0,19	2,68
R^2 Ebene 1	0,14	0,14	0,14	0,02
R^2 Ebene 2	−0,05	−0,06	−0,06	−0,10
ICC	0,10	0,10	0,10	0,08
n (Level 1)	43.436	43.436	43.436	38.645
n (Level 2)	27	27	27	27

Quelle: EB 69.2 & 73.4; *p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001;

R^2 nach Snijders/Bosker (1999); Modelle kontrolliert für Bildung, berufliche Position, politisches Vertrauen, Geschlecht, Alter, Bewertung wirtschaftliche Lage und Beschäftigungslage; dargestellt sind nur die interessierenden Haupt- und Interaktionseffekte

eine leichte Zunahme der Effektstärke zum zweiten Zeitpunkt (Modell 7, Tab. 2). Die Zunahme des Effekts deutet an, dass politischem Vertrauen in nationales Parlament und Regierung in der Krise eine wichtige Rolle zukommt. Allerdings ist die Zunahme des Effekts im Vergleich mit dem Haupteffekt recht gering. Für Geschlecht und Alter zeigen sich die auf Grundlage des Forschungsstandes (Henjak et al. 2012, S. 181) erwarteten Einflüsse, die sich zwischen den Zeitpunkten nicht unterscheiden: Frauen und Ältere weisen negativere Einstellungen auf.

Unabhängig vom Untersuchungszeitpunkt fällt bei einem Blick auf die Indikatoren der Modellgüte auf, dass sich die Vertiefungsdimension durch die berücksichtigten Variablen deutlich schlechter erklären lässt als die instrumentelle: Das Ebene-1-R^2 erreicht stets nur Werte um 0,04, während für die instrumentelle Dimension Werte um 0,15 erreicht werden. Allerdings bestätigt diese geringere Erklärungskraft die

Ergebnisse früherer Untersuchungen zur Vertiefungsdimension (Lubbers und Scheepers 2007).

6.2 Untersuchung der Kontextfeinflüsse auf die Bewertung der EU-Integration

Zusätzlich zu den Individualvariablen wurden in Modell 1 und Modell 2 der Nettozahlerstatus und die Veränderung des BIP integriert. Beide Kontextmerkmale weisen bei alleiniger Integration in ein Mehrebenenmodell einen signifikanten Effekt auf, das BIP allerdings nur im Jahr 2008. Bei gemeinsamer Integration der Kontextfaktoren zeigt nur der Nettozahlerstatus einen stabilen Effekt. Die Arbeitslosenrate, die als objektiver Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls untersucht wurde, weist für die instrumentelle Dimension bei alleiniger Integration in ein Mehrebenenmodell zu keinem der untersuchten Zeitpunkte einen signifikanten Einfluss auf. Die Ergebnisse zeigen, dass es gemessen über die makroökonomische Entwicklung keine Bedeutungszunahme wirtschaftlicher Faktoren in der Krise gibt, was im Widerspruch zur Erwartung von *Hypothese 4* steht. Der einzige zeitübergreifende Einfluss, der des Nettozahlerstatus, verdeutlicht, dass der finanzielle Kosten-Nutzen-Aspekt der EU-Mitgliedschaft für die instrumentelle Bewertung der EU-Integration zentral ist. Die erwartete Einflusszunahme aufgrund größerer befürchteter Kosten durch die Eurokrise in den Nettozahlerstaaten zeigt sich allerdings nicht. Der Effekt des Nettozahlerstatus ist zwischen den Zeitpunkten stabil, was *Hypothese 5* widerlegt. Auffällig ist allerdings, dass die Unterschiede zwischen den EU-Ländern in der Krise anhand des Nettozahlerstatus schlechter erklärt werden können, wie sich am deutlich niedrigeren R^2-Wert für Ebene 2 zeigt. Eine stärkere Ökonomisierung der Einstellungen gegenüber der EU-Integration kann für die instrumentelle Dimension nicht festgestellt werden. Auch der vermutete negative Einfluss der Euromitgliedschaft in der Krise aufgrund einer stärkeren Betroffenheit der Euroländer (*Hypothese 6*) zeigt sich nicht: Wird die Euromitgliedschaft als einzige Kontextvariable in das Modell aufgenommen, weist sie keinen signifikanten Einfluss auf die Bewertung der instrumentellen Dimension auf.

Wie für die instrumentelle Dimension, wurden auch für die Vertiefungsdimension die Makroindikatoren in die dargestellten Mehrebenenmodelle integriert, die zumindest zu einem Zeitpunkt in Modellen einen Einfluss gezeigt haben, in denen sie die einzige Kontextvariable darstellen. Dies waren im Jahr 2010 der Nettozahlerstatus und die Arbeitslosenrate. Eine gemeinsame Integration der beiden Variablen führt allerdings dazu, dass beide insignifikant werden. Der positive Einfluss der Arbeitslosenrate, der anders als vermutet auf eine größere Zustimmung zu einer weiteren Vertiefung der Integration in den stärker von Arbeitslosigkeit betroffenen Ländern hingedeutet hat, erweist sich damit als instabil. Auch der vermeintliche Bedeutungsgewinn des Nettozahlerstatus als Determinante der Vertiefungsdimension in der Krise, der der Erwartung aus *Hypothese 5* entsprochen hat, fällt wenig stabil aus. Wie für die instrumentelle Dimension, zeigt sich auch für die Vertiefungsdimension keine Ökonomisierung. Auch ein negativer Einfluss der Euromitgliedschaft (*Hypothese 6*) kann nicht nachgewiesen werden. Insgesamt scheint die Vertiefungsdimension damit auch in der Krise wie in früheren Untersuchungen (Lubbers und Scheepers 2007, S. 664) als von ökonomischen Entwicklungen wenig beeinflusst.

7 Schlussfolgerungen

Im Rahmen des Artikels wurden zwei Einstellungsdimensionen gegenüber der EU-Integration, eine instrumentelle und eine Vertiefungsdimension, untersucht. Dabei stand die Frage im Vordergrund, ob die beiden Dimensionen unterschiedlich auf die globale Wirtschaftskrise und beginnende Eurokrise reagieren, insbesondere ob ihre Determinanten sich in ihrem Einfluss zwischen den beiden Zeitpunkten unterscheiden.

Zunächst ist festzustellen, dass die Krise anders als erwartet nur einen geringen Einfluss auf die untersuchten Dimensionen zu haben scheint. Wie der Mittelwertvergleich zwischen 2008 und 2010 gezeigt hat, ist nur für die instrumentelle Dimension und hier auch nur für die Hälfte der EU-Staaten eine Verschlechterung der Einstellungen zu verzeichnen. Die Bewertung einer weiteren Vertiefung der Integration hat sich hingegen, falls sie sich überhaupt verändert hat, in den Ländern tendenziell verbessert.

Die Untersuchung der Determinanten der Einstellungen hat entgegen den Erwartungen keine Bedeutungszunahme der subjektiven ökonomischen Bewertungen und der objektiven makroökonomischen Entwicklung bzw. der durch die EU-Mitgliedschaft entstehenden Kosten gezeigt. Damit bestätigt der Beitrag das Ergebnis von Serricchio et al. (2013) zur aktuellen Krise, die ebenfalls keine Evidenz für einen stärkeren Einfluss ökonomischer Makrofaktoren für eine instrumentelle Bewertung der EU-Mitgliedschaft nachweisen konnten. Vielmehr zeigen sich zu beiden Zeitpunkten ähnliche Muster. Ausnahmen bilden die Hinweise auf einen gestiegenen Einfluss der Bildung in der Krise und auch der Bedeutungsgewinn von Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen für die instrumentelle Dimension: Ob es sich dabei um eine dauerhafte Veränderung handelt, müsste eine Untersuchung zu einem späteren Krisenzeitpunkt zeigen. Diese wäre grundsätzlich wünschenswert, da sich der Einfluss der Krise im Laufe ihrer Entwicklung verstärken könnte. Es ließe sich damit auch prüfen, ob sich die Vertiefungsdimension tatsächlich dauerhaft so unempfindlich gegenüber der Krise zeigt, wie es die Ergebnisse zu Krisenbeginn nahelegen.

Anhang

Tab. 3 Beschreibung der Variablen.

Abhängige Variablen	
Instrumentelle Dimension	Fünfstufiger Index (0–4) aus Nutzen der EU-Mitgliedschaft für das eigene Land (ja/weiß nicht/nein) und Bewertung der Mitgliedschaft als gute/weder gute noch schlechte/schlechte Sache.
Vertiefungs-dimension	Index mit Wertebereich 0–20, der Auskunft über die Bewertung der Übertragung von Entscheidungskompetenz in 20 Politikbereichen auf die EU-Ebene gibt.
Unabhängige Variablen der Individualebene	
Bildung	Alter bei Abschluss der Vollzeitbildung: niedrige Bildung = keine Vollzeitbildung oder < 16; mittlere Bildung = 16 < 20; höhere Bildung = 20 +; Schüler und Studenten werden gemäß des Alters zum Zeitpunkt der Befragung zugeordnet
Sozioökonomische Position	Position in Anlehnung an die Europäische Sozioökonomische Klassifikation[a]: niedrige Position; mittlere Position; höhere Position; Rentner und Arbeitslose werden gemäß ihrer letzten Beschäftigung zugeordnet, noch nie Beschäftigte werden in eigener Kategorie erfasst, genau wie Schüler/Studenten und Hausfrauen/-männer
Ökonomische Bewertungen	
Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage	Dreistufige Variable der Einschätzung der zukünftigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage: Verschlechterung = 0; keine Veränderung = 1; Verbesserung = 2; am Gesamtmittelwert zentriert
Bewertung der Beschäftigungslage	Analog zur Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage
Nationalstaatlicher Proxy	
Politisches Vertrauen	Index aus Vertrauen in nationales Parlament und Regierung: Vertrauen in beide Institutionen = 2; in eine = 1; in keine = 0; am Gesamtmittelwert zentriert
Soziodemografische Kontrollvariablen	
Geschlecht	Mann = 0; Frau = 1
Alter	Alter in Jahren, am Gesamtmittelwert zentriert
Unabhängige Variablen der Kontextebene[b]	
Nettozahlerstatus	1 = Länder mit negativen EU-Haushaltssalden; 0 = Länder mit positiven EU-Haushaltssalden
Veränderung der Wirtschaftskraft	Prozentuale Änderungsrate des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahr
Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenrate, Anteil der Arbeitssuchenden an der arbeitsfähigen Bevölkerung
Euromitgliedschaft	Euro ist Landeswährung = 1; andere = 0

Quelle: Individualvariablen: Eurobarometer 69.2 & 73.4; Kontextvariablen: Europäische Union 2013, Europäische Zentralbank 2013, Eurostat 2013, Europäische Kommission 2012

[a]Müller et al. (2007), Harrison und Rose (2006) zum vereinfachten Drei-Klassen-Modell

[b]Alle nicht-dichotomen Makroindikatoren werden am Gesamtmittelwert zentriert

Literatur

Anderson, Christopher J. 1998. When in doubt, use proxies – attitudes toward domestic politics and support for European integration. *Comparative Political Studies* 31 (5): 569–601.

Anderson, Christopher J., und Karl C. Kaltenthaler. 1996. The dynamics of public opinion toward European integration, 1973–93. *European Journal of International Relations* 2 (2): 175–199.

Boomgaarden, Hajo. G., Andreas R.T. Schuck, Matthijs Elenbaas, und Claes H. de Vreese. 2011. Mapping EU attitudes – conceptual and empirical dimensions of Euroscepticism and EU support. *European Union Politics* 12 (2): 241–267.

Ciftci, Sabri. 2005. Treaties, collective responses and the determinants of aggregate support for European integration. *European Union Politics* 6 (4): 469–492.
Dyson, Kenneth. 2010. Krise? Welche Krise? Wessen Krise?*Aus Politik und Zeitgeschichte* 43:19–25.
Easton, David. 1967. *A systems analysis of political life*. 2. Aufl. New York: Wiley.
Easton, David. 1975. A re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science* 5 (4): 435–457.
Eichenberg, Richard. C., und Russell J. Dalton. 1993. Europeans and the European Community: the dynamics of public support for European integration. *International Organization* 47 (4): 507–534.
Eichenberg, Richard. C., und Russell J. Dalton. 2007. Post-Maastricht Blues: the transformation of citizen support for European integration, 1973–2004. *Acta Politica* 42 (2): 128–152.
Europäische Kommission. 2012. EU-Haushalt 2011 Finanzbericht. http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/2011/2011_de.cfm#rap_fin. Zugegriffen: 31. Juli 2013.
Europäische Union. 2013. EUROPA – Länder. http://europa.eu/about-eu/countries/index_de.htm. Zugegriffen: 31. Juli 2013.
Europäische Zentralbank. 2013. Karte des Euroraums 1999–2011. http://www.ecb.europa.eu/euro/intro/html/map.de.html. Zugegriffen: 31. Juli 2013.
European Commission. 2008. Eurobarometer 69.2: National and European Identity, European Elections, European Values, and Climate Change, March-May 2008. TNS OPINION & SOCIAL, Brussels [Producer]; GESIS, Cologne [Publisher]: ZA4744, dataset version 4.0.0, doi:10.4232/1.10992.
European Commission. 2010. Eurobarometer 73.4: May 2010. TNS OPINION & SOCIAL, Brussels [Producer]; GESIS, Cologne [Publisher]: ZA5234, dataset version 1.0.0, GESIS pre-release edition (2010-11-23), doi:10.4232/1.10197.
Eurostat. 2013. Search Database. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database. Zugegriffen: 31. Juli 2013.
Gabel, Matthew. 1998a. Public support for European integration: an empirical test of five theories. *Journal of Politics* 60 (2): 333–354.
Gabel, Matthew. 1998b. *Interests and integration. Market liberalization, public opinion, and European Union*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
Gabel, Matthew, und Harvey D. Palmer. 1995. Understanding variation in public support for European integration. *European Journal of Political Research* 27 (1): 3–20.
Gabel, Matthew, und Guy D. Whitten. 1997. Economic conditions, economic perceptions, and public support for the European integration. *Political Behavior* 19 (1): 81–96.
Handley, David H. 1981. Public opinion and European integration: the crisis of the 1970s. *European Journal of Political Research* 9 (4): 335–364.
Harmsen, Robert, und Menno Spiering. 2005. Euroscepticism and the evolution of European political debate. In *Euroscepticism: party politics, national identity and European integration*, Hrsg. Robert Harmsen, und Menno Spiering, 13–35. Amsterdam: Rodopi.
Harrisson, Eric, und David Rose. 2006. The European socio-economic classification (ESeC) user guide. http://www.iser.essex.ac.uk/files/esec/guide/docs/UserGuide.pdf. Zugegriffen: 31. Juli 2013.
Henjak, Andrija, Gábor Tóka, und David Sanders. 2012. Support for European integration. In *Citizens and the European polity. Mass attitudes towards the European and national polities*, Hrsg. David Sanders, Gábor Tóka, und Pedro C. Magalhães, 169–209. Oxford: Oxford University Press.
Inglehart, Ronald. 1970. Cognitive mobilization and European identity. *Comparative Politics* 3 (1): 45–70.
Janssen, Joseph. I. H. 1991. Postmaterialism, cognitive mobilization and public support for European integration. *British Journal of Political Science* 21 (4): 443–468.
Kinder, Donald. R., und D. Roderick Kiewiet. 1981. Sociotropic politics: the American case. *British Journal of Political Science* 11 (2): 129–161.
Kritzinger, Sylvia. 2003. The influence of the nation-state on individual support for the European Union. *European Union Politics* 3 (2): 219–242.
Lindberg, Leon N., und Stuart A. Scheingold. 1970. *Europe's would-be polity. Patterns of change in the European Community*. 2. Aufl. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2005. Political versus instrumental Euro-scepticism. Mapping scepticism in European countries and regions. *European Union Politics* 6 (2): 223–242.
Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2007. Explanations of political Euroscepticism at the individual, regional and national levels. *European Societies* 9 (4): 643–669.
Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2010. Divergent trends of euroscepticism in countries and regions of the European Union. *European Journal of Political Research* 49 (6): 787–817.

Mahler, Vincent A., Bruce J. Taylor, und Jennifer R. Wozniak. 2000. Economics and public support for the European Union: an analysis at the national, regional, and individual levels. *Polity* 32 (3): 429–453.

Marsh, Michael. 1999. Policy performance. In *Political representation and legitimacy in the European Union*, Hrsg. Hermann Schmitt und Jacques Thomassen, 90–107. Oxford: Oxford University Press.

McLaren, Lauren. M. 2004. Opposition to European integration and fear of loss of national identity: debunking a basic assumption regarding hostility to the integration project. *European Journal of Political Research* 43 (6): 895–911.

Mikhaylov, Slava, und Michael Marsh. 2009. Policy performance and support for European integration. In *The legitimacy of the European Union after enlargement*, Hrsg. Jacques Thomassen, 142–164. Oxford: Oxford University Press.

Müller, Walter, Heike Wirth, Gerrit Bauer, Reinhard Pollak, und Felix Weiss. 2007. Entwicklung einer Europäischen Sozioökonomischen Klassifikation. *Wirtschaft und Statistik* (5): 527–530.

Picard, Robert G., und John Lloyd. 2013. The Euro Crisis, Media Coverage, and Perceptions of Europe within the EU. https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/research/research-focus-areas/business-and-financial-reporting/the-euro-crisis-media-coverage-and-perceptions-of-europe-within-the-eu.html. Zugegriffen: 6. Dez. 2013.

Serrichio, Fabio, Myrto Tsakatika, und Lucia Quaglia. 2013. Euroscepticism and the global financial crisis. *Journal of Common Market Studies* 51 (1): 51–64.

Snijders, Tom A.B., und Roel Bosker. 1999. *Multilevel analysis: an introduction to basic and advanced multilevel modeling*. London: Sage.

Sørensen, Catharina. 2007. *Euroscepticism: a conceptual analysis and a longitudinal, cross-country examination of public scepticism towards the European Union*. Kopenhagen: Department of Political Sciences, University of Copenhagen,

Winter, Lieven de, und Marc Swyngedouw. 1999. The scope of EU government. In *Political representation and legitimacy in the European Union*, Hrsg. Hermann Schmitt, und Jacques Thomassen, 47–73. Oxford: Oxford University Press.

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:55–78
DOI 10.1007/s12286-014-0207-8

AUFSÄTZE



Nationale und europäische Identitäten und politische Unterstützung der Europäischen Union im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise

Philipp Runge

Online publiziert: 10. Oktober 2014

Zusammenfassung Die Bürger in der EU wurden seit dem Ausbruch der Finanzkrise Ende 2007 und deren realwirtschaftlichen Folgen mit sich stark wandelnden ökonomischen Bedingungen konfrontiert. Diese Verschlechterung der ökonomischen Lage wurde nicht selten von politischen Eliten mit dem Euro in Verbindung gebracht, weshalb mit Folgen für die EU und ihre politische Unterstützung zu rechnen sein sollte. Vor diesem Hintergrund wird die Frage untersucht, wie die Determinantenmuster der politischen Unterstützung der EU auf die Veränderungen reagiert haben, wobei die Wirkungen nationaler und europäischer Identitäten den Analysefokus bilden. Die Resultate untermauern eine Reihe bekannter Erklärungsmuster. Eindeutige Trends sind im Zeitverlauf der „Euro-Krise" kaum zu erkennen, wobei die Effekte nationaler Identitäten und Parteisignale im Zeitverlauf an Stärke hinzugewinnen. Die Wirkungen der restlichen Erklärungsfaktoren bleiben kurzfristig gesehen konstant.

Schlüsselwörter Nationale Identität · Europäische Identität · Politische Unterstützung · Europäische Integration

National and European identities and political support for the European Union within the context of the economic and financial crisis

Abstract Since the outbreak of the financial crisis in late 2007 and the economic consequences, citizens of the EU have been confronted with dramatically changing economic conditions. Political elites and mass media have often linked these nega-

P. Runge, M.A. (✉)
Otto-Friedrich Universität Bamberg,
Feldkirchenstraße 21,
96045 Bamberg, Deutschland
E-Mail: philipp.runge@uni-bamberg.de



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_4, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

tive economic consequences to the euro. Lower support for the EU and its institutions may be one of its consequences. Within this context, the paper addresses the question of how the pattern of political support for the EU responds to the changes in contextual conditions. The analysis focuses on the effects of national and European identities. The results substantiate several familiar patterns. Clear trends throughout the "euro crisis" are barely distinguishable. The impact of national identities and party signals increases over time, whereas the explanatory power of other variables remains constant in the short term.

Keywords National identity · European identity · Political support · European integration

1 Einleitung

Ende 2006 platzte in den USA die „Immobilienblase", was in der Folgezeit die Weltwirtschaft in die verheerendste Wirtschaftskrise seit der Rezession in den 1930er Jahren stürzte (Zimmermann 2009, S. 3). Nahezu jeder Wirtschaftssektor in Europa war von der ab Herbst 2008 folgenden realwirtschaftlichen Krise betroffen, was die nationalen Regierungen zwang, Milliardensummen zur Rettung der Banken zu investieren. Die Konjunkturentwicklung brach über alle Länder hinweg ein, die Arbeitslosigkeit erhöhte sich massiv (Eurostat 2013). Spätestens seitdem ist die Finanzkrise auch im Bewusstsein der europäischen Bevölkerung angekommen. Die Verschlechterung der ökonomischen Lage wurde von politischen Eliten und den Massenmedien nicht selten mit dem Euro assoziiert, was sich auch auf die Wahrnehmung der Bürger niederschlug (Rosenthal 2012, S. 55), weshalb aus der Wirtschafts- eine „Euro-Krise" wurde. Den Mitgliedern der Eurozone wurde im Zuge dessen eindrucksvoll das Problem verdeutlicht, dass im Krisenfall alle Bürger der Europäischen Union (EU) für die finanziellen Probleme einzelner Mitgliedstaaten haften. Insgesamt gesehen musste nicht viel geschehen, um aus einer „erfolgreich agierenden Währungsunion einen Club in Schockstarre zu machen" (Welfens 2012, S. 7). Es erscheint daher zweifelhaft anzunehmen, diese Entwicklungen blieben für die EU und ihre politische Unterstützung seitens der Bevölkerung gänzlich folgenlos.

Vor diesem Hintergrund geht der vorliegende Beitrag der Frage nach, wie die Erklärungsmuster der politischen Unterstützung der EU auf die Kontextveränderungen, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgerufen wurden, reagiert haben. Im Fokus der Untersuchung stehen dabei Effekte nationaler und europäischer Identitäten. Zur Klärung der Fragestellung werden zunächst relevante theoretische Ansätze zur Erklärung von Einstellungen zur europäischen Integration skizziert, die sich in vergangenen Studien als einflussreich erwiesen haben. Anschließend erfolgt die Formulierung theoretischer Erwartungen, die nach Beschreibung des Datenmaterials und der Operationalisierung empirisch überprüft werden. Im Fazit werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst und Grenzen dieser Arbeit aufgezeigt.

2 Theoretische Überlegungen

Die „Euro-Krise", aufgrund derer eine Beeinflussung der Erklärungsmuster der politischen Unterstützung vermutet wird, ergab sich aus der in den USA im Sommer 2007 aufkommenden Banken- und Finanzkrise. Da viele Regierungen als Folge dieser systemischen Krise die Rettung maroder Banken übernahmen, erhöhten sich die Staatsschulden in einigen Staaten zum Teil massiv, was ab Ende 2009 zur Staatsschuldenkrise im Euroraum („Euro-Krise") führte. Zusammengefasst lassen sich die Entwicklungen in drei Phasen einteilen: die Finanzkrise im engeren Sinne in Form einer Bankenkrise (2007–2008), die realwirtschaftliche Krise (2008–2009) und die Folgekrisen (ab 2010), die besonders für die erhöhten Staatsschuldenquoten verantwortlich waren (Michler und Smeets 2011, S. 5). Dabei wird vor allem den beiden letzten Phasen mit ihren unmittelbar spürbaren Effekten für Großteile der Bevölkerung eine Schockwirkung auf politische Einstellungen unterstellt.

Allgemein bezeichnet die in dieser Arbeit untersuchte politische Unterstützung grundsätzliche positive oder negative Einstellungen der Bürger zum politischen System. Das in der Politikwissenschaft u. a. aufgrund seiner guten Möglichkeiten zur Operationalisierung verbreitete analytische Konzept der politischen Unterstützung nach David Easton (1965) unterscheidet theoretisch und empirisch zwei wesentliche Komponenten: Die *spezifische* und die *diffuse Unterstützung*. Die *diffuse Unterstützung,* die die abhängige Variable in dieser Analyse bildet, meint ein langfristiges, affektives Vertrauen und eine abstrakte Bewertung politischer Objekte. Derartige Einstellungen sind für die EU vor allem deshalb von Belang, weil von ihnen ausgehend ein bedeutender Einfluss auf die Stabilität des politischen Systems sowie auf die Implementationsmöglichkeiten verbindlicher Entscheidungen vermutet wird (Easton 1965, S. 475). Damit die Frage überprüft werden kann, ob sich die Relevanz einzelner Erklärungsmechanismen im Zeitverlauf verändert hat, ist es zunächst erforderlich, relevante Erklärungsmuster der politischen Zustimmung zur EU zu betrachten.

2.1 Nationale und europäische Identitäten

Soziale Identitäten, wie nationale oder europäische Identitäten, beeinflussen die politische Wahrnehmung, Einstellungen zu politischen Objekten und auch individuelles politisches Verhalten (Sniderman et al. 2004). Sie können beschrieben werden als ein „Teil des Selbstkonzepts eines Individuums, der aus dessen Wissen über seine Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe […] verbunden mit dem Wert und der emotionalen Bedeutung, die dieser Gruppenmitgliedschaft beigemessen werden, erwächst" (Tajfel 1978, S. 63). Soziale Identitäten stellen folglich eine Verbindung zwischen dem Individuum und sozialen Gruppen her, die das Objekt der Identifikation bilden. Derartige Identitäten sind nicht auf ein Individuum bezogen, sondern werden innerhalb einer Gruppe kollektiv geteilt und basieren auf gegenseitigem Wissen über die Eigenschaften der Gruppenmitglieder und der Gruppe selbst.

Die Theorie der sozialen Identität (Tajfel und Turner 1986), die in den letzten Jahrzehnten in vielen Fällen empirischer und theoretischer Forschung zu Grunde lag, bildet ein geeignetes Analysekonzept, um die Wirkungsmechanismen sozialer Identi-

täten und Gruppeninteraktionen theoretisch erfassen zu können. Die Theorie versucht zu klären, welche Bedingungen notwendig und hinreichend sind, damit es zu einer Diskriminierung der Mitglieder anderer Gruppen kommt und sich damit ein Aggregat von Individuen als Gruppe wahrnimmt. Hinter diesem unterschiedlichen Verhalten gegenüber der Eigen- und der Fremdgruppe (im Folgenden auch In- und Outgroup genannt) stecken vier Mechanismen, welche die Theorie in ihrem Kern ausmachen: Erstens strukturieren Individuen ihre Wahrnehmungen anhand von sozialen Kategorien, die als Orientierungshilfe und Systematisierung einer ansonsten überkomplexen Welt dienen. Zweitens ordnet das Individuum sich und „die anderen" in das Kategoriensystem ein, was zur Folge hat, dass es zugleich zu einer Selbstbestimmung anhand dieser Kategorien kommt. Der Vorgang sozialer Identifikationsbildung ergibt eine Vorstellung des Individuums von sich selbst und ist als eine „Transformation einer Eigenschaft der äußeren Kategorie in die interne Bestimmung seines Selbst" (von Bogdandy 2003, S. 38) zu verstehen. Identitätsbildung findet drittens jedoch nur statt, wenn die vorangegangenen Abläufe durch Prozesse sozialer Vergleiche zwischen den eigenen und den anderen Gruppen ergänzt werden, die dem Individuum Informationen über die Bestandteile und Charakteristika seiner sozialen Identität liefern. Dabei hat jedes Individuum, egal welcher Gruppe oder Hierarchieebene, ein Bedürfnis, eine positive soziale Identität und Selbstbewertung vorzuweisen (Tajfel 1978, S. 83). Positiv ist diese dann, wenn die sozialen Vergleiche zwischen der Eigengruppe und den relevanten Vergleichsgruppen für die eigene Gruppe positiv ausfallen. Viertens zielen Mitglieder einer Gruppe darauf ab, sich durch Fremdgruppenabwertungen von anderen Kollektiven zu unterscheiden und eine Überlegenheit auf einigen bestehenden und situativ relevanten Vergleichsdimensionen zu erreichen (Mummendey 1985, S. 195)[1]. Zusammengefasst verknüpft die Theorie der sozialen Identität die vier genannten Komponenten zu einem gemeinsamen Modell.

Nationale Identitäten stellen eine spezielle Form sozialer Identitäten dar, wobei das die Identität konstituierende Kollektiv in diesem Fall der Nationalstaat darstellt. Die Intensitäten und die verschiedenen Erscheinungsformen des Nationalgefühls, im Zusammenspiel mit nationalen politischen Traditionen, stellen bedeutsame Faktoren zur Erklärung politischer Unterstützung der EU dar (Kaltenthaler und Anderson 2001, S. 148). Bei derartigen Identitäten handelt es sich um über die Zeit hinweg relativ stabile kulturelle Normen, die in der Regel im Verlaufe der Sozialisation eines Menschen entstehen und affektive Orientierungen von Individuen zu ihrer Nation und ihrem nationalen politischen System enthalten.

Für derartige Identitätsformen konnte in bisherigen Untersuchungen allerdings kein eindeutiges Verhältnis zu europäischer Unterstützung festgestellt werden, da hierfür die Erscheinungsform nationaler Identitäten maßgeblich ist. Unter Berücksichtigung der Annahmen der Theorie der sozialen Identität wäre einerseits grundsätzlich zu vermuten, dass ein starkes Bindungsgefühl an die nationale Eigengruppe eine Diskriminierung von Fremdgruppen begünstigt. Nationale Identitäten sind stark bezogen auf die Befürwortung von Nationalstaaten sowie ihrer Souveränität

[1] Sind Personen unzufrieden mit ihrer gegenwärtigen Identität oder haben soziale Vergleichsprozesse einen negativen Ausgang für die Eigengruppe, so existieren verschiedenen Strategien, dies zu verändern (Martiny et al. 2011, S. 697).

und Selbstbestimmung. Gilt diese Annahme, so sollten nationale Zugehörigkeiten bereits von sich aus die Unterstützung der EU reduzieren, da sie eine Ablehnung der Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf EU-Ebene ausdrücken (Carey 2002, S. 397).

Eine zweite Perspektive zur Beschreibung des Verhältnisses nationaler Identität und Zustimmung zur EU besagt jedoch, dass starke nationale Zugehörigkeitsgefühle nicht unbedingt die Unterstützung der EU schmälern müssen. So können nationale mit europäischen Identitäten durchaus einhergehen, indem nicht Nationen innerhalb der EU, sondern Bevölkerungsgruppen außerhalb der EU als relevante Vergleichsgruppen zur Herstellung einer positiven Distinktheit angesehen werden. Darüber hinaus sind europäische Elemente in verschiedenen nationalen Identitäten heutzutage bereits ein fester Bestandteil. Angesichts der Vielzahl an Bedeutungsmöglichkeiten erscheint es daher geboten, lediglich für spezifische Erscheinungsformen nationaler Identitäten und nicht für eine allgemeine Wirkung solcher Identitäten Hypothesen zu formulieren.

Nationale Identitäten als Grundausstattung jedes Individuums können verschiedene Ausdrucksformen annehmen, die es einzeln zu berücksichtigen gilt. Erstens können nationale Identitäten eine patriotische Grundhaltung ausdrücken. Personen mit derartigen Haltungen verbinden die Nation mit demokratischen und humanistischen Werten, wie Verantwortlichkeit und Stolz, die deutlich über der Frage nach der ethnischen Herkunft stehen. Patrioten stehen ihrer Nation positiv gegenüber, betrachten die gemeinsame Geschichte und die Solidarität gegenüber ihren Gruppenmitgliedern auf eine reflektierende und kritische Art und Weise, weshalb sie in der Regel nicht zur Idealisierung ihrer Nation neigen (Blank et al. 1999). Ein positives Nationalgefühl in dieser Form ist somit nicht notwendigerweise verbunden mit einer Abwertung von Fremdgruppen, die anderen Nationen entstammen.

Verstehen Individuen ihre Zugehörigkeitsgefühle hingegen nationalistisch, so impliziert dies nationale Überlegenheit gegenüber anderen Nationen (Kosterman und Feshbach 1989, S. 271)[2]. Nationalisten idealisieren ihre Nation sowie die Geschichte ihrer Entstehung und stehen ihren politischen Autoritäten unkritisch gegenüber. Nationalistische und patriotische Identifikationen beeinflussen die Art und Weise sozialer Vergleichsprozesse. Nationalismus impliziert einen Vergleich mit einer relevanten Outgroup, in der Regel anderen Nationen, mit dem Ziel, die nationale Ingroup aufzuwerten und die Fremdgruppe abzuwerten. Im Gegensatz dazu verhalten sich Menschen mit einer patriotischen Haltung vorwiegend selbstbezogen, ohne dass dabei notwendigerweise soziale Vergleiche stattfinden.

Vom individuellen Inhalt nationaler Identitäten hängt folglich ab, was ein geeintes Europa für die Menschen subjektiv bedeutet. Für patriotische Nationalisten stellt der europäische Einigungsprozess keinen Anlass für Bedrohungen dar. Bürger mit patriotischen Haltungen verfügen zudem über eine erhöhte Toleranz gegenüber Fremdgruppen und ein positives nationales Selbstwertgefühl, das die Motivation fördert, über die Grenzen hinaus zu blicken und sich mit der EU zu identifizieren. Europä-

[2] Die Unterscheidung in *staatsbürgerlichen* auf der einen und *ethnischen* oder *kulturellen* Nationalismus auf der anderen Seite stellt eine weitere und inhaltlich vergleichbare Konzeptualisierung nationaler Identitäten dar (Bruter 2004, S. 189), weshalb diese Terminologie nachfolgend synonym verwendet wird.

ische Integration begünstigt multikulturalistische Haltungen und weicht bestehende Grenzziehungen in Eigen- und Fremdgruppen auf. Daher ist davon auszugehen, dass staatsbürgerliche Auffassungen nationaler Identitäten eine politische Zustimmung der EU wahrscheinlicher machen (*Hypothese 1*).

Im Sinne der Theorie der sozialen Identität kann ethnischer Nationalismus als Haltung begriffen werden, die unter allen Umständen zu einer Abgrenzung von Fremdgruppen führt. Eine fortschreitende europäische Integration impliziert eine Souveränitätsübertragung von der nationalen auf die Ebene der EU. Für ethnische Nationalisten ist dies gleichbedeutend mit einem Kontrollverlust und der Bedrohung ihrer nationalen und politischen Kulturen. Individuen, die sich vermehrt um eine Degradierung ihrer nationalen Kultur sorgen, sind vermutlich gegen alle Maßnahmen oder Institutionen, die die eigene Kultur bedrohen. Aus diesen Gründen werden Menschen mit einem ethnischen Verständnis nationaler Identität dem europäischen Projekt die allgemeine Zustimmung verweigern (*Hypothese 2*).

Um zu verstehen, wie die Wirtschafts- und Schuldenkrise im Zeitverlauf die Erklärungsmuster der politischen Unterstützung der EU möglicherweise beeinflusst hat, ist es erforderlich zu untersuchen, über welche Kanäle die veränderten ökonomischen Bedingungen einen Zugriff auf die Einstellungen der Bürger zur EU erlangt haben könnten. Zunächst stellt sich die Frage, wie nationale Identitäten als Bestimmungsgrößen auf die Veränderungen der äußeren Umstände reagiert haben könnten. Wie Zallers RAS-Modell beschreibt, auf das im Folgenden noch näher eingegangen wird, hängen ausgedrückte Haltungen von Individuen von den salient gemachten Erwägungen und der Situation, in der nach Einstellungen gefragt wird, ab (Zaller 1992, S. 93). Der Einfluss von Identitäten richtet sich somit danach, wie und in welchem Maße sie im öffentlichen Diskurs für die Bürger salient gemacht und welche Komponenten bspw. durch Elitensignale aktiviert werden. Die Wirtschafskrise hat dahingehend vermutlich zu einer Änderung der Situation geführt, indem sich als Folge der Politisierungsprozesse die Salienz nationalistischer Komponenten von Identitäten und der Kategorisierung in Nationen erhöht hat. Die Kontextveränderungen ermöglichten es damit bspw. rechtspopulistischen Parteien, die Streitfrage über Europa neu aufzunehmen, in die öffentliche Diskussion zu heben und damit nationale Identitäten zu aktivieren. Die Diskussionen um finanzielle Nothilfepakete sorgten verschiedentlich für politische Spannungen zwischen einzelnen EU-Staaten. In der Folge wurden öffentliche Diskussionen teilweise verstärkt in Anspielung auf nationale Ressentiments geführt und Trennlinien zwischen den wohlhabenderen und den wirtschaftlich angeschlagenen Staaten betont (Spiegel online 2012). Dies führte vermutlich dazu, dass ethnisch-nationalistische Bestandteile nationaler Identitäten im Verlauf der Wirtschaftskrise an Einflussstärke gewinnen und ihr Potenzial zur Diskriminierung von Fremdgruppen aktiviert wird. Andererseits sendeten bspw. in Deutschland Parteieliten einer breiten geschlossenen Mehrheit an proeuropäischen Parteien im Verlauf der Krise Appelle eines solidarischen innereuropäischen Zusammenhalts an die Bevölkerung, sodass Bürger vor allem auch proeuropäischen Signalen ausgesetzt waren. Analog könnte dies dazu geführt haben, dass staatsbürgerliche Aspekte nationaler Identitäten angeregt wurden und starke nationale Identitäten positive Einstellungen zur EU hervorriefen. Da dieser Beitrag grundsätzlich europafreundliche Mitgliedstaaten einschließt, wird der positive Effekt in dieser Stichprobe vermut-

lich den negativen Effekt überlagern und es kommt im Verlauf der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise dazu, dass sich ein positiver Einfluss nationaler Identität auf politische Unterstützung der EU einstellt (*Hypothese 3*).

Verfügt ein Individuum über eine europäische Identität, so kann dies als Ausdruck positiver Erwartungen an fortschreitende Integration gewertet werden. Da der Integrationsprozess weder ein selbstverständlicher Prozess in der Geschichte Europas ist, noch die EU auf einem bereits existierenden gesellschaftlichen Substrat aufbaut, sondern Resultat einer politischen Strategie ist (von Bogdandy 2003, S. 21), weist die europäische Identität einen konstruierten Charakter auf, bei dem die Identitätsbildungsprozesse bewusst in Gang gesetzt wurden. Nach der jahrzehntelangen ökonomischen Zusammenarbeit wandelte sich der Charakter der Integration mit der Zeit und die Fürsprecher der EU strebten seit Beginn der 1990er Jahre an, auch die soziale Integration der Europäer voranzutreiben. Die Institutionen der EU haben in ihrer aktiven Rolle im Verlauf des Integrationsprozesses durch stetigen Bezug auf eine gemeinsame europäische Bürgerschaft, unter Hervorhebung einer übergeordneten Ingroup, immer wieder erfolgreich Einfluss auf die Identitätskonstruktion genommen (Herrmann und Brewer 2004, S. 2).

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie das Verhältnis einer europäischen Identität zu anderen Identitäten, vor allem nationalen, beschaffen ist. In Turners Konzeption der Selbstkategorisierung können nationale und europäische Identitäten problemlos koexistieren, wenn sie auf sich gegenseitig ausschließenden Abstraktions- und Kategorisierungsebenen zu Stande kommen und auch entsprechend wahrgenommen werden (Cinnirella 1997, S. 21). In wissenschaftlichen Arbeiten zu diesem Thema besteht nahezu Konsens, dass Menschen in der Regel über multiple Identitäten verfügen (Westle 2003, S. 146). Menschen mit europäischer Identität werden somit vermutlich weniger Vorbehalte gegen eine Übertragung von Kompetenzen und Souveränität von der nationalen auf die supranationale Ebene der EU haben. Vergangene Studien zeigten, dass die entscheidende Trennlinie für Einstellungen zur europäischen Integration zwischen Personen mit ausschließlich nationalen Identitäten auf der einen und Menschen mit nationalen sowie europäischen Identitäten verläuft (Citrin und Sides 2004, S. 175). Demnach ist es für die politische Unterstützung zentral, dass Individuen sich überhaupt ein Stück weit mit Europa identifizieren. Eine Identifikation, die Europa vollends über den Nationalstaat stellt und nationale durch europäische Identitäten ersetzt, ist hingegen nicht erforderlich. Es wird daher vermutet, dass Menschen mit einem europäischen Zugehörigkeitsgefühl die EU politisch deutlich stärker befürworten, als Menschen ohne europäische Identität (*Hypothese 4*).

Europäische Identitäten stellen langfristige Faktoren dar, weshalb sich auf den ersten Blick durch die „Euro-Krise“ nichts am Einfluss von sozialen Identitäten ändern sollte. Dennoch sind sie nicht völlig statisch. Ihre Entwicklungen sind über einen längerfristigen Zeitraum durchaus beeinflussbar (Bruter 2009, S. 2). Es stellte im Zuge der Euro-Einführung und des Aufbaus einer Wirtschaftsunion ein zentrales Argument dar, dass diese Schritte den Prozess europäischer Identitätsbildung maßgeblich vorantrieben und das Gefühl europäischer Einheit vermittelten. Die Befürworter europäischer Integration hofften, dass durch die Erleichterung der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen den Mitgliedsländern der Zusammenhalt der Mitgliedslän-

der gefördert würde (Kirsch 2010, S. 3). Dieses Argumentationsmuster könnte der EU nun in Krisenzeiten zum Verhängnis werden, indem es längerfristig gesehen zum Aufweichen europäischer Identitäten führt. Darüber hinaus hat die „Euro-Krise" dazu geführt, dass sich die Staaten in einem Wettbewerb um möglichst geringe negative Folgen der Krise gegenüberstehen, was das Aufkommen nationaler Egoismen und das bereits angesprochene Denken in nationalen Sphären fördert. Dies lässt ethnisch-nationalistische Komponenten nationaler Identitäten stärker salient werden und Menschen vermehrt die eigene Nation und nicht mehr die EU als Ingroup sehen. Da die Krise zudem die positive Bewertung der Eigengruppe „EU" auf eine harte Probe stellt, werden sich vermutlich viele Bürger auf Basis des Strebens nach einer positiven Selbstgruppenbewertung der Strategie der sozialen Mobilität bedienen, sodass die nationale Identität zum dominanten Zugehörigkeitsgefühl wird und in stärkerem Maße die Wahrnehmung der EU beeinflusst. Damit sollte sich insgesamt betrachtet der positive Effekt europäischer Identitäten auf die politische Unterstützung im Verlauf der „Euro-Krise" reduzieren (*Hypothese 5*).

2.2 Kontrollvariablen

Um die Effekte der hauptsächlich interessierenden Faktoren auf ihre Robustheit zu prüfen, wurde für mögliche Einflüsse anderer Erklärungsansätze kontrolliert. Das erste Konzept, der utilitaristische Erklärungsansatz, ist angelehnt an die ökonomische Theorie der Entscheidungsfindung, auch bekannt als Rational-Choice-Ansatz (Downs 1968). Übertragen auf den konkreten Forschungsgegenstand postuliert der Ansatz einen Zusammenhang zwischen rationalen Kosten-Nutzen-Kalkulationen, die durch ökonomisches Eigeninteresse motiviert sind, und der Zustimmung oder Ablehnung europäischer Integration. Innerhalb dieses Ansatzes sind zwei übergeordnete Perspektiven zur Bestimmung der politischen Unterstützung zu unterscheiden (Gabel und Palmer 1995, S. 12).

Im Zuge der ersten Perspektive verwenden Individuen verschiedene Anhaltspunkte, um zu Einschätzungen über die Arbeit der politischen Akteure zu gelangen (Hooghe und Marks 2005, S. 422). Personen bewerten subjektiv ihre eigenen wirtschaftlichen Umstände und die soziotropische nationale ökonomische Lage. Verschiedentlich wurden zudem, einer objektiven Sichtweise folgend, statistische Zusammenhänge zwischen objektiven ökonomischen Indikatoren und der Unterstützung der europäischen Integration festgestellt (Eichenberg und Dalton 1993). Das „policy appraisal model" betont hingegen den Zusammenhang zwischen persönlichen ökonomischen Interessen und der Unterstützung europäischer Integration. Politische Zustimmung variiert in Abhängigkeit vom erwarteten Nutzen der Marktliberalisierung, wobei sozioökonomische Faktoren als Proxies darüber Auskunft geben, wer je nach Wettbewerbsfähigkeit als Gewinner des Integrationsprozesses hervorgeht (Gabel 1998, S. 336).

Um nicht zuletzt das Verhältnis von Identitäten und Einstellungen zu europäischer Integration besser verstehen zu können, erscheint es sinnvoll, den Blick auch auf die kognitive Architektur der Bürger zu richten. Zur individuellen Informationsverarbeitung besitzen Individuen ein Arbeitsgedächtnis, in dem die politische Meinungsbildung erfolgt, sowie ein Langzeitgedächtnis (Lodge und Taber 2005, S. 457). Die

Aufmerksamkeit des Arbeitsgedächtnisses ist äußerst begrenzt, sodass zur Schonung dieser Ressourcen auch andere Mittel zur Entscheidungsfindung, wie z. B. Urteilsheuristiken, zum Einsatz kommen. Dabei spielen für die Zugänglichkeit vorhandener Einstellungen und Informationen vor allem eine wiederholte Aktivierung und die Salienz der Einstellung eine Rolle (Steenbergen und Lodge 2003, S. 143).

Eine Möglichkeit der Urteilsfindung beschreibt das Receive-Accept-Sample-Model (RAS-Modell) von Zaller (1992). Sein Konzept basiert auf der Annahme, dass Bürger nicht über fixe Einstellungen zu den meisten politischen Sachfragen verfügen und das Antwortverhalten aufgrund dessen sehr volatil ausfällt. Zaller geht in seinem Konzept von stets ein und demselben kognitiven Mechanismus zur Urteilsbildung aus. Menschen empfangen Informationen, sie akzeptieren diese oder nicht, und sobald ihre Meinung zu einem Thema abgefragt wird, kommt es auf Grundlage einer Stichprobe aus den in diesem Moment zugänglichen Gedächtnisinhalten spontan zu einem Urteil.

Auf den Annahmen des RAS-Modells basieren weitere Beispiele für Urteilsheuristiken, wie z. B. nationale Proxies (Anderson 1998). Hierbei werden von Individuen Wahrnehmungen zur Performanz des in der Regel vertrauten nationalen politischen Systems herangezogen, um auf Bewertungen der EU zu schließen, für die oftmals keine eigene Informationsgrundlage zur Bewertung vorliegt. Um diese nicht erfüllte Bedingung zu kompensieren und unter niedrigen Informationskosten zu einer Bewertung der Politik auf EU-Ebene zu gelangen, bedienen sich Bürger stattdessen Erfahrungen nationaler Institutionen (Kritzinger 2003). Daher wird erwartet, dass die politische Unterstützung der EU von der Zufriedenheit mit nationalstaatlicher Politik beeinflusst wird.

Wie sich ebenso im RAS-Modell von Zaller andeutet, wird auch Eliten eine zentrale Rolle bei der politischen Meinungsbildung zugeschrieben. Sie sind durch das Aussenden von Signalen in der Lage, Bürgern in der komplexen politischen Welt eine Orientierung zu bieten sowie grundlegende Prädispositionen zu aktivieren und diese politisch bedeutsam zu machen (Zaller 1992, S. 96–117). Eliten- und Parteisignale können für Parteianhänger als Heuristik fungieren, indem diese ohne eigene Einstellungen oder eine ausgeprägte Informationssuche die Auffassung der ihr nahestehenden Partei übernehmen. Personen absorbieren Informationen selektiv entsprechend ihrer Prädispositionen, wie z. B. ihrer ideologischen Selbstausrichtung (Steenbergen et al. 2007, S. 15). Gerade im Fall der Wirtschaftskrise ist davon auszugehen, dass Eliten starke Anreize haben, die öffentliche Diskussion zu prägen. Aufgrund dessen wird für die politische Unterstützung der Befragten und der Position der ihnen nahestehenden politischen Eliten mit einem positiven Zusammenhang gerechnet.

In der vorliegenden Arbeit werden nicht nur relevante Einflüsse von Einschätzungen der ökonomischen, sondern auch Wirkungen der wahrgenommenen politischen Performanz europäischer Institutionen auf ihre politische Unterstützung vermutet. Wahrgenommene Bedenken über die Responsivität des demokratischen Politikprozesses der EU sind in der Lage, die diffuse politische Unterstützung zu reduzieren (Easton 1975, S. 456).

Auch die politische Involvierung hat sich in vergangenen Studien als einflussreicher Indikator erwiesen (Kritzinger 2003, S. 230). Grundsätzlich kann dabei für politisch höher involvierte Personen vermutet werden, dass sie die EU in stärkerem

Maße unterstützen, da für sie die EU in der Regel erfahrbarer und die Berührungsängste geringer sind, was die Zustimmung steigen lassen sollte (Clark und Hellwig 2012, S. 18).

Schließlich werden die Analyseergebnisse für eine Reihe soziodemografischer Merkmale kontrolliert, für die theoretisch ebenfalls Einflüsse auf die politische Unterstützung zu erwarten sind. Jüngere Menschen haben ihre Sozialisationsphase in einem vereinten Europa unter Einfluss sämtlicher europäischer Symbole erlebt, was eine offenere Haltung gegenüber der EU und anderen Nationen fördern sollte. Ältere hingegen wurden in einem Umfeld sozialisiert, das die Macht und Souveränität von Nationalstaaten betont (McLaren 2002, S. 555). Für die formale Bildung wird ein positiver Einfluss auf die politische Unterstützung vermutet, da europäische Integration zu Handelsliberalisierung führt und Faktormobilität begünstigt. Daher profitieren Menschen mit hohem Humankapital tendenziell vom gemeinsamen Binnenmarkt (Hooghe und Marks 2005, S. 421). Unterschiedliche Niveaus an politischer Unterstützung der EU von männlichen und weiblichen Befragten werden nicht vermutet, da die erwarteten Wirkungsrichtungen in unterschiedliche Richtungen verlaufen.

3 Daten, Operationalisierung und Methode

Die Untersuchung der aufgestellten Hypothesen im Analyseteil erfolgt anhand jährlich erhobener Eurobarometer-Daten aus 2006 und 2009 (EB 65.2 und 71.3). Der Beginn des Untersuchungszeitraums wurde so gewählt, dass er noch völlig frei von Einflüssen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist. Die Analyse ist auf zwölf Mitgliedstaaten begrenzt[3]. Dabei wird erwartet, dass sich die Länder hinsichtlich der Wirkung fortschreitender Europäisierungsprozesse und der Wirkungsweise der untersuchten Determinantenmuster politischer Unterstützung sowie hinsichtlich möglicher Reaktionen auf die Kontextveränderungen ähneln. Da die Originaldatensätze für die untersuchte Ländergruppe keine Gewichtungsvariablen bereithalten, wurden zur Anpassung der Anteile der jeweiligen Länderteilstichproben an die realen Bevölkerungsverhältnisse auf Basis der Einwohnerzahlen für jeden Erhebungszeitpunkt eigene Gewichtungsfaktoren berechnet, die sowohl bei den deskriptiven als auch bei den multivariaten Analysen Verwendung finden.

Für die empirische Untersuchung der Forschungsfrage wird die diffuse politische Unterstützung der EU durch einen Indikator operationalisiert, der die Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes durch die Befragten erfasst[4]. Während wenige Autoren in diesem Indikator eine Tendenz zu spezifischen und instrumentellen Evaluationen über die Kosten und Nutzen der Mitgliedschaft in der EU erkennen (Inglehart et al. 1987, S. 140), scheint sich die Mehrzahl der Autoren darin einig zu

[3] Es handelt sich um die elf Staaten, in denen im Jahre 1999 zuerst der Euro eingeführt wurde (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) sowie Griechenland, das 2001 die gemeinsame Währung einführte.

[4] Fragetext: „Ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach – Eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?“

sein, dass er diffuse Orientierungen ohne genaue Vorstellungen davon erfasst, ob die Mitgliedschaft ökonomisch Sinn macht oder nicht (Boomgaarden et al. 2011, S. 245).

Um die Stärke nationaler Identitäten bei den Befragten zu messen, wurden diese 2006 gebeten, auf einer vierstufigen Skala ihr Verbundenheitsgefühl zu ihrem Land anzugeben[5]. Die Stärke der europäischen Identität wird für diesen Zeitraum ebenfalls vierstufig und mit einer analogen Formulierung erhoben[6]. Aufgrund der inhaltlichen Beschaffenheit der Indikatoren für Identitäten, die eine Interpretation der Abstände zwischen den Kategorien alles andere als sinnvoll erscheinen lassen, wurde eine Operationalisierung durch jeweils eine Dummy-Variable für nationale und europäische Identität gewählt. Menschen, die sich sehr stark oder teilweise mit der EU verbunden fühlen, bekommen zu allen Erhebungszeitpunkten eine eins zugeordnet. Befragte, die sich nicht wirklich oder überhaupt nicht europäisch sehen, stellen die Referenzgruppe dar. Bei nationalen Identitäten bekommen diejenigen eine eins zugewiesen, die sich „voll und ganz" (2006) oder „sehr verbunden" (2009) mit ihrer Nation fühlen. Die restlichen drei Kategorien bilden die Referenzkategorie.

Des Weiteren erlauben die Daten für den Zeitverlauf keine angemessene Messung von staatsbürgerlichem und ethnischem Nationalismus, weshalb hier, um diese Gesichtspunkte nicht völlig aus der Analyse ausschließen zu müssen, auf Hilfskonstruktionen zurückgegriffen wird. Um messbar zu machen, welche der Komponenten nationaler Identitäten die Befragten aufweisen, werden drei Items mit in das Modell aufgenommen, die die persönliche Bedeutung der EU für den Befragten enthalten. Es wird dabei angenommen, dass Menschen, die Demokratie oder kulturelle Diversität als persönliche Bedeutung nannten, ihre Identität tendenziell als staatsbürgerlich begreifen, wohingegen solche, die mit der EU einen möglichen Verlust ihrer kulturellen Identität assoziieren, zu ethnischem Nationalismus neigen.

Zur Operationalisierung ökonomischer Abwägungen fließen verschiedene Variablen in die Untersuchung mit ein. Die persönliche Wirtschaftslage wird durch einen Indikator abgebildet, bei dem die Befragten ihre persönliche finanzielle Situation auf einer vierstufigen Antwortskala einschätzen sollen. Dementsprechend sollte auch die nationale wirtschaftliche Lage eingestuft werden[7]. Um zu überprüfen, ob auch die

[5] Fragetext nationale/europäische Identität (2006): „Man kann sich ja unterschiedlich stark verbunden fühlen mit seinem Dorf oder seiner Stadt, seiner Region, seinem Land oder mit Europa. Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit DEUTSCHLAND/EUROPA? – Sehr verbunden, ziemlich verbunden, nicht sehr verbunden, überhaupt nicht verbunden"; (2009): „Denken Sie nun bitte über die Idee der geografischen Identität nach. Dazu gibt es ja verschiedene Ansichten. Leute können sich in unterschiedlichem Ausmaß als Europäer, Deutsche oder Einwohner einer bestimmten Region betrachten. Manche sagen auch, dass die Menschen sich durch die Globalisierung als ‚Weltbürger' immer näher kommen. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Ausmaß fühlen Sie sich als DEUTSCHER/EUROPÄER – Voll und ganz, in gewissem Maße, nicht wirklich, überhaupt nicht".

[6] Die Modifizierung der Frageformulierung für 2009 erscheint problematisch, da das geografische Zugehörigkeitsgefühl wohl eher eine nachgeordnete Komponente von Identitäten darstellt. Somit werden von den beiden Items vermutlich verschiedene Komponenten nationaler Identitäten abgefragt. Darüber hinaus dürfte diese Frageformulierung die Angabe starker Identitäten begünstigen, da eine geografische Zugehörigkeit unter den Befragten weitaus öfter vorkommen dürfte, als ein kulturelles oder ethnisches Zugehörigkeitsgefühl.

[7] Diese beiden Indikatoren wurden zu zwei Dummy-Variablen rekodiert, in denen jeweils Personen, die eine sehr gute oder ziemlich gute persönliche oder nationale Lage wahrnehmen, eine Eins zugewiesen bekamen.

objektive soziotropische Lage einen Einfluss auf die politische Unterstützung der EU hat, werden neben den genannten Variablen auf der Individualebene auch zwei Kontextmerkmale in die Analyse mit einbezogen. Beim ersten Kontextfaktor handelt es sich um das Wirtschaftswachstum (in % des BIP). Ein unmittelbarer finanzieller Nutzen durch die EU-Mitgliedschaft entsteht zudem in den Ländern, die als Nettoempfängerländer finanzielle Unterstützung von der EU bekommen. Daher gehen die Beträge des Fiskaltransfers gemessen am operativen Haushaltssaldo (in Mrd. Euro) mit in die Modelle ein.

Die politische Involvierung der Befragten wurde über ihr tatsächliches spezifisches Faktenwissen zu Europa operationalisiert. Für 2006 steht ein vierstufiger Wissensindex aus drei Fragen zur Verfügung, aus dem aus Gründen der Einheitlichkeit mit der verfügbaren Variable für 2009 zwei Gruppen gebildet wurden[8].

Die Operationalisierung von Parteisignalen kann lediglich auf indirektem Wege erfolgen. Die Bestimmung der Positionen der jeweiligen Parteien zur europäischen Integration wurde unter Rückgriff auf die Rohdaten der Chapel Hill Expertenbefragung (CHES) von 2006 und 2010 vorgenommen[9]. Dabei wird angenommen, dass Personen aufgrund ihrer ideologischen Selbsteinstufung bestimmten Parteien näher stehen, daher gleichzeitig auch stärker ihren Signalen ausgesetzt sind und diese auch zur politischen Orientierung verwenden (Steenbergen et al. 2007, S. 22).

Zur Operationalisierung nationaler Proxies hätte die Wahlmöglichkeit in Indikatoren für Demokratiezufriedenheit oder Regierungsunterstützung bestanden. Da derartige Indikatoren nicht zur Verfügung stehen, wurde zur Messung der diffusen Unterstützung nationaler Institutionen stattdessen ein dreistufiger Index gebildet, der sich aus Einschätzungen zum Vertrauen in die nationale Regierung und das nationale Parlament zusammensetzt. In die Modelle wurde eine Dummy-Variable für mittleres und ein Dummy für hohes Vertrauen in nationale Institutionen aufgenommen, die Referenzkategorie bildet die Gruppe mit sehr niedriger politischer Unterstützung.

Das Alter der Befragten wurde in Jahren erfasst. Zudem erfolgte für das Alter, genau wie für alle anderen metrischen Variablen in den Modellen, eine Zentrierung um den jeweiligen Stichprobenmittelwert. Der Indikator Geschlecht wurde so rekodiert, dass Männern eine Eins und Frauen eine Null zugewiesen wurde. Die Bildung wird ebenfalls als Kontrollvariable mit in die Modelle einbezogen[10].

---

[8] Für 2009 wird auf eine Dummy-Variable zurückgegriffen, die enthält, ob der Befragte tendenziell an Politik interessiert ist oder nicht.

[9] Diese Datensätze enthalten u. a. die von Experten eingeschätzten Parteipositionen auf der Links-Rechts-Dimension (Skala: 0–10) und die entsprechenden Bewertungen der europäischen Integration (Skala: 1–7). Für die Befragten aus Luxemburg enthalten die CHES-Daten keine Informationen, weshalb für diese Befragten auf die Comparative Manifestos Projekt-Daten (CMP) zurückgegriffen wurde, um vergleichbare Werte bereitzustellen. Die festgestellten Positionen wurden anschließend als Parteisignal auf einer siebenstufigen Skala den Befragten entsprechend ihrer Links-Rechts-Selbsteinstufung zugewiesen, sodass die Anhänger europafreundlicher Parteien hohe Werte und jene europaskeptischer Parteien niedrige Werte aufweisen.

[10] Die Befragten der Gruppe mit niedriger formaler Bildung, die im späteren Modell die Referenzkategorie darstellen, beendeten ihre Ausbildung bis zum 17. Lebensjahr oder lassen einen Bildungsabschluss grundsätzlich vermissen. Die Gruppe mit mittlerer Bildung beinhaltet Bürger, die ihre schulische Ausbildung mit 18 bis 20 Jahren abschlossen. Jene mit hoher Bildung sind Studierende sowie Individuen, welche das Bildungssystem mit 21 oder mehr Jahren verlassen.

Das politische Responsivitätsgefühl der Befragten, ebenfalls Teil der wahrgenommenen politischen Performanz der EU, wurde über die Einschätzungen darüber ermittelt, ob nationale Länderinteressen innerhalb der EU berücksichtigt werden und ob die persönliche Stimme in der EU zählt. Daraus resultierte die Bildung eines dreistufigen Zählindizes, wobei die niedrigste Kategorie politischer Responsivität als Referenzkategorie für die beiden einbezogenen Dummyvariablen dient, bei denen Befragte mit mittlerem bzw. hohem Responsivitätsgefühl eine Eins zugeteilt bekamen.

Die verwendeten Daten, die um zwei aggregierte Kontextmerkmale ergänzt wurden, liegen in einer Mehrebenenstruktur vor. Zudem wird angesichts des Erhebungsdesigns der Daten ersichtlich, dass die Annahme der Unabhängigkeit der einzelnen Beobachtungen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gerechtfertigt ist. Es wird stattdessen davon ausgegangen, dass sich Befragte innerhalb der einzelnen Nationen ähnlicher sind, als Befragte unterschiedlicher Länder. Da zudem die abhängige Variable ordinales Skalenniveau aufweist, werden für die Untersuchungszeiträume ordinale logistische Mehrebenenmodelle gerechnet[11]. Zur Untersuchung der Veränderungshypothesen wurden die beiden Datensätze vereint und zusätzlich Interaktionsterme der unabhängigen Variablen mit dem Zeitpunkt aufgenommen. Zur Berechnung wurde das in *Stata* implementierte Programm *gllamm* verwendet, das die Möglichkeit einer Gewichtung einzelner Fälle vorsieht. Fehlende Werte wurden stets aus der Analyse ausgeschlossen.

4 Empirische Befunde

In der folgenden Analyse soll der Frage nachgegangen werden, welche Reaktionen die Determinantenmuster der politischen Unterstützung auf die Veränderungen der Kontextbedingungen im Verlauf der Wirtschaftskrise gezeigt haben, wobei die Einflüsse territorialer Identitäten im Analysefokus liegen.

In Tab. 1 sind die Häufigkeitsverteilungen der abhängigen und unabhängigen Variablen dokumentiert. Aus der Betrachtung der Bewertung der EU-Mitgliedschaft im Zeitverlauf geht hervor, dass sich der Anteil der Bürger, die die EU-Mitgliedschaft als „gute Sache" bezeichnen würden, im betrachteten Zeitraum praktisch nicht verändert. Auch die Anteile der Befragten, die die Mitgliedschaft als „schlechte Sache" ansehen, erfahren keinerlei Veränderung. Auf der Aggregatebene sind damit im Verlauf der Wirtschaftskrise keine Einbußen an politischer Unterstützung der EU erkennbar, was darauf hindeutet, dass die massiven ökonomischen Veränderungen kurzfristig nicht in einem Rückgang der diffusen politischen Unterstützung der EU münden. Die Anteile der Mittelkategorie bleiben im Zeitverlauf ebenso stabil.

Bei Betrachtung der zentralen erklärenden Variablen werden Veränderungen in den Häufigkeitsverteilungen vor allem für nationale und europäische Identitäten offenkundig. Die Ursache hierfür kann letztlich nicht exakt spezifiziert werden, da

[11] Da angenommen wird, dass das Niveau politischer Unterstützung der EU in den Ländern in der Stichprobe variiert, wurden Random-Intercept-Modelle berechnet. Für genauere Informationen zur Spezifikation der Berechnungen besteht die Möglichkeit, auf Nachfrage beim Autor die Syntax einzusehen.

Tab. 1 Bewertung der EU-Mitgliedschaft und Überblick über Variablen zur Messung von nationaler und europäischer Identität. (Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EB 65.2 und 71.3)

	2006	2009
Bewertung EU-Mitgliedschaft		
Gute Sache	56,5	56,6
Weder gut noch schlecht	26,7	26,4
Schlechte Sache	13,1	13,6
Weiß nicht	3,8	3,4
Nationale Identität		
Keine	2,0	1,6
Schwach	7,9	3,2
Stark	40,3	18,4
Sehr stark	49,3	76,4
Weiß nicht	0,5	0,5
Europäische Identität		
Keine	11,3	6,2
Schwach	29,5	16,1
Stark	41,4	43,3
Sehr stark	15,4	33,6
Weiß nicht	2,3	0,9
EU-Bedeutung: Demokratie		
Genannt	24,7	22,9
Nicht genannt	75,3	77,1
EU-Bedeutung: kulturelle Diversität		
Genannt	29,2	21,0
Nicht genannt	70,8	79,0
EU-Bedeutung: Verlust kulturelle Identität		
Genannt	88,5	90,3
Nicht genannt	11,5	9,7
N	12.111	12.153

Ergebnisse gewichtet. Angaben in Prozent

die erheblichen Schwankungen möglicherweise auf den Wechsel der Indikatoren zurückzuführen sind.

In den Nullmodellen der späteren Ordered-Logit-Mehrebenenmodelle[12] wird anhand der Intraklassenkorrelation deutlich, dass sich je nach Erhebungszeitpunkt rund 3,7 % (2006) bis 5,6 % (2009) der Variabilität der abhängigen Variable zwischen den Befragten auf Effekte der Länderebene zurückführen lassen. Daher kann von einer moderaten Kontextabhängigkeit der diffusen politischen Unterstützung der EU ausgegangen werden. Zudem findet durch die Hinzunahme der erklärenden Variablen im Vergleich zu den Nullmodellen eine deutliche Reduzierung der Devianz statt. Im Folgenden werden die empirischen Befunde der Mehrebenenmodelle präsentiert. Da die Logitkoeffizienten nur wenig aussagekräftig sind, wurden auf dieser Basis

[12] Auf eine tabellarische Dokumentation der Ergebnisse der Nullmodelle wurde aus Platzgründen verzichtet.

Tab. 2 Effekte verschiedener Determinanten auf die politische Unterstützung der EU. (Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EB 65.2 und 71.3)

	2006	2009
Individualebene:		
Nationale Identität	−0,6	8,5*
Europäische Identität	19,7***	18,9***
EU-Bedeutung: Demokratie	14,2***	12,9***
EU-Bedeutung: kulturelle Diversität	11,4***	9,2***
EU-Bedeutung: Verlust kulturelle Identität	−16,9***	−20,6***
persönliche Wirtschaftslage	8,2***	9,8***
nationale Wirtschaftslage	2,5	1,0
Parteisignal	−0,7	9,4***
Vertrauen in nationale Institutionen (mittel)	7,6***	6,0***
Vertrauen in nationale Institutionen (hoch)	18,0***	17,7***
Politische Involvierung	5,4**	5,6*
Responsivität EU (mittel)	17,5***	20,3***
Responsivität EU (hoch)	29,2***	34,7***
Geschlecht (Mann)	3,1*	2,1
Alter	2,7	−5,4
Bildung (mittel)	3,3*	4,0
Bildung (hoch)	14,6***	11,9***
Kontextebene:		
Nettotransferzahlungen	13,4***	13,2***
Wirtschaftswachstum	7,0***	1,5

Ergebnisse gewichtet. Angegeben sind Wahrscheinlichkeitsveränderungen in Prozentpunkten. Die Angaben stellen jeweils die Differenz zwischen niedrigster und höchster Ausprägung dar (bei Nettotransferzahlungen und Wirtschaftswachstum jeweils eine Standardabweichung über und eine unter dem Mittelwert). Sie beziehen sich auf die Wahrscheinlichkeit, die EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes für eine „gute Sache" zu halten. Alle Variablen bis auf die interessierende Variable wurden auf den entsprechenden Mittelwert gesetzt. Beispielinterpretation: Für einen durchschnittlichen Befragten aus der Stichprobe 2006, der mit der EU den Verlust seiner kulturellen Identität assoziiert, liegt die Wahrscheinlichkeit, die EU als „gute Sache" zu bewerten, um 16,9 Prozentpunkte niedriger als für einen Befragten, der diese Assoziation nicht aufweist

$^{*}p<0,05$; $^{**}p<0,01$; $^{***}p<0,001$

zusätzlich erwartete Wahrscheinlichkeiten und deren Veränderungen berechnet, die in Tab. 2 dokumentiert sind.[13]

4.1 Nationale und europäische Identitäten

Entsprechend der theoretischen Konzeptualisierung in ethnischen und staatsbürgerlichen Nationalismus wurde im Zuge der Operationalisierung angenommen, dass durch die subjektive Bedeutung der EU beide Facetten nationaler Identitäten erfasst wer-

[13] Die Koeffizienten aller Modelle sind im Anhang in Tab. 3 zusammengestellt. Zusätzlich zu den drei Modellen wurde zur Überprüfung der Robustheit der Befunde ein viertes Modell ohne Interaktionseffekte geschätzt. Da sich inhaltlich nichts an den Befunden ändert, wurde auf die Dokumentation der Koeffizienten verzichtet.

den. Aufgrund kontinuierlich erhobener Indikatoren sind auch Vergleiche im Zeitverlauf möglich. Hinter den Auffassungen, die EU bedeute Demokratie oder kulturelle Diversität, verbergen sich tendenziell staatsbürgerliche und patriotische Haltungen nationaler Identitäten. Wie theoretisch angenommen, begünstigen derartige Präferenzen die politische Unterstützung der EU. Für Individuen, die patriotische oder staatsbürgerliche Haltungen aufweisen, steigt die Wahrscheinlichkeit, die EU politisch zu unterstützen, um neun bis vierzehn Prozentpunkte an. Die Ergebnisse deuten an, dass Individuen mit einer patriotischen Identitätsauffassung der Kompetenzübertragung auf das europäische politische System und einer Zusammenarbeit mit anderen Nationalstaaten offener gegenüberstehen, da sie ihre Identität als inklusiv bezeichnen und Fremdgruppen nicht abwerten, was Hypothese 1 untermauert. Um zu überprüfen, ob sich im Zeitverlauf signifikante Veränderungen in der Erklärungskraft einzelner Determinanten ergeben, wurden in einem dritten Modell (siehe Tab. 3 im Anhang) Interaktionsterme der Erklärungsfaktoren mit dem Zeitpunkt aufgenommen. Im Vergleich über die Zeit wird für die Indikatoren einer patriotischen Grundhaltung dabei offenkundig, dass ihre Einflussstärken mit Beginn der Wirtschaftskrise bei leichten Tendenzen nach unten auf ähnlichem Niveau wie im Jahr 2006 verbleiben und damit keine Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen zeigen.

Ein ethnisch-kulturelles Verständnis nationaler Identität äußert sich im Zusammenhang mit europäischer Integration in der Regel in Ängsten um den Verlust nationaler kultureller Identitäten. Daher verwundert es wenig, dass für Personen mit derartigen Befürchtungen die politische Unterstützung der EU in allen Untersuchungsländern dramatisch einbricht, wie in Hypothese 2 postuliert. Die Wahrscheinlichkeit, die EU politisch zu befürworten, liegt bei Personen mit derartigen Ängsten im Vergleich zu Personen, die diese Furcht nicht teilen, um siebzehn (2006) bzw. zwanzig Prozentpunkte (2009) niedriger. Damit stellt diese Identitätskomponente einen vergleichsweise starken Effekt im Modell dar und es zeigt sich eindrucksvoll, dass ethnischer Nationalismus und antieuropäische Überzeugungen einhergehen (Hooghe und Marks 2008, S. 201). Über den betrachteten Zeitverlauf hinweg steigen die Einflüsse der Furcht vor kulturellem Identitätsverlust dabei leicht um knapp vier Prozentpunkte an. Da die Unterschiede allerdings nicht signifikant von Null verschieden sind, sollte an dieser Stelle nicht von einem durch Eliten rechtsgerichteter Parteien ausgelösten Aktivierungseffekt ausgegangen werden. In diesem Zusammenhang ist jedoch der positive Effekt der Parteisignale von Interesse, der 2006 zunächst noch ausbleibt und sich 2009 einstellt. Auf diesen wird im Abschn. 4.2 näher eingegangen. Für die beiden Erscheinungsformen nationaler Identität kann somit festgehalten werden, dass ihre Einflussstärken trotz massiver Kontextveränderungen konstant bleiben. Dieser Eindruck wird auch anhand der stabilen Häufigkeitsverteilungen der Indikatoren deutlich. Da es sich bei Identitäten um langfristige Bestandteile der Psyche handelt, vermag dies kaum zu verwundern.

Einen ebenfalls substanziellen Einfluss auf die politische Unterstützung der EU übt die individuelle Stärke der europäischen Identität aus. Personen ohne ein europäisches Zugehörigkeitsgefühl haben im Vergleich zu Menschen, die über multiple Identitäten verfügen, wie erwartet eine bedeutend geringere Wahrscheinlichkeit, die EU-Mitgliedschaft zu befürworten. Damit erweist sich die Existenz einer europäischen Identifikation bei den Bürgern als eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür,

die EU politisch zu befürworten[14]. Verfügen Individuen über multiple Identitäten, so wird die Unterteilung in Eigen- und Fremdgruppen weniger salient und die Diskriminierung von Fremdgruppen schwächt sich ab. Eine Betrachtung der nationalen Eigengruppe und der Fremdgruppen als Konkurrenten findet nicht statt, da die europäische Ebene das relevante Abstraktionsniveau darstellt und somit außereuropäische Gruppen als Fremdgruppen herangezogen werden. Die in Hypothese 4 formulierte Vermutung, dass europäische Identität als Ausdruck des Einvernehmens der Bürger interpretiert werden kann, Kompetenzen auf die supranationale Ebene zu verlagern, scheint sich angesichts der Ergebnisse durchaus zu bestätigen.

Für den Verlauf der Wirtschafts- und Schuldenkrise wurden in Hypothese 5 theoretisch sinkende Einflüsse europäischer Identitäten prognostiziert, da sie einerseits durch eine mögliche sinkende utilitaristische Unterstützung und eine ausbleibende positive Eigengruppenbewertung, die nach der Theorie der Sozialen Identität vom Individuum stets angestrebt wird, langfristig aufgeweicht werden. Bis auf geringfügige temporäre Schwankungen, die jedoch angesichts der Ergebnisse der Interaktionsterme auch zufällig zustande gekommen sein könnten, sind jedoch keine Veränderungen der Einflussstärken im Zeitverlauf erkennbar. Allerdings sollte genau wie bei der Wirkung nationaler Identitäten bedacht werden, dass ausbleibende Veränderungen in den Effektstärken möglicherweise auch auf den Wechsel der Indikatoren zurückzuführen sein könnten. Die relativen Häufigkeiten für europäische Identitäten (siehe Tab. 1) zeugen von einer deutlichen Zunahme der Anteile der Personen, die vorgeben, sich mit Europa zu identifizieren, wobei dies allein die Schwankungen der Effektstärken nicht zu erklären vermag.

Schließlich soll noch auf die Resultate für die Stärke nationaler Identitäten eingegangen werden. Wie in den theoretischen Überlegungen bereits angedeutet, kann das Verhältnis zwischen nationalen Identitäten und der Unterstützung der EU je nach Kontextbeschaffenheit verschiedene Formen annehmen. Dies zeigt sich auch in den empirischen Ergebnissen. Für den ersten Messpunkt ergibt sich kein Effekt, 2009 ist der Koeffizient positiv. Insgesamt entsteht damit für beide Zeitpunkte der Eindruck der Kompatibilität nationaler Identitäten mit politischer Unterstützung der EU. Damit sind nationale und europäische Identitäten nicht als Nullsummenspiel zu verstehen, bei dem ein Zuwachs der einen eine Reduzierung der Stärke der anderen Identität zur Folge hätte. Es scheint damit so, als würde das Nationale nicht aufgegeben, sondern neben das Europäische treten (Beichelt 2009, S. 164).

Aussagen zu den Einflüssen nationaler Identitäten im Zeitverlauf sind auch an dieser Stelle nur unter Vorbehalt möglich. Die Konstruktion der Indikatoren für Identitäten in den Eurobarometer-Daten, die zwischen den Befragungszeitpunkten immer wieder variieren, lässt keinen sicheren Schluss darüber zu. Ungeachtet dessen zeigt

[14] Somit zeigt sich auch in den Resultaten dieser Studie, dass zwischen Personen ohne und Bürgern mit europäischem Zugehörigkeitsgefühl eine entscheidende Trennlinie verläuft, wobei die Stärke dieser Gruppenzugehörigkeit nachrangig ist. Grundsätzlich erscheint jedoch für die getroffenen Kausalannahmen auch eine Art Zirkelschluss denkbar. Einerseits sind starke europäische Identitäten tief in der menschlichen Psyche verwurzelt und damit langfristige und stabile Prädispositionen, die der politischen Unterstützung, die vor allem als spezifische outputorientierte Unterstützung kurz- und mittelfristig veränderbar ist, kausal und zeitlich vorgelagert sein sollten. Andererseits kann jedoch auch eine dauerhafte politische Zustimmung zur EU mit dem supranationalen System überhaupt erst zu einer Identifikation mit der EU führen.

sich entsprechend Hypothese 3 in den Ergebnissen ein Bedeutungszugewinn nationaler Identität. Der für 2009 positive Effekt könnte damit als Ausdruck verstärkter europafreundlicher Elitensignale gewertet werden.

Hinsichtlich der Fragestellung lässt sich konstatieren, dass mit Ausnahme nationaler Identitäten für keine der Identitätsvariablen substanzielle Veränderungen in der Wirkungsstärke festzustellen sind. Mögliche Gründe dafür könnten zum einen darin liegen, dass der zweite Untersuchungszeitpunkt zu früh gewählt wurde, damit bereits Einflüsse der Wirtschaftskrise bemerkbar sind. Andererseits könnte der Indikatorwechsel in den EB-Daten etwaige Veränderungen neutralisiert haben.

4.2 Kontrollvariablen

Wie theoretisch angenommen können für die Kontrollvariablen teils erhebliche Einflüsse auf die allgemeine politische Unterstützung konstatiert werden. Die vorliegenden Ergebnisse belegen die Bedeutsamkeit verschiedener utilitaristischer Erwägungen für die Erklärung politischer Unterstützung der EU. In den Euro-Staaten finden sich auch unter Kontrolle der übrigen Einflussgrößen für die aktuelle persönliche Wirtschaftslage die erwarteten Wirkungen auf die Zustimmung zur EU. So hat eine als gut wahrgenommene persönliche Lage zur Folge, dass ein Befragter die EU mit einer um 8 bis 10 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit politisch unterstützt als Respondenten in schlechter ökonomischer Lage. Die Stärke der Wirkungen der egozentrischen Lage schwankt zwischen den Erhebungszeiträumen leicht, sodass in diesen Resultaten ebenfalls keine durch die Krisen hervorgerufenen Veränderungen der Kontextbedingungen sichtbar werden. Entgegen den Erwartungen hat die vom Individuum wahrgenommene nationale Wirtschaftslage zu keinem Zeitpunkt einen Einfluss auf die politische Unterstützung der EU.

Für die Wirkungen der einbezogenen objektiven Wirtschaftsindikatoren ergeben sich überwiegend Resultate, die die theoretischen Erwartungen untermauern. Beim Verhältnis zwischen den Nettotransferzahlungen und der politischen Unterstützung der EU deutet sich anhand der dokumentierten Effekte an, dass je positiver die Nettotransferhaushaltsbilanz für ein Land ausfällt, desto stärker unterstützen die Bürger dieses Landes die EU politisch.

Personen aus Ländern mit hohem Wirtschaftswachstum unterstützen die EU ebenfalls mit größerer Wahrscheinlichkeit als Bürger aus Nationen mit vergleichsweise unterdurchschnittlichem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Dies gilt allerdings lediglich für 2006.

Parteisignalen wurde theoretisch ebenfalls eine Orientierungsfunktion für solche Bürger unterstellt, die mit europäischen Sachverhalten nur wenig vertraut sind oder ohne große Informationskosten zu einer Haltung in diesen Fragen gelangen wollen. Für 2006 liegt keine empirische Evidenz dafür vor, dass Bürger sich zur Ausbildung europaspezifischer Haltungen der Positionen der ihnen ideologisch nahestehenden Parteien bedienen. Für 2009 hingegen erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, die EU politisch zu unterstützen, wenn dies auch von der ideologisch nahestehenden Partei verfolgt wird. Folglich lässt sich hier ein Trend für die Bedeutung eines Einflussfaktors im Verlauf der Krise erkennen. Die in Krisenzeiten verstärkte Aussendung von Elitensignalen, sei es jene rechtspopulistischer oder sei es jene proeuropäischer

Parteien, scheint sich im Zeitvergleich deutlich bemerkbar zu machen. Der Einfluss der Eliten ist in Notsituationen besonders stark, da in diesen Zeiten die Bürger den politisch Verantwortlichen besonders aufmerksam folgen und es zudem wahrscheinlich ist, dass die Positionen der Eliten in prekären Lagen ähnlich oder gleich sind (Zaller 1992).

Da der Großteil der Bürger vergleichsweise uninformiert über europäische Belange ist, jedoch beispielsweise in Meinungsumfragen zu seinen Haltungen befragt wird, kommt es oft über andere Wege zur Ausbildung dieser europabezogenen Einstellungen. In den empirischen Ergebnissen zeigt sich, dass ein möglicher Weg zu derartigen Urteilen über die Bewertung nationaler politischer Institutionen und die Übertragung dieser Bewertung auf europäische Institutionen erfolgen kann, um zu entscheiden, ob man die EU persönlich befürwortet oder ablehnt. Die Koeffizienten für die EU-12 weisen dabei das erwartete positive Vorzeichen auf. Obwohl man annehmen könnte, dass das Faktenwissen über die EU im Zeitverlauf ansteigt und die Wirtschafts- und Finanzkrise für ein allgemein höheres Informationsangebot zu europäischen Themen in der Öffentlichkeit gesorgt hat, kann kein abnehmender Einfluss nationaler Proxies im späteren Erhebungsjahr festgestellt werden.

Die Wahrnehmung der Befragten, die EU verfüge über eine hohe politische Responsivität, treibt für Bürger mit derartigen Ansichten die Wahrscheinlichkeit, die Mitgliedschaft in der EU als positiv anzusehen, in ungeahnte Höhen. Bei Menschen mit hohem politischen Responsivitätsgefühl erhöht sich dabei unter Konstanthaltung aller übrigen Faktoren die Wahrscheinlichkeit für eine positive EU-Bewertung, im Vergleich zu Personen, die der EU eine niedrige Responsivität zuschreiben, um bis zu 35 Prozentpunkte. Damit avanciert die wahrgenommene politische Performanz der EU zur erklärungsstärksten Determinante im Modell.

Effekte der soziodemografischen Merkmale der Befragten sind ebenfalls feststellbar. Für das Geschlecht ergeben sich lediglich 2006 Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die bei Männern um 3,1 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit einer positiven EU-Bewertung erscheint jedoch substanziell vernachlässigbar. Das Alter eines Befragten spielt praktisch keine Rolle, die Unterschiede zwischen dem Altersminimum und -maximum in der Stichprobe sind marginal. Die überwiegend positiven Wirkungen der Bildung bestätigen die theoretische Vermutung, dass für formal höher Gebildete die Wahrscheinlichkeit, die EU politisch zu unterstützen, deutlich höher liegt, als für niedrig gebildete Menschen. Besonders eine formal hohe Bildung erhöht die Wahrscheinlichkeit einer günstigen Bewertung der EU-Mitgliedschaft. Eine höhere politische Involvierung führt erwartungsgemäß in 2006 und 2009 ebenfalls zu relevanten Veränderungen der EU-Bewertung.

5 Schlussbemerkungen

Der vorliegende Beitrag ging der Frage nach, wie die Determinantenmuster der allgemeinen politischen Unterstützung der EU auf die veränderten Kontextbedingungen durch die Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise im Euroraum reagiert haben. Dabei standen identitätsbasierte Erklärungsfaktoren im Fokus. Zunächst wurden die theoretischen Grundlagen zu territorialen Identitäten skizziert und daraus Vermutungen für

den betreffenden Untersuchungszeitraum abgeleitet. Diese wurden nach Beschreibung der Datengrundlage und der Operationalisierungen anhand Eurobarometer-Datensätzen aus 2006 und 2009 empirisch überprüft.

Die Analyse für die zwölf Länder der Euro-Zone zeigte zunächst, dass im Zuge der Wirtschaftskrise auf Aggregatebene die Zustimmung der Bürger zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes konstant geblieben ist. Die Betrachtung der Resultate der Mehrebenenmodelle verdeutlicht darüber hinaus, dass es zur Erklärung von Einstellungen zur europäischen Integration unerlässlich ist, nationale und europäische Gruppenzugehörigkeitsgefühle sowie utilitaristische Nutzenerwägungen zu berücksichtigen. Weiterhin ist festzustellen, dass nahezu alle Determinanten zur Erklärung diffuser politischer Unterstützung der EU, abgesehen von nationalen Identitäten und Parteisignalen, über die Zeit hinweg stabile Einflüsse entfalten und keine systematischen Reaktionen auf die Veränderungen durch die Wirtschaftskrise erkennbar sind.

Als eine der bedeutendsten Voraussetzungen für politische Unterstützung der EU erwies sich ein europäisches Zugehörigkeitsgefühl der Bürger. Die EU kann sich demnach der Unterstützung ihrer Bürger sicher sein, wenn es ihr gelingt, eine flächendeckende Verbreitung europäischer Identitäten voranzutreiben. Es ist dabei von zentraler Bedeutung, die Eigengruppe als inklusive Einheit zu charakterisieren. Damit könnten Befürchtungen über einen Verlust ihrer kulturellen Identität bei den Bürgern eliminiert werden, die die politische Zustimmung der EU, wie empirisch gezeigt werden konnte, in höchstem Maße unwahrscheinlich machen. Ein weiterer zentraler Erklärungsfaktor für politische Zustimmung der EU ist das wahrgenommene politische Responsivitätsgefühl. Diese drei Faktoren stellen die Stützen dar, auf denen die vorliegende breite politische Unterstützung der EU weiterhin bestehen kann.

Insgesamt bleibt es ungewiss, inwieweit die Resultate der Analyse auch aufgrund der mit zahlreichen Annahmen versehenen Operationalisierungen mit Messfehlern behaftet sind. Die empirischen Ergebnisse sollten somit in Anbetracht dieser Vorbehalte interpretiert werden. Um die genauen Reaktionen der Wirkungsweise territorialer Identitäten auf die politische Unterstützung der EU auf die Veränderungen des ökonomischen Kontextes angemessen untersuchen und feststellen zu können, sollten langjährige Studien mit im Zeitverlauf konstanten Indikatoren durchgeführt werden, und das auch für Länder außerhalb der Euro-Zone. Derartige Untersuchungen könnten dann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Bedeutung zukünftiger Krisen für die Einstellungen zur europäischen Integration besser zu verstehen. Aufgrund der stetig fortschreitenden europäischen Einigungsprozesse wird es auch in Zukunft relevant bleiben, die Bestimmungsfaktoren der öffentlichen Unterstützung zu kennen und dieses Wissen bei der zukünftigen Entwicklung des supranationalen Systems der EU zu berücksichtigen.

6 Anhang

Tab. 3 Effekte verschiedener Determinanten auf die politische Unterstützung der EU im Zeitverlauf (Ordered-Logit-Mehrebenenmodelle). (Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EB 65.2 und 71.3)

	2006	2009	Gesamt
Individualebene:			
Nationale Identität	−0,03	0,35*	−0,05
	(0,09)	(0,17)	(0,08)
Europäische Identität	0,84***	0,77***	0,81***
	(0,10)	(0,15)	(0,10)
EU: Demokratie	0,64***	0,56***	0,64***
	(0,11)	(0,08)	(0,10)
EU: kulturelle Diversität	0,50***	0,39***	0,50***
	(0,05)	(0,06)	(0,05)
EU: Verlust kult. Identität	−0,70***	−0,84***	−0,68***
	(0,13)	(0,09)	(0,13)
persönliche Wirtschaftslage	0,35***	0,40***	0,36***
	(0,03)	(0,08)	(0,03)
nationale Wirtschaftslage	0,11	0,04	0,14
	(0,21)	(0,16)	(0,21)
Parteisignal	−0,03	0,41***	−0,06
	(0,14)	(0,11)	(0,13)
Vertrauen in nationale Institutionen (mittel)	0,34***	0,26***	0,34***
	(0,10)	(0,10)	(0,10)
Vertrauen in nationale Institutionen (hoch)	0,81***	0,77***	0,78***
	(0,07)	(0,10)	(0,08)
Politische Involvierung	0,23**	0,24*	0,22**
	(0,07)	(0,10)	(0,07)
Responsivität EU (mittel)	0,79***	0,90***	0,80***
	(0,11)	(0,11)	(0,11)
Responsivität EU (hoch)	1,45***	1,64***	1,45***
	(0,13)	(0,13)	(0,14)
Geschlecht	0,13*	0,09	0,13*
	(0,06)	(0,10)	(0,06)
Alter	0,01	0,01	0,01
	(0,01)	(0,01)	(0,01)
Bildung (mittel)	0,14*	0,17	0,13
	(0,07)	(0,11)	(0,07)
Bildung (hoch)	0,66***	0,51***	0,66***
	(0,05)	(0,07)	(0,06)
Kontextebene:			
Nettotransferzahlungen	0,08***	0,08***	0,07***
	(0,01)	(0,01)	(0,01)
Wirtschaftswachstum	0,16***	0,03	0,07
	(0,04)	(0,02)	(0,06)
Jahr (2009)	–	–	−0,49**
			(0,15)
Nationale Identität × Jahr	–	–	0,42***
			(0,10)

Tab. 3 (Fortsetzung)

	2006	2009	Gesamt
Europäische Identität × Jahr	–	–	−0,04
			(0,07)
EU: Demokratie × Jahr	–	–	−0,09
			(0,14)
EU: kulturelle Diversität × Jahr	–	–	−0,10
			(0,09)
EU: Verlust kult. Identität × Jahr	–	–	−0,16
			(0,19)
persönliche Wirtschaftslage × Jahr	–	–	0,05
			(0,08)
nationale Wirtschaftslage × Jahr	–	–	−0,10
			(0,10)
Nettotransferzahlungen × Jahr	–	–	0,02
			(0,02)
Wirtschaftswachstum × Jahr	–	–	−0,09
			(0,07)
Parteisignal × Jahr	–	–	0,48*
			(0,19)
Vertrauen in nationale Institutionen (mittel) × Jahr	–	–	−0,07
			(0,08)
Vertrauen in nationale Institutionen (hoch)	–	–	0,01
			(0,15)
Politische Involvierung × Jahr			0,01
			(0,07)
Responsivität EU (mittel) × Jahr	–	–	0,11
			(0,09)
Responsivität EU (hoch) × Jahr	–	–	0,20
			(0,13)
Geschlecht × Jahr	–	–	−0,04
			(0,05)
Alter × Jahr	–	–	0,01***
			(0,01)
Bildung (mittel) × Jahr	–	–	0,05
			(0,05)
Bildung (hoch) × Jahr	–	–	−0,11
			(0,11)
Cut1	−0,25***	0,28*	−0,20**
	(0,07)	(0,11)	(0,06)
Cut2	1,75***	2,23***	1,77***
	(0,08)	(0,11)	(0,10)
Devianz	9.701,93	10.193,67	19.879,56
N	11.196	11.393	22.589

Ergebnisse gewichtet. Angegeben sind unstandardisierte Logitkoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern

*p < 0,05; **p < 0,01; ***p < 0,001

Literatur

Anderson, Christopher. 1998. When in doubt, use proxies. *Comparative Political Studies* 31:569–601.
Beichelt, Timm. 2009. *Deutschland und Europa*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Blank, Thomas, Peter Schmidt und Bettina Westle. 1999. *„Patriotism" – a contradiction, a possibility or an empirical reality?* Paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops „ECPR Workshop 26: National Identity in Europe".
Boomgaarden, Hajo, Andreas Schuck, Matthijs Elenbaas und Claes de Vreese. 2011. Mapping EU attitudes: Conceptual and empirical dimensions of Euroscepticism and EU support. *European Union Politics* 12:241–266.
Bruter, Michael. 2004. Civic and cultural components of a european identity: A pilot model of measurement of citizens' levels of European identity. In *Transnational Identities. Becoming European in the EU*, Hrsg. Richard K. Herrmann, Thomas Risse und Marilynn B. Brewer, 186–213. Lanham: Rowman & Littlefield.
Bruter, Michael. 2009. Time bomb? The dynamic effect of news and symbols on the political identity of European citizens. *Comparative Political Studies* 19 Online First. DOI: 10.1177/0010414009332465.
Carey, Sean. 2002. Undivided loyalities. *European Union Politics* 3:387–413.
Cinnirella, Marco. 1997. Towards a European identity? Interactions between the national and European social identities manifested by university students in Britain and Italy. *British Journal of Social Psychology* 36:19–31.
Citrin, Jack und John Sides. 2004. More than nationals: How identity choice matters in the new Europe. In *Transnational Identities. Becoming European in the EU*, Hrsg. Richard K. Herrmann, Thomas Risse und Marilynn B. Brewer, 161–185. Lanham: Rowman & Littlefield.
Clark, Nicholas und Timothy Hellwig. 2012. Information effects and mass support for EU policy control. *European Union Politics* Online First. DOI: 10.1177/1465116512441506.
Downs, Anthony. 1968. *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Mohr.
Easton, David. 1965. *A systems analysis of political life*. New York: Wiley and Sons.
Easton, David. 1975. A re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science* 5:435–457.
Eichenberg, Richard C. und Russel J. Dalton. 1993. Europeans and the European Community: the dynamics of public support for European integration. *International Organization* 47:507–534.
Eurostat. 2013. Datenbank. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database. Zugegriffen: 04. Jan. 2013.
Gabel, Matthew. 1998. Public support for European integration: An empirical test of five theories. *The Journal of Politics* 60:333–354.
Gabel, Matthew J. und Harvey D. Palmer. 1995. Understanding variation in public support for European Integration. *European Journal of Political Research* 27:3–19.
Herrmann, Richard K. und Marilynn B. Brewer. 2004. Identities and institutions: Becoming European in the EU. In *Transnational Identities. Becoming European in the EU*, Hrsg. Richard K. Herrmann, Thomas Risse und Marilynn B. Brewer, 1–22. Lanham: Rowman & Littlefield.
Hooghe, Liesbet und Gary Marks. 2005. Calculation, community and cues. Public opinion on European integration. *European Union Politics* 6:419–443.
Hooghe, Liesbet und Gary Marks. 2008. Politisierung und nationale Identitäten. In *Die Politische Ökonomie der europäischen Integration*, Hrsg. Martin Höpner und Armin Schäfer, 197–202. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
Inglehart, Ronald, Jacques-René Rabier und Karlheinz Reif. 1987. The evolution of public attitudes toward European integration: 1970–86. *Journal of European Integration* 10:135–155.
Kaltenthaler, Karl C. und Christopher J. Anderson. 2001. Europeans and their money: Explaining public support for the common European currency. *European Journal of Political Research* 40:139–170.
Kirsch, Guy. 2010. Die Euro-Krise ist (nicht nur) eine Währungskrise. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 43/2010:3–7.
Kosterman, Rick und Seymour Feshbach. 1989. Toward a measure of patriotic and nationalistic attitudes. *Political Psychology* 10:257–274.
Kritzinger, Sylvia. 2003. The influence of the nation-state on individual support for the European Union. *European Union Politics* 4:219–241.
Lodge, Milton und Charles Taber. 2005. The automaticity of affect for political leaders, groups, and issues: An experimental test of the hot cognition hypothesis. *Political Psychology* 26:455–482.

Martiny, Sarah, Thomas Kessler und Vivian Vignoles. 2011. Shall I leave or shall we fight? *Group Processes & Intergroup Relations* 15:39–55.
McLaren, Lauren M. 2002. Public support for the European Union: Cost/benefit analysis or perceived cultural threat? *The Journal of Politics* 64:551–566.
Michler, Albrecht F. und Heinz-Dieter Smeets. 2011. *Die aktuelle Finanzkrise*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
Mummendey, Amélie. 1985. Verhalten zwischen sozialen Gruppen: Die Theorie der sozialen Identität. In *Theorien der Sozialpsychologie*, Hrsg. Dieter Frey und Martin Irle, 185–216. Bern: Verlag Hans Huber.
Rosenthal, John. 2012. Germany and the Euro crisis. Is the powerhouse really so pure? *World Affairs* 175:53–61.
Sniderman, Paul M., Louk Hagendorn und Markus Prior. 2004. Predisposing factors and situational triggers: Exclusionary reactions to immigrant minorities. *American Political Science Review* 98:35–49.
Spiegel Online. 2012. *Stunde der Scharfmacher*, 5.08.2012. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wie-in-der-euro-krise-die-toene-immer-schriller-werden-a-848330.html. Zugegriffen: 06. Okt. 2012.
Steenbergen, Marco R. und Milton Lodge. 2003. Process matters: Cognitive models of candidate evaluation. In *Electoral Democracy*, Hrsg. Michael MacKuen und George Rabinowitz, 125–171. Ann Arbor: University of Michigan Press.
Steenbergen, Marco R., Erica Edwards und Catherine de Vries. 2007. Who's cueing whom?: Mass-elite linkages and the future of European integration. *European Union Politics* 8:13–35.
Tajfel, Henri. 1978. *Differentiation between social groups: Studies in social psychology of intergroup relations*. London: Academic Press.
Tajfel, Henri und John C. Turner. 1986. The social identity theory of intergroup behavior. In *Psychology of intergroup relations*, Hrsg. Stephen Worchel and William G. Austin, 7–24. Chicago: Nelson-Hall.
von Bogdandy, Orietta Angelucci. 2003. *Zur Ökologie einer europäischen Identität*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
Welfens, Paul J. 2012. *Die Zukunft des Euro. Die Europäische Staatsschuldenkrise und ihre Überwindung*. Berlin: Nicolai Verlag.
Westle, Bettina. 2003. Universalismus oder Abgrenzung als Komponente der Identifikation mit der Europäischen Union? In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller, 115–152. Opladen: Leske + Budrich.
Zaller, John. 1992. *The nature and origins of mass opinion*. Cambridge: Cambridge University Press.
Zimmermann, Klaus F. 2009. Wirtschaftswunderjahr 2009. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B52/2009:3–9.

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:79–100
DOI 10.1007/s12286-014-0213-x

AUFSÄTZE

ZfVP ZEITSCHRIFT FÜR VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT

Krisenperzeption und Unterstützung der Europäischen Union

Kai Theißen

Online publiziert: 17. Oktober 2014

Zusammenfassung Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Frage, wie die Bürger der EU die Krise und die Krisenpolitik der EU wahrnehmen und wie sich diese Wahrnehmung auf die Unterstützung der EU auswirkt. Es wird gezeigt, dass sich die Perzeption der Krise zwischen den Mitgliedsstaaten unterscheidet und dass wirtschaftliche sowie finanzpolitische Faktoren für diese Unterschiede relevant sind. Sodann wird mit Hilfe einer Mehrebenenanalyse verdeutlicht, dass die Krisenperzeption einen Einfluss auf die Unterstützung der EU hat. Dieser Einfluss sollte allerdings nicht überschätzt werden. Denn die Unterstützung der EU ist auch abhängig von Fragen des Vertrauens in europäische Institutionen sowie Fragen der Identität.

Schlüsselwörter Schuldenkrise · Krisenperzeption · Politische Unterstützung · EU

Crisis perception and support for the European Union

Abstract This paper focuses on how European citizens perceive the recent debt crisis and the European Union's crisis performance, and how this perception influences the level of support for the EU. The way in which EU citizens perceive the crisis differs among EU member states. These differences can be explained by economic and fiscal factors. Multi-level analyses illustrate that crisis perceptions influence support for the EU. However, the influence of crisis perceptions should

K. Theißen (✉)
Doktorand an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,
Universitätsstr. 1,
40225 Düsseldorf, Deutschland
E-Mail: Kai.Theissen@hhu.de



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_5, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

not be exaggerated. Support for the EU also depends on levels of trust in EU institutions as well as on identity issues.

Keywords Debt crisis · Crisis perception · Political support · EU

1 Einleitung

Die europäische Staatsverschuldungskrise und ihre Auswirkungen auf die gemeinsame Währung stellen die EU vor die wohl größte Herausforderung ihrer Geschichte. Die soziale Situation droht besonders in den südlichen Mitgliedsstaaten zu eskalieren. Die immense Arbeitslosigkeit, die in besonderem Maße die Jugendlichen betrifft, treibt die Menschen auf die Straße. Gepaart mit den drastischen Sparmaßnahmen der Regierungen, die nicht zuletzt auch auf den Druck der EU zurückzuführen sind, werden viele in die Armut getrieben. In den Staaten, die zur Rettung der gemeinsamen Währung zur Solidarität aufgefordert werden, sorgen die Hilfszahlungen an die vom Staatsbankrott bedrohten Länder für hitzige Diskussionen. Die von der EU verabschiedeten Rettungsmaßnahmen, die mit hohen finanziellen Risiken für die Geber und harten Sparauflagen für die Nehmer verbunden sind, sind Gegenstand von Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten sowie ihren Bürgern. Vielerorts wird die Legitimität der Krisenpolitik in Frage gestellt. Protestierende Menschen, Stimmengewinne und Neugründungen europaskeptischer Parteien sowie Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht sind nur einige Beispiele, die diese Feststellung untermauern.

Vor diesem Hintergrund sucht der vorliegende Beitrag eine Antwort auf folgende Fragen: Wie nehmen die Menschen die Krise und die Krisenpolitik der EU wahr? Und beeinflusst diese Wahrnehmung die Unterstützung der EU?

Die Krise und ihre (möglichen) Folgen für die Währungsunion und die Wirtschaftsgemeinschaft haben vor Augen geführt, dass der EU nicht ausreichend politische Rechte eingeräumt worden sind, um einen stabilen Währungs- und Wirtschaftsraum zu gewährleisten. Die Konzentration auf die Geldpolitik innerhalb der Europäischen Währungsunion reichte offenbar nicht aus, um einen krisenfesten Euro zu etablieren. Daher scheint eine Lehre der Krise die Ausweitung der politischen Integration der EU zu sein.[1] Im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen steht die Ausweitung von Kompetenzen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine solche Ausweitung und ihre Ausgestaltung sind jedoch zwischen den Mitgliedsstaaten politisch hoch umstritten. Zudem scheint es angesichts der aktuellen Stimmung fragwürdig, ob eine Vertiefung der politischen Integration vor der Bevölkerung zu legitimieren wäre. Denn zweifelsohne, das lehren die Erfahrungen der Referenden seit dem Vertrag von Maastricht, wären tiefgreifende Integrationsschritte ohne eine legitimitätssteigernde Mitbestimmung der Bevölkerung nicht durchsetzbar.[2] Daher scheint es von besonde-

[1] Die Einführung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) sowie des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) können als Beispiele einer weitergehenden politischen Vertiefung gesehen werden (Gerhards und Lengfeld 2013). Weitere Schritte werden seit Ausbruch der Krise diskutiert.

[2] Die Mitbestimmung der Bevölkerung ist zudem in einigen Staaten verfassungsrechtlich notwendig.

rem Interesse zu verstehen, wie sich die aktuelle Krise auf die Unterstützung der EU auswirkt.

Um sich der Frage zu nähern, welchen Einfluss die Krisenperzeption der Bevölkerung auf die Unterstützung der EU hat, scheint es zunächst sinnvoll, die Krisenperzeption in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken. Mit Hilfe der sozialpsychologischen Theorie der Urteilsheuristik sowie des aus der Wahlforschung bekannten Benchmarking-Ansatzes werden Hypothesen generiert, die Anhaltspunkte für die Ursachen der unterschiedlichen Wahrnehmung der Krise in den Mitgliedsstaaten der EU bieten können. Sodann wird die Krisenperzeption in den Kontext der Diskussion um die Erklärung der Unterstützung der EU gestellt. Diese werden nach theoretischen Annahmen durchleuchtet, die Aufschluss über den Einfluss der Krisenperzeption auf die Unterstützung der EU geben können.

Im zweiten Teil des Beitrags werden die generierten Hypothesen empirisch überprüft. Dazu wird zunächst die Wahrnehmung der Krise durch die Bevölkerung der EU-Mitgliedsstaaten deskriptiv dargestellt. Mit Hilfe von Korrelationsanalysen werden diese dann mit der ökonomischen Situation der einzelnen Mitgliedsstaaten in Zusammenhang gebracht und es wird gezeigt, dass unterschiedliche ökonomische Entwicklungen in Zusammenhang mit unterschiedlichen Wahrnehmungen der Krise und der Krisenperformanz der EU stehen. Daraufhin wird der Einfluss der individuellen Krisenperzeption auf die Unterstützung der EU untersucht und im Rahmen eines Mehrebenenmodells gezeigt, dass sowohl die Wahrnehmung der Krise als auch die ökonomische Situation der Mitgliedsstaaten einen Einfluss auf die Unterstützung der EU durch ihre Bevölkerung ausüben.

2 Die Krise und ihre Wahrnehmung(en)

Für Krisen gibt es in den Sozialwissenschaften kein einheitliches Begriffsverständnis. Bohrmann und Vobruba (1993) schreiben, dass jedoch „im Begriff von Krise, soll er sozialwissenschaftlich tragfähig sein, ein gewisses Maß an Kriseninterpretation immer schon impliziert“ sein müsse (Bohrmann und Vobruba 1993, S. 33). Eine Krisensituation, die nicht als solche wahrgenommen wird, in der nicht über eine Krise geredet wird, ist demnach nicht denkbar. Die durch die Pleite von Lehman Brothers sowie den Staatsbankrott Griechenlands eingeleiteten Finanz- und Schuldenkrisen, die weit über ihren eigentlichen Herd hinaus strahlten, lösten ein tiefgreifendes Krisenbewusstsein aus, welches den öffentlichen Diskurs bis heute weltweit begleitet. Wir haben es mit zwei Krisenlagen zu tun, die in zeitlich kurzer Abfolge und engem Zusammenhang zueinander auftraten. Zum einen kann die Krise als eine Krise der internationalen Finanzwirtschaft und zum anderen als eine Krise der öffentlichen Haushalte betrachtet werden. Die mit der Pleite von Lehman Brothers ausgelöste Krisensituation kann als eine weltweite Finanzwirtschaftskrise begriffen werden, die eine Bedrohung für die Weltwirtschaft insgesamt darstellt. Die Krisensituation, die durch den drohenden Staatsbankrott Griechenlands und die massiven finanzpolitischen Probleme anderer Mitgliedsstaaten der EU ihren Anfang nahm, ist dagegen eine Krise, die in erster Linie die Europäische Union und den europäischen Währungsraum bedrohen und nur in der Folge weltwirtschaftliche Konsequenzen hätte.

Wenn nun also diese Krise Gegenstand von Interpretationen und damit auch Perzeptionen ist und man annehmen muss, dass die Artikulation dieser Interpretationen in fragmentierten Öffentlichkeiten mit weitgehend getrennten Kommunikationskontexten stattfindet, so muss gleichsam davon ausgegangen werden, dass sich die Perzeption der Krise in der Öffentlichkeit zwischen den einzelnen Diskussionskontexten deutlich unterscheidet. Man kann nicht annehmen, dass sich z. B. die Kriseninterpretationen Deutschlands und Griechenlands gleichen. So wäre es beispielsweise denkbar, dass die Krise in Deutschland eher als eine europäische Krise begriffen wird, die Deutschland angesichts positiver wirtschaftlicher Entwicklung nicht in großem Maße betrifft, wogegen sie in Griechenland im Gegensatz dazu vor allem als eine nationale Krise interpretiert werden könnte. So wäre es auch denkbar, dass sich die Wahrnehmung über die zukünftigen Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten unterscheidet. Während in einigen Mitgliedsstaaten der Höhepunkt der Krise vielleicht als bereits überschritten betrachtet wird, könnten die größten Auswirkungen in anderen Mitgliedsstaaten noch als zukünftige Ereignisse gefürchtet werden.

Die Frage nach den Unterschieden der Krisenperzeptionen steht nicht im Mittelpunkt dieser Untersuchung, vielmehr geht es um ihren Einfluss auf die Unterstützung der EU. Doch will man diesen Einfluss beurteilen, ist zunächst ein Bild der Krisenperzeption zu zeichnen. Daher erscheint es sinnvoll, einige theoretische Überlegungen anzustellen, welche Faktoren Einfluss auf die Krisenperzeption der Bürger haben.

Um zu solchen theoretischen Annahmen zu gelangen, ist es zweckdienlich, zunächst die Frage zu reflektieren, wie sich Perzeptionen herausbilden. In der Sozialpsychologie wurde eine Reihe verschiedener Ansätze entwickelt, die die Wahrnehmung eines Objektes durch ein Subjekt zu erklären versuchen (Bierhoff und Frey 2011). Eine bis heute einflussreiche Theorie geht davon aus, dass diese Wahrnehmung mit Hilfe sogenannter Urteilsheuristiken gebildet wird (Strack und Deutsch 2002). Die zentrale Annahme dieses Ansatzes ist, dass „people rely on a limited number of heuristic principles which reduce the complex tasks of assessing probabilities and predicting values to simpler judgmental operations“ (Tversky und Kahneman 1974, S. 1124). Es ist plausibel anzunehmen, dass in der aktuellen Krise, die ihren Ausdruck vor allem in ökonomischen und finanzpolitischen Problemen findet, unterschiedliche wirtschaftliche sowie finanzpolitische Entwicklungen wichtige Erklärungsfaktoren für divergierende Perzeptionen der Krise in den einzelnen Mitgliedsstaaten bilden. Makroökonomische und finanzpolitische Kennziffern, die auch die Medien als Orientierungspunkte für ihre Berichterstattung nutzen, sollten in engem Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Krise stehen.

„Yet, no rate of economic growth is innately high or low. What may be considered weak growth in an international context in the 1990s might pass for stellar growth during the global recession of 2008–2009“ (Kayser und Peress 2012, S. 680). Daher geht der Benchmarking-Ansatz davon aus, dass der Wähler seiner Entscheidung nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Landes, sondern vor allem den Vergleich der wirtschaftlichen Situation im Land mit der Situation des internationalen Kontextes (hier: des europäischen Kontextes) zu Grunde legt. Kayser und Peress (2012) haben bezogen auf den Economic-Voting-Ansatz gezeigt, dass

weniger die absolute ökonomische Entwicklung des eigenen Landes die Wahlentscheidung beeinflusst, sondern dass die Menschen diese mit der Situation in anderen Staaten vergleichen. Die Wähler sind vor allem dann geneigt, ihre Regierung für wirtschaftlich schlechte Entwicklungen abzustrafen, wenn diese hinter der Entwicklung in anderen Staaten zurückbleibt. Gerade in Krisenzeiten sollte dieser Vergleich von besonderer Bedeutung sein. Diese Annahme lässt sich auch auf die Beurteilung der Krise sowie der Krisenperformanz der EU übertragen. Es ist theoretisch plausibel, dass Menschen in Mitgliedsstaaten, deren wirtschaftliche Entwicklung über dem europäischen Mittel liegt, die Krise weniger kritisch beurteilen. Sie sollten die Krise und ihre Auswirkungen insgesamt positiver wahrnehmen als Menschen in Staaten, deren ökonomische Performanz unter dem Durchschnitt der EU liegt.

Aus den dargestellten Überlegungen leitet sich die erste Hypothese ab, die im Verlauf der Arbeit empirisch überprüft wird:

H1: Für die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Krise sind vor allem Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der öffentlichen Haushalte verantwortlich. Liegen diese unter dem Durchschnitt der EU, so fällt auch die Krisenwahrnehmung schlechter aus.

Doch zeichnen sich Krisen nicht nur dadurch aus, dass sie als bedrohliche Situationen empfunden werden, sondern auch dadurch, dass sie eine umfangreiche Debatte über ihre Eindämmung und ihre politischen Konsequenzen nach sich ziehen. So bewirken Krisen eine Reflektion über ihre Wirkungszusammenhänge und die Diskussion von Auswegen aus der Krise, die dann in Politik umgesetzt werden. Die bisher von der EU verfolgte Strategie basiert darauf, den betroffenen Staaten mit Finanzhilfen und Bürgschaften aus den Zahlungsengpässen herauszuhelfen und gleichzeitig in Form von Sparprogrammen die Haushalte der betroffenen Staaten zu sanieren. Dies geschieht zum einen durch Gründung neuer Institutionen, dem EFSF sowie dem ESM, die Finanzhilfen für bedrohte Staaten bereitstellen, und der Verpflichtung zu strikter Haushaltsdisziplin, die durch eine Ausweitung des Wachstums- und Stabilitätspakts bekräftigt wurde und vor allem die Empfänger der Finanzhilfen unter großen politischen Druck setzt. Es ist anzunehmen, dass auch diese Politik in den einzelnen Staaten unterschiedlich wahrgenommen wird. Auch hier ist davon auszugehen, dass die wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Krisenpolitik hat, bedenkt man die unterschiedlichen Auswirkungen, welche die Entwicklung auf Staaten mit sehr divergierenden Problemlagen hat. Daher wird folgende Hypothese angenommen:

H2: In den Staaten, die besonders von der Krise betroffen sind, sollte die Krisenpolitik negativer bewertet werden, als in den Staaten, die weniger Probleme haben.

Im Folgenden werden die unterschiedlichen Ansätze zur Unterstützung der EU vorgestellt. Die Zusammenfassung der Forschungsergebnisse wird dazu genutzt, Hypothesen über den Einfluss der Krisenperzeption auf die Unterstützung der EU zu generieren. Weiterhin dient die Darstellung der Ableitung alternativer Erklärungsansätze, die zur Kontrolle der Ergebnisse genutzt werden können.



3 Die Krise als Einflussfaktor für die öffentliche Unterstützung der EU

Der Diskurs über die Unterstützung der EU steht in engem Zusammenhang mit der Debatte um das europäische Demokratiedefizit (Ehin 2008). Legitimationstheoretische Arbeiten zur europäischen Politik unterscheiden im Allgemeinen zwischen Input- und Output-Legitimation (Scharpf 1999, 2004). Eine Vielzahl von Beobachtern ist der Auffassung, dass sich die EU vor allem auf output-bezogene Legitimationsargumente stützen muss, da sie ihrem Wesen nach nur schwache Input-Argumente der Legitimation aufweist (Höreth 1999). Zwar ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten viel getan worden, um die Input-Legitimation der EU zu verbessern (Seegers 2008). Eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Diskussionen um das europäische Demokratiedefizit zurückzuführen ist.[3] Doch nach wie vor sprechen wichtige Argumente dafür, dass die EU Defizite in der Input-Legitimation aufweist und in besonderem Maße auf output-bezogene Legitimationsstrategien angewiesen ist. Output-Krisen der EU müssen aus dieser Perspektive daher zwangsläufig als eine Bedrohung für die Legitimationsgrundlagen der EU gelten.

3.1 Die Krise als europäische Output-Krise

Eine Reihe von Argumenten spricht dafür, dass die Krise als europäische Output-Krise zu begreifen ist. Erstens unterliegen die staatlichen Haushaltsdefizite, die das Kernproblem der Krise darstellen, europäischen Richtlinien, die die EU angesichts der zahlreichen Verletzungen des Wachstums- und Stabilitätspaktes nicht durchsetzen konnte. Zweitens, im Zusammenhang mit diesem Problem stehend, offenbart die Krise Fehlkonstruktionen der Europäischen Währungsgemeinschaft und des europäischen Binnenmarktes (Buonanno und Nugent 2013). Die immensen Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten und die unterentwickelten Koordinierungsmöglichkeiten und Machtbefugnisse auf europäischer Ebene vor allem in den Bereichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik haben in der Vergangenheit verhindert, dass die für eine Währungsunion notwendige Homogenität zwischen den Mitgliedsstaaten erreicht werden konnte. Drittens kann auch die Reaktion europäischer Politik als eine Krise des Outputs betrachtet werden. Die EU reagierte auf die haushaltspolitischen Probleme ihrer Mitgliedsstaaten mit einer Austeritätspolitik, die den von der Krise besonders betroffenen Staaten eine rigide Sparpolitik auferlegte. So kam es in den unter den EU-Rettungsschirm getretenen Staaten zu einer Reihe von Maßnahmen, die Kürzungen in den öffentlichen Haushalten nach sich zogen. Sie führten zu Einschnitten in den Sozialsystemen der Staaten, Reduktionen des öffentlichen Sektors und Kürzungen der öffentlichen Investitionen. Diese Politik beschleunigte die wirtschaftlichen Probleme in einer Reihe der Staaten, so dass von einem Einfluss europäischer Politik auf die Krisenentwicklung ausgegangen werden kann.

[3] Für eine gute Diskussion der gängigen Interpretation des Demokratiedefizits vgl. Follesdal und Hix 2006.

3.2 Output-orientierte Erklärungen der Unterstützung der EU

In diesem Abschnitt werden die output-bezogenen Erklärungsansätze der Unterstützung der EU diskutiert und in Bezug zur Krisenperzeption gesetzt. Aus dieser Diskussion werden Hypothesen entwickelt, wie sich die Krisenperzeption auf die Unterstützung der EU auswirkt. Der wohl einflussreichste Erklärungsansatz der öffentlichen Unterstützung der Europäischen Union ist der utilitaristischen Theorietradition entlehnt und bedient sich vor allem output-orientierter Argumente. Eine große Anzahl von Arbeiten greift auf diese Erklärungslinie zurück und sieht die Unterstützung der EU vor allem durch Kosten-Nutzen-Erwägungen des Einzelnen bestimmt. Diese Arbeiten begründen die öffentliche Unterstützung der EU durch wirtschaftliche Aspekte und beziehen sich in erster Linie auf den Output der Europäischen Union. Sie liefern wichtige Anhaltspunkte für den Einfluss der Krise und ihrer Perzeption auf die Unterstützung der EU.

Hooghe und Marks (2005) unterscheiden vier Perspektiven der utilitaristischen Argumentation, die sich aus der Kombination der Dimensionen egozentrisch/soziotropisch und subjektiv/objektiv ergeben. Denkt man über den Einfluss der individuellen Krisenperzeption auf die Unterstützung der EU nach, so ist vor allem die subjektive Dimension von Bedeutung. Die egozentrisch-subjektive Perspektive stellt die Einschätzung der Wirkungen der europäischen Integration für die persönliche Situation in den Mittelpunkt. Diejenigen also, die sich für das eigene Leben eine Verbesserung durch den Integrationsprozess versprechen, neigen eher dazu, diesen zu unterstützen (Anderson 1998; Hooghe und Marks 2005; Rohrschneider 2002). Neben den egozentrischen Beurteilungen wird auch den soziotropischen Evaluationen des Subjekts eine große Bedeutung für die Unterstützung des Integrationsprozesses zugschrieben (Anderson 1998; Gabel 1998a). Subjektiv-soziotropisch bezieht sich – analog zur subjektiv-egozentrischen Perspektive – auf die Einschätzung der ökonomischen Entwicklung der (nationalen) Umwelt durch das Subjekt. Es geht also um die Beurteilung, wie die nationalstaatlichen ökonomischen Bedingungen durch die EU-Mitgliedschaft verändert wurden. Diese Perspektive lässt sich allerdings noch erweitern, indem man argumentiert, dass auch die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Währungsraumes einen Einfluss auf die Unterstützung der EU hat. So könnten die Menschen zwar die wirtschaftliche Situation des eigenen Landes positiv beurteilen, durch negative Entwicklungen der europäischen Wirtschaft insgesamt aber der EU trotzdem ihre Unterstützung entziehen. Angesichts dieser Ergebnisse muss auch von einem Einfluss der Krisenperzeption ausgegangen werden, da diese die Nutzenzuschreibung zur EU verändern und dadurch die Unterstützung beeinflussen könnte. Aus diesen Überlegungen leitet sich die dritte Hypothese der Untersuchung ab:

H3: Je positiver die Menschen die Krise und die europäische Krisenpolitik wahrnehmen und je geringer sie die Gefahren für die eigene Umwelt einschätzen, desto stärker unterstützen sie die EU.

Die Ergebnisse objektiv-soziotropischer Untersuchungen legen zudem die Vermutung nahe, dass neben den Krisenperzeptionen auch die reale wirtschaftliche Entwicklung einen Einfluss auf die Unterstützung der EU hat. Die aktuelle Krise ist in erster Linie

eine Wirtschafts- und Finanzkrise, deren Auswirkungen sich vornehmlich in makroökonomischen Ziffern ausdrücken lassen. Eichenberg und Dalton haben erstmals gezeigt, dass wirtschaftlich schlechte Entwicklungen einen negativen Einfluss auf die Unterstützung der EU haben. So wiesen sie nach, dass sich hohe Arbeitslosenzahlen negativ auf die Unterstützung der EU auswirken (Eichenberg und Dalton 1993). Spätere Studien belegen diese Ergebnisse weitgehend (Anderson und Kaltenthaler 1996; Eichenberg und Dalton 2007; Mahler et al. 2000). Demnach sinkt die Unterstützung des Integrationsprozesses, wenn in den Mitgliedsstaaten wirtschaftliche Probleme existieren. Daher wird zudem geprüft, welchen Einfluss der wirtschaftliche Kontext auf die Unterstützung der EU ausübt. Dazu wird folgende Kontexthypothese getestet:

H4: Je schlechter die wirtschaftliche und finanzpolitische Situation des Länderkontextes ist, desto niedriger fällt auch die Unterstützung der Menschen aus.

In der egozentrisch-objektiven Argumentationslinie profitieren vor allem diejenigen mit einem hohen sozioökonomischen Status von der europäischen Integration, während für gering qualifizierte Arbeitskräfte ein negativer Effekt erwartet wird (Gabel 1998a, b; Gabel und Palmer 1995; McLaren 2002). Die Unterstützung der EU kann in dieser Lesart als eine Funktion des Bildungsstands, der fachlichen beruflichen Ausbildung und des Einkommens begriffen werden (Hooghe und Marks 2004). Diese Dimension wird in Form des Bildungsstands als Kontrollvariable in die Untersuchung einbezogen.

Die utilitaristische Erklärung ist häufig herangezogen worden und kann als eine weitgehend belegte Theorie zur Erklärung der Unterstützung der europäischen Integration gelten (Sanchez-Cuenca 2000). Um den Einfluss der Krisenperzeption allerdings im Gesamtkontext der Diskussion um die Legitimation und Unterstützung der EU zu begreifen, ist es ebenso notwendig, andere Erklärungslinien in die Betrachtung einzubeziehen. So kam es im Zuge der 2000er Jahre zu einem Input-Turn der Legitimation europäischer Politik (Lindgren und Persson 2010). Daher folgen einige Überlegungen über den Einfluss der Krise auf die Input-Legitimation der EU.

3.3 Die Krise und Input-Legitimation

Neben den Implikationen der Krise für den Output der EU lassen sich auch einige Entwicklungen beobachten, die sich auf die Input-Dimension der Legitimation beziehen. Die Etablierung neuer europäischer Institutionen wie des ESM, die große Bedeutung der demokratisch unzureichend legitimierten supranationalen Institutionen EZB und Europäische Kommission für die Krisenpolitik sowie die Stärkung der intergouvernementalen Institutionen, befeuern aufgrund fehlender parlamentarischer Kontrolle der Krisenentscheidungen die Debatte um demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung. Die in der Krise unter Zeitdruck getroffenen Entscheidungen wurden in erster Linie von den Regierungschefs und ihren Finanzministern, der Europäischen Kommission, sowie der EZB, in ihrer Funktion als unabhängiger Treuhänder der Mitgliedsstaaten, getroffen. Der Einfluss der nationalen Parlamente blieb insgesamt sehr beschränkt und es kann in Bezug auf die Krisenpolitik von einer „zunehmenden Entmachtung der nationalen Parlamente" (Gerhards und Lengfeld 2013, S. 208) gesprochen werden. Eine Blockade der Krisenpolitik durch die nationalen Parlamente

hätte unabsehbare Folgen gehabt. Dort, wo es zu Ratifizierungsproblemen europäischer Entscheidungen kam, endete der Konflikt mit einer Auflösung der Regierung und Neuwahlen, die eine neue Regierung ins Amt setzten, die die Entscheidungen dann mittrug.[4] Dieses Argument verweist auf eine Schwächung der parlamentarischen Mitbestimmung an europäischen Entscheidungen, bleibt doch auch die Rolle des Europäischen Parlaments in der Krisenpolitik überaus unbedeutend. Diese kurze Diskussion zeigt, dass die Krise der Legitimationsfrage auf der Input-Seite neue Bedeutung verleiht. Es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklungen nicht ohne Einfluss auf die Unterstützung der EU geblieben sind. Im Folgenden werden daher die input-bezogenen Erklärungsansätze der Unterstützung der EU vorgestellt.

3.4 Input-orientierte Erklärungen der Unterstützung der EU

Vor allem seit den 2000er Jahren haben sich andere Erklärungen der Unterstützung der EU in der wissenschaftlichen Debatte etabliert, die Alternativen zu den utilitaristischen Erklärungsansätzen bieten können. Dabei ist vor allem die Betonung der rationalen Evaluationen der EU für ihre Unterstützung in die Kritik geraten (Hooghe und Marks 2004). Demnach beurteilten die Menschen die EU keineswegs ausschließlich rational. Bedenkt man die vergleichsweise große Unwissenheit der Bevölkerung über europäische Politik und die EU, so scheinen rationale Beurteilungen tatsächlich nicht die einzig möglichen Determinanten der Unterstützung der EU zu sein. Auf Grundlage dieser Kritik haben sich zwei weitere Erklärungslinien herauskristallisiert, die einen Beitrag zum Verständnis der Unterstützung der EU leisten können. So beeinflussen auch politische sowie die Identität betreffende Faktoren die Meinungen der Menschen zur EU. Besonders einflussreich im Bereich der politischen Faktoren sind Theorien, die davon ausgehen, dass die Unterstützung der EU durch sogenannte „cues“ zu erklären ist (Rohrschneider 2002; Sanchez-Cuenca 2000). Da die Menschen wenig über die EU wissen, orientieren sie ihre Unterstützung an ihren Meinungen gegenüber nationalstaatlichen Institutionen. So konnte nachgewiesen werden, dass diejenigen, die mit der nationalen Demokratie zufrieden sind und den nationalen Institutionen Vertrauen entgegenbringen, auch die EU stärker unterstützen. Die Menschen übertragen ihre Beurteilungen nationaler Institutionen demnach auf die EU. Neuere Arbeiten dagegen verweisen darauf, dass auch das Vertrauen in europäische Institutionen eine Rolle bei der Erklärung der Unterstützung spielt (Serricchio et al. 2013). Vor dem Hintergrund der Krise und des dargestellten Bedeutungszuwachses europäischer Institutionen scheint diese Annahme besonders plausibel. Es muss angenommen werden, dass das Vertrauen in europäische Institutionen einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der Unterstützung der EU liefern kann. Aus dieser Feststellung leitet sich die fünfte Hypothese der Untersuchung ab:

[4] Als Beispiele seien die slowakische Regierungskrise 2011 oder die Probleme der Regierungsbildung in Griechenland nach den Wahlen 2012 genannt. Die Probleme, eine europafreundliche Regierung nach der Wahl im Mai 2012 in Griechenland zu bilden, führten zu Neuwahlen im Juni, die die Bildung einer europafreundlichen Regierung unter Premierminister Samaras ermöglichten.

H5: Diejenigen, die europäischen Institutionen Vertrauen entgegenbringen, unterstützen die EU und den Integrationsprozess stärker als diejenigen, die kein Vertrauen in europäische Institutionen haben.

Eine weitere Erklärung, die sich auf den Input bezieht, sieht in der Identität eine wichtige Determinante für die Unterstützung der EU (Carey 2002; Marks und Hooghe 2003; Runge in diesem Sonderheft; Weßels 2007). Arbeiten, die sich mit dem Einfluss der Identität auseinandersetzten, konnten zeigen, dass Menschen, die sich eine ausgeprägte nationale Identität zuschreiben, die EU stärker unterstützen als Menschen, die sich nicht mit ihrer Nation identifizieren. Dieser zunächst überraschende Befund erklärt sich dadurch, dass diese Menschen auch eine höhere europäische Identität aufweisen (Fuchs et al. 2009). Dies gilt nur für diejenigen nicht, die sich ausschließlich mit ihrer Nation identifizieren. Arbeiten neueren Datums beziehen daher auch die europäische Identität in die Untersuchung ein und es konnte nachgewiesen werden, dass eine starke europäische Identität einen großen Einfluss auf die Unterstützung der EU hat (Runge in diesem Sonderheft; Weßels 2007). Die letzte Hypothese, die in dieser Untersuchung getestet wird, lautet daher:

H6: Menschen mit einer ausgeprägten europäischen Identität unterstützen das europäische Integrationsprojekt stärker als Menschen, die sich nicht mit der EU identifizieren.

Die Zusammenfassung der Forschungsergebnisse zur Unterstützung der EU und des europäischen Integrationsprozesses lassen die Annahme plausibel erscheinen, dass die Krisenperzeption nicht ohne Einfluss auf die Unterstützung der EU bleiben dürfte.

4 Methodisches Vorgehen und Operationalisierung

Bevor die empirischen Ergebnisse präsentiert werden, werden in diesem Abschnitt das methodische Vorgehen sowie die Operationalisierung der theoretischen Konstrukte diskutiert. Die Datengrundlage für die Analysen auf Individualebene bildet das Eurobarometer 75.3 (Mai 2011), welches eine Reihe von Indikatoren zur Krisenwahrnehmung enthält. Die Daten zur wirtschaftlichen und fiskalpolitischen Entwicklung wurden den Veröffentlichungen von Eurostat und der Europäischen Kommission entnommen. Um die Unterschiede in der Krisenwahrnehmung zu verdeutlichen, wird in einem ersten Analyseschritt deskriptiv untersucht, wie sich diese zwischen den Staaten unterscheidet. Mit Hilfe von Korrelationsanalysen werden diese Unterschiede in Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Entwicklung der Länder sowie ihren Transfers in den bzw. aus dem Haushalt der EU gesetzt. Dabei werden dem Ansatz des Benchmarking folgend, die Abweichungen der ökonomischen Situation im eigenen Land vom europäischen Mittelwert in die Analyse eingehen.

In einem zweiten Analyseschritt wird der Einfluss der individuellen Krisenperzeption auf die Unterstützung der EU im Rahmen einer Mehrebenenanalyse geschätzt, die Aufschluss über die Bedeutung der Krise für die Unterstützung der EU im Kontext der diskutierten Erklärungsansätze gibt. Auch hier werden die verwendeten Variablen am europäischen Mittelwert zentriert.

Tabelle 3 im Anhang fasst die genauen Fragestellungen der verwendeten Variablen zusammen. Um die Krisenperzeption der Bevölkerung zu messen, werden vier Variablen verwendet, die sich auf die Wahrnehmung der ökonomischen Situation der EU sowie der europäischen Krisenpolitik beziehen. Die erste Variable fragt nach der Einschätzung der Folgen der Krise für den Arbeitsmarkt, die zweite nach einer Einschätzung der wirtschaftlichen Situation innerhalb der EU. Für die Bewertung der ökonomischen Situation werden damit zwei Variablen in die Untersuchung einbezogen, die sich zum einen auf die nationale Umwelt, zum anderen auch auf die Situation in der gesamten EU beziehen. Für die Bewertung der Krisenpolitik werden zwei Variablen verwendet. Die erste fragt sehr allgemein nach der Krisenperformanz der EU, die zweite nach der Einschätzung, ob die EU der geeignete Akteur für die Bewältigung der Krise ist.

Die abhängige Variable des Mehrebenenmodells wird durch einen Index aus sechs Indikatoren repräsentiert[5], die sich auf die Regime-Ebene der EU beziehen. In den Index geht erstens die „Membership"-Variable ein, die die am häufigsten verwendete Variable zur Messung der Unterstützung der EU darstellt. Zweitens wird eine Variable verwendet, die die Befragten nach ihrem Bild von der EU fragt. Drittens werden in den Index vier Items einbezogen, die danach fragen, ob die Befragten für oder gegen eine gemeinsame Währung, eine gemeinsame Verteidigungspolitik, eine gemeinsame Außenpolitik und zukünftige Erweiterungen der EU plädieren. Der gebildete Index kann Werte zwischen null und zehn annehmen.

In Arbeiten, die sich mit der Unterstützung der Europäischen Union auseinandersetzen, werden eine Reihe unterschiedlicher Operationalisierungen der Unterstützung der EU verwendet. Während einige Arbeiten ausschließlich die „Membership"-Frage als abhängige Variable verwenden, beziehen andere Autoren neben dieser auch die Frage nach der Integrationstiefe in die Untersuchung ein (Marks und Hooghe 2003). Andere Autoren, die sich zumeist mit der Frage des Euroskeptizismus[6] auseinandersetzen, unterscheiden zwischen instrumentellem und politischem Euroskeptizismus, wobei ersterer durch die „Membership"-Variable und die zweite Form durch Fragen nach der Integrationstiefe repräsentiert wird (Lubbers und Scheepers 2005, 2010; Schell in diesem Sonderheft).

In der vorliegenden Untersuchung wird eine abhängige Variable gebildet, die sowohl die Frage nach der „instrumentellen" Unterstützung als auch die Frage nach der „politischen" Unterstützung, d. h. der „Integrationstiefe", umfasst. Diese Vorgehensweise rechtfertigt sich zum einen dadurch, dass vorherige Untersuchungen, die die Integrationstiefe als abhängige Variable verwenden, gezeigt haben, dass die Einbeziehung der Membership-Variablen die Ergebnisse nicht verändert (Rohrschneider 2002). Diese Ergebnisse verweisen darauf, dass die vorgenommene Indexbildung als robust zu erachten ist. Gabel und Palmer (1995), die eine ähnliche Herangehensweise gewählt haben, rechtfertigen ihr Vorgehen weiterhin dadurch, dass „by utilizing both survey questions, we create a more precise and discriminating measure of EC support that is less plagued by the statistical problems associated with measurement error"

[5] Cronbachs $\alpha = 0{,}726$.

[6] Die Arbeiten zum Euroskeptizismus verwenden in der Regel dieselben Variablen wie Arbeiten zur Unterstützung der EU. Die Skalen werden lediglich mit umgekehrter Kodierung verwendet.

(Gabel und Palmer 1995, S. 9). Sie verwendeten für ihre Operationalisierung die „Membership"-Variable sowie die Frage nach der Etablierung eines europäischen Bundesstaates. Zudem spricht für die vorgenommene Operationalisierung auch, dass in der Diskussion der Krise sowohl der Nutzen der Mitgliedschaft des eigenen Landes als auch die Frage nach weiteren Integrationsschritten behandelt wird und die gewählte Vorgehensweise es ermöglicht, die Bandbreite dieser Diskussion in einer Variablen widerzuspiegeln.

Als unabhängige Variablen gehen vier Kontrollvariablen in die Analyse ein: das Bildungsniveau, das Alter, ein Indikator, der sich auf die Identität bezieht, sowie das Vertrauen in europäische Institutionen, welches durch einen Index aus vier Items repräsentiert wird, der Werte zwischen null und vier annehmen kann.[7] In die präsentierten Modelle gehen jeweils nur diejenigen Befragten ein, die gültige Antworten auf alle abgefragten Items gegeben haben.[8]

Die Analyse der Ergebnisse des Mehrebenenmodells erfolgt in einzelnen Schritten. Das erste Modell schätzt die Unterstützung der EU für die Kontrollvariablen. Im nächsten Schritt werden die Kontextvariablen in das Modell eingefügt. Zuletzt werden dann die Variablen der Krisenperzeption ins Modell gegeben, um den Einfluss der Krisenperzeption im Kontext alternativer Erklärungsmodelle zu begreifen. Das Vereinigte Königreich sowie Luxemburg wurden für die Schätzung des Mehrebenenmodells aus der Untersuchung ausgeschlossen, so dass sich die Ergebnisse lediglich auf 25 der 27 Mitgliedsstaaten der EU beziehen.[9]

5 Empirische Befunde

5.1 Krisenperzeption(en) im europäischen Vergleich

Die These, dass sich die einzelnen Staaten in ihren Krisenperzeptionen erheblich unterscheiden, wird durch die in Abb. 1 bis 4 präsentierten Ergebnisse gestützt. Die ausgewiesenen Ländermittelwerte variieren zum Teil erheblich. Zudem verdeutlicht Tab. 1, dass die Unterschiede mit wirtschafts- und finanzpolitischen Unterschieden in den einzelnen Mitgliedsstaaten in Zusammenhang stehen. Die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Entwicklungen dienen offenbar als Ankerpunkte, die divergierende Wahrnehmungen der Bürger in den Mitgliedsstaaten begründen.

Abbildung 1 weist den Anteil der Menschen innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten aus, die davon ausgehen, dass der Höhepunkt des negativen Einflusses der

[7] Cronbachs $\alpha = 0{,}926$.

[8] Durch diese Strategie gehen zwar eine Reihe von Informationen verloren, da sich die Fallzahl um gut ein Drittel verringert. Jedoch unterscheiden sich Schätzungen, in denen die fehlenden Werte unter Anwendung multipler Imputation ersetzt wurden (Ergebnisse nicht ausgewiesen) nur geringfügig von den hier präsentierten Werten, so dass diese als robust gelten können. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen anderer auf dem Eurobarometer basierenden Studien, die ebenfalls nur geringfügige Unterschiede zwischen Modellen mit listwise deletion und imputierten Werten berichten (Lubbers und Scheepers 2005).

[9] Diese Entscheidung ist dem Umstand geschuldet, dass das Vereinigte Königreich mit seiner extrem europaskeptischen Bevölkerung die Schätzungen auf Individualebene stark verzerrt, was für das kleine wirtschaftlich weit über dem Durchschnitt rangierende Luxemburg auf Kontextebene gilt.

Tab. 1 Korrelationen von Krisenperzeption und makroökonomischen, finanzpolitischen Faktoren. (Quelle: EB 75.3, Europäische Kommission 2013, Eurostat 2013)

Variable	BIP/ Wachstum	BIP/Kopf	Operative Haushaltssalden	Staats-schulden	Staatsschulden/ Wachstum	Arbeitslo-senquote
Auswirkungen Arbeitsmarkt	−0,59***	−0,11	0,14	0,60***	0,67***	0,37
Ökonomische Situation EU	0,59***	−0,21	0,16	−0,58***	−0,49***	−0,14
Krisenperfor-manz EU	0,47*	−0,13	0,15	−0,45**	−0,42**	−0,31
Akteur EU	0,04	−0,14	0,52**	0,04	0,01	0,36

Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2011, Wachstum der Staatsschulden auf die Jahre 2007–2011, $N=27$, ausgewiesen sind Korrelationskoeffizienten (r) nach Pearson

$*p<0,05$; $**p<0,01$; $***p<0,001$

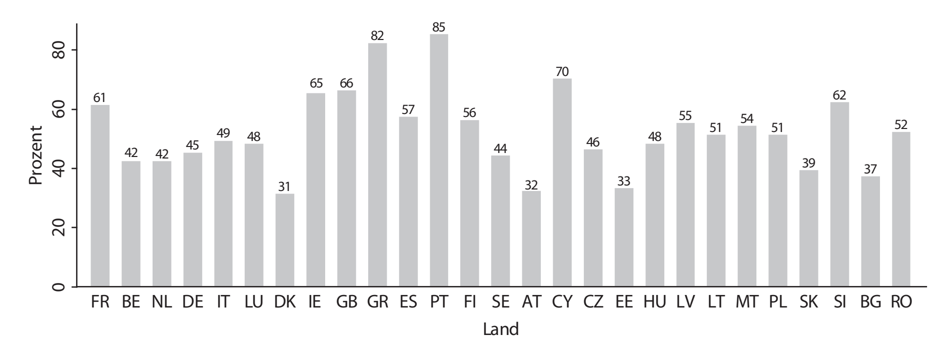


Abb. 1 Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt: „Das Schlimmste steht noch bevor“. (Quelle: EB 75.3)

Krise auf den Arbeitsmarkt noch nicht erreicht ist. In Griechenland und Portugal glaubten im Jahr 2011 über 80 % der Bevölkerung, dass die größten Probleme für den Arbeitsmarkt noch bevorstehen. In Irland, Großbritannien, Frankreich, Zypern und Slowenien liegen die Werte bei über 60 %. Als besonders optimistisch bezogen auf den Arbeitsmarkt zeigen sich Dänen, Österreicher und Esten. Die Auswertungen der Korrelationen zwischen den makroökonomischen und fiskalpolitischen Faktoren verdeutlichen, dass sich die erste Hypothese bezogen auf die Einschätzung der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen weitgehend bestätigt. In Staaten, wo die unter wirtschaftlichen Problemen in Form sinkender Wachstumsraten leiden und die Rezession mit besonders hohen Staatsschulden einhergeht, ist die Angst vor zukünftigen Steigerungen der Arbeitslosenzahlen besonders groß.

Wendet man sich der Einschätzung der ökonomischen Situation in der EU zu, so ist zu erkennen, dass diese in den meisten Mitgliedsstaaten mehrheitlich negativ eingeschätzt wird (Abb. 2). Am schlechtesten wird die Gesamtlage in den im Jahr 2011 bereits von der Krise betroffenen Staaten beurteilt. In Irland, Spanien, Portugal, Frankreich und Italien stellen nur etwa 20 % der europäischen Wirtschaft ein positives Zeugnis aus.

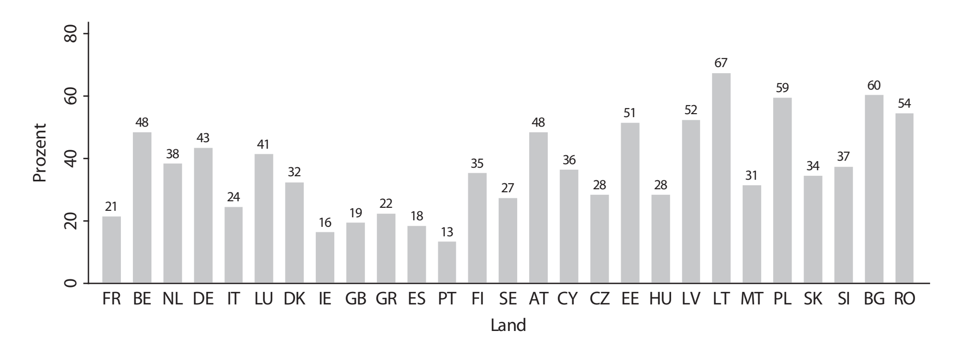


Abb. 2 Ökonomische Situation EU: Gut. (Quelle: EB 75.3)

Mehrheitlich positiv wird die wirtschaftliche Situation in der EU nur in einem Teil der neuen Mitgliedsstaaten beurteilt. Hierzu zählen Estland, Lettland, Litauen, Polen, Bulgarien und Rumänien. Diese Staaten gehören insgesamt zu den wirtschaftsschwächsten innerhalb der EU, deren Staatsverschuldung im Jahr 2011 gleichzeitig deutlich unter dem europäischen Mittel lag. Die Ergebnisse der Korrelationsanalysen zeigen, dass sowohl die Staatsschulden als auch die wirtschaftliche Entwicklung einen Beitrag zur Erklärung der unterschiedlichen Einschätzungen leisten können. Die Menschen in den Mitgliedsstaaten, deren Wirtschaftswachstum über und deren Staatsschulden unter dem europäischen Mittel lagen, beurteilen die wirtschaftliche Lage der EU insgesamt besser. Zudem verdeutlichen die Ergebnisse, dass die aktuelle Krise von einer großen Mehrheit tatsächlich als eine ökonomische Krise der gesamten EU wahrgenommen wird.

Ein Blick auf die Perzeption der politischen Leistung der europäischen Krisenpolitik zeigt, dass 17 der 27 Mitgliedsstaaten diese mehrheitlich gut beurteilen (Abb. 3). Mehrheitlich negativ wird die Krisenperformanz der EU dagegen in Griechenland, Großbritannien, Spanien, Frankreich, Portugal, Finnland, Schweden, Zypern, Lettland und Slowenien beurteilt.

Bemerkenswert scheint, dass die Beurteilung der Krisenpolitik in Deutschland nur sehr knapp positiv ausfällt, obwohl sich bis ins Jahr 2011 die deutsche Position auf europäischer Ebene zumeist durchsetzte. In den alten Mitgliedsstaaten bewerten die Politik der EU in der Krise vor allem Belgier, Luxemburger, Dänen und Österreicher positiv. Überraschend ist, dass mit Dänemark und Österreich zwei Länder darunter sind, die weithin als euroskeptisch bekannt sind. Die Korrelationsanalysen in Tab. 1 zeigen, dass die Unterschiede der Wahrnehmung zum einen mit unterschiedlichen Niveaus der Staatsverschuldung sowie den Steigerungsraten derselben im Laufe der Krise und zum anderen mit ökonomischen Wachstumsraten über dem EU-Mittel korrelieren. In überdurchschnittlich hoch verschuldeten Staaten, die alle unter großem Druck der europäischen Politik stehen, werden nach diesen Ergebnissen die auferlegten Sparmaßnahmen mehrheitlich kritisch gesehen.

In leichtem Kontrast zu diesem Ergebnis fallen die Zuschreibungen für die EU als geeigneten Akteur zur Bewältigung der Krise in den südeuropäischen Staaten nicht am niedrigsten aus (Abb. 4). Zwar wird in keinem Staat die EU mit einer absoluten Mehrheit als der beste Akteur bewertet. Jedoch halten in Griechenland, Portugal,

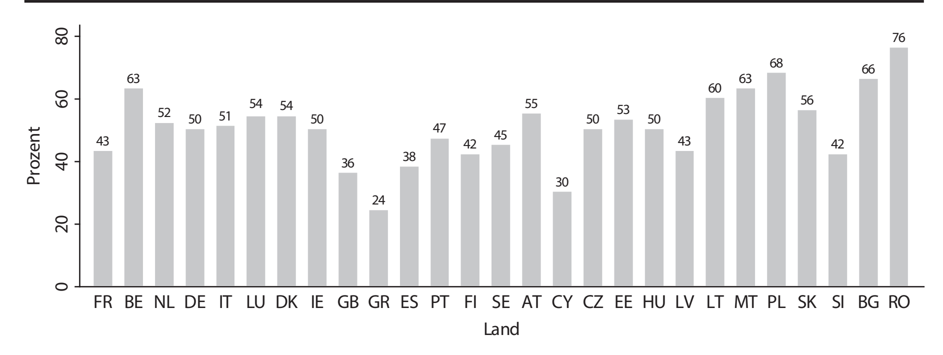


Abb. 3 Krisenperformanz EU: Gut. (Quelle: EB 75.3)

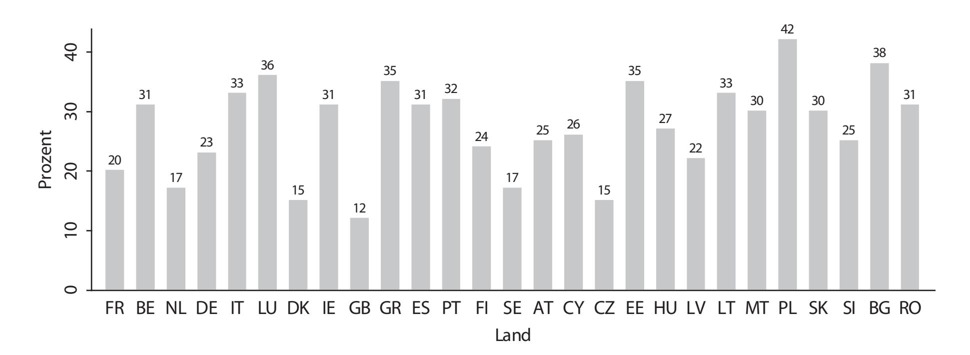


Abb. 4 Krise: geeigneter Akteur EU. (Quelle: EB 75.3)

Spanien und auch Irland, also den 2011 am stärksten von der Krise betroffenen Staaten, überdurchschnittlich viele Menschen die EU für den geeignetsten Akteur zur Bewältigung der Krise. Dagegen zeigen die als besonders euroskeptisch bekannten Bürger Dänemarks, Großbritanniens und Schwedens keine großen Sympathien für die EU als Krisenakteur. Gleiches kann über die Gründungsmitglieder Frankreich und Niederlande gesagt werden. Es scheint als sähen die Bürgerinnen dieser Mitgliedsstaaten die sensiblen von der Krise betroffenen Politikbereiche lieber in der Hand ihrer nationalen Regierungen.

Die bivariaten Untersuchungen in Tab. 1 offenbaren zudem einen interessanten Befund. So zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen den operativen Haushaltssalden und der Feststellung, dass die EU der geeignete Akteur zur Bearbeitung der Krise ist. Die Menschen in den Empfängerstaaten sehen die EU eher als den geeigneten Akteur als diejenigen in den Nettozahlerstaaten. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die Bevölkerungen der Nettozahlerstaaten Befürchtungen hegen, größere Kompetenzen der EU könnten in der Krise weiteren Kapitalabfluss in die Empfängerstaaten bedeuten. Zweifelsfrei belegen lässt sich diese Feststellung anhand der vorgelegten Daten allerdings nicht.

Die deskriptiven Vergleiche der Krisenperzeption haben verdeutlicht, dass sich diese zwischen den Mitgliedsstaaten der EU erheblich unterscheidet und dass diese Unterschiede in Beziehung mit der nationalen ökonomischen und finanzpolitischen

Entwicklung stehen. So nehmen die Krise vor allem die Menschen in den am meisten betroffenen Staaten negativ wahr. Als besonders wichtig erweist sich in diesem Zusammenhang die ökonomische Entwicklung, der Schuldenstand und die Entwicklung desselben. Gleiches gilt für die Beurteilung der Krisenpolitik. Im nächsten Schritt wird nun empirisch geprüft, welchen Einfluss die Krisenperzeption auf die Unterstützung der EU hat.

5.2 Der Einfluss der Krise und ihrer Perzeption auf die Unterstützung der EU

Um zu untersuchen, welchen Einfluss die Krise auf die Unterstützung der EU hat, wurde eine schrittweise Vorgehensweise gewählt. Diese schrittweise Modellierungsstrategie ist notwendig, um einen Eindruck über den Einfluss der Krisenperzeption auf die Unterstützung der EU im Gesamtkontext der Diskussion um die Unterstützung der EU zu ermöglichen und den Einfluss unter Berücksichtigung anderer Erklärungsfaktoren zu bestimmen. Dazu wurde zunächst ein Modell der Unterstützung der EU geschätzt, in welches die Kontrollvariablen einer input-orientierten Begründung der Unterstützung der EU sowie das Alter und die Bildung eingefügt wurden. Im nächsten Schritt werden die makroökonomischen und fiskalpolitischen Kontextfaktoren in die Analyse einbezogen. Dieses Modell ermöglicht erste Aussagen darüber, welchen Einfluss der Länderkontext auf die Unterstützung der EU hat. Im dritten Modell werden dann die Variablen der Krisenperzeption eingefügt und nach ihrem Einfluss auf die Unterstützung der EU sowie Veränderungen der anderen Einflussfaktoren gefragt. Die Interpretation der Ergebnisse wird so vorgenommen, dass zunächst die individuellen Einflussfaktoren und dann die Einflüsse der Kontextebene diskutiert werden.

Tabelle 2 fasst die Ergebnisse der Mehrebenenanalysen zusammen. Bezogen auf die Individualebene verdeutlichen das erste und dritte Modell, dass die Unterstützung der EU stark von input-orientierten Faktoren abhängig ist. Sie ist besonders groß, wenn die Menschen den Institutionen vertrauen und sich mit der EU identifizieren. Hypothese fünf und sechs finden sich somit bestätigt. Ein Blick auf die Modellgüte zeigt zudem, dass diese beiden Variablen rund 49 % der Varianz der abhängigen Variablen erklären. Die Hinzunahme der Krisenperzeption in das Modell verbessert die Modellanpassung auf gut 53 %. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Krisenperzeption zwar zu einer Verbesserung des Modells beiträgt, diese aber mit vier Prozent relativ gering ausfällt. Ein Blick auf die Effekte der Wahrnehmungen bestätigt aber die dritte und vierte Hypothese. Beurteilen die Menschen die ökonomische Lage in der Krise eher zuversichtlich und schreiben der EU eine gute Krisenperformanz zu, so unterstützen sie die EU mehr als Menschen, die dies nicht tun.

Ein Vergleich der Effektstärken der input-bezogenen Faktoren und der Variablen der Krisenperformanz zeigen zudem, dass der Effekt der ersten mit Einbezug der zweiten zwar zurückgeht, dass input-bezogene Variablen allerdings in Bezug auf die Unterstützung am einflussreichsten bleiben. Die Effekte der Krisenperzeption fallen insgesamt geringer aus als die der input-bezogenen Erklärungsfaktoren. Über den Einfluss der individuellen Krisenperzeption kann daher gesagt werden, dass diese zwar einen Effekt auf die Unterstützung der EU hat, dass jedoch input-bezogene

Tab. 2 Mehrebenenmodell der Unterstützung der EU. (Quelle: EB 75.3, Europäische Kommission 2013, Eurostat 2013)

Variable	Modell 1	Modell 2	Modell 3
	b	b	b
Auswirkungen Arbeitsmarkt			−0,41***
Ökonomische Situation EU			0,25***
Krisenperformanz EU			0,41***
Krise: geeigneter Akteur EU			0,32***
Vertrauen	0,64***	0,64***	0,53***
Identität	0,83***	0,83***	0,70***
Alter	−0,01***	−0,01***	−0,01***
Bildung	0,01	0,01	0,01
Bruttostaatsverschuldung		0,00[a]	0,00*[a]
BIP/Kopf		−0,02***	−0,01***
Arbeitslosenquote		0,03	0,05*
Operative Haushaltssalden		−0,00[b]	−0,00[b]
Konstante	2,67***	3,59***	2,18***
Madalla-R^2	0,49	0,49	0,53
Level 1-Bryk-Raudenbush	0,46	0,46	0,46
Level 2-Bryk-Raudenbush		0,55	0,60
ICC	0,10	0,05	0,04
−2 Log-Likelihood	49.225	49.206	48.359
N	15.498	15.498	15.498

Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2011

[a]0,004

[b]−0,00005

*$p<0,05$; ***$p<0,001$

Argumente einen größeren Beitrag für die Erklärung der Unterstützung der EU in der Krise leisten.

Die Ergebnisse des zweiten und dritten Modells lassen Rückschlüsse auf den Einfluss der Kontextfaktoren zu. Es zeigt sich, dass durch den Einbezug der Variablen Bruttostaatsverschuldung, BIP pro Kopf, Arbeitslosenquote sowie der operativen Haushaltssalden die Anpassung des Modells an die Daten nochmals verbessert werden kann. Die Koeffizienten der vier verwendeten Kontextvariablen zeigen, dass die ökonomische und fiskalpolitische Situation in den einzelnen Mitgliedsstaaten Auswirkungen auf die Unterstützung der EU hat. In Kontexten mit überdurchschnittlicher Bruttostaatsverschuldung sowie überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote fällt auch die Unterstützung der EU insgesamt größer aus. Diese Ergebnisse widersprechen der These, dass in Kontexten mit hoher Bruttostaatsverschuldung sowie hoher Arbeitslosigkeit auch die Unterstützung der EU abnehmen müsste. Dies ist offenbar nicht der Fall. Eine mögliche Erklärung für diesen Befund könnte sein, dass in den höher verschuldeten Staaten die Bürger ihre Hoffnungen in die EU setzen, eine Lösung für diese Krise zu finden und die Schuldensituation zu entspannen. So ließe sich aus dem Ergebnis ableiten, dass die EU in Staaten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote und Bruttostaatsverschuldung mehr Unterstützung erfährt, da die EU Mitglie-

der, die unter massiven Schuldenproblemen leiden, unter Druck setzt, diese Probleme zu lösen. Offenbar werden die finanziellen Probleme in den meisten Mitgliedsstaaten nicht der EU zugerechnet, sondern eher als nationale Probleme interpretiert, die aber auf europäischer Ebene gelöst werden sollten.

Die operativen Haushaltssalden sowie das BIP pro Kopf dagegen weisen negative Vorzeichen auf, was bedeutet, dass in Kontexten, in denen mehr an den EU-Haushalt gezahlt wird als in das Land zurückfließt, sowie in Staaten mit überdurchschnittlichem BIP pro Kopf, die Unterstützung niedriger ausfällt als in den Empfängerstaaten mit unterdurchschnittlichem BIP pro Kopf. Bezogen auf die operativen Haushaltssalden bestätigt dieses Ergebnis die Befunde bisheriger Forschungen. So konnte gezeigt werden, dass die Unterstützung der EU in Polen mit der Zeit angestiegen ist und dass die Zahlungen aus dem EU-Haushalt eine wichtige Determinante für diesen Anstieg gewesen sind (Jackson et al. 2011). Auch Untersuchungen, die die Unterstützung der EU im Ländervergleich analysiert haben, deuten auf diesen positiven Effekt hin. Klare Aussagen über den Einfluss der operativen Haushaltssalden können auf Grundlage der hier präsentierten Ergebnisse allerdings nicht getroffen werden, da der Koeffizient der operativen Haushaltssalden knapp an der verwendeten Signifikanzgrenze scheitert. Bezogen auf das BIP pro Kopf widersprechen die Ergebnisse denen einer Reihe vorheriger Untersuchungen. Diese wiesen dem BIP pro Kopf einen positiven Effekt auf die Unterstützung der EU zu. Jedoch wurden die meisten dieser Ergebnisse vor der Osterweiterung produziert, so dass davon auszugehen ist, dass sich der Effekt des BIP nach der Osterweiterung verändert hat. Jeder der Staaten, die 2004 und 2007 der EU beigetreten sind, weist ein BIP pro Kopf auf, welches deutlich unter dem europäischen Durchschnitt liegt. So zeigen die Ergebnisse der Mehrebenenanalysen, dass in den Mitgliedsstaaten mit überdurchschnittlichem BIP pro Kopf die Unterstützung insgesamt niedriger ausfällt. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass die Bevölkerungen der reicheren Staaten der EU seit der Osterweiterung um ihren Wohlstand fürchten, wohingegen in den mittelost- und osteuropäischen Staaten Wohlstandsgewinne erhofft werden.

6 Fazit

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die Krise nicht ohne Einfluss auf die Unterstützung der EU geblieben ist. Die deskriptiven Befunde zur Krisenperzeption legen die Annahme nah, dass die Menschen die aktuelle Situation tatsächlich als eine Krise empfinden, die Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt hat. Diese Wahrnehmung fällt umso negativer aus, je negativer die Lage im eigenen Land im europäischen Vergleich ist. Die Ergebnisse des Mehrebenenmodells zeigen zudem, dass die Unterstützung der EU insgesamt sinkt, wenn die Menschen die Krise negativ wahrnehmen und auch die Krisenpolitik negativ bewerten. Innerhalb dieses Modells fällt allerdings die Unterstützung in wirtschaftlich problematischen Kontexten etwas höher aus. Dies deutet darauf hin, dass in der EU und dem Integrationsprozess auch Hoffnungen für die Verbesserung dieser Probleme liegen.

Setzt man diese beiden Ergebnisse in Bezug zueinander, wird deutlich, dass die individuelle Unterstützung der EU in wirtschaftlich schwierigen Kontexten insgesamt etwas höher ausfällt, wenn man davon ausgeht, dass sich die Krisenperzeptionen gleichen. Die insgesamt schlechtere Wahrnehmung in den Krisenstaaten dürfte allerdings einen Anteil an der insgesamt gesunkenen Unterstützung der EU haben. Jedoch sollte der Einfluss der Krise und ihrer Wahrnehmungen auf die EU auch nicht überschätzt werden. Die Ergebnisse der Untersuchungen deuten nicht darauf hin, dass die Krise bis 2011 für maßgebliche Veränderungen der Unterstützung gesorgt hat. Das auch vor der Krise nicht besonders populäre Einigungsprojekt ist durch die Krise nicht populärer geworden, eine extreme Abnahme der Unterstützung scheint aber nicht bewirkt worden zu sein.

Die Ergebnisse verweisen zudem darauf, dass die Bewältigung der Krise zwar wichtig für eine positive Entwicklung der Unterstützung der EU ist, andere Faktoren allerdings insgesamt einen größeren Einfluss haben. Soll die Unterstützung der EU gestärkt werden, so sind vor allem das Vertrauen der Bürger in die europäischen Institutionen sowie ihre Identifikation mit der EU von Bedeutung. Der Einfluss wirtschaftlicher und finanzpolitischer Faktoren ist evident und kann in Zeiten schlechter Outputs zu sinkender Unterstützung führen, jedoch könnten input-orientierte Argumente eine Basis für die Unterstützung der EU darstellen, die durch negative Output-Entwicklungen nicht zerstört würde.

Bezieht man die empirischen Ergebnisse auf die Legitimationsfrage, so lässt sich sagen, dass die Krise die Legitimationsgrundlagen europäischer Politik insgesamt geschwächt hat. Denn erstens hat die Krise dem wichtigen Argument der positiven wirtschaftlichen Entwicklung weitere Kraft entzogen. Und zweitens trägt auch die sinkende Unterstützung der EU nicht zu einer insgesamt schwachen Input-Legitimation bei. Die Legitimation der EU aufgrund dieser Ergebnisse grundlegend neu zu bewerten, scheint jedoch nicht angebracht. Diese wird auch in der Zukunft stärker auf output-orientierte Legitimationsargumente angewiesen sein als die politischen Systeme ihrer Mitgliedsstaaten. Denn ihre input-orientierten Legitimationsargumente werden weiterhin schwächer sein als die der Nationalstaaten. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass die EU in der Vergangenheit die Bandbreite der Input-Legitimation vergrößert hat. Dieser Input-Turn lässt sich zwar auch in der Unterstützung der EU durch ihre Bürger feststellen, bislang bleiben positive Effekte auf die Unterstützung der EU allerdings aus. Die EU und ihre Institutionen scheinen noch zu weit von den Bürgern entfernt, als dass sie eine breite Basis für input-orientierte Legitimationsargumente bilden könnten.

Daraus lässt sich ableiten, dass es für die zukünftige Stabilität der EU von besonderer Bedeutung ist, diese näher an den Bürger zu rücken. Die große Distanz zwischen den Menschen und den europäischen Institutionen stellt ein großes Hindernis für zukünftige Integrationsschritte dar. Die bereits diskutierte (und zum Teil bereits vollzogene) Ausweitung europäischer Kompetenzen dürfte daher schwierig umzusetzen sein, sollte diese nicht auch mit Änderungen des institutionellen (Macht-)Gefüges einhergehen, die sicherstellen, dass die EU und ihre Politik für ihre Bürger greifbarer wird.

Anhang

Tab. 3 Operationalisierung der theoretischen Konstrukte. (Quelle: EB 75.3)

Variable		Items
Abhängige Variable	Unterstützung der EU	A) Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind. 1) Eine Europäische Wirtschafts- und Währungs-union mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro. 2) Eine gemeinsame Außenpolitik der 27 Mitgliedsstaaten der EU. 3) Eine zusätzliche Erweiterung der EU, um in den nächsten Jahren andere Länder aufzunehmen. 4) Eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten (QA19)
		B) Ist die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach: 1) eine gute Sache 2) eine schlechte Sache 3) weder gut noch schlecht 4) weiß nicht/k.A. (QA10c)
		C) Ganz allgemein gesprochen ruft die EU bei ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor 1) Sehr positiv 2) Ziemlich positiv 3) Weder positiv noch negativ 4) Ziemlich negativ 5) Sehr negativ 6) Weiß nicht/k.A. (QA14)
Unabhängige Variablen	Auswirkungen Arbeitsmarkt	Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder verbessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt ihrer Ansicht am nächsten? 1) Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht 2) Das Schlimmste steht noch bevor 3) Weiß nicht/k.A. (QC1)
	Ökonomische Situation	Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? Die Lage der europäischen Wirtschaft: 1) Sehr gut 2) Ziemlich gut 3) Ziemlich schlecht 4) Sehr schlecht 5) Weiß nicht/k.A.(QA4A)
	Krisenperformanz EU	Würden Sie sagen, dass die folgenden Akteure seit Beginn der Wirtschaftskrise bis heute erfolgreich bei deren Bekämpfung gehandelt haben oder nicht? Die EU 1) Ja, sehr erfolgreich 2) Ja, ziemlich erfolgreich 3) Nein, nicht sehr erfolgreich 4) Nein, überhaupt nicht erfolgreich 5) Weiß nicht/k.A (QC11_1)
	Krise: geeigneter Akteur	Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ergreifen? 2) Die EU (QC3A)
Kontrollvariablen	Vertrauen	Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen 1) dem Europäischen Parlament 2) der Europäischen Kommission 3) dem Rat der Europäischen Union 4) Der Europäischen Zentralbank (QA13, QA17)
	Identität	Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Aussagen, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht 1) Sie fühlen sich als Bürger der EU 1)Ja, voll und ganz 2) Ja, teilweise 3) Nein, eher nicht 4) Nein, überhaupt nicht 5) Weiß nicht/k.A. (QD4)
	Alter	Darf ich fragen, wie alt sie sind? (D11)
	Bildung	Wie alt waren sie, als Sie mit ihrer Schul-bzw. Universitätsausbildung aufgehört haben? (D8)
Kontextvariablen	Ökonomische Lage	1) BIP/Kopf 2) Arbeitslosenzahl (Eurostat 2013)
	Fiskalpolitische Faktoren	1) Operative Haushaltssalden 2) Bruttostaats-verschuldung (Europäische Kommission 2013; Eurostat 2013)

Literatur

Anderson, Christopher J. 1998. When in doubt use proxies: Attitudes toward domestic politics and support for European integration. *Comparative Political Studies* 31 (5): 569–601.

Anderson, Christopher J. und Karl C. Kaltenthaler. 1996. The dynamics of public opinion toward European integration, 1973-93. *European Journal of International Relations* 2 (2): 175–199.

Bierhoff, Hans-Werner und Dieter Frey, Hrsg. 2011. *Sozialpsychologie - Individuum und soziale Welt*. Göttingen: Hogrefe.

Bohrmann, Gerda und Georg Vobruba. 1993. Krisen und ihre Interpretationen. Die Weltwirtschaftskrisen 1929 und 1974 im Vergleich. Das Besipiel Österreich. *Comparativ* 6:32–58.

Buonanno, Laurie und Neill Nugent. 2013. *Policies and policy processes of the European Union. Hounmills*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Carey, Sean. 2002. Undivided loyalities: Is national identity an obstacle to European integration. *European Union Politics* 3 (4): 387–413.

Ehin, Piret. 2008. Competing models of EU legitimacy: The test of popular expectations. *Journal of Common Market Studies* 46 (3): 619–640.

Eichenberg, Richard C. und Russel J. Dalton. 1993. Europeans and the European community: The dynamics of public support for the European integration. *International Organization* 47 (4): 507–534.

Eichenberg, Richard C. und Russel J. Dalton. 2007. Post-Maastricht blues: The transformation of citizen support for European integration, 1973–2004. *Acta Politica* 42 (2): 128–152.

Europäische Kommission. 2011. Eurobarometer 75.3: Europe 2020, Financial and Economic Crisis, European Union Budget, and the Common Agricultural Policy, May 2011. TNS OPINION & SOCIAL, Brussels [Producer], GESIS Data Archive, Cologne [Publisher]: ZA5481, dataset version 1.0.0. http://zacat.gesis.org/webview/. Zugegriffen: 10. Apr. 2013.

Europäische Kommission. 2013. EU-Haushalt 2012 Finanzbericht. http://ec.europa.eu/budget/financialreport/pdf/financialreport-2012_de.pdf. Zugegriffen: 15. Dez. 2013.

Eurostat. 2013. Search Database. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database. Zugegriffen: 10. Apr. 2013.

Follesdal, Andreas und Simon Hix. 2006. Why there is a democratic deficit in the EU: A response to Majone and Moravcsik. *Journal of Common Market Studies* 44 (3): 533–562.

Fuchs, Dieter, Isabelle Guinaudeau und Sophia Schubert. 2009. National identity, European identity and euroscepticism. In *Euroscepticism. Images of Europe among mass publics and political elites*, Hrsg. Dieter Fuchs, Raul Magni-Berton und Antoine Rogers, 91–112. Opladen, Farmington Hills: Budrich.

Gabel, Matthew. 1998a. Public support for European integration: An empirical test of five theories. *Journal of Politics* 60 (2): 333–354.

Gabel, Matthew. 1998b. Economic integration and mass politics: Market liberalization and public attitudes in the European Union. *American Journal of Political Science* 42 (3): 936–953.

Gabel, Matthew und Harvey D. Palmer. 1995. Understanding variation in public support for European Integration. *European Journal of Political Research* 27 (1): 3–19.

Gerhards, Jürgen und Holger Lengfeld. 2013. *Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller Bürger*. Wiesbaden: VS Springer.

Hooghe, Liesbet und Gary Marks. 2004. Does identity or economic rationality drive public opinion on European integration? *PS: Political Science & Politics* 37 (3): 415–420.

Hooghe, Liesbet und Gary Marks. 2005. Calculation, community and cues: Public opinion on European integration. *European Union Politics* 6 (4): 419–443.

Höreth, Marcus. 1999. *Die Europäische Union im Legitimationstrilemma. Zur Rechtfertigung des Regierens jenseits der Staatlichkeit*. Baden-Baden: Nomos.

Jackson, John E., Bogdan W. Mach und Jennifer L. Miller-Gonzalez. 2011. Buying support and regime change: the evolution of Polish attitudes towards the EU and voting between accession and 2008. *European Union Politics* 12 (2): 147–167.

Kayser, Mark A. und Michael Peress. 2012. Benchmarking across Borders: Electoral accountability and the necessity of comparison. *American Political Science Review* 106 (3): 661–684.

Lindgren, Karl-Oskar und Thomas Persson. 2010. Input and output legitimacy: synergy or trade-off? Empirical evidence from an EU survey. *Journal of European Public Policy* 17 (4): 449–467.

Lubbers, Marcel und Peer Scheepers. 2005. Political versus Instrumental Euro-scepticism. Mapping scepticism in European Countries and Regions. *European Union Politics* 6 (2): 223–242.

Lubbers, Marcel und Peer Scheepers. 2010. Divergent trends of euroscepticism in countries and regions of the European Union. *European Journal of Political Research* 49 (6): 787–817.

Mahler, Vincent A., Bruce J. Taylor und Jennifer R. Wozniak. 2000. Economics and public support for the European union: An analysis at the National, Regional and Individual Levels. *Polity* 32 (3): 429–453.
Marks, Gary und Liesbet Hooghe. 2003. *National Identity and Support for European Integration. WZB-Veröffentlichungsreihe der Abteilung Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
McLaren, Lauren M. 2002. Public support for the European Union: Cost/benefit analysis or perceived cultural threat? *Journal of Politics* 64 (2): 551–566.
Rohrschneider, Robert. 2002. The democracy deficit and mass support for an EU-wide government. *American Journal of Political Science* 46 (2): 463–475.
Sanchez-Cuenca, Ignacio. 2000. The political basis for European integration. *European Union Politics* 1 (2): 147–171.
Scharpf, Fritz. 1999. *Regieren in Europa: effektiv und demokratisch?*. Frankfurt: Campus Verlag.
Scharpf, Fritz W. 2004. *Legitiationskonzepte jenseits des Nationalstaats. MPIfG Working Paper 04/06*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
Seegers, Sarah. 2008. Die Institutionen- und Machtarchitektur der Europäischen Union mit dem Vertrag von Lissabon. In *Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union*, Hrsg. Werner Weidenfeld, 63-98. Baden-Baden.
Serricchio, Fabio, Myrto Tsakatika und Laucia Quaglia. 2013. Euroscepticism and the global financial crisis. *Journal of Common Market Studies* 51 (1): 51–64.
Strack, Fritz und Roland Deutsch. 2002. Urteilsheuristiken. In *Theorien der Sozialpsychologie. Band III. Motivations-, Selbst- und Informationsverarbeitungstheorien.*, Hrsg. Dieter Frey und Martin Irle, Bern, Göttingen, Toronto, Seattle: Huber.
Tversky, Amos und Daniel Kahneman. 1974. Judgment under uncertainty: Heuristics and biases. *Science* 185 (13): 1124–1131.
Weßels, Bernhard. 2007. Discontent and European identity: Three types of Euroscepticism. *Acta Politica* 42 (2): 287–306.

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:101–121
DOI 10.1007/s12286-014-0203-z

AUFSÄTZE



Die Deutschen und der Euro

Einstellungen zur gemeinsamen Währung in Zeiten der Schuldenkrise

Fabian Endres

Online publiziert: 1. Oktober 2014

Zusammenfassung Dieser Aufsatz geht der Frage nach, wie sich Einstellungen deutscher Bürger zur gemeinsamen Währung erklären lassen. Anhand von 2011 erhobenen Online-Daten kann gezeigt werden, dass insbesondere ökonomische Erwägungen und Gruppenbindungen Einfluss auf Einstellungen zum Euro nehmen. Zusätzlich ziehen Bürger bei der Einstellungsbildung außenpolitische Grundorientierungen und Elitensignale heran. Trotz der hohen Salienz der deutschen Euromitgliedschaft in Folge der Staatsschuldenkrise greifen lediglich Bürger mit mittlerer politischer Involvierung auf Elitensignale zurück. Die Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass die weitere Unterstützung des Euro zu einem großen Teil von der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und den entsprechenden Deutungen durch die politischen Eliten abhängig ist.

Schlüsselwörter Euro · Europäische Integration · Öffentliche Meinung · Elitensignale

The Germans and the Euro
Attitudes toward the common currency in times of crisis

Abstract This paper investigates the attitudes of German citizens toward the common currency. Drawing on data from 2011, the analysis shows that especially

Für hilfreiche Kommentare und Anmerkungen bedanke ich mich bei Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher und Markus Steinbrecher sowie zwei anonymen Gutachtern.

F. Endres (✉)
Lehrstuhl für Vergleichende Politische Verhaltensforschung, Universität Mannheim,
A5, 6,
68131 Mannheim, Deutschland
E-Mail: fabian.endres@mzes.uni-mannheim.de



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_6, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

utilitarian considerations and group loyalties shape attitudes toward the Euro. In addition, people take foreign policy beliefs and elite cues into consideration when evaluating the single currency. Despite the high salience of Germany's Euro membership in the course of the sovereign debt crisis, only citizens with a medium level of political involvement take elite cues into account. The findings suggest that further public support for the common currency in Germany depends to a large extent on the development of the economic situation in the Eurozone and how political elites interpret these developments.

Keywords Euro · European integration · Public opinion · Cueing

1 Einleitung

Einstellungen gegenüber dem Euro sind vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise in mehrerlei Hinsicht von Relevanz: Zunächst einmal würde eine Erosion des Vertrauens in den Euro als Zahlungsmittel natürlich über kurz oder lang das Ende der Währungsunion besiegeln. Zudem stellt die Schaffung einer gemeinsamen Währung aber auch einen folgenreichen und überaus sichtbaren Integrationsschritt dar. Aus der Haltung zum Euro lassen sich daher auch Rückschlüsse darauf ziehen, inwiefern die Bürger noch bereit sind, weitreichende Integrationsschritte mitzutragen (Banducci et al. 2003). Ereignisse wie der knapp gescheiterte Mitgliederentscheid der FDP zum Eurorettungsschirm ESM Ende 2011 oder das gute Abschneiden der „Alternative für Deutschland" bei der Bundestagswahl 2013 zeigen, dass die Frage nach der Zukunft der gemeinsamen Währung durchaus das Potential hat, bedeutsamen Einfluss auf das zukünftige Wahlverhalten der deutschen Bürger und damit auf den Fortgang des europäischen Einigungsprozesses auszuüben. Daher ist es wichtig zu verstehen, wie sich die Unterstützung der gemeinsamen Währung gerade in Zeiten der gegenwärtigen Krise im Euroraum erklären lässt.

Grundsätzlich gehören Einstellungen zur gemeinsamen Währung zu den besser untersuchten Politikbereichen der Europäischen Union. Allerdings haben die meisten Untersuchungen die Jahre vor oder während der Euroeinführung zum Gegenstand. Die verwendeten Theorien reichen dabei von ökonomisch orientierten Ansätzen (Gabel 2001), die sich oftmals auf die Aggregatebene beschränken (Gärtner 1997; Kaltenthaler und Anderson 2001), über die gängigen Ansätze bei der Erklärung von Einstellungen zur europäischen Integration (Banducci et al. 2003) bis hin zu psychologischen Theorien (Müller-Peters 1998). Jüngere Untersuchungen beschäftigen sich in der Regel mit Ländern, die noch nicht dem Euro beigetreten sind (Gabel und Hix 2005; Hobolt und Leblond 2009; Jupille und Leblang 2007), und seltener mit Einstellungen der Bevölkerung, die bereits der Eurozone angehört (Banducci et al. 2009).

In Anbetracht der Tatsache, dass sich im Verlauf der Krise die Determinanten der Einstellungen verschoben haben könnten, und der Bedeutung, die Deutschland bei der Überwindung der Eurokrise zukommt, ist es aber durchaus angebracht, sich ein weiteres Mal mit Einstellungen zur gemeinsamen Währung zu beschäftigen. Zudem machen die Versuche der Mitgliedsstaaten, der Krise mit Mitteln außerhalb des europäischen Vertragswerks Herr zu werden, deutlich, dass es sich beim europäischen

Einigungsprozess nach wie vor auch um ein intergouvernementales Projekt handelt. Daher sollten nicht nur die klassischen Ansätze aus utilitaristischen Erwägungen, Gruppenbindungen und Elitensignalen (Hooghe und Marks 2005) einen Beitrag zur Erklärung von Einstellungen zur europäischen Integration leisten. Auch außenpolitische Grundorientierungen, die bisher bei der Untersuchung der Determinanten europapolitischer Einstellung nur wenig Beachtung fanden (siehe aber Rattinger 1996), sollten einen Einfluss auf die Haltungen der Deutschen zum Euro ausüben.

Im Folgenden soll daher untersucht werden, wie sich Einstellungen deutscher Bürger zum Euro in Zeiten der europäischen Schuldenkrise erklären lassen. Dazu werden nicht nur die drei klassischen Erklärungsansätze herangezogen, sondern auch außenpolitische Grundorientierungen berücksichtigt. An die Darstellung der Theorien und die Ableitung von Hypothesen im nächsten Schritt schließt sich eine empirische Untersuchung anhand von 2011 erhobenen Online-Umfragedaten an. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und mögliche Implikationen diskutiert.

2 Theorie

Angesichts des lange Zeit überwiegend ökonomischen Charakters der europäischen Einigung scheint es auf den ersten Blick nicht verwunderlich, dass zahlreiche Befunde sowohl auf der Aggregat- als auch auf der Individualebene darauf schließen lassen, dass Einstellungen zur europäischen Integration auf Grundlage der erwarteten wirtschaftlichen Konsequenzen gebildet werden. Wie ein Bürger zur Europäischen Union steht, hängt demnach stark von seiner sozioökonomischen Position und der jeweiligen wirtschaftlichen Situation ab (z. B. Anderson und Reichert 1995; Eichenberg und Dalton 1993; Gabel 1998). Überwiegt der Nutzen eines Integrationsschrittes dessen Kosten, wird er befürwortet, andernfalls abgelehnt. Gerade beim Euro scheint ein solches Vorgehen naheliegend zu sein, da viele der Vor- und Nachteile der gemeinsamen Währung mehr oder weniger auf der Hand liegen, wie etwa einerseits Erleichterungen bei Handel und Reisen, andererseits aber auch die Notwendigkeit, strauchelnden Mitgliedsstaaten mit Milliardenhilfen unter die Arme zu greifen.

Allerdings erfordern solche Kosten-Nutzen-Kalkulationen ein gewisses Maß an Wissen und Informationen (Downs 1968, S. 76–77). Nun sind aber Wissen und Interesse zu Themen der europäischen Integration in der Bevölkerung nur spärlich vorhanden (Westle und Johann 2010). Daher sind die oft festgestellten Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Lage und Einstellungen zur gemeinsamen Währung erklärungsbedürftiger als es auf Anhieb scheint: Es mag zwar ökonomisch plausibel sein, dass die Inflation einen Einfluss auf die aggregierte Unterstützung des Euro hat (Gärtner 1997; Kaltenthaler und Anderson 2001). Allerdings haben die meisten Europäer allenfalls eine vage Vorstellung von der Höhe der aktuellen Inflationsrate (Banducci et al. 2009, S. 573). Wie man aber ohne das entsprechende Kontextwissen zu zutreffenden Einschätzungen über die Auswirkungen der gemeinsamen Währung gelangen soll, bleibt schleierhaft. Als mögliche Erklärung für die gefundenen Zusammenhänge wird auf die Verwendung von Heuristiken und *information shortcuts* verwiesen. Hinweise aus ihrer sozialen Umgebung versetzen Bürger demnach in die Lage, auch

ohne genauere Informationen Rückschlüsse auf Vor- und Nachteile der gemeinsamen Währung zu ziehen (Gabel 1998, S. 939; Lau und Redlawsk 2001).

So lassen sich, ausgehend von der sozioökonomischen Position der Bürger, Personengruppen identifizieren, die den Gewinnern und Verlierern der gemeinsamen Währung zuzurechnen sind. Nicht zu den Nutznießern des Euro gehören tendenziell niedrig Qualifizierte. Denn in der Bundesrepublik als kapitalreichem Land siedeln sich vorwiegend kapitalintensive Gewerbe und Industrien an, während arbeitsintensive Industrien in Länder mit niedrigeren Lohnkosten abwandern (Brinegar und Jolly 2005). Die Verlagerung von Arbeitsplätzen wird dabei durch den gemeinsamen Währungsraum erleichtert, da unter anderem Wechselkursrisiken wegfallen. Wenig qualifizierte Arbeitnehmer, die weniger mobil als Hochqualifizierte und Unternehmen sind, sollten deshalb die gemeinsame Währung ablehnen (Hypothese 1a). Personen, die über ein größeres Vermögen verfügen, dürfen sich hingegen zu den Gewinnern rechnen. Denn durch den Euro bieten sich ihnen zusätzliche Anlagemöglichkeiten im europäischen Ausland und damit die Chance auf höhere Kapitalerträge. Daher sollte die Befürwortung des Euro mit steigendem Einkommen zunehmen (Hypothese 1b).

Auch wenn alles in allem nicht auszuschließen ist, dass Einstellungen zur EU zumindest bei einigen Bürgern auf bewusstem Abwägen von Vor- und Nachteilen beruhen, dürfte bei der Mehrheit der Bevölkerung eine gute ökonomische Lage eher zu einer allgemeinen Zufriedenheit mit der politischen Situation führen. Diese wiederum, und nicht etwa rationale Kalkulationen, sollte maßgeblich für die positiven Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Lage und der Unterstützung des Integrationsprojektes verantwortlich sein (de Vries und van Kersbergen 2007). Gerade in der Krise zeigt sich, dass die Mitgliedschaft im Euro gravierende Folgen für die wirtschaftliche Lage eines Landes haben kann. Zwar sind die Auswirkungen der Schuldenkrise etwa in Form sprunghaft steigender Staatsschulden oder Massenarbeitslosigkeit in Deutschland bisher kaum zu spüren, doch führen die Beispiele der überschuldeten Mitgliedsstaaten deutlich vor Augen, welche Lasten ein Land mitunter für die Mitgliedschaft in der gemeinsamen Währung auf sich nehmen muss. Daher sollte die Ablehnung des Euro umso stärker ausfallen, je düsterer die Erwartungen für die künftige wirtschaftliche Entwicklung sind (Hypothese 2a). Auch wenn allgemein bekannt sein dürfte, dass die Volkswirtschaften in Europa aufs Engste miteinander verwoben sind, so kann es durchaus unterschiedliche Einschätzungen darüber geben, wie stark sich die europäische Integration auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland auswirkt. Dabei sollten Personen, die der Politik der EU einen großen Einfluss auf die nationale wirtschaftliche Lage zuschreiben, ihre Haltung zur gemeinsamen Währung stärker von wirtschaftlichen Erwägungen abhängig machen als Bürger, die die Verantwortlichkeit der EU für eine etwaige Verbesserung oder Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland für vernachlässigbar halten (Hypothese 2b).

Weniger voraussetzungsreich als ökonomische Abwägungen ist der Rückgriff auf Identitäten. Menschen sind danach bestrebt, durch vorteilhafte Vergleiche der eigenen Gruppe mit relevanten Fremdgruppen ihr Selbstwertgefühl zu erhöhen. Zu den politisch relevantesten Identitäten zählen dabei neben der Parteiidentifikation vor allem nationale Identitäten (Brown 2000; Huddy 2001). Letztere haben sich, zusammen mit Zugehörigkeitsgefühlen zu Europa, als äußerst bedeutsam bei der Erklärung

von Einstellungen zur europäischen Integration erwiesen (z. B. Carey 2002; Hooghe und Marks 2005). Nationale und europäische Identitäten stehen dabei nicht notwendigerweise in Konkurrenz. Ganz im Gegenteil geht häufig eine starke nationale Identität mit einer starken europäischen Identität einher (z. B. Citrin und Sides 2004; Díez Medrano und Gutiérrez 2001). Gleichzeitig speist sich jedoch ein großer Teil des gegenwärtigen Europaskeptizismus aus dem Gefühl der Bedrohung der nationalen Identität durch eine sich vertiefende europäische Integration (z. B. McLaren 2002; Taggart 1998).

So beträchtlich die Auswirkungen verschiedener Gruppenmitgliedschaften sein mögen, so schwierig stellt sich ihre Untersuchung dar (Abdelal et al. 2006). Denn sowohl die Wichtigkeit als auch die zugeschriebenen Bedeutungen der verschiedenen Identitäten unterscheiden sich nicht nur zwischen Ländern, sondern auch von Mensch zu Mensch mitunter gravierend. Je nach Ausprägung können nationale Identitäten für Einstellungen zur europäischen Integration ohne Belang oder gar förderlich sein, während sie in anderen Fällen die Zustimmung erheblich schmälern (Hooghe und Marks 2005).

Um Aussagen zum Verhältnis zwischen nationaler Identität und Euro treffen zu können, muss man die Bedeutung der D-Mark als wichtiges Symbol des deutschen Wirtschaftsaufschwungs nach dem Krieg und als Garant für niedrige Teuerungsraten für das deutsche Selbstverständnis berücksichtigen (Howarth und Rommerskirchen 2013). Daher könnte man vermuten, dass insbesondere in Deutschland eine starke nationale Identität mit einer Ablehnung des Euro und dem Wunsch nach einer Rückkehr zur D-Mark einhergeht. Allerdings sprechen mehrere Gründe gegen eine solche Sichtweise: Zum einen ist der Euro aufgrund der institutionellen Ausgestaltung der EZB nach dem Vorbild der Bundesbank der D-Mark sehr ähnlich (Kaelberer 2005). Zum anderen beinhaltet die deutsche Identität weit mehr als nur eine Neigung zur Inflationsvermeidung. Denn nach den verheerenden Erfahrungen des „Dritten Reichs" und des Zweiten Weltkriegs bedurfte es des Aufbaus einer völlig neuen deutschen Identität. Eine relevante Fremdgruppe dieser neuen deutschen Identität war dabei die eigene Vergangenheit, und ein deutliches Bekenntnis zu Europa schien eine Überwindung dieser Vergangenheit zu ermöglichen (Marcussen et al. 1999, S. 622–625). Daher sollte mit einer starken deutschen Identität nicht nur die Befürwortung der europäischen Einigung, sondern auch die Unterstützung des Euro als sichtbares Zeichen dieses Einigungsprozesses einhergehen (Hypothese 3a).

Demgegenüber scheint der positive Einfluss europäischer Identitäten auf die Haltung zum Euro auf der Hand zu liegen. Allerdings stellt sich hierbei die Frage, ob nicht umgekehrt eine Befürwortung des Euro zu einer Stärkung europäischer Verbundenheitsgefühle führt. Für beide Sichtweisen lassen sich gute Gründe anführen. So werden positive Erfahrungen mit dem Euro sicherlich dazu beitragen, Verbundenheitsgefühle mit Europa zu stärken. Allerdings sind territoriale wie politische Identitäten über die Zeit hinweg recht stabil, und auch Veränderungen der Inhalte und Bedeutungen von Identitäten sind Grenzen gesetzt (Huddy 2001, S. 148). Es ist daher nicht zu erwarten, dass sich Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand des Euro sofort in schwächere Verbundenheitsgefühle mit Europa niederschlägt. Stattdessen kann man davon ausgehen, dass sich Bürger, die sich mit Europa verbunden fühlen, erst einmal nachsichtiger gegenüber den Schwächen des Euro zeigen und

daher eine höhere Zustimmung aufweisen als Personen ohne Bindung an Europa (Hypothese 3b).

Eine weitere, wenig anspruchsvolle Möglichkeit der Einstellungsbildung stellt die Nutzung von Elitensignalen dar (Zaller 1992). Denn politische Eliten liefern nicht nur Deutungsangebote, die dem Bürger bestimmte Sichtweisen auf politische Fragen nahelegen und es ihm ermöglichen, seine Wertvorstellungen mit Sachfragen in Verbindung zu setzen (Chong und Druckman 2007). Sie versorgen ihn darüber hinaus direkt mit Hinweisen, aus denen im Bedarfsfall Einstellungen gewonnen werden können. Auch wenn viele Bürger nur über mäßiges Wissen und nur wenige fest verankerte Einstellungen verfügen, können sie so bei Bedarf gerade zugängliche Erwägungen rekapitulieren und diese als „Einstellung" äußern (Zaller 1992; Lodge und Taber 2005).

Erwägungen werden aber in der Regel nicht unreflektiert ins Langzeitgedächtnis aufgenommen, sondern müssen zuvor einen Filter aus Prädispositionen durchlaufen. Dabei werden diejenigen Argumente abgewiesen, die den Überzeugungen des Individuums widersprechen (Kunda 1990; Zaller 1992). Es erfordert allerdings einigen kognitiven Aufwand, um zu erkennen, ob eine neue Information den eigenen Voreinstellungen entspricht oder ihnen zuwiderläuft. Daher greifen Menschen in der Regel auf heuristische Verfahren zurück, indem etwa die Quelle der Botschaft als Indikator für die Glaubwürdigkeit der Information herangezogen wird (Chaiken 1980). Dabei sollten Personen, die politisch involvierter sind, nicht nur Elitenhinweise in größerer Zahl wahrnehmen, es sollte ihnen auch leichter fallen, den eigenen Grundüberzeugungen widersprechende Cues mit größerer Sicherheit auszusortieren (Zaller 1992).

Allerdings ist der Kommunikationsprozess zwischen Bevölkerung und politischen Eliten keine Einbahnstraße: Zwar üben auf der einen Seite Parteien durch die Signale, die sie aussenden, in der Tat Einfluss auf ihre Anhänger aus (z. B. Ray 2003). Auf der anderen Seite haben Parteien aber auch einen Anreiz, sich nach den Policy-Positionen ihrer Wählerschaft zu richten, um Abstrafungen an der Wahlurne zu vermeiden (Carrubba 2001; Sanders und Toka 2013; Steenbergen et al. 2007). Gerade für Letzteres spricht, dass ab den 1990er Jahren in vielen Ländern europaskeptische Parteien die politische Bühne betraten und auch Teile der Eliten in den Parteien der Mitte die europäische Integration nicht mehr einhellig begrüßten. Dies kann als Beleg für eine gestiegene Salienz des Themas Europa und einer entsprechenden Unzufriedenheit mit den bestehenden Politikangeboten gewertet werden (Gabel und Scheve 2007; van der Eijk und Franklin 2004). Daher ist davon auszugehen, dass zwischen Bevölkerung und Eliten ein Prozess wechselseitiger Beeinflussung stattfindet (Weßels 1995).

Hinsichtlich der Einflussstärke von Signalen zwischen politischen Eliten und Bevölkerung sollten sich große Unterschiede zwischen verschiedenen Involvierungsgruppen feststellen lassen (Hobolt 2005). Für Hochinvolvierte etwa dürften Elitensignale von untergeordneter Bedeutung sein. Denn mit steigendem Interesse für einen Politikbereich sollte auch das Bedürfnis anwachsen, zu eigenständigen Einstellungen zu den entsprechenden Sachfragen zu gelangen, was eine intensivere Beschäftigung und eine systematischere Verarbeitung von Informationen mit sich bringt. Elitensignale als zusätzliche Informationen werden daher eine allenfalls geringe Wirkung entfalten, zumal sie in der Regel ohnehin nur dann akzeptiert werden, wenn sie der bereits vorgefassten Haltung entsprechen (z. B. Kunda 1990; Taber und Lodge 2006).

Personen hingegen, die das politische Geschehen kaum verfolgen, bleibt der Rückgriff auf Elitensignale verwehrt, da sie entweder keinerlei Kenntnis von diesen erlangen oder aber diese mangels Kontextwissens nicht einordnen und daher nicht nutzen können (Converse 1964; Zaller 1992). Für die große Gruppe der mäßig Interessierten gilt jedoch, dass Elitensignale einen gewichtigen Einfluss bei der Einstellungsgenerierung entfalten können. Denn diese Gruppe empfängt verhältnismäßig viele Elitensignale, ohne bereits über gefestigte Einstellungen zu verfügen, die als Filter wirken könnten.

In der Regel nehmen mit steigender Involvierung sowohl Wissen als auch Interesse gleichermaßen zu, so dass Bürger, die sich sehr für einen Politikbereich interessieren, auch auf zutreffendem Wissen basierende Einstellungen ausbilden können. Die Wirkungen, die mit höherem Interesse und höherem Wissen hinsichtlich der Nutzung von Elitensignalen einhergehen, sollten sich aber unterscheiden: Während steigendes Interesse dazu führt, dass Bürger eigenständige Einstellungen entwickeln und daher auf die Nutzung von Elitensignalen nicht mehr angewiesen sind, sollten Elitensignale gerade bei Personen mit hohem Wissen ihren Einfluss entfalten, da ein entsprechendes Kontextwissen die Einordnung und Interpretation von Elitenhinweisen deutlich erleichtert (Krosnick und Brannon 1993, S. 972). Zusammengenommen sollten Elitensignale den größten Einfluss unter den mäßig Involvierten ausüben. Denn diese Personengruppe nimmt Elitensignale überhaupt erst wahr und versteht es auch, diese einzuordnen, verfügt aber über keine festverankerte Einstellung zum Euro. Niedrig- und Hochinvolvierte hingegen sollten in geringerem Maße auf Parteihinweise zurückgreifen (Hypothese 4; Zaller 1992).

Auf geringes politisches Interesse stößt man aber nicht nur bei Themen der europäischen Integration, sondern auch bei Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik allgemein (Delli Carpini und Keeter 1996; Holsti 2004). Dennoch konnte man auch in diesem Politikbereich feststellen, dass trotz fehlenden Wissens viele Bürger zumindest den Eindruck erwecken, über strukturierte Einstellungssysteme zur Außen- und Sicherheitspolitik zu verfügen. Möglich wird dies durch den Rückgriff auf kognitive Schemata. Aus diesen allgemeineren Überzeugungen können Antworten auf konkrete Fragen abgeleitet werden, ohne dass man notwendigerweise über eine solche Einstellung überhaupt verfügt (Hurwitz und Peffley 1987; Rattinger 1996).

Zwei für den europäischen Einigungsprozess relevante außenpolitische Grundorientierungen stellen die Isolationismus- und die Multilateralismusdimension dar (Chittick et al. 1995; Rathbun 2007). Multilateralisten sehen sich als Teil einer größeren Wertegemeinschaft und begrüßen dementsprechend ein gemeinsames Vorgehen mit den Verbündeten in internationalen Angelegenheiten. Unilateralisten sind hingegen sehr auf die Unabhängigkeit ihres Landes bedacht und geben daher einseitigem Handeln in der Außenpolitik den Vorzug vor möglichen Kompromissen, die sich aus der Abstimmung mit anderen Akteuren des internationalen Systems ergeben können (Chittick und Freyberg-Inan 2001, S. 38). Isolationisten unterscheiden sich von Internationalisten dahingehend, dass sie ihr Land aus internationalen Angelegenheiten weitgehend heraushalten wollen, was sich unter anderem in einer protektionistischen Haltung und der Ablehnung einer aktiven Außenpolitik manifestiert. Internationalisten sind dagegen viel eher bereit, sich außenpolitisch zu engagieren und sich auf Interdependenzen mit anderen Ländern einzulassen.

Zwar sind gerade multilaterale Grundorientierungen in außenpolitischen Fragen eng verbunden mit europäischen Identitäten, da sich Multilateralisten im Gegensatz zu Unilateralisten in der Regel mit weiter gefassten Gemeinschaften als der Nation identifizieren (Chittick et al. 1995, S. 318). Da aber gerade im Falle der Eurorettung die Konfliktlinien zwischen einzelnen Nationalstaaten deutlich zu Tage treten, sollten zusätzlich auch außenpolitische Grundorientierungen einen Einfluss entfalten. Die gemeinsame Währung, die den Handlungsspielraum für die einzelnen Nationalstaaten etwa durch die Maastricht-Kriterien und durch die Ausgestaltung der EZB erheblich einschränkt, sollte bei Unilateralisten auf größere Ablehnung stoßen als bei Multilateralisten (Hypothese 5a). Ähnlich verhält es sich mit der Isolationismus-Dimension: Während Internationalisten wirtschaftliche Verflechtungen mit anderen Ländern nicht schrecken, sorgen sich Isolationisten wegen der möglichen Vernachlässigung heimischer Probleme aufgrund des außenpolitischen Engagements. Daher werden gerade die milliardenschweren Hilfszahlungen an überschuldete Euromitgliedsländer bei Isolationisten auf Ablehnung stoßen, da in deren Auffassung diese Gelder in Deutschland eine sinnvollere Verwendung gefunden hätten. Dementsprechend sollte auch deren Zustimmung zur gemeinsamen Währung wesentlich verhaltener ausfallen als bei Internationalisten (Hypothese 5b).

3 Daten und Operationalisierung

Die Datenbasis für die folgende Untersuchung bildet das im Rahmen der GLES (German Longitudinal Election Study) erhobene Langfrist-Online-Tracking 14, wobei 1.433 Personen durch BACES befragt wurden (Rattinger et al. 2011). Die Umfrage fand Ende Mai 2011 statt, als das Thema „Eurorettung" vergleichsweise salient war: Zum einen musste Portugal als drittes Euromitglied nach Griechenland und Irland Milliardenhilfen der europäischen Partner in Anspruch nehmen. Zum anderen wurde der Unmut über das Vorgehen bei der Eurorettung in Teilen der schwarz-gelben Koalition immer deutlicher vernehmbar. Mehrere Abgeordnete um den FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler stellten in Aussicht, weitere Finanzhilfen für überschuldete Euromitgliedsländer nicht mehr mittragen zu wollen.

Um die Zustimmung zur gemeinsamen Währung unter der deutschen (Online-) Bevölkerung abzubilden, wird auf eine Batterie von Aussagen zum Euro und zur Rettungspolitik der EU zurückgegriffen. Aus zwei der darin vorkommenden Aussagen, nämlich „Der Euro bleibt auch in Zukunft eine stabile Währung" sowie „Die Einführung des Euro ist bisher ein großer Erfolg", wurde ein Index gebildet (Cronbachs $\alpha = 0{,}80$). Mit den beiden Variablen sollen zum einen die affektive Bindung an den Euro (Erfolg) und zum anderen Erwartungen zur künftigen Entwicklung der gemeinsamen Währung (Stabilität) abgebildet werden, was insbesondere vor dem Hintergrund der Staatsschulden- und Eurokrise von Interesse ist. Befragte, die zu beiden Aussagen keine substantiellen Angaben machen konnten, wurden aus der Analyse ausgeschlossen. Lag für eine der beiden Variablen ein gültiger Wert vor, so wurde dieser als Haltung des Befragten zum Euro aufgefasst und in der Untersuchung berücksichtigt.

Die sozioökonomische Position wird durch den Beruf des Befragten dargestellt. Es wird vermutet, dass dabei insbesondere Arbeiter als tendenziell geringer Qualifizierte von Arbeitsplatzverlagerungen bedroht sind. Zwar lassen sich sicherlich auch Arbeiter finden, die von der gemeinsamen Währung profitieren, etwa weil sie in einem kapitalintensiven und exportorientierten Betrieb beschäftigt sind, oder die von der Euroeinführung nicht betroffen sind, weil ihr Arbeitsplatz fest an einen bestimmten Ort gebunden ist. Leider lässt die Datenlage eine feinere Unterscheidung jedoch nicht zu. Zur Ermittlung der Höhe des Einkommens wird das elfstufig abgefragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen in Euro herangezogen.

Bei der wirtschaftlichen Lage sollten sowohl egozentrische als auch soziotropische Erwartungen eine Rolle spielen. Dazu wurden die Befragten gebeten, Auskunft über ihre Einschätzungen zur eigenen und zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage in einem Jahr zu machen.[1] Da diese Wahrnehmungen insbesondere dann einen Einfluss entfalten sollten, wenn die Politik der EU als maßgeblich für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen wird, werden zusätzlich Interaktionen aus der Verantwortungszuschreibung der EU und den wirtschaftlichen Erwartungen gebildet.[2] Der Indikator zur Verantwortlichkeit der EU weist allerdings einige Schwächen auf: So wurde er beispielsweise nur für die retrospektive allgemeine wirtschaftliche Lage erhoben. Nun sollten sich zwischen der Verantwortlichkeitszuschreibung für die retrospektive und für die prospektive allgemeine wirtschaftliche Lage keine fundamentalen Unterschiede ergeben. Bei der persönlichen wirtschaftlichen Lage kann man allerdings nicht in jedem Fall davon ausgehen, dass Leute, die die EU für verantwortlich für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Vergangenheit halten, dies auch für die zukünftige persönliche Lage tun.

Der Einfluss nationaler und europäischer Identitäten wird darüber erhoben, wie stark sich ein Befragter mit Deutschland bzw. der EU sowie Europa insgesamt verbunden fühlt.[3] Die Verbundenheit mit der Bundesrepublik geht vierstufig, die europäische Identität als Index aus den beiden Variablen zur Verbundenheit mit Europa und der EU (Cronbachs $\alpha = 0{,}875$) siebenstufig in das Modell ein. Zwar könnte man mit gutem Grund argumentieren, dass die beiden Variablen zur europäischen Verbundenheit abgrenzbare Formen von europäischer Identität abbilden, nämlich eine staatsbürgerliche Identität als Verbundenheit mit den politischen Institutionen der EU auf der einen und eine kulturelle Identität auf der anderen Seite (Bruter 2003, S. 1155–1156). Allerdings berührt die gemeinsame Währung sowohl politische als auch kulturelle Aspekte, so dass eine Zusammenfassung unproblematisch scheint. Für die Position der Befragten auf der Isolationismus- und der Multilateralismus-

[1] Die Frageformulierungen lauteten „Was glauben Sie, wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?“ sowie „Und wie wird die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr sein?“. Als Antwortkategorien standen „wesentlich besser“, „etwas besser“, „gleich geblieben“, „etwas schlechter“ und „wesentlich schlechter“ zur Verfügung.

[2] Auf einer fünfstufigen Skala von „sehr stark“ bis „überhaupt nicht“ konnte folgende Frage beantwortet werden: „Und in welchem Ausmaß ist die Politik der Europäischen Union für die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland verantwortlich?“.

[3] Hierbei wurde gefragt: „Und wie stark fühlen Sie sich den folgenden Einheiten verbunden?“, wobei sich die Befragten stark, ziemlich, wenig oder gar nicht mit Deutschland insgesamt, der Europäischen Union und Europa insgesamt verbunden fühlen konnten.



dimension wird auf Items zurückgegriffen, mit denen die Befragten zum Ausdruck bringen konnten, ob sie wünschen, dass sich Deutschland nicht um weltpolitische Fragen kümmere, sondern sich auf Probleme im eigenen Land konzentriere bzw. ob sich Deutschland bei internationalen Krisen mit den Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen solle.[4]

Als Hilfen bei der Entscheidungsfindung sollten insbesondere die Signale der nahestehenden Parteien relevant sein. Um diese Elitensignale abbilden zu können, werden Einschätzungen zu den Haltungen der im Bundestag vertretenen Parteien bezüglich der europäischen Einigung herangezogen. Dabei sollte angegeben werden, ob die einzelnen Parteien die Integration vorantreiben möchten oder ob den Parteien die europäische Einigung schon zu weit ginge.[5] Als Elitensignal wird dem einzelnen Befragten die individuell wahrgenommene Position der jeweiligen Identifikationspartei zugewiesen. Wenn allerdings nur diese Befragten ins Modell aufgenommen werden, hätte dies eine Reduzierung der Fallzahl um die Hälfte zur Folge. Denn zum einen weist ein knappes Drittel der Teilnehmer keine Parteiidentifikation auf, zum anderen sehen sich zwei von fünf Befragten außer Stande, irgendeine Einschätzung zu den Parteihaltungen in der Europafrage abzugeben.[6] Daher wurde in einem zweiten Schritt Befragten ohne Parteibindung die Position ihrer bestbewerteten Partei zugespielt. Denn der mit dieser Partei verbundene positive Affekt sollte die Akzeptanzwahrscheinlichkeit entsprechender Signale steigern. Den verbliebenen Befragten mit Parteipräferenz wurde in einem dritten Schritt der Mittelwert ihrer Identifikationspartei/bestbewerteten Partei zugewiesen, welcher sich aus den Einschätzungen der Befragten aus Schritt eins ergibt. In einem letzten Schritt schließlich erhielten die Befragten, die keiner Partei zugeordnet werden konnten, den Mittelwert aller wahrgenommenen Parteisignale als vermutlich wahrgenommenes Elitensignal.[7]

Um den Einfluss von Interesse und Wissen auf die Wirkung von Elitenhinweisen zu überprüfen, wurden Interaktionsterme aus Elitensignalen, Interesse an europäischer Politik und Wissen der Befragten zu Themen der europäischen Integration gebildet. Allerdings wurde kein objektives Wissen erhoben, sondern die Befragten gaben Auskunft darüber, wie sehr sie über die Inhalte des Vertrags von Lissabon

[4] Die Befragten sollten angeben, wie ihre Haltung zu einigen Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands auf einer fünfstufigen Skala von „stimme überhaupt nicht zu" bis „stimme voll und ganz zu" ist. Die Isolationismusvariable lautet „Deutschland sollte sich nicht um weltpolitische Fragen kümmern, sondern sich auf Probleme im eigenen Land konzentrieren". Multilaterale Grundhaltungen wurden durch die Aussage „Bei einer internationalen Krise sollten sich Deutschland und seine Verbündeten auf eine gemeinsame Haltung einigen" erhoben.

[5] Für die sechs im Bundestag vertretenen Parteien wurde jeweils gefragt: „Nun geht es um das Thema europäische Einigung. Sollte die europäische Einigung so vorangetrieben werden, dass es bald eine gemeinsame europäische Regierung gibt oder geht die europäische Einigung schon jetzt viel zu weit? Wie stehen Ihrer Meinung nach die Parteien dazu?" Mit Hilfe einer elfstufigen Skala konnte man angeben, wo sich die Parteien zwischen den Extrempunkten „Europäische Einigung so vorantreiben, dass es bald eine gemeinsame Regierung gibt" und „Europäische Einigung geht jetzt schon viel zu weit" befinden.

[6] Ein Fünftel der Befragten kann sich auch selbst nicht auf der Integrationsskala einordnen, was auf einen insgesamt niedrigen Interessens- und Kenntnisstand in der Bevölkerung hindeutet. Im Verlauf der weiteren Analysen werden diese Personen ausgeschlossen, wobei sich bei deren Einbeziehung keine bedeutsamen Veränderungen der Ergebnisse ergeben.

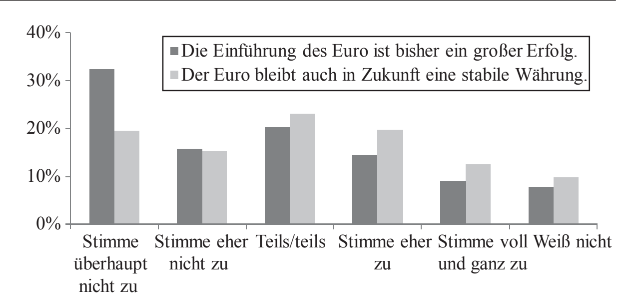
[7] Bei Ausschluss von Fällen, denen kein eindeutiges Elitensignal zugeordnet werden konnte, bleiben zumindest die Effekte der Elitenhinweise substantiell gleich.

Bescheid wüssten.[8] Da es sich um ein recht komplexes Thema handelt, das darüber hinaus zum Zeitpunkt der Umfrage nicht mehr auf der Agenda stand, sollte es geeignet sein, um den Grad der generellen Aufmerksamkeit für europäische Themen angemessen abzubilden.

Schließlich wurden noch die Variablen Alter, Geschlecht und Bildung als Kontrollvariablen aufgenommen, da zu erwarten ist, dass unterschiedliche Sozialisationshintergründe durchaus einen Einfluss auf die Haltung zum Euro haben können. Insbesondere Bildung hat sich in der Vergangenheit als starker Prädiktor von Einstellungen zur europäischen Integration und zum Euro erwiesen, wobei unklar bleibt, ob der Effekt auf höhere kognitive Fähigkeiten und veränderte Wertvorstellungen oder auf die besseren Chancen Hochqualifizierter in einem integrierten Europa zurückzuführen ist (z. B. Gabel 1998; Inglehart 1970). Mit dem Alter sind unterschiedliche Sozialisationserfahrungen verknüpft. So ist zu erwarten, dass jüngere Menschen zum einen durch ihre hohe Mobilität in besonderem Maße vom Euro profitieren. Zum anderen haben sie womöglich weniger starke Bindungen an die D-Mark aufgebaut, was ebenfalls zu einer höheren Befürwortung der gemeinsamen Währung führen sollte. Alte Bürger, deren prägende Jugendjahre in die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und die entbehrungsreiche Nachkriegszeit fielen, sollten den Euro als Ausdruck der Einigung Europas ebenfalls begrüßen. Daher wird das Alter in quadrierter Form berücksichtigt. Kontrolliert wird darüber hinaus auch die Haltung zur europäischen Integration. Dabei sollten die Befragten analog zu den Einschätzungen der ihnen nahestehenden Parteien angeben, ob die europäische Einigung bis hin zu einer gemeinsamen Regierung vorangetrieben werden solle oder ob die europäische Einigung schon jetzt zu weit ginge. Bei dieser Variable ist es aber mehr als fraglich, ob sie der Haltung zum Euro noch vorgelagert ist. Vielmehr stellt sie wohl eine summative Bewertung der Europäischen Union dar, in die auch Einstellungen zur gemeinsamen Währung einfließen. Aufnahme in das Modell findet sie daher nicht, weil sie zur Erklärung von Einstellungen zum Euro erhellend beitragen könnte, sondern weil ein beachtlicher Zusammenhang zwischen der eigenen Haltung zur EU und der wahrgenommenen Position der nahestehenden Partei besteht ($r=0,49$). Dieser kann zum Teil natürlich auf die Übernahme von Elitensignalen durch die Bürger zurückgeführt werden. Jedoch kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass der Effekt auf dem responsiven Verhalten der Eliten beruht oder manche Befragte die eigene vage Haltung zu Europa auf die jeweils nahestehende Partei übertragen (Conover und Feldman 1989). Um die Wirkung von Elitensignalen nicht zu überschätzen, empfiehlt sich daher die Aufnahme dieser Kontrollvariable in das Modell.

[8] Da diese Variable stark mit dem allgemeinen politischen Interesse, der Bildung sowie der Bereitschaft und Fähigkeit zusammenhängt, Parteipositionen zu verschiedenen Sachfragen richtig einzuordnen, kann man darauf vertrauen, dass tatsächlich politisches Wissen zur EU gemessen wurde. Die Befragten sollten dabei Auskunft darüber geben, ob sie schon einmal etwas vom Vertrag von Lissabon gehört hätten. Als Antwortmöglichkeiten standen „Ja, und ich weiß im Großen und Ganzen über den Inhalt Bescheid", „Ja, aber ich weiß sehr wenig über den Inhalt", „Ja, aber ich kenne den Inhalt nicht" und „Nein" zur Verfügung.

Abb. 1 Aussagen zum Euro. (Quelle: GLES_Langfrist-Online-Tracking T14. N=1.136)



4 Ergebnisse

Alles in allem sehen die Deutschen im Mai 2011 die gemeinsame Währung vergleichsweise skeptisch (Abb. 1). So teilt die Hälfte der Befragten nicht die Auffassung, dass die Einführung des Euro bisher ein großer Erfolg ist, während nur ein Viertel dieser Aussage zustimmt. Ebenso ist ein gutes Drittel der Meinung, dass der Euro in Zukunft an Stabilität einbüßen wird, wenngleich ein weiteres gutes Drittel vom Gegenteil ausgeht. Wenn man bedenkt, dass Vertrauen die Grundvoraussetzung für den Erfolg einer Währung ist, so erwecken diese Zahlen den Eindruck, dass es um den Euro in Deutschland nicht zum Besten bestellt ist.[9] So lehnt ein knappes Drittel den Euro rundheraus ab, während nur ein Fünftel die Einführung des Euro begrüßt und zugleich zuversichtlich in die Zukunft der gemeinsamen Währung blickt. Zusammengefasst beträgt die Zustimmung zum Euro 4,4 Punkte auf einer Skala von null (sehr euroskeptisch) bis zehn (starke Zustimmung).

Um den Einfluss der verschiedenen Erklärungsfaktoren überprüfen zu können, werden Modelle zu den verschiedenen Ansätzen mittels linearer Regressionen geschätzt. In einem ersten Schritt werden die vier Erklärungsansätze getrennt voneinander untersucht. Anschließend werden alle vier gemeinsam in ein Modell aufgenommen, bevor in einem letzten Schritt der Einfluss der interessierenden Variablen unter Kontrolle der Haltung des Befragten zur europäischen Integration bestimmt wird. Dabei wurden diejenigen Befragten aus der Untersuchung ausgeschlossen, deren Antwortverhalten Grund zu der Annahme gab, dass sie es mit der erforderlichen Sorgfalt während der Online-Befragung nicht allzu genau nahmen.[10] Ausgeschlossen wurden zudem alle Befragten, die im variablenreichsten sechsten Modell fehlende Werte aufweisen, um die Vergleichbarkeit der Modelle zu gewährleisten. Alle metrischen Variablen fließen zentriert und standardisiert in das Modell ein.

[9] Verglichen mit anderen Euro-Mitgliedsländern lag im Mai 2011 die Zustimmung zur gemeinsamen Währung nur knapp unter dem Eurozonen-Mittel, wobei 30 % der Westdeutschen und 37,5 % der Ostdeutschen den Euro ablehnten (Europäische Kommission 2013). Auch im Vergleich zu früheren Jahren war die Zustimmung nicht außergewöhnlich niedrig.

[10] Ausgeschlossen wurden 64 Befragte, die aufgrund der Beantwortungsdauer des Fragebogens als einer von zwei Typen von Zeitunterschreitern klassifiziert wurden. Die Ergebnisse unterscheiden sich bei Aufnahme aller Befragten oder bei Einbeziehung eines Typs von Zeitunterschreitern nicht substantiell. Gleiches gilt für die Verwendung von Gewichten zur Anpassung der Stichprobe an den Mikrozensus oder die Online-Grundgesamtheit.

Tab. 1 Determinanten der Zustimmung zum Euro. (Quelle: GLES-Langfrist-Online-Tracking 14)

Modell	1	2	3	4	5	6
Kontrollvariablen						
Alter	0,37***	0,20	0,26*	0,27*	0,26*	0,25*
Alter quadriert	0,23*	0,19*	0,21*	0,28**	0,15	0,11
Geschlecht: weiblich	−0,98***	−1,11***	−0,81***	−0,97***	−0,88***	−0,72***
Mittlere Reife	0,36	0,39	0,43	0,55*	0,16	0,29
Abitur	1,75***	1,89***	2,03***	2,07***	1,10***	1,14***
Ökonomische Variablen						
Arbeiter	−0,62				−0,31	−0,24
Haushaltseinkommen	0,32**				0,20*	0,19*
Persönliche wirtschaftliche Lage	0,44***				0,27**	0,26*
Allgemeine wirtschaftliche Lage	0,62***				0,39***	0,41***
Verantwortlichkeit EU für AWL	−0,17				−0,23*	−0,21*
PWL × Verantwortlichkeit EU	−0,06				−0,03	−0,01
AWL × Verantwortlichkeit EU	0,29**				0,19*	0,18*
Identitäten						
Nationale Identität		0,22*			0,09	0,18
Europäische Identität		1,13***			0,72***	0,47***
Elitensignale						
Elitensignal			0,50***		0,32***	0,18
Politisches Interesse EU			0,52***		0,18	0,20*
Wissen EU			0,36**		0,16	0,17
Elitensignal × Pol. Int. EU			−0,18		−0,22*	−0,23**
Elitensignal × Wissen EU			0,24*		0,20*	0,21*
Pol. Int. EU × Wissen EU			−0,02		0,02	−0,00
Elitensig. × Pol. Int. EU × Wissen EU			−0,11		−0,16	−0,17*
Außenpolitische Grundorientierungen						
Multilateralismus				0,43***	0,26**	0,24**
Isolationismus				−0,89***	−0,37***	−0,30**
Haltung zur europäischen Integration						0,57***
Konstante	4,11***	4,02***	3,83***	3,75***	4,37***	4,27***
Fallzahl	753	753	753	753	753	753
Korr. R^2	0,27	0,29	0,21	0,25	0,40	0,42
Korr. R^2 (ohne Kontrollvariablen)	0,20	0,20	0,14	0,15	0,37	0,40

Lineare Regression; angegeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten b.

*$p<0,05$; **$p<0,01$; ***$p<0,001$

Wie der Vergleich der vier Ansätze zeigt, können der identitätsbezogene sowie der ökonomische Ansatz mit einem korrigierten R^2 von jeweils 0,20 die meiste Varianz erklären (Tab. 1). Außenpolitische Grundorientierungen und Elitensignale weisen hingegen eine etwas niedrigere Varianzaufklärung auf. Alles in allem können die vier Ansätze etwa 40 % der Varianz in den Einstellungen zur gemeinsamen Währung erklären, wobei jeder einzelne Ansatz seinen eigenständigen Beitrag zu leisten vermag.

Auffällig ist, dass die Kontrollvariablen in den ersten vier Modellen mit jeweils sieben Prozentpunkten zur Varianzaufklärung beitragen und sowohl Alter, Bildung als

auch Geschlecht in allen Modellen bedeutsamen Einfluss auf die Haltung zum Euro aufweisen. Für das Alter zeigt sich ein U-förmiger Zusammenhang, wobei Menschen mittleren Alters den Euro am stärksten ablehnen. Auch der Einfluss eines (Fach-)Abiturs im Vergleich zu einem Hauptschulabschluss ist bemerkenswert, erhöht sich die Zustimmung doch um wenigstens einen Skalenpunkt. Frauen sind zudem euroskeptischer eingestellt als Männer, was angesichts der Kontrolle durch eine Vielzahl von Erklärungsansätzen, die sich in der Vergangenheit als relevant bei der Untersuchung von Einstellungen zur EU und zum Euro erwiesen haben, durchaus beachtlich ist.[11]

Die Vermutungen zur sozioökonomischen Position des Befragten können nur zum Teil bestätigt werden. So erhöht sich wie erwartet die Zustimmung zur gemeinsamen Währung mit steigendem Haushaltseinkommen. Für den Beruf des Arbeiters lassen sich dagegen nur schwache Effekte feststellen, und auch nur dann, wenn andere, nicht-ökonomische Erklärungsfaktoren nicht kontrolliert werden. In diesem Fall führt der Beruf des Arbeiters tendenziell zu einer höheren Ablehnung des Euro.

Hinsichtlich der vermuteten Entwicklung der wirtschaftlichen Lage ergeben sich dagegen beträchtliche Unterschiede. Knapp die Hälfte der Befragten erwartet für die allgemeine und die persönliche wirtschaftliche Lage im kommenden Jahr keine Veränderung, während jeweils ein Viertel eine Verbesserung bzw. eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erwartet. Für die Unterstützung des Euro sind diese Wahrnehmungen durchaus folgenreich: Eine durchschnittliche Befragungsperson[12], die für ihre eigene Lage eine Verbesserung erwartet, hat eine um gut einen halben Skalenpunkt höhere Zustimmung im Vergleich zu jemandem, der von einer Verschlechterung ausgeht. Bei der allgemeinen wirtschaftlichen Lage beträgt die entsprechende Differenz sogar knapp einen Skalenpunkt.

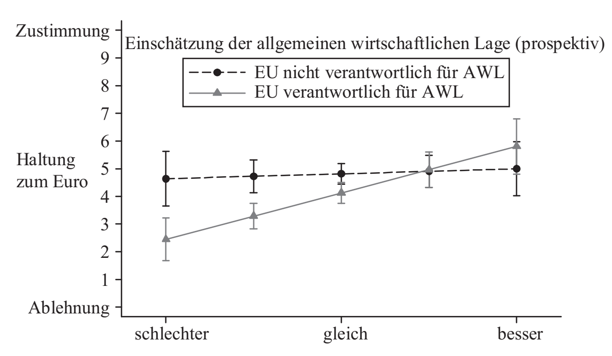
Wie aus Abbildung 2 ersichtlich wird, ist der Einfluss wirtschaftlicher Einschätzungen allerdings von der wahrgenommenen Verantwortlichkeit der europäischen Politik abhängig. Glaubt der Bürger, dass sich die allgemeine wirtschaftliche Lage völlig unabhängig von der Politik der Europäischen Union entwickelt, haben seine wirtschaftlichen Wahrnehmungen keinen Einfluss auf seine Haltung zur gemeinsamen Währung. Allerdings beeinflusst die Verantwortlichkeitszuschreibung nicht nur die Wirkung der ökonomischen Erwartungen, sie hat, wie man den Modellen 5 und 6 in Tabelle 1 entnehmen kann, darüber hinaus auch einen eigenständigen Einfluss auf die Zustimmung zum Euro. Geht man davon aus, dass die wirtschaftliche Situation Deutschlands von der Politik der EU abhängt, wird die gemeinsame Währung kritischer gesehen. Keinerlei Einfluss hat die Verantwortlichkeitszuschreibung allerdings auf den Effekt der persönlichen wirtschaftlichen Lage.[13] Dies kann möglicherweise

[11] Dieser Befund lässt sich möglicherweise auf das niedrigere Wissensniveau von Frauen bei europäischen Themen zurückführen (Nelsen und Guth 2000), wobei der Effekt auch unter Kontrolle EU-spezifischen Wissens bestehen bleibt.

[12] Der durchschnittliche Befragte ist männlich, 45 Jahre alt und hat mittlere Reife.

[13] Da Einschätzungen zur Entwicklung der allgemeinen und der persönlichen wirtschaftlichen Lage stark zusammenhängen, könnte dieses Ergebnis auch durch Multikollinearität bedingte Verzerrungen zu Stande gekommen sein. Allerdings sind die VIF-Werte aller unabhängigen Variablen kleiner zwei, so dass Multikollinearität in diesem Modell kein Problem darstellt. Entfernt man die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage aus dem Modell, bleibt die Interaktion aus persönlicher wirtschaftlicher Lage und der Verantwortungszuschreibung zur EU nach wie vor insignifikant.

Abb. 2 Wirkung wirtschaftlicher Wahrnehmungen nach Verantwortlichkeit der EU. (Quelle: GLES-Langfrist-Online-Tracking 14)



Anmerkung: Abbildung basiert auf Modell 6 in Tab. 1.

darauf zurückgeführt werden, dass sich die eigene ökonomische Situation ungleich schwerer politisieren lässt als die gesamtwirtschaftliche Lage. Aber auch die mangelnde Eignung des Indikators könnte natürlich ein Grund sein.

Zu den einflussreichsten Determinanten von Einstellungen zur gemeinsamen Währung gehören europäische Identitäten. Bei Vorliegen einer starken europäischen Identität erhöht sich die Zustimmung um zweieinhalb Skalenpunkte im Vergleich zu einer Person, die keinerlei Verbundenheitsgefühle gegenüber Europa aufweist.[14] Verbundenheitsgefühle mit Deutschland sind demgegenüber nur von untergeordneter Bedeutung.[15] Lediglich in Modell 2 entfalten sie einen statistisch von null verschiedenen Einfluss, wobei der substantielle Einfluss im Vergleich zu europäischen Identitäten zweitrangig ist.

Es finden sich deutliche Hinweise darauf, dass Bürger auf Elitensignale zurückgreifen, um zu Einstellungen zur gemeinsamen Währung zu gelangen. Ein durchschnittlicher Befragter in Modell 5 ändert seine Haltung um 1,4 Skalenpunkte, wenn er statt durchweg negativer sehr positive Hinweise von der ihm nahestehenden Partei wahrnimmt. Interesse an Themen der EU und entsprechendes Wissen erhöhen nicht nur bei einem durchschnittlichen Befragten tendenziell die Zustimmung zur gemeinsamen Währung, wie es etwa Ingleharts (1970) Theorie der kognitiven Mobilisierung nahelegt. Sie beeinflussen vor allen Dingen, in welcher Form ein Befragter Elitensignale zur Generierung einer Haltung zum Euro verwendet. Wie erwartet haben Elitensignale vor allem dann einen Einfluss, wenn der Befragte auf entsprechendes Kontextwissen zurückgreifen kann (Krosnick und Brannon 1993). Umgekehrt verlieren Elitenhinweise bei steigendem Interesse an Themen der europäischen Integration an Bedeutung. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass interessierte Personen mit größerer Wahrscheinlichkeit kognitive und zeitliche Ressourcen dafür aufwenden, um zu einer eigenständigen, fundierten Haltung zum Euro zu gelangen.

[14] Dieser Wert basiert auf Modell 5. Unter Kontrolle der Haltung des Befragten zur europäischen Integration (Modell 6) reduziert sich dieser Effekt auf 1,6 Skalenpunkte. Allerdings ist der Grad der europäischen Identität erwartungsgemäß der stärkste Prädiktor für die Einstellung zur europäischen Integration (Cronbachs $\alpha = 0{,}64$).

[15] Auch nationale und europäische Identitäten hängen vergleichsweise stark zusammen. Werden nur nationale Identitäten in die Modelle aufgenommen, so finden sich bedeutsame positive Effekte. So erhöht sich etwa im Modell 6 die Zustimmung zum Euro um 1,2 Skalenpunkte (nicht ausgewiesen).

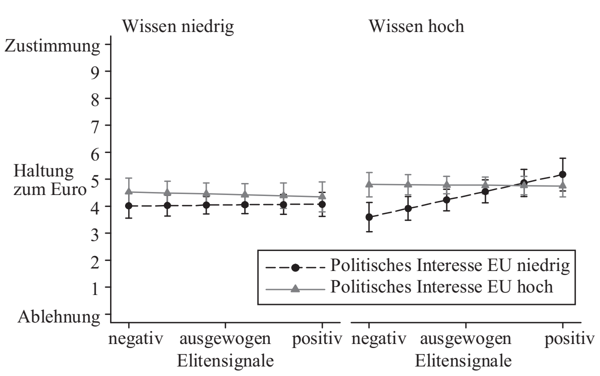


Abb. 3 Einfluss von Elitensignalen nach Wissen und Interesse an europäischer Politik. (Quelle: GLES-Langfrist-Online-Tracking 14)

Anmerkung: Abbildung basiert auf Modell 6 in Tab. 1.

In diesem Fall stellen Elitensignale nur eine weitere Form von Information dar, die den eigenen Voreinstellungen entsprechend akzeptiert oder verworfen werden kann.

Dies wird auch in Abbildung 3 ersichtlich: Fehlt die Aufmerksamkeit für Themen der europäischen Integration, haben Elitensignale keinerlei Wirkung, weder auf Interessierte, die ohnehin in der Regel mit einer eigenen Einstellung aufwarten können, noch auf Uninteressierte, für die Hinweise von Seiten der Parteien grundsätzlich eine Möglichkeit zur Einstellungsgenerierung darstellen. Sind die Bürger jedoch mit entsprechendem Kontextwissen ausgestattet, kommt es auf den Grad ihres politischen Interesses zu Themen der EU an: Sind sie sehr interessiert, haben sie für gewöhnlich bereits Einstellungen ausgebildet. In diesem Fall haben Elitensignale keinen Einfluss. Interessieren sie sich jedoch nicht für die EU, verringern negative Elitensignale die Zustimmung zur gemeinsamen Währung.

Allerdings finden sich nur wenige Befragte, die einerseits Themen der europäischen Integration aufmerksam verfolgen, aber andererseits sich nicht sonderlich dafür interessieren. Gleiches gilt im umgekehrten Fall, wenngleich sich hier etwas mehr Personen finden lassen, die angeben, sehr interessiert zu sein, ohne jedoch über genaueres Wissen zum Lissabon-Vertrag zu verfügen. Bei mehr als drei Vierteln der Befragten geht hingegen ein steigendes Interesse mit einem höheren Grad an Wissen einher. In Abbildung 4 wird daher davon ausgegangen, dass sich Wissen und Interesse gleichmäßig erhöhen, um zu überprüfen, in welchen Involvierungsgruppen

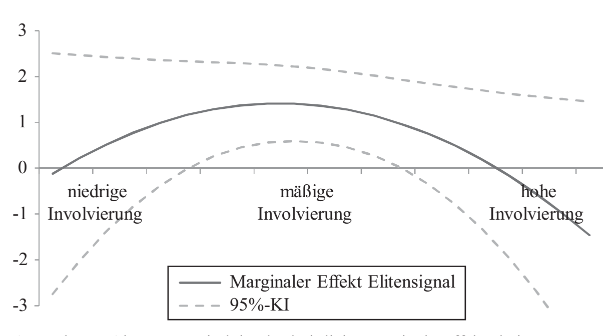


Abb. 4 Effektstärke Elitensignal nach Wissen/Interesse an europäischer Politik. (Quelle: GLES-Langfrist-Online-Tracking 14)

Anmerkung: Abgetragen sind durchschnittliche marginale Effekte bei unterschiedlichen Involvierungsniveaus mit 95 %-Konfidenzintervallen. Grundlage sind die Werte aus Modell 5 in Tab. 1.

Elitensignale den größten Einfluss entfalten. Wie erwartet sind es die mäßig Involvierten mit geringem Grad an Interesse und Aufmerksamkeit, bei denen Elitensignale einen bedeutsamen Einfluss entfalten.[16] An diesem Personenkreis geht das politische Geschehen auf der europäischen Ebene nicht spurlos vorüber, jedoch sind Interesse und Wissen nicht so stark ausgeprägt, dass die Befragten eine vollkommen eigenständige Haltung aufweisen. Mit der Aufgabe konfrontiert, eine Meinung zum Euro zu äußern, greift dieser Personenkreis durchaus auf die Position der nahestehenden Eliten zurück. Bei geringer oder hoher Involvierung hingegen lässt sich kein von null verschiedener Effekt feststellen. Dies dürfte in den niedrigsten Involvierungsgruppen darauf zurückzuführen sein, dass die Befragten keine Kenntnis von den Issue-Positionen der Parteien erlangt haben und dementsprechend nicht auf diese zurückgreifen können. Bei den Hochinvolvierten ist hingegen davon auszugehen, dass sie sehr wohl die Positionen der Parteien kennen. Allerdings dürfte ihre Einstellung vor allem auf ökonomischen Erwägungen, nationalen und europäischen Identitäten sowie außenpolitischen Grundorientierungen beruhen, so dass Elitensignale, auch wenn sie mit der eigenen Haltung übereinstimmen, keinen eigenständigen Einfluss mehr entfalten.

Einen großen Einfluss auf Einstellungen zur gemeinsamen Währung haben über die gängigen Erklärungsfaktoren hinaus außenpolitische Grundorientierungen. Isolationisten lehnen dabei nicht nur das internationale Engagement Deutschlands ab, auch der supranationale Charakter der europäischen Integration scheint ihnen Unbehagen zu bereiten, was sich in niedrigeren Zustimmungsraten zum Euro ausdrückt. Auch Unilateralisten stehen der gemeinsamen Währung kritisch gegenüber, was angesichts der Einschränkungen nationaler Entscheidungshoheit etwa durch die Maastricht-Kriterien und die wirtschaftlichen Verflechtungen mit anderen Ländern kaum verwunderlich ist. Vergleicht man die Modelle, so fällt auf, dass isolationistische Orientierungen in deutlich stärkerem Maße als multilaterale Grundhaltungen unter Kontrolle anderer Einflussfaktoren an Erklärungskraft einbüßen. Während in Modell 4 isolationistische Grundorientierungen einen beachtlichen und erheblich stärkeren Einfluss als multilaterale Orientierungen auf Haltungen zum Euro ausüben, sind die Unterschiede zwischen beiden in Modell 5 vernachlässigbar. Dies lässt sich auf enge Zusammenhänge von isolationistischen Grundhaltungen mit ökonomischen Einschätzungen und Gruppenbindungen zurückführen. Wird die wirtschaftliche Lage als schlecht wahrgenommen, wird der Bewältigung nationaler Probleme Vorrang vor internationalen Problemen eingeräumt (Chittick et al. 1995, S. 319). Ebenso finden sich unter Isolationisten weniger stark ausgeprägte europäische Identitäten als unter Internationalisten, wobei die Kausalitätsrichtung aber weniger eindeutig ist. Nichtsdestotrotz leisten aber außenpolitische Grundorientierungen auch einen eigenständigen Beitrag bei der Erklärung von Einstellungen zum Euro.

[16] Die Abbildung beruht auf den Ergebnissen aus Modell 5. In Modell 6 wird knapp das Niveau statistischer Signifikanz verfehlt.

5 Fazit

Die Zustimmung zur gemeinsamen Währung bewegt sich in Deutschland, wie auch in den meisten Ländern des Euroraums, ungeachtet der seit mehreren Jahren anhaltenden Finanz- und Staatsschuldenkrise auf vergleichsweise hohem Niveau. Angesichts des weitverbreiteten Unmuts über die Milliardenbeträge zur Stabilisierung überschuldeter Euromitgliedsländer hätte man erwarten können, dass die Unzufriedenheit mit der gemeinsamen Währung in der Bevölkerung deutlich zunimmt. Auch scheint die Krise nicht dazu geführt zu haben, dass sich die Grundlagen, auf denen Bürger sich ihre Meinung zur gemeinsamen Währung bilden, gewandelt haben. Die gleichen Ansätze, die sich schon in früheren Jahren als erklärungskräftig erwiesen haben, tragen auch während der Krise zum Verständnis über die Ursachen von Einstellungen zum Euro bei. Die Bürger scheinen also nicht krisenbedingt einen anderen Blick auf die gemeinsame Währung entwickelt zu haben.

Allerdings müssen hinsichtlich der Verallgemeinerbarkeit der Befunde einige Einschränkungen berücksichtigt werden: So können die Ergebnisse nur unter Vorbehalt auf die Gesamtbevölkerung übertragen werden, da die Daten mittels einer Onlinebefragung erhoben wurden. Daher ist davon auszugehen, dass sozioökonomischer Status und politische Involvierung höher sind als im Durchschnitt der Bevölkerung (Sanders et al. 2007). Zudem muss ein beträchtlicher Teil der Fälle wegen Nichtbeantwortung einzelner Fragen oder Abbruchs des Interviews aus den Analysen ausgeschlossen werden. Der Anteil der politisch hoch Involvierten dürfte daher weit über dem Durchschnitt liegen, während der Anteil der niedrig Involvierten deutlich unterschätzt werden könnte. Dies ist insofern problematisch, als dass sich die Art und Weise, wie über politische Fragen nachgedacht wird, mit dem Grad der politischen Involvierung ändert (Saris 2004). Letztlich sollten diese Befunde daher auf eine breitere empirische Basis gestellt werden.

Was die Untersuchung aber deutlich gemacht hat, ist, dass bei künftigen Untersuchungen von Einstellungen zu europäischen Themen außenpolitischen Grundorientierungen mehr Aufmerksamkeit zu Teil kommen sollte. Allen voran isolationistische Grundhaltungen können neben den drei klassischen Ansätzen der Integrationsforschung einen beachtlichen eigenständigen Erklärungsbeitrag leisten. Auch wenn die europäische Integration mittlerweile in vielen Bereichen weit über das intergouvernementale Stadium hinaus vorangeschritten ist, so bestimmen nach wie vor außenpolitische Erwägungen zu einem guten Teil die Einstellungen der Bürger zur Europäischen Union.

Des Weiteren zeigen die Ergebnisse, dass sich die Bürger einerseits durchaus tiefergehende Gedanken über ihre Haltung zum Euro machen. Denn selbst wenn man von einer Verschlechterung der ökonomischen Situation ausgeht, so bleibt das für die Zustimmung zur gemeinsamen Währung folgenlos, wenn man der Politik der EU keine Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung zuschreibt. Angesichts des mangelnden Interesses und des niedrigen Wissens zu Themen der europäischen Integration hätte man auch erwarten können, dass die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage undifferenziert als Heuristik bei der Bewertung des Euro herangezogen wird.

Es wird aber auch deutlich, dass bezüglich europäischer Themen beträchtliche Unterschiede hinsichtlich des Interesses und Wissens in der Bevölkerung zu ver-

zeichnen sind. Dies macht sich insbesondere bei der Nutzung von Elitenhinweisen bemerkbar. Während ein kleine Gruppe von Bürgern die ‚Issue-Public' (Converse 1964) stellt und nicht auf die Nutzung von Elitensignalen angewiesen ist, teilt sich der Rest der Bevölkerung in zwei Lager: Das eine verfolgt Nachrichten zu Europa immerhin leidlich, und kann sich daher auch einen Reim auf Hinweise der Eliten machen und diese im Falle einer Befragung zur Konstruktion einer Meinung zum Euro nutzen. Dem anderen Lager hingegen steht aufgrund mangelnder Aufmerksamkeit nicht einmal diese Möglichkeit der Einstellungsgenerierung bei Bedarf offen.

Ob die Deutschen die gemeinsame Währung auch in Zukunft unterstützen, hängt also zum einen von der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Lage ab. Sollte die Eurokrise auch in Deutschland spürbar werden, wird auch der Euro an Rückhalt in der Bevölkerung einbüßen. Ein möglicher Vertrauensverlust ließe sich aber durch ein entschiedenes und deutlich vernehmbares Bekenntnis der politischen Eliten zur gemeinsamen Währung in Grenzen halten. Allerdings wird sich zeigen, ob nach dem respektablen Abschneiden der „Alternative für Deutschland" bei der vergangenen Bundestagswahl eurokritische Töne nicht noch häufiger zu vernehmen sein werden. Da der Euro für einen erheblichen Teil der Deutschen ein wahlrelevantes Thema darstellt, könnte eine stärkere Politisierung der Euromitgliedschaft Deutschlands ebenfalls zu sinkenden Zustimmungsraten gerade in den mäßig involvierten Teilen der Bevölkerung führen. Die negativen Auswirkungen einer sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage und eines zunehmend eurokritischen Diskurses werden aber durch längerfristig stabile Grundorientierungen und Gruppenzugehörigkeiten gedämpft. Nicht nur Zugehörigkeitsgefühle zu Europa, sondern auch zu Deutschland führen zu einer besseren Bewertung der gemeinsamen Währung. Allerdings hängt gerade die Wirkung von nationalen Identitäten nicht zuletzt von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab. Denn wird der Euro etwa aufgrund hoher Teuerungsraten nicht mehr als „Deutschmark writ large" (Kaelberer 2005, S. 293) wahrgenommen, könnte auf lange Sicht auch der stabilisierende Einfluss von Verbundenheitsgefühlen mit Deutschland verloren gehen.

Literatur

Abdelal, Rawi, Yoshiko M. Herrera, Alastair Iain Johnston, und Rose McDermott. 2006. Identity as a variable. *Perspectives on Politics* 4 (4): 695–711.

Anderson, Christopher J., und M. Shawn Reichert. 1995. Economic benefits and support for membership in the EU: A cross-national analysis. *Journal of Public Policy* 15 (3): 231–249.

Banducci, Susan A., Jeffrey A. Karp, und Peter H. Loedel. 2003. The euro, economic interests and multi-level governance: Examining support for the common currency. *European Journal of Political Research* 42 (5): 685–703.

Banducci, Susan A., Jeffrey A. Karp, und Peter H. Loedel. 2009. Economic interests and public support for the euro. *Journal of European Public Policy* 16 (4): 564–581.

Brinegar, Adam P., und Seth K. Jolly. 2005. Location, location, location. National contextual factors and public support for European integration. *European Union Politics* 6 (2): 155–180.

Brown, Rupert. 2000. Social identity theory: Past achievements, current problems and future challenges. *European Journal of Social Psychology* 30 (6): 745–778.

Bruter, Michael. 2003. Winning hearts and minds for Europe: The impact of news and symbols on civic and cultural European identity. *Comparative Political Studies* 36 (10): 1148–1179.

Carey, Sean. 2002. Undivided loyalties. Is national identity an obstacle to European integration? *European Union Politics* 3 (4): 387–413.
Carrubba, Clifford J. 2001. The electoral connection in European Union politics. *The Journal of Politics* 63 (1): 141–158.
Chaiken, Shelly. 1980. Heuristic versus systematic information processing and the use of source versus message cues in persuasion. *Journal of Personality and Social Psychology* 39 (5): 752–766.
Chittick, William O. und Annette Freyberg-Inan. 2001. The impact of basic motivation on foreign policy opinions concerning the use of force. In *Public opinion and the international use of force*, Hrsg. Philip P. Everts und Pierangelo Isernia, 31–56. London: Routledge.
Chittick, William O., Keith R. Billingsley und Rick Travis. 1995. A three-dimensional model of American foreign policy beliefs. *International Studies Quarterly* 39 (3): 313–331.
Chong, Dennis und James N. Druckman. 2007. Framing theory. *Annual Review of Political Science* 10 (1): 103–126.
Citrin, Jack und John Sides. 2004. More than nationales: How identity choice matters in the new Europe. In *Transnational identities. Becoming European in the EU*, Hrsg. Richard K. Herrmann, Thomas Risse und Marilynn B. Brewer, 161–185. Lanham: Rowman & Littlefield.
Conover, Pamela Johnston und Stanley Feldman. 1989. Candidate perception in an ambiguous world: Campaigns, cues, and inference processes. *American Journal of Political Science* 33 (4): 912–940.
Converse, Philip E. 1964. The nature of belief systems in mass publics. In *Ideology and discontent*, Hrsg. David E. Apter, 202–261. New York: Wiley.
de Vries, Catherine E. und Kees van Kersbergen. 2007. Interests, identity and political allegiance in the European Union. *Acta Politica* 42 (2): 307–328.
Delli Carpini, Michael X. und Scott Keeter. 1996. *What Americans know about politics and why it matters*. New Haven: Yale University Press.
Díez Medrano, Juan und Paula Gutiérrez. 2001. Nested identities: National and European identity in Spain. *Ethnic and Racial Studies* 24 (5): 753–778.
Downs, Anthony. 1968. *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
Eichenberg, Richard C. und Russell J. Dalton. 1993. Europeans and the European Community: The dynamics of public support for European integration. *International Organization* 47 (4): 507–534.
Europäische Kommission. 2013. *Eurobarometer 75.3 (2011)*. Köln: GESIS. ZA5481.
Gabel, Matthew J. 1998. Economic integration and mass politics: Market liberalization and public attitudes in the European Union. *American Journal of Political Science* 43 (3): 936–953.
Gabel, Matthew J. 2001. Divided opinion, common currency: The political economy of public support for EMU. In *The political economy of European monetary unification*, Hrsg. Barry Eichengreen und Jeffrey A. Frieden, 49–76. Oxford: Westview Press.
Gabel, Matthew J. und Simon Hix. 2005. Understanding public support for British membership of the single currency. *Political Studies* 53 (1): 65–81.
Gabel, Matthew J. und Kenneth Scheve. 2007. Mixed messages. Party dissent and mass opinion on European integration. *European Union Politics* 8 (1): 37–59.
Gärtner, Manfred. 1997. Who wants the euro—and why? Economic explanations of public attitudes towards a single European currency. *Public Choice* 93 (3/4): 487–510.
Hobolt, Sara Binzer. 2005. When Europe matters: The impact of political information on voting behaviour in EU referendums. *Journal of Elections, Public Opinion & Parties* 15 (1): 85–109.
Hobolt, Sara Binzer und Patrick Leblond. 2009. Is my crown better than your euro? Exchange rates and public opinion on the European single currency. *European Union Politics* 10 (2): 202–225.
Holsti, Ole R. 2004. *Public opinion and American foreign policy*. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
Hooghe, Liesbet und Gary Marks. 2005. Calculation, community and cues. Public opinion on European integration. *European Union Politics* 6 (4): 419–443.
Howarth, David und Charlotte Rommerskirchen. 2013. A Panacea for all times? The German stability culture as strategic political resource. *West European Politics* 36 (4): 750–770.
Huddy, Leonie. 2001. From social to political identity: A critical examination of social identity theory. *Political Psychology* 22 (1): 127–156.
Hurwitz, Jon und Mark Peffley. 1987. How are foreign policy attitudes structured? A hierarchical model. *The American Political Science Review* 81 (4): 1099–1120.
Inglehart, Ronald. 1970. Cognitive mobilization and European identity. *Comparative Politics* 3 (1): 45–70.
Jupille, Joseph und David Leblang. 2007. Voting for change: Calculation, community, and euro referendums. *International Organization* 61 (4): 763–782.

Kaelberer, Matthias. 2005. Deutschmark nationalism and Europeanized identity: Exploring identity aspects of Germany's adoption of the euro. *German Politics* 14 (3): 283–296.

Kaltenthaler, Karl C. und Christopher J. Anderson. 2001. Europeans and their money: Explaining public support for the common European currency. *European Journal of Political Research* 40 (2): 139–170.

Krosnick, Jon A. und Laura A. Brannon. 1993. The impact of the Gulf War on the ingredients of presidential evaluations: Multidimensional effects of political involvement. *The American Political Science Review* 87 (4): 963–975.

Kunda, Ziva. 1990. The case for motivated reasoning. *Psychological Bulletin* 108 (3): 480–498.

Lau, Richard R. und David P. Redlawsk. 2001. Advantages and disadvantages of cognitive heuristics in political decision making. *American Journal of Political Science* 45 (4): 951–971.

Lodge, Milton und Charles Taber. 2005. The automaticity of affect for political leaders, groups, and issues: An experimental test of the hot cognition hypothesis. *Political Psychology* 26 (3): 455–482.

Marcussen, Martin, Thomas Risse, Daniela Engelmann-Martin, Hans Joachim Knopf und Klaus Roscher. 1999. Constructing Europe? The evolution of French, British and German nation state identities. *Journal of European Public Policy* 6 (4): 614–633.

McLaren, Lauren M. 2002. Public support for the European Union: Cost/benefit analysis or perceived cultural threat? *Journal of Politics* 64 (2): 551–566.

Müller-Peters, Anke. 1998. The significance of national pride and national identity to the attitude toward the single European currency: A Europe-wide comparison. *Journal of Economic Psychology* 19 (6): 701–719.

Nelsen, Brent F. und James L. Guth. 2000. Exploring the gender gap: Women, men and public attitudes toward European integration. *European Union Politics* 1 (3): 267–291.

Rathbun, Brian C. 2007. Hierarchy and community at home and abroad. Evidence of a common structure of domestic and foreign policy beliefs in American elites. *Journal of Conflict Resolution* 51 (3): 379–407.

Rattinger, Hans. 1996. Einstellungen zur europäischen Integration in der Bundesrepublik: Ein Kausalmodell. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1): 45–78.

Rattinger, Hans, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck und Bernhard Weßels. 2011. *German Longitudinal Election Study – Langfrist-Online-Tracking, T14, 23.05.-03.06.2011*. Köln: GESIS. ZA5347.

Ray, Leonard. 2003. When parties matter: The conditional influence of party positions on voter opinions about European integration. *The Journal of Politics* 65 (4): 978–994.

Sanders, David und Gabor Toka. 2013. Is anyone listening? Mass and elite opinion cueing in the EU. *Electoral Studies* 32 (1): 13–25.

Sanders, David, Harold D. Clarke, Marianne C. Stewart und Paul Whiteley. 2007. Does mode matter for modeling political choice? Evidence from the 2005 British election study. *Political Analysis* 15 (3): 257–285.

Saris, Willem E. 2004. Different judgement models for policy questions: Competing or complementary? In *Studies in Public Opinion. Attitudes, Nonattitudes, Measurement Error, And Change*, Hrsg. Willem E. Saris und Paul M. Sniderman, 17–36. Princeton: Princeton University Press.

Steenbergen, Marco R., Erica. E. Edwards und Catherine E. de Vries. 2007. Who's cueing whom? Mass-elite linkages and the future of European integration. *European Union Politics* 8 (1): 13–35.

Taber, Charles S. und Milton Lodge. 2006. Motivated skepticism in the evaluation of political beliefs. *American Journal of Political Science* 50 (3): 755–769.

Taggart, Paul. 1998. A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary western European party systems. *European Journal of Political Research* 33 (3): 363–388.

van der Eijk, Cees und Mark Franklin. 2004. Potential for contestation on European matters at national elections in Europe. In *European integration and political conflict*, Hrsg. Gary Marks und Marco R. Steenbergen, 32–50. Cambridge: Cambridge University Press.

Weßels, Bernhard. 1995. Support for integration: Élite or mass-driven? In *Public opinion and internationalized governance*, Hrsg. Oskar Niedermayer und Richard Sinnott, 137–162. Oxford: Oxford University Press.

Westle, Bettina und David Johann. 2010. Das Wissen der Europäer/innen über die Europäische Union. In *Information – Wahrnehmung – Emotion*, Hrsg. Thorsten Faas, Kai Arzheimer und Sigrid Roßteutscher, 353–374. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zaller, John. 1992. *The nature and origins of mass opinion*. Cambridge: Cambridge University Press.

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:123–142
DOI 10.1007/s12286-014-0210-0

AUFSÄTZE

ZfVP
ZEITSCHRIFT FÜR
VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT

It's the responsibility, stupid!

Determinanten der Verantwortlichkeitszuschreibung zwischen Europäischer Union und nationaler Regierung für die wirtschaftliche Lage

Aiko Wagner · Heiko Giebler

Online publiziert: 3. Oktober 2014

Zusammenfassung Modelle ökonomischen Wählens rekurrieren auf zwei Elemente: die Evaluation ökonomischer Verhältnisse und die Zuschreibung von Verantwortlichkeit. So wird eine demokratietheoretisch wichtige Kontrollfunktion ermöglicht; bei schlechter Lage und perzipierter Regierungsverantwortung wird eine Stimme für die Regierung unwahrscheinlicher. In letzter Zeit finden sich vermehrt Studien, die einen Bias bei der Evaluation und teilweise auch bei der Zuschreibung von Verantwortlichkeit nachweisen.

Unser Beitrag transferiert diese Beobachtungen in den Kontext der EU. Die Ergebnisse dieser vergleichenden Analyse bestätigen, dass sowohl Parteineigungen zugunsten der Regierung als auch Einstellungen gegenüber der EU die Verantwortungszuschreibung, konditional zur wirtschaftlichen Lage, verzerren. Die demokratietheoretische Relevanz des Ansatzes ist somit stark beeinträchtigt.

Schlüsselwörter Ökonomisches Wählen · Verantwortungszuschreibung · Verzerrung · EU

Dr. phil. A. Wagner (✉) · H. Giebler, Master of Arts
Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung,
Reichpietschufer 50,
10785 Berlin, Deutschland
E-Mail: aiko.wagner@wzb.eu

H. Giebler, Master of Arts
E-Mail: heiko.giebler@wzb.eu



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_7, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

It's the responsibility, stupid!
Explaining economic accountability of the European Union and national governments

Abstract Two elements constitute economic voting models: the evaluation of economic conditions and responsibility. This enables an important control mechanism rooted in democratic theory. The combination of bad conditions and perceived accountability decreases the likelihood that votes will be cast for the incumbent. Recent studies have shown that these evaluations are biased; some studies state similar findings with regard to accountability.

Our contribution applies these observations to the EU context. Results of this comparative analysis confirm that both party identification in favour of the incumbent and positive attitudes towards the EU distort accountability. The degree of distortion depends on economic conditions. Thus the relevance of the approach in the context of democratic theory is strongly impaired.

Keywords Economic voting · Responsibility · Bias · EU

1 Einleitung

Nicht erst durch die gegenwärtige Krise der Wirtschaft, des Euro und der Staatsfinanzen drängt das Ökonomische wieder stärker in die Politikwissenschaft zurück. Seit Jahrzehnten belegen wirtschaftliche oder zumindest mit der wirtschaftlichen Lage zusammenhängende Herausforderungen wie beispielsweise die Arbeitsmarktsituation die vorderen Plätze, wenn die Bürgerinnen und Bürger nach den drängendsten Problemen gefragt werden. Dementsprechend wichtig ist die Wirtschaft auch für das Wahlverhalten, worauf das zum Schlagwort gewordene „It's the economy, stupid" aus dem 1992er Wahlkampf Bill Clintons abzielt. Für Modelle des Economic Voting werden die wirtschaftliche Lage bzw. Entwicklung zur Erklärung und Vorhersage von Wahlergebnissen sowie individuellen Wahlentscheidungen herangezogen. Dieser äußerst populäre Ansatz rekurriert vorrangig auf zwei Elemente: die Bewertung ökonomischer Verhältnisse und die Zuschreibung von Verantwortlichkeit (responsibility) für eben diese. Ist beides gegeben, stellt ökonomisches Wählen eine demokratietheoretisch wichtige Kontroll- bzw. Kommunikationsfunktion zwischen dem Demos und den Repräsentanten und Repräsentantinnen dar – für eine schlechte Performanz wird die Regierung abgestraft.

Aufbauend auf Studien, welche die Exogenitätsannahme – d. h., dass die erklärenden Größen des Modells nicht ihrerseits vom zu erklärenden Phänomen beeinflusst sind – vor allem der Evaluation der wirtschaftlichen Lage, aber vereinzelt auch der Verantwortungsattribuierung in Frage stellen, sowie vor dem Hintergrund der europäischen ‚Krisen' untersuchen wir im vorliegenden Papier Verzerrungen von Verantwortungszuschreibungen zwischen nationalen Regierungen und der Europäischen Union. Mit Verzerrungen oder Bias sind dabei Abweichungen von einer wie auch immer zu definierenden Realität von Verantwortung für konkrete Verhältnisse

gemeint, die auf andere individuelle Einstellungen und Bewertungen zurückgeführt werden können. Dazu wird in einem ersten Schritt dargelegt, aus welchen Bausteinen ein ökonomisches Grundmodell der Erklärung der Wahlentscheidung besteht. Daraufhin wird die neuere Literatur zum systematischen Bias in der Bewertung der Wirtschaftsentwicklung bzw. -lage verwendet, um einen Zugang zur Analyse von Verzerrungen auch in der Verantwortungszuweisung zu finden. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, unter welchen Umständen die nationale Regierung oder die Europäische Union vorrangig verantwortlich gemacht werden. Konkret fragen wir also: Lassen sich in der Zuschreibung von Verantwortlichkeit zwischen EU und nationaler Regierung systematische Verzerrungen feststellen? Und wenn ja, woher kommen diese?

Grundlage der Untersuchung sind die Daten der Europäischen Wählerstudie 2009, also zu Bürgerinnen und Bürgern aus den 27 EU-Staaten (van Egmond et al. 2011). Unsere Ergebnisse bestätigen die Hypothesen, dass sowohl Parteineigungen zugunsten der Regierungsparteien als auch EU-skeptische Einstellungen dazu führen, die Verantwortung für negative wirtschaftliche Entwicklungen vermehrt der EU und für positive stärker der nationalen Regierung zuzuschreiben. Ein umgekehrter Trend ist für Personen mit einer positiven Einstellung gegenüber der EU zu beobachten. Diese Ergebnisse mehren die Zweifel an der Einordnung des ökonomischen Wählens als prominentes Beispiel für die objektive Zuschreibung von Verantwortlichkeit.[1]

2 Ökonomisches Wählen: Wirtschaftliche Lage, Verantwortung und Bias

Ökonomisches Wählen ist wohl eine der am meisten verbreiteten Erklärungen sowohl für Wahlergebnisse als auch, damit logisch zusammenhängend, für das individuelle Wahlverhalten. Modelle dieses Ansatzes nehmen grundsätzlich an, dass Wählerinnen und Wähler nach ‚Kassenlage' entscheiden. Die demokratietheoretische Relevanz bezieht Ökonomisches als Teil von retrospektivem Wählen durch das darin zum Ausdruck kommende ‚Verantwortlichhalten'. Durch das Abstrafen bzw. Belohnen der Regierung für ihre (wirtschaftspolitische) Arbeit dient ökonomisches Wählen dem Ziel, die politischen Eliten auf dem Weg zu allgemeiner Wohlfahrt (oder zumindest in Korrespondenz mit den Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger) verantwortlich zu halten.

Aus Abb. 1 wird der Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Regierungsstimmen für die Bundestagswahlen in der Bundesrepublik deutlich. Es zeigt sich ein recht stabiler Zusammenhang zwischen einer positiven Wirtschaftsentwicklung und Stimmgewinnen der am Wahltermin amtierenden Regierungsparteien.

Damit plausibilisiert werden kann, dass dieser Makromechanismus sich auch in individuellem Verhalten niederschlägt, wird eine Brückenhypothese angenommen: Die tatsächliche wirtschaftliche Lage wird von den Wählerinnen und Wählern per-

[1] Die deutsche Sprache bleibt leider eine passende Übersetzung für den Begriff der Accountability schuldig. ‚Verantwortlichkeit' (im Englischen eher responsibility) trifft es nicht ganz, da Accountability in der politikwissenschaftlichen Verwendung auch die Verantwortungszuschreibung sowie das ‚Verantwortlich halten' mit einschließt. Daher werden wir, um den englischen Begriff zu vermeiden, auf verschiedene Begrifflichkeiten aus dem Wortfeld ‚Verantwortung' zurückgreifen.

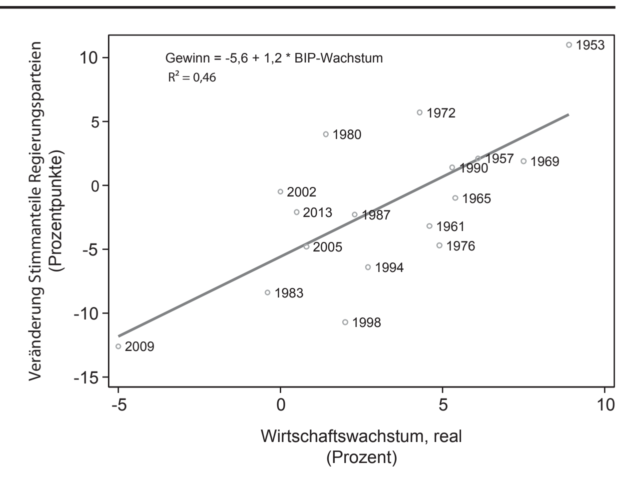


Abb. 1 Wirtschaftliche Entwicklung und Stimmgewinne der Regierungsparteien in der BRD, 1953 bis 2009. Für Bundestagswahlen in der ersten Jahreshälfte wurden die Vorjahreswerte des Wirtschaftswachstums verwendet, für Wahlen in der zweiten Jahreshälfte die Wachstumszahlen des jeweiligen Wahljahres. (Quelle: Bundeswahlleiter und Bundesamt für Statistik)

zipiert und bewertet. Diese Bewertungen entscheiden mit darüber, ob die Regierung oder die Opposition die Stimme erhält. Hier ist jedoch zu differenzieren, welche der angesprochenen Kassenlagen den Ausschlag gibt. Vier Bewertungsobjekte finden sich in der Forschung: die Lage der Bürgerinnen und Bürger selbst, dann ist vom Pocketbook Voting die Rede; oder die Lage dreier geografischer Einheiten (Region, Staat, supranationale Einheit wie die EU). Dazu kommen die drei unterschiedlichen Zeitbezüge – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – sowie der Objektivitätsgrad, d. h. die Frage, ob reale wirtschaftliche Faktoren[2] oder subjektive Perzeptionen Element der Analyse sind. Damit liegt eine Vielzahl (vier Bewertungsobjekte mal drei Zeiten mal zwei = 24) an Möglichkeiten vor, wie ökonomisches Wählen konzeptualisiert werden kann.[3] In jedem Fall wird von einem eher einfachen Wahlmechanismus ausgegangen, der auch unter der Annahme von schlechter Informiertheit und/oder fehlender Konsistenz der Einstellungssysteme des Elektorats (wie sie die Michigan-School unterstellt) funktioniert. „The pocketbook voter need only consult his bank account; the sociotropic voter can consult the news to assess the health of the economy“ (Healy und Malhotra 2013, S. 286). Dementsprechend umfangreich ist mittlerweile die Forschung zu diesem Thema – Lewis-Beck und Stegmaier (2000) berichteten schon vor mehr als einem Jahrzehnt von über 300 Büchern und Artikeln zum Thema.[4] Der Einfluss auf das Wahlergebnis sollte einerseits nicht überschätzt werden, ist er doch im Vergleich zu anderen Faktoren des Wahlverhaltens wie der Parteineigung als moderat einzustufen. Andererseits lässt sich festhalten, dass der Effekt in der gleichen Größenordnung wie politische Streitfragen und gesellschaftliche Spaltungslinien einzuordnen ist (Blais et al. 2004; Lewis-Beck 1986).

[2] Wobei diesbezüglich wiederum unterschieden werden kann, ob das Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit oder die Inflation bzw. die jeweiligen Veränderungen betrachtet werden.

[3] Siehe z. B. für eine Diskussion von egozentrischen vs. soziotropischen und objektiven vs. subjektiven Ansätzen bereits Weatherford (1983).

[4] Siehe dort oder Anderson (2007) für einen guten Überblick über die Entwicklung der Literatur zum ökonomischen Wählen.

Tab. 1 Schematischer Zusammenhang von Verantwortungszuschreibung, wirtschaftlicher Entwicklung und Wahlverhalten

	Regierungsverantwortung	Keine Regierungsverantwortung
Positive Wirtschaftsentwicklung	Stimme für Regierung	Keine Vorhersage
Negative Wirtschaftsentwicklung	Stimme für Opposition	Keine Vorhersage

Nun lässt sich nur dann sinnvollerweise annehmen, dass die wirtschaftliche Entwicklung zur Entscheidungsfindung pro oder contra Regierung herangezogen wird, wenn die Entscheidungsobjekte, also beispielsweise im bundesdeutschen Fall die Regierungsparteien, für diese Entwicklung verantwortlich gemacht werden (können). Wenn die wirtschaftliche Entwicklung nicht in der Hand der Regierung liegt, sollte diese auch nicht für jene verantwortlich gemacht werden. In Zeiten wirtschaftlicher Integration, als Stichworte seien Europäisierung und Globalisierung genannt, konditioniert die Verantwortungszuschreibung den Einfluss der Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Wahlverhalten. Entsprechend sollten individuelle Wahlentscheidungen gemäß dem in Tab. 1 dargestellten Schema zu beobachten sein.

Folgt man einem einstellungstheoretischen Paradigma und konzentriert sich entsprechend auf die Bewertung der wirtschaftlichen Lage und mithin auf subjektive Einschätzungen der Bürgerinnen und Bürger, finden sich hinsichtlich der Erklärungsstärke Anzeichen für eine Dominanz des retrospektiven soziotropischen Wählens. D. h., dass die Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes in der Vergangenheit die vergleichsweise stärkste Vorhersagekraft für das Wahlverhalten aufweist – auch wenn die Diskussion über die Relevanzordnung nicht als beendet angesehen werden kann.[5]

Abbildung 2 illustriert an einem Beispiel den Moderatoreffekt der Verantwortungszuschreibung. Abgebildet ist der Effekt der retrospektiven Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zur Bundestagswahl 2009.[6] Grundlage war ein rein ökonomisches logistisches Modell ohne Kontrollvariablen, in welchem die Wahlentscheidung – Zweitstimme für eine Partei der vorherigen Regierung (Union, SPD) vs. für eine der anderen Parteien – auf die multiplikative Interaktion von Lagebeurteilung[7] und Verantwortungszuschreibung zurückgeführt wurde.

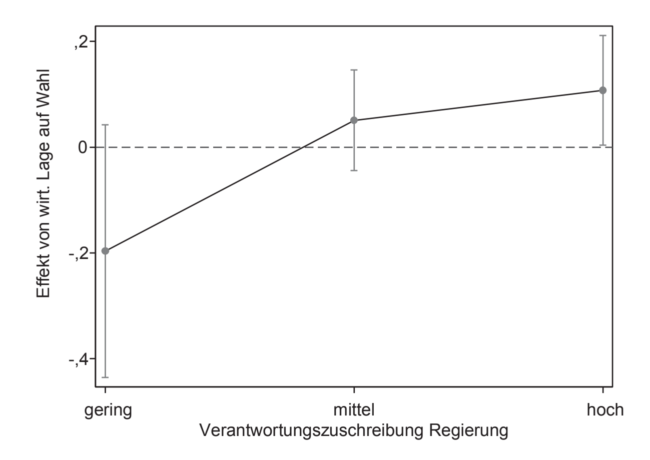
Das Resultat bestätigt, wenn auch knapp, die Ergebnisse bisheriger Studien (z. B. als eine der ersten Peffley und Williams 1985). Nur bei hinreichend hoher Verantwortungszuschreibung führt eine positive Bewertung der Wirtschaft zu einem Mehr an Stimmen für die Regierungsparteien und umgekehrt eine negative Bewertung zu weniger Stimmen.

[5] Für Großbritannien siehe bspw. Clarke et al. (2002), für Deutschland Rattinger und Kellermann (2007).

[6] Die Datengrundlage bildet der Nachwahl-Querschnitt der GLES (Rattinger et al. 2011).

[7] Aufgrund der Wirtschaftskrise sind positive Antworten bzgl. der wirtschaftlichen Entwicklung selten. Daher wurde die retrospektive Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland in eine binäre Variable überführt, in der Werte von null für schlechte und sehr schlechte Entwicklungen stehen, Werte von eins eine gleich gebliebene oder (stark) verbesserte Lage widerspiegeln. Ebenfalls aufgrund andernfalls sehr geringer Fallzahl wurde die Verantwortungszuschreibung von fünf auf drei Kategorien reduziert. Es wurde ein kombiniertes sozial-, regionalstrukturelles und Transformationsgewicht verwendet.

Abb. 2 Verantwortung, wirtschaftliche Lage und Wahlverhalten zur BTW 2009, marginale Effekt mit 95 % Konfidenzintervall



Bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten wies Paldam (1991) darauf hin, dass diese konditionierte Wahlfunktion nicht unbedingt stabil ist. Neben methodischen Fragen[8] lassen sich gegenwärtig sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene Faktoren ausmachen, deren Heterogenität nicht zu vernachlässigen ist. Auf der Makroebene sind dies vor allem politische Institutionen und Koalitionsregierungen (Rudolph 2003; van der Brug et al. 2007). Auf der Individualebene variiert die Gültigkeit von ökonomischen Wahlvorhersagen nach Gruppenzugehörigkeiten; zudem sind Faktoren wie Versiertheit, politisches Interesse und Parteipräferenzen zu beachten (Dorussen und Taylor 2002, S. 98 f.). Diese individuellen Faktoren wiederum lassen sich in zwei Bereiche unterteilen: „(a) informational and cognitive limits and (b) the impact of values and predispositions on the formation of economic perceptions and evaluations as well as attributions of responsibility. Both streams of research examine the conditions under which actual economic conditions are translated into voter behavior most truthfully via citizens' subjective perceptions of economic conditions“ (Anderson 2007, S. 278).

Für diesen Beitrag ist vor allem festzuhalten, dass die subjektive Bewertung der wirtschaftlichen Lage nicht (vollständig) exogen ist. Vielmehr gilt, dass vorher feststehende Parteibewertungen auch hier einen Einfluss ausüben. Anhänger der Regierungsparteien bewerten bei gleicher objektiver Lage im Mittel die Regierungsarbeit besser als Oppositionsanhänger.[9] So fanden Duch und Palmer (2002) sowie Bartels (2002) in ihren komparativen Studien, dass eine Parteineigung für eine Regierungspartei die Beurteilung der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung positiv beeinflusst (Anderson 2007). Ähnlich fanden Clarke et al. (2002), dass parteipolitische Heuristiken zur Erwartungsbildung über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung her-

[8] Augenzwinkernd fasst er den wissenschaftlichen Prozess wie folgt zusammen: „First X presents an impressive study of the Vote or Popularity function for country Z, with a nice theory and – most important – very fine econometric fits: a high R^2, very significant t-ratios, and, in addition, some new econometric trick like the ζζ-test from the latest issues of Esoterica. Everybody is impressed, until a few years later Y demonstrates that, by one little change, X's result collapses.“ (Paldam 1991, S. 10).

[9] Weitere Forschung fokussiert auf Unterschiede zwischen Wählerinnen und Wählern bezüglich des Ausmaßes, in dem ökonomische Evaluationen in ihre Entscheidungsfindungsprozesse eingehen (Anderson 2007; Steiner und Steinbrecher 2012).

angezogen werden. Begründet werden diese Ergebnisse mit sozialpsychologischen Mechanismen; vor allem wird eine Rationalisierungsthese im Sinne einer wechselseitigen Anpassung von Verhalten und Bewertung, hier also einer Endogenität der Wirtschaftseinschätzung, angeführt (Anderson et al. 2004, S. 683). In dem Umfang, wie dies zutrifft, reduziert sich die im ökonomischen Wählen zum Ausdruck kommende bzw. gemessene Verantwortlichkeitszuschreibung und das anfänglich vorgetragene demokratietheoretische Argument wird unterlaufen.

Darüber hinaus, und womöglich sogar schwerwiegender, häufen sich Indizien dafür, dass auch die Verantwortungsattribuierung nicht ohne Bias ist. Diese Fehlerhaftigkeit der Zuschreibung ist dabei nicht zufällig. Vielmehr folgt auch sie einer parteipolitischen Logik. So wird im nationalen Kontext in einem gewissen Grad positive Performanz derjenigen Partei angerechnet, die von Ego (aus anderen Gründen) präferiert wird, während für schlechte Leistungen Parteien verantwortlich gemacht werden, die Ego nicht schätzt (Norpoth 2001; Peffley und Williams 1985; Rudolph 2003). Der Grund dafür wird im sozialpsychologischen Mechanismus des Group-serving Bias vermutet. Demnach wird Positives generell der Eigengruppe zugeschrieben, Negatives wird extern attribuiert (In-Groups vs. Out-Groups); Umgekehrtes gilt für die Fremdgruppe (Tilley und Hobolt 2011). Nicht von ungefähr erinnert dieser Mechanismus an die Konzeptualisierung der Parteineigung im Michigan-Ansatz (Campbell et al. 1960). Denn auch hier wird über Selbstidentifikation und -perzeption als Teil einer Gruppe ein Wahrnehmungsbias postuliert, der die Realität (von Sachfragen, Kandidaten, usw.) durch eine parteiliche Brille gefärbt wahrnehmen lässt. Die Parteianhängerschaft ist damit die politische Konkretisierung der Group-serving Bias-Erklärung bezüglich der Wahrnehmungsverzerrung der Ökonomie – sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage als auch der Verantwortung für diese. Das demokratietheoretische Problem ist dabei, dass damit die Verbindung von objektiver Lage und objektiver Verantwortung zu subjektiver Lagewahrnehmung und Verantwortungszuschreibung in dem Maße geschwächt ist, wie beide subjektiven Faktoren einem Bias unterliegen. Damit nimmt die Funktion des ökonomischen Wählens in der Repräsentativdemokratie deutlichen Schaden.

Bislang wurde stets der nationale Rahmen betrachtet und die berichteten Ergebnisse resultierten aus Analysen zu nationalen Bewertungen. Die oben erwähnten und allseits diskutierten Entwicklungen der wirtschaftlichen Transnationalisierung, Integration und Verwobenheit zwischen mehreren Staaten bzw. weltweit, verkomplizieren die Verantwortungszuschreibung jedoch dramatisch. Vervielfältigt wird diese Problematik auch in politisch (teil-)integrierten Mehrebenensystemen wie der EU. Hier müssen die Bürgerinnen und Bürger nochmals differenzieren, in wie weit die nationale Regierung vis-à-vis supranationaler Ebene für wirtschaftliche Entwicklungen verantwortlich zu machen ist.[10] Ohne in Übertreibungen zu verfallen, sollte zudem nicht unerwähnt bleiben, dass die Krise – ob Euro- oder Schulden- oder welchen Namens auch immer – diese Fragen von geteilter wirtschaftlicher Verantwortung

[10] Diese Sichtweise klammert den Einfluss von weiteren Akteuren, bspw. multinationalen Konzernen oder anderen politischen Akteuren wie den USA, vorerst aus. In den empirischen Analysen werden aber Kontrollvariablen eingeführt, die das Ausmaß abbilden, in welchem überhaupt Effekte der politischen Entscheidungen auf den beiden Ebenen – Nationalstaat und Europäische Union – perzipiert werden.

nicht einfacher gemacht hat. Welchen Einfluss hat(te) die zurückhaltende Lohnpolitik Deutschlands auf die Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder? Welche Auswirkungen sind durch die Bürgschaftsübernahme des ‚Nordens' für die griechischen Staatsschulden zu erwarten? Und: welche politischen Akteure tragen welchen Teil der Verantwortung für diese Entwicklungen?

Im Mehrebenensystem ist das Blame Game noch ausgeprägter als im nationalen Kontext. Aus der Literatur zur Wohlfahrtsstaatsforschung sind verschiedene Strategien bekannt, die Akteure wählen, um vor allem für einen Rückbau sozialstaatlicher Leistungen nicht die elektoralen Kosten tragen zu müssen (Blame Avoidance). Diese lassen sich in zwei Bereiche differenzieren: einerseits solche, die auf Präferenzen der Wählerinnen und Wähler bezogen sind (Reframing der Politikinhalte, Kompensation und Befreiung von der Wirkung für bestimmte Wählergruppen) und andererseits Strategien, die sich auf die Perzeption der Politiken beziehen (z. B. Schwarzer-Peter-Spiele; siehe für einen guten Überblick Hering 2008).

Da die Präferenzen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums kaum variieren und wir es hier eher mit einem Valenz- als mit einem polaren Positionsissue zu tun haben, sind für die Anwendung auf ökonomisches Wählen die auf die Präferenzen des Elektorats zielenden Reframing-Verfahren allerdings weniger wichtig als das Thema der Perzeption der Verantwortung. Mit dieser Perspektive vereinbar betonen Hobolt et al. (2013), dass im Mehrebenensystem die parteipolitische Verzerrung nicht die einzige ist, nach der sich Eigen- und Fremdgruppe konstituieren. Während auf der nationalen Ebene die Parteipräferenz der wohl wichtigste Indikator dafür ist, ob eine Regierung für Politikergebnisse verantwortlich gemacht wird, ist es auf der europäischen Ebene schwieriger, ist doch die EU-Exekutive parteipolitisch heterogen. Hier spielten die Einstellungen gegenüber der EU als Ganzes die funktional äquivalente Rolle: „General feelings about the EU have similarities with other political predispositions, such as partisanship. In other words, just like partisanship may influence how voters attribute credit and blame, attitudes towards the European Union may also shape attributions" (Hobolt et al. 2013, S. 157). EU-skeptische Bürgerinnen und Bürger werden eine als schlecht bewertete wirtschaftliche Lage eher mit der EU-Politik in Verbindung bringen als Befürworter der Europäischen Union, genau wie Oppositionsanhänger auf nationaler Ebene eher geneigt sind, die Regierung für geringes oder negatives Wirtschaftswachstum verantwortlich zu machen. In Experimenten finden Hobolt et al. für diese Hypothesen auch Bestätigung.

Im Folgenden wird der nächste Schritt in dieser Forschungsrichtung gemacht, indem das Experimentallabor verlassen und Umfragedaten in den Blick genommen werden. Zudem sollte sich eine Analyse der Verantwortungszuschreibung nicht auf ein einziges Land festlegen, sondern die Vorteile der komparativen Analyse nutzen. Damit kann vermieden werden, Idiosynkrasien eines Sonderfalls als allgemeingültiges Muster aufzufassen. Wir wenden uns daher in den folgenden Abschnitten dem Saldo aus der Verantwortungszuschreibung von nationaler und europäischer Ebene zu. Es wird zu prüfen sein, inwieweit dieser Saldo von den oben geschilderten Verzerrungen betroffen ist.

Die zentrale Hypothese lautet, dass die Verantwortung für eine schlechte wirtschaftliche Entwicklung eher dann bei der Europäischen Union vermutet wird, wenn damit die Eigengruppe entlastet wird. Umgekehrt wird die Verantwortung für eine

Tab. 2 Hypothesen über die Verzerrung der Verantwortungszuschreibung

	Positive Bewertung des politischen Akteurs (Regierung/EU)	Negative Bewertung des politischen Akteurs (Regierung/EU)
Positive Wirtschaftsentwicklung	Verantwortungszuschreibung an Akteur	Keine Verantwortungszuschreibung an Akteur
Negative Wirtschaftsentwicklung	Keine Verantwortungszuschreibung an Akteur	Verantwortungszuschreibung an Akteur

gute Entwicklung eher der Eigengruppe zugeschrieben. Ausdifferenziert nach den beiden Ebenen – national Regierungs- vs. Oppositionsanhänger und supranational EU-Befürworter vs. EU-Gegner – ergeben sich zwei Subhypothesen:

Hypothese 1a: Regierungsanhänger weisen bei schlechterer wirtschaftlicher Entwicklung die Verantwortung eher der EU zu, bei besserer Entwicklung sehen sie die Verantwortung eher bei der nationalen Regierung.

Hypothese 1b: Je schlechter die wirtschaftliche Entwicklung, desto stärker weisen Bürgerinnen und Bürger mit EU-skeptischeren Einstellungen die Verantwortung der EU zu. Positive Signale aus der Wirtschaft führen umgekehrt bei EU-Skeptikern dazu, eher die nationale Regierung für verantwortlich anzusehen.

Beide Hypothesen finden sich schematisch in Tab. 2 dargestellt. Um diese Hypothesen zu prüfen, wird der Saldo aus EU und nationaler Verantwortung auf die Interaktion von wirtschaftlicher Entwicklung und Regierungsanhängerschaft einerseits und EU-Einstellungen andererseits zurückgeführt.

3 Datengrundlage, abhängige und unabhängige Variablen und Validierung des Verantwortlichkeitsindex

Auf der Individualebene bildet die Studie zu den Europäischen Parlamentswahlen 2009 (PIREDEU) die Datengrundlage für unsere Analyse. Wir nutzen hierbei die Wählerstudie (van Egmond et al. 2011), für die zeitgleich in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten eine Nachwahlbefragung durchgeführt wurde.[11] Die nationalen Samples weisen jeweils eine Größe von ca. 1000 Befragten auf. Diese Daten wurden um Informationen auf der Makroebene zu Regierungszusammensetzung und wirtschaftlichen Kennziffern ergänzt.

Unsere abhängige Variable, der *Verantwortlichkeitsindex*, errechnet sich als Saldo der Verantwortungszuschreibung zu Europäischer Union und nationaler Regierung für die wirtschaftlichen Bedingungen im jeweiligen Land.[12] Die Abfrage erfolgt

[11] Detaillierte Informationen finden sich auf der Homepage des Projektes (www.piredeu.eu).

[12] In der deutschen Version des Fragebogens lauten die beiden Fragen wie folgt: Wie steht es mit der Zuständigkeit der Bundesregierung für die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland? Und wie steht es mit der Zuständigkeit der Europäischen Union für die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland?

Diese Operationalisierung des Verantwortlichkeitsindex als Nullsumme erscheint gerechtfertigt, auch wenn beachtet wird, dass das Verhalten externer Akteure („Dritte“) Einfluss auf die wirtschaftlichen Entwicklungen in den EU-Staaten hat. Dies gilt so lange, wie nicht davon ausgegangen werden muss, dass

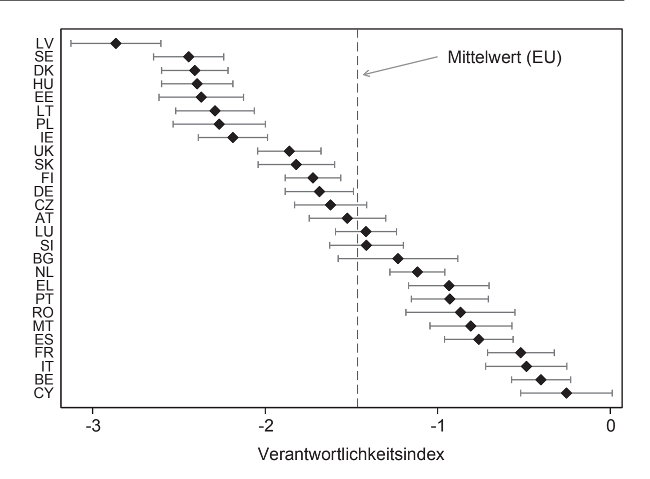


Abb. 3 Der Verantwortlichkeitsindex im Ländervergleich, Mittelwerte mit 95 % Konfidenzintervall

jeweils auf einer Skala von 0 (keine Zuständigkeit) bis 10 (volle Zuständigkeit). Zur Berechnung des Index wird für jede befragte Person der Wert für die nationale Regierung vom Wert der Europäischen Union subtrahiert. Es ergibt sich also ein Wertebereich von −10 (volle Verantwortlichkeit bei der nationalen Regierung) bis 10 (volle Verantwortlichkeit bei der Europäischen Union). Abbildung 3 gibt einen ersten Einblick in die Verteilung zwischen den Ländern. Es ist jeweils der gewichtete[13] Mittelwert und das 95 %-Konfidenzintervall abgebildet. Die senkrechte, gestrichelte Linie stellt den Gesamtmittelwert dar.

Alle Ländermittelwerte – und damit auch der Gesamtmittelwert – liegen im negativen Wertebereich. Dies deckt sich mit den Ergebnissen von Hobolt et al. (2013). Substantiell bedeutet dies, dass mehr Verantwortung bei den nationalen Regierungen vermutet wird. Es ergeben sich durchaus signifikante Unterschiede zwischen den Ländern, die sich jedoch auf den ersten Blick nicht durch übliche Ländergruppen (z. B. Südeuropa, Skandinavien, Mittelosteuropa, etc.) erklären lassen. Im Vergleich zu den anderen Ländern liegt Deutschland im Mittelfeld zwischen den Extremen Lettland (stärkste Zuschreibung zugunsten der nationalen Regierung) und Zypern (schwächste Zuschreibung zugunsten der nationalen Regierung). Insgesamt kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass durchaus Varianz zwischen den Mitgliedsstaaten existiert, die sich – so auf der Mikroebene prinzipiell identische Erklärungsmuster für die Verantwortlichkeitszuschreibung existieren – auf Makrophänomene zurückführen lassen.[14]

diese Dritten einen stärkeren Einfluss auf die Verantwortung der nationalen als der EU-Ebene (oder umgekehrt) für die wirtschaftliche Entwicklung ausübten.

[13] Die Fallzahl wurde für diese Abbildung an jene der Regressionsanalyse (Tab. 2) angepasst und wie für die Regressionsanalyse in Tab. 2 wurden Anpassungsgewichte zur Verbesserung der Repräsentativität verwendet.

[14] Eine Berechnung der Intra-Klassen-Korrelation (ICC) im Mehrebenenmodell schwächt diese Einschätzung etwas ab. Lediglich 5,3 % der vorhandenen Varianz lassen sich auf Unterschiede zwischen den Gruppen, in diesem Fall also den Ländern, zurückführen. Daraus folgt, dass sich ein Großteil der Unterschiede zwischen Ländern auf eine Ungleichverteilung von individuellen Charakteristika zurückführen lässt. Nichtsdestotrotz ergibt sich ein signifikanter LR-Test für das Mehrebenenmodell im Vergleich zum einfachen Regressionsmodell.

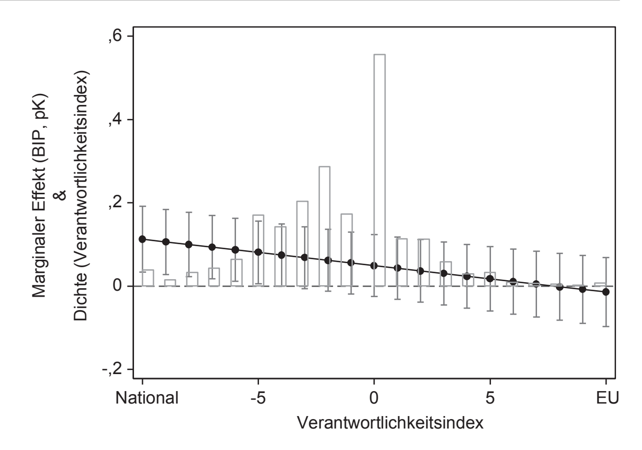


Abb. 4 Verteilung des Verantwortlichkeitsindex und marginaler Effekt der wirtschaftlichen Lage

Lassen sich für die 27 EU-Mitgliedstaaten auf der Basis des Verantwortlichkeitsindex ähnliche Ergebnisse wie für die deutsche Bundestagswahl 2009 (Abb. 1) finden? Mit anderen Worten: Handelt es sich bei diesem Index um ein Äquivalent zur klassisch verwendeten, nationalen Abfrage der Regierungsverantwortung und ist er damit eine valide Kennzahl? Zur rudimentären Überprüfung dient eine logistische Mehrebenenanalyse. Die abhängige Variable bildet die Wahlabsicht (Sonntagsfrage für die nächste nationale Wahl), wobei lediglich zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien unterschieden wird. Als unabhängige Variablen beinhaltet das Modell das BIP-Wachstum (pro Kopf) als typischen Indikator für die ökonomische Entwicklung, den Verantwortlichkeitsindex und eine Interaktion beider Variablen.[15]

Abbildung 4 zeigt den marginalen Effekt der Veränderung des BIP-Wachstums um eine Einheit, in diesem Fall also einen Prozentpunkt, für verschiedene Werte des Verantwortlichkeitsindex und die 95 %-Konfidenzintervalle. Im Hintergrund ist die Verteilung des Verantwortlichkeitsindex mithilfe eines Histogramms abgetragen. Die Ergebnisse ähneln deutlich jenen zur Bundestagswahl 2009. Ein Effekt der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Wahlabsicht einer Regierungspartei lässt sich nur dann signifikant nachweisen, wenn die Verantwortung klar bei der nationalen Regierung gesehen wird – konkret, bei Werten zwischen −5 und −10. Dies entspricht im Übrigen etwa einem Viertel der Befragten über alle Länder hinweg. Wird hingegen die Verantwortlichkeit der EU zugeschrieben, also bei positiven Werten auf der x-Achse, spielen wirtschaftliche Faktoren keine Rolle für die Wahlintention auf nationaler Ebene.

Im vorangegangen Abschnitt wurden verschiedene potentielle Erklärungen für die Zuschreibung von Verantwortlichkeit für die wirtschaftlichen Bedingungen zwischen den politischen Ebenen bzw. Akteuren vorgestellt. An dieser Stelle soll nun kurz auf die konkrete Operationalisierung der einzelnen erklärenden Variablen eingegangen werden.

[15] Die detaillierten Ergebnisse der Analyse finden sich im Anhang (Tab. 4). Im Gegensatz zu allen anderen Berechnungen in diesem Papier beruht dieses Modell nicht auf durch Anpassungsgewichte korrigierten Daten. Die *xtmelogit*-Prozedur in Stata ist leider nicht in der Lage, Berechnungen mit Gewichten vorzunehmen. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass dies zu einer signifikanten Verzerrung der Ergebnisse führt.

Für die Messung eines potentiellen Bias bezüglich der nationalen Regierung nutzen wir die Parteiidentifikation mit einer Regierungspartei (*PI Regierung*). Weist ein Befragter eine Identifikation mit einer der Parteien in der nationalen Regierung auf, so wird ein Wert von 1 zugewiesen. Identifikation mit einer anderen Partei oder Befragte, die keine Parteiidentifikation haben, bilden die Referenzgruppe.

Als Äquivalent für die Europäische Union nutzen wir die Beurteilung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU (*EU Mitgliedschaft*). Hier wird eine positive Bewertung auf 1 und eine neutrale bzw. negative Bewertung auf 0 gesetzt. Letzteres ist vergleichbar mit der Kodierung der Parteiidentifikation mit einer Regierungspartei, bei der eine PI *für* die Regierung zugleich *keiner* (neutral) und einer Identifikation mit *einer anderen* Partei (entgegengesetzt/negativ) gegenübergestellt wird.

Auf der Individualebene finden drei weitere (Kontroll-)Variablen Verwendung. Die retrospektive Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage (*AWL, retro*) wird dabei als kategoriale Variable mit drei Ausprägungen (1 = Verbesserung der Lage; 2 = keine Veränderung; 3 = Verschlechterung der Lage) operationalisiert. Die beiden verbliebenen Kontrollvariablen stellen ‚Spiegelvariablen' dar; sie geben jeweils Aufschluss darüber, ob die nationale Regierung (*Effekt Regierung*) bzw. die Europäische Union (*Effekt EU*) aus der Sicht des Befragten einen positiven, negativen oder gar keinen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung gehabt hat. Wenn Effekte der jeweiligen Ebene wahrgenommen werden, sollte sich dies auch entsprechend in der Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung niederschlagen. Somit wird auf die Höhe des perzipierten Einflusses kontrolliert, den die beiden hier kontrastierten Ebenen auf das Wirtschaftsgeschehen ausüben. Indirekt ist damit ebenfalls der Einfluss von dritten Akteuren (andere Staaten, internationale Institutionen, große Wirtschaftsunternehmen) in das Modell aufgenommen.

Die Entwicklung des BIP pro Kopf (BIP-Wachstum, pK) stellt den zentralen Indikator auf der Makroebene dar. Dies folgt der oben aufgestellten Annahme, dass sowohl der Effekt einer Parteineigung für eine Regierungspartei als auch jener der Beurteilung der EU-Mitgliedschaft durch realökonomische Entwicklungen konditioniert wird. Konkret nutzen wir die relativen Veränderungen des BIP pro Kopf vom Jahr 2008 zum vorangegangenen Jahr. Da die Wahl zum Europäischen Parlament bereits im Juni stattfand, erscheint dies sinnvoller, als den entsprechenden Wert für das Jahr 2009 auszuwählen. Zusätzlich kontrollieren wir auf der Makroebene auf die Mitgliedschaft in der Eurozone (*Euro*). Tatsächlich schränkt die Einführung des Euros die Handlungsfähigkeiten nationaler Regierungen zu Gunsten der europäischen Ebene ein, weshalb hier auch ein direkter Effekt auf die Verantwortungszuschreibung zu erwarten ist.

4 Analyse eines potentiellen Bias

Zur Überprüfung unserer Hypothesen nutzen wir eine lineare Mehrebenenregression (Random Intercept Model), wobei insgesamt 19.223 Befragte in 27 Ländern

Tab. 3 Regressionsergebnisse für den Verantwortlichkeitsindex. (Quelle: European Parliament Election Study 2009 (van Egmond et al. 2011))

	Nullmodell	Analytisches Modell
Individualebene		
PI Regierung (1 = ja)		0,51 (0,14)***
EU Mitgliedschaft (1 = positiv)		−0,25 (0,09)**
AWL, retro (Referenz: keine Veränderung)		
Besser		0,22 (0,11)*
Schlechter		−0,27 (0,07)***
Effekt, Regierung (Referenz: keine Effekt)		
Positiv		−0,25 (0,10)*
Negativ		−0,68 (0,08)***
Effekt, EU (Referenz: keine Effekt)		
Positiv		0,54 (0,12)***
Negativ		0,73 (0,09)***
Konstante	−1,50 (0,140)***	−1,94 (0,17)***
Länderebene		
Eurozone (1 = ja)		0,84 (0,18)***
BIP-Wachstum, pro Kopf		0,06 (0,04)
Ebenen übergreifende Interaktionen		
PI Regierung X BIP-Wachstum		−0,03 (0,04)
EU Mitgliedschaft X BIP-Wachstum		0,04 (0,03)
Varianzkomponenten		
Individualebene	9,02 (0,09)***	8,80 (0,54)***
Länderebene	0,51 (0,15)***	0,22 (0,05)***
Modellgüte		
R^2	–	0,06
Log Pseudolikelihood	−47987,4	−47739,1

Full Maximum Likelihood Estimation; in Klammern sind die robusten Standardfehler abgebildet; Fallzahlen: Individualebene: N = 19.223, Länderebene: N = 27

*$p < 0,05$; **$p < 0,01$; ***$p < 0,001$

gruppiert sind.[16] In Tab. 3 präsentieren wir neben dem analytischen Modell auch ein Nullmodell zur Darstellung der Varianzverteilung zwischen den beiden Ebenen. Die Gesamterklärungskraft des Modells, das sehr sparsam modelliert ist, beträgt moderate 0,06. Ein Blick auf die Varianzkomponenten im Nullmodell zeigt, dass die Varianz sehr ungleich zwischen den beiden Ebenen verteilt ist, was sich auch in der

[16] Die Befragtenzahl schwankt dabei zwischen 535 und 872 pro Land. Um zu überprüfen, inwiefern die Ergebnisse durch Ausfälle von Befragten aufgrund fehlender Werte verzerrt werden, haben wir ein identisches Modell mit imputierten Daten berechnet. Die multiple Imputation basiert auf einem iterativen Markov Chain Monte Carlo (MCMC)-Verfahren (Rubin 2004) in Stata 13, wobei die hierarchische Struktur der Daten beachtet wurde. Bereits bei einer geringen Anzahl von Imputationen (N = 10) erwiesen sich die Parameter als robust. Im Vergleich zum durch fehlende Werte reduzierten Sample ergeben sich keine relevanten Veränderungen, außer, dass durch die Fallzahl von über 27.000 noch höhere Signifikanzniveaus erreicht werden. In Summe kann geschlussfolgert werden, dass die Ausfälle keinen systematischen Einfluss auf die Ergebnisse haben, was für ihre Verallgemeinerbarkeit spricht.

relativ geringen Intra-Klassen-Korrelation (ICC) von 0,05 widerspiegelt. D. h., dass die Varianz des Verantwortlichkeitsindexes nur in geringem Maß auf Unterschiede zwischen Ländern, sondern primär auf Unterschiede zwischen Individuen innerhalb der Länder zurück zu führen ist. Berechnet man die Aufklärungskraft getrennt nach den Ebenen, so ergibt sich für die Individualebene ein R^2 von 0,03 und für die Länderebene ein Wert von immerhin 0,56.[17] Mit anderen Worten: Dieses sparsame Modell erklärt Unterschiede zwischen Ländern deutlich besser als Unterschiede zwischen Individuen innerhalb eines Landes. Da in diesem Papier nicht die Erklärung der Verantwortungszuschreibung, sondern vielmehr die Frage im Vordergrund steht, inwiefern sich hierbei ein Bias nachweisen lässt, ist dieses eher moderate Erklärungsausmaß allerdings unproblematisch.

Die retrospektive Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung zeigt signifikante Effekte. Im Vergleich zu Befragten, welche keine Veränderung konstatieren, sehen Befragte mit einer positiven Einschätzung die Verantwortung um über 0,2 Skalenpunkte eher bei der EU. Bei negativen Beurteilungen wird die Verantwortung um fast 0,3 Punkte mehr bei der nationalen Regierung gesehen. Im Gegensatz zur – zumindest zuweilen medialen – Debatte führen als negativ wahrgenommene Entwicklungen damit keineswegs automatisch zu einer Schuldzuweisung an die EU. ‚Brüssel' scheint damit nicht der natürliche Sündenbock für schlechte Wirtschaftszahlen zu sein.

Die beiden Effektvariablen, welche messen, ob der die befragte Person einen positiven, negativen oder gar keinen Effekt der Politik der EU bzw. der nationalen Regierung auf die wirtschaftliche Entwicklung wahrnimmt, verhalten sich erwartungstreu. Im Vergleich zu einer Situation, in welcher der jeweiligen Ebene kein Effekt attestiert wird, sind die entsprechenden Koeffizienten theoriekonform gerichtet und signifikant. Der Index wird um 0,25 Punkte in Richtung nationaler Verantwortung verschoben, wenn die Politik der nationalen Regierung als positiv wirksam bewertet wird und um 0,68, wenn sie als negativ wirksam wahrgenommen wird. In jedem Fall wird der Regierung Verantwortung zugeschrieben, wenn der Eindruck entstanden ist, dass das Regierungshandeln etwas bewirkt. Wird die Wirkung der Politik der Europäischen Union als positiv eingeschätzt, verschiebt sich der Verantwortlichkeitsindex um 0,54 Punkte hin zum EU-Pol, bei negativer Einschätzung um 0,73 Punkte. Interessant ist, dass für beide Ebenen negative Einflussnahme einen stärkeren Effekt besitzt. Entsprechend führen negative Effektwahrnehmungen zu einer stärkeren Verschiebung der Verantwortlichkeit als positive.

Auf der Makroebene zeigt sich, dass Befragte aus Ländern der Eurozone die Verantwortung signifikant stärker der EU zuschreiben. Dieser Effekt ist zudem in Rela-

[17] In anderen, ebenfalls komparativen Studien zu ökonomischem Wählen (Alt und Lowry 2010; Anderson 2000; Powell und Whitten 1993) wird die Relevanz der durch das politische System bestimmten Klarheit der Verantwortlichkeit betont. Abträglich für eine solche Klarheit sind etwa Koalitionsregierungen oder Föderalismus. Wir verzichten in unserem Modell aus zwei Gründen auf die Inklusion einer entsprechenden unabhängigen Variable. Zum einen erscheint es äußerst schwierig, ein entsprechendes Klarheitsmaß für die EU zu bestimmen, da dieses Varianz zwischen Mitgliedsstaaten aufweisen müsste. Politische Informiertheit und Medienaufmerksamkeit bezüglich der Europäischen Union variieren stark (de Vries et al. 2011; Schuck et al. 2011). Zum anderen ist das Ausmaß an zusätzlich zu erklärender Varianz zwischen Ländern äußerst gering.

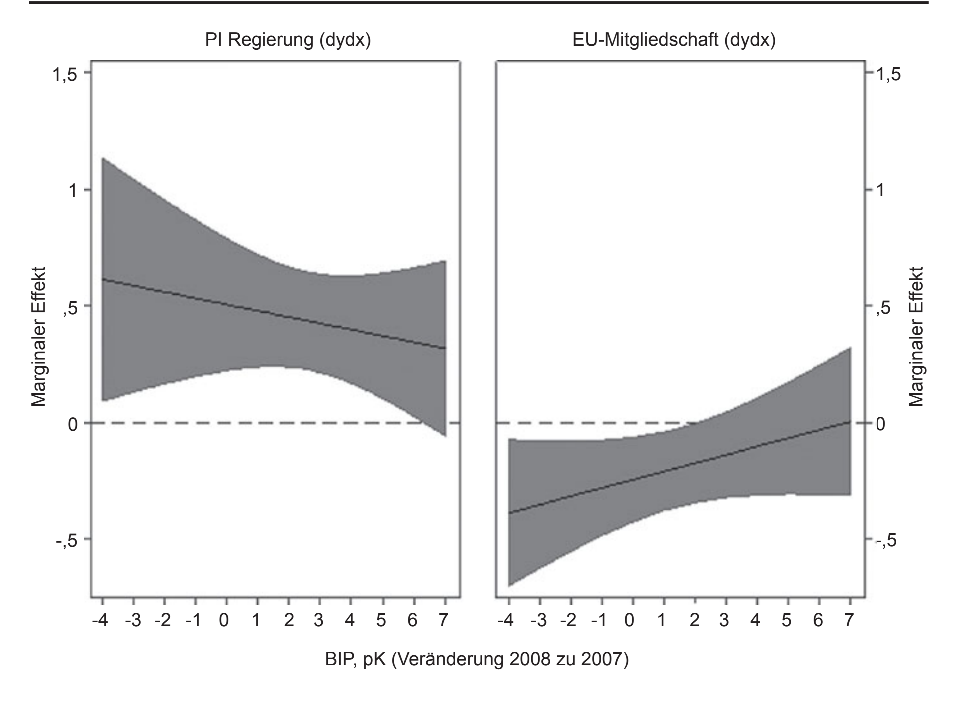


Abb. 5 Marginale Effekte nach wirtschaftlicher Lage

tion zu den anderen Faktoren relativ stark; er beträgt fast einen ganzen Skalenpunkt der abhängigen Variablen.[18] Schon Mitte 2009 war Befragten aus Ländern der Eurozone also deutlich bewusst, dass ihre nationalen Regierungen an Einflussmöglichkeiten verloren haben und wichtige Entscheidungen auch auf europäischer Ebene getroffen werden.

Was aber lässt sich über eine mögliche Verzerrung bei der Zuschreibung von Verantwortlichkeit aussagen? Zur Überprüfung wurde sowohl die Identifikation mit einer der Regierungsparteien als auch die Beurteilung der EU-Mitgliedschaft mit dem BIP-Wachstum interagiert. Die marginalen Effekte der Parteiidentifikation und der Mitgliedschaftsbeurteilung sind in Abb. 5 abgetragen. Auf der x-Achse ist wiederum der empirische Wertebereich des BIP-Wachstums pro Kopf abgebildet, mit welchem die beiden Variablen jeweils interagiert wurden. Zur leichteren Interpretation sind zudem die 95 % Konfidenzintervalle abgebildet. Schneiden diese die gestrichelte Linie, übt die jeweilige Variable – Parteineigung für eine der Regierungsparteien bzw. Einstellung zur EU-Mitgliedschaft – für den jeweiligen Bereich des Wirtschaftswachstums keinen signifikanten Effekt aus.

Die beiden marginalen Effekte sind über den Wertebereich der ökonomischen Entwicklung entgegengerichtet. Der Einfluss der Parteineigung für eine Regierungspartei sinkt, je besser sich die ökonomische Entwicklung gestaltet hat (Abb. 5, *links*): Bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung weisen Anhängerinnen und Anhänger

[18] Da fast alle unabhängigen Variablen Dummyvariablen sind, kann die Effektstärke direkt verglichen werden.

der nationalen Regierung signifikant mehr Verantwortung der europäischen Ebene zu als Personen ohne eine solche Bindung. Je stärker die Wirtschaft gewachsen ist, desto geringer wird dieser Unterschied. Eine positive Bewertung der EU-Mitgliedschaft führt hingegen zu einer schwächeren Verantwortlichkeitszuweisung an die Regierung, wenn das BIP pro Kopf im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist (Abb. 5, *rechts*). Bei einer vergleichsweise schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung sprechen EU-Skeptikerinnen und -Skeptiker der Europäischen Union also deutlich mehr Verantwortung zu als EU-Befürworterinnen und -Befürworter. Für beide marginalen Effekte gilt jedoch, dass sich die Punktschätzungen nicht signifikant über den Wertebereich unterscheiden. Allerdings sind die Effekte bei guter – im Fall der Parteiidentifikation mit einer Regierungspartei sehr guter – wirtschaftlicher Entwicklung nicht mehr signifikant unterschiedlich von null.

Personen mit einer positiven Einstellung zu einem der beiden Objekte, denen Verantwortlichkeit attribuiert werden kann, machen also das jeweils andere Objekt bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung verantwortlich. Befragte aus Ländern mit besonders schlechter ökonomischer Entwicklung, z. B. Estland oder Lettland, die eine Parteiidentifikation für eine Regierungspartei aufweisen, haben im Durchschnitt einen um 0,6 Punkte höheren Wert auf dem Verantwortlichkeitsindex als ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne eine solche affektive Bindung an eine der Regierungsparteien; Bürgerinnen und Bürger mit einer positiven Bewertung der EU-Mitgliedschaft machen in diesen Ländern mit sehr schlechter Wirtschaftsentwicklung die nationale Regierung um 0,4 Punkte mehr verantwortlich als EU-skeptische Individuen. Führt man sich erneut die Darstellung der Unterschiede in den Ländermittelwerten vor Augen (Abb. 3), so sind dies durchaus relevante Unterschiede. Die Ergebnisse bestätigen die Generalhypothese: Die Verantwortlichkeit wird nicht quasi-objektiv zugewiesen. Vielmehr sehen die Bürgerinnen und Bürger die Schuld für schlechte Entwicklungen a) in höherem Maße bei der EU, wenn sie Anhänger der nationalen Regierungsparteien sind und b) verstärkt bei den nationalen Regierungen, wenn sie der EU-Integration positiv gegenüber stehen.

Weiterhin ist interessant, dass weder nationale Regierungen noch die EU für eine positive Entwicklung wirklich belohnt werden. In beiden Unterabbildungen sind die marginalen Effekte weit davon entfernt, bei einer positiven Entwicklung auch signifikante Werte mit dem jeweils umgekehrten Vorzeichen aufzuweisen. Damit kann also geschlussfolgert werden, dass selbst bei Vorliegen einer Verzerrung gute Performanz – im Sinn eines Anstiegs des BIP pro Kopf – nicht belohnt wird.

5 Fazit

Ökonomisches Wählen ist ein wichtiger Erklärungsansatz in der internationalen Wahlforschung. Ziel dieses Beitrages ist es, eines der zentralen Elemente des Ansatzes, die Zuschreibung von Verantwortlichkeit für wirtschaftliche Bedingungen, einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen. In Anbetracht der aktuellen Wirtschafts- bzw. Eurokrise und deren politischer und öffentlicher Diskussion geschah dies im Kontext der Verantwortung von nationalen Regierungen und der EU. Mithilfe von Umfragedaten für alle 27 Mitgliedsstaaten sollte untersucht werden, inwiefern die

Zuschreibung von Verantwortlichkeit in ähnlicher Weise einem Bias unterliegt, wie dies bereits für ein anderes zentrales Element des Ansatzes, die individuelle Evaluation der wirtschaftlichen Entwicklung, nachgewiesen werden konnte. Eine Parteiidentifikation für eine Regierungspartei bzw. eine generell positive Einstellung gegenüber der EU wurden als mögliche Auslöser für einen solchen Bias eingeführt.

Fasst man die empirischen Ergebnisse dieses Beitrages zusammen, so wird eindeutig belegt, dass ein solcher Bias der Verantwortungszuschreibung existiert. In einem Mehrebenenmodell konnte gezeigt werden, dass die Parteiidentifikation und die Bewertung der Europäischen Union maßgeblich beeinflussen, ob die Verantwortung für die wirtschaftliche Lage eher der nationalen Regierung oder der Europäischen Union zugeschrieben wird. Dabei werden diese Effekte durch die realökonomische Entwicklung – konkret das BIP-Wachstum – konditioniert. Bei schlechter Entwicklung schreiben Personen mit einer Parteiidentifikation für eine der Regierungsparteien die Verantwortung signifikant stärker der EU zu; je besser die Entwicklung, desto geringer wird dieser Effekt. Dies gilt im selben Maß für Personen, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen, welche eine generell positive Einstellung zur EU aufweisen. Diese verorten die Verantwortung bei schlechter Entwicklung eher bei der nationalen Regierung.

Trotz des hier nachgewiesenen Bias kam es im Zug der Wirtschaftskrisen in einigen Mitgliedsstaaten der EU zu einer Abwahl der Regierungen. Dies stellt jedoch keine Relativierung des schützenden Faktors Parteineigung dar, wie er oben aufgezeigt wurde. Vielmehr lohnt ein Blick auf die Häufigkeit der Parteineigung in den einzelnen Ländern. Hier existieren gravierende Unterschiede. So weisen in Ungarn 2009 lediglich acht Prozent der Befragten eine Parteineigung für eine der Regierungsparteien auf, während der entsprechende Wert in Zypern oder Belgien bei über 45 % liegt. Ist die wirtschaftliche Entwicklung in einem Land wie Ungarn negativ, so wirkt sich ein Bias bezüglich der Verantwortungsattribution durch eine Parteineigung für eine Regierungspartei auf das Gesamtwahlergebnis nur sehr schwach aus. Im Fall von Zypern oder Belgien kann die Regierung bei einer gleichermaßen schlechten wirtschaftlichen Entwicklung durch die höhere Quote von Personen mit Parteineigung darauf bauen, dass die Bürgerinnen und Bürger zu einem stärkeren Maß die EU verantwortlich machen.

Interessant erscheint zudem das Ergebnis, dass lediglich ein Viertel der Befragten in allen 27 Ländern die ökonomische Entwicklung tatsächlich in ihr Kalkül, die Regierung zu bestrafen bzw. zu belohnen, einbeziehen. Denn nur da, wo Verantwortlichkeit der nationalen Regierung unterstellt wird, ergibt sich auch ein Effekt auf die Wahlabsicht. Insofern ist es wahrscheinlich, dass sich der Bias in der Verantwortungszuschreibung in noch viel problematischerer Form an der Wahlurne manifestiert. Wenn durch die Wirtschafts- bzw. Eurokrise oder durch die daraus resultierende Politik die Zustimmung zur EU in vielen Mitgliedsstaaten nachlässt, kommen Regierungen bei schlechter wirtschaftlicher Lage womöglich eher mit einer schlechten Performanz davon, da sie weniger stark verantwortlich gemacht werden. Dies mag nationale Regierungen für einen gewissen Zeitraum retten; faktisch kann das aber nur ein zeitlich begrenztes Phänomen sein. Wie van der Eijk und Franklin (1996, S. 8) schon Mitte der 1990er konstatieren, ist Blame Avoidance dieser Art ein riskantes Spiel. Mittelfristig werden die Regierungen dann über den Umweg Brüssel

verantwortlich gemacht, da eine dauerhaft schlechte Entwicklung letztlich als ein Versagen der jeweiligen Regierungschefs im Europäischen Rat bewertet wird. Der Vorwurf, dass nationale Interessen in Brüssel nicht effektiv durchgesetzt werden, ist so schwerwiegend, dass auch dies spürbare Effekte auf das Wahlergebnis haben kann. Allerdings ist eine solche, primär indirekte Form des evaluativen Wählens nicht mehr im Bereich des Economic Votings, sondern eher im Bereich der Kompetenzzuweisung und Salienzthemen zu verorten.

Welche Relevanz haben unsere Ergebnisse für den Ansatz des ökonomischen Wählens allgemein? Gestartet als ein demokratietheoretisch hochgradig relevantes Kontrollinstrument in der repräsentativen Demokratie scheinen wir nun mit einer Situation konfrontiert, in der sowohl die Wahrnehmung und Bewertung der ökonomischen Entwicklung als auch die Zuschreibung der Verantwortlichkeit für diese stark von Parteineigungen und generalisierten Einstellungen abhängig sind. Dies macht ökonomisches Wählen individuell nicht weniger konsistent, aber objektiv betrachtet weit weniger effizient. Das so erzeugte ‚Verantwortlichhalten' hat wenig mit der ursprünglichen Idee des ökonomischen Wählens zu tun.

Natürlich ist es notwendig, diese Annahme einer empirischen Überprüfung zu unterziehen. So ist nicht auszuschließen, dass Parteineigung in gewissem Maß auch durch die Performanz einer Partei entsteht bzw. durch sie gestärkt oder geschwächt wird. Zwar stellt Parteineigung ein langfristig stabiles Merkmal dar, es könnte jedoch von Interesse sein, auf der Basis von Paneldaten den Zusammenhang von Performanz und (Stärke sowie Stabilität der) Parteineigung zu untersuchen, um das hier vorgestellte Erklärungsmodell weitergehend modifizieren zu können. Zudem erscheint es sinnvoll, in einem zukünftigen Schritt ein Wahlmodell zu spezifizieren, welches sowohl den Bias in der Wahrnehmung der ökonomischen Entwicklung als auch den Bias in der Verantwortungszuschreibung explizit modelliert. Ein solches Modell könnte nicht nur die Relevanz des ökonomischen Wählens als Ansatz in seinem ursprünglichen Sinn bestimmen, sondern auch eine Brücke zu sozialpsychologischen Erklärungsansätzen bauen.

Danksagung Die Autoren bedanken sich ausdrücklich bei den beiden anonymen Gutachterinnen und Gutachtern für ihre wertvollen Hinweise und bei Josephine Lichteblau und Antonia May für die Unterstützung bei der Erstellung der Druckfassung des Beitrags.

Anhang

Tab. 4 Logistische Regressionsergebnisse für die Wahlabsicht (zu Abb. 4). (Quelle: European Parliament Election Study 2009 (van Egmond et al. 2011))

	Nullmodell	Analytisches Modell
Individualebene		
Verantwortlichkeitsindex		0,07 (0,01)***
Konstante	−0,47 (0,11)***	−0,44 (0,12)***
Länderebene		
BIP-Wachstum, pro Kopf		0,049 (0,038)
Ebenen übergreifende Interaktionen		
PI Regierung X BIP-Wachstum, pro Kopf		−0,01 (0,002)***
Varianzkomponenten		
Individualebene	–	–
Länderebene	0,33 (0,09)***	0,22 (0,08)***
Modellgüte		
R^2 (Snijders und Bosker)	–	0,02
Log Likelihood	−12478,1	−12409,0

Full Maximum Likelihood Estimation; in Klammern sind die robusten Standardfehler abgebildet; abhängige Variable: Wahlabsicht (1= Regierungspartei); Fallzahlen: Individualebene: N=19.223. Länderebene: N=27

*p<0,05; **p<0,01; ***p<0,001

Literatur

Alt, James E., und Robert C. Lowry. 2010. Transparency and accountability: Empirical results for US states. *Journal of Theoretical Politics* 22 (4): 379–406.

Anderson, Christopher J. 2000. Economic voting and political context: A comparative perspective. *Electoral Studies* 19 (1): 151–170.

Anderson, Christopher J. 2007. The end of economic voting? Dilemmas and the limits of democratic accountability. *Annual Review of Political Science* 10 (2): 271–296.

Anderson, Christopher J., Silvia M. Mendes, und Yuliya V. Tverdova. 2004. Endogenous economic voting: Evidence from the 1997 British election. *Electoral Studies* 23 (4): 683–708.

Bartels, Larry M. 2002. Beyond the running tally: Partisan bias in political perceptions. *Political Behavior* 24 (2): 117–150.

Blais, André, Mathieu Turgeon, Elisabeth Gidengil, Neil Nevitte, und Richard Nadeau. 2004. Which matters most? Comparing the impact of issues and the economy in American, British and Canadian elections. *British Journal of Political Science* 34 (3): 555–563.

Campbell, Angus, Philip Converse, Warren E. Miller, und Donald Stokes. 1960. *The American voter*. New York: Wiley.

Clarke, Harold D., Marianne C. Stewart, und Paul F. Whiteley. 2002. Emotions, expectations and the dynamics of party support in Britain. In *Economic voting*, Hrsg. Han Dorussen und Michaell Taylor, 235–260. Milton Park: Routledge.

De Vries, Catherine E., Wouter van der Brug, Marcel van Egmond, und Cees van der Eijk. 2011. Individual and contextual variation in EU issue voting: The role of political information. *Electoral Studies* 30 (1): 16–28.

Dorussen, Han, und Michaell Taylor. 2002. Group economic voting: A comparison of the Netherlands and Germany. In *Economic voting*, Hrsg. Han Dorussen und Michaell Taylor, 92–120. Milton Park: Routledge.

Duch, Raymond M., und Harvey D. Palmer. 2002. Heterogeneous perceptions of economic conditions in cross-national perspective. In *Economic voting*, Hrsg. Han Dorussen und Michaell Taylor, 139–172. Milton Park: Routledge.

Healy, Andrew, und Neil Malhotra. 2013. Retrospective voting reconsidered. *Annual Review of Political Science* 16 (1): 285–306.

Hering, Martin. 2008. Welfare state restructuring without grand coalitions: The role of informal cooperation in blame avoidance. *German Politics* 17 (2): 165–183.

Hobolt, Sara B., James Tilley, und Jill Wittrock. 2013. Listening to the government: How information shapes responsibility attributions. *Political Behavior* 35 (1): 153–174.

Lewis-Beck, Michael S. 1986. Comparative economic voting: Britain, France, Germany, Italy. *American Journal of Political Science* 30 (2): 315–346.

Lewis-Beck, Michael S., und Mary Stegmaier. 2000. Economic determinants of electoral outcomes. *Annual Review of Political Science* 3:183–219.

Norpoth, Helmut. 2001. Divided government and economic voting. *The Journal of Politics* 63 (2): 414–435.

Paldam, Martin. 1991. How robust is the vote function? A study of seventeen nations over four decades. In *Economics and Politics*, Hrsg. Helmuth Norpoth, Michael S. Lewis-Beck, und Jean Dominique Lafay, 9–32. Ann Arbor: The University of Michigan Press.

Peffley, Mark, und John T. Williams. 1985. Attributing presidential responsibility for national economic problems. *American Politics Research* 13 (4): 393–425.

Powell, G. Bingham, und Guy D. Whitten. 1993. A cross-national analysis of economic voting: Taking account of the political context. *American Journal of Political Science* 37 (2): 391–414.

Rattinger, Hans, und Charlotte Kellermann. 2007. Wahrnehmungen der Wirtschaftslage und Wahlverhalten. In *Der gesamtdeutsche Wähler: Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Hrsg. Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, und Jürgen W. Falter, 329–356. Baden-Baden: Nomos

Rattinger, Hans, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, und Bernhard Weßels. 2011. *Nachwahl-Querschnitt (GLES 2009)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5301 Datenfile Version 4.0.0.

Rubin, Donald B. 2004. *Multiple imputation for nonresponse in surveys. Wileys Classics Library Edition*. Hoboken: John Wiley & Sons.

Rudolph, Thomas J. 2003. Institutional context and the assignment of political responsibility. *The Journal of Politics* 65 (01): 190–215.

Schuck, Andreas R. T., Georgios Xezonakis, Matthijs Elenbaas, Susan A. Banducci, und Claes H. de Vreese. 2011. Party contestation and Europe on the news agenda: The 2009 European Parliament Elections. *Electoral Studies* 30 (1): 41–52.

Steiner, Nils D., und Markus Steinbrecher. 2012. Wirtschaft und Wahlverhalten in Westdeutschland zwischen 1977 und 2007: Wer sind die ökonomischen Wähler? In *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft (45): Wählen in Deutschland*, Hrsg. Rüdiger Schmitt-Beck, 321–344. Baden-Baden: Nomos.

Tilley, James, und Sara B. Hobolt. 2011. Is the government to blame? An experimental test of how partisanship shapes perceptions of performance and responsibility. *The Journal of Politics* 73 (02): 316–330.

Van der Brug, Wouter, Cees van der Eijk, und Mark Franklin. 2007. *The Economy and the vote: Economic conditions and elections in fifteen countries*. Cambridge: Cambridge University Press.

Van Egmond, Marcel, Wouter van der Brug, Sara Hobolt, Mark Franklin, und Eliyahu V. Sapir. 2011. *European Parliament Election Study 2009, Voter Study*. GESIS Data Archive, Cologne. ZA5055 Data file Version 1.0.0.

Van der Eijk, Cees, und Mark Franklin. 1996. The problem: Representation and democracy in the European Union. In *Choosing Europe? The European electorate and national politics in the face of the union*, Hrsg. Cees Van der Eijk und Mark Franklin, 3–10. Ann Arbor: The University of Michigan Press.

Weatherford, M. Stephen. 1983. Economic voting and the „Symbolic Politics" argument: A reinterpretation and synthesis. *The American Political Science Review* 77 (1): 158–174.

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:143–176
DOI 10.1007/s12286-014-0205-x

AUFSÄTZE



Die Wahrnehmung zur Legitimität in der EU: Kongruenz oder Inkongruenz der politischen Kultur von Eliten und Bürgern?

Norma Osterberg-Kaufmann

Online publiziert: 1. Oktober 2014

Zusammenfassung Schlüsseltexte der theoretischen EU-Legitimitätsforschung lassen eine tiefgreifende Delegitimierung der EU erwarten. Seitens der politischen Eliten konnte die Delegitimierung der EU bereits empirisch nachgewiesen werden. Aus Bürgerperspektive waren bisher keine Daten verfügbar, die die These der Delegitimierung der EU empirisch gestützt hätten. Methodische Defizite der Umfrageforschung werden als Ursache für dieses Ergebnis diskutiert. Mittels Repertory Grid als alternativer Methode, die qualitative und quantitative Ansätze in sich vereint, werden im vorliegenden Artikel sowohl das Legitimitätsverständnis der Bürger als auch ihre Legitimitätswahrnehmung der EU erneut gemessen und der Elitenwahrnehmung gegenübergestellt.

Schlüsselwörter Legitimität · Europäische Union · Einstellungsforschung · Repertory Grid-Methode

Ganz herzlich möchte ich allen danken, die sich für ein Interview bereit erklärt haben. Außerdem danke ich allen Beteiligten am Panel „Politische Kultur(en) und Persistenz politischer Regime im Vergleich“ der Konferenz der Sektion Vergleichende Politikwissenschaft der DVPW „Politik, Region(en) und Kultur in der vergleichenden Politikwissenschaft“ in Leipzig und allen Kolleginnen und Kollegen im Tuesday-Seminar des ZDEMO für ihre konstruktiven Feedbacks sowie den Gutachtern dieses Beitrages. Herzlichen Dank Dr. Matthias Rosenberger für die Analysesoftware, Andreas Kaufmann und Gregor Herrmann für ihre Unterstützung.

Dr. N. Osterberg-Kaufmann (✉)
Institut für Politikwissenschaft/Zentrum für Demokratieforschung, Leuphana Universität Lüneburg,
Scharnhorststr. 1, C.12.308,
21335 Lüneburg, Deutschland
E-Mail: norma.osterberg-kaufmann@leuphana.de



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_8, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Perceptions of legitimacy in the EU: congruence or incongruence of the political culture of elites and citizens?

Abstract Key literature in EU legitimisation research indicates deep-rooted delegitimisation of the EU. While this perception has been validated empirically for elites, no data exists to support this thesis from the citizens' perspective. The following paper discusses how methodological deficits in survey research could be the cause of such common findings on EU legitimacy. Facing the limitations of pure qualitative or quantitative methods, the article presents the repertory grid, a mixed-methods approach, as an alternative method to measure attitudes and perceptions. By measuring citizens' understanding of legitimacy and how they perceive the legitimacy of the EU, the paper reveals new results on this topic and introduces the repertory grid method.

Keywords Legitimacy · European Union · Attitude research · Repertory grid method

1 Einleitung

Die Kongruenz der politischen Kultur der Bürger und der politischen Eliten spielt hinsichtlich der Legitimität und Unterstützung politischer Systeme eine bedeutende Rolle. Die von den politischen Eliten ausgehende Herrschaft wird nur dann als legitim angesehen, wenn sie Normen und Regeln produziert, die auf geteilten sozialen Überzeugungen der Beherrschten, der Bürger, beruhen (Beetham und Lord 1998, S. 3). Politische Systeme versuchen Legitimitäts- und Unterstützungsdefizite zu vermeiden. Diese Debatte ist nicht nur relevant, wenn wir über junge Demokratien sprechen, sondern betrifft auch etablierte Demokratien und in verstärktem Maße komplexe politische Gebilde wie die Europäische Union. Quasi von Beginn an wurde sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik und der Gesellschaft über Legitimitätsdefizite der Europäischen Union debattiert. Prominentester Vertreter ist Scharpf (1999), der aufgrund mangelhafter Partizipationsmöglichkeiten und schwacher Institutionenbildung für die EU weder ein großes Potential an Input-Legitimation noch an Output-Legitimation sieht.

Jüngste Untersuchungen beschäftigen sich mit der Frage, wie die politischen Eliten auf diese EU-Legitimitätsproblematik reagieren. Barnickel et al. (2012) kommen in ihrer Untersuchung, basierend auf der Analyse von Redebeiträgen politischer Eliten, zu dem Ergebnis, dass die politischen Eliten davon ausgehen, dass „anerkennenswerte Entscheidungen im europäischen Institutionensystem (…) durch die Abkehr von gewählten Akteuren" (Barnickel et al. 2012, S. 221) entstehen und des Weiteren annehmen, die drohende Output-Schwäche der EU durch intensive politische Kommunikation mit politikexternen Instanzen kompensieren zu können. Damit ergibt sich ein Spannungsverhältnis in der Wahrnehmung der Legitimitätsproblematik zwischen politischen Akteuren und der Wissenschaft. Letztere rät zu einer „Rückkehr zu politisch-pluralistischen Legitimitätsformen und zur Öffnung für ergänzende Legitimationsmodi" (Barnickel et al. 2012, S. 221). Vor dem Hintergrund

der Bedeutung der Kongruenz der politischen Kultur der Bürger und der Eliten für die Systemstabilität stellt sich die Frage, wie die Wahrnehmung der Bürger zur Legitimitätsproblematik der EU ist.

Die Schlüsselfrage in der Debatte über das Legitimitätsproblem und die Demokratiedefizite der EU ist, ob die Herrschaftsausübung der EU am demokratischen Legitimitätskonzept gemessen werden soll (Höreth 1999) oder ob demokratische Verfahren auf europäischer Ebene völlig unnötig sind, weil die EU als bloßer Zweckverbund oder „regulatory state" (Majone 1996) über die demokratisch legitimierten Mitgliedsstaaten die Legitimität der Entscheidungen auf europäischer Ebene vorab sicherstellt. Die auf erster Position basierenden Erwartungen einer tiefgreifenden Delegitimierung der EU-Herrschaftsordnung ließen sich auf der Einstellungsebene der Bürger mittels Umfragedaten der Eurobarometer 1982–2007 erstaunlicherweise nicht nachweisen (Beichelt 2010). Möglicherweise ist die These vom Demokratiedefizit und Legitimitätsproblemen der EU (Blondel et al. 1998; Fuchs 2003; Katz und Weßels 1999; Kielmannsegg 1996; Scharpf 1999; Thomassen und Schmidt 1999) schlicht und ergreifend nicht haltbar und die EU wird als bloßer Zweckverband wahrgenommen, der keiner eigenen Legitimation bedarf (Ipsen 1972; Majone 1996). Möglicherweise führen aber auch Defizite der Erhebungsmethode zu diesem Ergebnis, bei dem es sich dann lediglich um ein wissenschaftliches Artefakt handelt.

Das methodische Vorgehen in der empirischen Legitimitätsforschung ist ebenso wie bei der Messung von Bürgerkultur traditionellerweise der standardisierte Fragebogen. Vielfach diskutiert sind jedoch einerseits die Defizite standardisierter Methoden für die politische Kulturforschung (Lauth et al. 2009; Pickel 2006), andererseits auch die grundsätzliche Frage, ob Legitimitätsforschung als „Messung" oder als „Beurteilung" verstanden werden soll (Patberg 2013; Zürn 2011a, b, 2013). Diese Debatte um die Modelle der empirischen Legitimitätsforschung soll neben der Diskussion der angemessenen Datenbasis aufgegriffen und weitergeführt werden. Insbesondere die Problematik sprachlicher und kultureller Äquivalenz in standardisierter Forschung soll hier diskutiert werden, ebenso die Phänomene der sozialen Erwünschtheit und des Lippenbekenntnisses. Das Resümee in der Literatur ist, dass profunde vergleichende Forschung zu Werten, Normen und Verhalten standardisierte Interviews benötigt. Aufgabe der qualitativen Forschung sei es indes, eine solide Basis für das Design der quantitativen Forschung zu schaffen (Pickel 2009, S. 303). Die vergleichende Politikwissenschaft versucht von beiden Ansätzen gleichermaßen zu profitieren, indem sie dafür plädiert, beide in Mixed methods-Designs zu kombinieren (Pickel 2009, S. 309). Während benachbarte Disziplinen einen solchen Ansatz seit Jahrzehnten verwenden, ist die vergleichende Politikwissenschaft, und die Politikwissenschaft generell (Scheer 2008), noch immer im Wettstreit zwischen quantitativer und qualitativer Forschung verhaftet.

Dieser Beitrag möchte darum die in der Psychologie entwickelte Methode des Repertory Grid-Interviews (Jankowicz 2004; Kelly 1955) auch für die Politikwissenschaft zugänglich machen und diskutieren, inwieweit die Datenbasis der Einstellungsforschung durch Repertory Grid im Sinne eines „nested analysis approach" (Lieberman 2005) verbessert werden kann. Die Besonderheit von Repertory Grid liegt in der Kombination sowohl des qualitativen als auch des quantitativen Ansatzes. Die Datenerhebung ist qualitativ und gewährleistet damit ein hohes Lösungspo-

tential für die sprachliche und kulturelle Äquivalenzproblematik. Die Analyse der Daten ist jedoch, neben qualitativen Auswertungsverfahren, auch quantitativ. Somit können die individuellen Ergebnisse auch auf die Makroebene transferiert werden, und eine Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit der gewonnenen Erkenntnisse von der Stichprobe auf eine größere Gruppe wird möglich. Da Repertory Grid, wie in einem gesonderten Kapitel ausführlich erläutert werden wird, weder mit bereits formulierten Fragen noch vorgefertigten Antwortskalen arbeitet, sondern mit den Worten und Bewertungsskalen der Befragten selbst, soll auch diskutiert werden, inwieweit Repertory Grid ein Brückenschlag zwischen den Positionen der empirischen Legitimitätsforschung „messen vs. beurteilen" (Patberg 2013) sein kann.

Gegenstand der empirischen Untersuchung für diesen Artikel ist die Wahrnehmung des EU-Legitimitätsproblems von Bürgern[1] und deren Einstellungen zu der Problematik. Diese Ergebnisse sollen anschließend den Ergebnissen Barnickels et al. (2012) zur Einstellung der deutschen politischen Eliten zur Herstellung von Legitimität in der EU gegenübergestellt werden. Entgegen den Ergebnissen standardisierter Interviews, die keine Delegitimierung der EU unter der Bevölkerung hatten feststellen können (Beichelt 2010), erwartet die Autorin mittels des Repertory Grid-Interviews diese in den Wahrnehmungen der Bürger nachweisen zu können. Damit würde die politische Kultur der Bürger in Inkongruenz zu der politischen Kultur der politischen Eliten in Deutschland stehen, die laut Barnickel et al. (2012) vornehmlich für eine „Abkehr von gewählten Akteuren" zur Erreichung „anerkennenswerte(r) politischer Entscheidungen im europäischen Institutionensystem" (Barnickel et al. 2012, S. 221) plädieren. Forschungsergebnisse (Hooghe 2003) zu Elitenmeinung und öffentlicher Meinung in den Mitgliedsländern unterstützen die Vermutung eines abweichenden Legitimationsverständnisses. Die Konsequenz dieser Inkongruenz wäre nicht nur relevant bezüglich der Frage nach zukünftiger Legitimität von EU-Politik, sondern auch hinsichtlich der Qualität der Demokratie in der Union und der Bundesrepublik Deutschland sowie der Unterstützung beider politischer Systeme durch ihre Bürger.

Der Beitrag wird dazu als erstes den aktuellen Forschungsstand hinsichtlich der Theorie zur Legitimität der EU und der empirischen Legitimitätsforschung in Kap. 2 darstellen. Im Rahmen der aktuellen Debatten der empirischen Legitimitätsforschung werden die Vor- und Nachteile der qualitativen und quantitativen Ansätze sowie empirischer Legitimitätsforschung als „messen" und als „beurteilen" gegenübergestellt und schließlich in die Überlegungen zu Mixed methods-Ansätzen überführt. Im nachfolgenden Kap. 3 wird die Repertory Grid-Methode als alternativer Ansatz an der Schnittstelle zwischen den verschiedenen Positionen des vorhergehenden Kapitels vorgestellt. Dazu wird auf den theoretischen Hintergrund der Methode eingegangen, bevor die Datenbasis vorgestellt wird. In Kap. 4 folgt schließlich die empirische Analyse der Wahrnehmung der Legitimität der EU mittels Repertory Grid. Im Fazit werden die gewonnenen Ergebnisse eingeordnet und den Wahrnehmungen der politischen Elite zur Legitimität der EU gegenübergestellt.

[1] Im Rahmen dieser Untersuchung konnte lediglich ein kleines Sample bestehend aus Studierenden erhoben werden. Damit können die Ergebnisse nur eingeschränkt für diesen Ausschnitt der Gesamtgesellschaft gelten, sie weisen gleichzeitig jedoch die Richtung für zukünftige Forschung. Kapitel 4: „Empirische Analyse" beschreibt die studentische Stichprobe näher und diskutiert die Auswirkungen dieser spezifischen Datengrundlage auf die Ergebnisse.

2 Forschungsstand

2.1 Theorie

Die Kernfrage der EU-Legitimitätsdebatte ist, ob die EU und damit ihre Politik legitim ist oder nicht. Wenig ausgebildet ist dabei die Diskussion über das zu Grunde gelegte Legitimitätskonzept, wobei Einigkeit herrscht, „dass sich die Europäische Union nicht an nationalstaatlichen Legitimitätskonzepten messen läßt [sic]“ (Glaser 2013, S. 85). Beetham und Lord (1999) folgend gibt es drei Dimensionen, die in jedem Regierungssystem und in jeder Gesellschaft in der Frage entscheidend sind, ob politische Herrschaft als rechtmäßig oder legitim wahrgenommen wird. Als erstes die Dimension der Legalität, also ob die Herrschaft auf der Basis der etablierten Regeln und Gesetze ausgeübt wird. Die Dimension der normativen Rechtmäßigkeit, als zweite Dimension, zielt auf die Frage, ob die Art des Herrschaftszugangs und der Herrschaftsausübung mit den allgemein geteilten Überzeugungen übereinstimmen. Drittens folgt schließlich die Dimension der effektiven Herrschaftsgewalt oder Legitimation, die darauf zielt, inwiefern Bürger und andere legitime Autoritäten die politische Herrschaft auch anerkennen (Beetham und Lord 1999, S. 3). Die empirische Legitimitätsforschung zielt weniger auf die Frage der Rechtmäßigkeit von Herrschaft, also das Spannungsfeld zwischen Legalität und Illegitimität sowie Legitimation und Delegitimation, sondern legt den Fokus auf die Frage, inwieweit die Herrschaft normativ rechtmäßig ist, im Sinne der in der Gesellschaft gegebenen Überzeugungen (Beetham und Lord 1999, S. 4). Oder mit den Worten Webers (1992) geht es darum, ob „Herrschende und Beherrschte […] die Prinzipien, auf denen der Herrschaftsanspruch aufbaut“ (Weber 1992, S. 151–152), teilen. Ein Puzzleteil der Frage nach Legitimität ist also auch, inwieweit die Wahrnehmungen von der Legitimität und die Einstellungen zu einer politischen Ordnung zwischen Herrschenden und Beherrschten kongruent verlaufen.

Mit Maastricht 1993 haben sich die Kompetenzen der EU über ein supranationales Regime mit ökonomischen Interessen hinaus entwickelt. Die Legitimationsgrundlage der EU hat sich mit dieser Transformation gravierend verändert (Beetham und Lord 1998; Fuchs 2003; Thomassen und Schmitt 1999). Bis dahin war die EG indirekt über die jeweiligen eigenen nationalen Regierungen legitimiert, und die Bürger vertrauten darauf, dass die nationalen Regierungen ihre Interessen auch auf der europäischen Ebene angemessen vertreten würden. Dieser „permissive consensus“ (Lindberg und Scheingold 1970) gilt nach Maastricht als aufgekündigt (Beichelt 2012). Die Bürger haben in Folge von Maastricht ihre Bewertungskriterien geändert (Fuchs 2003, S. 36).

Das Forschungsinteresse der empirischen Legitimitätsforschung ist es zu klären, ob diese theoretische Annahme stimmt und ob das Ende des „permissive consensus“ tatsächlich auch zu einem Legitimitätsdefizit (Beetham und Lord 1999) führt. Grundlegend ist dabei die Frage, welche theoretische Position sich auf der Einstellungsebene der Bürger nachweisen lässt: die Demokratie- und Legitimationsdefizit-These oder die Gegenposition einer EU als Zweckverband bzw. des „Regulating Europe“ (Majone 1996), die keinerlei eigener Legitimationsgrundlage bedarf.

Das heute wahrgenommene Demokratiedefizit der EU, so eine verbreitete These der ersten Position, erzeugt ein Legitimationsproblem (Blondel et al. 1998; Katz und Weßels 1999; Kielmannsegg 1996; Scharpf 1999; Thomassen und Schmidt 1999). Zwar wurde die europäische Integration von demokratisch legitimierten Regierungen angestoßen, durch die zentrale Stellung des Rates wird die europäische Politik weiterhin vielfach von diesen Regierungen gestaltet, nationale Parlamente stimmen Verträgen zu bzw. die Völker entscheiden per Referenden direkt, und auch das direkt gewählte Europäische Parlament erhält zunehmend mehr Entscheidungsbefugnisse. Dennoch stellt sich die Frage, ob die europäische Politik eng genug „an den politischen Willen der Regierungen sowie des EP und der nationalen Parlamente [rückgebunden ist], um die demokratische Legitimität europäischer Politik zu gewährleisten" (Kohler-Koch et al. 2004, S. 195) und inwieweit die EU-Politik an den Willen der Bürger rückgebunden ist. Wenn diese These stimmt, ist die „Institutionalisierung einer vollständigen europäischen Demokratie" (Fuchs 2003, S. 30) unabdingbar. Die Zukunft einer solchen EU läge dann in einem Föderal- oder Superstaat (Ruchet 2011, S. 11).

Eine alternative Sichtweise auf die EU betrachtet die EU lediglich als Zweckverband (Ipsen 1972) oder „regulatory state" (Majone 1996) bzw. als „multi-level regulatory politics" (Moravcsik 2000, 2002), der vornehmlich ökonomische und regulierende Interessen wahrnimmt. Eine solche regulierende EU bedürfte in der Konsequenz vielmehr unabhängiger Regulierungsbehörden, die über weitreichende unabhängige Entscheidungsbefugnisse verfügen, statt gewählter Parlamente und Politiker. Um effektiv handeln zu können, müssten die getroffenen Entscheidungen undemokratisch, außerhalb des Theaters der Mehrheitspolitik in den Parlamenten, stattfinden (Ruchet 2011, S. 12). Dieser Argumentation folgend hat die EU weder ein Legitimationsdefizit noch ein Demokratiedefizit. Die nationalen Regierungen würden über ihre Präsenz in den Entscheidungsprozessen für indirekte Legitimation der EU sorgen. Der Trend zu delegierten Entscheidungen und nicht mehrheitlich organisierten Institutionen sei darüber hinaus ohnehin vielmehr ein Phänomen technischer, politischer und logistischer Komplexität modernen Regierens als der europäischen Integration (Ruchet 2011, S. 14). Dieses Argument weiterentwickelnd vertritt Moravcsik (2002) die Position, die EU solle nicht an normativen Demokratiekriterien gemessen werden, sondern an der Regierungspraxis in den Mitgliedsstaaten, die ebenfalls bestimmte Funktionen an spezialisierte Agenturen jenseits parlamentarischer und öffentlicher Kontrolle delegieren würden (Kohler-Koch et al. 2004, S. 198; Ruchet 2011, S. 14–15). Anstelle eines demokratischen Modells von Legitimität stünde dann ein technokratisches Legitimitätsmodell (Beetham und Lord 1999), in dessen Fokus die Regierungsperformanz hinsichtlich der Wohlstandsmaximierung als Aufgabe von Experten und Technokraten (Lindberg und Scheingold 1970), also Output- statt Input-Legitimität (Scharpf 1999), stünde.

Was diese Ansätze jedoch wenig berücksichtigen, ist, dass diese Art des Regierens von den politischen Eliten dominiert wäre und wenig Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger ließe (Ruchet 2011, S. 15), was wiederum zu einem Gap zwischen der Politik, die Bürger wollen, und der Politik, die sie bekommen, führen könnte (Hix 2008). Dieser Sichtweise auf die EU, und damit der ersten Position folgend, soll untersucht werden, ob sich in der Wahrnehmung der Bürger das beschriebene Demo-

kratiedefizit finden lässt oder ob die Bürger der zweiten Position, nämlich der EU als modernem regulierendem Staat ohne direkten Legitimierungsbedarf, zustimmen. Dieser zweiten Position ist die Wahrnehmung der Legitimationsproblematik der EU der politischen Eliten zuzuordnen, wie sie Barnickel et al. (2012) in ihrer Analyse herausgearbeitet haben. Verhält sich die Wahrnehmung der Legitimitätsproblematik der Europäischen Union der politischen Eliten und der Bürger kongruent zueinander oder besteht vielmehr ein Spannungsverhältnis zwischen beiden? Die grundsätzliche These dieses Beitrages ist, dass die Befragten ein demokratisches Legitimitätsverständnis teilen. Folgende Hypothesen leiten sich schließlich aus der Debatte um das Legitimitäts- und Demokratiedefizit der EU ab:

Wenn der Trend zu delegierten Entscheidungen und nicht mehrheitlich organisierten Institutionen tatsächlich als ein Phänomen technischer, politischer und logistischer Komplexität modernen Regierens (Ruchet 2011, S. 14) wahrgenommen wird und die These des demokratischen Legitimitätsverständnisses der Befragten stimmt, werden weder die nationalen noch die europäischen Institutionen den idealen Vorstellungen eines legitimen Entscheidungsträgers entsprechen (H1).

Bleibt nämlich das Prinzip der Volkssouveränität Kernelement des Legitimitätsverständnisses, müssen die herrschenden Akteure gewählte Repräsentanten sein (Glaser 2013, S. 103), also demokratisch autorisiert sein (Beetham und Lord 1999, S. 22). Daraus lässt sich die Hypothese herleiten, dass sich die Forderung nach mehr Beteiligung (direkte Partizipation) an den politischen Prozessen vom Legitimitätsverständnis der Befragten ableitet (H2a). Die Einflussnahme von Experten „auf die über demokratische Verfahren vermittelte Inputlegitimität“ (Glaser 2013, S. 103) bewirkt hingegen selbst keine Legitimität. Es ist zu erwarten, dass Experten folglich nicht als legitime Entscheidungsträger wahrgenommen werden (H2b). Der Grundsatz der Verantwortungszurechnung und Kontrollmöglichkeiten im demokratischen Legitimationsverständnis verlangt schließlich nach Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene (Beetham und Lord 1999, S. 25; H3).

2.2 Empirische Legitimitätsforschung

Bis Maastricht fand die Debatte um die Legitimität der EU ausschließlich unter den politischen Eliten statt (Schrag/Sternberg 2013), wie die EU als solche bis dahin auch als Projekt der Eliten gelten kann. In der öffentlichen und auch in der wissenschaftlichen Wahrnehmung erlangte die Europäische Gemeinschaft ihre Legitimität vor allem auf der Output-Dimension, nämlich ihrer Performanz in der Friedenssicherung und der Wohlstandsmaximierung ihrer Mitgliedsländer (Fuchs 2011, S. 27; Schrag/Sternberg 2013, S. 14). Während es zahlreiche Studien (Beichelt 2010; Fuchs 2003; Lubbers und Scheepers 2010; Weßels 2007) zu den Einstellungen der Bürger gegenüber der EU gibt, untersuchten bisher wenige die Legitimität der EU auf Bürgerebene. Der Vergleich der Bürger und Eliten auf Einstellungsebene zeigt hohe Zustimmungswerte unter den Eliten und niedrige Zustimmungswerte unter den Bürgern. Für die Frage der Legitimität wären in der logischen Folge der niedrigen Zustimmungswerte zur EU eine ausgeprägte Wahrnehmung der Legitimitätsproblematik und der Demokratiedefizite der EU zu erwarten. Überraschend sind jedoch die Ergebnisse Beichelts

(2010) zur Untersuchung der EU-Skepsis der Bürger von EU-Mitgliedsstaaten. Entgegen der theoretischen und empirischen Erwartungen jener Autoren, die von einem Legitimitätsdefizit der EU ausgehen, liegt die EU-Skepsis in Deutschland in den Jahren von 1982 bis 2007 lediglich zwischen 5 und 15 %.[2] Zuletzt für das Jahr 2008 konstatieren die empirischen Befunde eine Zustimmung zur EU von beinahe 70 % (Beichelt 2010, S. 5).[3]

Fuchs (2003) untersuchte ebenfalls mittels Daten des Eurobarometers den Einfluss von systemischer Performanz[4] (output-orientiert) und demokratischer Performanz[5] (input-orientiert) auf die generalisierte Unterstützung der Bürger für die EU.[6] Das Demokratiedefizit der EU hat folglich in dieser Studie auch nicht die von zahlreichen Autoren (Blondel et al. 1998; Katz und Weßels 1999; Kielmannsegg 1996; Scharpf 1999; Thomassen und Schmidt 1999) angenommene „negative Auswirkung auf die Unterstützung der EU durch die Bürger der Mitgliedsländer" (Fuchs 2003, S. 50).

Auf der Basis dieser Untersuchungen stellt sich die Frage, ob die These des Legitimitätsdefizits tatsächlich falsch ist und das EU-Legitimitätsproblem lediglich in den wissenschaftlichen Debatten existiert. Statt diese und die damit verbundenen Thesen zum Demokratiedefizit der EU auf der vorliegenden Datengrundlage mittels einer Erhebungsmethode zu verwerfen, gilt es zu prüfen, ob möglicherweise die Defizite der bisherigen Erhebungsmethode zu diesem Ergebnis führen.

2.2.1 Quantitativ vs. qualitativ

Der erste Kritikpunkt an der herkömmlichen Legitimitätsforschung ist die Unschärfe des Begriffs. Ursprünglich mit Blick auf die Nationalstaaten konzipiert (Easton 1965, 1975) hat sich der Begriff der Legitimität nicht modifiziert auch auf politische Ordnungen jenseits des Staates ausgeweitet. Die „Messung von Legitimität und die Erklärung unterschiedlicher Niveaus der Regime-Unterstützung" (Schmidtke und Schneider 2012, S. 225) stehen weiterhin im Vordergrund, während es kaum „Forschung zu Legitimationsprozessen und -praktiken" gibt (Schmidtke und Schneider 2012, S. 225). Darüber hinaus sind die Vorstellungen von legitimer Herrschaft stark normativ geprägt. Die Anerkennungswürdigkeit politischer Herrschaft unterliegt dieser normativen Perspektive folgend, die Fuchs (2011) als objektive Legitimität bezeichnet, universalen demokratie- oder gerechtigkeitstheoretischen Bewertungsmaßstäben. Vernachlässigt werden durch diese von außen vom Forscher herangetragenen Bewertungskriterien die Legitimitätsansprüche und -urteile der Regierenden und der Regierten selbst, also die tatsächliche Anerkennung der Ordnung (Schmidtke

[2] Operationalisiert wurde die EU-Skepsis in dieser Untersuchung auf der Basis der Eurobarometer-Umfrage mit der Variable: die Mitgliedschaft in der EU ist eine gute oder schlechte Sache.

[3] Kritischer erfolgt die Bewertung der EU, siehe auch Fuchs (2003), wenn die Deutschen nach dem Nutzen der EU-Mitgliedschaft für die Bundesrepublik gefragt werden. Hier sinken die Zustimmungswerte teilweise auf unter 40 % (Beichelt 2010, S. 7).

[4] Operationalisiert mit der Variable: Nutzen des eigenen Landes durch die EU-Mitgliedschaft.

[5] Operationalisiert mit der Variable: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU.

[6] Operationalisiert mit der Variable: Die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU ist eine gute oder schlechte Sache.

und Schneider 2012, S. 226) bzw. die subjektive Legitimität (Fuchs 2011). Mittels standardisierter Umfragen wie dem Eurobarometer sind Forscher ausschließlich in der Lage, diese normative Perspektive zu messen. Die empirische Perspektive, wie Schmidtke und Schneider (2012, S. 226) die tatsächliche Anerkennung der Ordnung (subjektive Legitimität) bezeichnen, bleibt unberücksichtigt. Gemessen wird also lediglich die geäußerte Positionierung der Befragten innerhalb der wissenschaftlichen Konstruktion von Realität und nicht die tatsächliche Einstellung der Befragten in der Realität selbst. Stattdessen liegt das Forschungsinteresse der empirischen Legitimitätsforschung darin zu hinterfragen, welche normativen Standards den Beurteilungen, ob ein Regime legitim ist oder nicht, zu Grunde liegen (Fuchs 2011, S. 31).

Diese Problematik ist eng verbunden mit der Frage nach einem homogenen Verständnis der gemessenen Begriffe, also welche die dahinter liegenden normativen Grundprinzipien sind. Ein weiterer Zusammenhang besteht mit der Frage nach sprachlicher und kultureller Äquivalenz sowie den Phänomenen des Lippenbekenntnisses und der sozialen Erwünschtheit. Diese Probleme sind jedoch nicht nur auf die Legitimitätsforschung beschränkt, sondern betreffen allgemein die politische Kulturforschung, Einstellungsforschung und Forschung zu Werten und Normen, insbesondere dort, wo Einstellungen zu abstrakten Begriffen gemessen werden sollen, wie zum Beispiel zu Legitimität oder auch zu Demokratie.

Bevor die Legitimität der EU auf der Einstellungsebene der Bürger gemessen werden kann, sollte geklärt werden, was die Bürger eigentlich unter Legitimität verstehen und ob dieser Begriff tatsächlich so homogen gebraucht wird, wie es die normative Sichtweise der Politikwissenschaft vorgibt. Möglicherweise liegt hier eine Erklärung für den dargestellten Widerspruch zwischen empirischen Ergebnissen und theoretischer Forschung zur EU-Legitimität, und eine Anpassung der Fragen standardisierter Umfragen an heterogenere Begriffsdefinitionen wäre nötig. Dem Argument folgend soll im empirischen Teil zusätzlich getestet werden, ob der Legitimitätsbegriff der Befragten homogen oder heterogen ist (H0).

Die Probleme der normativen Ausrichtung und homogenen Verwendung von Begriffen weisen zum Phänomen der sprachlichen und funktionalen Äquivalenz. Bereits in national angelegten Studien problematisch, werden Äquivalenzprobleme in Cross country- und Cross culture-Studien ein Hindernis, da weder von einem vergleichbaren Verständnis der Fragen noch einer vergleichbaren Verwendung der genutzten Begriffe und Assoziationen ausgegangen werden kann (Lauth et al. 2009). Standardisierte Umfragen ignorieren jedoch genau diese Unterschiede.

Eine verwandte Herausforderung der Umfrageforschung sind die Unterschiede der subjektiven Verwendung der vorgegebenen Skalen (Wand 2012, S. 1). In der Praxis gehen Forscher davon aus, dass alle Befragten subjektive Skalen in exakt der gleichen Weise interpretieren. Da Befragte aber durchaus in der Interpretation der Skalen differieren, ist diese Vorgehensweise fraglich (Wand 2012). So haben Forschungen der Methoden der Umfrageforschung und der Cross culture-Psychologie ergeben, dass es Länder gibt, in denen die Befragten dazu tendieren, eine Seite der Skalen häufiger zu verwenden als die andere. In anderen Ländern oder Kulturen lässt sich das Phänomen beobachten, dass entweder hauptsächlich die jeweils extremen Pole einer Skala verwendet werden oder hauptsächlich die mittleren Bereiche der Skala (Stegmüller 2011, S. 3). In der Konsequenz kann es also durchaus sein, dass

Befragte aus verschiedenen Ländern oder Kulturen verschieden antworten, obwohl sie Vorlieben und Einstellungen teilen. Damit sind die Daten nicht äquivalent und nur schwer vergleichbar.

Eine Methode, mit der heterogenen Verwendung von Ordinalskalen umzugehen, ist das Setzen von Anchoring vignettes (King et al. 2004; King und Wand 2007; Wand 2012). „By observing how each individual rates a common set of vignettes, a researcher may discern differences in scale use and thereby adjust the meaning of each individual's self-evaluation“, wie Wand (2012, S. 1) es beschreibt. Da jedoch Anchoring vignettes der ursprünglichen Umfrage hinzugefügt werden, sind sie in der Anwendung recht aufwendig und nicht weit verbreitet (Pickel et al. 2009). Anchoring vignettes bieten eine Antwort auf das Problem unterschiedlich verstandener und verwendeter Antwortkategorien (King und Wand 2007, S. 46).

Das Problem der sprachlichen und kulturellen Äquivalenz von Begriffen und Konzepten selbst können aber auch die Anchoring vignettes nicht aufheben. Etablierte Lösungsstrategien für diese Problematik sind gewissenhafte Übersetzung und Rückübersetzung der Fragen und Antwortoptionen, Fokusgruppen oder Cognitive debriefing (King und Wand 2007, S. 46). Ziel der Übersetzung und Rückübersetzung ist es zum Beispiel, den Unterschied zwischen sprachlicher und funktionaler Äquivalenz zu identifizieren. Dieses Vorgehen kann jedoch nicht verhindern, dass ein unterschiedliches Verständnis nach wie vor die Antworten beeinflusst (Lauth et al. 2009). Dennoch ignorieren Forscher dieses unterschiedliche Verständnis in unterschiedlichen Untersuchungsfällen und nehmen weitestgehende Ähnlichkeiten an, so dass die erzielten Ergebnisse aussagekräftig werden. Fragebogenrückübersetzung, so kann festgehalten werden, unterscheidet nicht zwischen sprachlicher und kultureller Äquivalenz. In der westlichen Welt hat sich dieses Vorgehen zwar durchaus bewährt. Für Studien, die über Westeuropa und Nordamerika hinausgehen, bietet es jedoch keine geeignete Lösungsstrategie. Konsequenterweise schließen in Folge dessen einige Wissenschaftler diese Länder von ihren Studien aus, was jedoch gravierend die Generalisierbarkeit (Pickel 2006), Übertragbarkeit und Vergleichbarkeit der Ergebnisse einschränkt. Eine bessere Lösung scheint jedoch nicht in Sicht, weshalb Pickel et al. (2009) davon ausgehen, dass die bisherige Vorgehensweise auch in Zukunft dominieren wird.

Ein alternativer Ansatz, um die oben angesprochenen Defizite rein quantitativen Vorgehens zu mildern, sind offene Fragen. Ebenso wie Dalton et al. (2008) im Anschluss an standardisierte Fragen einiger großer Cross national-surveys[7] qualitative Daten zum Verständnis von Demokratie[8] gesammelt haben, wäre auch eine vergleichbare Untersuchung zur Frage nach dem Legitimitätsverständnis der Bürger vorstellbar, um die oben angesprochenen Defizite rein quantitativen Vorgehens zu mildern.

[7] Post Communist Citizen Survey 1990, Afrobarometer 2000–2001, East Asia Barometer, Latinobarometro 2001, „Citizens Views of Democracy in Latin America“, „Popular Conceptions of Democracy in Postcommunist Europe“, New Soviet Citizen Project, Asia Foundation (Dalton et al. 2008).

[8] Der Fokus ihrer Forschung war explizit die Frage, wie Demokratie verstanden wird. Die Autoren überprüften, ob es in den afrikanischen Ländern überhaupt ein Verständnis von Demokratie gibt und wenn ja, welcher Art dieses Verständnis ist.

Der Bezug auf den Einzelfall ist der Hauptvorzug qualitativer Forschung. Um den subjektiven Sinn menschlichen Handelns zu analysieren ist es notwendig, das Subjekt ins Zentrum der Forschung zu rücken. Durch eine höchstmögliche Offenheit, eine möglichst geringe Beeinflussung durch Fragen und Antwortmöglichkeiten sowie die aktive Artikulation und Formulierung von Meinungen und Einstellungen mit den eigenen Worten sollen die Probleme der sozialen Erwünschtheit und des bloßen Lippenbekenntnisses abgeschwächt werden (Pickel und Pickel 2009). Zusätzlich hat die Äquivalenzproblematik in offenen Interviews weniger Gewicht, weil der Interviewer bei konzeptionellen Widersprüchen die Möglichkeit hat, für ein besseres Verständnis vertiefend nachzufragen. Komplett frei von diesen Einschränkungen ist das qualitative Interview jedoch auch nicht.

Ein spezifisches Problem, mit dem Interviews mit offenen Fragen konfrontiert sind, ist das Problem der vagen Antworten. Des Weiteren kann die Reihenfolge der gestellten Fragen, die häufig während der Erstellung des Interviewleitfadens festgelegt wird, die Antworten beeinflussen. Und schließlich liegt auch beim Kodierer der Interviews eine mögliche Fehlerquelle. Während der Kodierer die Bedeutung der (möglicherweise vagen) Antwort identifiziert, wird den Daten automatisch zusätzliche Variabilität und Subjektivität hinzugefügt und damit die Reliabilität reduziert. Zudem können qualitative Daten nicht auf der Makroebene verglichen werden. Und schließlich ist die Repräsentativität der Daten eingeschränkt, da es, verglichen mit quantitativen Daten, zu zeit- und kostenintensiv ist, auf qualitativem Weg eine ausreichend große Menge an Daten zu sammeln (Pickel 2009; Pickel et al. 2009).

Auch qualitative Forschung, so lässt sich festhalten, kann die Schwächen quantitativer Forschung maximal reduzieren, aber nicht aufheben. Auch wenn Dalton et al. (2008) in der oben genannten Studie die (vermeintlich) eigenen Definitionen der Befragten von Demokratie in ihre Analysen einbeziehen, gelingt es ihnen nicht, soziale Erwünschtheit und Lippenbekenntnisse von tatsächlichen Normen und Werten der Gesellschaften zu unterscheiden und das Problem der sprachlichen und funktionalen Äquivalenz zu lösen.[9] Die Einstellungen, Normen und Werte, die sich hinter dem Geäußerten verbergen, bleiben weiterhin nicht messbar. Gleichzeitig bleiben die, gegenüber quantitativer Forschung, nicht unwesentlichen Nachteile bestehen.

2.2.2 Messen vs. Beurteilen

Standardisierte Umfragen geraten auch als Methode der empirischen Legitimitätsforschung ins Kreuzfeuer der akademischen Debatte (Patberg 2013; Zürn 2011a, b, 2013). Ein auf Umfragedaten basierender Akzeptanzbericht könne nicht die Analyse der empirischen Legitimität eines politischen Systems sein, so die Kritik (Patberg

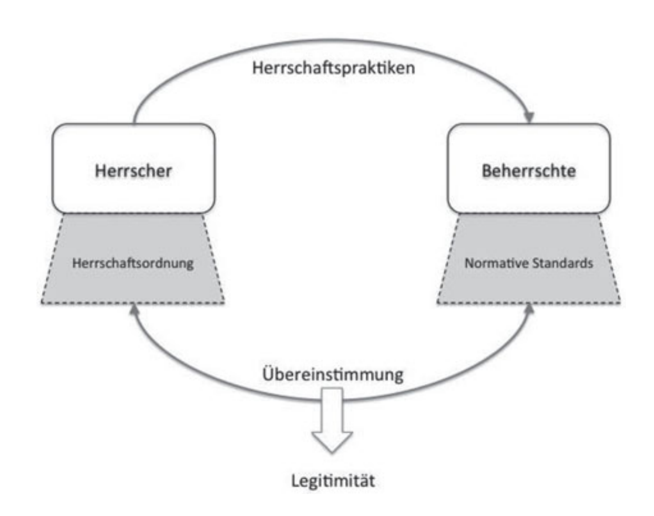
[9] Die Autoren selbst kommentieren die Ergebnisse ihrer qualitativen Analyse: „It is surprising that a large proportion of the public in developing nations defines democracy in liberal-democratic terms. Even if these are only ‚questionnaire democrats'- an interpretation that we reject – it is still remarkable that citizens with limited democratic experience know the ‚correct' answers" (Dalton et al. 2008, S. 6–7). Während die Existenz von Questionnaire democrats eine durchaus interessante Einsicht ist, erklärt es dennoch nicht, wie Bürger Demokratie verstehen und wie tief demokratische Normen und Werte tatsächlich in den Gesellschaften verwurzelt sind und welche Basis formale demokratische Institutionen in den jeweiligen Ländern letztlich haben.

2013). Zudem verfehlen Umfragedaten die Konzeptionalisierung empirischer Legitimität, da es nicht bloß um die Akzeptanz einer politischen Ordnung gehe (Zürn 2013), sondern um die Frage, ob die Art des Herrschaftszugangs und der Herrschaftsausübung mit den allgemein geteilten Überzeugungen übereinstimmt (Beetham und Lord 1999), also auch inwieweit die Wahrnehmungen von der Legitimität und Einstellungen zu einer politischen Ordnung zwischen Herrschenden und Beherrschten kongruent verlaufen. Mit Beetham (1991) argumentiert Patberg (2013), dass es zu kurz greife, lediglich *zu messen*, „ob die Bürger an die Legitimität ihrer politischen Ordnung glauben, sondern ob die Herrschaft in *Übereinstimmung* (Hervorhebung im Original) mit den Überzeugungen, Werten und Erwartungen der Bürger ausgeübt werde" (Patberg 2013, S. 158). Statt des umfragedatenbasierten Akzeptanzberichts, der Legitimitätsforschung als Messung, sollte die Beurteilung, ob sich die institutionelle Struktur und die Performanz eines politischen Systems in Übereinstimmung mit den „normativen Maßstäbe[n] (…) und Erwartungen an politische Herrschaft, welche die Bürger generell und ohne Bezug zum gegenwärtigen Zustand des eigenen politischen Systems hegen" (Patberg 2013, S. 159), befinden oder nicht, im Zentrum der Forschung stehen. Der zentrale Unterschied zwischen der Legitimitätsforschung als Messung und der Legitimitätsforschung als Beurteilung ist Patberg (2013) folgend das urteilende Subjekt. In der Legitimitätsforschung als Messung sind die Beherrschten das Subjekt, welches über die Legitimität einer politischen Ordnung urteilt, worüber der Forscher berichtet. In der Legitimitätsforschung als Beurteilung wird der Forscher selbst zum beurteilenden Subjekt (Zürn 2013). Bei aller Kritik an der Unterscheidung zwischen „messen" und „beurteilen" teilt Zürn (2013) den Einwand Patbergs (2013), dass es „in der empirischen Legitimitätsforschung (…) letztlich um die Legitimität aus der Sicht der Betroffenen" (Zürn 2013, S. 175) gehen müsse und nicht „um die normative Beurteilung einer Praxis als gut oder schlecht anhand von externen Kriterien, die vom Beobachter bestimmt werden" (Zürn 2013, S. 175). Oder mit Patbergs Worten sollte es bei empirischer Legitimitätsforschung darum gehen, dass „[d]ie Legitimität von Herrschaftspraktiken (…) nicht anhand eines theoretisch konstruierten normativen Ideals beurteilt [wird], sondern der Maßstab (…) die empirisch zu ermittelnden normativen Standards der Bürger (…) [sind]" (Patberg 2013, S. 159). An dieser Stelle ist Patberg (2013) m. E. zu widersprechen, wenn er aus dieser Erkenntnis schlussfolgert, dass eben diese „Beurteilung einer politischen Ordnung als legitim oder illegitim" dem Modell der Legitimitätsforschung als Beurteilung folgend „nicht dem Bürger, sondern dem Wissenschaftler" (Patberg 2013, S. 160) obliegt. Patberg (2013, S. 160) zufolge identifiziert der Forscher die normativen Standards der Bürger, rekonstruiert anschließend die existierende Herrschaftsordnung und setzt dann die Wertüberzeugungen der Bürger in Beziehung zu den rekonstruierten Herrschaftspraktiken, beurteilt also, ob eine Übereinstimmung vorliegt oder nicht, ob also die gegebene politische Ordnung als legitim wahrgenommen wird oder nicht. Geht es hier aber um subjektive Legitimität und nicht um objektive Legitimität, sollte doch der Bürger selbst beurteilen, inwieweit seine normativen Maßstäbe mit der existierenden Herrschaftsordnung übereinstimmen und nicht der Forscher, der bei aller Gewissenhaftigkeit eine externe Position einnimmt und von theoretisch konstruierten Idealvorstellungen beeinflusst ist. Insofern ist der Einschätzung Zürns (2013) m. E. zuzustimmen, dass „der Gegenstand der empiri-

schen Legitimitätsforschung (…) der Legitimitätsglaube sein [sollte] – und nicht das, wie bei Markus Patberg, möglicherweise in der Rekonstruktion der Verhältnisse versteckte Gerechtigkeitsempfinden des Forschers“ (Zürn 2013, S. 176). Zürn leitet daraus ein prozessorientiertes Modell der empirischen Legitimitätsforschung ab, auf dessen einer Seite die Autoritätsausübenden mit ihrer Herrschaftspraxis und ihre Rechtfertigungen stehen und auf der anderen Seite die Autoritätsunterworfenen mit der Bewertung dieser Rechtfertigungen anhand ihrer normativen Überzeugungen. Eine zusätzliche Dimension dieses Modells ist der Legitimationsprozess im öffentlich Raum, in dem die Rechtfertigungen und Anforderungen miteinander interagieren (Zürn 2013, S. 178). Datengrundlage dieses Modells wären Umfragedaten, Diskurse und Stellungnahmen auf Seiten der Autoritätsunterworfenen und Analyse der Entscheidungsprozesse sowie Diskurs- und Inhaltsanalysen auf Seiten der Autoritätsausübenden (Zürn 2013, S. 178–179). Die Beurteilung der Übereinstimmung wird in diesem Modell jedoch im Vergleich zu Patberg (2013) vernachlässigt. Empirische Legitimitätsforschung als „Messung“ *und* „Beurteilung“ durch den Beherrschten selbst erscheint, auf der theoretischen Basis der Legitimitätsforschung (Beetham und Lord 1999; Fuchs 2011), als lohnenswerte Weiterentwicklung der Debatte.

Ein weiterentwickeltes Modell zur empirischen Legitimationsforschung könnte demnach folgendermaßen aussehen (Abb. 1): Zunächst interpretieren die Beherrschten die von ihnen wahrgenommenen Herrschaftspraktiken und schließen damit auf die zu Grunde liegende Herrschaftsordnung. Diese angenommene Herrschaftsordnung wird mit den eigenen normativen Standards verglichen. Stimmen die angenommene Herrschaftsordnung und die normativen Standards überein, entsteht Legitimität. Daraus ergeben sich für den Forscher drei Analyseschritte. Der erste Analyseschritt untersucht die zu Grunde liegenden normativen Standards der Bürger. Im zweiten Analyseschritt wird die Übereinstimmung der normativen Standards mit der Herrschaftsordnung gemessen. Und in einem dritten Schritt gilt es die Gewichtung der normativen Standards, also welche normativen Standards tatsächlich letzten Endes auch legitimitätsstiftend sind, zu analysieren. Die Festlegung der normativen Stan-

Abb. 1 Modell empirischer Legitimitätsforschung. (Quelle: Eigene Darstellung)



dards und die Beurteilung der Übereinstimmung mit der Herrschaftsordnung liegen beim Befragten, während der Forscher lediglich analysiert.

Mittels standardisierter Umfragen wie dem Eurobarometer sind Forscher ausschließlich in der Lage, die normative Perspektive von Legitimität zu messen, die empirische Perspektive, wie Schmidtke und Schneider (2012, S. 226) die tatsächliche Anerkennung der Ordnung (subjektive Legitimität) bezeichnen, bleibt unberücksichtigt. Gemessen wird, sowohl mittels Umfragedaten als auch durch Inhalts- und Diskursanalysen, lediglich die geäußerte Positionierung der Befragten innerhalb der wissenschaftlichen Konstruktion von Realität, nämlich der Analyse der Entscheidungsprozesse, und nicht die tatsächliche Einstellung der Befragten in der Realität selbst. Stattdessen liegt das Forschungsinteresse der empirischen Legitimitätsforschung darin zu hinterfragen, welche normativen Standards den Beurteilungen, ob ein Regime legitim ist oder nicht, zu Grunde liegen (Fuchs 2011, S. 31) und inwieweit diese mit der Herrschaftspraxis übereinstimmen. Dazu bedarf es alternativer Methoden oder wie bereits im Modell Zürns (2013) angeregt, eines Methodenmix.

2.2.3 Mixed methods

Die unterschiedlichen Strategien zur Messung abstrakter Begriffe wie Legitimität oder Demokratie und die Kritik an ihnen spiegeln die generelle Debatte der vergleichenden Politikwissenschaft zu den jeweiligen Vor- und Nachteilen der quantitativen und der qualitativen Methoden wider sowie die Frage nach dem methodischen Königsweg (Jahn 2009; Lauth et al. 2009; Pickel 2006, 2009; Pickel und Pickel 2009).

Qualitative und quantitative Forscher sind sich indes soweit einig, dass nur eine Quantifizierung der Ergebnisse die notwendige Verallgemeinerungsfähigkeit der Aussagen gewährleistet. Einzig über standardisierte Interviews sei es möglich, überhaupt erst zwischen Makroeinheiten vergleichbare Aussagen über Bürger treffen zu können (Pickel et al. 2009). Das Resümee lautet: „Nur durch die standardisierte Umfrageforschung wird eine empirisch fundierte vergleichende Werte-, Einstellungs- und auch Verhaltensforschung überhaupt erst umsetzbar" (Pickel 2009, S. 303). Die wichtige Aufgabe der qualitativen Forschung sei es, sinnvolle Quantifizierung zu ermöglichen (Pickel und Pickel 2009), indem sie dabei unterstützt, valide Messinstrumente zu erstellen (Coppedge 1999).

So wird auch verstärkt das Potential der verschiedenen Methoden in sogenannten Mixed methods-Designs diskutiert. Die Kombination qualitativer und quantitativer Daten in einer Untersuchung ermöglicht ein besseres Verstehen des Forschungsproblems als eine der beiden methodischen Herangehensweisen es für sich allein leisten kann (Pickel 2009). Auch in der empirischen Legitimitätsforschung wird, wie herausgearbeitet, darüber diskutiert, dass Umfragedaten allein nicht die einzige Datenquelle sein sollten (Schmidtke und Schneider 2012; Zürn 2013). Wenn das Ziel aber nicht bloß ein Nebeneinander quantitativer und qualitativer Methoden sein soll, sondern tatsächliche Integration, liegt eine Umsetzungsmöglichkeit eines Mixed methods-Designs in einem Nested analysis-Ansatz (Lieberman 2005). Bei diesem Ansatz sind quantitative Large-N-Untersuchungen gut zur Auswahl von Small-N-Untersuchungen in die Tiefe. Sie dienen dazu, den Fokus auf bestimmte Fallstudien und Verglei-

che zu lenken oder dazu, aus Small-N Studien generierte Hypothesen zusätzlich zu überprüfen. Small-N-Analysen wiederum können dazu dienen, die Plausibilität der statistisch beobachteten Beziehungen zwischen Variablen zu testen, auf der Basis von Ausreißern und anderen Fällen neue Erkenntnisse zu generieren und bessere Messstrategien zu entwickeln (Lieberman 2005). Ziel der Nested analysis ist also, sowohl qualitative als auch quantitative Forschung zu integrieren und von beiden zu profitieren. Lieberman (2005, S. 437) entwickelt ein Pfadmodell, wie und zu welchen Analysezwecken beide Forschungsansätze kombiniert werden können.

Ein möglicher Pfad zum aufgeworfenen Forschungsproblem wäre, nach der Large-N-Analyse, die, wie im Kap. 2.2. zur „Empirischen Legitimitätsforschung" mit u. a. Beichelt (2010) dargestellt, keine zufriedenstellenden Ergebnisse geliefert hat, mit einer Small-N-Analyse das zu Grunde liegende Modell weiterzuentwickeln. Die Fallauswahl wäre in diesem Pfad von der Logik bestimmt, sowohl typische Fälle als auch Ausreißer zu untersuchen. Sollte sich aus der Analyse ein kohärentes Modell ergeben, ist dieses erneut durch eine Large-N-Analyse zu testen, um zu generalisierbaren Aussagen zu gelangen.

Als besondere Herangehensweise werden die Mixed model-Studien diskutiert, „in welchen bereits innerhalb der verschiedenen Stufen des Forschungsprozesses beide Ansätze zum Tragen kommen. Es erfolgt also kein Austausch der Ergebnisse parallel zueinander durchgeführter Studien, sondern eine Vermengung innerhalb der Untersuchungsphasen (Fragestellung, Datenerhebung, Datenanalyse)" (Pickel 2009, S. 309).

3 Repertory Grid als alternative Methode zwischen qualitativ und quantitativ und zwischen Messen und Beurteilen

Mixed model-studies kennen andere Disziplinen bereits seit Jahrzehnten. In den 1960ern entwickelte der Psychologe Kelly (1955) das Repertory Grid-Verfahren, um „subjektive Wirklichkeitskonstrukte im Erfahrungshorizont" (Rosenberger und Freitag 2009, S. 477) von Personen zu erfassen. Die Besonderheit dieses Verfahrens ist, dass die Datenerhebung qualitativ ist, die Auswertung der Daten aber auch mit quantitativen Analyseverfahren möglich ist. Repertory Grid steht aber nicht nur an der Schnittstelle zwischen qualitativem und quantitativem Ansatz, sondern auch an der Schnittstelle zwischen der empirischen Legitimitätsforschung als „Messen" und „Beurteilen".

3.1 Theoretischer Hintergrund

Die Grundlage der Repertory Grid-Methode ist die Annahme, dass Menschen die Realität (re)konstruieren, um mit der Welt in Kontakt treten zu können. Menschen antizipieren Ereignisse durch die individuelle Verknüpfung ihrer eigenen Erfahrungen. Sie evaluieren die Ergebnisse ihres Handelns mit den verfügbaren persönlichen Konstrukten, um ihr Verhalten an die Erfordernisse der Umwelt anzupassen (Jankowicz 2004).

Die Repertory Grid-Methode ermöglicht die Beantwortung zahlreicher substantieller Fragen: 1. In welchem Verhältnis stehen verschiedene Realitäten (Elemente)

zueinander? 2. Wie beschreiben (Konstrukte) Menschen die Realität (Elemente)? 3. Was meinen Menschen, wenn sie über spezifische Dinge sprechen? und 4. Welche Bedeutung haben die Worte des Befragten?

3.2 Datenerhebung

Repertory Grid arbeitet mit den Worten der Befragten selbst, um die subjektiven Konstrukte von Individuen zu messen. In der Vorbereitung der Datenerhebung werden Begriffe („Elemente") festgelegt, die den (Ziel)Begriff, z. B. Legitimität in real existierende, repräsentative Referenzen oder Objekte übersetzt. Für die Erforschung der Wahrnehmung der Legitimität der EU können das zum Beispiel „das Europäische Parlament", „die Europäische Kommission" oder „die Europäische Zentralbank" sein. In der Theorie Kellys (1955) sind diese „Elemente" für den Befragten relevante Dinge, Situationen oder Ereignisse. Die Auswahl der richtigen und möglichst aussagekräftigsten Elemente ist Teil des *pre-set research design.* Die Festlegung der Elemente ist der sensibelste Teil der Methode, da sie das gesamte Interview und dessen Ergebnisse beeinflusst. Darum ist es wichtig, die Elemente vor der tatsächlichen Forschungsphase gewissenhaft zu testen und nötigenfalls nachzujustieren.

Im ersten Schritt des Repertory Grid-Interviews werden drei dieser festgelegten Elemente zufällig ausgewählt und gegenübergestellt. Der Interviewte wird gebeten, zwei der drei Elemente als einander ähnlich oder voneinander verschieden zu bewerten. Im zweiten Schritt formuliert der Interviewte eine subjektive Einschätzung, worin sich die ausgewählten zwei Elemente unterscheiden bzw. worin sie sich ähneln, um in einem dritten Schritt zu formulieren, durch welche eigene Beurteilungsdimension (Konstrukt) sich das dritte Element von den anderen beiden abgrenzt. Mit Hilfe persönlicher „Konstrukte" vergleicht der Befragte die charakteristischen Eigenschaften der „Elemente" und setzt die „Elemente" zueinander in Beziehung. Die „Elemente" und „Konstrukte" helfen Menschen, ihre Realität zu strukturieren. Konstrukte können nach Kelly (1955) als dichotome Dimensionen von beispielsweise „gut" versus „böse" bis zu „warm und sonnig" versus „kalt und windig" reichen, um die „Elemente" auf der Basis ihrer Ähnlichkeit bzw. Unterschiedlichkeit zu sortieren und zu evaluieren. Um beim Beispiel der Legitimität zu bleiben, können das die Konstruktdimensionen „gewählt" versus „ernannt" sein. Die Abb. 2 visualisiert diese ersten drei Interviewschritte.

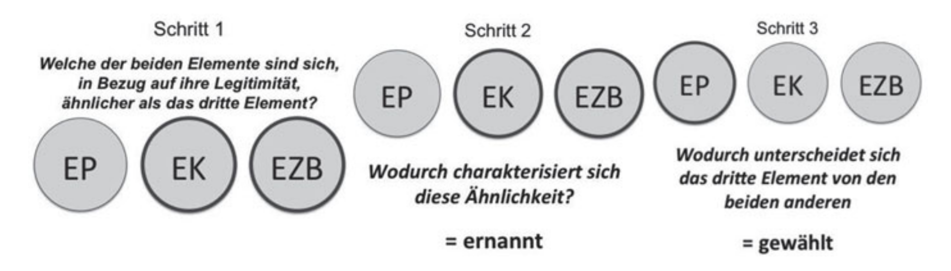


Abb. 2 Erstellen der Konstruktdimensionen. (Quelle: Eigene Darstellung)

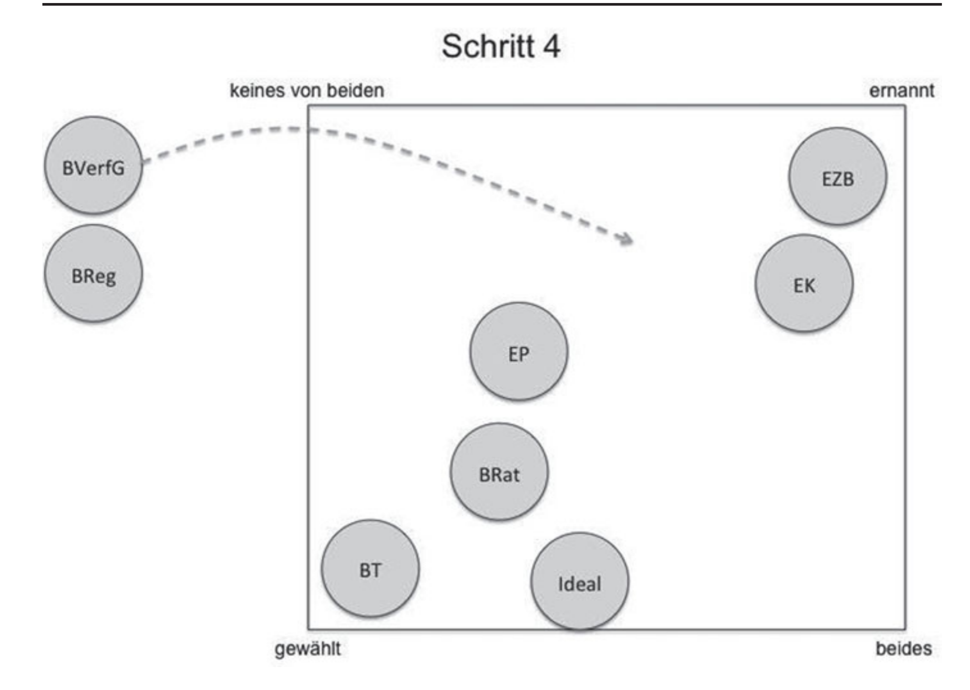


Abb. 3 Bewertung der Elemente im Tetralemmafeld. (Quelle: Eigene Darstellung)

Im vierten Schritt werden alle übrigen Elemente des Interviews mit den eigens erstellten Beurteilungskonstrukten bewertet. Diese Bewertung findet in einem Tetralemmafeld statt, welches neben der Zuordnungsposition zwischen Konstrukt 1 und 2, z. B. „gewählt" versus „ernannt" auch die Optionen „beides" oder „keines von beiden" zulässt (Elements and Constructs 2013). Jedes „Element" wird mit den „Konstrukten" bewertet (Jankowicz 2004), wie Abb. 3 exemplarisch zeigt. Das Repertory Grid-Interview erstellt damit für den Forscher eine Art „mental map" (Jankowicz 2004, S. 14), wie Menschen denken und die Welt sehen.

Diese Schritte werden mit verschiedenen, zufällig ausgewählten Sets von je drei Elementen wiederholt, um unterschiedliche Konstrukte des Interviewten und dessen entsprechende Zuordnung der Elemente zu sammeln. Um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, sind mindestens fünf Interviewdurchgänge pro Befragten notwendig. Abbildung 4 fasst den kompletten Ablauf einer Repertory Grid-Analyse, von der Vorbereitung, über die Durchführung, bis zur Auswertung der Daten, mit der sich Kap. 3.3 im Anschluss befasst, zusammen.

3.3 Datenanalyse

Die mit den Interviews gesammelten Daten ermöglichen zahlreiche statistische Analysen. Für eine manuelle Analyse werden die Daten in ein Elemente- und Konstruktgrid übertragen. Es handelt sich dabei um eine Ratingskala, angeordnet in Zeilen und Spalten in einer Tabelle oder in einem Grid (Jankowicz 2004, S. 8). Von dieser

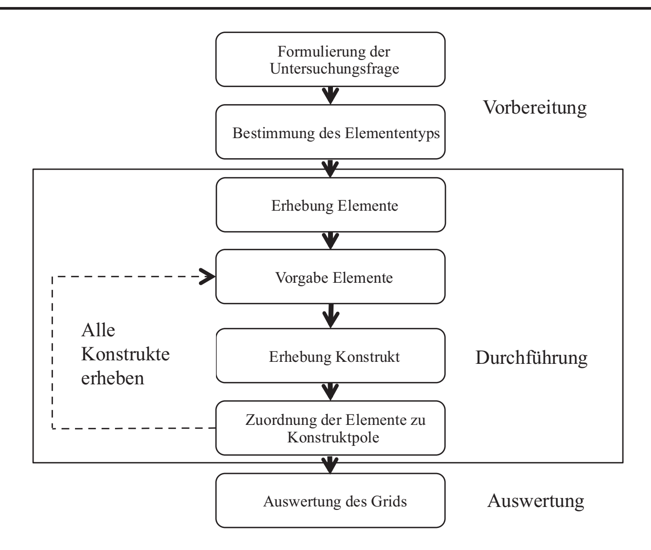


Abb. 4 Ablauf einer Repertory Grid Untersuchung. (Quelle: Rosenberger und Freitag 2009, S. 481)

Ideale Regierungsform	**Demokratie**	**Parteienwettbewerb**	**Starker politischer Führer**	**Armee an Regierung beteiligt**	**Wahlen**	**Diktatur**	**Eigenen Land**	**Korruption**	**Klientelismus**	**Parlament**	**Rechtsstaatlichkeit**	**1 2 3 4 5**	**6 7 8 9 10**
1	2	3	9	7	3	10	2	8	5	4	1	Verlässlichkeit	Unberechenbarkeit
1	1	3	7	9	3	10	3	10	10	2	4	Fair	Unfair
1	2	5	10	10	1	10	2	10	9	4	3	Vom Volk bestimmt	Eigeninteressen-geleitet
1	3	4	9	8	5	10	4	10	10	4	1	Gleichheit	Bevorteilung
4	3	7	9	8	4	10	3	6	10	1	9	Kompromiss	Schwarz-Weiß
4	1	5	9	9	1	10	2	6	10	5	1	Ermöglicht Teilnahme	Schließt aus
1	3	2	7	10	1	9	2	8	10	1	5	Sie vertreten	Sie sind abgehoben
7	2	2	3	9	1	6	4	9	2	3	8	Meinungsabhängig	beständig
3	1	2	9	9	1	10	3	7	8	4	6	Pluralistisch	einseitig
1	3	5	10	10	1	10	3	9	9	2	1	Gleichberechtigt	dominant
1	4	6	10	9	7	10	6	10	10	4	2	Sachbezogen	subjektiv
1	2	8	10	10	1	10	3	10	10	2	1	Fremdinteressiert	Eigennutzen getrieben
10	8	2	2	1	3	1	6	1	2	6	9	Kämpferisch	ausgleichend
1	2	3	7	9	2	10	2	9	10	3	2	Offen	geschlossen

Abb. 5 Beispiel einer Element-Konstrukt-Matrix (Einzelgrid). (Quelle: Eigene Erhebung)

manuellen Analyse eines einzelnen Interviews, wie in Abb. 5[10] dargestellt, leitet sich auch der Name der Methode ab. Die Abbildung zeigt oben links die zwölf Elemente

[10] Für Abb. 5 wurde zu Zwecken der Veranschaulichung ein Testinterview mit vorläufigen Elementen zur Messung des Demokratieverständnisses durchgeführt.



einer Beispieluntersuchung zur Messung des Demokratieverständnisses und in der rechten Tabellenhälfte die individuellen Konstrukte des Befragten. Im Grid schließlich lässt sich die Zuordnung der Elemente zwischen den jeweiligen Konstruktpolen ablesen. Beispielsweise in der ersten Zeile werden die Elemente zwischen den Polen „Verlässlichkeit" und „Unberechenbarkeit" zugeordnet. Die Elemente „Ideale Regierungsform" und „Rechtsstaatlichkeit" werden in absoluter Übereinstimmung mit der Eigenschaft „Verlässlichkeit" (numerischer Wert 1) wahrgenommen und das Element „Diktatur" in Übereinstimmung mit „Unberechenbarkeit" (numerischer Wert 10). Die verbleibenden Elemente wurden vom Befragten zwischen den beiden Polen zugeordnet. Je näher der Wert bei 1 liegt, desto eher ist „Verlässlichkeit" charakteristisch für das entsprechende Element, und je näher der Wert bei 10 liegt, desto besser wird das Element durch das Konstrukt „Unberechenbarkeit" beschrieben.

In einem Einzelgrid ist es möglich, einfache Zusammenhänge zwischen Elementen und einfache Zusammenhänge zwischen Konstrukten zu analysieren sowie mittels Clusteranalysen und Hauptkomponentenanalysen tiefer in die Struktur der Daten zu gehen (Jankowicz 2004, S. 94–95). Wesentlich spannender als die Analyse eines Einzelgrids ist jedoch die Analyse einer größeren Zahl von Interviews. Um Daten von vielen Befragten zu sammeln und mehr als ein Grid zu analysieren, stehen zahlreiche Software-Anwendungen[11] zur Verfügung. Wie in standardisierten Umfragen ist es möglich, die Individualdaten zu aggregieren, und damit werden auch Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit[12] der gewonnenen Ergebnisse möglich.

Verschiedene Auswertungsmethoden sind geläufig. Mit Hilfe der Clusteranalyse werden die Elemente und Konstrukte auf der Basis ihrer Ähnlichkeit zueinander in Beziehung gesetzt. Mit der Hauptkomponentenanalyse werden die Zahlen der Matrix entsprechend umgerechnet, sodass man für die Elemente und Konstrukte Koordinaten erhält. Die wechselseitige Bezogenheit der Elemente und Konstrukte können mittels des Biplot-Verfahrens abgebildet werden. Dazu werden die Zusammenhänge zwischen den gebündelten Konstrukten durch die Faktoranalyse ermittelt (Rosenberger und Freitag 2009, S. 485–486). Die qualitativ erhobenen Daten werden für die Analyse standardisiert und wie in der standardisierten Umfrage können die erhobenen Individualdaten auf die Aggregatebene transferiert werden.[13]

Inwiefern Repertory Grid-Daten reliabel und valide sind, wird unter *Personal Constructs Psychology*-Experten viel diskutiert. Bannister und Fransella (1971), sich auf Kelly (1955) beziehend, beantworten die Frage nach der Reliabilität folgendermaßen: „Kelly is reported as referreing to reliability as ‚a measure of the extent to which a test is intensive to change'. This is no facetious comment but a logical deduction from his theory which sees man as a form of motion. Our aim should be to understand the meaning of change, not to regard it as an irritating interference with the ‚reliability' of our tests by an irresponsible subject – to be looked on as error vari-

[11] Zum Beispiel Gridcore, GridSuite, RepGrid, Idiogrid, sci:vesco. Nach der Datenerhebung können die Datensätze ebenso in Statistikprogramme wie SPSS oder STATA importiert werden.

[12] Um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, sollte die Anzahl der Interviews (je identifizierter Untergruppe – wie männlich/weiblich, Alter >30/Alter <30, urban/ländlich, Akademiker/Nicht-Akademiker, verschiedene Religionen, etc.) dreimal so hoch sein wie die Anzahl der im Interview verwendeten Elemente (gewöhnlich besteht ein Grid aus acht bis zwölf Elementen).

[13] Detaillierte Erläuterungen der einzelnen Analyseschritte erfolgen im Kap. 4: Empirische Analyse.

ance“ (Bannister und Fransella 1971, S. 76). Es gibt aber zahlreiche Repertory Grid-Studien (Bavelas et al. 1976; Gathercole et al. 1970; LeCompte und Goetz 1982), in denen Reliabilität nachgewiesen werden konnte. Einigkeit herrscht hingegen in der Frage der gegebenen Validität von Repertory Grids, wie zahlreiche Studien bestätigen (Fransella und Bannister 1967; Hill 1976; LeComte und Goetz 1982; Leitner 1981; Munby 1982). Interne Validität von Repertory Grid-Daten kann als gesichert gelten, da die erzielten Ergebnisse nicht von Interpretationen abhängig sind. Bezüglich der externen Validität unterscheiden LeCompte und Goetz (1982, S. 34) Generalisierbarkeit, Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit. Während bei der Generalisierbarkeit der Ergebnisse durchaus Einschränkungen diskutiert werden, sind Vergleichbarkeit und Übertragbarkeit der Ergebnisse vom Sample auf eine große Gruppe gegeben.

Als ein erstes Beispiel für die Methode mit einer politikwissenschaftlichen Fragestellung soll in den folgenden Kapiteln der Prozess der Datenerhebung, -analyse und -auswertung mit der Repertory Grid-Methode demonstriert werden. Es handelt sich bei dem Datensatz um die Vorstudie eines Projektes, bei der es, neben der Erzielung erster Erkenntnisse zur Wahrnehmung der EU-Legitimität, um die Evaluierung der ausgewählten Elemente sowie die Festlegung des Untersuchungsdesigns geht.

4 Empirische Analyse: Die Messung der Wahrnehmung der EU-Legitimität mit Repertory Grid

4.1 Operationalisierung: Elemente, Triaden, vorgegebene Konstrukte

Die Analyse basiert auf einem Datensatz von $N=26$. Es handelt sich bei der Befragung um ein Pilotprojekt, bei dem Studierende interviewt wurden. Befragt wurden Studierende verschiedener Studiengänge[14] und Promovierende[15] im Zeitraum Juni/Juli 2013.[16] Da es sich bei den Daten um eine studentische Population handelt, können die getroffenen Aussagen auch nur für diesen Ausschnitt der Gesellschaft gelten. Nun kann dieser Gruppe möglicherweise eine bestimmte soziopolitische Orientierung unterstellt werden. Gleichzeitig kann dieser Gruppe jedoch auch, auf Grund ihrer Bildung, Interessen, Informiertheit und internationalen Vernetztheit, eine weit ausgeprägtere europäische Identität als dem Rest der Gesellschaft unterstellt werden, so dass für die Gesellschaft insgesamt eine noch viel distanziertere und ablehnendere Haltung gegenüber europäischen Institutionen zu erwarten ist. Diese These mittels Repertory Grid-Interviews auch anderer Gesellschaftsgruppen zu prüfen, könnte Gegenstand weiterer Forschung sein, die im Sinne von *nested-analyses* (Lieberman 2005) Einzelaspekte von Large-N Analysen vertiefen könnten. Für das Interview wurden zehn Elemente aus den Bereichen nationale Institutionen, europäische Ins-

[14] Politikwissenschaft, Wirtschaftspsychologie, Wirtschaftspädagogik, Kulturwissenschaften, Staatswissenschaften, Lehramtsstudierende Sozialpädagogik und Wirtschaftspädagogik, Betriebswirtschaftslehre und Umweltwissenschaften der Leuphana Universität Lüneburg.

[15] Promovierende der Politikwissenschaft und Psychologie der Leuphana Universität Lüneburg.

[16] Die Befragten waren zwischen 20 und 30 Jahren alt, 17 männlich und 9 weiblich. 11 Befragte gaben als Parteipräferenz die Grünen an, 5 die SPD, 2 die CDU, 2 die Linke und 2 machten keine Angaben.

Tab. 1 Elemente der Untersuchung

Nationale Institutionen:	• Bundesregierung (BReg)
	• Bundestag (BT)
	• Bundesrat (BR)
	• Bundesverfassungsgericht (BVerG)
Europäische Institutionen:	• Europäische Kommission (EK)
	• Europäisches Parlament (EP)
	• Europäische Zentralbank (EZB)
	• Europäischer Gerichtshof (EuGH)
Nicht-gewählte politische Akteure:	• Expertengremien (EG)
Idealvorstellung von Legitimität:	• Legitimste Entscheidungsträger (Ideal)

titutionen und dem idealen Leitbild eines legitimen Entscheidungsträgers definiert, um die normativen Standards und deren Übereinstimmung mit der angenommenen Herrschaftsordnung zu analysieren (Tab. 1).

Das Interviewdesign wurde triadisch angelegt, das heißt jeweils drei Elemente wurden zum Vergleich nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden gegenüber gestellt. Folgende Triaden wurden im Vorfeld für die ersten Interviewdurchgänge pro Befragten festgelegt. 1. Legitimste Entscheidungsträger – Bundesregierung – Europäische Kommission, 2. Legitimste Entscheidungsträger – Bundestag – Europäisches Parlament, 3. Bundesregierung – Europäische Kommission – Expertengremien und 4. Bundesverfassungsgericht – Europäischer Gerichtshof – Europäische Zentralbank. Alle nachfolgenden Elemente-Kombinationen im weiteren Verlauf der Interviews waren zufällige Kombinationen. In den Interviews wurden von den Befragten insgesamt 502 Konstrukte entwickelt, das heißt ein Datensatz mit 251 Fällen mit je zwei Polen liegt der Untersuchung zu Grunde. Das Untersuchungsdesign war gemixt angelegt. Nach jeweils 5–7 offenen Interviewdurchgängen, in denen der jeweils Befragte seine eigenen Konstrukte zur Charakterisierung der Elemente entwickelt hat, wurde der Befragte mit standardisierten Konstrukten konfrontiert, in die alle Elemente des Interviews eingeordnet werden sollten: bürokratisch vs. charismatisch, rechtmäßig vs. willkürlich, gewählt vs. ernannt, Vertrauenswürdigkeit vs. Unvorhersagbarkeit, transparent vs. hinter verschlossenen Türen, effizient vs. langsam, Experte vs. Generalist. Die vorgegebenen Konstrukte basieren auf theoretischen Überlegungen zur Legitimität der EU. Ziel dieses Vorgehens war die Evaluierung des methodischen Designs für Studien mit einer größeren Fallzahl, um möglicherweise den Zeitaufwand und die Komplexität der Befragung zu reduzieren.

Das Alleinstellungsmerkmal der Repertory Grid-Methode liegt zum einen in der vollkommenen Offenheit während der Befragung und gleichzeitig in der Möglichkeit, die erhobenen Daten sowohl mit Hilfe qualitativer als auch quantitativer Auswertungsmethoden zu analysieren. Und Repertory Grid ermöglicht eine Bewertung von der Übereinstimmung zwischen dem Ist- und dem Soll-Zustand durch den Befragten selbst. Tabelle 2 macht transparent, welche Methodik zum Test welcher Hypothese angewandt wurde. Neben der qualitativen Inhaltanalyse sind die Hauptkomponentenanalyse und Faktoranalysen, die Berechnung der euklidischen Distanzen, Clusteranalysen und Korrelationsberechnungen die grundlegenden Analyseverfahren.

Tab. 2 Hypothesen, Operationalisierung und Auswertungsmethoden

Hypothesen/Fragestellungen	Operationalisierung	Methodik
H0: Der Legitimitätsbegriff der Befragten ist nicht homogen	Beschreibung des Elements „legitimster Entscheidungsträger“	Qualitativ: Inhaltsanalyse Quantitativ: Deskriptive Statistik
H1: Sowohl die nationalen als auch die europäischen Institutionen entsprechen nicht den idealen Vorstellungen eines legitimen Entscheidungsträgers	a) Gruppenbildung nationale und europäische Institutionen b) Unterschiede zw. nationalen Institutionen und Legitimisten Entscheidungsträger c) Unterschiede zwischen europäischen Institutionen und legitimsten Entscheidungsträger	Quantitativ: Euklidische Distanzen (Hauptkomponenten-analyse) und Faktorenanalyse (Elemente)
H2a: Erwartet werden im Konkreten vor allem Forderungen nach mehr Beteiligung (direkte Partizipation) an den politischen Prozessen H2b: Expertengremien hingegen wird keine Legitimität zugeschrieben H3: Stattdessen wird die Forderung nach mehr Transparenz der Entscheidungen erwartet	d) Beschreibung der Elemente „legitimster Entscheidungsträger“ und „Expertengremien“ e) Abgrenzung zwischen legitimsten Entscheidungsträger und Expertengremien	Quantitativ: Euklidische Distanzen (Hauptkomponen-tenanalyse) und Faktoranalyse (Elemente) Qualitativ: Inhaltsanalyse

4.2 Die Heterogenität des Legitimitätsverständnisses

Im Unterschied zu standardisierten Umfragen ist das individuelle Verständnis der Befragten von den verwendeten Begriffen, erhoben mit Repertory Grid-Interviews, transparent. Damit kann offengelegt werden, wie homogen oder auch heterogen die gleichen Begriffe verstanden und folglich auch zur Beurteilung der Realität verwendet werden. Außerdem kann über die Analyse der erstellten Konstrukte offen gelegt werden, welche Vorstellungen von Legitimität tatsächlich geteilte normative Grundprinzipien sind.

Abbildung 6 verdeutlicht das Antwortverhalten exemplarisch an den beiden Elementen „Legitimster Entscheidungsträger“ und „Expertengremien“. Die Vorstellung der Befragten von Legitimität, dem „Legitimsten Entscheidungsträger“, hat sich als sehr klar und präzise herausgestellt, erkennbar an der starken Polarisierung im Antwortverhalten. Während hingegen andere Elemente, wie zum Beispiel „Expertengremien“ sehr viel diffuser von den Befragten verwendet wurden. Links veranschaulicht die Abbildung die Zuordnung des Elements „Legitimster Entscheidungsträger“ durch alle Befragten für deren individuelle Konstrukte zwischen 0 (das eine) und 100 (das andere). Der U-förmige Verlauf zeigt, dass sich die meisten Befragten in der Zuordnung des „Legitimsten Entscheidungsträger“ eindeutig für das eine oder das andere entscheiden konnten, während die Grafik rechts zur Einordnung der „Expertengremien“ zeigt, dass die Befragten die „Expertengremien“ in der Regel nicht so eindeutig zu dem einen

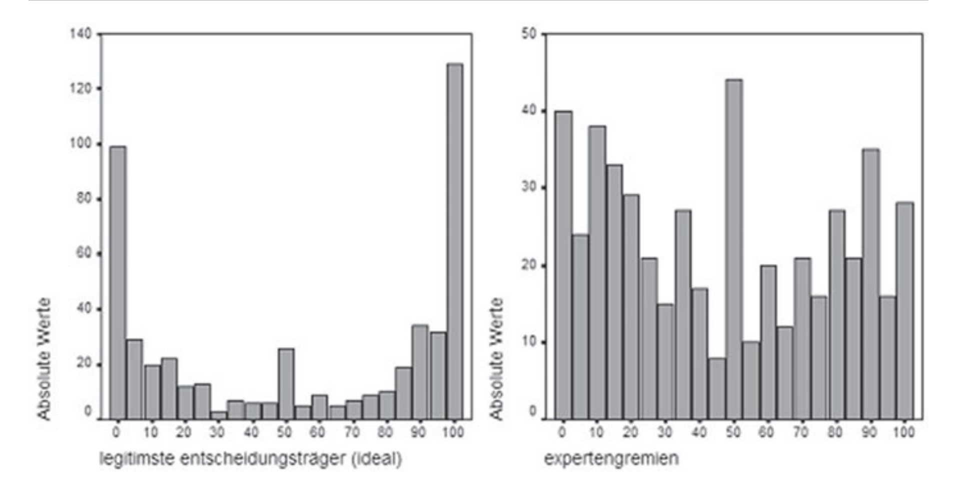


Abb. 6 Antwortverhalten auf das Element „Legitimster Entscheidungsträger" (IDEAL) und auf das Element „Expertengremien" (EG). (Quelle: Eigene Erhebung)

oder anderen Pol ihrer Konstrukte zuordnen konnten, sondern auch von Abstufungen bzw. sowohl als auch Gebrauch gemacht haben. Auffällig hoch ist der mittlere Wert 50 bei der Zuordnung der „Expertengremien" zwischen den beiden Polen.

Auch wenn die Vorstellung des einzelnen, was den „legitimsten Entscheidungsträger" charakterisiert, sehr eindeutig ist, ist wie erwartet (H0) das Verständnis aller Befragten als Gruppe sehr heterogen. Einzig die Eigenschaften „gewählt" und „unabhängig" charakterisieren übereinstimmend für beinahe ein Drittel der Befragten den legitimsten Entscheidungsträger und sind damit ein Hinweis auf kollektiv geteilte normative Grundprinzipien, die hinter dem Legitimitätsbegriff aller Befragten stehen. Wenige andere Konstrukte finden darüber hinaus Übereinstimmung im Verständnis der Befragten, was Legitimität ausmacht.

4.3 Die Wahrnehmung der Legitimität nationaler deutscher und europäischer Institutionen im Vergleich

Die Hypothese, dass (H1) sowohl die nationalen als auch die europäischen Institutionen nicht den idealen Vorstellungen eines legitimen Entscheidungsträgers entsprechen, kann für die Befragtengruppe bestätigt werden. Wobei die nationalen Institutionen den Vorstellungen eines legitimen Entscheidungsträgers minimal näher kommen als die europäischen Institutionen. Ebenso kann mit den Daten gezeigt werden, dass die Befragten Expertengremien nicht als legitim wahrnehmen (H2b).

Die euklidischen Distanzen der Elemente, dargestellt im dreidimensionalen Raum (Abb. 7) auf der Basis der Hauptkomponentenanalyse, veranschaulichen über die Nähe und Entfernung der einzelnen Elemente zueinander deren Wahrnehmung im Verständnis der Befragten. Je näher die Elemente beieinander liegen, also je geringer die euklidischen Distanzen zwischen den Elementen sind, desto größer ist ihre Ähnlichkeit bzw. sind ihre Gemeinsamkeiten in der Wahrnehmung der Befragten. Daraus geht hervor, dass die Vorstellung vom „Legitimsten Entscheidungsträger" mit keinem der anderen Elemente direkte Übereinstimmungen aufweist, also weder

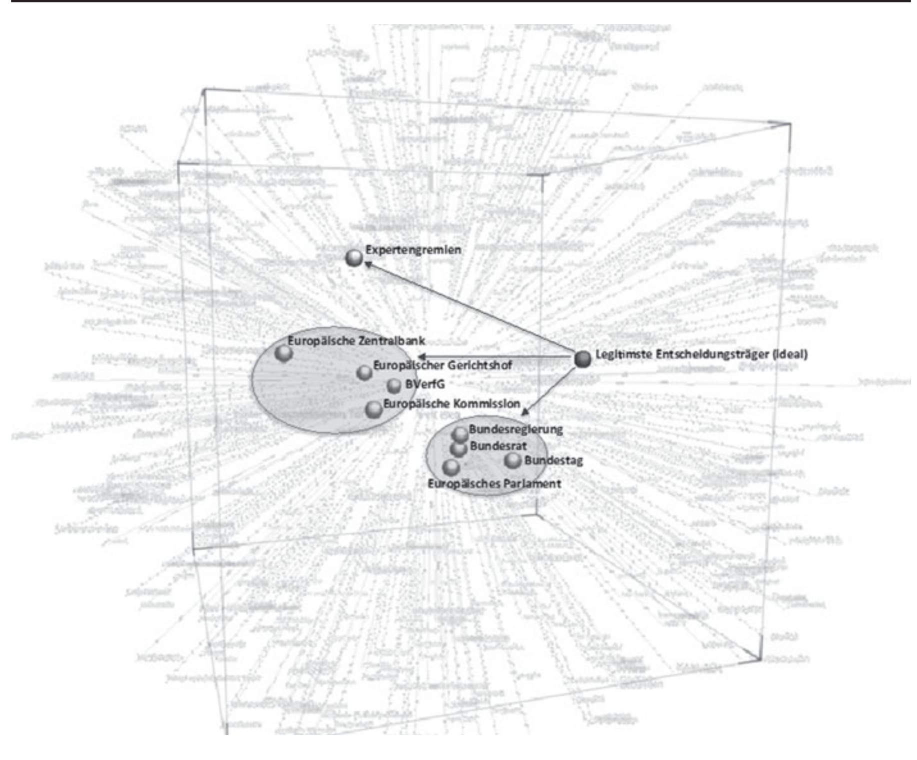


Abb. 7 Grid der Elemente und Konstrukte im dreidimensionalen Raum. Anmerkung: In grau hinterlegt befinden sich die individuellen Konstrukte aller Befragten zur Veranschaulichung. (Quelle: Eigene Erhebung, dargestellt mit sci:vesco)

(H1) die nationalen noch die europäischen Institutionen oder Expertengremien (H2b) den Idealvorstellungen von Legitimität auch nur annäherungsweise entsprechen. Am weitesten entfernt von den Idealvorstellungen eines legitimen Entscheidungsträgers ist die „Europäische Zentralbank", dicht gefolgt von den „Expertengremien" und der „Europäischen Kommission", den Elementen „Europäischer Gerichtshof", „Europäisches Parlament" und „Bundesverfassungsgericht". Mit Ausnahme des Europäischen Parlaments handelt es sich bei diesen Elementen um Stellvertreter des technokratischen Legitimitätsverständnisses. Noch immer weit entfernt, aber von allen Gruppen am nächsten an die Idealvorstellungen von Legitimität reichen die nationalen Institutionen „Bundesregierung", „Bundesrat" und „Bundestag" heran.

Abbildung 7 und Tab. 3 zeigen diese Befunde einmal im dreidimensionalen Raum (Abb. 7) und einmal als Berechnung der euklidischen Distanzen zwischen den Elementen (Tab. 3). In Abb. 7 erkennt man zudem die Gruppierung der Elemente und sie verdeutlicht über die vom „Legitimsten Entscheidungsträger" ausgehenden Pfeile die Distanz zwischen den Idealvorstellungen von Legitimität und den einzelnen Gruppen.

Die euklidischen Distanzen zwischen den Elementen, wie in Abb. 7 optisch dargestellt, sind in Tab. 3 in numerischen Werten abzulesen. Je geringer der numerische Wert zwischen zwei Elementen ist, desto ähnlicher werden sie wahrgenommen, und desto größer er ist, desto unterschiedlicher werden sie wahrgenommen. Die Zeilen

Tab. 3 Euklidische Distanzen der Elemente. (Quelle: Eigene Erhebung)

Elemente	Euklidisches Distanzmaß									
	EG	IDEAL	BReg	BR	BT	EK	EP	EZB	BVERFG	EuGH
EG		1.327,2	1.013,1	988,3	1.121,5	887,8	1.055,9	791,7	987,0	911,2
IDEAL	1.327,2		966,4	961,9	860,6	1.230,5	1036,5	1.416,9	1.008,5	1.112,7
BReg	1.013,1	966,4		547,0	510,9	746,0	678,2	949,9	769,7	827,7
BR	988,3	961,9	547,0		495,2	733,0	632,9	962,1	748,2	792,2
BT	1.121,5	860,6	510,9	495,2		857,3	588,4	1.118,1	855,5	915,8
EK	887,8	1.230,5	746,0	733,0	857,3		652,2	718,4	881,9	727,4
EP	1.055,9	1.036,5	678,2	632,9	588,4	652,2		939,7	887,7	801,0
EZB	791,7	1.416,9	949,9	962,1	1.118,1	718,4	939,7		941,0	807,5
BVERFG	987,0	1.008,5	769,7	748,2	855,5	881,9	887,7	941,0		490,7
EuGH	911,2	1.112,7	827,7	792,2	915,8	727,4	801,1	807,5	490,7	

Unähnlichkeitsmatrix

Tab. 4 Faktorenanalyse zur Gruppenbildung der Elemente. (Quelle: Eigene Erhebung)

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse 3 Komponenten extrahiert	Komponente		
	Demokratische Legitimität	Technokratische Legitimität	Legitimität der Reflexivität
Bundestag	0,866		
Europäische Zentralbank		0,787	
Europäische Gerichtshof		0,772	
Bundesrat	0,764		
Bundesregierung	0,717		
Europäische Kommission		0,666	
BVERFG		0,568	0,599
Europäische Parlament	0,590		
Legitimste Entscheidungsträger (ideal)	0,536		0,518
Expertengremien			

Ladungen kleiner 0,5 werden nicht dargestellt

eins und zwei zeigen beispielsweise die Unähnlichkeit der Elemente „Expertengremien" und „Legitimster Entscheidungsträger" mit jeweils allen anderen Elementen des Interviews. Aus Zeile drei kann die relative Ähnlichkeit der Elemente „Bundesregierung", „Bundesrat", „Bundestag" und „Europäisches Parlament" abgelesen werden.

Mittels einer Faktorenanalyse kann die im dreidimensionalen Raum sichtbare Gruppenbildung der Elemente deutlich gemacht werden. Die Elemente lassen sich in drei Gruppen gliedern (Tab. 4). Diese Gruppen spiegeln auch die theoretische Debatte um die Legitimitätswahrnehmung der EU wider. Die erste Komponente bildet das Modell der demokratischen Legitimität ab. Diese Form der Legitimität basiert auf den liberal-demokratischen Kriterien, der demokratischen Autorisierung, Verantwortlichkeit und Repräsentativität (Beetham und Lord 1999, S. 22). Unter den europäischen Institutionen entspricht einzig das Europäische Parlament diesen Kriterien der direkten Legitimation (Beetham und Lord 1999, S. 26–27), während alle gewählten nationalen Institutionen (Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag) hier laden. Die demokratische Legitimität wird auch von den Befragten als legitim wahrgenommen, da „der legitimste Entscheidungsträger" selbst auch Teil dieser Gruppe ist.

Die zweite Gruppe repräsentiert das Modell der technokratischen Legitimität, die in der Literatur (Beetham und Lord 1999, S. 16) dadurch charakterisiert wird, dass der Fokus auf der Regierungsperformanz liegt. Das Gemeinwohl wird, dieser Konzeption von Legitimität folgend, besser in professioneller Hand umgesetzt, die weder subjektiv noch (demokratisch) verzerrt ist. Letzteres zielt v. a. auf den möglichen Einfluss des Wettbewerbs um Wählerstimmen ab. Institutionalisiert ist dieser Typus in unabhängigen, von der Exekutive oder der Legislative eingesetzten Aufsichts- und Regulierungsbehörden, beispielsweise in Form von Expertengremien, Zentralbanken oder Gerichtshöfen (Majone 1996). Auf den Typen der technokratischen Legitimität laden in der vorliegenden Analyse entsprechend der theoretischen Annahmen auch der „Europäische Gerichtshof", die „Europäische Zentralbank", die „Europäische Kommission" und das „Bundesverfassungsgericht". Die Elemente „Expertengremien" und „Legitimster Entscheidungsträger" gehören jedoch der Wahrnehmung der Befragten folgend nicht zu dieser Gruppe. Die Delegation von Regierungsaufgaben an Experten wird nicht als legitimitätsstiftend wahrgenommen.

Der dritte Typ zeigt die Sonderrolle, die auch in den Einstellungen von Bürgern zu Gerichten beobachtet werden konnte. Zürn (2011a, S. 65) verweist darauf, dass in allen Ländern, die durch die European Social Survey 2008 erfasst worden sind, das Vertrauen ins Rechtssystem höher als in die übrigen Institutionen war. Legitimität der Reflexivität, wie dieser Typ in Anlehnung an Rosanvallon (2010) genannt werden soll, wird auch von den Befragten als legitim wahrgenommen. Legitimität entsteht hier möglicherweise aus dem Schutz der Individualrechte durch diese Institutionen (Zürn 2011a) oder weil die Gerichte möglicherweise auch als Korrektiv der Politik wahrgenommen werden. Institutionalisiert ist dieser Typus im Verfassungsgericht, wie sich auch in der Faktorladungen des BVerfG widerspiegelt. Auf die von Zürn (2011a) betonte Sonderrolle der Verfassungsgerichte verweisen auch die Querladungen[17] des BVerfG und des legitimsten Entscheidungsträgers. Das BVerfG kommt dem Ideal von Legitimität nahe, obwohl es zur nicht als legitim wahrgenommenen Gruppe des technokratischen Legitimitätsmodells zu zählen ist.

4.4 Die Wahrnehmung der EU-Legitimitätsproblematik der Befragten und der politischen Eliten

Das Modell der demokratischen Legitimität entspricht, wie die Daten gezeigt haben, am stärksten den Idealvorstellungen der Befragten von Legitimität und stellt damit den normativen Standard dar. Die folgenden Konstrukte beschreiben mit hunderprozentiger Übereinstimmung alle Elemente, die auf das Modell der demokratischen Legitimität laden: wählbar, gewählt, nachvollziehbar, rechtmäßig, vertrauenswürdig und bürokratisch (Tab. 5).

Hier deutet sich das Spannungsverhältnis zwischen der Befragtenposition und der Elitenposition (Barnickel et al. 2012) zur EU-Legitimationsproblematik bereits an. Verstärkt wird dieses Bild bei der genaueren Analyse der Beschreibung von Legitimität in der Idealvorstellung der befragten Studierenden. Um herauszufinden, wie die

[17] Da das Ziel der Faktorenanalyse nicht eine neue Typenbildung war, sondern lediglich die Wahrnehmung unterschiedlicher Legitimitätsmodelle durch die Befragten verdeutlicht werden sollte, verbleiben alle Elemente in der Übersicht.

Tab. 5 Beschreibung der Elemente: Legitimität der Nähe in hundertprozentiger Übereinstimmung mit den Charakteristika des legitimsten Entscheidungsträgers. (Quelle: Eigene Erhebung)

Legitimste Entscheidungsträger	Bundesregierung	Bundestag	Bundesrat	Europäisches Parlament
Wählbar	Wählbar	Wählbar	Wählbar	
Gewählt		Gewählt	Gewählt	Gewählt
Nachvollziehbar	Nachvollziehbar		Nachvollziehbar	
Rechtmäßig		Rechtmäßig	Rechtmäßig	
Vertrauenswürdig		Vertrauens-würdig		
Bürokratisch				Bürokratisch

Befragten ein bestimmtes Element des Interviews, wie den „Legitimsten Entscheidungsträger“, beschreiben, verdeutlicht das Analysetool „Semantischer Korridor“ diejenigen Konstrukte, die den stärksten Einfluss auf die Position des Elements im dreidimensionalen Raum haben, also in der Zuordnung für die Befragten am ausschlaggebendsten sind. Je besser unterschiedliche Konstrukte ein Element beschreiben, desto enger ist der Winkel zwischen dem Konstrukt und dem dazu in Beziehung stehenden Element. Diesen Zusammenhang macht der semantische Korridor sichtbar. Konstrukte in einem Korridor, der enger als 45 Grad ist, stellen ein kollektives semantisches Cluster dar, um die semantische Achse im Raum zu beschreiben (Elements and Constructs 2013). Nachfolgend wurde der semantische Korridor, wie in Abb. 8 und 9 visualisiert, auf 25 Grad reduziert. Am ausschlaggebendsten für die Idealvorstellung von Legitimität erwiesen sich die Konstrukte partizipativ, glaubwürdig, charismatisch, greifbar, nachvollziehbar, dienstleistungsorientiert, genau, volksnah, gefestigt, vertrauensvoll, direkt, transparent, allumfassend, prüfbar, umsichtig und repräsentativ.

Während die politischen Eliten davon ausgehen, der von ihnen wahrgenommenen Legitimationsproblematik der EU durch die Abkehr von gewählten Entscheidungsträgern, in der Logik technokratischer Legitimation, begegnen zu können (Barnickel

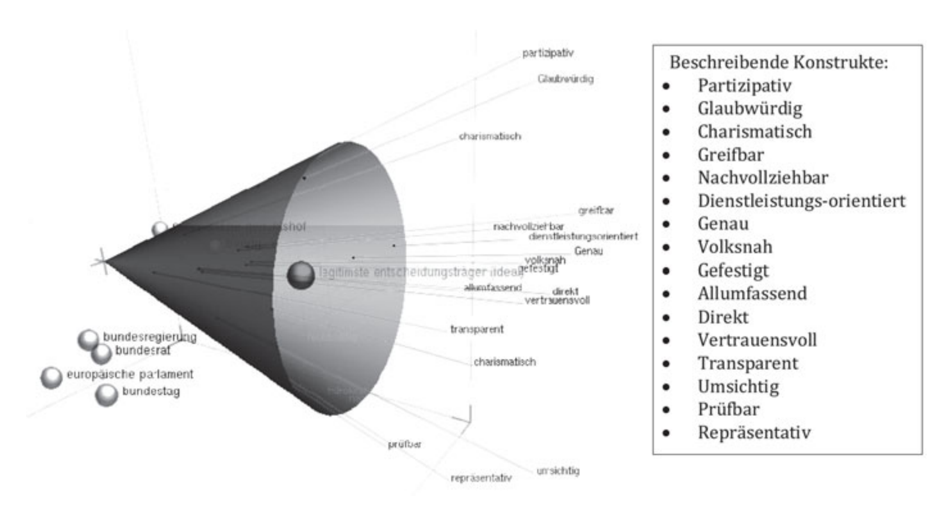


Abb. 8 Semantischer Korridor 25° „Legitimster Entscheidungsträger“. (Quelle: Eigene Erhebung, dargestellt mit sci:vesco)



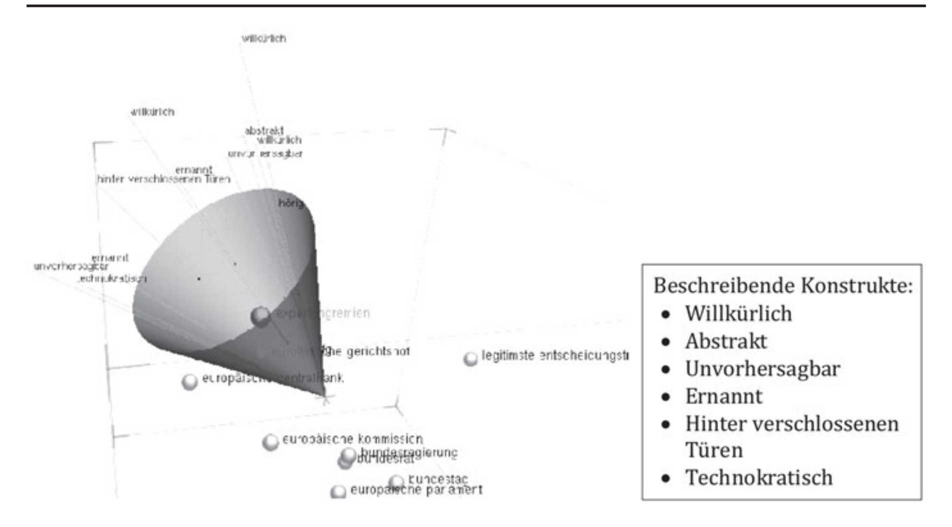


Abb. 9 Semantischer Korridor 25° „Expertengremien". (Quelle: Eigene Erhebung, dargestellt mit sci:vesco)

et al. 2012), besteht das Legitimationsdefizit der EU in den Augen der befragten Studierenden in der Notwendigkeit eines Mehr an Partizipation, die direkt ist und repräsentative Entscheidungsträger hervorbringt, welche greifbare, nachvollziehbare und transparente Entscheidungen treffen und allesamt liberal-demokratische Kriterien erfüllen. Nur dadurch entstehen in den Augen der Befragten Glaubwürdigkeit und Vertrauen, als Charakteristika des legitimsten Entscheidungsträgers.

Zwar werden Expertengremien, als Stellvertreter für die Abkehr von gewählten Akteuren, als entscheidungskompetent wahrgenommen. Jedoch ist es ein Irrglaube der politischen Eliten anzunehmen, die Verlagerung auf nicht gewählte Akteure führe gleichzeitig zu einer größeren Anerkennung der so getroffenen Entscheidungen. In deutlichem Gegensatz zu den idealen Vorstellungen von Legitimität sind für die Einordnung der Expertengremien die Konstrukte willkürlich, ernannt, unvorhersagbar, hörig, technokratisch, abstrakt und etwas das hinter verschlossenen Türen stattfindet relevant, wie die Analyse des semantischen Korridors zeigt.

Damit kann aus den Daten, ergänzend zu den eingangs formulierten Hypothesen, zusätzlich die These generiert werden, dass entgegen der Annahme der politischen Eliten anerkennenswerte Entscheidungen nicht durch die Abkehr von gewählten Akteuren entstehen, sondern die Wahl in den Augen der Befragten weiterhin eines der entscheidendsten Kriterien bei der Frage nach Legitimität bleibt.

5 Fazit

Ziel des Artikels ist es, die theoretisch fundierte Erwartung eines Legitimitätsdefizits und Demokratiedefizits der EU in der Wahrnehmung der befragten Studierenden empirisch nachzuweisen und mit der Wahrnehmung der Legitimitätsproblematik der EU der politischen Eliten zu vergleichen. Gleichzeitig hatte der Artikel das Ziel, die Repertory Grid-Methode als Schnittstelle zwischen qualitativer und quantitativer

Forschung sowie als Schnittstelle zwischen empirischer Legitimationsforschung als „Messen" und als „Beurteilen" zu präsentieren.

Repertory Grid, als Mixed model-Design, greift auf die Vorteile sowohl qualitativer als auch quantitativer Methoden zurück und vermindert in der Kombination beider Ansätze deren jeweiligen Nachteile. Erstens schwächt Repertory Grid die Phänomene der sozialen Erwünschtheit und des Lippenbekenntnisses ab, indem das Interview selbst unmittelbar in den individuellen Wertekontext des Befragten eingebettet ist. Damit werden Einsichten in die Komplexität der individuellen Bewertungssysteme der Befragten möglich. Zweitens wird der Effekt der sprachlichen und kulturellen Äquivalenz gemindert, indem die subjektiven Bewertungen der Befragten auf ihren jeweils eigenen Evaluations- bzw. Ranking-Konstrukten basieren. Dadurch wird es möglich, das unterschiedliche Verständnis der Worte und Begriffe[18], die während des Interviews verwendet werden, zu verstehen. Drittens können die qualitativen Daten des Repertory Grid-Interviews standardisiert werden, so dass die individuellen Daten aggregiert werden können und damit, bei entsprechend repräsentativer Auswahl, ein Vergleich, zum Beispiel auf Länderebene, möglich wird, ebenso wie eine Übertragbarkeit von der Stichprobe auf eine größere Gruppe. Der hohe Zeit- und Kostenaufwand, verglichen mit standardisierten Umfragen, schränkt jedoch die Umsetzungsmöglichkeiten ein. Denkbar wäre jedoch die Analyse von wenigen besonderen Fällen, z. B. ein Vergleich von typischen Fällen einer Large-N-Analyse und Ausreißern oder einzelnen Befragtengruppen aus einer Large-N-Analyse von besonderer Relevanz in Bezug auf die jeweilige Forschungsfrage, z. B. die politischen Eliten eines oder mehrerer Länder in der Logik eines Nested analysis-Ansatzes (Lieberman 2005). Repertory Grid eröffnet viertens Einsichten in die Bedeutung abstrakter Konzepte, Normen und Werte von Menschen. Wenn wir verstehen, was sich hinter dem Begriff Legitimität verbirgt, können wir nicht nur vielschichtigere Ergebnisse auf die Frage nach der Legitimität der EU erzielen, sondern auch besser zwischen ganz unterschiedlichen Gruppen vergleichen. Und schließlich kann Repertory Grid fünftens zwischen den Analysemodellen der empirischen Legitimitätsforschung als „Messen" oder als „Beurteilen" vermitteln. Wenn es bei der empirischen Legitimitätsforschung darum geht, nicht nur die Akzeptanz der politischen Ordnung zu messen, sondern auch darum, inwieweit die Herrschaftspraktiken mit den normativen Grundprinzipien einer Gesellschaft übereinstimmen, und diese Übereinstimmung nicht extern vom Forscher beurteilt wird, sondern vom Befragten selbst, müssen beide Analyseschritte in der Erhebungsmethode miteinander verwoben sein. Repertory Grid misst einerseits die normativen Grundprinzipien der Befragten über die Charakterisierung (Konstrukte), die der Idealvorstellung eines legitimen Entscheidungsträgers zugeschrieben werden. Die Konstrukte sind Ausdruck der normativen Grundprinzipien. Auf der Basis dieser Grundprinzipien drücken die Befragten durch die Anordnung der Institutionen (Elemente) andererseits ihre Zustimmung oder Ablehnung zur Herrschaftspraxis aus (Zuordnung des Elements „Legitimster Entscheidungsträger") und drücken ebenfalls aus, inwieweit die Herrschaftsordnung/-praxis, verkörpert durch

[18] Noch relevanter kommt dieser Aspekt im cross-country und cross-culture Vergleich zum Tragen, da das Verständnis der verwendeten Worte und Begriffe in verschiedenen kulturellen Kontexten noch wesentlich stärker ausgeprägt ist als zwischen Befragten aus einem gemeinsamen Kulturkreis.

die Institutionen (Elemente), mit ihren normativen Grundprinzipien („Legitimster Entscheidungsträger“) übereinstimmt.

Entgegen der Praxis standardisierter Umfrageforschung von einem homogenen Verständnis des Legitimitätsbegriffs auszugehen, hat sich mittels Repertory Grid-Interviews bereits in einem sehr kleinen und in sich homogenen Sample nachweisen lassen, dass der Legitimitätsbegriff sehr heterogen ist. Die geäußerte Vermutung, in der normativen Ausrichtung und homogenen Verwendung von Begriffen in standardisierten Umfragen könnte die Ursache zu den dargestellten Widersprüchen zwischen empirischen Ergebnissen und theoretischer Forschung zur EU-Legitimität liegen, hat sich verstärkt. Die einzigen kollektiv geteilten normativen Grundprinzipien, die für zumindest 1/3 der Befragten hinter dem Legitimitätsbegriff stehen, sind die Kriterien „gewählt“ und „unabhängig“.

So hat sich mit den gewonnenen Daten, auch im Gegensatz zu den bereits existierenden Umfragedaten, nachweisen lassen, dass zumindest aus der Perspektive der hier Befragten ein Legitimitätsproblem der EU wahrgenommen wird. Sowohl die nationalen Institutionen als auch die europäischen Institutionen entsprechen nicht den Idealvorstellungen der Befragten von einem legitimen Entscheidungsträger. Die wahrgenommene Herrschaftsordnung der nationalen und europäischen Institutionen und die normativen Grundprinzipien der Befragten stimmen also nicht überein. Diese fehlende Übereinstimmung kann als ablehnende Haltung der Befragten gegenüber einer Politik des Delegierens interpretiert werden. Gleichzeit kommen die nationalen Institutionen den Vorstellungen von Legitimität näher als die europäischen Institutionen, so dass von einer spezifischen Delegitimationsproblematik der EU ausgegangen werden kann. Am weitesten entfernt von den Legitimitätsvorstellungen der Befragten sind die Expertengremien als ernannte, nicht gewählte Akteure.[19] Die Abkehr von gewählten Akteuren steht im Gegensatz dazu in der Referenzstudie (Barnickel et al. 2012) als ideale Strategie der politischen Eliten zur Herstellung anerkennenswürdiger Entscheidungen. Ebenso weit von den Legitimitätsvorstellungen der Befragten entfernt ist die Europäische Zentralbank, die von den politischen Eliten, im Gegensatz zu den Befragten, wegen ihrer Unabhängigkeit von der Politik geschätzt wird (Barnickel et al. 2012, S. 214). Damit ergibt sich ein Spannungsverhältnis in der Wahrnehmung der Legitimitätsproblematik zwischen politischen Akteuren und der Befragtenperspektive. Im Gegensatz zur Annahme der politischen Eliten haben die analysierten Daten gezeigt, dass aus der Befragtenperspektive die Wahl weiterhin ein entscheidendes Kriterium bei der Frage nach Legitimität bleibt. Kurzum gibt es im Vergleich der beiden Positionen Hinweise auf einen Gap zwischen einem eher technokratischen Legitimitätsmodell auf Seiten der politischen Eliten und einem demokratischen Legitimationsmodell auf Seiten der befragten Studierenden.

Wenn theoretisch davon ausgegangen wird, die Ergebnisse wären in ihrer Tendenz auf ein repräsentatives Sample übertragbar, welche Konsequenzen hätte dieser Gap im Legitimitätsverständnis von Eliten und Befragten vor dem Hintergrund der

[19] Auf Grund des kleinen Samples zwar nicht repräsentativ, ist es dennoch eine höchst spannende Randbemerkung wert, dass einzig bei den Befragten mit der Parteipräferenz CDU sich diese Bewertung genau umgekehrt verhält. Die CDU-nahen Befragten bewerten „Expertengremien“ und den „legitimsten Entscheidungsträger“ als sehr ähnlich. Möglicherweise stimmen Bürger mit der Parteipräferenz CDU und die politischen Eliten in ihrem technokratischen Legitimitätsverständnis überein.

Bedeutung der Kongruenz der politischen Kultur der Bürger und der Eliten für die Systemstabilität? Nach Easton (1965) kann Systemstabilität erzeugt werden, indem die diffuse Unterstützung für die politische Gemeinschaft oder Regime erzeugt wird, insbesondere durch die Herstellung von Identifikation der Bürger mit der politischen Gemeinschaft bzw. dem Regime.

Kann es eine Identifikation mit der politischen Gemeinschaft oder dem Regime geben, wenn die Einstellung und Wahrnehmung zur Herstellung von Legitimität zwischen Bürgern (Wählern) und politischer Elite (Politiker) so differiert, wenn die einen ihre Entscheidungen mehr und mehr in die Hände von Expertengremien und anderen nicht gewählten Institutionen geben, während die anderen sich transparente Entscheidungen von gewählten und unabhängigen Akteuren wünschen?

Eine positive Responsivitätswahrnehmung, wie Geißel (2004, S. 1240) sie in Anlehnung an Easton (1965) formuliert, ist bei der gezeigten Inkongruenz der politischen Kultur der Befragten und Eliten jedenfalls fraglich und die politische Unterstützung und vielleicht die Stabilität in Gefahr. Möglicherweise verstärkt dieser Mechanismus auch das Demokratiedefizit der EU. Die politischen Akteure sehen angesichts der Komplexität der Entscheidungen und der mangelhaften Institutionalisierung der EU scheinbar keinen anderen Weg als die Abkehr von (langsamen) demokratischen Institutionen, während die Befragten Legitimität nur durch Transparenz und direkte Partizipation gewährleistet sehen.

Die These vom Zusammenhang von Demokratiedefizit und Legitimationsproblematik der EU (Blondel et al. 1998; Katz und Weßels 1999; Kielmannsegg 1996; Scharpf 1999; Thomassen und Schmidt 1999), die Fuchs (2003) nicht hat empirisch nachweisen können, sollte auf Grund der Erkenntnisse der erhobenen Repertory Grid-Daten empirisch weiter verfolgt werden, da bereits in diesem kleinen Sample Hinweise auf einen solchen Zusammenhang deutlich geworden sind. Die Bedeutung von systemischer Performanz für die Legitimität der EU, im Sinne der Verwirklichung ökonomischer Interessen und der Leistungsfähigkeit der EU, wie Fuchs (2003) sie gefunden hat, spiegelt die vorliegenden Erhebung nicht wider. Auch dieser Punkt sollte mit einem größeren Sample geprüft werden.

Die Ergebnisse sind für die vorgestellte Fallstudie eindeutig, auf Grund der geringen Fallzahl sind sie jedoch nicht verallgemeinerbar. Die These einer noch viel distanzierteren und ablehnenderen Haltung gegenüber europäischen Institutionen der Gesamtgesellschaft, als für die gebildete, politisch interessierte und informierte, international vernetzte Gruppe der Studierenden gezeigt werden konnte, mittels Repertory Grid-Interviews auch anderer Gesellschaftsgruppen in einem repräsentativen Sample zu prüfen, könnte Gegenstand weiterer Forschung sein, die im Sinne des Nested analyses-Ansatzes (Lieberman 2005) Einzelaspekte von Large-N-Analysen vertiefen könnte. Die Thesen, die auf der Basis der vorliegenden Daten entwickelt wurden bzw. auf die es erste Hinweise gibt, weisen insgesamt jedoch zukünftiger Forschungsarbeit die Richtung.

Die anhaltende Bedeutung von Wahlen für die Herstellung von Legitimität, auf die es in diesem Beitrag Hinweise gibt, dürfte für die Wahlen zum Europaparlament eine gute Nachricht sein, ebenso, dass das Europäische Parlament unter den europäischen Institutionen den Idealvorstellungen von Legitimität am nächsten kommt. Dennoch ist die Wahlbeteiligung an Europawahlen kontinuierlich rückläufig. Sie lag

bei den letzten Wahlen im Jahr 2009 nur noch bei 43 % (Europäisches Parlament o.J.). Das Desinteresse an den Europawahlen ist m. E. jedoch nicht ein Zeichen für die Ablehnung europäischer Institutionen, sondern einer Politikverdrossenheit, die auf dem Demokratiedefizit der EU gründet. Schmitt und van der Eijk (2003) führen die sinkende Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament darauf zurück, dass selbst diejenigen, die sich in der Vergangenheit regelmäßig an Wahlen zum Europäischen Parlament beteiligt haben, den Wahlen fern bleiben, da sie diese als politisch „folgenlos" einstufen (Schmitt und van der Eijk 2003). Denn auch wenn, wie in Europa im Jahr 2014 Wahlen abgehalten werden, scheint es, wie Crouch (2008) pessimistisch urteilt, dass die reale Politik im Schatten dieser Inszenierung „hinter verschlossenen Türen gemacht" wird (Crouch 2008, S. 10).

Literatur

Bannister, Fay, und Donald Fransella. 1971. *Inquiring man: The theory of personal constructs*. New York: Penguin.

Barnickel, Christiane, Timm Beichelt, und Fabian Wiencke. 2012. Legitimitätspolitik im Kontext von Europäisierung: Theoretische Kritik und politische Rhetorik. *Leviathan* 40 (Sonderband 27): 208–224.

Bavelas, Janet B., Adrienne S. Chan, und Janice A. Guthrie. 1976. Reliability and validity of traits measured by Kelly's Repertory grid. *Canadian Journal of Behavioral Science* 8 (1): 23–38.

Beetham, David. 1991. *The legitimation of power*. Basingstoke: Macmillan.

Beetham, David, und Christopher Lord. 1998. *Legitimacy and the EU*. London: Longman.

Beetham, David, und Christopher Lord. 1999. Legitimacy and the European Union. In *Political theory and the European Union: Legitimacy, constitutional choice and Citizenship*, Hrsg. Michael Nentwich und Albert Weale, 15–33. London: Routledge.

Beichelt, Timm. 2010. EU-Skepsis als Aneignung europäischer Politik. *Berliner Debatte Initial* 21 (2): 3–16.

Beichelt, Timm. 2012. *Deutschland und Europa. Die Europäisierung des politischen Systems*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Blondel, Jean, Richard Sinnot, und Palle Svensson. 1998. *People and parliament in the European Union: Participation, democracy, and legitimacy*. New York: Oxford University Press.

Coppedge, Michael. 1999: Thickening thin concepts and theories: Combining large N and small in comparative politics. *Comparative Politics* 31 (4): 465–476.

Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Dalton, Russell J., Douh C. Shin, und Willy Jou. 2008. How people understand democracy. In *How people view democracy*, Hrsg. Larry Diamond und Marc F. Plattner, 1–15. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.

Europäisches Parlament. (o. J.) http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/000cdcd9d4/Wahlbeteiligung-(1979-bis-2009).html. Zugegriffen: 24. Sept. 2013.

Easton, David. 1965. *A systems analysis of political life*. New York: Wiley.

Easton, David. 1975. A Re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science* 5:435–457.

Elements and Constructs. 2013. *sci:vesco. Handbuch zur Version 3.0*. http://www.permitto.ch/144.html. Zugegriffen: 25. Sept. 2013.

Fransella, Fay, und Donald Bannister. 1967. A validation of repertory grid technique as a measure of political constructing. *Acta Psychologica* 26:97–106.

Fuchs, Dieter. 2003. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die politische Integration Europas: Eine Analyse der Einstellungen der Bürger in Westeuropa. In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, Jan van Deth und Edeltraud Roller, 29–56. Opladen: Leske + Budrich.

Fuchs, Dieter. 2011. Cultural diversity, European identity and legitimacy of the EU: A theoretical framework. In *Cultural diversity, European identity and the legitimacy of the EU*, Hrsg. Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann, 27–57. Cheltenham und Northampton: Edward Elgar.
Gathercole, C., E. Bumble, und J. Ashcroft. 1970. The reliability of repertory grids. *Journal of Clinical Psychology* 26 (4): 513–516.
Geißel, Brigitte. 2004. Responsivität und Responsivitätswahrnehmung – Thesen zu einem undurchsichtigen Verhältnis. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 14 (4): 1239–1259.
Glaser, Karin. 2013. *Über legitime Herrschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Hill, Austin Breadford. 1976. Validity and clinical utility of grid test of thought disorder. *British Journal of Psychiatry* 128:251–254.
Hix, Simon. 2008. *What's wrong with the European Union and how to fix it*. Cambridge: Polity Press.
Höreth, Marcus. 1999. *Die Europäische Union im Legitimationstrilemma. Zur Rechtfertigung des Regierens jenseits der Staatlichkeit*. Baden-Baden: Nomos.
Hooghe, Lisbet. 2003. „Europe Divided?" Elites vs. Public Opinion on European Integration. *European Union Politics* 4 (3): 281–304.
Ipsen, Hans P. 1972. *Europäisches Gemeinschaftsrecht*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
Jahn, Detlef. 2009. Die Aggregatdatenanalyse in der vergleichenden Politikwissenschaft. In *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, und Detlef Jahn, 173–196. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Jankowicz, Devi. 2004. *The easy guide to repertory grids*. Chichester: Wiley.
Katz, Richard, und Bernhard Weßels, Hrsg. 1999. *The European parliament, the National parliaments, and European integration*. Oxford: Oxford University Press.
Kelly Georg A. 1955. *The psychology of personal constructs*. London: Routledge.
Kielmannsegg, Peter Graf von. 1996. Integration und Demokratie. In *Europäische Integration*, Hrsg. Markus Jachtenfuchs und Beate Koch-Kohler, 47–71. Opladen: Leske + Budrich.
King, Gary, und Jonathan Wand. 2007. Comparing incomparable survey responses: Evaluating and selecting anchoring vignettes. *Political Analysis* 15:46–66.
King, Gary, Christopher. J. L. Murray, Joshua A. Salomon, und Ajay Tandon. 2004. Enhancing the validity and cross-cultural comparability of measurement in survey research. *American Political Science Review* 98 (1): 191–207.
Kohler-Koch, Beate, Thomas Conzelmann, und Michèle Knodt. 2004. *Europäische Integration – Europäisches Regieren*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Lauth, Hans-Joachim, Gert Pickel, und Susanne Pickel. 2009. *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
LeCompte, Margaret D., und J. P. Goetz. 1982. Ethnographic data collection and analysis in evaluation research. *Educational Evaluation and Policy Analysis* Fall: 387–400.
Leitner, L. 1981. Construct validity of a repertory grid measure of personality styles. *Journal of Personality Assessment* 45 (5): 539–544.
Lieberman, Evan S. 2005. Nested analysis as a mixed-methods strategy for comparative research. *American Political Science Review* 99 (3): 435–452.
Lindberg, Leon, und Stuart A. Scheingold. 1970. *Europe's would be polity*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2010. Divergent trends of Euroscepticism in countries and regions of the European union. *European Journal of Political Research* 49 (6): 787–817.
Majone, Giandomenico. 1996. Redistributive und sozialregulative Politik. In *Europäische Integration*, Hrsg. Markus Jachtenfuchs und Beate Koch-Kohler, 225–247. Opladen: Leske + Budrich.
Moravcsik, Andrew. 2000. Untitled. *Democracy and constitutionalism in the European Union, ECSA review* 13 (2): 2–7.
Moravcsik, Andrew. 2002. In defense of the „Democratic Deficit": Reassessing legitimacy in the European Union. *Journal of Common Market Studies* 40 (4): 603–624.
Munby, H. 1982. The place of teachers beliefs in research on teacher thinking and decision making, and an alternative methodology. *Instructional Science* 11:201–225.
Patberg, Markus. 2013. Zwei Modelle empirischer Legitimitätsforschung: Eine Replik auf Michael Zürns Gastbeitrag in der PVS 4/2011. *Politische Vierteljahresschrift* 54:155–172.
Pickel, Gert. 2006. Die Einschätzung der Demokratie im internationalen Vergleich. In *Demokratisierung im internationalen Vergleich. Neue Erkenntnisse und Perspektiven*, Hrsg. Gert Pickel und Susanne Pickel, 267–300. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Pickel, Gert. 2009. Der Einbezug des Individuums in die Länderanalyse - Umfrageforschung und vergleichende Politikwissenschaft. In *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, und Detlef Jahn, 297–315. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Pickel, Gert, und Susanne Pickel. 2009. Qualitative Interviews als Verfahren des Ländervergleichs. In *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, und Detlef Jahn, 441–464. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Pickel, Susanne, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, und Detlef Jahn. 2009. Differenzierung und Vielfalt der vergleichenden Methode in den Sozialwissenschaften. In *Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen*, Hrsg. Susanne Pickel, Gert Pickel, Hans-Joachim Lauth, und Detlef Jahn, 9–26. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Rosanvallon, Pierre. 2010. *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit, Reflexivität, Nähe*. Hamburg: Hamburger Edition.

Rosenberger, Matthias, und Matthias Freitag. 2009. Repertory Grid. In *Handbuch Methoden der Organisationsforschung*, Hrsg. Stefan Kühl, Petra Strodtholz, und Andreas Taffertshofer, 477–496. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ruchet, Olivier. 2011. Cultural diversity, European identity and legitimacy of the EU: A review of the debate. In *Cultural diversity, European identity and the legitimacy of the EU*, Hrsg. Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann, 3–26. Cheltenham und Northampton: Edward Elgar.

Scharpf, Fritz W. 1999. *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch*? Frankfurt: Campus.

Scheer, Jörn W. 2008. Constructing in the political realm – reflections on the power of a theory. *Personal Construct Theory & Practice* 5:76–85.

Schmidtke, Henning, und Lars Schneider. 2012. Methoden der empirischen Legitimationsforschung: Legitimität als mehrdimensionales Konzept. *Leviathan* 40 (Sonderband 27): 225–242.

Schmitt, Hermann, und Cees van der Eijk. 2003: Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, 279–302, Opladen: Leske + Budrich.

Schrag Sternberg, Claudia. 2013. *The Struggle for EU Legitimacy. Public Contestation, 1950-2005.* Houndsmill: Palgrave Macmillan.

Stegmüller, Daniel. 2011. Apples and oranges? The problem of equivalence in comparative research. *Political Analysis* 19:471–487.

Thomassen, Jacque, und Hermann Schmitt. 1999. *Political representation and legitimacy in the European Union*. Oxford: Oxford University Press.

Wand, Jonathan. 2012 Credible comparisons using interpersonally incomparable data: Non-parametric scales with anchoring vignettes. *American Journal of Politics*, Early View (Online Version of Record published before inclusion in an issue) 25 Jun 2012.

Weber, Max. 1992. *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik.* 6. Aufl. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.

Weßels, Bernhard. 2007. Discontent and European identity: Three types of Euroscepticism. *Acta Politica* 42 (2–3): 287–306.

Zürn, Michael. 2011a. Die Rückkehr der Demokratiefrage. Perspektiven demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6:63–74.

Zürn, Michael. 2011b. Perspektiven des demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft im 21. Jahrhundert. *Politische Vierteljahresschrift* 52:603–635.

Zürn, Michael. 2013. „Critical Citizens“ oder „Critical Decisions“ - Eine Erwiderung. *Politische Vierteljahresschrift* 54 (1): 173–185.

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:177–196
DOI 10.1007/s12286-014-0204-y

AUFSÄTZE



Wenn Europa zum Problem wird – die Effekte der Finanzkrise auf Euroskeptizismus und nationales Wahlverhalten in Mittel- und Osteuropa

Reinhard Heinisch · Bernd Schlipphak

Online publiziert: 1. Oktober 2014

Zusammenfassung Entgegen weitverbreiteter bisheriger Annahmen über die Kausalrichtung zwischen nationaler und europäischer Ebene wird in diesem Beitrag argumentiert, dass die Finanzkrise in Verbindung mit der Rolle europäischer Akteure einen Einfluss auf den individuellen Euroskeptizismus von Befragten und damit indirekt auf das Wahlverhalten zugunsten euroskeptischer und/oder extremistischer Parteien hat. Unser Argument basiert einerseits auf einer rationalistischen, andererseits auf einer psychologischen Perspektive. Da wir unser Argument anhand von Daten zweier Umfragen aus Ungarn und der Slowakei testen, erwarten wir zudem eine gewisse Varianz hinsichtlich der tatsächlichen Effekte aufgrund unterschiedlicher Hintergrundcharakteristiken dieser Länder. Ein erster empirischer Test bestätigt einige unserer Hypothesen vorsichtig, während die Resultate für andere Hypothesen nur gemischte Evidenz liefern.

Schlüsselwörter Finanzkrise · Euroskeptizismus · Wahlverhalten · Mitteleuropa

B. Schlipphak (✉)
Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster,
Scharnhorststr. 100,
48151 Münster, Deutschland
E-Mail: bernd.schlipphak@uni-muenster.de

R. Heinisch
Abteilung Politikwissenschaft, Universität Salzburg,
Rudolfskai 42,
5020 Salzburg, Österreich
E-Mail: reinhard.c.heinisch@sbg.ac.at



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_9, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

When Europe becomes a problem: the effects of the financial crisis on euroscepticism and electoral behavior in Central and Eastern Europe

Abstract Contrary to widespread assumptions about the flow of causality between the national and European level, this article argues that the European financial crisis—in conjunction with the role played by European actors—has shaped individual euroscepticism and has thus indirectly influenced individual electoral preferences in favor of eurosceptical and extremist parties. The argument is based on both a rationalist and a psychological explanation, derived from recent literature and tested based on data from surveys in Hungary and Slovakia. Owing to differences between the country contexts, we expect some variation regarding the individual-level effects. Initial empirical findings lend cautious support to some of our hypotheses, while results for our other hypotheses yield mixed evidence

Keywords Financial crisis · Euroscepticism · Voting behavior · Central Europe

1 Einleitung

In Öffentlichkeit und Wissenschaft wurden in den letzten Jahren die Auswirkungen der Finanzkrise auf die nationale Handlungsautonomie und die europäische Integration intensiv diskutiert. Dabei wurde auch die Frage aufgeworfen, wie sich die Effekte der Krise auf die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union im Speziellen und gegenüber der internationalen Einbettung von Staaten sowie dem Austausch zwischen Ländern im Allgemeinen auswirken könnten. Obwohl in der medialen Berichterstattung vielfach die Annahme vorherrscht, die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Haltung der Wählerinnen und Wähler[1] gegenüber wirtschaftlicher Integration und Globalisierung wären durchwegs negativ, erbrachten die jüngsten Wahlresultate in diversen europäischen Staaten keine eindeutigen Ergebnisse. Es gab einerseits elektorale Gewinne radikaler populistischer Parteien, wie etwa in Griechenland oder Frankreich, wo stärker nationalistische Positionen vertreten wurden. Andererseits lassen sich in den Niederlanden und auf regionaler Ebene in Spanien auch Erfolge von Mainstream-Parteien in Verbindung mit Stimmenverlusten für euroskeptische Parteien beobachten.

Auch die Forschung scheint bislang eher unsicher, wie der potentielle Einfluss der Finanzkrise auf die öffentliche Meinung gegenüber internationaler Politik und gegenüber nationalen politischen Akteuren im internationalen Kontext zu bewerten sei. Da dieser Faktor über den Transmissionsriemen nationaler Wahlen und deren Resultate auch die nationale und internationale Politikgestaltung eines Staates beeinflusst, ist es von großem Interesse, ein besseres Verständnis der Wirkung der Finanzkrise auf die politischen Einstellungen von Befragten hinsichtlich internationaler, insbesondere europäischer Politik zu erlangen. Wir gehen daher in diesem Artikel der

[1] Im Interesse eines einfacheren Leseflusses verwenden wir nachstehend in dieser Arbeit das generische Maskulinum. Die Autoren verweisen jedoch ausdrücklich darauf, dass sich diese Formulierung stets auf beide Geschlechter bezieht.

Frage nach, welchen Effekt die globale Finanzkrise tatsächlich auf die Entwicklung des Euroskeptizismus und damit indirekt auf die innerstaatliche Entscheidungsfindung für Wähler hat. In weiterer Folge stellen wir zwei unterschiedliche Erklärungen vor, welchen Effekt die Wahrnehmung der Krise auf die Einstellungen von Wählern haben kann, und testen diese Erklärungen empirisch anhand zweier Fallbeispiele.

Dabei gehen wir zunächst von der impliziten Grundannahme aus, dass der individuelle Euroskeptizismus der Bürger – wie wir anhand der Literatur noch diskutieren werden – aufgrund der erhöhten Salienz europapolitischer Themen im Alltag einen Effekt auf das Wahlverhalten zugunsten von Parteien mit euroskeptischen und/oder extremistischen Positionen hat (für einen empirischen Beleg siehe Werts et al. 2013). Nach eingehender Auseinandersetzung mit dieser Literatur im zweiten Abschnitt unserer Arbeit entwickeln wir unser Argument wie folgt: Grundsätzlich behaupten wir, dass die Finanzkrise einen negativen Einfluss auf die Einstellungen der Bürger gegenüber der EU gehabt haben sollte. Dabei unterscheiden wir jedoch zwei in ihren grundlegenden Annahmen konträre Erklärungsansätze, ein Verwundbarkeits-Argument und ein ‚Nationalist backlash'[2]-Argument. Von einer eher rationalistisch geprägten Perspektive ausgehend nimmt das Verwundbarkeits-Argument an, dass Bürger sich der tatsächlichen Effekte der Finanzkrise weitgehend bewusst sind und daher die EU und ihre Institutionen im Hinblick auf deren Problemlösungsfähigkeiten beurteilen. Wenn Bürger die wirtschaftliche Situation ihres Landes durch eine Finanzkrise beeinträchtigt sehen UND den EU-Institutionen bzw. deren Problemlösungsfähigkeit misstrauen, dann sollten sie im Zuge der Finanzkrise euroskeptischer werden. Aus der Sicht einer eher soziopsychologischen Perspektive argumentieren wir andererseits, dass die Finanzkrise zu einem ‚Nationalist backlash' in den Bevölkerungen der EU-Mitgliedstaaten geführt haben sollte. Diese zweite Perspektive ergibt sich aus der Annahme, dass die Finanzkrise die Intervention in Belange der nationalen Autonomie und Souveränität der Nationalstaaten durch die EU und andere internationale Institutionen (wie den IWF) erfordert. Eine solche Intervention – selbst wenn sie nur in anderen Staaten der EU stattfindet – sollte insbesondere die Einstellung gegenüber internationalem Regieren jener Personen beeinflussen, welche sich durch eine Risiko-Aversion und eine generelle Rigidität auszeichnen. Man könnte anders formuliert sagen, dass die Finanzkrise bei Bürgern zu einem Bewusstwerden der bis dato nicht in vollem Umfang wahrgenommenen Interdependenz hochintegrierter Staaten führt. Daraus folgt, dass diese Personen stärker den Wunsch nach einer Rückkehr zur nationalen Autonomie äußern.

Im Verlauf des Artikels werden wir daher zunächst demonstrieren, wie der Zusammenhang zwischen den Einstellungen der Bürger gegenüber der nationalen und der europäischen Ebene bislang in der Literatur diskutiert wurde, bevor wir unser eigenes Argument präsentieren. Daran anschließend diskutieren wir die Auswahl unserer beiden Länderfälle der Slowakei und Ungarn, die uns als Testfälle für eine erste Überprüfung unseres explorativen Arguments dienen, sowie das für diese beiden

[2] Der Begriff des ‚Nationalist backlash' wurde in der englischsprachigen Literatur zur Parteien- und Einstellungsforschung etabliert (Burgoon 2009). Unserer Ansicht nach kann er nicht ohne weiteres ins Deutsche übertragen werden. Da wir mit dem Begriff darüber hinaus auch verdeutlichen wollen, aus welcher Literatur unser Argument entstammt, haben wir uns dazu entschlossen, den englischsprachigen Begriff im Folgenden in einfachen Anführungszeichen zu verwenden.

Länder im Rahmen eines umfangreicheren Forschungsprojekts erhobene Datenmaterial. Abschließend kommen wir zu den (vorläufigen) empirischen Resultaten unserer Analyse und deren Implikationen.

2 Europaskeptizismus und innerstaatliche Einstellungen – ein Literaturüberblick

In der Parteienforschung gibt es zahlreiche Ansätze mit dem Bestreben, politische Parteien als ‚euroskeptisch' zu definieren und zu identifizieren. Eine von Paul Taggart eingeführte Definition bietet für unsere Arbeit eine wichtige Grundlage. Nach dieser kann Euroskeptizismus als der Ausdruck einer „idea of contingent, or qualified opposition, as well as incorporating outright and unqualified opposition to the process of European integration" (Taggart 1998, S. 366) verstanden werden. Aufbauend auf der Einsicht, dass es nützlich sein kann, zwischen denjenigen zu unterscheiden, welche die europäische Integration rundweg ablehnen, und anderen, welche nur bestimmten Punkten kritisch gegenüberstehen, haben Autoren weiter zwischen ‚hartem' und ‚weichem' Euroskeptizismus differenziert (Taggart und Szczerbiak 2001, S. 7). Andere, insbesondere Kopecký und Mudde (2002, S. 300), kritisierten diese Art der Konzeptualisierungen als zu breit, sodass sich in der Folge weitergehende Untersuchungen an immer stärker verfeinerten analytischen Typologisierungen versuchten. Für uns stellt diese Diskussion um die unterschiedlichen Definitionen vor allem ein Anzeichen dafür dar, dass die Politisierung Europas in den nationalen politischen Diskursen inzwischen weithin fortgeschritten ist.

Die Idee der Politisierung hat in der jüngeren Vergangenheit zunehmend an Beachtung in der Forschung zur europäischen Integration gewonnen (De Wilde 2011; De Wilde und Zürn 2012). Aufbauend auf verwandten Konzepten haben Forschende die Konsequenzen europäischer Integration für das Wahlverhalten und Wahlen auf der nationalen und der europäischen Ebene untersucht (etwa Marks und Steenbergen 2004; Szczerbiak und Taggart 2008a, b; Van der Brug und Van der Eijk 2007). Ebenso stand die Rolle der öffentlichen Meinung besonders im Hinblick auf Referenda zur EU-Mitgliedschaft eines Landes oder zu weiteren Integrationsschritten im Zentrum wissenschaftlicher Untersuchungen (etwa Hug 2002; Kaufmann und Waters 2004; Sattler und Urpelainen 2012; Wagschal 2007). Die Frage, wie Europa tatsächlich den Parteienwettbewerb und das Wählerverhalten beeinflusst, wurde jedoch bislang sehr unterschiedlich beantwortet. Hier reichen die Meinungen von Mairs (2000) Annahme eines ‚limited impact' bis hin zum Sinnbild Europas als ‚Sleeping giant', der gerade im Begriff sei, aufzuwachen (De Vries 2007; Green-Pedersen 2012; Van der Eijk und Franklin 2007).

Unser sich hieran anschließender Ausgangspunkt ist die Forschung zum Verhältnis zwischen internationalen politischen Themen und innerstaatlicher öffentlicher Meinung. Über einige Jahrzehnte hinweg ist bisher die öffentliche Meinung gegenüber internationalen Themen als von den jeweiligen Positionen nationaler politischer Parteien und Eliten abhängig interpretiert worden. Dies wurde darauf zurückgeführt, dass letzteren bestimmte cues zur Verfügung stehen, aufgrund derer Bürger ihre Einstellungen gegenüber ihnen eher unbekannten Themen und Akteuren auf der interna-

tionalen Ebene bilden (De Vries und Edwards 2009; aber auch schon Carrubba 2001). Dabei wurde argumentiert, dass der niedrige Grad an Salienz, welche Bürger Themen wie der EU und dem Verhalten internationaler Institutionen wie den Vereinten Nationen oder dem Internationalen Währungsfonds zuschreiben, zu einem geringen Grad an Wissen und Interesse seitens der Bürger führt. Darum wurde auch angenommen, dass die öffentliche Meinung gegenüber internationaler Politik beziehungsweise der Außenpolitik eines Staates von geringem Interesse für die regierenden Akteure und daher von geringem Einfluss auf die tatsächliche Politik eines Staates sei. Während dies für den europäischen Kontext der 80er und 90er Jahre noch zutreffen mag, haben Wissenschaftler in den USA bereits für diesen Zeitraum nicht nur nachgewiesen, dass die öffentliche Meinung wesentlich weniger inkohärent und desinteressiert gegenüber internationalen Themen sei als angenommen, sondern auch gezeigt, dass die öffentliche Meinung tatsächlich einen Einfluss auf die Handlungen nationaler Akteure gehabt hatte (Bailey 2003; Burstein 2003; Klarevas 2002; Sobel 2001).

Diese Befunde haben in jüngerer Zeit wiederum das Interesse unter europäischen Forschenden an der Analyse der Konsistenz und des Einflusses öffentlicher Meinung gegenüber der europäischen Ebene intensiviert. Die Ergebnisse solcher Forschung implizierten bislang, dass die öffentliche Meinung hinsichtlich der europäischen Ebene neben nationalen Einstellungen tatsächlich auch von den Präferenzen der Bürger gegenüber internationaler ökonomischer Interaktion und Supranationalismus im Allgemeinen sowie betreffend der Kooperation mit anderen Ländern geprägt sei (etwa Anderson 1998; Banducci et al. 2003; Boomgarden et al. 2011; De Vries und Van Keersbergen 2007; Lubbers und Scheepers 2010; McLaren 2002, 2007). Diese Befunde demonstrierten auch, dass europäische Themen zunehmend nationale Entscheidungsfindungsprozesse vor europäischen Wahlen beeinflussten (etwa Krouwel und Abts 2007). Letztere wurden somit in der jüngeren Vergangenheit weniger als ‚second-order elections' betrachtet als dies in der Vergangenheit der Fall war. Da die Bedeutung der EU im Alltagsleben der Bevölkerung ansteigt, wird es wahrscheinlicher, dass Bürger ihre nationalen Parteien in europäischen Wahlen auf der Grundlage der europapolitischen Positionen der Parteien evaluieren. Nichtsdestotrotz scheint die EU in nationalen Wahlen für einen Großteil der Bevölkerung bislang aus Sicht der Public-Opinion-Forschung keine Rolle gespielt zu haben. Jedoch lässt sich, möglicherweise beginnend mit den negativen Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden im Jahre 2005, im Aggregat ein Anstieg an politischem Erfolg und Einfluss von euroskeptischen Parteien beobachten. Dieser findet mittlerweile auch seinen Niederschlag in der nationalen Politikgestaltung gegenüber der EU – Beispiele beinhalten etwa Erfolge wie jene der Wahren Finnen, der Schwedendemokraten, der Partei für die Freiheit in den Niederlanden, der Bewegung Jobbik in Ungarn, der Partei Recht und Gerechtigkeit in Polen und anderen (Markowski und Tucker 2010). Während die Erfolge einiger dieser Parteien vor die Zeit der europäischen Finanzkrise und der institutionellen Krise zurückreichen, waren die Positionen eben jener Parteien bezeichnenderweise auf Fragen der nationalen Autonomie konzentriert. Im mittel- und osteuropäischen Kontext wurden solche Befürchtungen gerade im Zuge der Erweiterungsverhandlungen und der Beschränkungen, welche die EU-Mitgliedschaft für diese Länder mit sich brachte, akut. In anderen Mitgliedsstaaten führte das Hin und Her über den Vertrag von Lissabon ebenfalls zu einer



nachhaltigen Diskussion über die verbleibende nationale Souveränität. Die Erwartung, dass ein so signifikantes Ereignis wie die europäische Finanzkrise mindestens ähnliche, wenn nicht sogar darüber hinausgehende Effekte haben sollte, ist aus unserer Sicht sehr naheliegend.

Zwar ist es offenkundig, dass rechtsextreme populistische Parteien bereits wesentlich früher in einigen europäischen Ländern elektorale Bedeutung erlangten (etwa die SVP, die FPÖ, die Lega Nord, die Front National und die Alleanza Nationale) und auch schon damals euroskeptische Positionen aufwiesen. Jedoch war der Euroskeptizismus für diese Parteien unserer Ansicht nach nicht besonders salient, agierten sie doch mehrheitlich aus einem Protest gegenüber nationalstaatlichen Belangen und lokalen systemischen Praktiken heraus. Daher sollte dieser ‚alte' Euroskeptizismus vom Aufstieg populistischer Parteien in jüngster Zeit unterschieden werden, da der heutige Euroskeptizismus in einem weit engeren Verhältnis zu Opposition gegenüber Europa steht und der europäischen Integration eine wesentlich höhere Wichtigkeit zuweist. Wir sehen darin eine wichtige Veränderung im Verhältnis zwischen politischen Parteien und Euroskeptizismus (Linden und Pohlman 2003; Neumayer 2008; Ray 2007). Beispiele dafür sind etwa die bereits genannte niederländische Partei für die Freiheit (PVV), die Wahren Finnen (inzwischen: Die Finnen) oder die Schwedendemokraten. Wenn man annimmt, dass sich Parteien dann ausprägen, wenn eine gewisse Anzahl von Bürgern eine bislang nicht durch das Parteiensystem berücksichtigte politische Nachfrage generiert, dann lassen sich diese neuen Parteien als Spiegelbild des Aufkommens eines verstärkten Euroskeptizismus und dessen Wichtigkeit für das nationale Wahlverhalten deuten. Für die Jahre 2002 bis 2008 wurde dieser Zusammenhang zwischen dem individuellen Euroskeptizismus der Wähler und ihrer Bereitschaft, extremistische Parteien zu wählen, von Werts, Scheepers und Lubbers analysiert (Werts et al. 2013). Deren Daten zeigen, dass es tatsächlich für den untersuchten Zeitraum (d. h. bereits vor der Krise) einen positiven Effekt des Euroskeptizismus der Befragten auf ihre Wahlwahrscheinlichkeit zugunsten einer rechtsradikalen Partei gibt. Vor diesem Hintergrund wiederholen wir nochmals unsere Grundannahme, dass – insbesondere nach der Erhöhung der Salienz europapolitischer Themen durch die Finanzkrise – der Euroskeptizismus von Bürgern diese tatsächlich dazu bringen sollte, in nationalen Wahlen für euroskeptische, aber auch generell für extreme Parteien, zu stimmen. Daher argumentieren wir in diesem Artikel, dass die gegenwärtige Finanzkrise den Euroskeptizismus der Bürger ansteigen lässt und damit indirekt die Erfolgschancen für rechtsextreme und euroskeptische Parteien in nationalen Wahlen erhöht (siehe hierzu auch die Beiträge von Runge, Schell und Theißen in diesem Heft).

3 Die Finanzkrise und ihre Effekte auf individuellen Euroskeptizismus – theoretische Überlegungen

Der Effekt von Krisen auf die Einstellungen der Bevölkerung ist bereits seit geraumer Zeit ein wichtiges Thema in der Forschung zur öffentlichen Meinung. Insbesondere die Forschung zum sogenannten ‚rally-round-the-flag'-Phänomen, welches den Anstieg an Unterstützung für einen US-Präsidenten in Krisenzeiten charakterisiert,

kann dafür als Beispiel genannt werden. Krisen wurden zudem als Faktoren identifiziert, welche die Ansichten der Bevölkerung gegenüber internationalen Beziehungen beeinflussen können. Seit 2008, dem Beginn der Finanzkrise in den USA, wurden jedoch nur wenige Studien zum indirekten oder direkten Effekt der Finanzkrise auf nationale politische Einstellungen und Positionen durchgeführt. Daher sollte, wie wir in dieser Arbeit darlegen, die Finanzkrise als Ursache eines Anstiegs des Euroskeptizismus und einer Vertiefung nationalistischer Gefühle innerhalb der Bevölkerung begriffen werden, welche wiederum, wie bereits ausgeführt, die Wahrscheinlichkeit der Wahl euroskeptischer und extremer Parteien auf der nationalen Ebene erhöhen. Im folgenden Abschnitt möchten wir aus zwei unterschiedlichen theoretischen Perspektiven zeigen, warum die Finanzkrise (Teile der) Bürger euroskeptischer machen sollte. Anschließend wird dargestellt, warum wir hinsichtlich der zwei unterschiedlichen theoretischen Herleitungen des Argumentes unterschiedliche Effekte in den beiden hier untersuchten Ländern, der Slowakei und Ungarn, erwarten.

Wenden wir uns zunächst dem Effekt der Finanzkrise auf die Veränderung des Euroskeptizismus der Bürger zu. Wir schlagen zwei unterschiedliche theoretische Herangehensweisen vor, von denen eine von einer rationalistischen und die andere von einer sozialpsychologischen Perspektive ausgeht. Beide Ansichten führen zu der Erwartung eines Anstiegs des Euroskeptizismus im Verlauf der Finanzkrise. Sie divergieren aber in der Erklärung, warum die Finanzkrise zu einem solchen Anstieg führen sollte. Wir nennen die beiden Zugänge die Verwundbarkeits-Perspektive (rationalistisch) und die ‚Nationalist backlash'-Perspektive (sozialpsychologisch).

3.1 Die Verwundbarkeits-Perspektive

Die Verwundbarkeits-Perspektive argumentiert, dass ‚Europa' nun stärker in den Fokus der Elektorate gerückt ist, und europäische Themen in den Köpfen der Wähler nun mit wichtigen ökonomischen und sozialen Belangen, die den Alltag der Bürger betreffen, verbunden sind. Wir nehmen weiter an, dass innerhalb des Informationskontexts, der den Wählern zur Verfügung steht, diese rational auf die Finanzkrise reagieren. Das bedeutet, dass sie Politiken unterstützen sollten, welche den wahrgenommenen Schaden der Krise nicht nur für die Nation als Ganzes (soziotropisches Verhalten), sondern auch für die subjektive Situation des einzelnen Wählers minimieren. Dies erfordert nicht, dass die Wähler über detaillierte und objektive Informationen verfügen, sondern vielmehr, dass sie sich eine Meinung auf der Grundlage von Hinweisen und Quellen darüber gebildet haben, welcher Handlungskurs mehr oder weniger Risiken beinhaltet bzw. besser oder schlechter für das Land sei. Als Beispiel verweisen wir auf Fragen, wie sie in US-amerikanischen Umfragen zu finden sind, bei denen Bürger danach gefragt werden, ob das Land ihrer Meinung nach ‚on-track' oder ‚off-track' sei. Je mehr Wähler die Eurokrise als Ausdruck dessen wahrnehmen, dass die europäische Integration zu weit vorangeschritten sei, desto wahrscheinlicher sollten sie eine euroskeptische Position einnehmen. Gleiches gilt für die Abwägung eines Alleingangs ihres Landes in der Eurokrise im Vergleich mit gemeinsamem Handeln innerhalb der EU. Je höher Bürger den Vorteil eines Alleingangs des eigenen Landes gegenüber den Vorteilen des gemeinsamen Handelns in der EU einschätzen, desto euroskeptischer sollten diese sein. Gleichermaßen sollten

Wähler, die aufgrund einer vermeintlich als von Brüssel aufgezwungen empfundenen Sparpolitik persönliche Verluste befürchten oder bemerken, zunehmend EU-feindliche Ansichten annehmen. Zusätzlich sollten Wähler in Ländern, in denen nationale Ressourcen dafür verwendet werden, wirtschaftlich stärker betroffene Mitgliedsstaaten mit vermeintlich unverantwortlichen Regierungen zu stützen, eine solche Politik als unvorteilhaft betrachten und als Folge stärker euroskeptisch werden.

Im Gegenzug ist natürlich zu erwarten, dass Bürger, die die EU oder Handlungen auf europäischer Ebene als hilfreich in der Verbesserung der jeweiligen Situation empfinden – weil dadurch etwa die Banken und somit die individuellen Einlagen sicherer, die Zinssätze niedriger, Kredite verfügbarer und Währungen stabiler werden –, die EU positiver bewerten. Eine solche Einschätzung ist vergleichbar mit dem, was Boomgarden et al. (2011) zur positiven Wirkung der Bewertung des Funktionierens und der Performanz europäischer Institutionen herausgefunden haben. Wenn die Involvierung europäischer Akteure für die Bürger vorteilhaft erscheint, erwarten wir, dass eine Krise zu einer Reduzierung des Euroskeptizismus führen sollte. Um zu einer solchen Einschätzung zu gelangen, schätzen Wähler nicht nur die Fähigkeiten der europäischen Ebene, sondern gleichzeitig die Fähigkeiten und die Responsivität ihrer nationalen Akteure ein und ziehen daraus ihre Schlüsse. Diese Einschätzung erfordert damit nicht eine grundsätzlich positive Disposition zugunsten Europas, sondern kann auch einfach eine Entscheidung zwischen dem geringeren zweier Übel sein. Im Endeffekt bedeutet dies, dass Bürger, die mit dem Zustand europäischer Angelegenheiten unzufrieden sind, aber dennoch ihr Land nach einem möglichen Alleingang als noch schlechter dastehend wahrnehmen, durch die Krise europafreundlicher werden.

Es ist nachvollziehbar, sich in Zeiten der Krise Stabilität und Vorhersehbarkeit zu wünschen. Es ist gleichermaßen rational, wahrgenommene Fähigkeiten vor wahrgenommener Inkompetenz zu bevorzugen. Daher sollten Wähler in Zeiten der Unsicherheit sich eher jenen Institutionen zuwenden, denen sie stärker vertrauen. Wir wissen etwa, dass Wähler in Mittel- und Osteuropa durchschnittlich mehr Vertrauen in die Institutionen der EU als in ihre nationalen Regierungen haben (Eurobarometer 70.1, 71.2). Daher könnte die wahrgenommene Verwundbarkeit des eigenen Landes und des eigenen persönlichen Wohlergehens den Appetit der Wähler für einen radikalen Wandel deutlich verringern, insbesondere wenn letzteres quasi als Vorbedingung ein Vertrauen ausschließlich in nationale politische Akteure und Institutionen erfordert. Eher sollten sich Bürger dem Umstand bewusst sein, dass der Verbleib in einer größeren Ökonomie verschiedene wirtschaftliche Risiken reduziert und das eigene Gewicht in der globalen Wirtschaft erhöht. Dieses Konzept ist unserer Ansicht nach keineswegs so kompliziert, dass es nicht von großen Teilen der Bevölkerung verstanden werden kann. Es scheint zudem für Wähler offensichtlich zu sein, dass Schritte hinsichtlich der Desintegration der EU nicht rückgängig gemacht werden können und damit der Schaden im Jetzt für die Zukunft permanent ist.

Aus der Sicht der Verwundbarkeits-Perspektive ergibt sich zusammengefasst, dass die europäische Finanzkrise und ihre ökonomischen Effekte zu einem Anstieg des Euroskeptizismus führen können, wenn Bürger ihr Land als in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befindlich wahrnehmen UND wenn sie gleichzeitig den

europäischen Institutionen darin misstrauen, im Interesse des eigenen Landes zu handeln. Diese Erwartungen können in der folgenden Hypothese formalisiert werden.

H1: Aus der Sicht der Verwundbarkeits-Perspektive werden Bürger im Verlauf der Finanzkrise eher euroskeptischer, wenn diese das eigene Land durch die Finanzkrise als ökonomisch verwundbar wahrnehmen *und* nationalen Institutionen stärker vertrauen als europäischen Institutionen.

3.2 Die ‚Nationalist backlash'-Perspektive

Die ‚Nationalist backlash'-Perspektive argumentiert von einer etwas anderen Ausgangsposition, dass die europäische Finanzkrise per se den Bürgern – viel stärker als bislang von diesen wahrgenommen – die politische und ökonomische Abhängigkeit unter den Ländern verdeutlicht hat. Der Einfluss der Finanzkrise auf ein Land (oder sogar nur auf das Funktionieren einzelner Banken) wird nun auch massiv in einem anderen Land spürbar, ohne dass dieses sich davor schützen könnte, schuld an der Krise wäre oder die Krisenverursacher direkt sanktionieren könnte. Während die Interdependenz zwischen den Ländern und ihren Ökonomien in normalen Zeiten als positiv oder zumindest vorteilhaft für die betroffenen Länder und ihre Bevölkerung wahrgenommen wurde, macht die Finanzkrise nun den Bürgern bewusst, dass ein Anstieg an Interdependenz mit einem Niedergang an nationaler Autonomie einhergeht. Während diese Interdependenz in normalen Zeiten für die Bürger nicht besonders salient ist, steigt die Relevanz der Abhängigkeitsfrage in Krisenzeiten und wird auch in der politischen Auseinandersetzung wichtig. Der Eindruck, dass die Geschicke des Landes maßgeblich von außen – d. h., von den Interessen anderer Länder und internationalen Institutionen – bedingt werden, kann in Zeiten der Krise zu zwei Szenarien führen. Im ersten Szenario versteht die Bevölkerung, dass das Land allein nicht in der Lage sein wird, die Krise und ihre Effekte zu bekämpfen und dass dadurch die Intervention durch Dritte in bislang autonome Politikfelder und nationale Entscheidungsverfahren unumgänglich ist. In diesem Szenario erkennen demzufolge die Bürger und politischen Akteure in einem Land weithin, dass die Interdependenz zwischen den Ländern so weit fortgeschritten ist, dass eine supranationale Lösung nicht nur für die Lösung der Krise, sondern auch für zukünftige Zeiten notwendig und akzeptabel ist. Infolgedessen wird ein Insistieren auf die nationale Autonomie nicht mehr notwendig, solange die Bürger sich der höheren Problemlösungsfähigkeit der supranationalen Organisationen und Vereinbarungen bewusst sind und mehrheitlich einen Vorteil in dieser erkennen. Ein solches Szenario basiert aber – folgt man den Einsichten in Untersuchungen zur politischen Psychologie (Ehrlich und Maestas 2010; Feldman und Stenner 1997; Jost et al. 2003; Schoen 2007) – auf Bürgern, die stark risiko-akzeptierend sind und über eine generelle Offenheit in ihrer Geisteshaltung (‚openness of mind') verfügen. Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass globale oder supranationale Regierungsansätze bislang nicht erfahrbar waren und die damit verbundenen Risiken nicht kalkulierbar sind.

Im Gegensatz dazu sind im zweiten Szenario die Bürger wesentlich stärker status-quo-orientiert, rigide in ihrer Geisteshaltung (‚closed-minded') und risiko-avers als im vorherigen Szenario. Wenngleich auch diese Bürger die Interdependenz zwischen

den Ländern verstehen, favorisieren sie eine Rückkehr zu einem autonomen Nationalstaat. Die (wahrgenommene) Gefahr des Einflusses von außen – d. h., durch Dritte wie größere Staaten und internationale Organisationen – geht einher mit dem Eindruck des Verlustes der eigenen (kulturellen) Identität. Dies ist zusätzlich verbunden mit der Wahrnehmung, dass das soziale Wohlfahrtssystem durch den Einfluss von außen beschnitten wird, was Bürger wiederum zur Einnahme nationalistischer Positionen bringt (Nail und McGregor 2009). Zusammengenommen führt dies dazu, dass risiko-averse und rigide Bürger protektionistische und autarke Positionen vertreten, während sie Immigration und Integration skeptischer gegenüber stehen. Verallgemeinert macht die Bewusstwerdung zwischenstaatlicher Abhängigkeit diese Bürger verstärkt argwöhnisch gegenüber jeglicher Art von wahrgenommenen (kulturellen, ökonomischen und politischen) Einflüssen, die von jenseits der nationalen Grenzen kommen. Wir nennen diese Entwicklung mit Brian Burgoon (2009) den ‚Nationalist backlash', also eine Art nationalistische Gegenreaktion. Offensichtlich ist, dass eine solche nationalistische Gegenreaktion zu einem Anstieg an Euroskeptizismus führt, da der Einfluss der EU und anderer Mitgliedsstaaten auf die nationale Politikgestaltung gerade im Zusammenhang mit der Finanzkrise verstärkt als (ungewollter) Einfluss dritter Akteure jenseits des eigenen Staates wahrgenommen wird.

Insgesamt argumentiert die ‚Nationalist backlash'-Perspektive, dass die gestiegene Bewusstwerdung der Interdependenz zwischen den Ländern innerhalb der Bevölkerung dazu führt, dass die Bürger stärker protektionistische und Autonomie-orientierte Positionen einnehmen. Dies sollte weiter zu einer stärker euroskeptischen Position dieser Bürger führen. Dieser Anstieg an protektionistischen, nationalistischen und euroskeptischen Positionen ist für jenen Teil der Bürger wahrscheinlich, der sich durch Risiko-Aversion und Rigidität auszeichnet. Die Erwartungen aus Sicht der ‚Nationalist backlash'-Perspektive können daher folgendermaßen formalisiert werden.

H2: Bürger werden im Verlauf der Finanzkrise umso euroskeptischer,

2a) je stärker ihre Risiko-Aversion ausgeprägt ist.
2b) je stärker ihre Rigidität ausgeprägt ist.

3.3 Fallauswahl und Erwartungen im Hinblick auf unsere Länder-Fälle

Die im vorhergehenden Abschnitt präsentierten Hypothesen 1 und 2 sind als allgemeine Erklärungen konzipiert. Sie sind somit nicht grundlegend von besonderen länderspezifischen Gegebenheiten abhängig und damit auf die Untersuchung aller EU-Bürger anwendbar. Darüber hinaus lassen jedoch variierende Kontextmerkmale auf Länderebene unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich der potentiellen Effekt-Ausprägungen zu. In der Folge werden wir daher zunächst unsere Fallauswahl diskutieren, um danach die für die beiden Länder spezifischen Effekt-Erwartungen herzuleiten.

Um unsere im Vorangehenden demonstrierten Argumente empirisch zu testen, verwenden wir Daten einer von uns vor kurzem in der Slowakei und Ungarn durchgeführten Umfrage. Wir halten beide Länder nicht nur für sehr interessante Fälle,

sondern sogar als für unsere Analyse besonders geeignet. Zunächst sind beide Länder gut miteinander vergleichbar, da es sich jeweils um mittelgroße und stärker entwickelte Transitionswirtschaften innerhalb der Ländergruppe der mittel- und osteuropäischen Staaten handelt. Beide Länder weisen außerdem relativ ähnliche historische und kulturelle Entwicklungen auf und befinden sich in nächster Nachbarschaft zu substantiell reicheren westeuropäischen Ländern, von welchen die beiden bei Exporten und Kapitalflüssen abhängig sind. Beide Staaten sind gleich lang Mitglied der Europäischen Union und waren im Zuge des Aufbaus der Demokratie nach 1989 vergleichbaren Konsolidierungsprozessen im Parteiensystem ausgesetzt. Beide Staaten ähneln einander in Bezug auf ihre Wirtschaftsstruktur, Einkommensverteilung und wirtschaftliche Gesamtleistung, unterscheiden sich aber von den übrigen Staaten Ostmitteleuropas. Zum einen sind Ungarn und die Slowakei deutlich entwickelter und politisch konsolidierter als die EU-Mitgliedsstaaten weiter im Osten und Südosten. Rumänien und Bulgarien weisen auch einen deutlich höheren Grad an Korruption und politischen Missmanagements auf (European Commission 2012). Zum anderen sind Ungarn und die Slowakei auch nicht in einer ähnlich günstigen Lage wie die ebenfalls benachbarten Länder Polen und die Tschechische Republik. Verglichen mit Polen können das kleinere Ungarn und die noch kleinere Slowakei wesentlich weniger auf ihre internen Märkte als Puffer gegenüber internationalen ökonomischen Krisen vertrauen. Beide Staaten sind auch deutlich weniger wohlhabend als die Tschechische Republik. Darüber hinaus war dort der nationale Diskurs zur EU maßgeblich durch die euroskeptische Demokratische Bürgerpartei (ODS) von Vaclav Klaus geprägt. In der Slowakei und Ungarn war dagegen der EU-Beitritt ursprünglich bei einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung hoch willkommen. Dennoch sind beide Staaten auch Beispiele für eine Politik mit stark nationalistischen und populistischen Zügen. Zudem sind Ungarn und die Slowakei auch typische Vertreter jener Länder, in denen die Erinnerung an die Unterdrückung durch andere noch lebendig sein sollte. Daher sollte auch der Wunsch nach nationaler Autonomie immer noch ein relevantes Thema in diesen Ländern sein. Weiter sind beide Länder hart von der Krise getroffen worden. Die Bewertung der und das Vertrauen in die EU und ihrer Institutionen ist zusätzlich in diesen Ländern stets positiver gewesen als das entsprechende Vertrauen in die nationalen Institutionen und die entsprechende Bewertung der nationalen Akteure. Daher sollte der Effekt des Vertrauensverlustes in die Fähigkeiten der EU im Zuge der Finanzkrise in diesen Ländern noch prononcierter sein als in anderen Fällen.

Damit weisen die Slowakei und Ungarn einerseits große Ähnlichkeiten auf. Andererseits unterscheiden sich beide Länder jedoch in den für unsere Erwartungen wesentlichen Punkten des Zugangs zu ökonomischen Positionen und ihren Positionen gegenüber der europäischen Integration. In der Folge werden wir zeigen, wie sich das auf unsere spezifischen Erwartungen für die Einstellungen der Bevölkerung in beiden Ländern niederschlägt.

Noch vor dem Beitritt hatte sich etwa die Slowakei von den anderen MOE-Ländern abgegrenzt, indem sie eine ganze Reihe grundlegender ökonomischer Reformen durchführte, welche die Rolle der Regierung beschränkten und gesellschaftliche wie ökonomische Risiken zu den Individuen hin verschoben. Das Ziel der damaligen Mitte-Rechts-Koalition unter Mikuláš Dzurinda, welche für den slowakischen Rich-

tungswechsel in Richtung Neoliberalismus verantwortlich zeichnet, war dabei, konkurrenzlose Anreize und Bedingungen für ausländische Investoren zu schaffen. Dabei führten sie unter anderem eine 19%-Flatrate für die Unternehmens-, die Einkommens- und die Mehrwertsteuer im Jahr 2004 ein. Obwohl die nachfolgende slowakische Regierung unter dem sozialdemokratischen Premierminister Robert Fico mit dem Verweis auf die Ungerechtigkeiten der vorherigen neoliberalen Politiken geworben hatte, lässt sich auch zwischen 2006 und 2008 keine wesentliche Kurskorrektur beobachten. Tatsächlich schien das Land auch gut durch die globale Finanzkrise zu kommen und führte 2009 sogar den EURO ein, der zu dieser Zeit noch zusätzliche Sicherheit für eine kleine Wirtschaft gegenüber den Kräften des internationalen Marktes versprach. Nichtsdestotrotz schrumpfte die slowakische Wirtschaftsleistung im Jahre 2009 um fast 5%. Zwei Jahre später, 2011, wurde das Land schließlich dazu aufgefordert, seinen Teil zum maßgeblichen europäischen Bail-Out Fund beizutragen, der den Wirtschaften der südeuropäischen Länder, vornehmlich Griechenland, aus der Krise helfen sollte. Als Folge des danach aufkommenden öffentlichen Unmuts stimmte die Slowakei gegen den Ausbau der Kompetenzen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), was wiederum zu einem durch ein Misstrauensvotum erzwungenen Rücktritt der Mitte-Rechts-Regierung unter Iveta Radičová führte. Am Ende wurde der EFSF mit Unterstützung der sozialdemokratischen Opposition unter Fico, welcher im Verlauf der erzwungenen Neuwahlen 2012 zum Premierminister gewählt wurde, angenommen. Die Folgen dieser Entwicklungen sind zweiseitig: Einerseits trug die innerstaatliche politische Krise zu einem Anstieg der Salienz der europäischen Themen bei und zwang die politischen Parteien und Wähler dazu, eine spezifische Position gegenüber Europa einzunehmen. Im Zuge dessen differenzierten sich die Parteienpositionen gegenüber Europa aus, sodass nicht mehr nur extremistische Parteien euroskeptische Angebote stellten. Andererseits stellt der slowakische Fall nicht den üblichen Typus innerhalb der Krise dar, in welchem die EU zusammen mit den reicheren Ländern der Eurozone ein kriselndes Land und dessen Wirtschaft zu Sparmaßnahmen zwingt, was wiederum einen ‚Nationalist backlash' auslösen könnte. Es ist eher umgekehrt – und dies ist ein wichtiger Punkt, der betont werden muss. Die slowakischen Steuerzahler sollten dazu beitragen, Ländern wie Griechenland – die als wesentlich wohlhabender erschienen – mit eigenen Mitteln auszuhelfen. Dies bedeutet unserer Ansicht nach, dass, um die Einnahme euroskeptischer Positionen durch die slowakische Bevölkerung im Verlauf der Krise zu erklären, die ‚Nationalist backlash'-Perspektive vermutlich zu kurz greift. Viel eher scheint es um eine rationale Abwägung von eigenen Kosten und Vorteilen gegangen zu sein, wie sie die Verwundbarkeits-Perspektive stärker beleuchtet.

Die ungarische Situation stellt sich schon deshalb anders dar, weil sich die Wirtschaft und das politische System des Landes bereits vor der globalen Krise in einem schwierigen Zustand befanden. Die innerstaatliche Politik in Ungarn kann durch den dramatischen Anstieg an autoritären, anti-internationalen und illiberalen Positionen charakterisiert werden, der letztendlich im Anwachsen radikaler ultra-nationalistischer Kräfte wie der Jobbik resultierte. Am wichtigsten scheint dabei, dass sich diese Entwicklungen in einer Reihe von politischen Erfolgen für den – früher als liberal wahrgenommenen – Premierminister Orbán widerspiegeln, dessen Partei Fidesz sich über die Jahre stetig nach rechts bewegt hatte. Orbán profitierte dabei von einer Wahl-

rechtsreform, die zu einer Zweidrittel-Mehrheit seiner Partei im Parlament führte. Nach und nach setzte er Politikinitiativen und Verfassungsänderungen durch, welche von vielen westlichen Beobachtern als inkompatibel mit den Standards und Normen einer westlich-liberalen Demokratie und mit dem Status eines EU-Mitgliedslandes wahrgenommen wurden. Während Orbán sich nicht gegen Europa oder die europäische Integration per se wendete, provozierte er ständig seine europäischen Partner und die EU. Im Gegenzug kritisierten die Europäische Kommission und verschiedene EU-Politiker Budapest, was Orbán dann wiederum nutzte, sich als Verteidiger der nationalen Ehre und Souveränität Ungarns darzustellen: „*We will not allow Brussels dictating us their terms! We have never let Vienna or Moscow guide us in our history, and now we won't let Brussels do this! Hungary should have its own corner interests*!“ (Orbán zitiert nach Stier 2011). Es ist nicht überraschend, dass sowohl der wachsende Nationalismus als auch die Konfrontationen mit der EU und anderen Mitgliedsstaaten unter der Orbán-Regierung die Bewertung der EU-Mitgliedschaft des Landes durch seine Bevölkerung beeinflusst haben. Während Ungarn zwar kein Mitglied der Eurozone ist und ungarische Steuerzahler daher nicht zu Bail-Out Funds beitragen müssen, steht Ungarn dennoch unter starker Kontrolle durch die EU, welche unter anderem mit der Androhung von gravierenden Sanktionen auf die erratischen ökonomischen und nationalistischen Initiativen der Orbán-Regierung reagiert hat.[3] Diese bewusst herbeigeführte Trübung im Verhältnis zwischen Ungarn und der EU, welche Orbán für die Mobilisierung innerstaatlicher politischer Unterstützung benötigt, hat eine nationalistische Gegenreaktion heraufbeschworen, was genau unserer ‚Nationalist backlash‘-Hypothese entsprechen würde. Der ungarischen Bevölkerung wurden durch Orbáns Konfrontation mit Europa die potentiellen und tatsächlichen Konsequenzen aus der EU-Mitgliedschaft ihres Landes bewusst. Zusammengefasst würden wir daher im Hinblick auf unsere theoretischen Perspektiven erwarten, dass die Gründe für den wahrscheinlichen Anstieg des Euroskeptizismus slowakischer und ungarischer Wähler divergieren. Im ungarischen Fall sollte vornehmlich die ‚Nationalist backlash‘-Perspektive die zentrale Rolle spielen, während wir für die slowakische Bevölkerung eine Erklärungskraft nur für die Verwundbarkeits-Perspektive erwarten.

H3: Die Erklärungskraft der beiden theoretisch hergeleiteten Theorieperspektiven variiert in Abhängigkeit von Kontextmerkmalen auf Länderebene.

3a) In einem Land wie der Slowakei sollte die Verwundbarkeits-Hypothese einen stärkeren Effekt auf die Zunahme des Euroskeptizismus haben, da die von der Regierung vermittelte Forderung nach einer wirtschaftlichen Solidarleistung im Rahmen des gemeinsamen Krisenmanagements stärker zu einer rationalistischen Abwägung der Vor- und Nachteile durch die Bürger führt.

[3] So wird die Orbán-Regierung beschuldigt, Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit zu verletzen, die Unabhängigkeit der ungarischen Rechtsprechung und der Zentralbank einzuschränken, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu beschneiden, die politische Opposition einzuschüchtern und Regeln des einheitlichen Marktes zu verletzen. Als Reaktion darauf hat die EU angedroht, Budapest für den Bruch des Artikels 7 des Vertrages der Europäischen Union anzuklagen, was potentiell in der Reduzierung ungarischer Abstimmungsrechte, der Beschneidung von Fördermitteln und weiterer ökonomischer Unterstützung resultieren könnte.

3b) In einem Land wie Ungarn sollte die Backlash-Hypothese einen stärkeren Effekt auf die Zunahme des Euroskeptizismus haben, da die von der EU geforderten Budgetkonsolidierungsmaßnahmen vor dem Hintergrund massiver Kritik an der ungarischen Politik im Allgemeinen durch die EU und der Politisierung dieser Kritik durch die politische Führung zu einer verstärkten Wahrnehmung der Einmischung von außen und eines damit verbundenen Verlusts nationaler Autonomie und Identität durch Teile der ungarischen Bevölkerung führen.

4 Daten, Methode und empirische Ergebnisse

Die oben angeführten Hypothesen werden anhand von Umfragen in der Slowakei und Ungarn getestet, die im Rahmen eines Marie-Curie-Projektes zum Euroskeptizismus von Eliten und der Bevölkerung durchgeführt wurden. In beiden Ländern wurden von einem lokalen Umfrage-Unternehmen jeweils etwa 1.000 Befragte (Ungarn 1.012, Slowakei 1.002 Befragte) interviewt.

Als abhängige Variable für die Hypothesen H1 und H2 wählten wir eine Variable, welche die Entwicklung der Einstellung eines Befragten gegenüber europäischer Integration misst (0 = sehr stark zum Negativen verändert, bis 10 = sehr stark zum Positiven verändert).[4]

Für das Testen des Verwundbarkeits-Arguments verwenden wir drei Variablen, zwei einfache und eine Interaktions-Variable. Zuerst messen wir, ob Bürger das Wohlergehen des Staates durch die Krise als negativ beeinflusst ansehen. Zweitens messen wir das Vertrauen in die EU und das Vertrauen in die nationalen politischen Akteure über Fragen, welche die Befragten bitten, ihren Grad an Vertrauen darin anzugeben, ob bestimmte Akteure die eigenen Interessen vertreten (Skala jeweils von 0 bis 10). Dabei berechneten wir eine neue Variable, welche das durchschnittliche Vertrauen eines Befragten in nationale Akteure (nationales Parlament + nationale Regierung/2) vom durchschnittlichen Vertrauen in europäische Akteure (Europäisches Parlament + Europäische Kommission/2) abzieht. Die aus dieser Subtraktion entstehenden Werte für jeden Befragten addieren wir mit +10, so dass die Codierung von 0 (volles Vertrauen in nationale, kein Vertrauen in europäische Akteure) bis 20 (kein Vertrauen in nationale, volles Vertrauen in europäische Akteure) reicht. Um die UND-Bedingung innerhalb der Hypothese abzubilden, inkludieren wir in unserem Modell schließlich eine Interaktions-Variable.

Für die ‚Nationalist backlash'-Perspektive verwenden wir zwei unabhängige Variablen. Da keine überzeugende Operationalisierung für die Risikoaversion und die Rigidität von Befragten vorliegt, müssen wir dabei auf Proxys zurückgreifen.

[4] Da diese Frage als rückwärtsgewandte Frage möglicherweise zu hohe kognitive Anforderungen an die Befragten stellen könnte, haben wir überprüft, ob die Antworten auf diese Frage gleichbedeutend mit der tatsächlichen und gegenwärtigen EU-Einstellung der Befragten sind. Zwar besteht eine – auch theoretisch zu erwartende – hohe Übereinstimmung zwischen beiden Indikatoren. Diese Übereinstimmung ist jedoch zu gering, um von einer äquivalenten Bedeutung beider Fragen für die Befragten auszugehen. Wir sind daher zuversichtlich, dass der von uns gewählte Indikator tatsächlich das Ausmaß der Veränderung hinsichtlich der individuellen EU-Einstellung misst. Wir danken den Gutachtern für den Hinweis auf diese Problematik.

Als Proxy für die Rigidität von Befragten nahmen wir die Position von Befragten gegenüber Minderheitsrechten. Wir nehmen dabei an, dass der Grad, zu dem man Menschen anderer Gruppen die gleichen Rechte verweigert, eng mit dem Grad an Rigidität zusammen hängen sollte. Daher messen wir die Rigidität eines Befragten über seine Einstellung gegenüber Minderheitenrechten. Die Dummy-Variable weist einem Befragten den Wert 1 zu, wenn er Minderheitenrechte eher oder sogar sehr ablehnt (≥5). Alle anderen Befragten erhalten den Wert 0. Als Proxy für die Risiko-Aversion inkludieren wir ebenfalls eine Dummy-Variable. Die Befragten wurden danach gefragt, ob sie verschiedene Gruppen und Akteure (Minderheiten, Immigranten, Nachbarstaaten, andere Länder, Terroristen) als Bedrohung des Landes oder der Gesellschaft einschätzen. Dabei argumentieren wir, dass Befragte, welche mindestens drei dieser Akteure oder Gruppen als Bedrohung wahrnehmen, als risikoavers eingestuft werden können. Wir weisen daher den Wert ‚1' auf der Variable allen Befragten zu, welche mindestens drei dieser Gruppen als Bedrohung ansehen, während allen anderen Befragten der Wert ‚0' zugewiesen wird. Die zusätzlichen unabhängigen Variablen aus den Hypothesen H3 erhalten wir dadurch, dass wir in den Rechnungen für das volle Modell Interaktionen mit einem Länder-Dummy einfügen. Dieser Dummy nimmt den Wert 1 für die Slowakei und den Wert 0 für Ungarn an. Zusätzlich haben wir den Modellen noch einige übliche Kontrollvariablen hinzugefügt: die Position des/der Befragten gegenüber Marktmechanismen (welche in MOE-Ländern oft als Ersatz für die Links-Rechts-Selbsteinstufung abgefragt wird), Alter, Geschlecht und Bildung.

4.1 Empirische Ergebnisse

Die verwendeten abhängigen und unabhängigen Variablen sind in Tab. 1 zusammengefasst. Dabei fällt zunächst auf, dass der Durchschnitt der Bevölkerung in Ungarn im Verlauf der Krise tendenziell euroskeptischer wird (stärker unter den logischen

Tab. 1 Deskriptive Statistiken der abhängigen und unabhängigen Variablen. (Quelle: Eigene Umfragen in Ungarn und der Slowakei)

	Mittelwert	Sd	Median	Reichweite (Min/Max)	*N*
Ungarn					
Veränderung der EU-Einstellung	4,3	1,9	5	0/10	956
Negativer Effekt der Krise	0,84	–	1	0/1	1.012
Relatives Vertrauen in EU Institutionen	10,48	3,1	0	0/20	938
Rigidität	0,28	–	0	0/1	982
Risiko-Aversion	0,13	–	0	0/1	1.012
Slowakei					
Veränderung der EU-Einstellung	4,7	2,2	5	0/10	965
Negativer Effekt der Krise	0,85	–	1	0/1	1.002
Relatives Vertrauen in EU Institutionen	10,40	2,3	10	0,5/20	918
Rigidität	0,33	–	0	0/1	966
Risiko-Aversion	0,20	–	0	0/1	1.002

Skalenmittelwert 5 fällt) als dies in der Slowakei der Fall ist. Sowohl die negative Wahrnehmung der Kriseneffekte als auch das relative Vertrauen in die europäischen Institutionen sind in beiden Ländern vergleichbar ausgeprägt. Darüber hinaus ist erwähnenswert, dass die Anzahl an Personen, die risiko-avers sind, in der Slowakei deutlich höher ist als in Ungarn (20 versus 13 %), während dies für die Messung der Rigidität so nicht nachvollzogen werden kann.

Da unsere zentrale abhängige Variable, die Entwicklung der Einstellung der Befragten gegenüber der EU elf Ausprägungen hat, berechnen wir eine einfache OLS-Regression in unterschiedlichen Modellvarianten. Zunächst berechnen wir einfache Modelle, in denen jeweils nur die Variablen der H1 oder/und H2 sowie die Kontrollvariablen einbezogen werden. Diese Modelle zeigen zum einen, dass H1 von den Daten unterstützt wird. Die Interaktion zwischen der Wahrnehmung eines negativen Einflusses der Finanzkrise und dem relativen Vertrauen in die EU hat einen positiven, hoch signifikanten und relativ starken Effekt auf die abhängige Variable. D. h., Bürger, die sich der negativen Wirkung der Finanzkrise bewusst sind, entwickeln stärker positive Einstellungen gegenüber der EU, wenn sie deren Institutionen mehr vertrauen als den nationalen politischen Akteuren. Darüber hinaus hat die Wahrnehmung der negativen Effekte der Finanzkrise alleine einen negativen und ebenfalls signifikanten Effekt auf die abhängige Variable. Dies interpretieren wir als den negativen Effekt der Finanzkrise auf die EU-Einstellung von Befragten, welche in ihrem Vertrauen keinen Unterschied zwischen nationalen und europäischen Institutionen aufweisen bzw. den europäischen Institutionen weniger vertrauen als den nationalen. Zum anderen zeigen die einfachen Modelle hinsichtlich H2, dass offenkundig nur die Risiko-Aversion der Befragten einen signifikanten und wie erwartet negativen Effekt auf die abhängige Variable ausübt. Dies ändert sich in Modell 4, in dem wir Länder-Interaktionseffekte in die Gleichung mit einbezogen haben. Dieses Modell unterstützt weiterhin die in H1 erwarteten Effekte, auch wenn diese stärker in Ungarn im Vergleich zur Slowakei stattzufinden scheinen. Hinsichtlich der bislang nicht-signifikanten Effekte der Rigidität wird deutlich, dass diese Variable in Ungarn und in der Slowakei unterschiedliche, aber höchst signifikante und starke Effekte hat. Während in Ungarn der von uns erwartete negative Effekt auf die abhängige Variable eintritt, ist dies in der Slowakei umgekehrt der Fall. Befragte mit eher geschlossenen Weltbildern werden in der Slowakei eher EU-freundlicher. Eine plausible Erklärung hierfür ist theoretisch schwierig, findet sich jedoch möglicherweise im Verhalten der politischen Elite in der Slowakei, besonders in der ungewöhnlichen Rolle der Partei SMER und des Parteiführers und jetzigen Regierungschefs Robert Fico. Obwohl sie sich als eher linksorientierte und stark populistische Partei positioniert und mit über 40 % Stimmenanteil bei der Wahl 2012 breite Wählerschichten ansprach, sind Partei und Parteiführer traditionell relativ europa-freundlich (Spiegel 2012). Im Wahlkampf konzentrierte sich die Kritik SMERs vor allem auf die vorangegangene Mitte-Rechts-Regierung, welcher sie Inkompetenz und einen Ausverkauf nationaler Interessen unterstellte. Damit agierte und agiert SMER zwar einerseits als populistische Partei, welche rigidere Befragte anspricht und diese dazu bringt, den von der Regierung Fico bereit gestellten cues zu folgen. Im Gegensatz zu den wesentlich EU-kritischeren Positionen Orbans deuten, deuten die von der slowakischen Regierung ausgesendeten cues andererseits aber stärker in eine EU-freundliche Richtung (Tab. 2).

Tab. 2 OLS Regression: Erklärung der Veränderung der EU-Einstellung während der Krise. (Quelle: Eigene Umfragen in Ungarn und der Slowakei)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4
Negativer Effekt der Krise	−1,94**		−2,05***	−1,99***
	(0,61)		(0,61)	(0,60)
Relatives Vertrauen in EU-Institutionen	0,04		0,03	0,03
	(0,05)		(0,05)	(0,05)
Interaktion Kriseneffekt/relatives Vertrauen	0,14**		0,15**	0,17**
	(0,05)		(0,05)	(0,05)
Interaktion Land Kriseneffekt/relatives Vertrauen				−0,04
				(0,02)
Risiko-Aversion		−0,38**	−0,32*	−0,31
		(0,14)	(0,15)	(0,21)
Interaktion Land Risiko-Aversion				−0,05
				(0,29)
Rigidität		−0,03	0,04	−0,47***
		(0,11)	(0,11)	(0,14)
Interaktion Land Rigidität				0,99***
				(0,22)
Geschlecht	0,16	0,18	0,16	0,16
	(0,10)	(0,10)	(0,10)	(0,10)
Bildung	0,03	0,05	0,03	0,02
	(0,05)	(0,05)	(0,05)	(0,05)
Ideologie	0,02	0,06*	0,02	0,02
	(0,02)	(0,02)	(0,02)	(0,02)
Alter	−0,05	−0,06*	−0,04	−0,05
	(0,03)	(0,03)	(0,03)	(0,03)
Land	0,54***	0,50***	0,56***	0,60*
	(0,10)	(0,10)	(0,10)	(0,25)
Constant	4,26***	4,11***	4,32***	4,31***
	(0,62)	(0,22)	(0,63)	(0,61)
Modellgüte (R^2)	8,1 %	3,2 %	8,8 %	10,1 %
N	1.669	1.740	1.652	1.652

Robuste Standardfehler in Klammern

*$p<0,05$; **$p<0,01$; ***$p<0,001$

4.2 Diskussion der empirischen Ergebnisse

Um unsere Ergebnisse weiter abzusichern, nahmen wir einige Robustheits-Tests vor. Zunächst haben wir die Daten auf Multikollinearität getestet, aber – außer für die Interaktionen – keine Anzeichen dafür gefunden. Zusätzlich erstellten wir eine Korrelationsmatrix aller unabhängigen Variablen. Außer der Korrelation zwischen den an Interaktionen beteiligten Einzelvariablen und den dazugehörigen Interaktions-Variablen fanden sich keine substantiellen Zusammenhänge zwischen den Variablen. Um auszuschließen, dass die metrische Interpretation der elfstufig skalierten abhängigen Variable in der OLS-Regression problematisch ist, berechneten wir Modell 4 auch als ordinales logistisches Regressionsmodell. Dies erbrachte keine Veränderung der Resultate. Wir berechneten alle Modelle nochmals ohne die Kontrollvariablen. Auch dies änderte nichts an den hier präsentierten Ergebnissen. Insgesamt lässt sich

daher aus unserer Sicht vorsichtig konstatieren, dass der Verwundbarkeits-Perspektive, deren Effekte wir in Hypothese 1 ableiteten, eine substantielle Erklärungskraft zugesprochen werden kann. Im Gegensatz dazu ließ sich für die in Hypothese 2 erwarteten Effekte der ‚Nationalist backlash'-Perspektive nur andeutungsweise empirische Unterstützung finden. Schließlich konnten wir Belege für nach Ländern variierende Effekte auf individueller Ebene finden, diese folgen allerdings nicht oder nur in begrenztem Maße jenen Erwartungen, die wir in Hypothese 3 aufgestellt hatten.

5 Zusammenfassung

In diesem Artikel haben wir einen ersten Scheinwerfer auf die Effekte der Finanzkrise auf die Entwicklung euroskeptischer Einstellungen innerhalb der Bevölkerung gerichtet. Darüber hinaus haben wir gezeigt, dass auf nationaler Ebene diese Einstellungen im Zuge der Krise verstärkt Auswirkungen auf die Wahlabsicht zugunsten euroskeptischer und/oder extremistischer Parteien haben. Theoretisch argumentieren wir anhand zweier Perspektiven, dass sich der Euroskeptizismus (in Teilen) der Bevölkerung durch die Finanzkrise verstärkt. Diese Perspektiven nennen wir jeweils die Verwundbarkeits- und die ‚Nationalist backlash'-Perspektive. Zumindest für die beiden Länder, die wir in diesem Artikel empirisch untersucht haben, scheinen sich nur die Erwartungen, die sich aus der Verwundbarkeits-Perspektive ableiten lassen, durch die Daten vorsichtig bestätigen zu lassen. Hinsichtlich der Hypothesen der ‚Nationalist backlash'-Perspektive beobachteten wir gemischte Effekte. Schließlich bleibt im Hinblick auf die länderspezifischen Hypothesen festzuhalten, dass der Länderkontext einerseits Auswirkungen darauf hat, wie die Krise individuelle Einstellungen gegenüber der EU verändert. Andererseits wird zukünftige Forschung die Kausalketten solcher Effekte wesentlich elaborierter herausarbeiten müssen als es im Rahmen dieses explorativen Artikels möglich war. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt bereits eine der beiden Perspektiven als falsifiziert ansehen. Im Gegenteil sehen wir für die weitere Überprüfung der theoretischen Perspektiven gespannt möglichen Daten aus zukünftigen anderen Umfragen entgegen, die auch west-europäische Länder inkludieren. Erst mithilfe dieser weiteren Analysen werden wir beurteilen können, ob uns beide, nur eine oder gar keine der Perspektiven in der Erklärung der Entwicklung euroskeptischer Einstellungen voranbringen.

Abschließend betrachtet ist uns wohl bewusst, dass die in diesem Artikel präsentierten empirischen Befunde nur einen ersten Schritt in der Untersuchung von Effekten der Finanzkrise darstellen. Wir wollten hier nicht nur neue Ideen dazu einführen, warum und wie die Finanzkrise zu einer Veränderung im Euroskeptizismus der Bevölkerung in EU-Staaten führt, sondern diese Konzeptionen darüber hinaus mit selbst erhobenen Umfragedaten aus zwei Ländern testen. Da wir trotz der Restriktion der Daten auf zwei Länder in der Lage waren, einige erste Robustheits-Tests durchzuführen, sind wir zumindest vorsichtig optimistisch, dass die generelle Idee unserer theoretischen Perspektiven und unser Zugang einiges von dem einfangen, was in der Realität tatsächlich vor sich geht. Dies ist für uns ein Ansporn zu weiterer und vertiefter Forschung.

Literatur

Anderson, Christopher J. 1998. When in doubt, use proxies. Attitudes toward domestic political and support for European integration. *Comparative Political Studies* 31 (5): 569–601.

Bailey, Michael A. 2003. The politics of the difficult: Congress, public opinion, and early Cold War aid and trade policies. *Legislative Studies Quarterly* 28 (2): 147–177.

Banducci, Susan A., Jeffrey A. Karp, und Peter H. Loedel. 2003. The Euro, economic interests and multi-level governance. Examining support for the common currency. *European Journal of Political Research* 42 (5): 685–703.

Boomgarden, Hajo G., Andreas R. T. Schuck, Matthijs Elenbaas, und Claes H. de Vreese. 2011. Mapping EU attitudes. Conceptual and empirical dimensions of euroscepticism and EU support. *European Union Politics* 12 (2): 241–266.

Burgoon, Brian. 2009. Globalization and backlash: Polanyi's revenge? *Review of International Political Economy* 16 (2): 145–177.

Burstein, Paul. 2003. The impact of public opinion on public policy. *Political Research Quarterly* 56 (1): 29–40.

Carrubba, Clifford. 2001. The electoral connection in European Union politics. *The Journal of Politics* 63 (1): 141–158.

De Vries, Catherine. 2007. Sleeping giant: Fact or fairytale? How European integration affects national elections. *European Union Politics* 8 (3): 363–385.

De Vries, Catherine, und Erica Edwards. 2009. Taking Europe to its extremes. Extremist parties and public euroscepticism. *Party Politics* 15(1): 5–28.

De Vries, Catherine, und Kees Van Keersbergen. 2007. Interests, identity and political allegiance in the European Union. *Acta Politica* 42 (2): 307–328.

De Wilde, Pieter. 2011. No polity for old politics? A framework for analyzing the politicization of European integration. *Journal of European Integration* 33 (5): 559–575.

De Wilde, Pieter, und Michael Zürn. 2012. Can the politicization of European integration be reversed? *Journal of Common Market Studies* 50 (S1): 137–153.

Ehrlich, Sean, und Cherie Maestas. 2010. Risk orientation, risk exposure, and policy opinions. The case of free trade. *Political Psychology* 31 (5): 657–684.

European Commission. 2012. Report from the Commission of the European Parliament and the Council on progress in Romania under the cooperation and verification mechanism Brussels, July 18. http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2012_410_en.pdf. Zugegriffen: 10. Sep 2014.

Feldman, Stanley, und Karen Stenner. 1997. Perceived threat and authoritarianism. *Political Psychology* 18 (4): 741–770.

Green-Pedersen, Christoffer. 2012. A giant fast asleep? Party incentives and the politicisation of European integration. *Political Studies* 60 (1): 115–130.

Hug, Simon. 2002. *Voices of Europe. Citizens, referendums, and European integration*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Jost, John T., Arie W. Kruglanski, Jack Glaser, und Frank J. Sulloway. 2003. Political conservatism as motivated social cognition. *Psychological Bulletin* 129 (3): 339–375.

Kaufmann, Bruno, und M. Dane Waters, Hrsg. 2004. *Direct democracy in Europe. A comprehensive reference guide to the initiative and referendum process in Europe*. Durham: Carolina Academic Press.

Klarevas, Louis. 2002. The ‚Essential Domino' of military operations: American public opinion and the use of force. *International Studies Perspective* 3 (4): 417–437.

Kopecký, Petr, und Cas Mudde. 2002. The two sides of euroskepticism. Party positions in European integration in East Central Europe. *European Union Politics* 3 (3): 297–326.

Krouwel, André, und Koen Abts. 2007. Varieties of euroscepticism and populist mobilization. Transforming attitudes from mild euroscepticism to harsh eurocynicism. *Acta Politica* 42 (2–3): 252–270.

Linden, Ronald H., und Lisa M. Pohlman. 2003. Now you see it, now you don't. Anti-EU politics in Central and Southeast Europe. *European Integration* 25 (4): 311–334.

Lubbers, Marcel, und Peer Scheepers. 2010. Divergent trends of euroscepticism in countries and regions of the European Union. *European Journal of Political Research* 49 (6): 787–817.

Mair, Peter. 2000. The limited impact of Europe on national party systems. *West European Politics* 23 (4): 27–51.

Markowski, Radosław, und Joshua A. Tucker. 2010. Euroscepticism and the emergence of political parties in Poland. *Party Politics* 16 (4): 523–548.

Marks, Gary, und Marco R. Steenbergen, Hrsg. 2004. *European integration and political conflict*. Cambridge: Cambridge University Press.

McLaren, Lauren. 2002. Public support for the European Union. Cost/benefit analysis or perceived cultural threat? *The Journal of Politics* 64 (2): 551–566.

McLaren, Lauren. 2007. Explaining mass level euroscepticism. Identity, interests, and institutional distrust. *Acta Politica* 42 (2): 233–251.

Nail, Paul R., und Ian McGregor. 2009. Conservative shift among liberals and conservatives following 9/11. *Social Justice Research* 22 (2–3): 231–240.

Neumayer, Laure. 2008. Euroscepticism as a political label. The use of European Union issues in political competition in new member states. *European Journal of Political Research* 47 (1): 135–160.

Ray, Leonard. 2007. Mainstream euroscepticism. Trend or oxymoron? *Acta Politica* 42 (2–3): 152–172.

Sattler, Thomas, und Johannes Urpelainen. 2012. Explaining public support for international integration. How do national conditions and treaty characteristics interact with individual beliefs? *The Journal of Politics* 74 (4): 1108–1124.

Schoen, Harald. 2007. Personality traits and foreign policy attitudes in German public opinion. *Journal of Conflict Resolution* 51 (3): 408–430.

Sobel, Richard. 2001. *The impact of public opinion on U.S. foreign policy*. Oxford: Oxford University Press.

Spiegel, Peter. 2012. Slovakia's PM pledges fealty to Brussels. *Financial Times,* 17. April 2012. http://www.ft.com/cms/s/0/5c5ff3e8-86df-11e1-865d-00144feab49a.html#axzz2lwe5Mitp. Zugegriffen: 28. Nov. 2013.

Stier, Gabor. 2011. Prime Minister Orban: We will not allow Brussels dictating us their terms. Eurodialogue 18.04.2011. http://eurodialogue.org/eastern-partnership/Prime-Minister-Orb%C3%A0n-We-Will-Not-Allow-Brussels-Dictating-Us-Their-Terms. Zugegriffen: 10. Juli 2013.

Szczerbiak, Aleks, und Paul Taggart, Hrsg. 2008a. *Opposing Europe? The comparative party politics of euroscepticism. Volume 1, case studies and country surveys*. Oxford: Oxford University Press.

Szczerbiak, Aleks, und Paul Taggart, Hrsg. 2008b. *Opposing Europe? The comparative party politics of euroscepticism. Volume 2, comparative and theoretical perspectives*. Oxford: Oxford University Press.

Taggart, Paul. 1998. A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary Western European party systems. *European Journal of Political Research* 33 (3): 363–388.

Taggart, Paul, und Aleks Szczerbiak. 2001. Parties, positions and Europe. Euroscepticism in the EU candidate states of Central and Eastern Europe. Sussex European Institute Working Paper No. 46. http://www.sussex.ac.uk/sei/documents/sei-working-paper-no-46.pdf. Zugegriffen: 10. Sep 2014.

Van der Brug, Wouter, und Cees Van der Eijk, Hrsg. 2007. *European elections & domestic politics. Lessons from the past and scenarios for the future*. Notre Dame: University of Notre Dame Press.

Van der Eijk, Cees, und Mark N. Franklin. 2007. The sleeping giant: Potential for political mobilization of disaffection with European integration. In *European elections & domestic politics. Lessons from the past and scenarios for the future*, Hrsg. Wouter Van der Brug und Cees Van der Eijk, 189–208. Notre Dame: University of Notre Dame Press.

Wagschal, Uwe. 2007. Direktdemokratie und europäische Integration. In *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich*, Hrsg. Markus Freitag und Uwe Wagschal, 41–70. Berlin: Lit Verlag.

Werts, Han, Peer Scheepers, und Marcel Lubbers. 2013. Euroscepticism and radical right-wing voting in Europe, 2002–2008: Social cleavages, socio-political attitudes and contextual characteristics determining voting for the radical right. *European Union Politics* 14 (2): 183–205.

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:197–209
DOI 10.1007/s12286-014-0206-9

AUFSÄTZE

ZEITSCHRIFT FÜR
VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT

The physical attractiveness of front-runners and electoral success

An empirical analysis of the 2004 European Parliament elections

Ulrich Rosar · Markus Klein

Published online: 3 October 2014

Abstract Past research has impressively shown that the physical attractiveness of politicians influences their electoral success. A large part of the existing literature analyses single-member constituencies in parliamentary elections, presidential elections and open lists in proportional representation systems. In contrast, relatively little is known about the effects of the physical attractiveness of front-runners in multiple member constituencies. This paper fills the research gap. Taking the 2004 European Parliament elections as an example, it analyses the influence of front-runners' physical attractiveness on the electoral success of their respective parties and combined lists. Voter behaviour is captured by real-life election results in the 64 constituencies of the 2004 European Parliament elections. The attractiveness of the front-runners is estimated according to the *Truth-of-Consensus Method*. Twenty-four students were shown portrait photographs of the candidates and were asked to rate each candidate's attractiveness. The attractiveness score of a candidate is then computed by averaging the different ratings he or she has received. Multilevel analyses show that front-runners' attractiveness substantially influences election results.

Keywords European Election · European Parliament elections · Electoral success · Physical attractiveness · Multilevel analysis

Prof. Dr. U. Rosar (✉)
Lehrstuhl Soziologie II, Institut für Sozialwissenschaften,
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,
Universitätsstr. 1,
40225 Düsseldorf, Deutschland
e-mail: rosaru@uni-duesseldorf.de

Prof. Dr. M. Klein
Institut für Politische Wissenschaft, Lehrgebiet Politische Soziologie,
Leibniz Universität Hannover,
Schneiderberg 50,
30167 Hannover, Deutschland
e-mail: m.klein@ipw.uni-hannover.de



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_10, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Physische Attraktivität von Spitzenkandidaten und Wahlerfolg
Eine empirische Analyse der Europawahl 2004

Zusammenfassung Frühere Studien haben bereits auf beeindruckende Weise gezeigt, dass die physische Attraktivität von Politikern ihren Wahlerfolg beeinflusst. Ein Großteil der verfügbaren Arbeiten untersucht dabei Einerwahlkreise bei Parlamentswahlen, Wahlen nach präsidentieller Wahllogik und offene Listen bei proportionalen Verhältniswahlen. Relativ wenig ist hingegen über den Einfluss der physischen Attraktivität von Spitzenkandidaten in Mehrpersonenwahlkreisen bekannt. Dieser Beitrag schließt diese Lücke. Am Beispiel der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 analysiert er den Einfluss der physischen Attraktivität der Spitzenkandidaten auf den Erfolg ihrer jeweiligen Parteien bzw. Listenverbindungen. Das Wahlverhalten wird dabei über die Wahlergebnisse in den 64 Wahlkreisen der Europäischen Parlamentswahl 2004 abgebildet. Die Attraktivität der Spitzenkandidaten wird anhand der Truth of Consensus-Methode approximiert. 24 Studierenden wurden dazu Portraitfotographien der Kandidaten mit der Aufforderung vorgelegt, die Attraktivität der abgebildeten Personen anhand einer Skala zu bewerten. Der Attraktivitätsscore der Kandidaten ist der Durchschnittswert der erreichten Attraktivitätsurteile. Mittels Mehrebenenanalysen wird nachgewiesen, dass die Attraktivität der Spitzenkandidaten substantiell das Wahlergebnis beeinflusst.

Schlüsselwörter Europawahl · Europäische Parlamentswahl · Wahlerfolg · Physische Attraktivität · Mehrebenenanalyse

It is an advantage for both men and women to be good-looking. You get more notice, and politics is all about being noticed. Visibility is key. (...) I have been given the benefit of being unusually tall for a woman and relatively good-looking. It would be foolish not to make use of that. Pictures are increasingly important in a media democracy. Your opinion on the matter is irrelevant. It just is. Those are the rules of the game.

Silvana Koch-Mehrin
Front-Runner of the German Liberal Party at the 2004 European election, Member of the European Parliament. (The quotation is taken from an interview with Silvana Koch-Mehrin published in the German magazine 'STERN' (Issue 10/2005). Translation by the authors.)

1 Introduction and outline

The above quotation by Silvana Koch-Mehrin, the German Liberal Party's front-runner in the 2004 European election, exemplifies a very widespread belief in the advantages of personal attractiveness in politics. It begs the question of whether this belief is based in fact or is more the wishful thinking of an unarguably attractive politician. For obvious reasons, we intend to pursue this question with regard to the European election 2004. This article investigates what effects the physical attractiveness of front-runners had on the vote share of their respective party or combined list in this election.

We have, however, not only chosen the European election 2004 as a subject for investigation because Silvana Koch-Mehrin was running as a candidate. The analysis

of a European election also enables the investigation of the effects of front-runners' physical attractiveness in large (in some cases national) multi-member constituencies. Yet empirical analyses have hitherto mainly focused on single-member constituencies, presidential elections and open lists in proportional representation systems. As the electoral systems for European elections differ between member states, it also allows for the investigation of the influence that features of the electoral system had on the degree of influence of front-runners' physical attractiveness on the electoral success of their party/combined list. This offers the possibility of identifying areas for institutional adjustment which the legislator can use to repel this influence – assuming it is regarded by the legislator as normatively undesirable.

The rest of the paper is divided into five parts. Initially the current state of research on the effects of politicians' physical attractiveness is presented. Here, there will be particular emphasis on those analyses that deal with the effects of politicians' physical attractiveness on their electoral success and/or the success of their party (Sect. 2). Following on from this, several theoretical expectations are derived related to the impact of front-runners' physical attractiveness at the European election 2004 (Sect. 3). After a short description of the available data (Sect. 4), the results of the empirical analyses are presented (Sect. 5). The paper ends with several short conclusions (Sect. 6).

2 State of research

The state of research on the impact of politicians' physical attractiveness is limited. This is particularly the case if one is interested in its effects on *real* election results. The first, basic analysis on this subject was published in 1974 under the title 'Voters vote beautiful' (Efran and Patterson 1974). In this treatise the authors were able to show that, at the Canadian parliamentary election 1972, the vote share of the 79 candidates in the 21 constituencies in the Toronto region was clearly influenced by the candidates' physical attractiveness: attractive candidates thus received a vote share that was on average 21 % points higher than that of unattractive candidates (Efran and Patterson 1974, p. 354). The problem with this work, however, is that the candidates of major parties were much more attractive than those of minor parties.

"Since many of the candidates in the unattractive group were members of minor parties it is difficult to say, whether this group of candidates lost votes because of their party affiliation or their appearance, or because of both. Unfortunately, it was not possible to analyse meaningfully the effect of appearance with respect to the major party candidates alone because the variability of both appearance and obtained vote is greatly reduced when candidates are excluded on the basis of party affiliation." (Efran and Patterson 1974, p. 354)

Despite this significant inadequacy of the study by Efran and Patterson the research questions they raised were not followed up for a considerable time. In the meantime, several studies appeared that tackle the impact of politicians' physical attractiveness by means of experiments and surveys (e.g., Budesheim and DePaola 1994; Klein and Ohr 2000; Klein and Rosar 2007; Rosar and Ohr 2005; Sigelman et al. 1986, 1987). Yet none of these studies is related in any way to the actual results

of real elections. This does not apply to the seminal paper by Todorov et al., which investigated the inferences of competence based on portrait photographs (Todorov et al. 2005). Todorov et al. were able to show that at the American Senate elections of 2000, 2002 and 2004 there was a 71.6 % probability of correctly predicting the winner in each state based on these inferences of competence. In the elections for the House of Representatives in 2002 and 2004 this figure was still 66.8 %. However, the authors claimed that they 'ruled out the possibility that the age, attractiveness, and/or familiarity with the faces of the candidates could account for the relationship between inferences of competence and election outcomes' (Todorov et al. 2005, p. 1625). In a commentary on this study Zebrowitz and Montepare (2005) pointed out that the decisive variable behind the inferences of competence could be the 'mature-' or 'babyfacedness' of the candidates (see also Poutvaara et al. 2009). Yet from the point of view of sociopsychological attractiveness research, these are classic features of male attractiveness/unattractiveness (Olivola and Todorov 2010).

During the last few years, some more papers about the influence of politicians' physical attractiveness on real-life election results were published. These papers deal with open lists in proportional representation electoral systems (Berggren et al. 2010; Lutz 2010), presidential elections (Lawson et al. 2010; Rosar et al. 2012), preferential voting systems (Banducci et al. 2008; Leigh and Susilo 2009) and multi-member plurality systems (Banducci et al. 2008). These studies show significant effects of the attractiveness of the candidates on their election results.

The authors of the present paper have discussed the influence of the attractiveness of candidates in single-member constituencies on their actual electoral success in a number of works. They were able to demonstrate that, for the German federal election 2002, the attractiveness of constituency candidates from the two main parties (Social Democratic Party[1] and Conservative Party[2]) exerted an influence on their share of candidate votes (Klein and Rosar 2005). Furthermore, a later analysis of the German federal election 2005 showed that such an influence existed also for the share of party votes obtained in the constituency. Moreover, such influences could also be proven for the candidates of the three smaller parties—Liberal Party[3], Green Party[4] and Socialist Party[5] (Klein and Rosar 2008). Finally, an investigation of the North Rhine-Westphalia state election in Germany in 2005 was also able to show that the effects of constituency candidates' attractiveness on the election result can be proved even if the electoral system does not provide for separate candidate and party votes (Rosar et al. 2008). A recent study arrived at similar findings for the Australian parliamentary elections in 2004 (King and Leigh 2007).

As a desideratum of previous research it must, however, be recognized that the available works are almost exclusively concerned with single-member constituencies in parliamentary elections, presidential elections and open lists in proportional representation systems. The question was therefore raised whether comparable

[1] Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).

[2] Christlich Demokratische Union (CDU) and Christlich Soziale Union (CSU).

[3] Freie Demokratische Partei (FDP).

[4] Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE).

[5] Die Linkspartei (DIE LINKE).

mechanisms also existed in relation to the front-runners in large multi-member constituencies (Rosar and Klein 2013). This question will be addressed in the present paper using the example of the European election 2004. Special attention is paid to a possible context dependence of the effect of candidates' attractiveness.

3 Theoretical expectations relating to the Impact of Front-Runners' Physical Attractiveness at the European Election 2004

The aspects of attractiveness research that are relevant for empirical election research have already been extensively outlined in other places (Klein and Rosar 2005; Rosar et al. 2008). Therefore, only the most important components of the line of argument are recapped here. Attractiveness research starts from the proposition that the attractiveness of a person can be determined relatively unambiguously. Consequently, beauty is not in the eye of the beholder, but lies rather in the external characteristics of the person being observed (Köhler 1984, p. 140). Thus there is a relatively high consensus in how various observers rate the attractiveness of a certain individual. This phenomenon is what is termed the *attractiveness consensus* (Cunningham 1986; Cunningham et al. 1986, 1995; Henss 1987, 1992; Iliffe 1960). Moreover, attractiveness results in clearly describable effects. Thus, attractive people are attributed with a whole range of positively regarded personality traits as part of the so-called *attractiveness stereotype* (Dermer and Thiel 1975; Dion et al. 1972; Eagly et al. 1991; Feingold 1992; Miller 1970); they receive greater attention (Maner et al 2003); and they are treated much better by their social environment than unattractive people (Dion and Berscheid 1974; Ritter et al. 1991; Stephan and Langlois 1984). All these effects should then also apply to attractive politicians. Our analysis consequently starts with the basic hypothesis that parties and combined lists with attractive front-runners should have greater chances of electoral success.

If one attempts to define more precisely the effect that the attractiveness of front-runners has on the electoral success of their parties, this results in the following basic chain of cause and effect: due to the attractiveness consensus, voters are believed to arrive at very similar judgements about the attractiveness of the front-runners. Attractive front-runners are attributed with a range of favorable traits from which voters gain an expectation of superior political performance which in turn supposedly colors the evaluation of their party or combined list. Voters also pay attractive front-runners much more attention which leads to them – and their parties – being better remembered and having more presence during the process of the voters' decision-making. As a result, also the likelihood increases of parties with attractive front-runners being elected.

The electoral system used at the European election 2004 was not the same across the 25 member states (Nohlen 2004). Thus, it was left, among other things, to the national legislators to decide whether to make the population's participation in the election compulsory or not, whether to divide the election area into sub-national constituencies or not, whether to introduce a barring clause or to enable preference voting, i.e., flexible lists. For all these elements of the electoral system it is possible to formulate theoretical expectations of how these elements will affect the strength of

impact that front-runners' physical attractiveness has on the electoral success of their parties. Thus, the introduction of an electoral duty could strengthen this effect as this would increase the number of politically disinterested and uninformed voters taking part in the election. This could make voters base their decisions on more superficial criteria. By contrast, the existence of sub-national constituencies should reduce the impact that attractiveness has on electoral success as this would mean that individual front-runners would be allocated less space in the national media's reporting and therefore the front-runners should be less prominent to voters. A barring clause could again lessen the effects of candidate attractiveness as in this case voter decisions may be based more on tactical voting. Then, finally, there remain free lists: through the medium of preference voting the electorate may then, for the first time, have an incentive to look more closely at the candidates placed behind the front-runners. This could also reduce the impact of front-runners' physical attractiveness on the election result.

4 Database

The empirical analyses outlined in the following were based on a hierarchically structured data set with two levels. The second level of the data set is related to the 25 countries in which the 2004 election to the European Parliament was held. If one of these countries had only been composed of a single national constituency in the European election 2004, this country was represented in the second data set level as *one* case. If, however, a country had been divided into several constituencies, then each of these subnational constituencies represented its own level-2 unit. The latter applied to Belgium (3 constituencies), France (8 constituencies), Italy (5 constituencies), Ireland (4 constituencies), Poland (13 constituencies) and the United Kingdom (12 constituencies). In total, the level-2 data set comprised 64 constituencies, of which 19 corresponded to an entire country.[6] For these constituencies there were several level-2 variables available: the number of parties, combined lists and independent candidates running in each constituency, the information about sub-national constituencies (if applicable) as well as data about the respective electoral laws of the constituency (electoral duty, barring clause, flexible candidate lists).

In order to prevent countries with a large number of constituencies from disproportionately influencing the results of the empirical analyses, a weighting variable was also created that weighted the 64 constituencies in such a way that all 25 countries were represented with equal weights.[7] The equal weighting of all countries seemed appropriate, since we were particularly interested in the context dependence of the

[6] Strictly speaking, the data set had three levels, as the 64 constituencies could clearly each be assigned to the 25 countries. Also, the features of the electoral system were, in reality, level-3 variables as the electoral system was controlled uniformly at the country level. Yet, such a complex level-3 model cannot be estimated as 19 of the total 25 level-3 units only consisted of a single level-2 unit. Consideration of the country level has therefore been avoided and the electoral system variables have been treated as level-2 variables instead.

[7] Within a country with several sub-national constituencies, the constituencies were weighted relative to each other according to their population.

attractiveness effect. Against this background, it may be plausible that the various institutional arrangements should have equal impact on the results of the empirical analysis.

The cases at the first level of the data set represented all parties and combined lists that were running at the European election in the 64 constituencies and that were able to gain at least one per cent of the valid votes. If a party was competing in several sub-national constituencies in a country, it was recorded in the data set multiple times according to its number of candidateships (provided that the party gained at least one per cent of votes in each case). This resulted in a total of 574 cases in the level-1 data set. For each of these cases, the proportion of votes obtained at the European election was recorded for each constituency and added to the data set as a level-1 variable. In addition, the result at the latest general national parliamentary election was included in the data set in each case (where '0' represented the absence of a candidateship at this election).[8] We used this variable in our empirical analysis as a kind of omnibus-control variable, since it covers in some way all conceivable influences on the electoral success of the various parties and combined lists in the different countries. Furthermore, it was also recorded whether a party at the time of the European election was represented in the respective national government[9], if it had an anti-European program[10] and if it was already a member of the European Parliament before the election[11] (in each case as dummy variables).

As this article focuses on the influence of front-runners' physical attractiveness on electoral success, each party's or combined list's constituency front-runner was identified and the corresponding details of their sex, age and attractiveness were included in the level-1 data set. While sex and age could be determined with relative ease, the identification of candidates' attractiveness proved much more difficult. As is usual in attractiveness research, portrait photographs of the candidates were used as a basis for measuring attractiveness. These photographs were researched on the internet, and in the case of 47 candidates it was not possible to find a suitable photograph. The number of level-1 units available for the empirical analyses was thereby reduced to 527 (=91.8 %).

The actual measurement of attractiveness was carried out using the *Truth of Consensus Method* (Patzer 1985, p. 17). In this, a group of participants (with each participant acting independently) rated a person's attractiveness, and by averaging the individual ratings this provided a measured value of the person's attractiveness. The basis for this process was the aforementioned *attractiveness consensus*, the observation that a person's attractiveness is a feature which various observers perceive in a

[8] The representation of these variables was possible because, in all cases where the countries contained several constituencies at the European election 2004, these constituencies covered the same area as one or more constituencies at the last national parliamentary elections.

[9] In the case of combined lists it was deemed sufficient if at least one of the participating parties was represented in the national government.

[10] The classification was made based on the political statements of the parties or combined lists on their (election campaign) homepages. A program was considered anti-European if a party or combined list generally rejected the EU or European unity or if it argued against the central political projects of the EU.

[11] In the case of combined lists it was deemed sufficient if at least one of the participating parties was already represented in the European Parliament before the election.

very similar way (Grammer et al. 2003; Henss 1987, 1992; Iliffe 1960). Variations in attractiveness rating were therefore essentially attributable to secondary differences in taste between the observers. At the same time this meant that even with a very small, non-representative group of participants a comparable, stable and dependable attractiveness measurement could be achieved. In the literature it is generally seen as sufficient if the attractiveness classification is based on the ratings of two dozen people. The average attractiveness value is then said to be so stable that one is unlikely to achieve a different result even with a large number of participants (Henss 1992, p. 308).

The measurements used in this study of front-runners' attractiveness were based on assessments supplied by 12 male and 12 female sociology students from the University of Cologne, aged between 20 and 26. These students were paid for their participation in the study and were able to rate the candidates' photographs from their home PCs through an online questionnaire. In the survey, each photograph was presented on an individual page and was scaled to the same height.[12] The participants received no information at all about the people they had to evaluate. Assessment was carried out via a seven-point scale with the extremes 'unattractive' (coded as '0' in the data set) and 'attractive' (coded as '6' in the data set). An analysis of the reliability of individual ratings confirmed empirically the expected high consensus in the evaluation of attractiveness. According to common practice in attractiveness research, the participants were considered as variables and the photographs as cases. Cronbach's alpha here was 0.95. In addition, each assessor was presented with nine of the pictures twice for the purposes of ascertaining individual response stability. In this case the average Cronbach's alpha for the 24 assessors was 0.83 (with a standard deviation of 0.13).

The ratings of the 24 assessors were calculated according to the *Truth of Consensus Method* by averaging the attractiveness scores and including the result in the data set as another level-1 variable. The average attractiveness score was 2.05. The lowest value was 0.08 and the highest 5.33. Table 1 represents the attractiveness score of the candidates according to sex and age. There it is shown that attractiveness varied considerably with sex and age, to the effect that young people appeared more attractive than old people, and women more attractive than men. These patterns corresponded to the findings frequently replicated in sociopsychological attractiveness research (for an overview: Henss 1992).

5 Empirical analyses

As has been previously mentioned, the data was hierarchically structured and thus the data analysis was carried out by means of the statistical technique of multi-level analysis (Hox 2002; Snijders and Bosker 1999). The models' dependent variable is

[12] The pictures were sorted according to country and the order of the presentation corresponded to the alphabetical order of the countries' international code on vehicle license plates. In countries with a number of sub-national constituencies the pictures were grouped according to constituency and these sets were presented in a random order. Within the country or constituency, the sets of photographs were also presented in a random order.

Table 1 Front-Runners' Attractiveness by Sex, and by Age. (Source: Own data)

	Mean	Standard Deviation	*N*	η
All	2.05	0.89	527	
By Sex				
Male	1.83	0.66	415	0.48^{**}
Female	2.87	1.10	112	
By Age				
younger than 35 years	2.80	1.24	38	
35 years up to 44 years	2.46	1.02	88	
45 years up to 54 years	2.04	0.84	195	0.37^{**}
55 years up to 64 years	1.79	0.58	152	
65 years and older	1.62	0.65	54	

*$p<0.05$; **$p<0.01$; ***$p<0.001$

the share of the votes obtained at the European election 2004 by the various parties or combined lists in the constituencies. For the analyses, the data were weighted with the aforementioned level-2 weighting variable. In the first modeling stage all available level-1 predictors were entered with fixed effects into the model and the intercept was modeled in dependence on the number of available voting options in the constituency (Model 1 in Table 2). The results show that, consistent with our expectation, the vote share tends to fall with an increasing number of voting options in the constituency. Furthermore, it can be demonstrated that front-runners' attractiveness has a clear effect on vote share: with every increase in attractiveness by one scale point, the proportion of votes gained by the candidates' party or combined list rises by approximately 1.5% points. Consequently, front-runners' attractiveness in this model is able to produce a change in vote share by up to 9% points. Significant effects also result from the election result at the last national election, membership in the national government, membership in the European Parliament and the age of the front-runner. All these effects point in a theoretically plausible direction: the vote share of a voting option at European elections is heavily influenced by its national vote share. Membership of a national government tends to decrease the vote share and membership of the European Parliament increases it. Finally, older front-runners are able to mobilize more electoral support than younger front-runners.

In an additional modeling stage (Model 2 in Table 2), the effect of candidates' attractiveness on vote share are set free and it is tested whether this effect varies significantly over the 64 level-2 units. Here it is shown that such variation does in fact occur and, thus, the impact of attractiveness differs at the constituency-level. A further modeling stage attempts to explain the strength of the attractiveness effect through the available level-2 variables (Model 3 in Table 2). The only significant finding is that candidate attractiveness has less of an effect in subnational constituencies than in national constituencies. Significant cross-level interactions are, however, not demonstrated with the presence of electoral duty, a barring clause or flexible lists. These variables are therefore excluded from the model in the final modeling stage (Model 4 in Table 2).

In order to achieve the most vivid impression of the impact of front-runners' attractiveness on their parties' or combined lists' vote share, a simple simulation was finally carried out. Based on Model 4 from Table 2 it is calculated how the vote

Table 2 A Multi-Level Model of the Determinants of the Electoral Support for a Party or Combined List at the 2004 European Election. (Source: Own data)

Level-1-Variables / Level-2-Variables	Model 1	Model 2	Model 3	Model 4
Fixed effects				
Intercept				
Intercept	−0.96	−0.96	−1.55	−1.15
Number of parties in the constituency	−0.10*	−0.10*	−0.09	−0.10*
Attractiveness of front-runner				
Intercept	1.49**	1.49**	1.78**	1.57**
Subnational constituency			−0.49*	−0.41*
Electoral duty			0.29	
Barring clause			−0.33	
Preference voting is possible			−0.18	
Sex of front-runner: female	−2.06	−2.06	−1.97	−2.08
Age of front-runner: (rc = younger than 35 years)				
35 years up to 44 years	1.26	1.26	1.40	1.34
45 years up to 54 years	2.32	2.32	2.53	2.43
55 years up to 64 years	3.32**	3.32**	3.44**	3.41**
65 years and older	4.36**	4.36**	4.53**	4.45**
Result at the last national general election	0.71**	0.72**	0.71**	0.71**
Membership in the national government	−3.98**	−3.98**	−4.07**	−4.06**
Anti-European program	1.21	1.21	1.57	1.40
Representation in the European parliament	2.08*	2.08*	2.29*	2.17*
Random effects				
Variance of intercept	0.01	0.10	0.11	0.10
Variance of 'attractiveness of front-runner'-slope		0.02*	0.02*	0.02*
Deviance	3,441.32	3,441.34	3,437.53	3,439.43
Number of parameters	14	16	20	17

Entries are unstandardized coefficients; unweighted Level 1-N = 527; unweighted Level 2-N = 64

rc reference category

*$p<0.05$; **$p<0.01$; ***$p<0.001$

share of each voting option would have changed if its front-runner had been highly attractive (meaning that, in each case, candidate attractiveness is set at the observed maximum of 5.3 (Monika Benova) for the projection calculation). This results in an average vote share increase of 4.9 % points in national constituencies and 3.8 % points in sub-national constituencies. The maximum vote increase that occurs was 8.2 and 5.8 % points, respectively[13]. It should also be borne in mind that these vote gains are at the expense of other parties or combined lists and therefore the influence of front-runners' physical attractiveness on the election result is, without doubt, considerable.

When interpreting these findings, however, the following restriction must be kept in mind: Our multilevel model determines the effect of physical attractiveness while

[13] A tabulary presentation of simulation results was not utilized in favour of following a stringent structure. Further details can be obtained from the authors upon request.

keeping constant all other independent variables. At the same time, our empirical analysis has shown that the physical attractiveness of the candidates is not independent of their age (Table 1): Attractive candidates tend to be younger than unattractive candidates. According to the results of our multilevel analysis younger candidates get fewer votes than older candidates (Table 2). The effect of physical attractiveness is therefore partially compensated by the effect of age.

6 Summary and conclusions

The results of the empirical analyses reported in this paper extend the available knowledge on the impact of politicians' physical attractiveness. Until now it could be ascertained that, at national parliamentary elections, candidates' physical attractiveness in the local constituencies is beneficial to their personal vote share and/or the constituency vote share of their respective parties (Efran and Patterson 1974; Klein and Rosar 2008; Rosar et al. 2008). It was also demonstrated that candidates in presidential elections (Rosar et al. 2012) and on open lists in proportional representation electoral systems (Berggren et al. 2010; Lutz 2010) benefit from their attractiveness.

Now it may also be asserted that a comparable situation exists for the front-runners of parties in the much larger (in some cases national) multi-member constituencies at the elections for the European Parliament. The extent to which this finding can be generalized to the front-runners at national parliamentary elections must, however, remain inconclusive. Due to the low level of citizens' interest in European elections it cannot be excluded that the laws underpinning these elections are different to the ones for national parliaments. This requires further research in future.

That the effects of the attractiveness of front-runners on the electoral success of their parties at the European election 2004 have been proved is not very surprising: the positive effects of physical attractiveness are widely documented in sociopsychological literature for many different areas of life. To our mind, there is no reasonable basis for the supposition that the political sphere should be an exception. What is much more surprising is that empirical research into the impact of politicians' attractiveness has hitherto only been accepted with much hesitation. Here we do not wish to speculate as to the reasons for this, rather we would like to contend that such issues are addressed much more thoroughly in future. Robust and detailed knowledge about the effects of politicians' physical attractiveness is not only important in terms of basic scientific research. Moreover it also enables an informed societal discussion of the normative evaluation of these influences and of possible politico-institutional counteractive measures. For example, our analyses have shown that the introduction of subnational constituencies might help to reduce the effect of front-runners' attractiveness on the election result.

References

Banducci, Susan A., Jeffrey A. Karp, Michael Thrasher, and Colin Rallings. 2008. Ballot photographs as cues in low-information elections. *Political Psychology* 29:903–917.

Berggren, Niclas, Henrik Jordahl, and Panu Poutvaara. 2010. The looks of a winner: Beauty and electoral success. *Journal of Public Economics* 94:8–15.
Budesheim, Thomas Lee, and Stephen J. DePaola. 1994. Beauty or the beast? The effects of appearance, personality, and issue information on evaluations of political candidates. *Personality and Social Psychology Bulletin* 20:339–348.
Cunningham, Michael R. 1986. Measuring the physical in physical attractiveness: Quasi-Experiments on the sociobiology of female beauty. *Journal of Personality and Social Psychology* 50:925–935.
Cunningham, Michael R., Anita P. Barbee, and Carolyn L. Pike. 1986. What do women want? Facialmetric assessment of multiple motives in the perception of male physical attractiveness. *Journal of Personality and Social Psychology* 59:61–72.
Cunningham, Michael R., Alan R. Roberts, Anita P. Barbee, Perri B. Druen, and Cheng-Huan Wu. 1995. Their ideas of beauty are, on the whole, the same as ours: Consistency and variability in the cross-cultural perception of female physical attractiveness. *Journal of Personality and Social Psychology* 68:261–279.
Dermer, Marshall, and Darrel L. Thiel. 1975. When beauty may fail. *Journal of Personality and Social Psychology* 31:1168–1176.
Dion, Karen K., and Ellen Berscheid. 1974. Physical attractiveness and peer perception among children. *Sociometry* 37:1–12.
Dion, Karen K., Ellen Berscheid, and Elaine Walster. 1972. What is beautiful is good. *Journal of Personality and Society Psychology* 24:285–290.
Eagly, Alice H., Richard D. Ashmore, Mona G. Makhijani, and Laura C. Longo. 1991. What is beautiful is good, but…: A meta-analytic review of research on the physical attractiveness stereotype. *Psychological Bulletin* 100:109–128.
Efran, Michael G., and E.W.J. Patterson. 1974. Voters vote beautiful: The effect of physical appearance on a national election. *Canadian Journal of Behavioural Science* 6:353–356.
Feingold, Alan. 1992. Good-looking people are not what we think. *Psychological Bulletin* 111:304–341.
Grammer, Karl, Bernhard Fink, Anders P. Møller, and Randy Thornhill. 2003. Darwinian Aesthetics: Sexual selection and the biology of beauty. *Biological Review* 78:385–407.
Henss, Ronald. 1987. Zur Beurteilerübereinstimmung bei der Einschätzung der physischen Attraktivität junger und alter Menschen. *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 18:118–130.
Henss, Ronald. 1992. *'Spieglein, Spieglein an der Wand…'. Geschlecht, Alter und physische Attraktivität.* Weinheim: Psychologie Verlags Union.
Hox, Joop J. 2002. *Multilevel analysis. Techniques and applications*. Mahwah: Lawrence Erlbaum.
Iliffe, Alan H. 1960. A study of preferences in feminine beauty. *British Journal of Psychology* 51:267–73.
King, Amy, and Andrew Leigh. 2007. *Beautiful politicians*. University of South Australia, typescript.
Klein, Markus, and Dieter Ohr. 2000. Gerhard oder Helmut. 'Unpolitische' Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998. *Politische Vierteljahresschrift* 41:199–224.
Klein, Markus, and Ulrich Rosar. 2005. Physische Attraktivität und Wahlerfolg. Eine empirische Analyse am Beispiel der Wahlkreiskandidaten bei der Bundestagswahl 2002. *Politische Vierteljahresschrift* 46:263–287.
Klein, Markus, and Ulrich Rosar. 2007. Ist Deutschland reif für eine Kanzlerin? Eine experimentelle Untersuchung aus Anlass der Bundestagswahl 2005. In *Die Bundestagswahl 2005: Analysen aus Sicht der Wahlforschung, der Kommunikationswissenschaft und der Parteienforschung*, eds. Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Barbara Pfetsch,and Bernhard Wessels, 271–291. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Klein, Markus, and Ulrich Rosar. 2008. *Physical attractiveness and electoral success. An empirical micro-macro-analysis at the example of the constituency-candidates at the German Federal Election 2005.* University of Cologne, typescript.
Köhler, Bernd. 1984. Physische Attraktivität und Persönlichkeitsmerkmale. In *Brennpunkte der Persönlichkeitsforschung, B and 1*, eds. Amelang, Manfred and Hans-Joachim Ahrens, 139–153. Göttingen: Hogrefe.
Lawson, Chappell, Gabriel S. Lenz, Andy Baker, and Michael Myers. 2010. Looking like a winner: Candidate appearance and electoral success in new democracies. *World Politics* 62:561–593.
Leigh, Andrew, and Tirta Susilo. 2009. Is voting skin-deep? Estimating the effect of candidate ballot photographs on election outcomes. *Journal of Economic Psychology* 30:61–70.
Lutz, Georg. 2010. The electoral success of beauties and beasts. *Swiss Political Science Review* 16: 457–480.

Maner, Jon K., Douglas T. Kenrick, D. Vaughn Becker, Andrew W. Delton, Brian Hofer, Christopher J. Wilbur, and Steven L. Neuberg. 2003. Sexually selective cognition: Beauty captures the mind of the beholder. *Journal of Personality and Social Psychology* 85:1107–1120.

Miller, Arthur G. 1970. Role of physical attractiveness in impression formation. *Psychonomic Science* 19 241–243.

Nohlen, Dieter. 2004. Wie wählte Europa? Das polymorphe Wahlsystem zum Europäischen Parlament. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 17:29–37.

Olivola, Christopher Y., and Alexander Todorov. 2010. Elected in 100 milliseconds: Appearancebased trait inferences and voting. *Journal of Nonverbal Behavior* 34:83–110.

Patzer, Gordon L. 1985. *The physical attractiveness phenomena*. New York: Plenum. p. 17.

Poutvaara, Panu, Henrik Jordahl, and Niclas Berggren. 2009. Faces of politicians: Babyfacedness predicts inferred competence but not electoral success. *Journal of Experimental Social Psychology* 45:1132–1135.

Ritter, Jean M., Rita J. Casey, and Judith H. Langlois. 1991. Adults' responses to infants varying in appearance of age and attractiveness. *Child Development* 62:68–82.

Rosar, Ulrich, and Markus Klein. 2013. Pretty politicians. Die physische Attraktivität von Spitzenkandidaten, ihr Einfluss bei Wahlen und die These der Personalisierung des Wahlverhaltens. In *Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zur Bundestagswahl 2009,* eds. Thorsten Faas Kai Arzheimer, Sigrid Roßteutscher, and Bernhard Weßels, 149–170. Wiesbaden: Springer VS.

Rosar, Ulrich, and Dieter Ohr. 2005. Die Spitzenkandidaten: Image und Wirkung. In *Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik*, eds. Manfred Güllner, Hermann Dülmer, Markus Klein, Dieter Ohr, Markus Quandt, Ulrich Rosar, and Hans-Dieter Klingemann. 103–121. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Rosar, Ulrich, Markus Klein, and Tilo Beckers. 2008. The Frog Pond Beauty Contest. Physical attractiveness and electoral success of the constituency candidates at the North Rhine-Westphalia state election 2005. *European Journal of Political Research* 47:64–79.

Rosar, Ulrich, Markus Klein, and Tilo Beckers. 2012. Magic mayors: Predicting electoral success from candidates physical attractiveness under the conditions of a presidential electoral system. *German Politics* 21:372–391.

Sigelman, Carol K., Lee Sigelman, Dan B. Thomas, and Frederick D. Ribich. 1986. Gender, physical attractiveness, and electability: An experimental investigation of voter biases. *Journal of Applied Social Psychology* 16:229–248.

Sigelman, Lee, Carol K. Sigelman, and Christopher Fowler. 1987. A bird of a different feather? An experimental investigation of physical attractiveness and the electability of female candidates. *Social Psychology Quarterly* 50:32–43.

Snijders, Tom, and Roel Bosker. 1999. *Multilevel analysis. An Introduction to basic and advanced multilevel modelling*. London: Sage.

Stephan, Cookie W., and Judith H. Langlois. 1984. Baby beautiful: Adult attributions of infant competence as a function of infant attractiveness. *Child Development* 55:576–85.

Todorov, Alexander, Anesu N. Mandisodza, Amir Gorem, and Crystal C. Hall. 2005. Inferences of competence from faces predict election outcome. *Science* 308:1623–1626.

Zebrowitz, Leslie A., and Joann M. Montepare. 2005. Appearance DOES matter. *Science* 308:1565–1566.

Z Vgl Polit Wiss (2014) (Suppl) 8:211–237
DOI 10.1007/s12286-014-0209-6

AUFSÄTZE



Europaspezifische Einstellungen und Wahlbeteiligung bei Europawahlen 1979–2009

Markus Steinbrecher

Online publiziert: 3. Oktober 2014

Zusammenfassung Dieser Beitrag untersucht, ob europaspezifische Einstellungen einen Beitrag dazu leisten können, Nichtwahl (auf der Individualebene) bzw. die Höhe der Wahlbeteiligung (auf der Länderebene) bei Europawahlen zu erklären. Für alle Europawahlen zwischen 1979 und 2009 zeigt sich, dass das nationale Niveau der Unzufriedenheit mit der Mitgliedschaft des eigenen Landes zu einer niedrigeren Wahlbeteiligung bei Europawahlen führt. Zudem verringert persönliche Unzufriedenheit mit der EU die individuelle Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung. EU-spezifische Einstellungen sind allerdings nur ein Erklärungsfaktor unter vielen. Gegenüber klassischen Determinanten der Wahlbeteiligung wie politischem Interesse oder der Stärke der Parteiidentifikation ist ihre Erklärungsleistung eher schwach.

Schlüsselwörter Wahlbeteiligung · EU · Europawahl

Europe-specific attitudes and turnout in European elections 1979–2009

Abstract This article analyzes whether Europe-specific attitudes can contribute to the explanation of non-voting (at the individual level) and the level of voter turnout (at the national level) in European elections. The results for all elections between 1979 and 2009 show that voters' level of dissatisfaction with their country's membership in the EU has a negative effect on turnout in European elections at the national level. Individual dissatisfaction with the EU also leads to a lower likelihood of voter turnout at the individual level. However, Europe-specific attitudes are just one explanatory factor among many. Classical determinants of voter turnout such

Beitrag für das Sonderheft der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft (ZfVP) 2014.

M. Steinbrecher (✉)
Universität Mannheim,
Mannheim, Deutschland
E-Mail: markus.steinbrecher@uni-mannheim.de



M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6_11, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

as interest in politics or strength of party identification are clearly much stronger predictors of participation in European elections.

Keywords Voter turnout · EU · European elections

1 Einleitung

Bei Europawahlen nimmt die Wahlbeteiligung in der Regel einen hohen Stellenwert bei der Interpretation des Wahlergebnisses ein. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass aus diesen Wahlen nicht unmittelbar eine „europäische Regierung" hervorgeht. Daher haben Politiker und Medien das Niveau der Wahlbeteiligung häufig als Indikator für die Unterstützung der europäischen Idee, der europäischen Institutionen und des Integrationsprozesses insgesamt interpretiert. Die kontinuierliche Abnahme der Beteiligung bei Europawahlen seit der ersten Direktwahl 1979 ist in der öffentlichen Debatte wenig überraschend mit zunehmender europaspezifischer Unzufriedenheit, Euroskeptizismus oder sogar Europhobie auf Seiten der Bürger in Verbindung gebracht worden (The Economist 2009; Süddeutsche Zeitung 2010).

Auch die Wissenschaft hat sich in vielfältiger Weise mit diesen populären Annahmen auseinandergesetzt. Anstatt die Höhe der Wahlbeteiligung selbst als Indikator für die Europafreundlichkeit oder -skepsis der Bürger zu interpretieren, haben Wahlforscher sich besonders mit dem Einfluss europaspezifischer Einstellungen auf die Wahlbeteiligung bei Europawahlen beschäftigt. Die Analysen auf der Aggregat- wie auf der Individualebene liefern allerdings gemischte Ergebnisse. Eine Reihe von Studien kann zeigen, dass Bewertungen der EU und des Integrationsprozesses für die Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen nicht von Bedeutung sind oder kommt zumindest nicht zu eindeutigen Ergebnissen (Blumler und Fox 1982; Evans und Ivaldi 2012; Oppenhuis 1995; Schmitt 2005; Schmitt und Mannheimer 1991; Schmitt und van der Eijk 2002, 2003; Steinbrecher und Rattinger 2012b). Diese Analysen zeigen in der Regel, dass die individuelle Nichtteilnahme an Europawahlen oder niedrige Beteiligungsraten auf Länderebene auf dieselben Faktoren zurückzuführen sind wie die individuelle Abstinenz oder eine niedrige Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen. Die Berücksichtigung europaspezifischer Einstellungen als Prädiktoren zur Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen oder eine europaspezifische Modifikation hergebrachter Erklärungsmodelle ist also nicht nötig (Steinbrecher und Rattinger 2012b, S. 183–186). Die Interpretation von Europawahlen (und der Wahlbeteiligung bei diesen Wahlen) im Kontext der nationalen Parlamentswahlen ist ohnehin im Einklang mit der nach wie vor in der Europawahlforschung omnipräsenten Haupt- und Nebenwahltheorie von Reif und Schmitt (Reif 1997; Reif und Schmitt 1980; Schmitt 2005).

Im Gegensatz dazu stellt eine andere Gruppe empirischer Arbeiten einen positiven Zusammenhang zwischen europaspezifischen Einstellungen und der Wahlbeteiligung bei Europawahlen fest: Auf der Individualebene führt dabei eine Bejahung oder positive Bewertung der europäischen Integration zu einer höheren Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung bei Europawahlen, während auf der Aggregatebene Mitgliedsländer der EU mit einer integrationsfreundlicheren Bevölkerung höhere Wahlbetei-

ligungsraten aufweisen (Blondel et al. 1998; Frognier 2002; Inglehart und Rabier 1979; Mattila 2003; Rabier 1984; Rosema 2007; Roth 2004; Schmitt 1996, S. 146; Steinbrecher et al. 2007, S. 273–283, 285–287; Steinbrecher und Rattinger 2012a; Stockemer 2012). Diese positiven Befunde sind im Einklang mit den theoretischen Überlegungen von Easton (1965, 1975) sowie Almond und Verba (1965), die davon ausgehen, dass politische Systeme auf eine dauerhafte Unterstützung durch ihre Bürger angewiesen sind. Dies mag für die EU besonders relevant sein, weil sie ein relativ neues politisches System ist und trotz ihres immer größer werdenden Einflusses und Gestaltungsspielraums für viele Bürger nicht besonders wichtig erscheint.

Wegen dieser demokratietheoretischen Relevanz politischer Unterstützung für die europäische Integration ist es das Hauptziel des vorliegenden Beitrags, die Bedeutung europaspezifischer Einstellungen für die Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen im Zeitraum zwischen 1979 und 2009 zu untersuchen. Dabei soll sowohl für die Mikro- als auch für die Makroebene analysiert werden, ob eine positive Bewertung des europäischen Integrationsprozesses selbst unter Kontrolle klassischer Prädiktoren eine Rolle für die Erklärung der Wahlbeteiligung spielt. Diese Frage ist normativ wichtig, weil politische Systeme dauerhaft auf ein Mindestmaß an politischer Unterstützung angewiesen sind. Wenn sich in einigen ost- und mitteleuropäischen Mitgliedsländern der EU bei Europawahlen Wahlbeteiligungsquoten zwischen 20 und 30 % zeigen, kann mit gutem Grund gefragt werden, ob dies noch ein ausreichendes Maß an politischer Unterstützung ist. Von besonderer Bedeutung ist es daher, zu ermitteln, ob die Wahlabstinenz bei Europawahlen Ausdruck von (politischer) Unzufriedenheit ist und die Bürger sich aufgrund ihrer Abneigung gegenüber der europäischen Integration oder einer negativen Bewertung der Mitgliedschaft des eigenen Landes nicht mehr auf den Weg ins Wahllokal begeben.

Zur Untersuchung dieser Fragestellung ist der Beitrag wie folgt aufgebaut. Der nächste Abschnitt (2.) konzentriert sich auf die Darstellung theoretischer Überlegungen zum Einfluss politischer Unterstützung auf politisches Verhalten im Rahmen von Europawahlen. Zusätzlich zu diesen theoretischen Überlegungen werden im 2. Abschnitt Befunde aus der Literatur zusammengefasst, die in den Analysen verwendeten Kontrollvariablen vorgestellt und ihr Effekt auf die Beteiligung bei Europawahlen kurz begründet. Auf dieser Basis werden die Hypothesen für die Analysen im 4. Abschnitt formuliert. Der 3. Abschnitt stellt die Datenbasis vor und gibt einen Überblick über die Operationalisierung der verwendeten Variablen. Der 4. Abschnitt konzentriert sich auf die empirischen Analysen und gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil werden Modelle für die Erklärung der Wahlbeteiligung auf der Aggregatebene (4.1) für alle Europawahlen zwischen 1979 und 2009 berechnet. Der zweite Teil konzentriert sich auf die Individualebene (4.2) und die Bedeutung europabezogener Bewertungen für die individuelle Wahlbeteiligung. Der 5. und letzte Abschnitt fasst die Analyseergebnisse zusammen und diskutiert sie in einem weiteren Kontext.

2 Theorie und Hypothesen

In diesem Abschnitt soll zunächst dargelegt werden, warum europaspezifische Einstellungen aus theoretischer Perspektive einen Effekt auf die Wahlbeteiligung bei

Europawahlen haben sollten. In der Einleitung wurde bereits auf die Bedeutung hingewiesen, die Medien, Politiker und die Öffentlichkeit der Beteiligung bei Europawahlen an sich sowie europaspezifischen Einstellungen im Speziellen, als Prädiktoren für die Partizipation an Europawahlen, zusprechen. Im Hinblick auf das angestrebte Niveau der Wahlbeteiligung befindet sich die bisher vorgestellte Interpretation klar im Einklang mit input-orientierten Ansätzen, die eine Maximierung politischer Beteiligung anstreben (Scharpf 1975). Nur durch eine möglichst hohe Wahlbeteiligung könne der Volkswille zustande kommen und angemessen abgebildet werden. Eine niedrige oder sinkende Wahlbeteiligung wird hingegen als Problem oder Symptom für eine politische Krise angesehen. Im Gegensatz dazu stehen output-orientierte Ansätze, für die es nicht darauf ankommt, politische Beteiligung zu maximieren, sondern ein Optimum politischer Partizipation zu erreichen. Niedrige Wahlbeteiligung ist im Sinne dieses Ansatzes kein Problem, sondern kann Ausdruck der Zufriedenheit der Bürger mit dem politischen System und den Ergebnissen der politischen Prozesse sein. Eine höhere Wahlbeteiligung wäre ein Zeichen dafür, dass die Bürger mit dem Output des politischen Systems und den Ergebnissen politischer Prozesse nicht zufrieden sind (Scharpf 1975). Dasselbe Beteiligungsniveau kann also vollkommen unterschiedlich interpretiert werden, im Kontext der Wahlbeteiligung bei Europawahlen scheinen aber input-orientierte Erwägungen zu dominieren.

Die input-orientierte Betrachtung befindet sich im Einklang mit den theoretischen Annahmen von Easton (1965, 1975) sowie Almond und Verba (1965). Unabhängig voneinander stellen diese Autoren fest, dass die Stabilität und Performanz einer Demokratie von der grundsätzlichen Bereitschaft der Bürger abhängig sind, das politische System zu unterstützen. Das bedeutet nicht, dass alle Bürger die politischen Institutionen und Repräsentanten vollkommen und bedingungslos unterstützen müssen, aber ein Minimum an Unterstützung und positiven Einstellungen zu den Akteuren des politischen Systems sind für dessen Stabilität und langfristiges Überleben unabdingbar. Dementsprechend sollten diejenigen, die mit dem politischen System der EU und seinen Outputs nicht zufrieden sind, nicht an einer Europawahl teilnehmen, während die Zufriedenen sich an der Wahl beteiligen sollten.[1] Damit zusammen hängt auch die Frage, ob die kontinuierliche Abnahme der Wahlbeteiligung bei Europawahlen seit der ersten Direktwahl im Jahre 1979 (zumindest teilweise) durch eine wachsende anti-europäische Grundstimmung zu erklären ist.

Ein hohes Ausmaß politischer Unterstützung ist für das politische System der EU von größerer Bedeutung als für die nationalen politischen Systeme. Ein Grund dafür liegt in der Neuheit der europäischen Ebene, insbesondere in den Beitrittsländern von 2004 und 2007. Eingeschränkt gilt das aber selbst noch für die Gründungsmitglieder von 1957, wenn man bedenkt, dass die erste Direktwahl zum Europaparlament erst 1979 stattgefunden hat. Hinzu kommt, dass die EU, trotz der mit jeder weiteren Vertragsrunde immer weitergehenden Kompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten, im

[1] Es sei darauf hingewiesen, dass sich die Überlegungen von Easton (1965, 1975) sowie von Almond und Verba (1965) eher auf den Staat bzw. den Nationalstaat als politisches System beziehen. Es ist unbestreitbar, dass die EU in einigen Bereichen staatsähnliche Züge trägt, eigentlich aber in keine der hergebrachten Kategorien zur Bezeichnung politischer Entitäten adäquat eingeordnet werden kann (politisches System „sui generis", z. B. McCormick 2008, S. 1–44). Eine Übertragbarkeit ist aber möglich, da die EU viele der erforderlichen Systemeigenschaften aufweist.

alltäglichen Leben der Bürger selten vorkommt und daher keine große Rolle spielt und als nicht wichtig bzw. unwichtiger als andere politische Ebenen wahrgenommen wird (Decker et al. 2013, S. 42). Niedrige Wahlbeteiligungsraten könnten daher nur eine Konsequenz der Ignoranz oder der niedrigen wahrgenommenen Wichtigkeit dieser Wahlebene auf Seiten der Bürger sein. Die Tatsache, dass bei Europawahlen „weniger auf dem Spiel steht", ist auch eine der zentralen Annahmen des Haupt- und Nebenwahlmodells von Reif und Schmitt (Reif 1997; Reif und Schmitt 1980; Schmitt 2005).

Für die Relevanz europaspezifischer Einstellungen zur Erklärung der Wahlbeteiligung spricht ebenfalls der Parteienwettbewerb bei europabezogenen Fragen. In einigen Ländern, wie zum Beispiel in Deutschland, gibt es einen parteiübergreifenden Konsens hinsichtlich der europäischen Einigung. Da alle Bundestagsparteien mit Ausnahme der Linken der europäischen Integration eindeutig positiv gegenüberstehen, gibt es für Europaskeptiker oder -gegner bei Europawahlen nur die Möglichkeit, diesen Wahlen fernzubleiben, um ihrer Anti-Europahaltung Ausdruck zu verleihen – wenn sie ihre Stimme nicht an eine Partei „verschenken" wollen, die ohnehin an der 5-Prozenthürde scheitert (Schmitt und van der Eijk 2003, S. 281–282).[2] In anderen Ländern der EU, deren Parteiensysteme europaskeptische oder anti-europäische Parteien anbieten, könnte es allerdings sein, dass europaskeptische Bürger gerade einen Anreiz dafür haben, zur Wahl zu gehen. Denn hier können sie ihrem Europaskeptizismus eine Stimme geben.

Gleichermaßen ist damit zu rechnen, dass Europawahlen ganz im Sinne der im Haupt- und Nebenwahlmodell geschilderten Mechanismen dazu genutzt werden, den Regierungsparteien der nationalen Ebene einen Denkzettel zu verpassen (Marsh 2007; Reif 1997; Reif und Schmitt 1980; Schmitt 2005), so dass europaspezifische Erwägungen wie eine positive oder negative Bewertung der europäischen Integration also keine Rolle spielen. Diese Überlegungen zeigen, dass der Einfluss europaspezifischer Einstellungen auf die Wahlbeteiligung möglicherweise mit Umfragedaten unterschätzt wird, da die verschiedenen benannten europabezogenen Wahlmotive analytisch nicht voneinander getrennt werden können.

Wie in der Einleitung bereits angedeutet, sind die Befunde hinsichtlich des Einflusses europaspezifischer Einstellungen auf die Wahlbeteiligung bei Europawahlen widersprüchlich, auch wenn, gemessen an der Anzahl, die Mehrheit der Studien einen positiven Zusammenhang bestätigen kann.[3] Gründe für die variierenden Ergebnisse sind bedingt durch Unterschiede im zeitlichen Rahmen der Studien (eine, mehrere oder alle Europawahlen werden berücksichtigt), die Zahl, Art und Operationalisierung europaspezifischer Einstellungen sowie die berücksichtigten Kontrollvariablen.

[2] Da die 5- bzw. 3-Prozenthürde für die Europawahl 2014 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgehoben wurde, hätten bisher abstinente Europaskeptiker in Deutschland eine wesentlich größere Chance, mit ihrer Stimme eine der kleinen und bisher erfolglosen anti-europäischen Parteien ins Europaparlament zu bringen.

[3] Für die Prädiktoren der Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen zeigt die Metaanalyse von Smets und von Ham (2013), dass Demokratiezufriedenheit sowie Entfremdung/politischer Zynismus zum einen nur selten in den einbezogenen Zeitschriftenartikeln berücksichtigt werden. Zum anderen stellen sie fest, dass diese Prädiktoren mehrheitlich keinen Einfluss auf die individuelle Wahlbeteiligung auf dieser Wahlebene haben.

Weitere Ursachen liegen in der Messung der Wahlbeteiligung (Wahlabsicht oder Rückerinnerung, Wahlbeteiligung bei einer Wahl oder Differenz der Wahlbeteiligung bei aufeinanderfolgenden Wahlen), der Modellierung der Analysen (Individual- oder Aggregatebene, Mehrebenenmodell, Zeitreihenanalyse oder Querschnitt, Strukturgleichungsmodelle) und im geographischen Referenzrahmen (Analyse auf der EU-Ebene, nach Gruppen von Mitgliedsländern oder vollständig separat nach Mitgliedsländern) (Blondel et al. 1998; Blumler und Fox 1982; Evans und Ivaldi 2012; Frognier 2002; Inglehart und Rabier 1979; Mattila 2003; Oppenhuis 1995; Rabier 1984; Rosema 2007; Roth 2004; Schmitt 1996, 2005; Schmitt und Mannheimer 1991; Schmitt und van der Eijk 2002, 2003; Steinbrecher et al. 2007, S. 273–283, 285–287; Steinbrecher und Rattinger 2012a, b; Stockemer 2012). Insofern sind die berichteten Ergebnisse in diesem Forschungszweig sehr begrenzt vergleichbar und bieten nur wenige Anhaltspunkte für ein standardisiertes Vorgehen.

Dieser Beitrag verfolgt einen umfassenden Analyseansatz und analysiert die Bedeutung europaspezifischer Unterstützung sowohl auf der Individual- als auch auf der Aggregatebene für alle Europawahlen zwischen 1979 und 2009. Der Fokus richtet sich zunächst auf die Aggregatebene. Ähnlich aufgebaute und deswegen annähernd vergleichbare Analysen haben zu folgenden Ergebnissen geführt: Mattila (2003) zeigt für die Europawahlen zwischen 1979 und 1999 einen konsistenten und stets signifikanten Effekt der Unterstützung für die EU auf die Wahlbeteiligung in all seinen Analysen, unabhängig von der Art und Menge der verwendeten Kontrollvariablen. Zu demselben Ergebnis kommen Steinbrecher und Rattinger (2012a) für die Europawahlen 1979 bis 2009 sowohl für die Länder der EU-15 (vor der ost- und ostmitteleuropäischen Beitrittsrunde 2004/2007) als auch für alle EU-Länder insgesamt. Auch Stockemer (2012) erhält mit verschiedenen Modellierungen einen positiven und signifikanten Effekt der Unterstützung für die EU auf die Wahlbeteiligung auf Länderebene bei Europawahlen zwischen 1979 und 2009. Allerdings ist die Zahl der Kontrollvariablen in diesen Analysen gering, so dass von einer Überschätzung des Einflusses EU-spezifischer Variablen auszugehen ist. Flickinger und Studlar (2007) zeigen für die Europawahl 2004 einen signifikanten bivariaten Zusammenhang auf der Aggregatebene, multivariat haben Unterstützung für die EU und europäische Identität aber keinen Einfluss auf die Wahlbeteiligung auf Länderebene. Insgesamt ergeben sich also mehrheitlich positive Effekte von EU-Unterstützung auf die nationale Wahlbeteiligung bei Europawahlen. Daraus ergibt sich

Hypothese 1: Auf der Aggregatebene weisen Länder mit einer europafreundlicheren Bevölkerung eine höhere Wahlbeteiligung bei Europawahlen auf.

Auch auf die Wirkungsweise der Kontrollvariablen soll der Vollständigkeit halber kurz eingegangen werden: Auf der Makroebene haben sich Charakteristika des politischen Systems wie die Wahlpflicht, der Termin der Wahl oder die Möglichkeit der Briefwahl (Blais 2000; Blondel et al. 1998; Fauvelle-Aymar und Stegmaier 2008; Flickinger und Studlar 2007; Franklin 1996, 2001; Geys 2006; Mattila 2003; Oppenhuis 1995; van der Eijk et al. 1996) als wichtige Prädiktoren des Wahlbeteiligungsniveaus (im internationalen Vergleich) erwiesen, genauso wie die Lage von Europawahlen im Zyklus der nationalen Parlamentswahlen (Reif und Schmitt 1980).

Die Wahlpflicht ist in der Regel einer der stärksten Prädiktoren der Wahlbeteiligung und hat eindeutig einen positiven Einfluss auf die Höhe des Wahlbeteiligungsniveaus. Genauso ist die Wahlbeteiligung in den Ländern höher, in denen an einem Sonntag gewählt wird. Am Wochenende haben die wahlberechtigten Bürger mehr Zeit als während der Woche, um den Weg ins Wahllokal auf sich zu nehmen. Gleichzeitige landesweite Wahlen auf anderen Wahlebenen haben ebenfalls einen beteiligungsfördernden Effekt. Dies gilt besonders für Europawahlen, wenn gleichzeitig nationale Parlamentswahlen oder landesweite regionale Wahlen stattfinden, die von den Bürgern in der Regel als deutlich wichtiger wahrgenommen werden als die Wahlen für das Parlament in Straßburg und Brüssel. Auch die Tatsache, dass eine Wahl zum ersten Mal stattfindet, treibt das Beteiligungsniveau durch einen sogenannten „First-time Boost" nach oben, weil die Bürger neugierig sind bzw. ein größeres Interesse haben (Franklin 2001, S. 312; Reif 1984, S. 7; van der Eijk et al. 1996). Ebenso spielt die Terminierung der Europawahl im Vergleich zur nationalen Parlamentswahl eine Rolle für die Höhe der Beteiligung. Gemäß dem Nebenwahlmodell von Reif und Schmitt (Reif 1984; Reif und Schmitt 1980) ist die politische Mobilisierung geringer, wenn Europawahlen zeitlich in der Nähe der Mitte des nationalen Hauptwahlzyklus stattfinden. Finden sie dagegen nahe am Wahltermin der nationalen Parlamentswahl statt, hat das eine beteiligungsfördernde Wirkung.

Zu diesen klassischen institutionellen Prädiktoren der Wahlbeteiligung auf der Aggregatebene kommen in diesem Beitrag noch drei weitere Einflussfaktoren hinzu. „Kommunistische Vergangenheit" soll die unterschiedlichen historischen Erfahrungen und die generell niedrigere Partizipation in den ost- und ostmitteleuropäischen Beitrittsländern von 2004 und 2007 im Vergleich zu den EU-15-Ländern abbilden. Die beiden weiteren Variablen sind nationale Aggregate politischer Einstellungen und somit Ausdruck der politischen Kultur eines Landes, nämlich die Zufriedenheit mit der Arbeit des nationalen demokratischen politischen Systems und die ideologische Polarisierung, basierend auf der Links-Rechts-Skala. Zahlreiche Analysen auf der Individualebene haben gezeigt, dass die Bürger ihre Unterstützung für das nationale politische System auf die europäische Ebene transferieren. Wer also mit der Arbeit der nationalen Demokratie zufrieden ist, ist auch mit der Demokratie in der EU zufrieden und umgekehrt (Rohrschneider 2002; Sanchez-Cuenca 2000; Schmitt 2003). Sollten sich diese Ergebnisse auf die Aggregatebene übertragen lassen, dann sollten Länder mit einer höheren Zufriedenheit auf der nationalen Ebene höhere Wahlbeteiligungsquoten bei Europawahlen aufweisen. Für die ideologische Polarisierung ist davon auszugehen, dass Länder mit einer stärker ideologisch polarisierten Bevölkerung höhere Wahlbeteiligungsquoten aufweisen, weil die Bürger hier größere Anreize zur Teilnahme an einer Wahl haben als in weniger polarisierten Ländern.

Der zweite, umfassendere Teil der Analysen konzentriert sich auf europaspezifische Einstellungen und die Wahlbeteiligung einzelner Bürger. Auch hier sind die Befunde vergleichbarer Analysen nicht konsistent: So ergeben die Individualdatenanalysen von Steinbrecher und Rattinger, dass europaspezifische Einstellungen keinen Effekt auf die individuelle Wahlbeteiligung haben (2012b). Allerdings stammen die in diesen Analysen verwendeten Daten aus einer Befragung, die genau zwischen zwei Europawahlen stattgefunden hat, insofern kann insbesondere wegen der Überschätzung der abhängigen Variable von einer deutlichen Verzerrung der Analyseer-

gebnisse ausgegangen werden. In einer anderen Analyse kommen dieselben Autoren unter Verwendung von Eurobarometer- und EES-Daten zu gegensätzlichen Befunden (2012a). Sowohl auf der Aggregat- (siehe oben) wie auf der Individualebene haben europaspezifische Einstellungen einen signifikanten Effekt auf die Wahlbeteiligung. Separate Analysen für Befragte in einzelnen Ländern zeigen, dass europabezogene Variablen nicht in allen Mitgliedsländern die individuelle Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung beeinflussen. Zuletzt kann Stockemer (2012) auch auf der Individualebene einen positiven Einfluss pro-europäischer Einstellungen identifizieren. Allerdings gilt auch für diese Analysen des Verhaltens einzelner Wähler, dass aufgrund des Fehlens einiger Standardprädiktoren der Wahlbeteiligung der Effekt EU-bezogener Variablen überschätzt wird. Insgesamt liefern die präsentierten Arbeiten also keine konsistenten Ergebnisse, aber die Evidenz zugunsten signifikanter positiver Effekte der Unterstützungsindikatoren scheint zu überwiegen. Daher folgen die Hypothesen für den Effekt der EU-Unterstützung auf die Wahlbeteiligung den oben präsentierten theoretischen Überlegungen und der Mehrheit der empirischen Ergebnisse:

Hypothese 2: Auf der Individualebene erhöht eine positive Bewertung der EU-Mitgliedschaft die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung an einer Europawahl.

Hypothese 3: Auf der Individualebene erhöht eine europafreundlichere Grundstimmung in einem Land die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung an einer Europawahl.

Sozialstruktur, gesellschaftliche Werte und Normen, instrumentelle Erwägungen, politisches Interesse und andere nicht-EU-bezogene Einstellungen sind klassische Prädiktoren der individuellen Wahlbeteiligung (z. B. Smets und van Ham 2013; Steinbrecher et al. 2007). Im Einklang mit der Literatur ist von folgenden Effekten auszugehen (vgl. z. B. die Metaanalyse von Smets und van Ham 2013): Personen mit höherer Bildung und Ältere haben eine größere Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung. Wegen des bekannten U-förmigen Zusammenhangs (Rubenson et al. 2004; Verba und Nie 1972) wird für Alter aber auch noch zusätzlich ein quadratischer Term berücksichtigt, der die Abnahme der Beteiligungsbereitschaft im hohen Alter modelliert. Befragte, die in städtischen Gebieten wohnen, haben eine geringere Wahlbeteiligung, genauso wie Angehörige niedrigerer sozialer Klassen. Religiosität, gemessen über die Kirchgangshäufigkeit oder die Selbsteinschätzung, wird als Stellvertreter für Werte- und Normengebundenheit verwendet und sollte einen positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung haben. Für die Einstellungsvariablen ist davon auszugehen, dass Personen mit einer stärkeren Bindung an eine Partei, mit einem höheren politischen Interesse oder höherer interner sowie externer Efficacy eine höhere Beteiligungswahrscheinlichkeit haben. Bürger, die mit ihrer nationalen Demokratie zufriedener sind, übertragen diese positive Bewertung auf die europäische Ebene (Rohrschneider 2002; Sanchez-Cuenca 2000; Schmitt 2003) und sollten eine größere Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen haben, genauso wie ideologisch extremere Befragte.

3 Daten und Operationalisierung

Die Wahlbeteiligungsquoten für die EU insgesamt wie für die einzelnen Mitgliedsstaaten in den Analysen auf der Aggregatebene stammen von den statistischen Ämtern der EU wie der Mitgliedsländer, aus der Datenbank des Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) sowie der Webseite „Parties and Elections in Europe" (Parties and Elections 2013). Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der Wahlbeteiligung im Zeitraum zwischen 1979 und 2009. Sieht man von Belgien und Luxemburg ab, wo bei allen Wahlen die Wahlpflicht galt, ergibt sich in vielen der älteren Mitgliedsländer im Zeitverlauf eine deutliche Abnahme, beispielhaft seien hier Deutschland (von

Tab. 1 Offizielle Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1979 bis 2009. (Quelle: Statistische Ämter der EU und der Mitgliedsstaaten, IDEA, http://www.parties-and-elections.de/)

Land	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	Mittelwert
FR	60,7	56,7	48,7	52,7	47,0	42,8	40,6	49,9
BE	91,6	92,2	90,7	90,7	91,0	90,8	90,4	91,1
NL	57,8	50,6	47,2	35,6	30,0	39,3	36,8	42,5
DE	65,7	56,8	62,4	60,0	45,2	43,0	43,3	53,8
IT	84,9	83,4	81,5	74,8	70,8	73,1	65,1	76,2
LU	88,9	88,8	87,4	88,5	87,3	89,0	90,8	88,7
DK	47,8	52,4	46,2	52,9	50,4	47,9	59,5	51,0
IE	63,6	47,6	68,3	44,0	50,5	58,8	58,6	55,9
UK	32,3	32,6	36,2	36,4	24,0	38,8	34,7	33,6
EL	78,6	77,2	79,9	71,2	75,3	63,4	52,6	71,2
ES		68,9	54,6	59,1	63,0	45,1	44,9	55,9
PT		72,4	51,2	35,5	40,0	38,6	36,8	45,8
SE				41,6	38,8	37,8	45,5	40,9
FI				60,3	31,4	39,4	40,3	42,9
AT				67,7	49,4	42,4	46,0	51,4
MT						82,4	78,8	80,6
PL						20,9	24,5	22,7
CZ						28,3	28,2	28,3
SK						17,0	19,6	18,3
EE						26,8	43,9	35,4
LV						41,3	53,7	47,5
LT						48,4	21,0	34,7
HU						38,5	36,3	37,4
SI						28,3	28,3	28,3
CY						71,2	59,4	65,3
BG						29,2	39,0	34,1
RO						29,5	27,7	28,6
EU	63,0	61,0	58,5	56,8	49,8	45,7	43,0	54,0
EU-9	61,7	58,0	57,9	56,0	47,4	49,9	47,2	54,0
EU-15				56,8	49,8	48,8	46,6	54,9
EU-15+						27,8	28,8	28,3

Mittelwerte für EU, EU-9 (Mitglieder vor 1979), EU-15 (Mitglieder vor Beitrittswelle 2004/2007) und EU-15+ (Beitrittsländer 2004/2007) gewichtet mit Bevölkerungsgröße

65,7 auf 43 %) und Frankreich (von 60,7 auf 40,6 %) genannt. In Dänemark, Irland und Großbritannien hingegen bleibt die Wahlbeteiligung auf einem relativ ähnlichen Niveau. In einigen der Beitrittsländer der Erweiterungsrunde 2004/2007 ist die Teilnahme an Europawahlen besonders schwach. In Polen, Tschechien, Slowenien und Rumänien geht weniger als jeder dritte Bürger zur Wahl, in der Slowakei nicht einmal jeder fünfte.

Die Individualdaten kommen aus den Eurobarometer-Studien (EB 12, 22, 31A, 41-1) und den Europäischen Wahlstudien (European Election Studies (EES)) 1999, 2004, 2009. Alle sieben Umfragedatensätze für die Europawahlen zwischen 1979 und 2009 sind Nachwahlstudien und enthalten daher die Rückerinnerung als Operationalisierung für die Wahlbeteiligung. Auch wenn die Rückerinnerung (im Vergleich zur Wahlabsicht) als der geeignetere und zuverlässigere Indikator für die individuelle Wahlbeteiligung anzusehen ist (Steinbrecher et al. 2007, S. 115–123), wird die reale Beteiligungsquote durch die Informationen aus Umfragen in der Regel überschätzt.[4] Dies zeigt Tabelle 2, in der die Differenz zwischen der Höhe der Wahlbeteiligung in den Ländern der EU aus offiziellen Quellen und in den verwendeten Umfragen für die Europawahlen zwischen 1979 und 2009 dargestellt wird. Für die Ursprungswerte sei auf die Tabellen 1 und 9 im Anhang verwiesen. Das Ausmaß der Überschätzung erreicht häufig zweistellige Prozentpunktwerte. Schweden und Österreich sind mit 33,6 bzw. 30,9 Prozentpunkten Differenz zwischen der realen und der aus der Umfrage geschätzten Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 die drastischsten Beispiele. Eine Unterschätzung der Wahlbeteiligung tritt nur in wenigen Fällen für Belgien und Luxemburg, also in Ländern mit Wahlpflicht, auf. Wegen dieser systematischen Verzerrung der abhängigen Variable für die Analysen auf der Individualebene ist davon auszugehen, dass die präsentierten Ergebnisse zu konservativen Schätzungen des Effektes der unabhängigen Variablen inklusive der Bewertung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU führen. Für die Analysen auf der Aggregatebene gibt es solche Verzerrungen nicht.

„Europaspezifische" Einstellungen umfassen eine Vielzahl unterschiedlicher Einstellungen zur EU, ihren Institutionen und Akteuren sowie zum Prozess der europäischen Integration. Dazu zählen zum Beispiel Zufriedenheit mit der Demokratie auf europäischer Ebene, die Bewertung von und Vertrauen in Institutionen wie dem Europaparlament oder der Europäischen Kommission, Einstellungen zur Geschwindigkeit oder Tiefe des Integrationsprozesses oder die Bewertung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU. Diese Gruppe von Einstellungen kann aber auch kurzfristige Einstellungen wie Kandidaten- und Themenorientierungen bei Europawahlen oder Wissen über die europäische Politik, europäische Institutionen oder Mitglieder der Europäischen Kommission umfassen. Diese Vielfalt an möglichen Kandidaten macht es notwendig, eine Auswahl geeigneter Indikatoren für die Analyse zu treffen.

[4] Für die Überschätzung der Wahlbeteiligung gibt es drei Gründe. Erstens geben einige nichtwählende Befragte absichtlich falsche Informationen hinsichtlich ihrer Beteiligung an, weil sie die Wahlnorm als gesellschaftlich geltende Norm internalisiert haben und die Wahlbeteiligung als sozial wünschenswertes Verhalten gilt. Zweitens können einige Befragte sich in einer Befragung (mehrere Wochen oder gar Monate) nach der Wahl nicht mehr erinnern, ob sie sich beteiligt haben und geben unabsichtlich eine falsche Antwort. Drittens ist es möglich, dass der Fragebogen, sein Design, die Fragen und die Antwortmöglichkeiten zu einer Verzerrung der Antworten führen (Schuman und Presser 1996). In fast allen europäischen Ländern ist eine Validierung der aus Umfragen ermittelten Wahlbeteiligung mit Hilfe von Informationen aus den Wählerverzeichnissen nicht möglich.

Tab. 2 Differenz zwischen offizieller Wahlbeteiligung und der in Umfragen gemessenen Wahlbeteiligung bei Europawahlen zwischen 1979 und 2009. (Quelle: Statistische Ämter der EU und der Mitgliedsstaaten, IDEA, http://www.parties-and-elections.de/)

Land	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	Mittelwert
FR	−4,2	−9,4	−7,3	−11,9	−16,8	−17,6	−27,1	−13,5
BE	−4,7	−2,4	8,7	4,6	−1,8	–	−1,6	0,5
NL	−12,0	−9,6	−14,2	−17,3	−18,3	−28,2	−27,3	−18,1
DE	−5,0	−8,6	−9,4	−16,0	−22,3	−19,0	−28,6	−15,6
IT	−10,8	−8,9	−3,5	−7,6	−15,7	−18,4	−18,7	−11,9
LU	−4,9	−4,2	−5,0	−5,4	1,4	−9,3	4,5	−3,3
DK	−20,5	−9,7	−14,8	−15,7	−19,0	−16,8	−29,2	−18,0
IE	−16,1	−23,0	−5,6	−11,3	−21,1	−25,6	−22,8	−17,9
UK	−21,7	−17,9	−18,1	−13,7	−17,0	−19,0	−18,2	−17,9
EL		−12,5	−6,8	−16,9	−13,4	−19,1	−25,3	−15,7
ES			−7,5	−10,9	−18,5	−18,4	−23,9	−15,8
PT			−3,9	−14,7	−18,9	−26,4	−28,1	−18,4
SE					−18,4	−6,3	−33,6	−19,4
FI					−14,3	−25,5	−23,7	−21,2
AT					−14,4	−15,4	−30,9	−20,2
MT						–	−10,3	−10,3
PL						−12,9	−11,1	−12,0
CZ						−22,2	−22,0	−22,1
SK						−16,4	−17,1	−16,8
EE						−16,0	−21,8	−18,9
LV						−8,2	−14,8	−11,5
LT						–	−10,5	−10,5
HU						−13,8	−12,0	−12,9
SI						−10,0	−27,2	−18,6
CY						−7,8	−22,3	−15,1
BG							−20,8	−20,8
RO							−21,6	−21,6
EU	−9,1	−8,8	−8,4	−10,8	−16,6	−17,5	−26,9	−14,0
EU-9	−10,4	−11,0	−9,4	−11,1	−19,0	−17,7	−27,3	−15,2
EU-15				56,8	49,8	8,8	−6,7	−21,1
EU-15+						−12,2	−24,5	−18,4

Mittelwerte für EU, EU-9 (EU-Mitglieder vor 1979), EU-15 (EU-Länder vor Beitrittswelle 2004/2007) und EU-15+ (Beitrittsländer 2004/2007) gewichtet mit Bevölkerungsgröße

Für die folgenden Analysen wird mit der Frage nach der Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes einer der Standardindikatoren aus den Eurobarometern und Europäischen Wahlstudien verwendet. Hier müssen die Befragten angeben, ob die Mitgliedschaft ihres Landes ihrer Meinung nach eine gute Sache (+1), eine schlechte Sache (−1) oder keines von beiden ist (0). Dieser Indikator ist besonders geeignet, da nach Easton (1965) die spezifische Unterstützung eines politischen Systems von dessen Outputs abhängig sein sollte. Die Bürger sollten also ein sehr großes Augenmerk darauf richten, wie ihr Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert. Daneben spricht für die Wahl dieses Indikators auch eine methodische Überlegung:

Dies ist die einzige EU-spezifische Unterstützungsvariable, die über die Zeitspanne von 1979 bis 2009 in den Eurobarometern und Europäischen Wahlstudien enthalten ist. Tabelle 3 zeigt den Mittelwert des Unterstützungsindikators in den Ländern der EU im Zeitraum zwischen 1979 und 2009. Es wird deutlich, dass es mit wenigen Ausnahmen (Großbritannien, Tschechien, Schweden, Lettland) in allen Ländern der EU in den hier berücksichtigten Jahren mit Wahlen zum Europaparlament eine im nationalen Mittel eher oder stark positive Einschätzung der Mitgliedschaft in der EU gibt. Das von Easton (1965, 1975) sowie Almond und Verba (1965) geforderte Mindestmaß an Unterstützung ist somit wohl in allen Mitgliedsländern gegeben. In einigen Ländern wie zum Beispiel Dänemark oder Portugal gibt es im Zeitverlauf teilweise sehr starke Veränderungen bzw. Schwankungen.[5] Trotz der im Mittel positiven Bewertungen kann man deutlich den „Post-Maastricht-Blues" erkennen: In fast allen Ländern erreicht der Zustimmungsindikator 1994 seinen niedrigsten Wert. Für die Aggregatanalysen wird der nationale Mittelwert über alle Befragten als Indikator verwendet, auf der Individualebene die persönliche Einschätzung der Befragten.

Auf beiden Analyseebenen wird also nur ein Indikator europaspezifischer Unterstützung verwendet und dieser einem größeren Satz an Kontrollvariablen auf Individual- und Aggregatebene gegenübergestellt. Aufgrund der longitudinalen Herangehensweise dieses Artikels ist es unmöglich, auf der Individualebene alle Standardprädiktoren der Wahlbeteiligung zu berücksichtigen. Hauptziel der Eurobarometer- und EES-Studien war nicht die Erklärung der Teilnahme an Europawahlen. Konstrukte wie die Wahlnorm, interne und externe Efficacy sowie politisches Interesse sind also gar nicht oder nur in ausgewählten Studien abgefragt worden. Dementsprechend beschränken sich die folgenden Ausführungen auf die Wirkung einer Variablenauswahl auf die Wahlbeteiligung bei Europawahlen. Für diese Analysen wird folglich auch zwischen zwei Modellen unterschieden. Eines enthält vollkommen identische Prädiktoren und ist über alle Europawahlen hinweg vergleichbar. Das zweite Modell verfolgt einen maximalen Anspruch und berücksichtigt alle in den jeweiligen Umfragestudien vorhandenen Variablen, ist daher also nicht über die Wahlen hinweg vergleichbar. Zu den Variablen im Basismodell gehören sowohl sozialstrukturelle Eigenschaften (Geschlecht, Alter, Bildung und Urbanisierung) als auch politische Einstellungen (Stärke der Parteiidentifikation und Demokratiezufriedenheit auf nationaler Ebene). Für das erweiterte Modell kommen Religiosität und Klasse, interne und externe Efficacy sowie politisches Interesse hinzu. Das Fehlen von wichtigen Erklärungsvariablen wie der Wahlnorm führt dazu, dass die Bedeutung europaspezifischer Einstellungen für die Erklärung der Wahlbeteiligung in diesen Analysen überschätzt wird.[6]

[5] Da für die Analyse nur Wahljahre berücksichtigt werden, könnte es sein, dass weitergehende Verschiebungen bzw. Veränderungen in der Bewertung der EU-Mitgliedschaft unberücksichtigt bleiben. Zudem ist es nicht vollkommen unplausibel, davon auszugehen, dass die Tatsache, dass Europawahlen stattfinden, zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für die EU und europäische Themen führt, die wiederum die Bewertung der europäischen Integration beeinflusst. Möglicherweise bilden sich also mehr Bürger in Jahren mit Europawahlen eine Meinung über die Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Ob sich die eventuelle höhere Aufmerksamkeit auch in positivere oder negativere Bewertungen in Wahljahren umsetzt, lässt sich mit den vorliegenden Daten nicht herausfinden.

[6] Die Operationalisierung dieser Prädiktoren in der Analyse wird an dieser Stelle nicht diskutiert. Für ihre Kodierung sei auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

Tab. 3 Mittlere Unterstützung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes 1979 bis 2009. (Quelle: EB 12, 22, 31A, 41-1, EES 1999, 2004, 2009)

Land	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	Mittelwert
FR	0,58	0,60	0,60	0,28	0,69	0,45	0,53	0,53
BE	0,63	0,63	0,54	0,35	0,42	0,63	0,52	0,53
NL	0,78	0,78	0,78	0,71	0,83	0,50	0,74	0,73
DE	0,66	0,55	0,54	0,18	0,68	0,59	0,63	0,55
IT	0,78	0,73	0,82	0,59	0,71	0,62	0,62	0,70
LU	0,84	0,77	0,66	0,63	0,87	0,85	0,79	0,77
DK	0,14	0,06	0,23	0,35	0,35	0,50	0,54	0,31
IE	0,48	0,29	0,70	0,71	0,73	0,79	0,77	0,64
UK	−0,11	0,05	0,44	0,25	0,31	0,04	0,00	0,14
EL		0,33	0,77	0,50	0,65	0,68	0,57	0,58
ES			0,74	0,30	0,70	0,65	0,71	0,62
PT			0,67	0,13	0,78	0,68	0,50	0,55
SE					−0,02	0,10	0,39	0,16
FI					0,27	0,26	0,32	0,28
AT					0,34	0,25	0,45	0,35
MT						–	0,38	0,38
PL						0,36	0,56	0,46
CZ						−0,09	0,30	0,11
SK						0,36	0,52	0,44
EE						0,39	0,63	0,51
LV						0,27	0,03	0,15
LT						–	0,40	0,40
HU						0,52	0,16	0,34
SI						0,57	0,53	0,55
CY						0,69	0,57	0,63
BG						–	0,44	0,44
RO						–	0,57	0,57
EU	0,49	0,49	0,62	0,35	0,61	0,47	0,57	0,51
EU-9	0,49	0,49	0,60	0,35	0,62	0,48	0,55	
EU-15					0,61	0,49	0,58	0,56
EU-15+						0,32	0,52	0,42

Gewichtet mit Repräsentativgewicht. EU-9: EU-Mitglieder vor 1979, EU-15: Mitglieder vor Beitrittswelle 2004/2007, EU-15+: Beitrittsländer 2004/2007

4 Analysen

4.1 Makroanalysen

Die Regressionsanalyse in Tabelle 4 enthält die in den vorangehenden Abschnitten vorgestellten und diskutierten Prädiktoren der Wahlbeteiligung auf der Länderebene. Die Analysen wurden für alle Europawahlen zwischen 1979 und 2009 berechnet. Die ersten beiden Spalten enthalten alle Länder der EU-27, das heißt alle Mitgliedsländer der EU zum jeweiligen Zeitpunkt, während die letzten beiden Spalten sich lediglich auf die Länder der EU-9 beziehen, also eine über den ganzen Zeitraum gleichbleibende Zahl von Ländern. Die abhängige Variable ist die Wahlbeteiligung bei Euro-

Tab. 4 Erklärung der Wahlbeteiligung auf der Aggregatebene bei den Europawahlen 1979–2009

Variable	EU-27		EU-9	
	b	Beta	b	Beta
Erste Europawahl	7,51** (2,62)	0,15	7,72* (2,97)	0,13
Gleichzeitige nationale Wahl	5,68 (3,94)	0,10	0,57 (4,12)	0,01
Abstand vom Mittelpunkt des Hauptwahlzyklus	1,39 (3,75)	0,02	−3,38 (3,80)	−0,05
Wahlpflicht	27,62*** (3,11)	0,60	31,70*** (3,58)	0,74
Sonntag als Wahltag	0,83 (2,58)	0,02	9,22** (2,60)	0,22
Kommunistische Vergangenheit	−19,08*** (3,61)	−0,34	–	–
Unterstützung EU-Mitgliedschaft	11,10* (5,06)	0,12	17,88** (4,98)	0,21
Demokratiezufriedenheit national	5,61 (12,31)	0,03	17,18 (12,93)	0,08
Extremismus	1,56 (4,82)	0,02	−9,35 (6,79)	−0,09
Konstante	35,49** (11,40)	–	40,63** (14,04)	–
Korrigiertes R^2	0,71	–	0,84	
N	118	–	62	

EU-27: Alle Mitglieder der EU zum jeweiligen Zeitpunkt, EU-9: EU-Mitglieder vor 1979

OLS-Regression, Standardfehler in Klammern

$*p<0{,}05$; $**p<0{,}01$; $***p<0{,}001$

pawahlen auf nationaler Ebene. Die Güte der Modelle ist bei einem korrigierten R^2 von 0,71 bzw. 0,84 als sehr hoch einzuschätzen. Unterstützung für die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU hat in beiden Modellen einen signifikanten positiven Effekt. Unter Kontrolle anderer Makroprädiktoren der Wahlbeteiligung führt eine höhere Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft zu höherer Wahlbeteiligung. Dieser beteiligungsfördernde Effekt ist mit 17,88 (Prozentpunkten) stärker in dem Modell für die EU-9 als für die EU-27 (11,1 Prozentpunkte). Gemessen an den beta-Werten ist die Unterstützungsvariable die zweit- (EU-9) bzw. viertstärkste Erklärungsvariable (EU-27) in den beiden Regressionsmodellen. Ansonsten zeigen sich für die signifikanten Prädiktoren im Modell die zu erwartenden Effekte: Es gibt einen Beteiligungsbonus, wenn Europawahlen zum ersten Mal stattfinden. Und auch die Anwendung der Wahlpflicht führt zu einer deutlich höheren Wahlbeteiligung. Im Modell für alle EU-Mitglieder hat auch die kommunistische Vergangenheit eines Landes einen Effekt. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Ländern deutlich niedriger. Im Modell für die neun „alten" EU-Mitglieder zeigt sich, dass der Sonntag als Wahltag die Beteiligung bei Europawahlen erhöht. Insgesamt zeigt diese Analyse auf der Aggregatebene die Bedeutung europaspezifischer politischer Unterstützung für die Wahlbeteiligung: Länder mit einer höheren Zustimmung für die Mitgliedschaft in der EU weisen eine höhere Wahlbeteiligung auf. Hypothese 1 wird also bestätigt.

4.2 Mikroanalysen

Die Analysen in diesem Abschnitt konzentrieren sich auf die Betrachtung des Effekts europaspezifischer Einstellungen auf die individuelle Wahlbeteiligung bei den Europawahlen zwischen 1979 und 2009. Wie in Abschn. 3 angesprochen, ist die Vergleichbarkeit der Eurobarometer und Europawahlstudien über diesen Zeitraum das größte Problem für eine longitudinale Analyse der Prädiktoren der Wahlbeteiligung. Wegen der begrenzten Verfügbarkeit der einschlägigen Prädiktoren ist eine Aufteilung der Analysen unerlässlich. In einem ersten Schritt wird ein für alle Wahlen identisches Modell gerechnet. Da in diesem Modell außer der Stärke der Parteiidentifikation keiner der Standardprädiktoren aus der Gruppe der politischen Einstellungen enthalten ist, kann man davon ausgehen, dass hier die Bedeutung der Unterstützung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes überschätzt wird. Im zweiten Schritt wird dann ein Modell berechnet, das alle verfügbaren Prädiktoren auf der Individualebene einschließt. Die Ergebnisse dieser Analysen sind über die sieben Europawahlen hinweg nicht vergleichbar, bieten aber eine bessere Kontrolle und somit konservativere Schätzung des Einflusses und der Bedeutung europaspezifischer Einstellungen für die Beteiligung an Wahlen zum Europäischen Parlament. Im dritten Schritt werden dann in dieses Modell noch Prädiktoren der Aggregatebene aus dem Modell in Abschn. 4.1 integriert, um länderspezifische Unterschiede besser erklären zu können.

Die Tabellen 5, 6 und 7 zeigen die unstandardisierten logistischen Regressionskoeffizienten für die Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen in den einzelnen Wahljahren für das über alle Wahlen vergleichbare Modell (Tab. 5), das Modell mit allen verfügbaren Prädiktoren auf der Individualebene (Tab. 6) und dieses Modell inklusive Variablen auf der Aggregatebene (Tab. 7). Die Analysen berücksichtigen die Klumpung der Befragten auf der Länderebene und in der Analyse nicht explizit eingeschlossene länderspezifische Einflussfaktoren (geclusterte logistische Regression). Die Zweiebenenstruktur der Daten wird so adäquat abgebildet, eine explizite Mehrebenenanalyse ist aufgrund der geringen Zahl an Ländern nicht möglich (Maas und Hox 2005). Da mit den logistischen Regressionskoeffizienten nur Informationen über die Signifikanz und Richtung der Effekte der einzelnen Variablen gewonnen werden können, werden zusätzlich noch durchschnittliche marginale Effekte berechnet, mit denen sich auch die relative Bedeutung von Variablen im Vergleich zu anderen Prädiktoren feststellen lässt. Wegen des Fokus dieses Beitrags auf die Bedeutung europaspezifischer Einstellungen, wird auf eine vollständige Präsentation der durchschnittlichen marginalen Effekte für alle Variablen in den jeweiligen Modellen verzichtet. Tabelle 8 enthält daher lediglich Informationen zum Einfluss der EU-Unterstützungsvariable und zum Rangplatz des durchschnittlichen marginalen Effekts für diese Variable im Vergleich zu den anderen Prädiktoren.[7]

[7] Die Analysen werden für alle zum jeweiligen Zeitpunkt in der EU befindlichen Mitgliedsstaaten berechnet. Veränderungen in der Bedeutung europaspezifischer Einstellungen für die Wahlbeteiligung bei Europawahlen über die Zeit hinweg könnten daher schon durch die unterschiedliche Zusammensetzung der Länder in den einzelnen Wahljahren entstehen. Um zwischen Kompositions- und Periodeneffekten zu unterscheiden, wurden zusätzlich getrennte Analysen für die neun Mitgliedsländer der EU zum Zeitpunkt der ersten Direktwahl 1979 berechnet. Diese Ergebnisse zeigen sowohl für die unstandardisierten logistischen Regressionskoeffizienten wie für die durchschnittlichen marginalen Effekte geringfügige und

Tab. 5 Erklärung der Wahlbeteiligung auf der Individualebene bei den Europawahlen 1979–2009, vergleichbares Modell (Basismodell) über alle Europawahlen. (Quelle: EB 12, 22, 31A, 41-1, EES 1999, 2004, 2009)

Variable	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
Unterstützung EU-Mitgliedschaft	0,82*** (0,20)	0,69*** (0,13)	0,38*** (0,09)	0,28*** (0,07)	0,36*** (0,07)	0,39*** (0,09)	0,43*** (0,10)
Demokratiezufriedenheit national	−0,41 (0,55)	−0,52 (0,30)	−0,04 (0,45)	0,03 (0,35)	0,01 (0,19)	0,29 (0,19)	0,30 (0,19)
Extremismus	0,11*** (0,03)	−0,01 (0,02)	0,02 (0,04)	0,04 (0,03)	0,09** (0,03)	0,05 (0,04)	0,04* (0,02)
Stärke PID	1,22*** (0,18)	1,41*** (0,23)	1,49*** (0,29)	1,10*** (0,17)	0,99*** (0,12)	1,43*** (0,28)	0,99*** (0,23)
Mann	0,10 (0,06)	0,10 (0,19)	0,06 (0,08)	0,18* (0,07)	0,04 (0,09)	0,04 (0,03)	0,04 (0,05)
Alter	0,07*** (0,01)	0,06*** (0,02)	0,05* (0,02)	0,05** (0,02)	0,01 (0,02)	0,06** (0,02)	0,05*** (0,01)
Alter quadriert	−0,01*** (0,00)	−0,00*** (0,00)	−0,00 (0,00)	−0,00** (0,00)	0,00 (0,00)	−0,00 (0,00)	−0,00*** (0,00)
Bildung	−0,06 (0,06)	−0,02 (0,06)	0,05 (0,06)	0,15*** (0,04)	0,17 (0,09)	0,12*** (0,03)	0,18*** (0,04)
Urbanisierung	−0,37** (0,11)	−0,62*** (0,12)	−0,19 (0,12)	−0,57*** (0,13)	−0,32 (0,20)	−0,07 (0,13)	−0,11 (0,14)
Konstante	−1,23 (0,65)	−0,97 (0,57)	−1,00 (0,68)	−0,99* (0,41)	−1,09** (0,39)	−2,43*** (0,32)	−2,20*** (0,41)
Nagelkerkes R^2	0,17	0,16	0,10	0,10	0,12	0,16	0,08
N	6.377	7.163	6.230	6.649	7.314	15.663	19.803

Logistische Regression mit auf der Ebene der Mitgliedsstaaten geclusterten Befragten, unstandardisierte Koeffizienten, robuste Standardfehler in Klammern

*$p<0,05$; **$p<0,01$; ***$p<0,001$

Die Ergebnisse für das Basismodell in Tabelle 4 zeigen für alle Europawahlen zwischen 1979 und 2009 einen positiven signifikanten Effekt des Unterstützungsindikators für die EU-Mitgliedschaft. Personen, welche die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU positiv bewerten, zeigen also eine größere Bereitschaft, sich an der Europawahl zu beteiligen. Gemessen an den durchschnittlichen marginalen Effekten ist der Einfluss dieses Indikators bei den Wahlen 1979 (0,133) und 1984 (0,126) besonders stark (Tab. 8). Ab 1989 schwächt sich die Bedeutung der Zufriedenheit mit der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU für die Erklärung der Wahlbeteiligung ab. Eine Verbesserung der Bewertung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes um einen Skalenpunkt erhöht die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung durchschnittlich zwischen 4,6 und 7,7 Prozentpunkten. Allerdings ist die europaspezifische Einstellung damit immer noch der zweit- oder drittstärkste Prädiktor im Basismodell. Aufgrund des Fehlens wichtiger Erklärungsvariablen der Wahlbeteiligung wird das Modell eindeutig von der Stärke der Parteiidentifikation dominiert. Erwartungsgemäß haben Befragte mit einer starken Parteibindung eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, an einer Europawahl teilzunehmen.

unsystematische Unterschiede, so dass auf eine separate Darstellung dieser Analyseergebnisse verzichtet wird. Die Ergebnisse sind vom Autor auf Nachfrage erhältlich.

Tab. 6 Erklärung der Wahlbeteiligung auf der Individualebene bei den Europawahlen 1979–2009, Maximal-Modell. (Quelle: EB 12, 22, 31A, 41-1, EES 1999, 2004, 2009)

Variable	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
Unterstützung EU-Mitgliedschaft	0,82*** (0,20)	0,67*** (0,12)	0,33*** (0,08)	0,22** (0,07)	0,27** (0,08)	0,32*** (0,09)	0,32*** (0,08)
Demokratiezufriedenheit national	−0,41 (0,55)	−0,51 (0,31)	−0,08 (0,38)	0,02 (0,32)	−0,20 (0,17)	0,27 (0,19)	0,22 (0,17)
Extremismus	0,11*** (0,03)	0,02 (0,03)	0,05 (0,04)	0,06 (0,04)	0,11*** (0,03)	0,05 (0,04)	0,03 (0,02)
Stärke PID	1,22*** (0,18)	1,36*** (0,22)	1,31*** (0,35)	0,95*** (0,21)	0,72*** (0,13)	1,16*** (0,27)	0,67** (0,25)
Politisches Interesse	–	–	0,44 (0,49)	0,51 (0,37)	0,64* (0,27)	1,23*** (0,16)	1,53*** (0,22)
Interne Efficacy	–	–	–	–	1,40*** (0,24)	–	–
Externe Efficacy	–	–	–	–	–	–	0,37** (0,13)
Mann	0,10 (0,06)	0,17 (0,20)	0,11 (0,09)	0,24* (0,10)	0,02 (0,09)	0,02 (0,05)	−0,09 (0,07)
Alter	0,07*** (0,01)	0,06*** (0,01)	0,05* (0,02)	0,04* (0,02)	0,01 (0,02)	0,05** (0,02)	0,05*** (0,01)
Alter quadriert	−0,01*** (0,00)	−0,00*** (0,00)	−0,00 (0,00)	−0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	−0,00 (0,00)	−0,00*** (0,00)
Bildung	−0,06 (0,06)	−0,01 (0,06)	0,00 (0,05)	0,05 (0,05)	0,07 (0,05)	0,02 (0,03)	0,04 (0,04)
Urbanisierung	−0,37** (0,11)	−0,53*** (0,09)	−0,13 (0,12)	−0,53*** (0,14)	−0,35 (0,20)	−0,09 (0,11)	−0,10 (0,13)
Religiosität	–	0,79*** (0,09)	1,20*** (0,15)	1,12*** (0,23)	0,97*** (0,23)	0,91*** (0,25)	0,06 (0,20)
Klasse	–	–	0,14 (0,29)	0,75* (0,32)	0,50 (0,36)	0,33 (0,20)	0,70*** (0,15)
Konstante	−1,23 (0,65)	−1,65*** (0,44)	−1,49* (0,68)	−1,41*** (0,39)	−2,24*** (0,41)	−2,87*** (0,35)	−2,57*** (0,33)
Nagelkerkes R^2	0,17	0,18	0,12	0,13	0,18	0,20	0,11
N	6.377	7.163	6.230	6.649	7.314	15.663	19.803

Logistische Regression mit auf der Ebene der Mitgliedsstaaten geclusterten Befragten, unstandardisierte Koeffizienten, robuste Standardfehler in Klammern

$^*p<0{,}05$; $^{**}p<0{,}01$; $^{***}p<0{,}001$

Für eine konservativere Schätzung der Bedeutung europaspezifischer Einstellungen für die Erklärung der Wahlbeteiligung auf Individualebene sei auf Tabelle 6 verwiesen. Hier werden zusätzliche politische Einstellungen und sozialstrukturelle Eigenschaften in der Analyse berücksichtigt, die allerdings dazu führen, dass die Modelle über die Wahlen hinweg nicht mehr vergleichbar sind. Auch in diesen umfassenderen Modellen zeigt sich stets ein positiver signifikanter Effekt des EU-Unterstützungsindikators. Europaskeptiker sind demnach weniger bereit zur Beteiligung an Europawahlen als Europabefürworter. Die relative Stärke und Bedeutung der hier verwendeten europaspezifischen Einstellung ist insbesondere bei den Wahlen ab 1989 relativ gering (Tab. 8): Die durchschnittlichen marginalen Effekte variieren zwischen 3,6 und 6 Prozentpunkten. Der Rangplatz der EU-Unterstützung in der

Tab. 7 Erklärung der Wahlbeteiligung auf der Individualebene bei den Europawahlen 1979–2009, Maximal-Modell und zusätzliche Prädiktoren der Aggregatebene. (Quelle: EB 12, 22, 31A, 41-1, EES 1999, 2004, 2009)

Variable	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
Unterstützung EU-Mitgliedschaft	0,50** (0,18)	0,52** (0,16)	0,19** (0,07)	0,18** (0,05)	0,15* (0,06)	0,26** (0,08)	0,24* (0,11)
Demokratiezufriedenheit national	0,31*** (0,08)	0,06 (0,32)	0,41** (0,13)	0,39 (0,25)	0,17 (0,09)	0,39*** (0,11)	0,29** (0,11)
Extremismus	0,10*** (0,02)	−0,02 (0,02)	0,04 (0,04)	0,02 (0,03)	0,07*** (0,02)	0,03 (0,03)	0,03* (0,02)
Stärke PID	1,09*** (0,19)	1,37*** (0,27)	1,00*** (0,21)	0,86** (0,25)	0,66*** (0,17)	0,85*** (0,10)	0,49** (0,18)
Politisches Interesse	–	–	0,94** (0,28)	1,01*** (0,17)	1,03*** (0,08)	1,49*** (0,06)	1,63*** (0,18)
Interne Efficacy	–	–	–	–	1,34*** (0,23)	–	–
Externe Efficacy	–	–	–	–	–	–	0,40*** (0,10)
Mann	0,08 (0,05)	0,14 (0,19)	0,02 (0,08)	0,19 (0,10)	−0,01 (0,09)	−0,06* (0,03)	−0,11 (0,07)
Alter	0,07*** (0,01)	0,07*** (0,02)	0,05* (0,02)	0,04 (0,02)	0,03 (0,02)	0,05*** (0,01)	0,05*** (0,01)
Alter quadriert	−0,00*** (0,00)	−0,00*** (0,00)	−0,00 (0,00)	−0,00 (0,00)	−0,00 (0,00)	−0,00 (0,00)	−0,00*** (0,00)
Bildung	0,00 (0,06)	0,07 (0,04)	0,04 (0,05)	0,05 (0,03)	0,06 (0,05)	0,03 (0,03)	0,08 (0,04)
Urbanisierung	−0,31* (0,13)	−0,57*** (0,13)	−0,13 (0,16)	−0,49*** (0,14)	−0,26*** (0,07)	−0,21 (0,12)	−0,13 (0,12)
Religiosität	–	0,56*** (0,08)	0,90*** (0,20)	0,97*** (0,20)	0,73*** (0,16)	0,51*** (0,08)	0,03 (0,11)
Klasse	–	–	−0,10 (0,19)	0,19 (0,12)	0,25 (0,26)	0,30 (0,18)	0,50*** (0,10)
Erste Europawahl	–	–	–	–		−0,80* (0,32)	–
Gleichzeitige nationale Wahl	0,16 (0,63)	0,73** (0,28)	0,78 (0,58)	1,70** (0,61)	0,67 (0,38)	−0,45 (0,27)	1,21*** (0,26)
Abstand vom Mittelpunkt des Hauptwahlzyklus	−0,81 (0,82)	−1,18 (0,71)	−0,97 (0,65)	0,43 (0,79)	−0,43 (0,54)	−0,17 (0,20)	0,41 (0,26)
Wahlpflicht	2,98*** (0,44)	1,97*** (0,25)	1,87*** (0,25)	0,75 (0,38)	1,75** (0,66)	1,26** (0,39)	0,72** (0,22)
Sonntag als Wahltag	−0,06 (0,21)	0,45*** (0,07)	0,16 (0,25)	1,03** (0,34)	1,03* (0,50)	−0,74*** (0,11)	0,24 (0,22)
Kommunistische Vergangenheit	–	–	–	–	–	0,36 (0,40)	−0,66*** (0,14)
Unterstützung EU-Mitgliedschaft agg.	−0,03 (1,22)	−0,38 (0,30)	0,93 (0,89)	−0,16 (1,20)	0,69 (0,52)	1,26*** (0,22)	0,20 (0,46)
Demokratiezufriedenheit national agg.	−0,07 (1,79)	−2,41* (1,03)	4,76*** (1,36)	−1,70 (1,96)	8,59 (4,81)	0,02 (0,60)	0,20 (1,07)

Tab. 7 (Fortsetzung)

Variable	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
Extremismus agg.	−1,60*	−2,75	1,74	0,07	1,47	0,77	0,47
	(0,72)	(1,64)	(1,07)	(0,94)	(1,03)	(0,43)	(0,28)
Konstante	1,35	3,78	−8,07**	−1,85	−10,87**	−3,74***	−4,07***
	(1,46)	(3,41)	(2,37)	(1,71)	(3,71)	(0,61)	(1,05)
Nagelkerkes R^2	0,26	0,27	0,21	0,21	0,28	0,25	0,14
N	6.377	7.163	6.230	6.649	7.314	15.663	19.803

Logistische Regression mit auf der Ebene der Mitgliedsstaaten geclusterten Befragten, unstandardisierte Koeffizienten, robuste Standardfehler in Klammern

*$p<0,05$; **$p<0,01$; ***$p<0,001$

Reihe der Prädiktoren der Beteiligung bei Europawahlen schwankt zwischen 3 und 6. Bei zusätzlicher Berücksichtigung einiger klassischer Erklärungsvariablen der Wahlbeteiligung nimmt also – wenig überraschend – die relative Bedeutung EU-spezifischer Unterstützung als Prädiktor des Urnengangs bei Europawahlen ab. Wesentlich wichtiger für die Vorhersage der Stimmabgabe sind andere, nicht-europabezogene politische Einstellungen wie die Stärke der Parteiidentifikation, das politische Interesse oder interne und externe Efficacy, die alle in der erwarteten Richtung auf die individuelle Bereitschaft zur Wahlteilnahme einwirken.

Die Erweiterung des Analysemodells um die Prädiktoren auf der Aggregatebene aus Abschn. 4.1 führt zu einem weiteren relativen Bedeutungsverlust der individuellen Unterstützung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes für die Erklärung der Wahlbeteiligung. Der Effekt dieser Variable ist für die einzelnen Wahljahre immer noch durchgängig positiv und stets statistisch signifikant (Tab. 7), aber die durchschnittlichen marginalen Effekte bewegen sich nur noch im Bereich zwischen 2,6 und 8,7 Prozentpunkten (Tab. 8). Wie für die weniger komplexen Modellierungen zeigt sich auch hier insbesondere ab der Europawahl 1989 ein vergleichsweise schwacher Erklärungsbeitrag des EU-Indikators für die Erklärung der Wahlbeteiligung. Im Vergleich zu den anderen Prädiktoren im Modell rangiert die Erklärungsleistung – mit Ausnahme der ersten Wahl 1979 – stets auf dem 7. Platz oder schlechter. Neben den allgemeinen politischen Einstellungen sind auch einige der Makrofaktoren wichtiger für die Vorhersage der individuellen Wahlbeteiligung als pro- oder antieuropäische Orientierungen.

Interessant ist zuletzt noch ein Blick auf den Einfluss der Unterstützung der EU auf Landesebene auf die individuelle Neigung, an Europawahlen teilzunehmen. Diese Variable hat mit Ausnahme der Wahl 2004 nie einen signifikanten Effekt. Bei dieser Wahl ist die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung in europafreundlicheren Ländern höher. Die generelle europapolitische Stimmung in einem Land hat also nur in ausgewählten Fällen eine Wirkung auf individuelle Wahlentscheidungen bei Europawahlen. Hypothese 3 kann also im Gegensatz zu den Hypothesen 1 und 2 nicht bestätigt werden.

Insgesamt zeigt sich, dass europaspezifische Einstellungen für die Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen zwischen 1979 und 1984 deutlich wichtiger waren als bei den Wahlen seit 1989. Betrachtet man nur die Länder, die 1979 schon EU-Mitglied waren, über den gesamten Zeitraum, zeigt sich eine vollständig identische Entwicklung. Das Niveau der marginalen Effekte weicht (bis auf eine Aus-

Tab. 8 Durchschnittliche marginale Effekte der EU-Unterstützungsvariable auf die individuelle Wahlbeteiligung bei Europawahlen und ihre relative Bedeutung. (Quelle: EB 12, 22, 31A, 41-1, EES 1999, 2004, 2009)

Basismodell	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009
Durchschnittlicher marginaler Effekt	13,3	12,6	6,2	4,6	7,5	7,5	7,7
Rangplatz	2	2	2	3	2	2	2
Maximalmodell							
Durchschnittlicher marginaler Effekt	13,3	12,1	5,3	3,6	5,4	6,0	5,6
Rangplatz	2	3	3	6	5	4	5
Maximalmodell incl. Aggregatvariablen							
Durchschnittlicher marginaler Effekt	7,6	8,7	2,9	2,6	2,8	4,6	3,9
Rangplatz	4	7	7	7	8	9	9

Die Berechnungen basieren auf den Modellen in den Tab. 5–7. Durchschnittliche marginale Effekte in Prozent. Auf die Darstellung der durchschnittlichen marginalen Effekte der übrigen Variablen wird verzichtet

nahme) für diese neun Länder lediglich um maximal einen Prozentpunkt von den Werten in Tabelle 8 ab (tabellarisch nicht ausgewiesen). Dieser Vergleich zeigt, dass Kompositionseffekte nicht die Ursache für den deutlich geringeren Erklärungsbeitrag des Unterstützungsindikators seit 1989 sein können, sondern dass es allgemeine Trends oder Periodeneffekte geben muss – genau ist das aber mit dem hier gewählten Analysedesign nicht zu identifizieren.

5 Zusammenfassung und Diskussion

Ziel dieses Beitrages war es, den Einfluss europaspezifischer Einstellungen auf die Wahlbeteiligung bei Europawahlen zwischen 1979 und 2009 zu analysieren. Die verschiedenen Analysen zeigen eindeutig, dass Unterstützung für Europa und positive Bewertungen der europäischen Integration von Bedeutung für die Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen sind. Während auf der Aggregatebene europafreundlichere Länder ein höheres Beteiligungsniveau bei den Wahlen zum Brüsseler und Straßburger Parlament aufweisen, ergibt sich für die Individualebene, dass Befragte, welche die europäische Integration positiv bewerten, eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, sich an Europawahlen zu beteiligen. Dieser Befund bestätigt sich auch, wenn man einen umfassenden Satz an Prädiktoren auf der Individual- und Aggregatebene als Kontrollvariablen mit in die Analysen einschließt. Damit sind die hier präsentierten Ergebnisse im Einklang mit der Mehrheit der Beiträge in diesem Forschungszweig (Blondel et al. 1998; Frognier 2002; Inglehart und Rabier 1979; Mattila 2003; Rabier 1984; Rosema 2007; Roth 2004; Schmitt 1996, S. 146; Steinbrecher et al. 2007, S. 273–283, 285–287; Steinbrecher und Rattinger 2012a; Stockemer 2012).

Unterstützung für die EU ist allerdings nur ein relevanter Prädiktor für die Wahlbeteiligung unter vielen und auch in der Regel nicht der erklärungsstärkste, d. h. weitgehend lässt sich die individuelle Abstinenz bei Europawahlen bzw. niedrigere

nationale Beteiligungsraten durch dieselben Faktoren erklären wie die Wahlbeteiligung bei nationalen Parlamentswahlen. Dennoch erscheint es auf der Basis der hier präsentierten Ergebnisse ratsam, Modelle zur Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen um europaspezifische Einflussfaktoren zu ergänzen, also stärker ebenenspezifisch zu denken und zu modellieren.

Ein weiteres eindeutiges Ergebnis der Analysen ist, dass die Bedeutung des EU-Unterstützungsindikators, unabhängig von der Zahl und der Art der verwendeten Kontrollvariablen, seit der Europawahl 1989 deutlich geringer als bei den ersten beiden Wahlen 1979 und 1984 ist. Über Gründe für die Bedeutungsabnahme kann an dieser Stelle nur spekuliert werden: Zum einen wird die europäische Ebene von den Bürgern als unwichtiger wahrgenommen als die nationale oder die regionale Ebene (Decker et al. 2013, S. 42) und das trotz einer objektiv gestiegenen Wichtigkeit des Europäischen Parlaments im Untersuchungszeitraum. Möglicherweise scheinen die Bürger gelernt zu haben, dass Europawahlen im Vergleich zu nationalen Parlamentswahlen keine große Bedeutung haben und die Konsequenzen der Wahlergebnisse sich in sehr engen Grenzen halten. So haben weder Integrationsbefürworter noch -gegner einen großen Anreiz, an Europawahlen teilzunehmen. Zum anderen könnten Europaskeptiker in vielen europäischen Ländern bei den Europawahlen seit Ende der 1980er Jahre einen größeren Anreiz gehabt haben, ihre Stimme bei Europawahlen abzugeben, haben sich doch in vielen Ländern europaskeptische oder anti-europäische Parteien im Parteiensystem etabliert. Insofern könnte Gegnerschaft oder Skepsis gegenüber der europäischen Integration bei den zurückliegenden Wahlen zum Europäischen Parlament auch ein explizites Motiv für eine Stimmabgabe gewesen sein. Dies würde erklären, warum der Zustimmungsindikator in den hier präsentierten Analysen relativ gesehen unwichtiger für die Erklärung der Wahlbeteiligung wird.

Hier wäre ein Ansatzpunkt für weiterführende Analysen im Kontext der in diesem Artikel bearbeiteten Fragestellung. Wie in den vorangehenden Abschnitten mehrfach erwähnt, fehlen in den verwendeten Umfragestudien wichtige Prädiktoren der Wahlbeteiligung auf der Individualebene. Daher ist davon auszugehen, dass der Einfluss des hier genutzten europaspezifischen Indikators auf die Wahlbeteiligung überschätzt wird. Zukünftige Europawahlstudien sollten sich darum bemühen, alle Standardprädiktoren der Wahlbeteiligung einzubeziehen und so angemessenere Erklärungsmodelle möglich zu machen.

Hinzu kommt, dass bei der großen Zahl an Befragten in den verwendeten Individualdatensätzen (insbesondere nach der EU-Osterweiterung 2004/2007) jeder nur annähernd starke Effekt in einem globalen Modell für Befragte in allen EU-Ländern hergebrachte statistische Signifikanzkriterien nahezu automatisch erfüllt. Vergleichbare Analysen für die EU-9 (siehe 4.2) wie auf der Länderebene zeigen allerdings (Steinbrecher und Rattinger 2012a), dass auch bei disaggregierter bzw. länderspezifischer Betrachtung in einer Vielzahl von Ländern und Wahljahren signifikante positive Effekte europaspezifischer Einstellungen auf die individuelle Wahlbeteiligung festgestellt werden können. Hier wäre besonders eine langfristige Untersuchung auf der Länderebene gewinnbringend. Denn wie Tabelle 3 zeigt, bewerten die Europäer in allen Ländern über den ganzen Untersuchungszeitraum die Mitgliedschaft des eigenen Landes zwar positiv, allerdings auf sehr unterschiedlichem Niveau. Gegebe-

nenfalls würden sich auf Länderebene wesentlich pointiertere Effekte zeigen, die sich auf europäischer Ebene gegenseitig neutralisieren.

Weiterhin hätten auf der Aggregatebene zusätzliche Prädiktoren in den Modellen berücksichtigt werden können. Verschiedene Beiträge haben die Relevanz ökonomischer Indikatoren für die Erklärung der Wahlbeteiligung bei Europawahlen bestätigen können (z. B. Fauvelle-Aymar und Stegmaier 2008; Flickinger und Studlar 2007; Stockemer 2012). Diese könnten als objektive Indikatoren des Nutzens der EU-Mitgliedschaft besonders gut als Kontrollvariablen des hier verwendeten Mitgliedschaftsindikators dienen.

Beleuchtet man die hier präsentierten Ergebnisse aus einer normativen Perspektive, so müssen sich Befürworter der europäischen Integration wie Vertreter der europäischen Institutionen trotz des niedrigen und über die Zeit gesunkenen Niveaus der Wahlbeteiligung bei Europawahlen zumindest keine Sorgen darüber machen, dass Europaskeptizismus eine wesentliche Ursache der Wahlabstinenz ist. Vielmehr ist dies nur ein Motiv unter vielen. Ob dies angesichts der weiter schwelenden Eurokrise auch weiterhin zutrifft, werden die Europawahl 2014 und weitere empirische Analysen zeigen müssen.

6 Anhang

6.1 Variablenoperationalisierung

6.1.1 Aggregatebene

Wahlbeteiligung: Amtliche Wahlbeteiligungsquoten von den statistischen Ämtern der EU wie der Mitgliedsländer sowie aus der Datenbank des Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) sowie der Webseite „Parties and Elections in Europe“ (http://www.parties-and-elections.de/). Wertebereich: 0 bis 100 %.

Erste Europawahl: Dichotome Variable, die angibt, ob die jeweilige Wahl die erste Europawahl in diesem Mitgliedsland war. Wertebereich: ja = 1, nein = 0.

Gleichzeitige nationale Wahl: Dichotome Variable, die angibt, ob gleichzeitig zur Europawahl nationale Parlamentswahlen oder landesweite regionale Wahlen stattgefunden haben. Wertebereich: ja = 1, nein = 0.

Abstand vom Mittelpunkt des Hauptwahlzyklus: Zeitlicher Abstand der Europawahl vom Mittelpunkt des Wahlzyklus der nationalen Parlamentswahl in Monaten, rekodiert auf einen Wertebereich zwischen 0 (Europawahl genau am Mittelpunkt der Legislaturperiode der nationalen Parlamentswahl) und 1 (Europawahl mit maximal möglichem zeitlichen Abstand vom Mittelpunkt der Legislaturperiode der nationalen Parlamentswahl = am Tag der nationalen Parlamentswahl).

Wahlpflicht: Dichotome Variable, die angibt, ob in einem Land Wahlpflicht besteht. Wertebereich: ja = 1, nein = 0. Italien wird trotz der Abschaffung der Wahlpflicht in den 1990er-Jahren als Land mit Wahlpflicht eingeordnet.

Sonntag als Wahltag: Dichotome Variable, die angibt, ob in einem Land sonntags gewählt wird. Wertebereich: ja = 1, nein = 0.

Kommunistische Vergangenheit: Dichotome Variable, die angibt, ob ein Land vor 1989/1990 eine kommunistische Regierung hatte. Wertebereich: ja = 1, nein = 0. Deutschland wird nach der Wiedervereinigung als nicht-kommunistisches Land behandelt.

Unterstützung EU-Mitgliedschaft: Nationaler Mittelwert des EU-Unterstützungsindikators (Kodierung siehe unter Individualebene) auf der Basis der EB 12, 22, 31A, 41-1 sowie der EES 1999, 2004, 2009. Wertebereich zwischen −1 (schlechtmöglichste Bewertung) und + 1 (bestmögliche Bewertung).

Demokratiezufriedenheit national: Nationaler Mittelwert der Zufriedenheit mit der Arbeit des nationalen demokratischen politischen Systems (Kodierung siehe unter Individualebene) auf der Basis der EB 12, 22, 31A, 41-1 sowie der EES 1999,

Tab. 9 Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1979 bis 2009 in den verwendeten Datensätzen. (Quelle: EB 12, 22, 31A, 41-1, EES 1999, 2004, 2009)

Land	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	Mittelwert
FR	64,9	66,1	56,0	64,6	63,8	60,4	67,7	63,4
BE	96,3	94,6	82,0	86,1	92,8	–	92,0	90,6
NL	69,8	60,2	61,4	52,9	48,3	67,5	64,1	60,6
DE	70,7	65,4	71,8	76,0	67,5	62,0	71,9	69,3
IT	95,7	92,3	85,0	82,4	86,5	91,5	83,8	88,2
LU	93,8	93,0	92,4	93,9	85,9	98,3	86,3	91,9
DK	68,3	62,1	61,0	68,6	69,4	64,7	88,7	69,0
IE	79,7	70,6	73,9	55,3	71,6	84,4	81,4	73,8
UK	54,0	50,5	54,3	50,1	41,0	57,8	52,9	51,5
EL		89,7	86,7	88,1	88,7	82,5	77,9	85,6
ES			62,1	70,0	81,5	63,5	68,8	69,2
PT			55,1	50,2	58,9	65,0	64,9	58,8
SE					57,2	44,1	79,1	60,1
FI					45,7	64,9	64,0	58,2
AT					63,8	57,8	76,9	66,2
MT						–	89,1	89,1
PL						33,8	35,6	34,7
CZ						50,5	50,2	50,4
SK						33,4	36,7	35,1
EE						42,8	65,7	54,3
LV						49,5	68,5	59,0
LT						–	31,5	31,5
HU						52,3	48,3	50,3
SI						38,3	55,5	46,9
CY						79,0	81,7	80,4
BG							59,8	59,8
RO							49,3	49,3
EU	72,1	69,8	66,9	67,6	66,4	63,2	69,9	68,0
EU-9	72,1	69,0	67,3	67,1	64,6	68,8	75,3	69,2
EU-15					66,4	67,6	74,5	69,5
EU-15+						40,0	53,3	46,7

Gewichtet mit Repräsentativgewicht, EU-9: EU-Mitglieder vor 1979, EU-15: Mitglieder vor Beitrittswelle 2004/2007, EU-15+: Beitrittsländer 2004/2007

2004, 2009. Wertebereich zwischen 0 (vollständige Unzufriedenheit) und +1 (vollständige Zufriedenheit).

Extremismus: Nationaler Mittelwert des individuellen ideologischen Extremismus, basierend auf der Links-Rechts-Skala (Kodierung siehe unter Individualebene) auf der Basis der EB 12, 22, 31A, 41-1 sowie der EES 1999, 2004, 2009. Wertebereich zwischen 0 (alle Befragten ordnen sich genau in der Mitte des politischen Spektrums ein) und +4,5 (alle Befragten ordnen sich an einem der ideologischen Extreme ein).

6.1.2 Individualebene

Unterstützung EU-Mitgliedschaft: Bewertung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EG/EU auf einer dreistufigen Skala mit den Ausprägungen −1 (negative Bewertung, Mitgliedschaft ist eine schlechte Sache), 0 (weder negative noch positive Bewertung) und +1 (positive Bewertung, Mitgliedschaft ist eine gute Sache).

Demokratiezufriedenheit national: Zufriedenheit mit der Arbeit der Demokratie im nationalen politischen System auf einer vierstufigen Skala. Wertebereich von 0 (überhaupt nicht zufrieden) bis +1 (sehr zufrieden).

Extremismus: Basierend auf der zehn- (EB 12, 22, 31A, 41-1, EES 1999, 2004) bzw. elfstufigen (EES 2009) Links-Rechts-Skala. Wertebereich von 0 (überhaupt nicht ideologisch extrem, Einordnung in der Mitte der Links-Rechts-Skala) bis +4,5 (stark ideologisch extrem, Einordnung am Rande der Links-Rechts-Skala).

Stärke PID: Stärke der Identifikation mit einer Partei auf einer vierstufigen Skala. Wertebereich von 0 (überhaupt keine Identifikation mit einer Partei/keiner Partei nahestehend) bis +1 (starke Identifikation mit einer Partei/einer Partei sehr nahestehend).

Politisches Interesse: Gemessen auf einer vierstufigen Skala. Wertebereich von 0 (überhaupt kein Interesse an Politik) bis +1 (sehr großes Interesse an Politik).

Interne Efficacy: Index auf der Basis der Items „Politik ist zu kompliziert“ und „Eigene Stimme zählt nicht“ aus dem EES 1999. Der Index für interne Efficacy hat einen Wertebereich zwischen 0 (überhaupt keine interne Efficacy) und +1 (sehr große interne Efficacy).

Externe Efficacy: Basiert auf dem Item „Das EU-Parlament berücksichtigt die Sorgen der EU-Bürger“ aus dem EES 2009. Wertebereich zwischen 0 (überhaupt keine externe Efficacy) und +1 (sehr große externe Efficacy).

Mann: Geschlecht, Wertebereich: 0 (Frau), 1 (Mann).

Alter: Alter in Jahren. Personen unter 18 Jahren wurden aus den Analysen ausgeschlossen. Wertebereich: 18 bis 94.

Alter quadriert. Auf der Basis von „Alter“.

Bildung: Basiert auf der Variable, die das Alter beim Abschluss des höchsten Bildungsabschlusses angibt. Diese Variable wurde auf einen vierstufigen Wertebereich rekodiert: 1 (niedrige Bildung, Skalenminimum bis einschließlich 14 Jahre), 2 (mittlere Bildung, 15 bis 17 Jahre), 3 (hohe Bildung bis zur Hochschulreife, 18 bis 20 Jahre), 4 (hohe Bildung bis Universitätsabschluss, 21 Jahre bis Skalenmaximum).

Urbanisierung: Wohnort des Befragten gemessen auf einer drei- (EB 12, 21, 31A, 41-1, EES 1999, 2004) oder vierstufigen (EES 2009) Skala. Wertebereich von 0 (ländliche Gegend, Dorf) bis +1 (Großstadt).

Religiosität: Basierend auf der Kirchgangshäufigkeit (EB 31A, 41-1, EES 1999, 2004), gemessen mit fünfstufiger Skala oder subjektiver Religiosität (EB 21, EES 2009), gemessen mit dreistufiger (EB 21) oder elfstufiger Skala (EES 2009). Wertebereich von 0 (überhaupt nicht religiös/kein Kirchgang) bis 1 (sehr religiös, Kirchgang mehrmals pro Woche).

Klasse: Subjektive Klassenzugehörigkeit, gemessen mit fünfstufiger Skala. Wertebereich von 0 (Arbeiterklasse) bis 1 (Oberklasse).

Literatur

Almond, Gabriel A., und Sidney Verba. 1965 [1963]. *The civic culture – political attitudes and democracy in five nations*. Boston: Sage.

Blais, Andre. 2000. *To vote or not to vote? The merits and limits of rational choice theory*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.

Blondel, Jean, Richard Sinnott, und Palle Svensson. 1998. *People and parliament in the European Union. Participation, democracy and legitimacy*. Oxford: Clarendon.

Blumler, Jay. G., und Anthony D. Fox. 1982. *The European voter: Popular responses to the first community election*. London: Gemini.

Decker, Frank, Marcel Lewandowsky, und Marcel Solar. 2013. *Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation*. Bonn: Dietz.

Easton, David. 1965. *A systems analysis of political life*. New York: Wiley.

Easton, David. 1975. A re-assessment of the concept of political support. *British Journal of Political Science* 5:435–457.

Evans, Jocelyn, und Gilles Ivaldi. 2012. Deriving a forecast model for European election turnout. *Political Research Quarterly* 65:855–867.

Fauvelle-Aymar, Christine, und Mary Stegmaier. 2008. Economic and political effects on European Parliamentary electoral turnout in post-communist Europe. *Electoral Studies* 27:661–672.

Flickinger, Richard S., und Donley T. Studlar. 2007. One Europe, many electorates? Models of turnout in European parliament elections after 2004. *Comparative Political Studies* 4:383–404.

Franklin, Mark N. 1996. Electoral Participation. In *Comparing democracies: Elections and voting in global perspective*, Hrsg. Lawrence LeDuc und Richard G. Niemi, 216–235. Thousand Oaks: Sage.

Franklin, Mark N. 2001. How structural factors cause turnout variations at European parliament elections. *European Union Politics* 2:309–328.

Frognier, André P. 2002. Identity and Electoral Participation: For a European Approach to European Elections. In *Europe at the Polls: The European Elections of 1999*, Hrsg. Pascal Perrineau, Gerard Grunberg, und Colette Ysmal, 43–58. New York: Palgrave.

Geys, Benny. 2006. Explaining voter turnout: A review of aggregate-level research. *Electoral Studies* 25:637–663.

Inglehart, Ronald, und Jean-Renè Rabier. 1979. Europe elects a parliament: Cognitive mobilization, political mobilization and Pro-European attitudes as influences on voter turnout. *Government and Opposition* 14:479–507.

Maas, Cora J. M., und Joop J. Hox. 2005. Sufficient sample sizes for multilevel modeling. *Methodology* 1:86–92.

Marsh, Michael. 2007. European Parliament elections and losses by governing parties. In *European elections and domestic politics: Lessons from the past and scenarios for the future*, Hrsg. Wouter van den Brug und Cees van der Eijk, 51–72. South Bend: University of Notre Dame Press.

Mattila, Mikko. 2003. Why bother? Determinants of turnout in the European election. *Electoral Studies* 22:449–468.

McCormick, John. 2008. *Understanding the European Union. A concise introduction*. 4. Aufl. Houndsmills: Palgrave Macmillan.

Oppenhuis, Erik. 1995. *Voting behavior in Europe: A comparative analysis of electoral participation and party choice*. Amsterdam: Het Spinhuis.

Parties and Elections. 2013. http://www.parties-and-elections.eu/. Zugegriffen: 24. Sept. 2013.

Rabier, Jacques-Renè. 1984. Les études par sondages de la participation électorale au moyen de l'Eurobaromètre. In *European Elections 1979/81 and 1984*, Hrsg. Karlheinz Reif, 46–51. Berlin: Quorum.

Reif, Karlheinz. 1984. *European elections 1979/1981 and 1984. Conclusions and perspectives from empirical research*. Berlin: Quorum.

Reif, Karlheinz. 1997. European elections as member state second-order elections revisited. *European Journal of Political Research* 31:115–124.

Reif, Karlheinz, und Hermann Schmitt. 1980. Nine second-order national elections – a conceptual framework for the analysis of European election results. *European Journal of Political Research* 8:3–44.

Rohrschneider, Robert. 2002. The democracy deficit and mass support for an EU-Wide government. *American Journal of Political Science* 46:463–475.

Rosema, Martin. 2007. Low turnout: Threat to democracy or blessing in disguise? Consequences of citizens' varying tendencies to vote. *Electoral Studies* 26:612–623.

Roth, Dieter. 2004. Europa und die Deutschen: Die untypische Wahl am 13. Juni 2004. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 54 (19): 46–54.

Rubenson, Daniel, André Blais, Patrick Fournier, Elisabeth Gidengil, und Neil Nevitte. 2004. Accounting for the age gap in turnout. *Acta Politica* 39:407–421.

Sanchez-Cuenca, Ignacio. 2000. The political basis of support for European integration. *European Union Politics* 1:147–171.

Scharpf, Fritz W. 1975. *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*. Kronberg/Ts.: Scriptor.

Schmitt, Hermann. 1996. Germany: A bored electorate. In *Choosing Europe? The European electorate and national politics in the face of union*, Hrsg. Cees van der Eijk und Mark N. Franklin, 137–156. Ann Arbor: The University of Michigan Press.

Schmitt, Hermann. 2003. Vertrauenskrise in der EU? Ausmaß, Struktur und Determinanten des Vertrauens in die zentralen Institutionen der EU unter besonderer Berücksichtigung des Europäischen Parlaments. In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, Jan van Deth, und Edeltraud Roller, 57–82. Opladen: Leske + Budrich.

Schmitt, Hermann. 2005. The European parliament elections of June 2004: Still second-order? *West European Politics* 28:650–679.

Schmitt, Hermann, und Cees van der Eijk. 2002. There is not much Euro-hostile non-voting in European parliament elections. Papier für die ECPR Joint Sessions of Workshops. Turin, Italien, 22.–27. März 2002.

Schmitt, Hermann, und Cees van der Eijk. 2003. Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über die Motive der Nichtwahl. In *Europäische Integration in der öffentlichen Meinung*, Hrsg. Frank Brettschneider, Jan van Deth, und Edeltraud Roller, 279–302. Opladen: Leske + Budrich.

Schmitt, Hermann, und Renato Mannheimer. 1991. About voting and non-voting in the European parliament elections of June 1989. *European Journal of Political Research* 19:31–54.

Schuman, Howard, und Stanley Presser. 1996. *Questions and answers in attitude surveys. Experiments on question form, wording, and context*. Thousand Oaks: Sage Publications.

Smets, Kaat und Carolien van Ham. 2013. The embarrassment of riches? A meta-analysis of individual-level research on voter turnout. *Electoral Studies* 32:344–359.

Süddeutsche Zeitung. 2010. Protestwahl in Europa. http://www.sueddeutsche.de/politik/ zahlen-aus-den-eu-mitgliedslaendern-protestwahl-in-europa-1.443513. Zugegriffen: 04. Mai 2013.

Steinbrecher, Markus, und Hans Rattinger. 2012a. Electoral turnout at the National and European levels. In *Citizens and the European polity. Mass attitudes towards the European and National polities*, Hrsg. David Sanders, Pedro Magalhaes, und Gabor Toka, 88–109. Oxford: Oxford University Press.

Steinbrecher, Markus, und Hans Rattinger. 2012b. Explaining turnout in European parliament elections. In *The Europeanization of national polities? Citizenship and support in a post-enlargement union*, Hrsg. David Sanders, Gabor Toka, Paolo Bellucci, und Mariano Torcal, 167–186. Oxford: Oxford University Press.

Steinbrecher, Markus, Sandra Huber, und Hans Rattinger. 2007. *Turnout in Germany. Citizen participation in State, Federal, and European Elections since 1979*. Baden-Baden: Nomos.

Stockemer, Daniel. 2012. Citizens' support for the European Union and participation in European parliament elections. *European Union Politics* 13: 26–46.

The Economist. 2009. Trouble at the polls. http://www.economist.com/node/13829453. Zugegriffen: 04. Mai 2013.

Van der Eijk, Cees, Mark N. Franklin, und Michael Marsh. 1996. What voters teach us about Europe-Wide elections: What Europe-Wide Elections teach us about voters. *Electoral Studies* 15:149–166.

Verba, Sidney, und Norman H. Nie. 1972. *Participation in America: Political democracy and social equality*. New York: Harper & Row.

Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft

Hinweise für die Einreichung von Manuskripten

Die Begutachtung und Annahme von Manuskripten setzt voraus, dass diese nicht gleichzeitig bei anderen Zeitschriften eingereicht oder zur Buchpublikation vorgesehen sind. Online oder in einer grauen Reihe veröffentlichte Beiträge können nur in einer substanziell revidierten Fassung eingereicht werden.
Manuskripte sollen der ZfVP-Redaktion als Datei in einer vollständigen und einer anonymisierten Version eingereicht werden.

Umfang und formale Gestaltung des Manuskripts: Der *Umfang* des Manuskripts sollte 62.000 bis höchstens 74.400 Zeichen inklusive Leerzeichen und Fußnoten umfassen (entspricht 20–24 ZfVP-Druckseiten). Bei der Integration von Tabellen, Grafiken u. ä. gilt die Beschränkung der Seitenzahl und verringert sich die Zeichenzahl entsprechend. Abbildungen sind in gebräuchlichen Programmformaten einzureichen.
Der *Zeilenabstand* ist 1,5-fach, die *Schriftgröße* ist 12pt. *Literaturhinweise* und *Quellenangaben* erfolgen im fortlaufenden Text, für *Anmerkungen* (nur Kommentare) werden Fußnoten genutzt, keine Endnoten. Das Literaturverzeichnis folgt am Schluss des Manuskripts mit vollständigen Angaben (s. u.). Für *Rechtschreibung* und Zeichensetzung gilt die neue Rechtschreibung.
Hervorhebungen im Text werden ausschließlich durch Kursivdruck vorgenommen. Sind in Zitaten Hervorhebungen enthalten, muss der Quellenverweis auch den Hinweis enthalten, von wem die Hervorhebung stammt. Bei *Zahlen* größer als 999 wird nach jeweils drei Stellen ein Punkt eingefügt. Bei Prozentzahlen folgt das Prozentzeichen „%" ohne Leerzeichen nach der Zahl.
Grafische Darstellungen werden explizit als solche bezeichnet, durchnummeriert und wie folgt unter oder neben der Darstellung aufgeführt: *Tab.1:* Titel bzw. *Abb.1:* Titel.
Unter der Darstellung ist die Quelle der Daten zu nennen. Abbildungen sollen nur zweidimensionale Darstellungen enthalten, verschiedene Balken/Linien o. ä. sind in unterschiedlichen Graustufen darzustellen. Die Zwischenüberschriften im Text werden nummeriert mit 1., 2., etc. bzw. 1.1, 1.2, etc. Überschriften ersten Grades sind fett, Überschriften zweiten Grades normal zu formatieren. Überschriften unterhalb der zweiten Ebene sind kursiv zu setzen.

Zitate und Literaturhinweise: Literaturhinweise und Quellenangaben erfolgen im fortlaufenden Text durch Nennung des AutorInnennamens und des Erscheinungsjahres in Klammern. Seitenangaben folgen auf Jahreszahl und Komma: „(Name Jahr, Seite)". Beispiel: (Müller 2000, S. 25).
Bei Veröffentlichungen von zwei AutorInnen werden die Namen mit „und" verbunden. Bei drei und mehr AutorInnen wird nur der erste Name genannt. Beispiel: (Müller und Meier 2002, S. 16; Müller et al. 2004, S. 37). Werden mehrere Veröffentlichungen einer Autorin oder eines Autors aus demselben Jahr zitiert, so wird die Jahreszahl um die Aufzählung „a, b, c ..." erweitert, wobei die Aufzählung chronologisch in der Reihenfolge der Nennung im Manuskript erfolgt.
Werden an einer Stelle mehrere Literaturhinweise in den Text eingefügt, sind diese durch Semikolon voneinander zu trennen. Beim Verweis auf zwei Texte eines Autors oder einer Autorin werden die zwei Jahreszahlen mit Komma voneinander getrennt. Beispiel: (Müller 1999a, S. 37, 1999b, S. 87, 91; Schmidt 2001, S. 127). Abkürzungen wie „op. cit." oder „ebd." sollten nicht verwendet werden. Stattdessen wird der Literaturverweis der Übersichtlichkeit und Klarheit halber wiederholt.

Literaturverzeichnis: Das Literaturverzeichnis am Schluss des Manuskripts wird alphabetisch nach AutorInnennamen bzw. bei gleicher/m Autor/in chronologisch nach dem Erscheinungsjahr geordnet. Der erste Vorname jedes Autors/jeder Autorin wird ausgeschrieben. Im Literaturverzeichnis werden alle Autorinnen und Autoren eines Titels genannt – mit Vornamen –, auch wenn es sich um mehr als drei AutorInnen handelt.

Monographien werden in folgender Form in das Literaturverzeichnis aufgenommen:
Name, Vorname. Jahr. *Titel*. Aufl. Ort: Verlag.
Name, Vorname und Vorname Name. Jahr. *Titel*. Aufl. Ort: Verlag.
Name, Vorname, Vorname Name und Vorname Name. Jahr. *Titel*. Aufl. Ort: Verlag.
Beispiel: Landman, Todd. 2000. *Issues and Methods in Comparative Politics. An Introduction*. London, New York: Routledge.
Bei *Sammelbänden* wird zwischen Vornamen und Jahr „(Hrsg.)" – bei englischen Titeln „(eds.)" – eingefügt.

Beiträge in Sammelbänden: Name, Vorname. Jahr. Titel. In *Titel,* Hrsg. Vorname Name. Aufl., Seitenzahl-Seitenzahl. Ort: Verlag.
Beispiel: Almond, Gabriel A. 1973. Approaches to Development Causation. In *Crisis, Choice, and Change. Historical Studies of Political Development,* eds. Gabriel A. Almond, Scott C. Flanagan and Robert J. Mundt, 1-42. Boston: Little, Brown and Company.

Zeitschriftenaufsätze: Name, Vorname. Jahr. Titel. *Zeitschriftenname* Jahrgang (Heft): Seitenzahl-Seitenzahl.
Beispiel: Lijphart, Arend. 1971. Comparative Politics *and* Comparative Method. *American Political Science Review* 65 (3): 682–693.

Internetseiten: Name, Vorname. Jahr. *Titel.* URL. Gesehen Datum des Zugriffs.
Beispiel: Freedom House. 2007. *UN Democracy Fund: A First Year Analysis*.
http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=138&report=46. Gesehen 15.05.2007.

Zeitungsartikel: Zeitungsname. Jahr. *Titel*. Datum, Seitenzahl. Bei Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazinen wird zwischen Titel und Datum die Nummer eingefügt. Große Zeitungsartikel, bei denen die Autorin oder der Autor angegeben sind, können wie Zeitschriftenartikel in das Literaturverzeichnis aufgenommen werden.
Beispiel: Süddeutsche Zeitung. 2007. *Iran macht Fortschritte.* 16./17. Mai 2007.

Ausführlichere Hinweise finden Sie auf der ZfVP-Homepage des VS Verlags.

Datendokumentation und Datenzugang: Die Datendokumentation und der Datenzugang erfolgten nach wissenschaftlich gängigen Standards.

Zusammenfassung: Dem Beitrag sind eine Zusammenfassung von ca. 800 Zeichen inkl. Leerzeichen, Schlüsselwörter sowie die Titelangabe jeweils auf deutsch und englisch beizufügen.

Anonymisierung: Die anonymisierte Version des Manuskripts, die an die Gutachter versendet wird, darf keinerlei Hinweise auf die VerfasserInnen enthalten. Dies betrifft auch Verweise im Text auf eigene Projekte und Veröffentlichungen, Danksagungen oder ähnliche Hinweise in den Fußnoten, den Angaben im Literaturverzeichnis oder in den Dateieigenschaften.

Angaben zu den Autorinnen und Autoren: Für die Liste der Autorinnen und Autoren sind folgende Angaben einzureichen:
Name, Titel, Institution, Adresse, E-Mail.

Annahme von Manuskripten: Eingereichte Manuskripte werden in einem doppelt anonymisierten Verfahren von zwei FachgutachterInnen bewertet. Es gibt vier Entscheidungskategorien:

1) angenommen
2) leichte Überarbeitung ohne erneutes Gutachterverfahren
3) grundlegende Überarbeitung mit erneutem Gutachterverfahren
4) abgelehnt.

Über die Annahme von Manuskripten entscheidet die Redaktionssitzung, die zweimal jährlich (Juni und Dezember) stattfindet. Die Autoren erhalten jeweils im Anschluss ein Schreiben mit den Entscheidungsgründen und den gutachterlichen Stellungnahmen.

Anschrift: Manuskripte werden bei der Redaktion der Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft über die Redaktionsassistenz eingereicht. Die E-Mail-Adresse ist: zfvp@uni-wuerzburg.de.

M. Steinbrecher et.al, (Hrsg.), *Europa, europäische Integration und Eurokrise*,
DOI 10.1007/978-3-658-05382-6, © Springer VS | Springer Fachmedien Wiesbaden 2014